This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Berliner Arbeiter-Bibliothek

Herausgeber

Max Schippel, Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie — I. Heft. -14

Der Mythus
von der
Begründung
des
Deutschen Reiches.

Eine historische Skizze.

Von

Hans Müller-Rostock.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne"
Berlin S.O., Oranienstraße 23.
1890.

Digitized by Google

HX15
B45
ser. 2
v. 1-14

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES
STACKS
JAN 16 1978

Inhalt.

Seite

Die öffentliche Meinung und ihre Ansicht von der Begründung des Deutschen Reiches 3

Der bisherige Werth der Einigung für das deutsche Volk . 6

Die Entstehung des Römischen Reiches deutscher Nation. Die Stellung des Pabstthums im Reiche. Der Ursprung des deutschen Königthums. Das Aufkommen des Feudalsystems 10

Der Zerfall des alten Reiches in Folge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Bildung des Landesfürstenthums und seine geschichtliche Bedeutung. Untergang des freien Ritter- und Bauernstandes . . 15

Der Kampf der Bourgeoisie mit dem Landesfürstenthum. Bildung von Verfassungsstaaten. Herstellung der wirthschaftlichen Einheit durch Zollvereine. Die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie. Bonapartistische Monarchie. Die Bourgeoisie, die Regierungen und das aufkommende Proletariat 22

Die Entstehung des Deutschen Reiches ein Resultat der wirthschaftlichen Entwicklung. Die Mitwirkung der Staatsmänner und Fürsten bei der Gründung des Reiches. Das Proletariat und seine Stellung zum Reich. 33

Digitized by Google

Der Mythus von der Begründung des Deutschen Reiches.

Einleitung.

Die Tendenz, welche das Leben der europäischen Völker seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts infolge ihrer gemeinsamen wirthschaftlichen Entwickelung beherrschte und die auf die Bildung nationaler Verfassungsstaaten hinauslief, ist im Jahre 1870/71 nach langem vergeblichen Ringen auch in Deutschland zum völligen Durchbruch gekommen.

Besondere Verhältnisse, die Zersplitterung des Volkes in eine große Anzahl verschiedenartiger Staatswesen, der Gegensatz zwischen den Interessen der habsburgischen und hohenzollernschen Dynastie und endlich auch die politische Unfähigkeit des deutschen Bürgerthums bewirkten, daß der Verschmelzungsprozeß der kleinen Territorialstaaten zu einem einheitlichen Reiche nicht nur langsamer als z. B. in Italien vor sich ging, sondern sich auch weniger vollständig als dort vollzog. Denn während das gesammte italienische Volk — mit Ausnahme eines kleinen Theils, der im österreichischen Venedig, in der kleinen Republik San-Marino und beim Patrimonium Petri verblieb — unter dem Szepter des Königs Viktor Emanuel II. geeinigt wurde, sind ganze 8 Millionen Deutsche, die in der österreichisch-ungarischen Monarchie lebten, in das Deutsche Reich nicht mit aufgenommen.

Obgleich nun die „Einigung des deutschen Volkes" noch nicht ganz zwanzig Jahre lang hinter uns liegt und man deßhalb glauben sollte, daß die klare Erinnerung

Digitized by Google

daran noch lebendig wäre, so hat doch der Mythus schon ein so dichtes Gewebe um die Gründung des deutschen Reiches gesponnen, daß in unserem Volke eine ganz andere Vorstellung von dem Hergang dieses Ereignisses und den thatsächlichen Begebenheiten der damaligen Zeit lebt, als sie der Wirklichkeit entspricht.

Indessen kann einem das bei einiger Ueberlegung nicht so wunderbar erscheinen, da man von Anfang an bemüht gewesen ist, dem Volke die wirklichen Vorgänge, die wahre Geschichte von der Begründung des Deutschen Reiches in einer falschen, den Interessen der regierenden Klasse entsprechenden Beleuchtung zu zeigen. Besonders haben es sich die servilen Höflinge und feilen Soldschreiber des Reptilienfonds angelegen sein lassen, aus der „Einigung des deutschen Volkes“ ein politisches Kapital für den damaligen preußischen Monarchen wie für den Fürsten Bismarck zu schlagen, mit dem diese dann ihre Popularität erlangten. Und doch sind die wirklichen Begebenheiten zu allem andren besser geeignet, als gerade den Glauben an die „nationale Begeisterung“ des Preußenkönigs und an das „staatsmännische Genie“ seines Reichskanzlers zu befestigen!

Aber wohl gerade deßhalb hat man das deutsche Volk in einer systematischen und oft unglaublich erscheinenden Weise hinter das Licht geführt. Mag das nun auch — wie wir gerne zugeben wollen — von den meisten Schriftstellern absichtslos geschehen sein, weil sie selbst die Opfer offizieller und offiziöser Täuschungskünste geworden und bei ihrer kindlich-naiven Geschichtsauffassung kritiklos genug waren, um das ihnen Zugetragene für bare Münze zu nehmen, so ändert dieser Umstand doch an der erwähnten Thatsache nichts!

Und wer daran noch zweifelt, der sehe sich einmal an, was man dem Volke ungestraft vorgeredet hat und vorerzählen durfte! In tausenden von Büchern — in dickleibigen Folianten und schmächtigen Broschüren — haben Geschichtsschreiber, Publizisten und Jugendschriftsteller die Gründung des Deutschen Reiches als die großartige und glorreiche That einer Hand voll edelsinniger Fürsten, genialer Staatsmänner und heldenhafter Feldherren ge-

Digitized by Google

priesen! Noch vor wenigen Wochen hat Herr von Sybel in einem mehrbändigen Werk[1]) den Versuch gemacht, den Preußenkönig Wilhelm I. als den wahren Begründer deutscher Einigung zu verherrlichen. Im Reichstage hat man es am Ministertische aussprechen hören, daß das deutsche Reich ein freies Geschenk volksbeglückender Fürsten an ihr Volk sei, ein hochherziges Opfer, für das dieses Volk ewig dankbar sein müsse.

Und doch vollzog sich — wie wir später sehen werden — die Begründung des Reiches gegen den Willen der für ihre Souveränitätsrechte ängstlich besorgten Landesherren, trotz des mehr oder minder hartnäckigen Widerstandes dieser „großen" und „aufopferungsvollen" Männer!

Das Volk aber glaubte in seiner freudigen Begeisterung über die endlich errungene nationale Einheit an diese Erzählungen und schenkte bei seiner Dankbarkeit jenen Personen, welche sich als Schöpfer des neuen Reiches ausgaben, ein unbedingtes und grenzenloses Vertrauen. Es ließ es sich von den Hofhistoriographen gerne gefallen, wenn diese ihm vorgaukelten, daß nunmehr, nachdem der Einheitstraum des deutschen Volkes in Erfüllung gegangen, die Epoche eines noch nie dagewesenen nationalen Glückes und Glanzes anbrechen würde. Es las voll Entzücken die patriotischen Epen und Hymnen, die wie Pilze auf dem deutschen Parnaß emporschossen, und die bürgerlichen Zeitungsschreiber, die mit dem Instinkt ihrer Klasse herausfühlten, daß das neue Reich die politische und ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie völlig begründet habe, thaten das Uebrige, um das Volk durch das Geklingel und Geklapper ihrer Phrasen zu verwirren.

Es liegt uns nun vollständig fern, die Meinung zu erwecken, als sei die „nationale Begeisterung" des deutschen Volkes ein reines Kunstprodukt gewesen. Wir gestehen im Gegentheil zu, daß in ihr ein gut Theil historischer Berechtigung lag. Aber das hindert uns nicht festzustellen, daß das deutsche Volk sich in seiner Begeisterung über den Werth und die Größe jener „großen Männer", sowie über

[1]) v. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Kaiser Wilhelm I.

Digitized by Google

die Tragweite des gepriesenen und gefeierten Ereignisses täuschen ließ.

Allerdings, für jene Leute, welche die geschichtliche Bedeutung eines Ereignisses nach der Menge der Bücher, der Zahl der Festreden und der Stärke des patriotischen Hurrahgeschreis, die es hervorrief, beurtheilen, mag wohl die Begründung des deutschen Reiches die wichtigste Begebenheit unseres Jahrhunderts sein.

Leider aber vermögen wir diesen Maßstab nicht als den richtigen anzuerkennen; wir verlangen vielmehr von einem Ereigniß, das Anspruch auf eine hohe geschichtliche Bedeutung erhebt, daß es die gesellschaftlichen Zustände verbessert, die Freiheiten des Volkes erweitert, sein Rechtsbewußtsein gekräftigt und verfeinert hat, kurz, daß es einen Kulturfortschritt einschließt!

Zwar, dieser Maßstab ist heute nicht mehr ganz zeitgemäß, besonders nicht für jene Sorte genialer Staatsweisen, welche Kulturfortschritte für das deutsche Reich für ebenso überflüssige und gleichgültige Dinge halten, wie es die chinesischen Mandarinen für das Reich der Mitte thun. Glücklicherweise aber steht die deutsche Arbeiterklasse nicht auf diesem olympischen Standpunkt und da wir uns an sie mit diesen Auseinandersetzungen wenden wollen, so müssen wir uns wohl oder übel auch dazu bequemen, den Maßstab der gesellschaftlichen Wohlfahrt an die beglückende, „die Aera der bürgerlichen Freiheit und der klassischen Sozialreform" eröffnende Schöpfung des Deutschen Reiches zu legen.

Und was ergiebt sich da?

Die Thatsache, daß das deutsche Volk in seiner großen Masse mit der „Einigung" an sozialer Wohlfahrt wie an politischer Freiheit nichts, gar nichts gewonnen hat!

Durch die neue Reichsverfassung ist wohl die politische Organisation unseres Volkes in einigen Punkten verändert worden und, wie wir gerne anerkennen, zum Vortheil. Darüber hinaus aber ist alles beim Alten geblieben. Einen neuen gesellschaftlichen Inhalt, die Bedingungen für eine organische Fortentwickelung der Volksrechte sowie diejenigen

Digitized by Google

zu einer gründlichen und einschneidenden Sozialreform hat uns das Reich nicht gebracht.

Die Richtigkeit dieses Satzes wird durch den Hinweis auf die Ertheilung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts nicht angefochten; denn ganz abgesehen davon, daß dieses Recht für große Massen des Volkes nur auf dem Papier existiert, indem ihnen eine freie Wahl durch ökonomischen Druck, Preßkorruption und Ausnahmegesetze unmöglich gemacht wird, so hat auch bis auf den heutigen Tag das allgemeine Wahlrecht weder unsere sozialen Zustände im Reiche verbessern können, noch von den arbeitenden Klassen auch nur einen Theil jenes ungeheuren wirthschaftlichen Druckes zu nehmen vermocht, unter dem sie nach dem Zugeständniß selbst konservativer Sozialpolitiker[1]) von Jahr zu Jahr mehr zu leiden und zu schmachten haben, und der nun endlich auch die „allerhöchste Anerkennung" in den kaiserlichen Februarerlassen gefunden hat.

Nicht nur die Thatsache, daß die eingestandenermaßen sehr mangelhafte Verfassung eines so unfertigen, staatlichen Gebildes, wie es der norddeutsche Bund war, ohne große und bedeutungsschwere Veränderungen auf das neu gegründete Reich übertragen werden konnte, beweist unseren Satz, auch die ganze, bisherige „glorreiche" Geschichte dieses Staates legt Zeugniß für ihn ab und erhärtet ihn zu einer stählernen Wahrheit!

Hätte die deutsche Arbeiterklasse 1871 wirklich etwas gewonnen, so müßte ihr im neuen Reich ein Staat erstanden sein, der fähig gewesen wäre, ihr ihre staatsbürgerlichen Rechte zu garantiren und auf dem Wege einer wahrhaften und energischen Sozialreform die Wehen der sich gebärenden Zukunft zu mildern, aber kein Staat, dessen angeblich „nationale" Politik bisher in nichts anderem bestanden hat als in einem unaufhörlichen Opferkultus des preußischen Militärmolochs und in einer einseitigen Begünstigung der besitzenden Klassen in Gesetzgebung und Verwaltung, kein Staat, der sich den Frieden nur durch fortwährende Rüstungen und Fürstenvisiten, die innere

---

[1]) Vergl. Rodbertus. Zur Beleuchtung der sozialen Frage. Seite 20, 21.

Digitized by Google

Sicherheit aber nur durch Niederhaltung der Arbeiterbewegung zu erhalten weiß, kein Staat, dem erst die letzten Wahlen die Augen darüber öffnen mußten, daß er große soziale Pflichten den arbeitenden Klassen gegenüber zu erfüllen habe.

Das Volk hatte seine Hoffnung auf den „freisinnigen Ausbau" der Reichsverfassung gesetzt. Aber ist denn derselbe zu Stande gekommen?

Was man in dieser Beziehung allein zu Stande gebracht hat, war das Sozialistengesetz und die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages auf fünf Jahre, beides gewiß kein „Ausbau" im Sinne des Fortschreitens.

So ist nicht geschehen, was das deutsche Volk nach den ihm gemachten Hoffnungen billigerweise erwarten durfte und erwartet hat!

Nichtsdestoweniger fährt man fort, es zu überreden, es müsse nur auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen, um aller erhofften Segnungen theil zu werden. Aber durch dies interessirte Geschrei sollte sich das deutsche Volk und vor allem die deusche Arbeiterklasse nicht wieder täuschen lassen.

Wenn die bürgerlichen Federfuchser von den „goldenen" Früchten sprechen, welche die „Einigung" gezeitigt hat, so liegt in diesem Gerede eine gewisse Berechtigung. Aber diese goldenen Früchte sind nicht dem Volke, sondern ganz allein der preußischen Monarchie und der gesammten Bourgeoisie in den Schooß gefallen. Das hat denn auch das deutsche Volk mit der Zeit, wenn auch nicht klar erkannt, so doch instinktiv gefühlt und infolgedessen ist heute die einst so hoch gehende „Reichsfluth" völlig im Sande verlaufen. Uebrig geblieben ist nichts als jenes krampfhafte Hosiannageschrei der Bourgeoisie, hinter dem sie ihre Freude über die mit der Gründung des deutschen Reiches angebrochene Aera der gesetzlich geschützten Ausbeutung verbirgt und jener ekelhafte Mordspatriotismus der akademischen Jugend, der ihr als Deckmantel ihrer byzantinischen Charaktereigenschaften und moralischen Fäulniß dient.

Gewiß, die Bourgeoisie mit ihrem akademischen Bediententroß hat alle Ursache, Festreden zu halten und Kaiserhymnen zu singen, war doch für sie die Reichsgründung ein rentables Unternehmen, das nicht nur mit seinen großen

Digitized by Google

Profiten ihren Reichthum enorm vergrößert hat, sondern das sie auch auf die höchste Staffel ihrer Klassenherrschaft hob, die ihr bei ihrer großen politischen Unfähigkeit zu erreichen beschieden war. Denn es ist ihr in der That gelungen, die Staatsgewalt zur ausschließlichen Wahrung ihrer wirthschaftlichen Interessen zu zwingen, diese in eine solche Abhängigkeit von sich zu bringen, daß sie in den Interessen der Bourgeoisie die alleinige Grundlage ihrer Politik erblicken muß.

Bauern und Handwerker aber, sowie die kleinen Beamten und Lohnarbeiter würden thöricht handeln, wenn sie sich durch das angeblich patriotische Gebahren ihrer ökonomischen Gegner von der Vertretung ihrer eigenen Interessen ableiten ließen. Sie haben keine Ursache, das „reichsfreundliche" Gerede der Bourgeoisie zu beklatschen, denn das hieße ihre Unterdrückung mit einer ihrer unwürdigen Verhöhnung des eigenen Elends vermählen.

Ihr Interesse gebietet ihnen vielmehr, energisch die Erringung der politischen Macht anzustreben und sich die Staatsgewalt gefügig zu machen.

Die arbeitenden Klassen denken dabei nicht daran, eine historisch gewordene und der erzenen Nothwendigkeit entsprungene Thatsache, wie das die Gründung des deutschen Reiches ist, rückgängig zu machen, im Gegentheil suchen sie die einmal erworbene Reichseinheit unter allen Umständen zu erhalten und der deutsche Proletarier wird niemals zugeben können, daß dieselbe angetastet werde. Sein Streben geht nach vorwärts; was er will, ist mehr Einheit, ist die schließliche Umwandlung aller kapitalistischen Klassenstaaten in den einen freien, auf genossenschaftlicher Arbeit ruhenden „Volksstaat".

Das ist eben das Ziel unserer gesammten politisch-ökonomischen Entwicklung und diesem Ziele zuzustreben, fühlt der Proletarier als seine geschichtliche Mission. Er wird sie sicher erfüllen, dessen können wir sicher sein; aber um so schneller und eifriger, je tiefer er sich seiner Aufgabe bewußt ist, je klarer vor seinem Auge die bisherige Entwicklung steht, je gründlicher der sinnverwirrende Mythus

Digitized by Google

zerstört ist, der um die Schöpfungsgeschichte der modernen deutschen Gesellschaft und ihrer staatlichen Organisation gewoben ist.

Mögen dazu die folgenden Zeilen beitragen!

I.

Während des ganzen Mittelalters und weiter bis in den Anfang unseres Jahrhunderts hinein, bestand — wenn auch zuletzt nicht mehr thatsächlich, so doch äußerlich — das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation", dessen Wiederauferstehung unsere meisten Geschichtsschreiber in dem neuen Deutschen Reich feiern zu müssen glauben.

Handelte sich es um einen poetischen Effekt, so könnte man allenfalls die Freiheit dieser Auffassung entschuldigen, streng geschichtlich dagegen ist sie nicht zu rechtfertigen.

Ganz abgesehen davon, daß das alte römische Reich deutscher Nation noch andere Länder und Völker umschloß als das heutige deutsche — in seiner Blüthe begriff es außer germanischen Stämmen auch Gallier, Italiener, Spanier, ja selbst Slaven in sich — so war doch auch der politische Charakter der alten Staatsbildung ein völlig unterschiedener von dem der modernen. Durchaus verschieden war die Organisation der öffentlichen Gewalt, die Stellung des Kaisers und der Fürsten zu einander und zum Volke, der Charakter der öffentlichen wie privaten Rechtsordnung. Während das alte Reich eine „Universalmonarchie" oder vielmehr eine „Universalhierarchie" darstellte, ist das neue Reich ein Nationalstaat. Das staatsbildende „Prinzip" war in beiden Reichen ein grundverschiedenes, wie das eben ihren verschiedenen gesellschaftlichen Grundlagen entsprach. Die politische Organisation des ehemaligen Reiches war auf das Feudalsystem und die kirchliche Hierarchie gegründet, die des heutigen ruht auf dem kapitalistischen Wirthschaftssystem und der preußischen Hegemonie (Vorherrschaft).

Wenn wir trotz der dargethanen Verschiedenheit beider Staatsbildungen mit einem kurzem Abriß der Geschichte des heiligen römischen Reiches beginnen, so geschieht das aus zwei Gründen. Zum ersten soll dadurch dem Leser an

Digitized by Google

der Hand der ökonomischen Entwicklung gezeigt werden wie die sozialen Verhältnisse geschichtlich entstanden sind, aus denen das neue Deutsche Reich mit Nothwendigkeit herauswachsen mußte; zum andern wollen wir ihm damit beweisen, wie sehr die materialistische Geschichtsauffassung geeignet ist, weit hinter uns liegende Perioden der Geschichte aufzuhellen und eine Reihe althergebrachter Irrthümer zu beseitigen, welche das Verständniß der Vergangenheit unseres Volkes erschweren.

Die einzige Macht, welche in den Jahrhunderten nach der Völkerwanderung in Mitteleuropa eine weit hinreichende Bedeutung besaß, war die römische Kirche, das Pabstthum. Um seinen Einfluß zu erweitern und seinen Besitz zu vergrößern, schlang es um die germanischen Völkerstämme, die meistens ohne jede Beziehung zu einander standen, zum ersten Male die Bande einer einheitlichen, staatlichen Organisation. Naturgemäß fiel der römischen Kirche auch die ganze Leitung dieses unter kirchlich religiösen Formen gebildeten Staates zu und wenn es auch den Anschein hat, als wären die germanischen Könige die thatsächlichen Häupter dieses Staates gewesen, so ist doch die Wahrheit, daß sie nichts anderes als die vollziehenden Werkzeuge der römischen Hierarchie waren, deren diese sich bediente, um ihre politischen Zwecke zu erreichen und den ihr daraus erwachsenen sozialen Aufgaben zu genügen.

Man macht sich gewöhnlich eine ganz falsche „ideale" Vorstellung von dem Verhältniß und den Absichten der römischen Kirche in dem damaligen Deutschland; man glaubt noch vielfach, daß das Pabstthum keine staatliche, sondern nur eine geistige Macht gewesen sei, und daß dessen Bestrebungen, die germanischen Völker zum Christenthum zu bekehren, idealen Motiven entsprungen seien. Man feiert einen Bonifacius als den glaubenseifrigen Missionar, der nur mit dem selbstlosen Zwecke, die heidnischen Seelen der barbarischen Sachsen, Friesen, Bayern in fromme christliche umzutaufen, die deutschen Wälder und Sümpfe durchzog.

In Wirklichkeit verhielt sich die Sache etwas anders! So wenig heute unsere kühnen Afrikareisenden in idealer Aufwallung die afrikanische Wildniß durchziehen, um die

Digitized by Google

Eingebornen mit den Gütern unserer europäischen Zivilisation zu beglücken, so wenig sandte damals der Pabst seine Missionäre in das heidnische Deutschland, um den Germanen das Evangelium zu predigen. Was heute die „Pioniere der Zivilisation" nach dem unbekannten Erdtheil treibt, ist das Kapital, für das sie jene Länder ausplündern und dessen Herrschaft sie es unterwerfen sollen, und damals war es nicht viel anders.

Der Pabst verfolgte bei jenen Missionen allein den Zweck, seine Herrschaft auszudehnen, seine Machtmittel zu vergrößern. Und das Mittel dazu war das Christenthum. Indem die Missionäre die germanischen Stämme zur christlichen Religion bekehrten, setzten sie sich in den Besitz desjenigen Theiles des Landes, welcher vorher der heidnischen Priesterschaft gehört hatte. Die Erträge, welche der so gewonnene Besitz abwarf, flossen nach Rom und vergrößerten die päbstliche Macht. Wie es der Egoismus von jeher und überall verstanden hat, Gott und das Heilige für seine Zwecke auszunutzen, so auch hier. Die Bekehrung der heidnischen Germanen diente der römischen Kirche zum Vorwand und Mittel, ihre Herrschaft zu erweitern.

Und das war gerade zu jener Zeit für sie ein Gebot der Noth.[1])

Die Sarazenen bedrohten damals die päbstliche Herrschaft an verschiedenen Punkten, der Kaiser in Byzanz schmälerte die Einkünfte des heiligen Stuhles in Griechenland und Unteritalien, und sein weltlicher Besitz wurde durch die Longobarden gefährdet. Unter solchen Umständen mußte der damalige Pabst Gregor II. an die Befestigung und Erweiterung seiner Macht denken, und dazu schien ihm nichts geeigneter, als die kräftigen germanischen Völker unter seine Oberhoheit zu bringen und sie sich tributpflichtig zu machen.

Dies Ziel der päbstlichen Politik wurde denn auch, dank der unermüdlichen Thätigkeit der Missionäre sowie der geschickten Benutzung der Germanenhäuptlinge erreicht. Indem die Kirche das fränkische Fürstengeschlecht der Karolinger mit ihrem ganzen Einfluß unterstützte und diesem ihre geistliche Autorität lieh, schuf sie das fränkische Reich.

[1]) Vergl. O. Fischer: Bonifacius der Apostel der Deutschen.

Digitized by Google

Zugleich aber brachte sie damit die fränkischen Könige in volle Abhängigkeit von sich und ihren Interessen. Karl der sogen. „Große" herrschte im Grunde nur durch die Kirche und für die Kirche.

Dieser hierarchische Ursprung des deutschen Königthums erschließt uns erst das rechte Verständniß für die ganze spätere Geschichte unseres Volkes, indem er uns erklärt, warum es die deutschen Könige zu keiner unabhängigen Machtstellung zu bringen vermochten und warum ihre später zahlreich gemachten Versuche, sich von der päbstlichen Herrschaft zu befreien, scheitern mußten.[1]) Das deutsche Königthum war eben ökonomisch und darum auch politisch von der römischen Kirche abhängig. Bei allen Unternehmungen war es auf die materielle Hilfe und Unterstützung der Bischöfe und Aebte, und der gesammten römischen Geistlichkeit angewiesen.[2]) Die Ackerwirthschaften der Abteien und Klöster bildeten mit ihren regelmäßigen Abgaben nicht nur die wirthschaftliche Grundlage der königlichen und später kaiserlichen Gewalt, aus ihren Kontingenten setzten sich auch vornehmlich die Heere zusammen, mit denen später die Ottonen über die Alpen zogen. Ja, zur Zeit des ohnmächtigen Königs, Ludwig des Kindes, waren es die deutschen Bischöfe, welche mit starker Hand die Zügel der Regierung ergriffen und die bedrohte Reichseinheit retteten.[3])

Daß eine starke königliche Gewalt nicht bestand, sehen wir auch aus der Thatsache, daß die freien fränkischen Bauern, welche durch die fortwährenden Kriege und Plünderungen ruinirt waren, sich in den Schutz der Kirche

---

[1]) Daß die Kirche sich im Besitz der eigentlichen Staatsgewalt befand, geht auch daraus hervor, daß sie das Recht der Gesetzgebung ausübte, ein Recht, das immer ein Attribut der höchsten Gewalt im Staate ist. Und zwar regeln die von der römischen Kirche gegebenen Gesetze nicht bloß die geistlichen Angelegenheiten und die innere Verwaltung der Abteien, Klöster, Gemeinden 2c., sondern auch deren Privat-Prozeß- und Strafrecht. Die Sammlung dieser Rechtsbestimmungen ist das Corpus juris canonici (Kanonisches Recht.)

[2]) Vergl. Zastrows preisgekrönte Schrift: Die Geschichte des deutschen Einheitstraumes.

[3]) Vergl. Zbach: Der Kampf zwischen Pabst- und Königthum.

Digitized by Google

und der neuaufgekommenen Territorialherren begaben, da diese ihn allein gewähren konnten.[1]) Durch diesen Umstand aber wuchs die Macht der Kirche wiederum bedeutend, denn den Schutz mußten sich die Bauern theuer erkaufen. Sie mußten nämlich das Eigenthum an ihrem Grundstück an den Schutzherrn übertragen und erhielten dies von ihm als Zinsgut unter verschiedenen und wechselnden Formen zurück, stets aber nur gegen Leistung von Diensten und Abgaben. Einmal in diese Form der Abhängigkeit versetzt, verloren sie nach und nach auch die persönliche Freiheit; nach wenigen Generationen waren sie zumeist schon Leibeigene.

Es ist leicht verständlich, wie diese Gesammtlage mit Nothwendigkeit zur Bildung großer Grundherrschaften und abhängiger Kleinbauern führen mußte und wie die Schutzergebung (Kommendation) sich zum Feudalismus erweiterte.

Jeder Schritt nach vorwärts, den diese Entwicklung machte, brachte das deutsche Königthum einen Schritt seinem Grabe näher. Die Stellung des Königs wurde eine immer kläglichere, je mehr sich die Feudalität entwickelte, je mehr die Feudalherren durch Unterjochung freier Bauern an Macht zunahmen, je mehr infolge dessen der Heerbann zusammenschrumpfte und der König vom Ritterheere abhängig wurde.[2])

Das Stammesherzogthum wurde andererseits immer mächtiger und mußte, da es in seinen ökonomisch-politischen Interessen einem kraftvollen Königthum direkt gegenüberstand, dessen erbittertster Feind und gefährlichster Gegner werden. Die Politik der Stammesherzöge lief darauf hinaus, sich der königlichen Oberhoheit mehr und mehr zu entledigen und sich völlig selbständig zu machen, und das erreichten sie gewiß, indem sie keine Gelegenheit vorübergehen ließen, die Pläne des Königs, sich von Rom zu befreien, zu durchkreuzen.

Und als nun gar die großen Territorialherren mit den mächtigen deutschen Bischöfen gegen den König zusammen gingen, da war es um die deutsche Kaiserherrlich-

---

[1]) Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staates. S. 116/18.

[2]) K. Kautsky: Thomas Morus und seine Utopie. S. 7.

Digitized by Google

keit geschehen. Seitdem sie in Canossa in den Staub getreten war, mußte es aller Welt klar sein, daß sie nur glänzen konnte, wenn die päbstliche Gnadensonne sie beschien.

II.

Seitdem die altgermanische Gentilverfassung und die auf ihr gegründete Markgenossenschaft durch die neue feudale Gesellschaftsordnung gesprengt war, erwuchsen innerhalb dieser letzteren schon wieder die Keime zu einer anderen Produktionsweise: das Handwerk kam auf.

Lange Zeit noch in feudaler Gebundenheit und nur für den Bedarf der großen Grundherren produzirend, nahm es nach den gewaltigen Plünderungs- und Eroberungszügen der abendländischen Völker nach dem Orient, den sogenannten Kreuzzügen, einen mächtigen Aufschwung. Mit der Entstehung der Städte und dem Aufblühen des Handels schüttelte der Handwerker sein Dienstverhältniß zur Markgenossenschaft ab. Er zog in die Stadt und begann hier, statt für die Bedürfnisse des Feudalhofes, für den Markt zu produziren.

So entstand im Laufe der Zeit eine neue Gesellschaftsklasse, das Bürgerthum, welches dazu berufen war, die nächsten Jahrhunderte hindurch die Rolle des Sauerteigs in der Gesellschaft zu spielen.

Seine auf die Waarenproduktion und den Waarenhandel gegründete Existenz suchte das Bürgerthum sich gegenüber den Angriffen des Raubritter- und Banditenthums dadurch zu sichern, daß es sich unter den Schutz der kaiserlichen Macht stellte.

Der Kaiser nahm diesen neuen Bundesgenossen mit offenen Armen auf, verlieh ihm eine lange Reihe von Privilegien, konnte aber schließlich seine Schwäche nicht verbergen.

Das Bürgerthum erkannte denn auch bald genug, daß die im Zerfall begriffene kaiserliche Macht seine Interessen weder im Inlande noch im Auslande wirksam zu schirmen vermochte und so lehnte es sich infolgedessen an die großen weltlichen und geistlichen Territorialherren an, in deren Gebieten allein wirklich regiert wurde.

Digitized by Google

Die Territorialherren aber erkannten sehr bald, daß ihre Interessen mit denen des jungen Bürgerthums völlig zusammenfielen. Nicht allein, daß sie an dem Reichthum der Bourgeoisie theilnahmen — mit Hülfe des Heeres, das sie zur Beschützung des Handels, zur Eroberung neuer Märkte nöthig hatten, dehnten sie ihre Herrschaft immer weiter aus. Zugleich aber lockerte sich damit das Abhängigkeitsverhältniß, das sie noch an das Reich band.

In der That erwarben denn auch die immer stärker werdenden Landesfürsten, die ihrer ursprünglichen Stellung nach kaiserliche Beamte waren, ein Recht nach dem andern. Die Gerichtsgewalt, die in der freien Markgenossenschaft allen Markgenossen in ihrer Vereinigung zustand, ging zuerst theilweise, dann ganz auf die Landesherren über. Auch die höchste Gerichtsgewalt, die ursprünglich ein Attribut des Kaiserthums gewesen, wußten sich die großen Territorialfürsten anzueignen; denn während deren Hof- und Obergerichte die zweite Instanz ausmachten, so war die dritte noch dem Kaiser vorbehalten gewesen. Aber damit nicht genug, dehnten sie auch im Laufe des 14. Jahrhunderts ihre Gerichtsgewalt auf die sogenannten reichsmittelbaren Grafen und Herren, die unter der unmittelbaren Jurisdiktion des Kaisers standen, aus.

Diese Verschiebung der Machtverhältnisse findet ihren Ausdruck in dem Reichsgrundgesetz der goldenen Bulle vom Jahre 1356. Hierin wurde nicht allein das Recht der sieben deutschen Kurfürsten, den römisch-deutschen König und künftigen Kaiser zu wählen, sanktionirt, sondern es wurde ihnen auch die Befugniß zuerkannt, in ihren Territorien in völliger Unabhängigkeit vom Kaiser Recht zu geben und zu sprechen. Es wurde damit also grundsätzlich ausgesprochen, daß die Souveränität des Reiches nicht dem Kaiser, sondern dem Kurfürstenkollegium zustehe, daß die eigentlichen Regenten Deutschlands Bischöfe und Landesfürsten seien.

Die kleineren Feudalherren sahen dieser, ihre Rechte und ihre soziale Stellung schmälernden Entwickelung mit Ingrimm zu. Das luxuriöse Leben der reichen Kaufleute in den Städten erregte ihren Neid, und als sie nicht mehr im Stande waren, einen Theil der Waaren durch

Digitized by Google

Straßen- und Wegeraub an sich zu bringen, da mußten sie — wollten sie, die Adeligen, nicht hinter dem verachteten Bürgersmann zurückbleiben — gleichfalls anfangen, für den Markt zu produzieren.[1])

Das konnten sie nur, indem sie die Naturalleistungen und Lasten ihrer hörigen Bauern vermehrten, denn von der Menge der zu Markt gebrachten Waaren hing ihre Lebenshaltung ab.

Diese Nöthigung für den Adel, sich in das neue Produktionssystem zu finden, war um so stärker, als derselbe nach Umgestaltung der alten Heeresverfassung seine militärische Bedeutung verloren hatte. Das mit der Feuerwaffe ausgerüstete Fußvolk verdrängte die adelige Kavallerie. Die Ritterburgen zerbrachen vor dem Geschütz der Städter und Landesherren.

So war der Adel im Begriff, in einen Zustand vollkommener Ohnmacht, der Bauer aber, in einen Zustand der härtesten Knechtschaft zu versinken. Was Wunder, daß beide Klassen immer mehr zu der Ueberzeugung getrieben wurden, daß nur eine totale Revolution der herrschenden Besitzverhältnisse ihre alte soziale und politische Macht wieder begründen könne!

Die Rebellion der Ritterschaft mit Franz von Sickingen und Ulrich von Hutten an der Spitze brach aus, aber scheiterte bald. Da erhoben sich die Bauern, aber auch sie wurden von den Landesherren niedergeworfen, ihre Güter eingezogen, sie selbst theils hingeschlachtet, theils vertrieben.

Die Landesfürsten eigneten sich, mit rücksichtslosem Terrorismus, das ganze feudale Eigenthum der Ritter und Bauern an, stahlen das Gemeindeland, soweit es sich noch von der alten Markgenossenschaft her erhalten hatte, und raubten unter dem Deckmantel reformirten Glaubens zahllose Kirchengüter, kurz schufen durch Gewalt das moderne bürgerliche Privateigenthum.

Die Folge davon war eine mächtige Verstärkung der territorialen Fürstenmacht und eine Schwächung des

[1]) Vergl. P. Kampffmeyer: Beiträge zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in der Zeitschrift Neue Zeit 1888.

Digitized by Google

Reiches. Das stolze Wort, welches zuerst ein Herzog von Braunschweig-Lüneburg ausgesprochen hat: „Ich bin Kaiser in meinem Lande" galt bald als ein Rechtssatz, der allgemeine Anerkennung fand.[1])

Nunmehr konnte das Landesfürstenthum auch daran gehen, die einzige, sie sowohl wie die Entwickelung des Kapitalismus noch beschränkende Institution hinweg zu räumen: die Landstände.[2])

Dieselben setzten sich aus den Grafen und einflußreichen Feudalherren, den Prälaten und Vertretern der Universitäten, den Rittern des Landes und den Abgeordneten der Städte zusammen, d. h. aus jenen Ständen, die ursprünglich von jeder Steuerpflicht freigewesen waren und jetzt, da der Landesfürst von ihnen Steuern forderte, zusammen kamen, um ihre alten Rechte zu wahren.

Da der Landesfürst aber unbedingt auf ihren guten Willen angewiesen war, so kam es, daß die Landstände in vieler Beziehung sich Rechte und Befugnisse erwarben, die die Gewalt des Territorialherrn bedeutend einschränkten. So hatten sie nicht nur die Höhe der auszuhebenden Steuern zu bestimmen, sie verlangten auch, daß sie durch landständische Beamte eingeholt wurden, daß das Land nicht getheilt, noch veräußert werden dürfte ohne ihre Genehmigung; sie mußten befragt werden, ob Bündnisse geschlossen und Kriege geführt werden sollten.

Diese den Interessen der Bourgeoisie zuwider laufenden Befugnisse und Privilegien des feudalen Junkerthums wurden aber nach und nach eingeschränkt, bis sie endlich ganz aufhörten. Die Rechte der Landstände gingen mit der Zeit — oft nicht ohne Anwendung der niederträchtigsten Mittel — völlig auf den Landesfürsten über, der sich dadurch zum unumschränkten Monarchen entwickelte.

Besonders klar vollzog sich dieser Prozeß in Brandenburg.

Hier herrschte das Geschlecht der Hohenzollern, dem es vermöge seines Erwerbsinnes gelungen war, seinen Besitz in den damals auf der Tagesordnung stehenden Kriegen und Fehden — zum Theil durch wenig wählerische Mittel — bedeutend zu vergrößern.

[1]) Siegel, Deutsche Rechtsgeschichte, § 114.
[2]) Vergl. Siegel: Deutsche Rechtsgeschichte, § 117.

Digitized by Google

Dem von 1640—1688 in Brandenburg regierenden Hohenzollern Friedrich Wilhelm, „der große Kurfürst", gelang es, dem Zuge der Zeit gemäß, seine, in den verschiedenen Theilen Deutschlands befindlichen Besitzungen einheitlich zu organisiren. Diese Einheit seiner Länder konnte aber nur durch eine starke Armee hergestellt und behauptet werden. Zu diesem Zwecke schuf der Kurfürst ein stehendes Heer, das aber ansehnlicher Geldmittel bedurfte, um erhalten zu werden. Da diese in dem verarmten Lande nicht aufzubringen waren, so mußte er den Junkern zu Leibe gehen und ihre landständischen Steuerbewilligungsrechte vernichten. Denn die „Edelsten und Besten der Nation" waren keineswegs geneigt, für die auf die Erhöhung der Staatsmacht gerichteten Pläne ihres Fürsten Opfer zu bringen. Erst als der Hohenzoller ihnen gestattete, sich durch vermehrte Bauernschindung zu entschädigen, traten sie ihre Privilegien ab. „Epoche machend in dieser Beziehung, sagt Schulze,[1]) ist der märkische Landtag von 1653. Daselbst bewilligten die Stände allerdings auf 6 Jahre eine ansehnliche Summe, aber dafür erwarben sie eine neue Erweiterung ihrer Herrenrechte, auch wurde ihnen jene kastenmäßige Abschließung des Adels zugestanden, wodurch die Bürgerlichen vom Erwerb der Rittergüter ausgeschlossen wurden. Vor allem aber wurde die Leibeigenschaft des Bauernstandes grundsetzlich ausgesprochen. So wurden die Bauern dem Adel völlig preisgegeben, welcher für Herrenrechte und Kastenprivilegien seine bisherigen politischen Befugnisse aufgeben mußte."

Die Stellung des Adels wurde somit eine ganz andere, als sie früher gewesen war. Ehemals im Besitz derselben Rechte und Freiheiten, wie die großen Landesfürsten, ward er jetzt das ausführende Organ des landesherrlichen Willens, stellte er jetzt das Personal für die vielen, infolge der weiteren Ausbildung der Verwaltung nothwendig gewordenen Aemter und erhöhte durch seine Anwesenheit am Hofe den Glanz und das Ansehen seines Fürsten. Ehemals der Führer seines eigenen Waffengefolges, diente er jetzt als

[1]) Schulze: Preuß... Bd. I, S. 48.

Digitized by Google

Offizier in der fürstlichen Armee und verhalf so trotz seiner Privilegien und seiner Feindschaft gegen das Bürgerthum diesem zu immer größerer Macht.

In ähnlicher Weise wie in Preußen kam die absolute Monarchie auch in den übrigen deutschen Staaten zum Durchbruch. Die Entwickelung ist, abgesehen von einigen Verschiedenheiten, fast überall die gleiche. Wie in Preußen, so verrieth man auch anderwärts die Bauern an das Junkerthum, richtete, um die Kosten des üppigen und ausschweifenden Lebens an den Höfen zu decken, zahllose Geleits-, Fluß-, Wege- und sonstige Passagezölle auf. Uebermenschliches leisteten die „Finanzkünstler" der damaligen Zeit im Erfinden neuer Lasten, als da sind: Leibespflichten und Frohnden, Gülten und Zinsen, Nachsteuer und Abzugsgeld, Handlohn, Weisat und Fräuleinsteuer.

So hatte denn die neue Wirthschaftsweise bewirkt, daß das Reich alle seine Befugnisse und Funktionen verlor und daß das Landesfürstenthum allein in den Besitz der ganzen politischen und sozialen Gewalt gelangte. So weit der Kaiser noch eine Rolle spielte, verdankte er dies nicht seiner Stellung als Kaiser, sondern als Landesherr.

Diese veränderten Machtverhältnisse nun fanden im westfälischen Friedenschlusse von 1648, mit dem der dreißigjährige Krieg abschloß und durch den die einzelnen großen und kleinen Landesfürsten völlig autonom wurden, ihren rechtskräftigen Ausdruck. Von nun an durften die Fürsten nicht nur unter sich, sondern auch mit fremden Mächten Bündnisse eingehen, auf eigene Faust Krieg führen und Frieden schließen.

Zwar stand die Reichsverfassung mit diesen Thatsachen in hellem Widerspruch; die lebendigen Machtverhältnisse waren das gerade Gegentheil des geschriebenen Verfassungsrechtes, aber das hinderte (gerade so wie heute) die zünftigen Rechtsgelehrten nicht, den Aberwitz der Reichsverfassung wissenschaftlich zu erklären und zu erläutern.

Die Institution des Kaiserthums hatte wie alle übrigen ihren Sinn verloren, denn von alledem, was das Wesen des Staats ausmacht, hatte das damalige deutsche Reich nichts mehr als den Schein und die leere

Digitized by Google

Schaale. Ohne Geschlossenheit nach außen, ohne sichere Kompetenzen nach innen, ohne andere Finanz- und Heeresmacht als die, welche die Landeshoheit gewähren mochte, war es ein politisches Schemen, wenn nicht der Kaiser mit seiner Hausmacht anstatt des Reiches eintrat.

Nichts destoweniger aber blieb das Reich formell noch ein und ein halbes Jahrhundert bestehen, nach wie vor tagte in Regensburg der Reichstag, der aber nichts anderes als in leeren Formen hadern konnte.

So sehen wir das Reich durch die Entwicklung der Einzelstaaten zum Absolutismus immer mehr in Verfall gerathen, aber dieser Verfall war ein nothwendiger; die Zukunft, den Fortschritt repräsentirte der absolute Staat.

Das klingt paradox, aber in Wirklichkeit erfüllte er doch in der damaligen Zeit eine kulturgeschichtliche Mission. Er war der Geburtshelfer der aufstrebenden Wirthschaftsweise.

Diese despotisch regierten Staaten blieben in ihrem Wesen bis zu den Kriegen Napoleons, die sie völlig in ihren Institutionen erschütterten, bestehen. Auf die Dauer aber vermochte die veränderte Produktionsweise sich nicht in den Rahmen eines despotischen Territorialstaates zu kleiden, sie wuchs aus dessen immerhin engen Grenzen hinaus und jene Institutionen, die bureaukratische Verwaltung, das kleine stehende Heer, welche ursprünglich zur Entwicklung des Kapitalismus beigetragen hatten, wurden jetzt ein Hemmniß für ihn. Der sich immer mehr entwickelnde Handel konnte sich nicht mit der absolutistischen Monopol- und Regalwirthschaft, mit dem lästigen Akziswesen und den ihn auf Schritt und Tritt hemmenden Zollpfählen vertragen. Außerdem konnte der Landesfürst seinen handelstreibenden Unterthanen nicht in dem Maße zur Seite stehen, als deren Beziehungen sich erweiterten.

Der absolutistische preußische Staat suchte dieser Tendenz durch fortwährende Vergrößerung seines Territoriums gerecht zu werden, aber schließlich entging er dem Schicksal doch nicht und wurde, weil das Interesse der Fürsten im Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie stand, schließlich doch zu einem Hinderniß der gesellschaftlichen Entwicklung.

Digitized by Google

III.

Während der letzten Dezennien des achtzehnten Jahrhunderts hatte sich die kapitalistische Produktionsweise, wenn auch nicht eine völlig dominirende, so doch sehr bedeutsame Stellung im deutschen Wirthschaftsleben errungen.

Aber überall traten ihr in der Gestalt verrotteter, feudaler und absolutistischer Staatseinrichtungen Hindernisse in den Weg. Freiheit des Verkehrs, ein großes Absatzgebiet und völlige Ungebundenheit der Arbeitskräfte, diese drei unerläßlichen Lebensbedindungen der neuen Wirthschaftsweise mit ihrer gesteigerten Waarenproduktion waren in dem damaligen, in zahllose Territorien zerstückelten Deutschland nicht zu finden. Es gab zu jener Zeit im Reiche nicht weniger als hundert vollsouveräne erbliche Monarchieen, denen ebensoviele geistliche Fürstenthümer mit dem gleichen Maaße von Selbständigkeit zur Seite standen. Die Zahl der freien Reichsstädte betrug mehr als ein halbes Hundert. Dazu kamen noch etwa 150 kleine Prälaten und Grafen.

So stand die „Kleinstaaterei" in voller Blüthe mit ihren Zollschranken und ihrem ungeregelten Münzwesen, mit ihren lästigen Paßvorschriften und schlechten Verkehrswegen, mit ihrer Rechtsunsicherheit und lüderlichen Finanzwirthschaft.

Wenn im Anfang der kapitalistischen Wirthschaft manche der kleinstaatlichen Institutionen ein Schutz für die neue Produktionsweise gewesen, so waren sie jetzt ein Hemmniß für sie geworden, das aus dem Wege geräumt werden mußte. Auf diesem Punkte der ökonomischen Entwicklung wurde das absolute Landesfürstenthum eine Fessel, die gesprengt werden mußte.

In Frankreich war der absolutistische Staat durch die Revolution zertrümmert; der deutschen Bourgeoisie besorgte Napoleon I. diese Arbeit, der nach den Schlachten von Jena und Auerstädt (1806) unzähligen Kleinstaaten den Garaus machte.

Diese Niederlagen, welche Napoleon den deutschen Fürsten beibrachte, hatten auch in dem größten Staat, in Preußen, eine wohlthätige Wirkung gehabt. Es lag jetzt klar vor aller Augen, daß das feudale Deutschland dem

Digitized by Google

durch die Revolution in seiner Volkskraft verjüngten Frankreich nicht mehr gewachsen war. Die französische Uebermacht hatte ihren Grund in erster Linie auf der freien Entfesselung der wirthschaftlichen Kräfte. Diese Wahrheit drängte sich auch dem damaligen preußischen Staatsmanne, dem genialen Freiherrn von Stein auf, der darauf seine radikalen Reformpläne gründete. So schrieb er in seiner Denkschrift[1]) vom September 1807:

„Um ein Volk zu erheben, muß man dem unterdrückten Theil desselben Freiheit, Selbständigkeit und Eigenthum geben und ihm den Schutz der Gesetze angedeihen lassen."

Natürlich mußte eine Reformpolitik, die sich auf solchen Grundsätzen aufbaute, an dem „Patriotismus" der preußischen Junker scheitern. So nannte sich nämlich schon damals der gemeingefährliche Klassenegoismus, der immer ein Recht zu haben glaubte, jede wahrhafte Reformpolitik als „Umsturz" oder „Hochverrath" zu verdächtigen. In der That ließ sich auch der beschränkte Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. von seinen Junkern glauben machen, die Stein'sche Politik gefährde seinen Thron. Als nun gar im holden Bunde mit den „Edelsten der Nation", den Herren von Zastrow und Kalkreuth, von Hatzfeld und Voß auch der „Erbfeind" Napoleon gegen Stein intriguirte, da gab der König seinen fähigsten Berather preis. Und als Stein aus dem preußischen Ministerium austrat, schrieb auch ein preußischer „Patriot", nämlich York: „Unsere inneren Verhältrisse nehmen eine vernünftige Wendung an. Ein unsinniger Kopf ist schon zertreten, das andere Natterngeschmeiß wird sich im seinem eigenen Gift selbst auflösen."[2])

Wie man sieht, war die herrschende Klasse in Preußen durchaus nicht gewillt, sich ihre verrotteten Rechte und Privilegien entreißen zu lassen und nur die allergrößte Noth veranlaßte sie einige Jahre später, sich zu einigen Konzessionen herbeizulassen.

---

[1]) Rud. v. Gneist. Die Denkschriften des Freiherrn von Stein in den „Preußischen Jahrbüchern" 1876.

[2]) Alfred Stern. Abhandlungen und Aktenstücke zur Geschichte der französischen Reformzeit 1807—1815. I.

Digitized by Google

Aber damit war den Interessen der Bourgeoisie nicht viel gedient. Zum Klassenbewußtsein erwacht, war von nun an die Einigung Deutschlands, an die Stelle der unzähligen kleinen Fürstenthümer, Grafschaften und Abteien ein mächtiges deutsches Reich zu setzen, welches seine Interessen förderte, seinem Handel Schutz gewähren konnte, und die Gebundenheit der Arbeitskräfte durch Aufhebung der Leibeigenschaft und die Auflösung der alten patriarchalischen Bande zu beseitigen, der Lieblingsgedanke der jungen Bourgeoisie.

Besonders nach Beendigung der Freiheitskriege, in denen das Selbstgefühl des deutschen Bürgerthums erheblich gewachsen war, machte sich im öffentlichen Leben der Liberalismus, der Inbegriff der in das Politische übersetzten Interessen des Kapitals, stark geltend.

Vor den Kriegen hatten die Fürsten in ihrer Noth dem Volke heilig und theuer versprochen, nach Beendigung desselben eine Verfassung zu geben, d. h. dem Bürgerthum einen Antheil an der Gesetzgebung und Verwaltung des Staatswesens einzuräumen. Als sie aber keine Anstalt machten, ihre Versprechungen einzulösen, da bemächtigte sich namentlich in den süddeutschen Staaten des Bürgermannes eine tiefe Verstimmung, die sich in blutigen revolutionären Liedern, Majestätsbeleidigungen und gelegentlichen Putschen Luft machte, besonders wurde die studirende deutsche Jugend von einem grimmen Haß gegen die Landesväter und ihre Anhänger erfüllt, der in der Ermordung Kotzebue's durch den frommen und keuschen Studenten Sand seinen Gipfelpunkt erreichte.

Aber dieselbe revolutionäre Stimmung herrschte auch in den übrigen Kreisen der süddeutschen Bourgeoisie, so daß sich endlich die Großherzöge von Baden (22. August 1818) die Könige von Bayern (26. Mai 1818) und Würtemberg (25. Sept. 1819) gezwungen sahen, trotz der unaufhörlichen Intriguen eines Metternich, eine Verfassung zu geben.

In Preußen aber fand sich nach Beendigung des großen Kampfes keine treibende Kraft mehr, welche der Monarch hätte berücksichtigen müssen. „Ruhe ist erste

Digitized by Google

Bürgerpflicht" wurde noch einmal für eine Generation die wenig widersprochene Losung.[1]) An Stelle dessen setzte man dort eine Demagogenhetze ins Werk, durch die fast alle Wortführer des revolutionären Liberalismus ebenso zu leiden hatten wie heute die Sozialdemokraten unter dem Ausnahmegesetz.

Dabei aber ließ es sich der preußische König angelegen sein, die Interessen seines Bürgerthums auf dem Wege der Gesetzgebung und Zollpolitik zu fördern. Im Jahre 1819 wurde das preußische Zoll- und Handelswesen gründlich umgestaltet. Man hob alle noch vorhandenen Binnenzölle sowie die bisherige Akzise von fremden Waaren auf — beides Dinge, an denen die Bourgeoisie besonderen Anstoß genommen und die ihre Unzufriedenheit mehr als alles andere erregt hatten. Ja, die Regierung that noch ein Uebriges und verlegte die Zolllinie unter Festhaltung eines allgemeinen Grenzzolltarifs an die Grenze.

Und damit begnügte sich denn auch die preußische Bourgeoisie vollkommen, kam es ihr doch weniger darauf an, den luftigen Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nachzujagen, als vielmehr einen guten Profit in die Tasche zu stecken. Daß es sich um nichts anderes als um diese Profite handelte, geht zur Genüge aus der Thatsache hervor, daß sie heute, wo sie reich und satt geworden, bereit ist, ihre früheren Ideale zu lästern und mit Füßen zu treten. Wie hätte man auch glauben können, daß die Bourgeoisie, die doch immer so nüchtern und vernünftig denkt, die jede Extravaganz so gründlich haßt und die ihre philiströse Ruhe und Gemüthlichkeit höher als alles schätzt, wegen ein paar lumpiger Ideale ihre Haut zu Markte getragen hätte!

Zu ähnlichen Konzessionen, wie der Preußenkönig, sahen sich auch die Fürsten der anderen Staaten gezwungen.

So schloß sich das Großherzogthum Hessen 1828 der preußischen Zollpolitik an und ließ die Schlagbäume an der preußischen Grenze wegräumen.

In Süddeutschland erreichte die Bourgeoisie in demselben Jahre, daß die Regierungen von Bayern und Wür-

---

[1]) Baumgarten: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik — im Preuß. Jahrb. Bd. 18.

Digitized by Google

temberg sich zu einer Zollvereinigung zusammen schlossen (Süddeutscher Verein).

Dasselbe geschah in Mitteldeutschland, wo Hannover, Sachsen, Kurhessen, Nassau, Braunschweig und einige andere Kleinstaaten einen Zollverband bildeten.

Aber im Ganzen wurde diese die Bourgeoisie interessirende Zollpolitik doch nur widerwillig von den Fürsten betrieben und schritt deßhalb auch nur langsam vorwärts.

Da gaben nun die französische Julirevolution und der belgische Aufstand zu Anfang der dreißiger Jahre dem deutschen Liberalismus neues Leben. In dem Schreiben eines süddeutschen Diplomaten heißt es: „Was den Geist des Volkes, nämlich der Masse betrifft, so kann man wohl annehmen, daß er bei den Vorgängen in Frankreich fast gleichgiltig geblieben ist. Die Rheinprovinz und Westfalen möchten davon ausgenommen sein. Nicht so verhält es sich mit der Beamtenwelt, dem Handel und dem Lehrstande, die vielleicht von der freisinnigen Idee mehr durchdrungen sind als gerade nöthig wäre.“[1]) Ueberall, so in Braunschweig, Kassel, Dresden kam es zu mehr oder minder großen Aufständen, die in den obersten Gesellschaftskreisen ihre Urheber hatten.

Privatdozenten und Studenten waren es, welche die Gesellschaft in Göttingen in eine solche Gefahr brachten, daß die Universität geschlossen werden mußte. Darob gerieth die deutsche Bundesversammlung in große Angst, welche sie ein drakonisches Gesetz gegen Studenten von revolutionärer Gesinnung geben ließ.[2]) Censur, militärische Bereitschaft, Polizei, kurz der ganze Unterdrückungsapparat wurde aufgeboten, um sich vor der gefahrdrohenden Bewegung zu retten. In Baden kam es zu heftigen Kämpfen in der Kammer, man verlangte völlige Preßfreiheit und Welker drohte sogar mit einer Anklage der Regierung wegen Hochverrathes. In Bayern fanden ähnliche Kämpfe statt, jedoch ohne Erfolg.

Die Zeitungen des Bürgerthums führten zu jener Zeit eine sehr kräftige Sprache, überall manifestirte und

[1]) Fr. v. Wesch: Aus alter und neuer Zeit, 233.

[2]) Mucke: Die politischen Bewegungen in Deutschland von 1830—35, Bd. I.

Digitized by Google

protestirte man in Versammlungen und auf Volksfesten. Berühmt geworden ist von den letzteren das Hammbacher Fest, das am 26. Mai 1832 stattfand und auf dem die Führer der süddeutschen Demokratie, die Doktoren Hepp, Wirt, Siebenpfeiffer und Andere revolutionäre Reden hielten. Wirt nannte die Könige Hochverräther und brachte ein Hoch auf die vereinigten Freistaaten Deutschlands aus.

Die deutsche Bundesversammlung war entsetzt über diese Vorgänge, eilig faßte man Beschlüsse gegen die staatsgefährlichen Demokraten: man verbot Zeitungen, Broschüren und schonte selbst die Produkte liberalisierender Dichter und Romanciers nicht. Die Werke Heines, Börnes, Gutzkows, und anderer Angehöriger des Jung-Deutschlands befanden sich auf dem Index der Censurbehörde. Man verhaftete und chikanirte die demokratischen Führer, so daß sich ihre Partei schließlich veranlaßt sah, zu Verschwörungen und Geheimbünden überzugehen. Am Ende der Jahre 1832 berath sie die Form einer demokratischen Republik und versucht in Frankfurt durch einen Handstreich, der übrigens völlig harmlos war, die Revolution in Deutschland zu entflammen. Sofort wurde eine Zentraluntersuchungsbehörde niedergesetzt, welche überall gefährliche Geheimbünde witterte, gerade so wie die heutigen Staatsanwälte in Freiberg, Breslau, München, Elberfeld 2c., damals allerdings mit mehr Recht als heute.

Dieses Gebahren des Bürgerthums öffnete nun den Fürsten doch ein wenig die Augen, sie suchten jetzt die gegen sie gerichtete Bewegung dadurch abzuleiten, daß sie ihren Unterthanen mehr als bisher in der Erfüllung ihrer Wünsche entgegenkamen.

Die auf die Vereinheitlichung des Absatzgebietes gerichtete Zollpolitik wurde mit größerer Energie als bisher betrieben.. Man suchte nun den preußisch-hessischen Verein mit dem süddeutschen zu verschmelzen, was denn auch schließlich gelang und in dem Zollvereinigungsvertrag vom 22. März 1833 zum Ausdruck kam. Dieser Vereinigung schlossen sich auch das Königreich Sachsen sowie die Thüringischen Staaten im selben Jahre an und nunmehr trat mit dem 1. Januar 1834 unter dem Namen: Deutscher Zoll- und Handelsverein ein Verband ins Leben,

Digitized by Google

welcher die Erhebung der bisherigen Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle an den gemeinschaftlichen Landesgrenzen und nur noch eine Zollerhebung an den Grenzen gegen das Vereinsausland auf Grund eines gemeinschaftlichen Zolltarifs zuließ.

Damit war ein in der großen Hauptsache einheitliches Verkehrsgebiet geschaffen, das sich auf den größten Theil Deutschlands erstreckte, indem es ein Flächengebiet von 7730 Quadratmeilen mit 23½ Mill. Menschen umfaßte.

Diesem Zollverein traten nun in kurzer Zeit noch Baden, Nassau, Braunschweig und andere Kleinstaaten bei.

Man sieht hier recht deutlich, wie es die wirthschaftlichen Interessen der Bourgeoisie waren, welche die Einheit Deutschlands anbahnten.

Wenn auch der Zollverein wesentlich im Interesse der Bourgeoisie gegründet und gefördert wurde und wenn auch sein Nutzen für dieselbe ein recht erheblicher war, so genügte er der mächtig aufstrebenden Wirthschaftsweise keineswegs; sie verlangte nun einmal nicht nur ein großes einheitliches Terrain, in dem sie herrschen konnte, sondern auch eine einheitliche, politische Organisation und Staatsgewalt.

So versuchte denn der deutsche Bourgeois sein Glück endlich 1848 mit einer Revolution, aber da sollte er schlecht dabei wegkommen. Nach einem anfänglich siegreichen Vorgehen verlor er bald seine ganze Position an die Fürsten. Die schönen Träume von der deutschen Republik zerrannen in nichts, die nach endlosen Parlamentsreden mühsam vollendete deutsche Reichsverfassung wurde ohne weiteres annulliert.

Der Instinkt lehrte die Bourgeoisie, daß die Republik zwar ihre politische Herrschaft vollendet, aber zugleich deren gesellschaftliche Unterlage unterwühlt, indem sie nun ohne Vermittlung, ohne den Versteck der Krone, ohne das Nationalinteresse, durch ihre untergeordneten Kämpfe unter einander und mit dem Königthum ableiten zu können, den unterjochten Klassen gegenüberstehen und mit einander ringen müssen. Es war das Gefühl der Schwäche, das sie vor den reinen Bedingungen ihrer eigenen Klassenherrschaft zurückbeben und sich nach den unvollständigeren und unentwickelteren und eben darum gefahrloseren Formen

Digitized by Google

derselben zurücksehnen ließ.[1]) Sie merkte im Anfang nicht, daß mit ihrem Bestreben, die konstitutionelle Verfassung in den Einzelstaaten zur Wahrheit zu machen und dementsprechend den deutschen Bund gleichfalls parlamentarisch zu reformieren, eine soziale Revolution Hand in Hand ging und sehr bald die Oberhand gewann. Die Angst vor dem aufstrebenden Proletariat, welches sich in dieser Revolution bemerkbar machte und ihr einen sozialistischen Charakter aufzuprägen suchte, bewog die Bourgeoisie, den Regierungen die Hand zu reichen und sich der Reaktion in die Arme zu werfen.

Diese wußte denn auch die Situation gründlich auszunutzen. Die Fürsten brachen ihre in der Angst geschworenen Eide, welche sie auf die demokratischen Verfassungen ihrer Staaten geleistet hatten und suchten den alten Absolutismus wiederherzustellen. So wurde in Preußen die jüngst vereinbarte Verfassung gewaltsam aus dem Wege geschafft und an ihrer Statt eine reaktionäre oktroyirt. In Würtemberg trat die alte Verfassung von 1819 wieder ins Leben, in Hannover stellt man das absolute Regiment völlig wieder her. Und ähnlich war es überall. Der politische Bankerott des revolutionären Bürgerthums war eben so vollständig wie nur möglich.

„So ist die Bewegung von 1848", sagt Jörg in seiner Geschichte der sozialpolitischen Parteien, „nach ihrer politischen Seite als Liberalismus oder Radikalismus gänzlich und wenig ehrenhaft erlegen. Nach ihrer andern Seite als ökonomischer Liberalismus aber ist sie entschieden Sieger geblieben. Noch mehr, die bestehenden Gewalten haben sich alsbald, nach dem geräuschvollen Vorgang des französischen Imperators, die Forderung „der materiellen Interessen" ihrer Völker als Regierungsprinzip angeeignet und damit grundsätzlich den liberalen Oekonomismus auf den Thron gehoben."

Hatte der Bourgeoisliberalismus auf die Politik in der auf die Revolution folgenden Reaktionsperiode (1848—1858) verzichtet, so arbeitete er um so erfolgreicher auf dem wirthschaftlichen Gebiet, begünstigt durch die Regie-

[1]) Marx: Der 18. Brumaire.

Digitized by Google

rungspolitik Preußens, die damals eigentlich nur eine Handelspolitik war. Der Krimkrieg gab Veranlassung zur Entwicklung von Industrie und Handel, da Preußen als neutraler Staat Rußland versorgte. Zollverträge wurden erneuert, neue Postverträge geschlossen, der materielle Aufschwung war ein großer, das Eisenbahn-, Bank- und Versicherungswesen entwickelte sich.

Diese großen wirthschaftlichen Erfolge nun machten — um so mehr, als das rothe Gespenst Dank der Genossenschaftsspielerei des Herrn Schultze-Delitz gebannt schien — der Bourgeoisie den Muth, auch wieder auf politischem Gebiet sich zu versuchen. Anlaß dazu bot das feudale Privileg, welches die Großgrundbesitzer von der Steuerzahlung befreite. Als nun, begünstigt durch das Censuswahlsystem, die preußische Bourgeoisie die Mehrheit in den Kammern erhielt, ging ihr Streben darauf hinaus, sich in den Besitz der politischen Gewalt zu setzen.

Die Regierung gab Anfangs nach und betraute ein durchweg liberales Ministerium mit der Leitung der Geschäfte. Als sie aber gewahr wurde, daß die Bourgeoisie, nicht zufrieden mit der parlamentarischen Gesetzgebung, nach parlamentarischer Regierung trachtete und die Fülle der Gewalt, welche noch die Krone inne hatte, auf das Abgeordnetenhaus übertragen wollte, kam es zum Konflikt zwischen ihr und dem König.

Es geschah dies anläßlich einer Vorlage, welche die Reorganisation der Armee bezweckte und die im Anfang des Jahres 1860 dem preußischen Landtage vorgelegt wurde.

Die fortschrittlich-demokratische Majorität des Abgeordnetenhauses weigerte sich, den Gesetzentwurf anzunehmen und die nöthigen Geldmittel dafür zu bewilligen.

Anstatt sich diesem Beschlusse zu fügen, löste die Regierung die Kammer auf, aber ohne Erfolg. In das neue Abgeordnetenhaus zog eine noch stärkere Opposition ein.

Der König hatte inzwischen den Herrn von Bismarck an die Spitze des Ministeriums berufen, und dieser nun ließ den umstrittenen Gesetzentwurf trotz des Widerspruchs der Volksvertretung durchführen. Er machte einen Staatsstreich, indem er die Verfassung, welche dem Abgeordneten-

Digitized by Google

hause das Recht der Geldbewilligung zuschrieb, ignorirt, und ohne gesetzlichen Staatshaushalt regierte. Es war das die Zeit, wo die preußischen Minister, an ihrer Spitze Bismarck, nach der Aeußerung des jetzt geadelten Herrn von Gneist „das Kainszeichen des Meineids" an der Stirne trugen.

Dank der politischen Unfähigkeit der Bourgeoisie versumpfte dieser Konflikt. Anstatt, wie Lassalle den Abgeordneten rieth, auszusprechen, was ist, und durch ihre Weigerung, als gesetzgebender Körper weiter zu tagen, der Regierung den Schleier des Scheinkonstitutionalismus vom Gesicht zu reißen, blieb sie unthätig beisammen und beschränkte sich darauf — zu protestiren!

Die Fortschrittspartei konnte sich trotz der fortwährenden Ermunterung, welche sie von den preußenfeindlichen Fürsten empfing, an ihrer Spitze den Herzog von Koburg Gotha[1]) (der sie sogar dazu drängte, Revolution zu machen), zu keinem entschiedenen Vorgehen entschließen. Hier wie 1848 ließ sie ihre Feigheit eine politische Niederlage erleiden. Der Versuch, sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen, war kläglich gescheitert und nach der siegreichen Beendigung des schleswig-holsteinischen sowie des österreichischen Krieges war die preußische Regierung kräftiger als je zuvor.

Aber eine Aenderung ihres Verhaltens zu der mächtig und widerspenstig gewordenen Bourgeoisie glaubte sie doch eintreten lassen zu müssen. Um die letztere im Zaum zu halten, unterstützte sie die Gegner und Todfeinde des Bürgerthums, das Proletariat.

Das Dreiklassenwahlsystem hatte trotz seines reaktionären und plutokratischen Charakters nach einander unbesiegbare Majoritäten der Opposition in die Kammern gebracht. Als nun im Jahre 1867 der norddeutsche

[1]) Die „Volks-Zeitung" veröffentlichte im Juni 1889 Erinnerungen an Franz Duncker, bei welcher Gelegenheit sie Stellen aus Briefen veröffentlichte, die aus dem geheimen Kabinet des Herzogs von Koburg-Gotha stammen, und die an Führer der Fortschrittspartei gerichtet sind. In einem derselben heißt es: „... Denkt ihr denn gar nicht an ordentliche Organisation? und an direkte Anknüpfung mit dem Militär?" — Ein anderes Mal ruft er aus: „Und wenn ihr meiner zur provisorischen Regierung bedürft: Dann ruft den Tell, es soll an ihm nicht fehlen!"

Digitized by Google

Bund von Preußen gestiftet wurde, da glaubte der Ministerpräsident die trotzig gewordene Bourgeoisie am besten dadurch zu schwächen, daß er in die neue Bundesverfassung das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht aufnahm, nicht etwa, daß er damit dem Volke ein Recht einräumen wollte, beabsichtigte er vielmehr, sich daraus eine Waffe für seinen Kampf mit der liberalen Bourgeoisie zu schmieden. Mit Hülfe des durch das allgemeine Wahlrecht gewonnenen Proletariats glaubte er die Bourgeoisie nach dem Beispiel seines Meisters Louis Napoleon in Schach halten zu können. Hatte doch Lassalle den Arbeitern in dem „offenen Antwortschreiben" das allgemeine Wahlrecht als ihr nächstes Ziel, welches sie zu erreichen hätten, bezeichnet, und sogar deutsche Professoren vertraten die Ansicht, daß sich die Monarchie in Zukunft auf den vierten Stand stützen müßte.[1])

Mit der Gewährung des Wahlrechts hatte Bismarck die absolute Monarchie in die bonapartistische übergeführt. Beschleunigt wurde diese Entwicklung auch dadurch, daß Preußen nach dem Kriege mit Oesterreich drei Kronen verschluckt hatte. Der Schein, daß es nach dieser Prozedur noch dieselbe unbefleckte Krone von Gottes Gnaden besäße, die es sich vorher zuschrieb, ließ sich schlechterdings nicht mehr aufrecht halten.

Die Arbeiter inzwischen ließen sich durch das ministerielle Buhlen um ihre Gunst über ihre Gegensätzlichkeit zur preußischen Regierung nicht täuschen und der Versuch Bismarcks, sich ein eigenes Leibproletariat zu organisiren, scheiterte kläglich. Zu diesen Versuchen gehört das Bestreben, durch Bestechung der Arbeiterführer die von ihnen geleiteten Massen in das reaktionäre Lager herüberzuziehen, ferner das Anerbieten an den, später von Bismarck als internationalen Züchter von Verbrechern bezichtigten Karl Marx, im Staatsanzeiger sozialistische und kommunistische Artikel zu schreiben, endlich der Versuch, Liebknecht, Schweitzer u. a. in das reaktionäre Netz zu locken.

---

[1]) Prof. Rohner. Die Monarchie und der 4. Stand.

Digitized by Google

IV.

Eine Gelegenheit zur neuen Verschiebung der Machtverhältnisse bot der Krieg 1870/71. Die ökonomische Einheit, welche durch den Kapitalismus schon zu einer vollendeten Thatsache in Deutschland geworden war, mußte jetzt in der politischen zum Ausdruck kommen.

Das ergiebt sich klar und unzweideutig, wenn wir uns die politische Situation für einen Augenblick vergegenwärtigen.

Preußen hatte seinen Gegner, mit dem es um die Oberherrschaft in Deutschland rang, Oesterreich, 1866 zu Boden geworfen und durch die Einverleibung von Hannover, Kurhessen und Nassau, sowie Schleswig-Holstein seine Macht erheblich vergrößert. Sein Wille beherrschte das ganze Deutschland nördlich von der Mainlinie, und die Form, unter der dies geschah, war der Norddeutsche Bund.

Nur die Staaten südlich der Mainlinie standen Preußen ablehnend und voll Groll gegenüber.

Aber dieser Groll war mehr bei den Regierungen als beim Volke, bei der Bourgeoisie vorhanden, der das preußische Militärsystem zwar sehr widerwärtig war, der aber doch das nothwendige Ziel der preußischen Politik, die Einigung Deutschlands, sehr sympathisch sein mußte.

So konnten die Regierungen, die wiederum an dem preußischen Militarismus keinen Stein des Anstoßes finden, keine energische Politik zur Vereitelung der preußischen Herrschaft über Deutschland betreiben, das hätte die hohe Bourgeoisie arg verschnupft, der es ja nur darauf ankam, gute Geschäfte zu machen und in deren Interesse es nun einmal lag, wenn das gesammte Wirthschaftsgebiet unter einheitlicher Verwaltung stände.

Als es nun zum Kriege mit Frankreich kam, da konnten es die Südstaaten im Hinblick auf Oesterreichs Schwäche und aus Furcht vor ihrer eigenen Bourgeoisie nicht wagen, eine preußenfeindliche Haltung einzunehmen. Um nicht alles zu verlieren, schlossen sie sich dem Norddeutschen Bunde an. So sah das Jahr 1870 ganz Deutschland in Waffen zusammen; die Gewalten verschmolzen unversehens zu einer Zentralgewalt in Preußens Hand.

Digitized by Google

Die politische Einheit war da! Als reife Frucht vom Baum der sozialen Entwicklung fiel sie in den Schooß der erleuchteten Staatsmänner, aber diese sahen sie nicht, wie die Tagebücher Kaiser Friedrichs beweisen. Der alte Kaiser Wilhelm bedachte die deutsche Kaiserfrage noch garnicht, sein Sohn schreibt darüber betrübt am 30. September 1870: „Ich rede Se. Majestät auf die Kaiserfrage an, die im Anrücken begriffen, er betrachtet sie als garnicht in Aussicht stehend, beruft sich auf Dubois-Reymond's Aeußerung, der Imperialismus liege zu Boden, so daß es in Deutschland künftig nur einen König von Preußen, Herzog der Deutschen, geben könne."

Ein Zeugniß dafür, daß Kaiser Wilhelm I. völlig theilnahmlos den Ereignissen zuschaute, liefert uns Louis Schneider, der Vorleser des Kaisers, in seinem Buch über diesen. „Als auf der Höhe von Sedan General Reille dem Oberbefehlshaber der deutschen Heere das Schreiben überbrachte, in welchem Napoleon III. sich für gefangen erklärte, war Kronprinz Friedrich, wie in seinem Tagebuche zu lesen ist, von der Wucht der weltgeschichtlichen Stunde tief bewegt und erschüttert, Kaiser Wilhelm I. aber richtete unverwandt seinen Blick auf die Brust des General Reille und sagte endlich erstaunt: „General, Sie haben da einen Orden, den ich noch nie gesehen habe."

Auch Bismarck zeigt sich als völlig unklar in seiner Beurtheilung der Situation. Kaiser Friedrich schreibt am 3. September: „Der Kaiserfrage wurde kaum gedacht, ich merkte, daß Bismarck ihr nur sehr bedingt zugethan sei." Am 10. Oktober faßt endlich Bismark, gedrängt von der Entwickelung der Dinge, die Kaiserfrage ins Auge. Er habe 1866, sagt er zum Kronprinzen, gefehlt, sie gleichgültig behandelt zu haben, er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen nach der Kaiserkrone im deutschen Volke so mächtig sei, als es sich jetzt herausstelle, und besorgt nur Entfaltung großen Hofglanzes, worüber der Kronprinz ihn beruhigt. Am 14. November hatte der Kronprinz eine Unterredung mit Bismarck, über die sich die folgenden Aufzeichnungen finden:

16. November. Gespräch mit Bismarck über die deutsche Frage, er will zum Abschluß kommen, entwickelt aber achselzuckend

Digitized by Google

die Schwierigkeiten; was man denn gegen die Süddeutschen thun solle? ob ich wünsche, daß man ihnen drohe? Ich erwidere: „Ja wohl, es ist gar keine Gefahr, treten wir fest und gebietend auf, so werden Sie sehen, daß ich Recht hatte zu behaupten, Sie seien sich ihrer Macht noch gar nicht genügend bewußt.“ Bismarck wies die Drohung weit ab und sagte, bei eventuellen äußersten Maßregeln dürfe man am wenigsten damit drohen, weil das jene Staaten in Oesterreichs Arme treibe. So habe er bei Uebernahme seines Amtes den festen Vorsatz gehabt, Preußen zum Krieg mit Oesterreich zu bringen, aber sich wohl gehütet, damals oder überhaupt zu früh mit Sr. Majestät davon zu sprechen, bis er den Zeitpunkt für geeignet angesehen. So müsse man auch gegenwärtig der Zeit anheimgeben, die deutsche Frage sich entwickeln zu sehen. Ich erwiderte, solches Zaudern könne ich, der ich die Zukunft repräsentire, nicht gleichgiltig ansehen; es sei nicht nöthig, Gewalt zu brauchen, man könne es ruhig darauf ankommen lassen, ob Baiern und Württemberg wagen würden, sich Oesterreich anzuschließen. Es sei nichts leichter, als von der hier versammelten Mehrzahl der deutschen Fürsten nicht blos den Kaiser proklamiren, sondern auch eine den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes entsprechende Verfassung mit Oberhaupt genehmigen zu lassen, das würde eine Pression sein, der die Könige nicht widerstehen könnten. Bismarck bemerkte, mit dieser Anschauung stehe ich ganz allein; um das gewollte Ziel zu erreichen, wäre es richtiger, die Anregung aus dem Schooße des Reichstages kommen zu lassen. Auf meinen Hinweis auf die Gesinnungen von Baden, Oldenburg, Weimar, Koburg deckte er sich durch den Willen Sr. Majestät. Ich erwiderte, ich wisse sehr wohl, daß sein Nichtwollen allein genüge, um eine solche Sache auch bei Sr. Majestät unmöglich zu machen. Bismarck entgegnete, ich mache ihm Vorwürfe, während er ganz andere Personen wisse, die jene verdienten. Hierbei sei die große Selbständigkeit des Königs in politischen Fragen zu berücksichtigen, der jede wichtige Depesche selbst durchsehe, ja korrigire. Er bedauere, daß die Frage des Kaisers und Oberhauses überhaupt diskutirt sei, da man Baiern und Würtemberg dadurch vor den Kopf gestoßen. Ich bemerkte, Dalwigk habe sie angeregt. Bismarck meinte, meine Aeußerungen müßten nachtheilig wirken, er fände überhaupt, der Kronprinz dürfe dergleichen Ansichten nicht äußern. Ich verwahrte mich sofort auf das Bestimmteste dagegen, daß mir in solcher Weise der Mund verboten werde, zumal bei solcher Zukunftsfrage, ich sähe es als Pflicht an, bei Niemandem Zweifel gerade über meine Ansicht zu lassen, überdies stehe es nur bei Sr. Majestät, mir über die Dinge, welche ich besprechen dürfe oder nicht, Weisungen zu geben, wenn man überhaupt nicht annehme, daß ich noch nicht alt genug sei, um selber ein Urtheil zu haben. Bismarck sagte, wenn der Kronprinz befehle, so werde er nach diesen Ansichten handeln. Ich protestirte dagegen, weil ich ihm gar keine Befehle zu ertheilen habe, worauf er erklärte, er werde

Digitized by Google

seinerseits sehr gerne jeder anderen Persönlichkeit Platz machen, die ich zur Leitung der Geschäfte für geeigneter als ihn halte, bis dahin aber müsse er seine Prinzipien nach seinem besten Wissen und nach der ihm beiwohnenden Kenntniß aller einschlagenden Verhältnisse festhalten. Wir kamen dann auf Detailfragen, schließlich bemerkte ich, daß ich vielleicht lebhaft geworden, aber man könne mir beim Versäumen eines weltgeschichtlichen Moments nicht Gleichgiltigkeit zumuthen.

Die Legende, wonach der alte Wilhelm I. sowie sein Kanzler unabläßig die Einigung Deutschlands angestrebt hätten, zerfließt vor den Aufzeichnungen der Tagebücher in nichts. Der alte Wilhelm tritt uns als ein den neuen Gestaltungen völlig gleichgültig gegenüberstehender, engherziger und nur für seine eigenen Interessen besorgter Fürst entgegen. Es war gewiß keine Verstellung wenn er kurz vor seiner Proklamation zum Kaiser sagte: Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte. Bismarck aber zeigt sich hier als ein nichts weniger als genialer Staatsmann, der, weit entfernt, die Bedeutung und Tragweite der vor seinen Augen sich abspielenden Ereignisse zu begreifen, allen Halt verliert und rath- und thatlos den Vorgängen zuschaut.

Aber auch das Ammenmärchen, das den König Ludwig von Bayern eine hervorragende Rolle bei der Gründung des Deutschen Reiches spielen ließ, wird gründlich zerstört. Der Staatsminister Delbrück, der damalige Präsident des Bundeskanzler-Amtes gab in der Sitzung des Norddeutschen Reichstages vom 5. Dezember 1870 einen offiziellen Bericht über den äußeren Hergang der Verhandlungen, welche zur Gründung des deutschen Reiches geführt haben. Es heißt in diesem Bericht:

„Die Initiative kam von Bayern. Die königlich bayerische Regierung gab im Laufe des September dem Bundespräsidium zu erkennen, daß die Entwickelung der politischen Verhältnisse Deutschlands, wie sie durch die kriegerischen Ereignisse herbeigeführt sei, nach ihrer Ueberzeugung es bedinge, von dem Boden der völkerrechtlichen Verträge, welche bisher die süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde verbanden, ab zu einem Verfassungsbündnisse überzugehen. Sie verband mit dieser Mittheilung den Ausdruck des Wunsches, mit einem Bevollmächtigten des Präsidiums über die Vorschläge in Besprechung zu treten, welche sie zur Ausführung

Digitized by Google

ihres Gedankens vorbereitet hatte. Das Präsidium beeilte sich diesem Wunsche zu entsprechen und es wurde mir der Befehl zu theil, mich zu diesem Zwecke nach München zu begeben."

Diese Darstellung ist trotz ihres offiziellen Charakters vollkommen erlogen. Thatsache ist, daß die bayerische Regierung dem Gedanken eines deutschen Reiches sehr unfreundlich gegenüberstand, und daß sie erst nachgab, als sie nicht mehr widerstehen konnte. So ist nicht im September, wie Delbrück offiziell log, die Initiative von Bayern ausgegangen, im Gegentheil mußte auf die bayerische Regierung ein Druck ausgeübt werden. Erst am 20. November lenkt Bayern ein, wie im Tagebuch steht, und am 30. November schreibt Kaiser Friedrich folgendes:

„Ein Konzept Bismarcks für den Brief des Königs Ludwig wegen der Kaiserwürde an Sr. Majestät ist nach München gegangen; der Großherzog sagt mir, man habe dort nicht die richtige Fassung zu finden vermocht und sich dieselbe von hier erbeten, der König von Bayern hat den Brief wahrhaftig abgeschrieben und Holnstein bringt ihn."

Am 3. November heißt es dann:

„Holnstein ist angekommen, Prinz Luitpold muß das Schreiben auf besondern Befehl dem König überreichen. Nach Tisch Vortrag Bismarcks, der den Brief vorliest, welchen der König so zur Unzeit wie möglich findet, worauf Bismarck bemerkt, die Kaiserkrone habe nichts mit den augenblicklichen Kämpfen zu thun."

Eine beißendere Satyre auf den Gründungsmythus kann nicht geschrieben werden, als sie diese Zeilen enthalten!

So ist die Initiative Bayerns, so die hingebende Aufopferung des Preußenkönigs für die Interessen der deutschen Nation beschaffen. Nirgends kann man sich zu einem Entschluß, dem Volke die langerstrebte Einheit zu geben, aufschwingen. Jeder glaubt bei dem Einigungswerk etwas zu verlieren. Aber die Nothwendigkeit räumte rücksichtslos alle diese Hindernisse aus dem Weg. Abgesehen vom Großherzog von Baden sowie vom damaligen Kronprinzen von Preußen, befindet sich unter all' den Fürsten und Staatsmännern auch kein einziger, dem das deutsche Volk irgend welche Sympathie mit Recht entgegenbringen könnte. Das tritt auch bei der Kaiserproklamation am 18. Januar in Versailles hervor. Die Situation hatte sich geklärt. Die Fürsten sahen ein, daß an ein Sichwidersetzen nicht

Digitized by Google

zu denken war, daß sie aber einer Unterordnung unter Preußen nicht entgehen könnten. Mit gemischten Gefühlen, von Neid, Eifersucht und Furcht, wohnten sie der Kaiserproklamation bei, die übrigens einen völlig geschäftlichen Charakter trug. Der Kronprinz schildert sie folgendermaßen:

„Nachdem Se. Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne verlesen, trat Bismarck vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art die Ansprache an das deutsche Volk; bei den Worten „Mehrer des Reichs" bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb. Nun trat der Großherzog von Baden mit seiner ihm eignen Würde vor und rief laut: „Es lebe Se. Kaiserliche Majestät, der Kaiser Wilhelm."

Wie man sieht, ist, so weit die Fürsten und großen Staatsmänner in Betracht kommen, nichts zu spüren von einer „nationalen Begeisterung," nichts von der selbstlosen Aufwallung, der freudigen Hingabe ihrer Machtbefugnisse, nichts von dem ehrlichen Wollen, dem deutschen Volk die mit seinem Blut erkaufte Einigung zu gewähren. Im Gegentheil sehen wir überall nur Zaudern und Furcht vor Verlust ihrer überlebten Rechte, Angst vor Schädigung der dynastischen Interessen, kleinliches Schachern um Erhaltung gewisser Reservatrechte und eine erstaunliche Unfähigkeit zu jeder großen Aktion.

Der wahre Schöpfer seiner Einigung war das deutsche Volk!

Und doch wagen es heute die Vertreter aller volksfeindlichen Interessen, einem großen Theil unseres Volkes den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit, den Vorwurf des Mangels an Patriotismus zu machen. Elende Heuchelei! Wie es 1848 Arbeiterfäuste waren, welche am energischsten für die Einigung Deutschlands kämpften, wie es 1870/71 die deutsche Arbeiterklasse gewesen ist, die das größte Opfer an Blut und Gut gebracht hat, so wird sie auch in Zukunft an dem schwer erkämpften Gut festhalten. In der That, wäre die Sorge um die Erhaltung der deutschen Einigkeit den Fürsten anvertraut und wachte das Volk nicht selbst darüber, dann wäre das Reich schon längst wieder in die Brüche gegangen. Hat man doch schon vom Ministertische der Volksvertretung damit gedroht, das

Digitized by Google

Reich wieder aufzulösen; worauf denn ein Sozialdemokrat die treffende Antwort gab: Wenn Sie die Reichsbude zumachen, machen wir sie wieder auf!

Weil aber die deutsche Arbeiterklasse fest zum Reiche steht, läßt es sich unter der Maske des Patriotismus noch nicht die ökonomische Ausbeutung gefallen.

Wenn die Bourgeoisklasse den „nationalen Gedanken" gegen die Arbeiterklasse ausspielt, so weiß sie, daß das nur ein Mannöver ihrer Gegner ist, um sich ihre wirthschaftliche und politische Unterdrückung zu sichern.

In dieser Sache proklamirt sie den „internationalen Gedanken", den internationalen Kampf des Proletariats gegen den internationalen Klassenstaat.

Für sie ist die Einigung Deutschlands nicht Endzweck, sie hat die Einigung Deutschlands nicht als ein an und und für sich erstrebenswerthes Gut erkämpft, sondern alle Opfer hat sie gebracht, um sich damit den Ausgangspunkt für die Umwandlung des Klassenstaates in den sozialdemokratischen Volksstaat zu schaffen. Und gerade die Ereignisse der letzten Wochen beweisen, daß sie dabei auf dem rechten Wege gewandelt ist.

Digitized by Google

Druck: „Berliner Volks-Tribüne“, Berlin SO.

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.
II. Serie — 2. Heft.

Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland.

Von
Gerhard Krause.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne“
Berlin S.O., Oranienstraße 23.
1890.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
Die Juden im Alterthum und Mittelalter, die Ursachen der Judenemanzipation in der Neuzeit	5
Die kapitalistische Wirthschaft während der letzten Jahrzehnte und das Judenthum. Stellung der nationalliberalen Partei zum Antisemitismus	10
Der illusionäre Kampf der Handwerkerklasse gegen ihre Proletarisirung und die antisemitische Bewegung	15
Die Ueberschwänglichkeit des Nationalitätsgedankens in Deutschland und der Antisemitismus. Die Staatsgewalt benutzt den Antisemitismus gegen den Liberalismus	22
Die Staatsgewalt benutzt den Antisemitismus für die „Sozialreform“ und gegen die Sozialdemokratie. Der christliche Sozialismus Stöckers	26
Das Aeußere der antisemitischen Bewegung ein Spiegelbild ihrer inneren Zerfahrenheit	29

Digitized by Google

Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung.

Ueber die antisemitische Bewegung ist in den Tagesblättern und der Broschürenliteratur schon so viel in Hymnen und Satyren geschrieben worden, daß es scheinen könnte, man trüge Eulen nach Athen, wenn man noch die Feder in das Tintenfaß taucht, um diese eigenthümliche Erscheinung von neuem zu behandeln.

Man hat diese Bewegung verherrlicht, sie als den Messias der neuen Zeit gepriesen; man hat sie auch mit den Geschossen: Menschenrecht und Geist des neunzehnten Jahrhunderts beworfen und wunderte sich einerseits, daß sie noch immer nicht das welterlösende Wort in die That umgesetzt, und andererseits, daß sie noch nicht, mitten in das Herz getroffen, ihre Seele ausgehaucht hat. Seit vielen Jahren erfreut sie sich in Deutschland der Protektion der Regierung, der Einfluß und die Macht der Kirche ist in ihren Dienst gestellt, ihrer Agitation in Wort und Schrift ist freie Bahn gelassen, kurz alle äußeren Bedingungen für eine lebenskräftige Entwickelung dieser Bewegung sind gegeben, und doch ist diese Entwickelung ausgeblieben; von einem realen Erfolge ist diese Bewegung heute so weit entfernt, wie vor zehn Jahren.

Andererseits haben die leidenschaftlichen Gegner dieser Bewegung aus dem demokratisch-liberalen Lager sich stets den Ursachen ihrer Entstehung verschlossen. Da sie sehen, daß der Antisemitismus von Seiten des Staates und der Kirche Förderung erfährt, erblicken sie mit kindlicher Naivität in ihm nichts anderes als die Frucht dieser Protektion. In diesem Sinne haben sie auch stets ihre Speere gegen den Feind geschleudert, ihn aber nur gestreift und nicht verwundet.

Digitized by Google

Der Individualismus, welcher in der Philosophie, den volkswirthschaftlichen Theorieen, den politischen Bestrebungen des Liberalismus seinen Hexentanz aufführt, zeigt sich in seiner grandiosen Lächerlichkeit auch stets, sobald es gilt, politische Erscheinungen zu beurtheilen.

Die sozialdemokratische Bewegung ist nach den Behauptungen der liberalen Häupter ein Produkt Lassalle'scher Agitationskraft, gefördert durch den Verkehr Bismarck's mit Lassalle; das sachliche Wesen dieser Bewegung verschwindet für den kurzsichtigen Blick des Philisters in die Willensfreiheit einzelner Persönlichkeiten.

Als Friedrich III. den deutschen Kaiserthron bestieg, da jauchzten sie, die bürgerlichen Mannesseelen, und schrieen in alle Welt hinein, daß nun eine Aera des Liberalismus anbrechen werde, da der Kaiser die liberalen Grundsätze theile. Die Willensthätigkeit eines einzigen hochgestellten Mannes ist nach ihrer Meinung im Stande, die Grundsätze des Liberalismus gegen alle wirthschaftlichen Machtfaktoren zu verwirklichen. Die Heine'sche Republik ohne Republikaner!

Die antisemitische Bewegung ist dem Liberalismus nur das Produkt Stöckerscher Agitation, auf welche die liebevollen, väterlichen Blicke der Regierung schauen. Immer die Person, nie die Sache! Diese Sachblindheit ist das Verhängniß des Liberalismus gewesen und wird es auch fernerhin sein.

Wir wollen damit nicht etwa die Meinung vertreten, als sei der Kampf gegen die Person stets ein Irrthum; im Gegentheil, er wird manchmal zur Pflicht, da wo einzelne Menschen in der Lage sind, den von ihnen allerdings nicht geschaffenen freiheitsfeindlichen Zuständen das Kainszeichen ihrer Persönlichkeit aufzudrücken. Aber dem Staatskörper kann wie dem kranken Menschenkörper dauernde Heilung nur aus der klaren Erkenntniß der Krankheitsursachen und Krankheitserscheinungen erwachsen. In diesem Sinne ist die antisemitische Bewegung nur wenig untersucht worden, und darum ist es kein überflüssiges Werk, sie in ihrem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Faktoren, aus denen sie herausgewachsen ist, zu betrachten.

Digitized by Google

I.

Die antisemitische Bewegung wird meistens mit der Thatsache identifizirt, daß in weiten Kreisen eine Abneigung gegen das Judenthum herrscht.

Schon diese Anschauung ist nicht ganz zutreffend. Sie hält Ursache und Wirkung für dasselbe. Es ist richtig, die antisemitische Bewegung hätte nicht in's Leben treten können, wenn nicht eine Abneigung in mehr oder minder weiten Kreisen gegen das Judenthum geherrscht hätte. Aber zwischen einem abstrakten Gefühl und der Umsetzung dieses Gefühles in eine handgreifliche Thatsache ist ein weiter Weg. War dieses Gefühl nicht in den früheren Jahrzehnten seit der Emancipation der Juden in den vorurtheilsvollen Köpfen und Herzen vorherrschend? Und doch erfahren wir nichts von einer antisemitischen Bewegung in den fünfziger und sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Warum setzte sich dieses Gefühl gerade in den siebziger Jahren zu einer organisirten, auf die öffentlichen Verhältnisse Einfluß erstrebenden Bewegung um? Um diese für die Beurtheilung des Antisemitismus wichtige Frage beantworten zu können, ist es nothwendig, auf die allgemeine Gefühlswallung gegen die Juden einige geschichtliche Lichtstreifen zu werfen.

Es ist wahr, die Abneigung gegen das Judenthum ist schon sehr, sehr alt; sie geht bis in das Alterthum zurück. Die Schriftsteller der Griechen und Römer sprachen in nicht sehr respektablen Ausdrücken über die Juden. Die Gründe für die Abneigung gegen das Volk Palästinas sind jedoch nicht in wirthschaftlichen Gegensätzen zu finden. Die Juden waren in jener Zeit, wie viele andere Völker der Vergangenheit und Gegenwart, in der Heimath ein ackerbautreibendes und kriegerisches, in der Fremde ein handeltreibendes Volk. Es stießen vielmehr zwei Weltanschauungen aufeinander, von denen die eine die Negation der anderen war. Die Lebensfreudigkeit, der Genußtrieb, die farbenreiche Phantasie der Griechen, welche bis zu einem gewissen Grade auch den Römern eigen war, fühlte sich instinktiv zurückgestoßen von der abstrakten, transzendentalen, schwermüthig-ernsten Weltanschauung der Juden, welche später ihre Weiterbildung im Christenthum erfuhr und gerade von den heutigen Antisemiten — o Ironie der Weltae-

Digitized by Google

schichte! — als ein Talisman in den sich auflösenden Verhältnissen der Gegenwart gepriesen wird. Aber als die Germanen mit einer ebenso abstrakt-ernsten Weltanschauung in den Kreis der aktiven Völker traten, und das Christenthum zur herrschenden Kulturreligion sich emporgerungen hatte, war jeder Grund für eine Abneigung gegen das Judenthum geschwunden — wir hören während eines Jahrtausends nichts mehr davon.

Bis in das zwölfte Jahrhundert haben die Juden in Deutschland eine gleichberechtigte gesellschaftliche und übergeordnete produktiv-wirthschaftliche Stellung eingenommen. Sie wurden am Hofe Karls des Großen als Gesandte, am Hofe Ludwigs des Frommen als Vertraute benutzt. Sie erhielten dieselben Privilegien, wie die christlichen Kaufleute. In Köln waren Juden während mehrerer Generationen Bürgermeister, und das alte Rathhaus stand mitten in dem Stadttheile der Juden. Aus allen Gesetzen jener Zeit leuchtet die besondere Rücksicht hervor, mit der man die jüdischen Kaufleute bedachte,[1]) kurz, nichts ist in jener Zeit zu entdecken, aus dem eine Abneigung gegen die Juden ersichtlich ist.

Die Juden spielten in jener Zeit eine eminent nützliche Rolle im Wirthschaftsleben der Deutschen. Diese waren noch immer nicht zu der Höhe der Civilisation der von ihnen niedergeworfenen Römer emporgestiegen und schätzten in dem Juden den Vermittler des Welthandels und Vertreter einer höheren Kultur. Es ist für die gesellschaftliche Stellung der Juden in jener Zeit bezeichnend, daß sie die besonderen Vertrauten der Päpste waren.

Aber allmählich entwickelte sich in den Städten ein deutsch-nationaler Kaufmannsstand, welchem die jüdischen Konkurrenten unbequem zu werden anfingen. Zu je größerem Einfluß der deutsche Kaufmann in den Städten gelangte, um so mehr wurde der Jude wirthschaftlich und politisch zurückgedrängt. Diese Ueberwindung der jüdischen Konkurrenten wurde noch erleichtert und befördert durch die Entwicklung der christlichen Kirche. Der Verschmelzungsprozeß der germanisch-heidnischen Naturreligion mit

[1]) Judaei et alii mercatores (die Juden und die anderen Kaufleute) heißt es fast stereotyp in den Privilegienbriefen der Kaufleute jener Zeit.

Digitized by Google

der römisch-christlichen Weltanschauung war erst gegen das elfte Jahrhundert abgeschlossen, so daß erst um diese Zeit die Kirche daran gehen konnte, sich im Innern eine straffe Organisation zu schaffen und die draußen Stehenden mit allen Mitteln zu bekämpfen; eine Entwicklung, welche naturgemäß zuerst gegen die in den christlichen Staaten wohnenden Juden ausschlug. Im Laufe von 50 Jahren finden wir die Juden von der Höhe ihrer wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung herabgestoßen und als ohnmächtige Parias den rohen Willkürgewalten ihrer Konkurrenten preisgegeben.

Abgesehen von dem bei der hohen civilisatorischen Bedeutung des Handels in der mittelalterlichen Gesellschaft unzutreffenden Ausdruck „Schacher", begleitet Karl Kautsky in seiner Arbeit über Thomas More diese Umwandlung treffend mit den Worten: „Erst als die griechisch-germanischen Kaufleute selbst das Schachern ebensogut verstanden, wie die Juden, wurden sie Judenverfolger." Kurz vor den Kreuzzügen in der Mitte des 12. Jahrhunderts begann jene Reihe brutaler Judenverfolgungen, aus denen die Rohheiten jener Tage mit erschrecklicher Deutlichkeit hervorleuchteten.

Seitdem schleppte sich der Jude wie ein Wurm auf dem gesellschaftlichen Boden dahin, stets getreten und aller Achtung beraubt. Von jeder nützlichen Beschäftigung durch die Gesetzgebung ausgeschlossen, blieb ihm, um nicht Hungers zu sterben, nichts übrig, als zu solchen Beschäftigungen seine Zuflucht zu nehmen, welche der allgemeinen Mißachtung ausgesetzt waren — dem Schacher und Wucher.

Die Abneigung gegen das Judenthum in früheren Jahrhunderten hat also nichts mit jener so häufig erdichteten „natürlichen" Abneigung des „idealen und treuen" Sinnes der Germanen gegen den materialistischen und berechnenden Geist der Juden zu thun. Hervorgegangen aus denselben materialistisch niedrigen Trieben, welche der Antisemitismus in dem Judenthum verkörpert sieht, hat sich dieses Gefühl der Abneigung gegen die Juden von Geschlecht zu Geschlecht mit immer größerer Intensität vererbt, bis das revolutionäre Bürgerthum die Emanzipation dieses Geächteten auf seine Fahne schrieb und auch durchsetzte.

Digitized by Google

Durch den Kaufmannstand des Mittelalters ist der Jude seines Menschenrechtes beraubt, durch den Kaufmannstand der Neuzeit in dasselbe restituirt worden.

Dieser eigenthümliche Kreislauf der Thatsachen hat auch seine schwerwiegenden Ursachen, ohne die er unmöglich sich hätte vollziehen können. Nicht die Einsicht in das Jämmerliche der Lage der Juden, nicht das Mitleid mit dem Entwürdigenden seiner Stellung haben in den dreißiger und vierziger Jahren unseres Jahrhunderts die moderne Bourgeoisie mit Begeisterung für die Judenemanzipation erfüllt. Weniger ideale, aber um so unabweisbarere Ursachen lagen der Judenemanzipation zu Grunde, Ursachen, welche mit dem Freibrief ihrer wirthschaftlichen Geburt an's Tageslicht kamen.

Das Bürgerthum verdankt sein wirthschaftliches Emporkommen der Entwickelung der zersplitterten Innungsproduktion zur Manufaktur. Nicht der Innungsmeister, sondern der kaufmännische Kapitalist des Mittelalters wurde Besitzer der Manufakturateliers, weil für die genossenschaftlich entwickelte Produktion der Manufaktur bei weitem größere Kapitalsmassen erforderlich waren, als für die primitive, mit Zwerginstrumenten betriebene mittelalterliche Produktion. Diese Kapitalsanhäufung hatte aber im allgemeinen nicht in den Truhen des mit wenigen Gesellen arbeitenden Meisters stattgefunden, sondern in den Geldschränken des durch den Handel mit der Levante und dem Orient reich gewordenen Kaufmanns.

Mit der Periode der Manufaktur beginnt das Kapital seine eigentlich produktive Rolle zu spielen und gewinnt demnächst an Bedeutung. Den Produkten des Kapitals haftet nichts Persönliches an im Gegensatz zu den Produkten des mittelalterlichen Innungsmeisters, welchen die Handwerksgeschicklichkeit der Produzenten als ein unterscheidendes Merkmal aufgeprägt war. Das Kapital selbst ist ein rein sachlicher Faktor, oder wie die römischen Kaufleute sich bereits ausdrückten: pecunia non olet (Geld riecht nicht). Es begann die Periode, in welcher nicht Geburts- sondern Besitzunterschiede die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen erschufen und bedingten.

Aus diesem wirthschaftlichen Untergrunde wuchsen die neuen, revolutionären Gedanken in die Köpfe der Menschen

Digitized by Google

empor, welche sich zunächst gegen die einer veralteten Wirthschaftsordnung entstammten Anschauungen von Hoch- und Niedriggeboren wandten. Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetze war zunächst das theoretische Losungswort aller mit den bestehenden politischen Zuständen unzufriedenen Geister.

Die Forderung der Gleichstellung des kapitalistischen Industriellen mit dem Handwerksmeister, d. h. die Beseitigung der Innungsprivilegien, der Ruf nach Befreiung der Leibeigenen und das Verlangen nach Emanzipation der Juden entstammten zunächst der rein gedanklichen Konsequenz der obigen Gleichheitsforderung. Außerdem entsprach die Erfüllung dieser Forderungen den reinsten Klasseninteressen der Bourgeoisie.

Mit der Macht des Kapitals wuchs sein Ausdehnungsbedürfniß; die Schranken der Innungen aber standen diesem entgegen, sie mußten beseitigt werden. Die Manufaktur enthielt bereits im Keime das Bedürfniß nach Arbeitern, welche, von der Scholle gelöst, sich den schwankenden Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anschmiegen konnten. Als sie zu einem bestimmten Entwicklungsgrad gediehen war, wurde die Beseitigung der Leibeigenschaft eine wirthschaftliche Nothwendigkeit.

Und auch der Ruf nach Befreiung der Juden von dem auf ihnen lastenden gesellschaftlichen und politischen Druck entsprach der Entwicklungsphase der wirthschaftlichen Faktoren am Anfange unseres Jahrhunderts. Die erblühende Industrie bedurfte eines starken Geldregens, unter dem sie tausendfältige Früchte tragen konnte. Zu wie ungeheuren Massen das Kapital sich auch in den germanischen Kaufmannstaschen angesammelt hatte — der reiche Adel hielt sich in jener Zeit in aristokratischem Dünkel von der plebejischen Industrie noch zurück — so konnte es doch nicht mit der rapiden Entwickelung der Industrie in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts Schritt halten. Ein Heißhunger nach Kapital begann.

Die Juden, welche in den Poren der mittelalterlichen Gesellschaft zu Schacher- und Wuchergeschäften gedrängt und durch die unsicheren Verhältnisse, unter denen sie lebten, auf den Gelderwerb als feste Grundlage ihrer Existenz mit Gewalt hingewiesen waren, repräsentirten nun

Digitized by Google

sowohl durch ihre Kapitalien als auch durch ihre kaufmännischen, von Generation zu Generation vererbten Talente eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die junge hoffnungsvolle Industrieepoche, besonders als der Dampf dieser einen ungeahnten Aufschwung und eine unberechenbare Ausdehnungskraft verlieh. Der allgemeine Kampf des Bürgerthums gegen die mittelalterlichen Geburtsprivilegien war der Vater, das Bedürfniß der erblühenden Industrie nach neuen Kapitalien und Talenten war die Mutter der Judenemanzipation.

Als sich das Bürgerthum selbst emanzipirt hatte, löste es die Fesseln, durch welche die Juden und ihre Kapitalien an energischer Kraftentfaltung verhindert waren. Das die profanen Gründe für die Judenemanzipation!

Aber das Jahrhunderte hindurch vererbte Vorurtheil gegen die Juden saß zu fest in dem Herzen des von Natur spießbürgerlich veranlagten christlich-germanischen Kapitalisten, als daß es durch die neuen Ideen aus demselben hätte vertrieben werden können. Es war das Bild der doppelten Buchführung. Politisch und wirthschaftlich wollte er den Juden emanzipirt sehen, aber seine beschränkte persönliche Gefühlswelt vermochte nicht, seinem Kopfe zu folgen.

II.

Seit der Judenemanzipation sind Jahrzehnte verflossen. Die Industrie in Deutschland hat die kleinen und für unsere modernen Begriffe zwerghaften Produktionsinstrumente zu riesenhaften Produktionsrädern entwickelt. Alle Zollschranken zwischen den einzelnen deutschen Staaten und zwischen den Städten desselben Landes, welche dem Ausdehnungsbedürfniß des industriellen und kaufmännischen Kapitals entgegengetreten waren, sind gefallen; jauchzend ergoß sich die Hochfluth industrieller Unternehmungen darüber hin, die Bourgeoisie ist kapitalstark geworden, weit über die Grenzen ihrer eigenen Träume hinaus. Die einzelnen industriellen und häufig auch die kaufmännischen Anlagen sind so lawinenartig angeschwollen, daß sie über den Kopf des Einzelnen hinauswuchsen und als Eigenthum

Digitized by Google

von Aktiengesellschaften ihre gesellschaftlichen Eigenschaften enthüllen mußten.

Von Mangel an Kapital, wie in der ersten Hälfe unseres Jahrhunderts, ist keine Rede mehr. Mit dem Werkzeug der Maschine hat der Kapitalist den Arbeitstag des Arbeiters so sehr ausgedehnt, die Arbeitskraft desselben so sehr angespannt, daß die besitzende Klasse in der Lage ist, einen Mehrwerth aus dem Arbeiter herauszuschlagen, wie selbst die Sklavenbesitzer ihn nicht aus ihren beseelten Werkzeugen gewinnen konnten. Außerdem hat der Adelsstand, welcher die Genüsse kennen lernte, die auf dem Boden moderner Produktion für die Kapitalisten wuchsen, ihnen einen solchen Geschmack abgewonnen, daß er in aller Stille seine Vorurtheile ablegte und einen großen Theil seines Besitzes in die bürgerliche Produktionssphäre hineinwarf.

Durch all diese Umstände ist die Kapitalsmenge in einer Weise in's Ungeheure gewachsen, daß sie nicht mehr völlig in den Produktionsprozeß eingehen kann. Der Zinsfuß, d. h. der auf 100 Mk. Kapital berechnete Mehrwerth der nationalen Produktion, geht von Jahr zu Jahr zurück, weil der Gesammtmehrwerth auf einen großen Theil des Nationalvermögens vertheilt werden muß, welcher zu wirthschaftlicher Fruchtlosigkeit verurtheilt ist, weil er nicht mehr vom Produktionsprozeß konsumirt werden kann. Infolge der blühenden Entwicklung der industriellen Epoche haben sich so viele Geister dem Mehrwerth-Erlangen zugewandt, daß auch hierin nicht alle Kräfte konsumirt werden können, welche geweckt sind. Die wirthschaftlichen Ursachen, welche der Judenemanzipation ursprünglich zu Grunde lagen, sind in dieser Beziehung überwunden.

Der germanische Kapitalist bedarf nicht mehr des Kapitals und der kaufmännischen Talente der Juden; das erste besitzt er in so reichem Maße, die letzteren hat er ihnen selbst so täuschend abgelernt, daß er in den Juden seine Konkurrenten zu sehen gewohnt ist, die einen Theil des Mehrwerths auch in ihre Geldschränke fließen lassen. Darum denkt er jetzt über die Judenemanzipation anders. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen! Nun hält der christlich-germanische Kapitalist

Digitized by Google

die Judenemanzipation für einen Irrthum, begangen in der unklaren Gedankenwelt seiner Jugendjahre. Seine Gefühlswelt hat sich ja nie geändert! Persönlich hielt er ja stets den Juden für einen Menschen zweiten Ranges. Nun hält er in der einen Hand die Traktate der frommen Missionsgesellschaften, in der anderen seinen Geschäftskatalog und schwärmt für die Zeit, in welcher die schönen „Verdienste" der Industrie und des Handels nur noch in christlich-germanische Taschen fließen.

Und wenn manchmal die echte und rechte Vertreterin des christlich-germanischen Kapitals, die nationalliberale Partei, gegen die antisemitische Kreuzzeitungs- und Stöckerklique Front macht, so geschieht es wahrlich nicht um der Juden willen, wenn auch diese häufig als Zankapfel genannt werden. Ganz andere Ursachen liegen diesen Streitigkeiten der beiden „staatserhaltenden" Parteien zu Grunde.

Wie die feudale Junkerklasse, die herrschende Klasse des Mittelalters, das beschränkte Prinzip ihres eigenen Standes zum Prinzip des ganzen Staates gemacht und das Gepräge ihres eigenen Klassencharakters der mittelalterlichen Politik aufgedrückt hat, so trug auch in der Neuzeit die herrschende Bourgeoisie den Krämergeist ihrer Komptoirs in die Sitzungssäle der gesetzgebenden Körperschaften, in die politischen Strömungen des Tages hinein. Als tüchtige Geschäftsleute haben diese politischen Opportunisten längst eingesehen, daß politische Ideale der Menschheit zwar nützen können, doch den Geldbeutel des einzelnen Kämpfers nicht zu füllen, sondern eher zu leeren pflegen. Darum treiben sie lieber Politik entsprechend dem Debet und Kredit ihres Geschäftslebens und, um die häßlichen, schlottrigen Glieder ihrer rückgrats- und charakterlosen Partei zu verbergen, hängen sie ihr einen in unechten, grellen, marktschreierischen Farben glänzenden Mantel um, genannt: nationale Gesinnung. Die ihren Geschäftspraktiken entlehnte Politik nennen sie reale Politik. Je nachdem das Geschäftsinteresse es erheischt, legen sie den Nachdruck bald auf das „Nationale", bald auf das „Liberale" ihrer Politik.

Dieselben Geschäftspraktiken auch in ihrer Stellungnahme gegen das Judenthum!

Digitized by Google

In den letzten Jahren haben sie stets mit den Antisemiten geliebäugelt. In mehreren nationalliberalen Versammlungen in Berlin ist der berechtigte Kern in der antisemitischen Bewegung von Führern der nationalliberalen Partei anerkannt worden; in Siegen verdankt der „Heros" Stöcker seine dreimalige Wahl in den Reichstag dem energischen Eintreten der nationalliberalen Wähler; in das Kartell ist der antisemitische Flügel mit Freuden aufgenommen worden und wird auch ferner unter der konservativ-nationalliberalen Fahne kämpfen.

Solange die exponirten Vertreter des Antisemitismus an der Seite der Vertreter der reaktionär gesinnten Bourgeoisie marschiren, schaut die letztere mit freundlich-verständnißinnigem Blick auf die Thätigkeit des „zweiten Luther".

Diese Vertreter des Antisemitismus sind aber zum großen Theile zugleich Vertreter der mittelalterlichen sozialpolitischen Anschauungen, in ihrem Glauben noch bestärkt durch eine Reihe feudaler Ueberreste, welche die energielose Bourgeoisie im Jahre 1848 nicht wegzuräumen im stande gewesen war. Diese Ueberbleibsel aus weiter Vergangenheit repräsentiren noch eine so starke Macht, daß die feudale Junkerpartei im Besitze derselben eine einflußreiche sozial-politische Stellung in Deutschland einnimmt. Sobald nun diese von den nationalliberalen Mannesseelen gar sehr gefürchtete Partei es sich einfallen läßt, Reaktion in ihrer eigenen Weise zu treiben und die Zeit für gekommen hält, in welcher man einige feudale und „schneidige" Raritäten aus der Rumpelkammer der „schönen frommen Vergangenheit" herausholen und zu neuem Leben erwecken könnte, dann erheucheln dieselben nationalliberalen Ehrenmänner, welche früher einen Stöcker gewählt haben und Schulter an Schulter mit dem Antisemitismus in den Wahlkampf gezogen sind, Entrüstung gegen den von der extrem konservativen Partei agitatorisch vertretenen „erzreaktionären" Antisemitismus. Den Antisemitismus schlägt man, und die junkerlichen Interessen meint man. Denn der nationalliberale Kapitalist hält die moderne Welt in so überzeugter Weise für die schönste, daß er in hellen Zorn geräth bei dem Gedanken, daß die vergangenen Zeiten zurückgewünscht werden, in denen

Digitized by Google

seine Vorfahren der Schemel sporenklirrender Junkerfüße waren.

Gegen die ultrakonservativen Bestrebungen erinnert er sich plötzlich seiner liberalen Vergangenheit und sieht sich so in die Augurenrolle versetzt, den Antisemitismus zu bekämpfen, der ihn zur Zeit des ruhigen Friedens mit freudigem, wahlverwandtschaftlichem Gefühle erfüllt. Gegen den Liberalismus besteigen die nationalliberalen Ritter das nationale, gegen die feudalen Junker das liberale Roß, während sie in Wahrheit in der Politik reaktionär, in ihrer sozialen Thätigkeit international sind. Der Handelsmann nennt ein solches Heucheln und Schwanken mit System Geschäftskniff; in der Politik nennen sie es heute euphemistisch Realismus.

Wie aber ist es möglich, heute den Antisemitismus zu bekämpfen, dem man gestern angehangen, ohne sich der schmählichsten Lächerlichkeit preiszugeben und die Prostitution des Charakters aller Welt zu offenbaren?

Auch hierin zeigt sich der schlaue Geschäftssinn des in Nationalitätsbegeisterung, Reichsfreundlichkeit, Industrie und Handel machenden christlich-germanischen Kapitalisten, der seinen semitischen Lehrer übertrifft. Der wahre Kapitalist begeistert und engagiert sich nur, wenn er für seine Geschäfte einen Gewinn sieht, sonst bleibt er kühl bis ans Herz hinan. Der jüdische Kapitalist, welcher in unserer industriellen Epoche an der Kapitalsanhäufung der Bourgeoisie naturgemäß großen Antheil nimmt, ist mit tausend Fäden mit den industriellen und kaufmännischen Anlagen der christlichen Kapitalisten verbunden und diese mit seinen Unternehmungen. Solche das Geschäft bedingenden Verbindungen würden aber zum Nachtheil des geschäftlichen Nutzens reißen, wenn der christliche Kapitalist seine Antipathie gegen den Juden in agitatorischer Weise vertreten würde. Da das Geschäft aber die erste Rücksicht verlangt, so spielt der germanische Kapitalist in der antisemitischen Bewegung, mit der sein Geist und Herz sympathisirt, eine nur bescheidene Rolle und hält gleich Falstaff Vorsicht für den besseren Theil der Tapferkeit. Ein stärkeres Hervortreten in dieser Bewegung würde die germanische Bourgeoisie außerdem von ihren Spekulationen und Geschäftsunternehmungen abziehen, und sie zieht deshalb eine passive Theilnahme an den

Digitized by Google

gegen die jüdischen Konkurrenten gerichteten Bestrebungen vor, so daß sie jeden Augenblick ihre eigenen Sympathieen ohne Aufsehen verleugnen kann.

Wenn wir also von der im Gegensatz zu der rohen Offenheit des Mittelalters raffinirter ausgebildeten politischen Heuchelei der Gegenwart absehen, haben wir eine ähnliche Situation vor uns, wie sie das zwölfte Jahrhundert zeigt.

Der „nationale" Kapitalismus, welcher seine Kräfte aus der Entwickelung der industriellen Epoche gesagen hat, will den jüdischen Kompagnon abschütteln, dessen er nicht mehr bedarf. Er fühlt sich mächtig genug und im Besitze eines genügend verdauungsfähigen Magens, um den nationalen Mehrwerthsertrag ganz allein für sich zu konsumiren.

III.

Wenn bei dem Schauspiel der antisemitischen Bewegung die christlich-germanischen Kapitalisten die Beifall klatschenden Zuschauer sind, so hat sich ein großer Theil der Handwerkerklasse in die Rolle der Agirenden hineindrängen lassen. Der Antisemitismus hat in diesen Kreisen die geschäftsmäßigen Berechnungen der Bourgeoisie abgestreift. Er hat sich hier zu einem das ganze Gefühlsleben beherrschenden, ehrlichen Fanatismus entwickelt. Diese Bewegung ist für einen großen Theil der Handwerker der Strohhalm, an den er sich in der Gefahr des wirthschaftlichen Unterganges festklammert.

Die oben geschilderte Industrieentwicklung hat bereits einen Theil der Handwerkerklasse, welcher mit dem Großkapital, christlichem und jüdischem, nicht konkurriren konnte, in das große Heer des Proletariats hinabgestoßen. Und die übrigen Handwerker fühlen von Tag zu Tag immer mehr das Unhaltbare ihrer wirthschaftlichen Lage. Der Kampf des Handwerkers gegen die großen industriellen Unternehmungen und Bazare wird immer aussichtsloser. Sein ganzes Leben ist eine unausgesetzte, aufreibende Sorge um die Existenz, eine ihn nie verlassende Furcht vor Deklassirung. Sein Klassenelend empört ihn um so eher, als in seinen Ohren der Sirenengesang vom goldenen Boden des Handwerks in früheren Jahr-

Digitized by Google

hunderten noch nicht verklungen ist. In dem Fieber der Verzweiflung greift er gierig nach allen Mitteln, die ihm vorgegaukelt werden, um die Existenz seiner Klasse zu erhalten.

Aber schon das Bestreben, der Handwerkerklasse das frühere feste Gefüge zu verleihen, ist eine Illusion. Der Handwerkerstand unternimmt mit dieser Illusion, wie weiland Don Quijote, einen Kampf gegen Windmühlen. Er will dem Rade der Zeit in die Speichen fallen und wird selbst zermalmt. Er weiß nicht — was die Arbeiterklasse längst begriffen hat — daß der Kampf, welcher das ganze moderne sozialpolitische Leben der Völker erfüllt, in seiner Tendenz darauf hinausgeht, die Klassen vollständig zu beseitigen. Er weiß nicht, daß die Maschine, welche die Existenz seiner Klasse zerstört und seinem Konkurrenten, dem Großkapitalisten, Berge von Gold produzirt, zugleich die Bestimmung in sich trägt, das Heil- und Erlösungsmittel der Menschheit zu werden. Derjenige Handwerker, welcher seine Klassenlage durch Gesetze bewahrt wissen will, kämpft gegen die ganze moderne Entwicklung, gegen die Epoche der Maschine. Denn seine Klasse ist auf dem Grunde isolirter Zwergarbeit emporgewachsen. Von dem Augenblick, da die isolirte Produktion sich in eine gewaltig ausgedehnte, gesellschaftlich betriebene Produktion umwandelt, entsteht der Kampf des Riesen Großkapital gegen den Zwerg Handwerkereigenthum, der vielarmigen Maschine gegen den zweiarmigen Hebel, des über tausende von Arbeitern gebietenden Kapitalisten gegen den einige Gesellen dirigirenden Kleinmeister.

Auf denjenigen Handwerksgebieten, auf welchen dieser Kampf noch nicht aus Mangel an großen Produktionsrädern ausgebrochen ist, ist er nur eine Frage absehbarer Zeit. Dieser Kampf endet mit der Sicherheit einer mathematischen Formel mit dem Untergang der Handwerkerklasse.

Giebt es ein Mittel, diese Entwicklung aufzuhalten? Die Handwerkerklasse antwortet: Durch Befähigungsnachweis, Innungszwang, Einschränkung des jüdischen Kapitals kann das Handwerk wiederum den goldenen Boden erlangen. Der alte Traum der Menschheit, daß man mit dem Mechanismus der Gesetze dem nothwendigen wirth-

Digitized by Google

schaftlichen Werdeprozeß entgegentreten kann! Seht ihr denn nicht, daß die wirthschaftliche Entwickelung nicht durch Gesetze, sondern umgekehrt die Gesetze durch die wirthschaftliche Entwicklung gemacht werden? Wer die sozialpolitische moderne Entwicklung auf die Vergangenheit zurückschrauben will, muß die Maschine todtschlagen.

Bleibt der Handwerkerklasse also nichts anderes übrig, als geduldig dem Tode entgegen zu sehen? Da die Nothwendigkeit ihres Unterganges in dem Entwicklungsprozeß der Produktion begründet ist, können diejenigen Handwerker, welche ihre Klassenlage im Zusammenhange mit der allgemeinen Wirthschaftslage begriffen haben, nichts anderes thun, als eintreten in das Heer der klassen- und zielbewußten Arbeiter und Schulter an Schulter mit ihnen die kapitalistische Anwendung der Maschine bekämpfen. Denn die Maschine kann den arbeitenden Menschen nur dann zur Höhe wahrer Menschlichkeit erheben, wenn sie der Sphäre des Kapitalismus entzogen und zum Eigenthum derjenigen wird, welche sich ihrer als Hilfsmittel für die Arbeit bedienen, d. h. des Volkes.

Die Arbeiterklasse, durch ihre wirthschaftlichen Klassenverhältnisse organisirt und disziplinirt, hat bereits das Wesen der kapitalistischen Entwicklung in seiner sachlichen Wahrheit begriffen und weiß demgemäß, daß die kapitalistische Gesellschaftsorganisation und nicht die Kapitalisten an sich Ursache ihres Elends sind. Der Handwerker jedoch, welcher dem Gesetze der Konkurrenz nicht nur gegen den Kapitalisten, sondern auch gegen seine eigenen Klassengenossen unterliegt, ist wirthschaftlich und geistig isolirt und entbehrt so jener sozialpolitischen Anregungen, welche dem Arbeiter durch seine gemeinsame Thätigkeit mit seinem Arbeitsbruder zu Theil wird.

Daher im Handwerkerstande die Unklarheit über die wirthschaftlichen Ursachen seines Verfalls, daher die Unfähigkeit, sachlich zu denken!

Die Illusion, daß seine Klassenselbständigkeit noch zu retten sei, hat den Handwerkerstand auch dem Antisemitismus in die Arme getrieben.

Der Handwerker, verbittert durch die eigensinnige wirthschaftliche Entwicklung, welche sich gegen ihn verschworen zu haben scheint, verfällt in seiner geistigen Iso-

Digitized by Google

lirtheit naturgemäß sehr leicht dem Wahne, als wären die Besitzer der großen Kapitalien und Industriestätten, die er als übermächtige Konkurrenten sich gegenüberstehen, die Ursache seines Elends. Er hält Umschau und bemerkt, daß der Jude häufig das Großkapital, seinen größten Feind, repräsentirt. Da schwillt seine Zornesader an, das Gift des leidenschaftlichen Hasses erfüllt seinen Busen — dieser Mann, den er als Paria der Gesellschaft zu betrachten gewohnt war, ebenfalls sein gefährlicher Konkurrent? Sein mittelalterliches Gefühl der Verachtung gegen die Juden lodert zu wildem Haß empor und macht ihn mit der Allgewalt des ökonomischen Daseinskampfes zum fanatischen Anhänger der antisemitischen Bewegung.

Er kann sich dieser Leidenschaftlichkeit um so ausschließlicher hingeben, als er nicht, wie der „nationale" Kaufmann, seine Ideenwelt zu ändern braucht. Denn die Handwerkerklasse hat sich niemals an den revolutionären Kämpfen des Bürgerthums betheiligt; zur Zeit, da die Bourgeoisie noch für Freiheit und Gleichheit schwärmte, war die Handwerkerklasse bereits reaktionär. Kein Wunder! Ihre schöne Zeit lag ja im Mittelalter; darum zeigte der Handwerker der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse des letzten Jahrhunderts stets ein mürrisches Gesicht.

Er hatte sich auch frei gehalten von der Schwärmerei der Kaufmannsklasse für die Judenemanzipation. Er war ja aus Mangel an Kapital von der Theilnahme an dem industriellen Wettrennen ausgeschlossen, hatte also gar kein Interesse daran, daß die erblühende Industrie, mit jüdischem Kapital befruchtet, reichere Früchte trage. Er hatte sogar mit seinem Klasseninstinkt geahnt, daß die neuen Kapitalien, in den Produktionsprozeß hineingeworfen, dazu beitragen würden, daß ihm das Fell über die Ohren gezogen werde.

So hatte er sein Gefühl des Hasses gegen die Juden schweigend mit sich umhergetragen, da er wirthschaftlich bereits zu schwach geworden war, um der allgemeinen liberalen Strömung entgegenzutreten. Als aber die Stunde schlug, da auch der „nationale" Kaufmannsstand gegen seine eigene Schöpfung sich auflehnte und den jüdischen Konkurrenten zu beseitigen wünschte, da redete dieser Haß der Handwerker eine laute Sprache.

Digitized by Google

Diese leidenschaftliche Gefühlswallung gegen die Juden macht den Handwerker unfähig, objektiv seine sozial-politische Lage anzuschauen. Er sieht nur noch den jüdischen wirthschaftlichen Gegner und fühlt den Stachel, den der germanische Kapitalist in sein Fleisch schlägt, um so weniger, als ja auch dieser nach derselben Richtung seine Angriffe richtet, wie er selbst.

So entwickelte sich in dem Hirn des armen Handwerkers der Glaube, daß die Juden die Ursache des ganzen Leidens seien, welches seine Klasse in der Gegenwart trifft und drangsalirt. Erst wenn der kapitalistische Einfluß der Juden zurückgedrängt sei, dann komme der Völkerfrühling, welcher den Wohlstand, die Zufriedenheit, die geistige und sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes mit sich bringen werde. Die soziale Frage, das ist die Judenfrage; die Wucherfrage, das ist die Judenfrage; die Wohnungsfrage, das ist die Judenfrage, so klingt es überall in dem Lager der Bethörten. Die Antwort eines Diplomaten: cherchez la femme (suchet nach der Frau) modifiziren diese Fanatiker zu: cherchez les Juifs (suchet nach den Juden).

Blind gegen die sachlichen Ursachen seines Elends kämpft der politisch noch völlig ungebildete Handwerkerstand für einen Theil seiner wirthschaftlichen Gegner, um den anderen zu beseitigen. Er sieht aber nicht, daß er — selbst wenn es möglich wäre, den jüdischen Kapitalisten aus seiner sozial-politischen Position zu verdrängen — seine Klassenlage nicht um eines Haares Breite gebessert hätte und auch fernerhin in dem christlich-germanischen Kapital einen Feind gegen sich hätte, der seiner Zwergeskraft die Kraft eines Riesen entgegensetzt.

Im Jahre 1848 schickte das Bürgerthum die Arbeiter in den Kampf für die freiheitlichen Interessen, welche seiner damaligen Klassenentwicklung entsprachen; in der Gegenwart, da der Arbeiter zum Klassen- und Selbstbewußtsein erwacht ist, schickt es die Klasse der kleinen selbständigen Handwerker, welche noch nicht zur klaren Erkenntniß ihrer Klassenlage und der Ursache ihres Elends gelangt ist, in das Vordertreffen für seine reaktionären Bestrebungen gegen die Juden, und die Handwerker kämpfen für die Interessen ihrer wirthschaftlichen Gegner mit einer Begeisterung, welche wenigstens erkennen läßt, welche guten,

Digitized by Google

wenn auch gegenwärtig irregeführten Charakteranlagen in dieser Klasse vorhanden sind.

In diesem wilden Kampfe gegen die Juden wird die antisemitische Handwerkerklasse noch bestärkt durch eine Reihe eigenthümlicher Erscheinungen und Thatsachen, welche als das Resultat einer bestimmten historischen Entwicklung in dem Judenthume zu Tage treten. Der Jude unterscheidet sich im allgemeinen in seiner körperlichen und geistigen Physiognomie und in seiner Religion von dem christlichen Germanen. Aber abgesehen davon, daß das demokratische Menschheitsbewußtsein der Gegenwart einer auf Religions- und Geburtsunterschieden beruhenden Differenzirung gesellschaftlicher und politischer Rechte entgegentritt, sind auch diese nicht wegzuleugnenden Unterschiede durch ein über viele Jahrhunderte ausgedehntes System von Unterdrückung und Ausnahmegesetzgebung erst künstlich erzeugt und auf dem Wege der Vererbung verstärkt worden.

Für den gesunden, vorurtheilsfreien Menschenverstand ist mit der Erklärung dieser Differenzirung schon die Möglichkeit ihrer Aufhebung gegeben. Hat eine gewaltsame Unterdrückung der Juden diese zur Inzucht gezwungen, ihnen eine einförmige Berufsthätigkeit auferlegt und ihre religiöse Abschließung gefördert, so kann nur eine vollständig freie Entwicklung die Juden von den Kainszeichen der Unterdrückung befreien. Aber solchen Erwägungen verschließen sich die geistigen Häupter dieser Bewegung geflissentlich.

So richtet sich der Kampf der Handwerkerklasse bald gegen die Religion, bald gegen die Race, bald gegen das Kapital der Juden. Sie sieht aber nicht, daß der Kapitalismus selbst über Religion und Nationalität hinwegspringt und stets dort nimmt, wo etwas zu holen ist. Dadurch, daß die Handwerkerklasse in ihrer sozialen Kritik nicht bis auf die letzten Wurzeln der modernen Produktionsweise vorzudringen vermag, sieht sie nur Personen da, wo Sachen zu sehen sind und ist blind gegen die Gleichheit der Interessen christlicher und jüdischer Kapitalisten ihr gegenüber.

Diese Verwechselung der Sache mit der Person hat in der französischen Revolution am Ende des vorigen

Digitized by Google

Jahrhunderts bereits zu einer weltgeschichtlichen Tragik geführt. Die früher gekennzeichneten allgemeinen Ideen der Gleichheit hatten den Geist und das Herz der französischen Revolutionshelden erfüllt, und mit einer beispiellosen Energie und Selbstverleugnung stürzte sich die ideal gesinnte Partei des „Berges" darauf, diese Gleichheit durch die Gesetzgebung im Staate zu verwirklichen. Man konnte damals noch nicht ahnen, daß der Weg in das gelobte Land der Gleichheit durch die Wüsten der kapitalistischen, die Ungleichheit auf die Spitze treibenden Produktionsweise führen würde. Alle Bedingungen für das Gelingen dieses von der ökonomischen Entwickelung abstrahirenden Experimentes fehlten; das Experiment mißlang, es mußte mißlingen.

Da gingen die revolutionären Titanen, getrieben von reiner und hingebender Begeisterung für das Wohl der Menschheit, daran, das letzte Mittel zu versuchen, um jenen idealen Gleichheitszustand herbeizuführen.

Sie sahen, daß die gesellschaftliche Ungleichheit in den Personen zu Tage trat, und unbekannt mit den realen Grundlagen der gesellschaftlichen Funktionen, beseitigten sie die Personen, welche der Verwirklichung der Gleichheit durch ihren Besitz oder ihre Meinungen entgegentraten.

Die sogenannte Schreckensherrschaft begann.

Aber die Dinge sind stärker als die Menschen; die Nothwendigkeit gesellschaftlicher Entwicklungsetappen spottet aller Schwärmereien. Die revolutionären Helden gingen in echt tragischem Kampfe zwischen Wollen und Können unter.

Der Schreckensherrschaft folgte entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklungsnothwendigkeit die Geldherrschaft, der Bergpartei die Partei des zur Bourgeoisie entwickelten Mittelstandes, dem idealen Revolutionsstreben die Börsenspekulationen und die Börsenpolitik unter den Bourbonen und Louis Philipp.

Wir wollen uns zwar nicht zu der Komik versteigen, unsere gemüthlichen antisemitischen Handwerksmeister mit den gigantischen Gestalten der französischen Revolution zu vergleichen, aber sachlich ist dieser Vergleich durchaus zutreffend. Die Art und Weise des politischen Irrthums ist bei beiden dieselbe. Beide sehen in der

Digitized by Google

Sache nur den Ausfluß der Personen, anstatt in der Person das Produkt der Sache zu sehen.

An derselben Krankheit leidet, in demselben sozialpolitischen Wahne befindet sich der kleine Kaufmann. Derselbe Vernichtungsprozeß der kleinen Existenzen durch die großen, wie er sich zwischen Fabrikbesitzer und Handwerker vollzieht, zeigt sich auch in dem Konkurrenzkampf zwischen Großkaufmann und Handelsmann. Auch das Handel treibende Kleinbürgerthum sieht zu einem großen Theil in dem Juden seinen ausschließlichen Konkurrenten und Feind und hegt den Wahn, der Jude hätte die verhängnißvolle Aera des Kapitalismus geschaffen.

IV.

Die geschilderten wirthschaftlichen Faktoren, welche der antisemitischen Bewegung eine geneigte Menschenmasse geschaffen haben, werden noch ergänzt durch eine starke reaktionär-geistige Strömung — die Nationalitätsbegeisterung, wie sie heute in Deutschland bereits in ihre Karrikatur umgeschlagen ist.

Ausgehend von der Bourgeoisie aller Kulturländer, ganz besonders aber Deutschlands, hat die nationale Strömung auch einen großen Theil derjenigen in ihren wilden Strudel hineingezogen, welche sich in einem allerdings unbewußten wirthschaftlichen Gegensatz zur Bourgeoisie befinden. Die Bourgeoisie bedarf für ihre Interessen auf wirthschaftlichem Gebiete des Internationalismus, auf politischem der Nationalität. Die Ursachen für diese sich scheinbar widersprechenden Thatsachen hier anzuführen, würde uns zu weit von unserem Thema abbringen. Wer Augen hat zu sehen, wird die Thatsache selbst zugeben müssen. Dieser Widerspruch darf nicht Wunder nehmen, wenn man erwägt, daß der ganze Leib der bürgerlichen Gesellschaft von Widersprüchen und Gegensätzen erfüllt ist.

Der nationale Gedanke war, wie jeder neue Gedanke, in seiner Ursprünglichkeit einem revolutionären, den neuen wirthschaftlichen Interessen angepaßten Prinzip entflossen und hat früher in seinem mit dem Gedanken der Freiheit durchwebten Gewande einen wesentlichen Einfluß auf die

Digitized by Google

neue Gestaltung der Dinge gehabt. Er hat Italien zu einem Einheitsstaate umgewandelt, er wurde von Napoleon dem Dritten sogar als Feigenblatt für seine intriguante Politik benutzt, er hat das moderne Deutschland geschaffen und wesentlich beigetragen zu der Ausdehnungspolitik Rußlands.

Aber in dem Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität bedurfte dieser die Menschheit aufrüttelnde Gedanke nur einiger Jahrzehnte, um in seinem Antlitz die Züge der Greisenhaftigkeit zu zeigen und zu einem Zerrbild seiner frischen Jugend zu werden.

So lange der Nationalitätsgedanke in der Studirstube des Gelehrten und dem Herzen des Philantropen als theoretischer Gedanke und Wunsch verblieb, hatte es den Anschein, als ob er in seinem Schooße eine neue, glücklichere Welt trage. Sobald er aber in der rauhen Luft der Wirklichkeit in Aktion trat, begannen die Farben der Freiheit zu bleichen und die alte demokratische Devise: durch Freiheit zur Einheit wurde in die berüchtigte nationalliberale Weisheitsphrase umgekehrt: durch Einheit zur Freiheit. In der weiteren Entwicklung begriff die Bourgeoisie, daß für die thatkräftige Ausnutzung ihrer Klassenvortheile die Einheit eine Nothwendigkeit, die Freiheit etwas Schädliches oder zum mindesten etwas Ueberflüssiges ist.

So kam es, daß in allen Kulturstaaten der nationale Gedanke, welcher dem Haupte der Demokratie entsprungen ist, zu einem Hemmungsmittel der demokratischen Entwickelung wurde, daß er die rothe Jakobinermütze abgeworfen und die Pickelhaube auf sein Haupt gesetzt hat. Aber gerade in Deutschland, wo der nationale Gedanke während eines halben Jahrhunderts in den Gefängnissen geknebelt lag, wo das Bürgerthum infolge der Kleinstaaterei an Selbstgefühl und Mannessinn viel eingebüßt hatte, hat sich der nationale Gedanke zur denkbar größten Bornirtheit entwickelt.

Wie der Katholizismus des Mittelalters, als er auf der Höhe seiner Zeit stand, den Glaubenshochmuth, die religiöse Intoleranz und die Pfaffenbornirtheit zu Tage förderte, so schlug auch der nationale Gedanke, seitdem er auf der Höhe der Aktion sich befindet, in der berauschten Bourgeoisie zu nationalem Hochmuth und beschränkter Denkweise um.

Digitized by Google

Dem nationalen Gedanken hat die deutsche Bourgeoisie ihren Liberalismus in Religion und Politik geopfert, der nationale Gedanke hat den großen Sinn für die Menschheit, wie er sich zur Zeit eines Lessing und Kant, eines Göthe und Schiller, eines Schlegel und Tieck in dem gebildeten deutschen Bürgerthum lebendig geregt hat, zerstört, der nationale Gedanke in seiner Ueberschwänglichkeit hat das deutsche Bürgerthum unfähig gemacht, über andere Nationen objektiv zu urtheilen. Alles ist gut, was der Deutsche besitzt, alles ist schlecht, was andere Nationen ihr eigen nennen, das ist der deutsch-nationalen Weisheit letzter Schluß.

Der Beginn dieser Krankheit der politischen Denkorgane fällt in die Zeit, da der nationalliberale Philister „Kulturkampf" spielte und vom Mitessen aus der Regierungsschüssel träumte. Seit dieser Zeit rutschte das deutsche Bürgerthum auf der schiefen Ebene nationalen Hochmuths mit entsetzlicher Schnelligkeit herab, und alle Zeichen sprechen dafür, daß es bereits unten angelangt ist.

Es liegt in dem Wesen eines so beschränkt angewandten Nationalitätsgedankens — den übrigens die jüdischen Kapitalisten bis in dieselben undefinirbaren Lächerlichkeiten theilen — daß er exklusiv und intolerant macht. Die ganze politische Blindheit, die wir so oft zu unserem Erstaunen an dem deutschen Bürgerthum wahrnehmen, steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Ausartung des nationalen Gedankens.

Der nationale Dünkel der deutschen Bourgeoisie hat in seiner lächerlichen Aufgeblasenheit im letzten Jahrzehnt gegenüber andern Kulturvölkern wahre Orgien gefeiert. Kaum eine einzige Nation ist von den Rempeleien und Rüpeleien der banausisch lärmenden kapitalistischen Presse Deutschlands verschont geblieben. Was aber gegenüber den Franzosen, Engländern, Schweizern recht ist, muß auch gegenüber dem Judenthum billig sein. Es ist nur eine logische Consequenz des übertriebenen Nationalitätsgedankens, wenn die auf ihre christlich-germanische Stammesreinheit stolzen Klassen auch dem Judenthum gegenüber eine pathetisch-feindselige Pose einnehmen. Der wirthschaftliche Konkurrenzneid, die soziale Noth des Kleinbürgerthums, die reaktionären Reminiszenzen aus mittelalterlicher Vergangenheit sind durch den Kitt nationalen Dünkels zu

Digitized by Google

einer einheitlichen Antipathie gegen die Juden vereinigt. Das Säuseln der Blätter in den urdeutschen Wäldern des Tacitus klingt nunmehr dem Ohre des deutschen Philisters nicht minder angenehm als früher das Sturmesgebrause der Freiheit.

Dieser Zusammenhang zwischen Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus ist ein so logischer, daß er von vorurtheilsfreien Männern bereits vorausgesagt wurde zu einer Zeit, da der Antisemitismus noch als Embryo im Schooße des Nationalitätsgedankens ruhte. Im Jahre 1874 schrieb der Demokrat Guido Weiß in seiner Zeitschrift „Die Wage“: „Ihre (des Nationalliberalismus) rüstigsten Wortführer jüdischen Stammes, welche einst, tief belehrt von der eigenen Väter Leid, heißen Herzens die Thorheit und die Gefahr des beschränkten Nationalitätsgeistes zu schildern wußten, sind jetzt grimme Germanen geworden und sehen in hochmüthiger Risches (Exclusivität) auf den verhaßten Franzmann herab, der ihnen einst doch so gutmüthig das Brod des Exils zu reichen hatte. O und dereinst wird er es ihnen vielleicht noch einmal zu reichen haben, wenn erst die Saat, die sie jetzt so eifrig ausstreuen, in die Halme geschossen ist, wenn erst in deutschen Gauen das neuerstandene Volk, auf seine Stammesreinheit stolz und eifersüchtig, jenes gewaltige Verdikt wieder anstimmen wird, dessen Kehrreim endet mit Hep! Hep!“

Den im Nationalitätsgedanken steckenden reaktionären Kern erkannten die „Staatsmänner“ des neuen deutschen Reiches zu gut, als daß sie nicht mit Freuden ihre alte Rüstung des Partikularismus ablegten und im Schmucke des neuen Nationalitätsrockes einherschritten. Sie haben diese neue Staatsauffassung zwar nicht erdacht, aber sie zeigen sich als Meister in der Anwendung derselben für ihre politischen Bestrebungen, wie sie auch, obzwar sie nicht das Pulver erfunden haben, sich doch vorzüglich darauf verstehen, es ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Bis in die erste Hälfte der siebziger Jahre hatte das deutsche Bürgerthum, obzwar stets politisch unfähig und schwach, doch einen Theil der liberalen Staatsauffassung sich erhalten. Dieser Liberalismus zielte auf Einschränkung des absolutistisch-konstitutionellen Cäsarismus und Beseitigung

Digitized by Google

der militärischen Allgewalt des Staates hin, Bestrebungen, welche in Verbindungen mit dem Nationalitätsgedanken auftraten und der sich entwickelnden Omnipotenz des Staates im Wege standen.

Den Feind mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, gilt bekanntlich für des Siegers höchsten Triumph. Wir wissen ja, wie oft das Wort Bismarcks vom Tödten des Parlamentarismus durch den Parlamentarismus interpretirt und von „realen" Politikern bewundert worden ist. Warum also nicht die liberale Anschauung, welche im Gewande des nationalen Gedankens auftrat, durch die nationale Phrase selbst tödten? Konnte es etwas leichteres für die Staatsgewalt geben, als das Bürgerthum, welches dem mit modernem Stuck verzierten militärischen Cäsarismus ablehnend gegenüberstand, durch den Antisemitismus, den auf die Spitze getriebenen Nationalitätsgedanken, gegen den Liberalismus einzunehmen? Denn die Fortschrittspartei mußte, sollte sie sich selbst nicht aufgeben, an der Auffassung von der Gleichheit Aller vor dem Gesetz festhalten. So war in dem Antisemitismus ein Keil gefunden, der, in das Bürgerthum hineingeschlagen, den Liberalismus auseinanderreißen mußte. Das „Theile und Herrsche" zeigte auch hier wiederum seine folgenschwere Bedeutung. Damit wurde der Antisemitismus regierungsfähig und ein hervorragendes Mittel, die reaktionäre Staatsauffassung in das Bürgerthum einzuschmuggeln. In der That wurde durch dieses Experiment ein großer Theil des Bürgerthums allmählig und unbewußt in die Sphäre der Reaktion hineingezogen. Dem andern Theil des Bürgerthums, welcher durch diese Spaltung geschwächt und für eine aktuelle Politik unfähig gemacht war, blieb nichts anderes übrig, als dem Sirenengesange des modernen militärischen Polizeistaates ebenfalls, wenn auch mit Widerstreben und sehr langsam, zu folgen. Die Fortschrittspartei und die deutschfreisinnige Partei sind Stationen auf dem Wege von der alten Demokratie zum modernen Cäsarismus.

V.

Die Kulturbedeutung der antisemitischen Bewegung erhielt auf Seiten der Staatsgewalt ihre Weihe nicht

Digitized by Google

nur in Rücksicht darauf, was sie gegenüber dem liberalen Bürgerthume leisten sollte, sondern in hohem Grade auch dadurch, daß man in ihr einen Damm gegen das Anschwellen der sozialdemokratischen Fluth sah. Der Antisemitismus ist eben ein Januskopf mit einem Doppelantlitz: dem Bürgerthume sollte er die nationale, der Arbeiterklasse die soziale Seite zeigen. Die Staatsgewalt sah, daß der sozialdemokratische Gesellschaftsgedanke nicht mehr, wie in den vierziger Jahren, nur in den Köpfen einzelner vorausschauender wissenschaftlicher Forscher wohne, sondern in einer den größten Theil des Volkes einnehmenden Klasse seinen bewußten Träger gefunden habe.

Man kann der preußisch-deutschen Staatsregierung die Anerkennung nicht versagen, daß sie die Macht, welche der neuen Weltanschauung innewohnt, verhältnißmäßig früh erkannte. Man kann mit Fug und Recht behaupten, die größten Anstrengungen, die in der inneren Politik während mehr als eines Jahrzehnts gemacht wurden, ja der größte Theil der inneren Politik selbst innerhalb dieser Zeit geht direkt oder indirekt darauf aus, dem in dem Volke immer siegreicher vorwärtsschreitenden neuen Kulturgedanken die Lebensader zu unterbinden. Die Art und Weise jedoch, wie dieser welthistorische Kampf geführt wurde, wird dem künftigen Kulturhistoriker eine Fülle von Anregungen geben, ähnlich denen, welche der Kampf des römischen Cäsarismus gegen die sich allmählich auf sich selbst besinnende freie Menschennatur einem Juvenal gegeben, und welche dieser Satyriker in die Worte zusammengefaßt hat: Difficile est, satiram non scribere (Es ist schwer, eine Satyre nicht zu schreiben).

Dem Ausnahmegesetz und der Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, wodurch die negativen Maßnahmen des Klassenstaates gegen die Arbeiterbewegung charakterisirt sind, reihen sich als positive Bestrebungen die „deutsch-nationale" Sozialreform und die antisemitische Bewegung würdig an. In dem Antisemitismus, welcher der Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrer Klassenlage eine gewisse Anerkennung zu Theil werden ließ, sah man ein vorzügliches Mittel, den Arbeiter allmählich von seiner für den Kapitalismus so unbequemen Klassenerkenntniß abzubringen und den ge-

Digitized by Google

fährlichen sachlichen Kampf der Arbeiter in einen ungefährlichen Personenkampf umzuwandeln. In der antisemitischen Bewegung glaubte man auch ein gutes Mittel gefunden zu haben, um die Arbeiterklasse zu veranlassen, ihre große historische Zukunftsmission für das Linsengericht einer mageren Sozialreform zu verkaufen.

Für diesen diplomatischen Schachzug brauchte man Männer, welche mit ihrer autoritativen gesellschaftlichen Stellung eine gewisse effekthaschende Redebegabung und den nöthigen Demagogismus verbanden. Eine solche Thätigkeit mußte einen Mann von den Anlagen eines Stöcker anziehen. Wir wollen hier nicht untersuchen, wie die Regierung zu ihrem Stöcker oder wie Stöcker zur Regierung gekommen, genug, sie haben sich gefunden. Stöcker und sein Famulus Adolf Wagner brauten 40 pCt. Christenthum, 10 Prozent Unfall- und Krankenversicherung, 10 Prozent Abschaffung der Kinderarbeit und Einschränkung der Frauenarbeit, 40 Prozent Antisemitismus zu einem artigen Getränk, dem sie die fromme Aufschrift gaben: Christlicher Sozialismus. In dieser Mischung, glaubten sie, würde der Trank dem deutschen Arbeiter ungemein munden und ihm den Genuß jedes anderen geistigen Getränks verleiden.

Aber nicht ein einziger sozialdemokratischer Arbeiter fühlte das Verlangen, überhaupt den Trank zu kosten, trotz der Anpreisungen von seiten der vielen Agenturen, die überall im deutschen Reiche errichtet wurden, wo Stöckers fromme Brüder wirkten. Die Arbeiterklasse nimmt dasjenige aus einer Sozialgesetzgebung, was ihr in Wahrheit und unabhängig von dem Interesse der herrschenden Klasse zuträglich ist, als etwas Pflichtschuldiges an, läßt sich aber selbst durch die beste und weitgehendste Arbeiterschutzgebung aus ihrer weltgeschichtlichen Rolle als Testamentsvollstreckerin der alten Gesellschaft nicht verdrängen. Mit ihrer entschiedenen Ablehnung gegenüber den sozialpolitischen Lockungen des Antisemitismus hat die Arbeiterklasse dem Bürgerthum gegenüber eine geistige Ueberlegenheit gezeigt, wie sie nur durch die politische Bildung und das hohe Rechtsgefühl erklärt werden kann, welches der Arbeiterklasse innewohnt.

Digitized by Google

VI.

Die antisemitische Agitation selbst, welche seit mehr als zehn Jahren Deutschland durchbraust, spiegelt in ihrem Aeußeren genau den Widerstreit der Interessen, Volksklassen und ehrgeizigen Führer wieder, den wir eben geschildert haben. Die Bourgeoisie will Antisemitismus nur so nebenbei treiben, ohne starke, die jüdischen Kapitalisten erschreckende Phrasen, das Kleinbürgerthum dagegen wünscht ihn zum ausschließlichen, die ganze innere Politik beherrschenden Faktor erhoben zu sehen, es wünscht eine lärmende, laute Agitation. Die Regierung hinwiederum ist bemüht, daß die antisemitische Fluth in dem schmalen Bette verlaufe, in welchem sie niemals zur Selbständigkeit gelangen und immer nur Mittel zum Zwecke bleiben könne. Viele Beamten bringen dem Antisemitismus ihre offenen Sympathien entgegen, weil sie dadurch ein regierungsfreundliches Werk zu thun und so sich Vorschub für Beförderung im Dienste zu verschaffen meinen. Die „gesittete" Jugend, welche die Hochschulen bevölkert, schenkt dem Antisemitismus ihren trampelnden und schreienden Beifall; er hat ja etwas „Revolutionäres" an sich, das dem jugendlichen Naturell besser behagt, und zugleich etwas Ungefährliches, dem sie unbesorgt folgen kann, ohne Schaden an ihrer späteren Stellung im Staatsdienst zu nehmen.

Die Geistlichkeit sieht in dem Antisemitismus das Mittel, die Volksmassen, welche sich von der Kirche und den alten sozial-politischen Autoritäten täglich mehr abwenden, zur alten „Ordnung" zurückzuführen. Einzelne Streber, welchen entweder die Fähigkeit mangelt, in anderen Parteien eine anerkannte Rolle zu spielen, oder der Muth, ihrer Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus durch ihr Eintreten in die sozialdemokratische Bewegung Ausdruck zu leihen, suchen ihre Schlupfwinkel in dieser Partei des Halbdunkels.

Ist es bei diesen widerspruchsvollen Elementen wunderbar, daß die antisemitische Partei, obwohl sie sich des Schutzes der Regierung und des herrschenden Bürgerthumes erfreut und eine Agitation entfalten darf, deren Kraftphrasen an Verhetzung der einzelnen Volksklassen das denkbar Aeußerste leisten, trotz alledem keine großen Siege und Fortschritte zu verzeichnen hat?

Digitized by Google

In ihrer Gereiztheit über das Vergebliche ihrer Mühen vermag die antisemitische Partei nicht zu begreifen, woher es der Sozialdemokratie möglich ist, trotz der an das Mittelalter erinnernden Verfolgungen Siege an Siege zu reihen, an innerer Geschlossenheit und äußerer Entfaltung stets zu gewinnen und sich die Anerkennung ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung selbst von Seiten ihrer größten Gegner zu erringen. Das Geheimniß ihrer von Tag zu Tag wachsenden Bedeutung liegt einmal darin, daß die Sozialdemokratie eine durch Gemeinsamkeit der Interessen geschlossene Volksklasse vertritt, welche durch das Spiel der heutigen Wirthschaftsgesetze ganz von selbst immer mehr anschwillt. Sodann kämpft die Sozialdemokratie unter dem Banner der wirthschaftlichen und politischen Befreiung des Volkes aus den Banden des Kapitalismus und des Klassenstaates, eine Forderung, welche nicht in Wolkenkukuksheim geboren ist, sondern aus den sozial-politischen Bedürfnissen der großen, vom Kapital abhängigen Klasse organisch herausgewachsen ist.

Was wir aber an dem Antisemitismus gewahren, ist das Gegentheil dessen, was allein im Stande ist, Erfolge zu erringen und für Erfolge zu berechtigen. Auf der einen Seite die mannigfaltigsten einander bekämpfenden Interessen und Volksklassen, auf der anderen Seite das Banner der geistigen, politischen und wirthschaftlichen Reaktion, welche den Volksinteressen direkt ins Gesicht schlägt und selbst von den politisch Ungebildeten in der Arbeiterklasse vermöge ihres Klasseninstinktes verabscheut wird.

Nur diese Erwägung macht es begreiflich, daß an der Spitze dieser Bewegung bereits seit einem Jahrzehnt Männer zu verharren im Stande sind, deren moralisches Gewand, durch die Geschosse ihrer Gegner durchbohrt, ihnen in Fetzen vom Leibe hängt. Jede Partei spiegelt in ihren Führern ihr eigenes moralisches Sein wieder. Bei einer Partei, wie der antisemitischen, welche bewußt oder unbewußt das Volk seinen eigenen Interessen zu entfremden, die sachliche Erkenntniß der sozialen Schäden durch Entfachung eines Rassenkampfes zu trüben sucht und mit echt jesuitischer Spiegelfechterei heute die Leiden des Volkes beklagt, um

Digitized by Google

morgen ihre Dienste zur Unterdrückung des Volkes zu leihen, ist es nur zu natürlich, wenn auf ihren Höhen die Lüge in Permanenz gehalten wird und Männer der Wissenschaft ihren eigenen, in früherer idyllischer Zeit geschriebenen Werken ins Gesicht schlagen.

Eine energische, in positives Schaffen umschlagende Entwickelung der antisemitischen Beweguug ist bei den widerspruchsvollen Elementen, aus denen sie sich zusammensetzt, zwar ein Ding der Unmöglichkeit. Aber ihre Existenz schon wirkt wie der Giftthau auf den Charakter und die Denkkraft der mit ihr in Berührung tretenden Volkskreise.

VII.

So sehen wir also, daß der Antisemitismus, auf einem ganz bestimmten wirthschaftlichem Boden emporgewachsen, nur in einer von reaktionären Krankheitsstoffen geschwängerten politischen Atmosphäre sich zu entwickeln im Stande ist. Die sogenannten Menschenrechte, welche das Bürgerthum in seinen Jünglingsjahren mit schwärmerischer Begeisterung proklamirt hat, sind an den Granitfelsen der Klasseninteressen zerschellt, und die antisemitische Bewegung in der Bourgeoisgesellschaft ist die drastischste Illustration zu dem Widerspruch von Theorie und Praxis in der heutigen Gesellschaftsordnung.

Doch damit ist das demokratische Menschheitsbewußtsein nicht getötet. Neue Klassen, neue Menschen treten für dasselbe in die Schanzen, und der Kampf tobt heute mächtiger als je zuvor. In diesem großen, die häßlichsten und schönsten Eigenschaften des Menschen enthüllenden, der Dichtungskraft eines modernen Homer würdigen Kampfe der alten mit der neuen Welt steht die Arbeiterklasse wie ein rocher de bronce (Bronzefelsen), nicht wankend und weichend, ob auch schwere Hiebe auf sie niedersausen. Noch niemals in der Weltgeschichte ist von den unterdrückten, ans Tageslicht der Gleichberechtigung emporstrebenden Klassen der Kampf mit so klarer Erkenntniß und so ernster Energie geführt worden, wie in der Gegenwart.

Gegenüber der antisemitischen Bewegung, einer jener häßlichen Zuckungen einer sterbenden Welt, trägt die Arbeiterklasse den Menschheitsgedanken, ihren eigenen

Digitized by Google

Klassengedanken, in ihrem Busen. Während in jener reaktionären Bewegung die Zersetzung bereits begonnen hat, so daß sie ihr wahres Wesen als demagogischer Vorposten der herrschenden Klassen Niemandem mehr verbergen kann, sind die Kräfte der sozialdemokratischen Bewegung gestählt und der Muth gestärkt, wie nie zuvor. Gegenüber dem Unkenruf der alten Welt nach Abschließung und Unterordnung, wie er in der antisemitischen Bewegung nicht seinen einzigen, aber seinen brutalsten Ausdruck gefunden, ruft die Arbeiterklasse mit dem frohen Siegesbewußtsein des heranwachsenden Riesen den Menschen und Völkern das Erlösungswort entgegen, mit dem der große Sozialist und Philosoph Fichte in den Hallen der Berliner Universität am Anfang unseres Jahrhunderts das Ziel unserer Kämpfe bezeichnet hat:

Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Druck: „Berliner Volks-Tribüne", Berlin SO.

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie — 3. Heft.

Soziale Frage

und

Bodenverstaatlichung.

Von

Conrad Schmidt-Berlin.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne"
Berlin S.O., Elisabeth-Ufer 55.
1890.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Die Aneigner des Mehrwerths. Die Grundrente als Theil desselben. Interessengegensatz zwischen industriellem und Bodenkapital 3

Der theoretische Kampf gegen die Aneigner der Grundrente. Die Physiokraten. Henry George 10

Flürscheims Theorie. Die Bodenverstaatlichung als Mittel, den Zins zu beseitigen 14

Flürscheims Theorie. Die Bodenverstaatlichung als Mittel, den Zins zu beseitigen, (Fortsetzung) 20

Flürscheims Theorie. Bodenverstaatlichung und Ueberproduktion 23

Bodenverstaatlichung und Sozialismus 27

Digitized by Google

Soziale Frage und Bodenverstaatlichung.

I.

Der Mehrwerth.

Die moderne Gesellschaft baut sich auf dem Klassengegensatze zwischen Kapital und Arbeit auf. Der eigenthumlose Proletar, unfähig irgend eine selbständige Produktion zu unternehmen, wird genöthigt, Tag für Tag seine Kraft an den Besitzer der Arbeitsinstrumente zu verkaufen. Der Preis, den er für seine Thätigkeit erhält, normirt sich wie der Preis aller anderen Waaren nach den Produktionskosten. Die Produktionskosten der Waare Arbeitskraft, welche fast stets in überreicher Menge auf dem Markte angeboten wird, sind aber nichts Anderes als die Kosten, die das Aufziehen und der nothdürftige Lebensunterhalt der Arbeiterindividuen erheischt.

Die Thatsache, daß der Lohn sich niemals längere Zeit hindurch über das Existenzminimum erhoben hat, ist also nach dieser von Marx vertretenen Auffassung die Folge der kapitalistischen Wirthschaft und des in ihr allmächtig herrschenden Werthgesetzes selbst. Nur wenn die Produktion aufhört, zum Verkauf bestimmte Waarenproduktion zu sein, wird auch die Arbeit aufhören, Waare zu sein und nach den Erzeugungskosten gezahlt zu werden. Nur allein eine sozialistische Gesellschaft, in welcher die Güter, den Bedürfnissen der Gesammtheit entsprechend, planmäßig hergestellt und vertheilt werden, vermag das Proletariat aus dem Elend, welches die „freie Konkurrenz" über dasselbe verhängt, zu erlösen. Darum ist auch die Arbeiterklasse das Heer, auf welches die sozialistischen Ideen allein mit Sicherheit rechnen können. Sobald sie ihre Lage klar erkennt, *muß* sie sozialistisch denken,

Digitized by Google

denn ohne die gänzliche Umwälzung des wirthschaftlichen Systems kann diese ihre Lage nicht aus der Welt geschafft werden.

Die kapitalistische Gesellschaft, die sich auf dem Klassengegensatze zwischen Lohnherr und Arbeiter aufbaut, bewegt in ihrem Schooße indessen noch andere, wenngleich weniger wichtige, Klassengegensätze und Konflikte. Man denke nur an den verzweifelten Kampf des Kleinbürgerthums gegen das billiger produzirende Großkapital! Beide Gesellschaftsgruppen ziehen ihr Einkommen aus der Arbeit der Arbeiter, sie sind Beide Aneigner von Mehrwerth und insoferne durch ein gemeinsames Interesse gegen die Ansprüche des Proletariats verbunden. Das hindert aber nicht, daß sie sich untereinander selbst auf das heftigste bekriegen. Der große Kapitalist unterbietet, gestützt auf die Vortheile des konzentrirten Betriebs, die kleinen Konkurrenten, und er ruinirt so einen nach dem andern. Daher der Ruf nach Staatshilfe im feindlichen Lager, die Träume, das untergehende Handwerk durch allerhand künstliche Vorkehrungen noch einmal zu galvanisiren, die Deklamation des Antisemitismus gegen die jüdische Geldmacht und die Börse, die Agitation der Pariser Detaillisten, um die großen Verkaufsmagazine durch eine unerhörte Progressivsteuer zu Boden zu schlagen u. s. w.

Wenn die großen oder kleinen Unternehmer, die ihr Geld der Produktion zuwenden, in der kapitalistischen Gesellschaft auch die Aufgabe haben, die unbezahlte Arbeit, den Mehrwerth, direkt aus den Arbeitern herauszuziehen, so sind sie darum doch nicht die einzigen Aneigner des Mehrwerths. Sie müssen ihn mit den übrigen privilegirten Ständen theilen. Der Staat, das Handels- und Leihkapital, die Besitzer des Bodens, alle nehmen soviel davon weg, als es ihre Macht nur immer gestattet.

Auf welche Weise die Industriellen selbst von dieser werthen Kollegenschaft tributpflichtig gemacht werden, ist leicht zu sehen. Der Staat kassirt von ihnen seine Steuern, der Bankier seine Zinsen für geliehenes Geld, der Handelskapitalist seine Preisaufschläge und Provisionen, der Bodenbesitzer die Grundrente in Form von Bodenmiethe und Bodenproduktenpreisen ein.

Digitized by Google

Es wäre aber weit gefehlt, wollte man annehmen, daß damit die ganze Mehrwerthmasse, die der Industrielle an die übrigen Kapitalisten und den Staat abtreten muß, erschöpft sei. Der Lohn des Arbeiters wird, wie gesagt, nach dem Werthe der Arbeitskraft, nach den Kosten, welche die beständige Selbsterhaltung des Arbeiters verursacht, bemessen. Da nun der Arbeiter sowohl dem Staate, dem er steuert, wie dem Handelskapitalisten, von dem er seine Konsummittel einkauft, wie dem Grundbesitzer, an den er den Preis für Wohnung und Nahrungsmittel bezahlt, tributpflichtig ist, muß der Lohn so hoch sein, daß er die durch diese Extraaufschläge vertheuerte Lebenshaltung zu bestreiten vermag. Denn sonst könnte der Arbeiter, da ihm der Tribut in keinem Falle nachgelassen wird, überhaupt nicht existiren. Der Industrielle wird also genöthigt, den Arbeitern einen Theil des von ihnen hergestellten Werthes, den er sonst für sich einziehen könnte, im Lohne auszuzahlen, damit sie die anderen Mehrwerthaneigner befriedigen können. Der Arbeiter selbst gewinnt dabei natürlich nichts; ihm gilt es gleich, ob er das Produkt seines Fleißes ganz an den Lohnherrn oder theilweise auch an andere Herren verliert. Denn verlieren muß er es doch in jedem Falle, das verlangt die eherne Nothwendigkeit des kapitalistischen Wirthschaftssystems.

Ebenso wie im Kreise der produktiven Kapitalisten ein Klassengegensatz zwischen kleinen und großen besteht, so existirt ein solcher auch naturgemäß zwischen den einzelnen Gruppen der Mehrwerthaneigner überhaupt. Sie haben dem Proletariat gegenüber ein geschlossenes Klasseninteresse, den Mehrwerth, auf welchem ihre Existenz beruht, so hoch wie möglich zu erhalten, und bilden insofern eine einzige „reaktionäre Masse", welche die Emanzipation des arbeitenden Volkes mit allen Mitteln zu hindern strebt. Mit dem Interesse an der absoluten Höhe des Mehrwerths geht aber bei jeder Gruppe das Interesse, ein möglichst großes Stück dieses Mehrwerths selbst anzueignen, Hand in Hand. Darum vielfach Streit und Zwiespalt im häuslichen Lager.

Der Staat verlangt stets neue Steuern und bricht den natürlichen Widerstand der besitzenden Klassen dagegen;

Digitized by Google

das agrarische Kapital deklamirt gegen das Handels- und Leihkapital, besonders gegen die Börse, es setzt Schutzzölle, welche die ganze Industrie belasten, im Parlamente durch; das industrielle Kapital predigt mit Entrüstung den Freihandel oder greift zu demselben Kampfmittel wie die Agrarier, zum Schutzzoll; das Kaufmannskapital macht gegen jede Art von Schutzzoll Front.

Und in diesem Getümmel widerstreitender Interessen giebt es einen Konflikt, der mehr als alle übrigen die Aufmerksamkeit der Politiker und Oekonomen auf sich gezogen hat, der Konflikt, meine ich, zwischen dem industriellen und dem Bodenkapital.

In der feudalen Gesellschaftsordnung, aus welcher sich die kapitalistische stufenweise entwickelte, befand sich der Grund und Boden in Händen der Monarchie, der Geistlichkeit und des Adels. Der Kampf zwischen dem neu aufkommenden, bürgerlich-industriellen Kapital und dem altüberlieferten, gesalbten Grundeigenthum gestaltete sich zu einem Kampfe zweier feindlichen Wirthschaftsordnungen, der alten, die auf dem feudalen Bodenbesitz, und der neuen, die auf dem Kapitalbesitze fußte. Die neue Ordnung siegte überall; die ganze ökonomische Verfassung wurde den Bedürfnissen des industriellen Kapitals entsprechend umgestaltet, und auch der Boden mußte es sich gefallen lassen, verbürgerlicht und in die allgemeine Bewegung hineingerissen zu werden. Er ward zur trivialen Waare herabgedrückt, die jeder Plebejer, falls er das nöthige Geld besaß, erstehen konnte. Nur soweit der Adel kapitalkräftig genug war, vermochte er sein altes Bollwerk gegenüber der Konkurrenz des bürgerlichen Geldes zu behaupten. So vielfach in England, im östlichen Deutschland und in Oesterreich.

II.

Die Grundrente.

Bei dem ökonomischen, durch die historische Tradition vielfach verschärften Gegensatze zwischen industriellem Kapital und Grundbesitze erscheint es nur natürlich, daß auch die Theorie diesen Streit widerspiegelt. Bevor wir in-

Digitized by Google

dessen hierauf, auf den theoretischen Kampf gegen die Grundrente, eingehen, erscheint es nothwendig, uns das Wesen derselben kurz zu veranschaulichen.

Daß die Grundrente so wie die übrigen arbeitsfreien Einkommen aus dem Mehrwerth fließt und als Tribut von dem Arbeiter, dem ursprünglichen Mehrwertherzeuger, wie vom Unternehmer, dem ursprünglichen Mehrwerthaneigner, erhoben wird, war schon gesagt.

Es liegt hier aber der Einwurf nahe, daß der Landwirth ebensogut wie der Fabrikant Unternehmer sei und als solcher aus den von ihm angestellten Arbeitern direkt Mehrwerth herauspresse, daß sein arbeitsfreies Einkommen mithin nicht abgeleitet sei, sondern genau so wie der Profit des Fabrikanten aus der unmittelbaren „Verwerthung der proletarischen Arbeitskraft" entspringe. Und das trifft in der That für einen großen Theil des durch Bodenbearbeitung gewonnenen Einkommens zu. Nicht aber für das ganze.

Nimmt man die Summe aller im Laufe eines Jahres hergestellten Industrieprodukte und zieht von dem Gesammtpreis derselben die Summe der aufgewandten Produktionskosten ab, so ergiebt der Rest den Ueberschuß der Preise über die Kosten, das Profiteinkommen, welches der Stand der Industriellen in die Tasche steckt. Der durchschnittliche Gewinnsatz, d. h. der Bruchtheil, um welchen sich ein in der Industrie vorgeschossenes Kapital durchschnittlich im Jahr vermehrt, wird gefunden, indem man den Gesammtprofit durch das vorgeschossene industrielle Gesammtkapital dividirt. Beides, Profit wie Kapitalvorschuß, stellen ja nichts anderes als Verkörperungen allgemein menschlicher Arbeitszeit, als Werthe dar, und dieser ihrer Gleichartigkeit wegen sind sie auch durcheinander theilbar.

Nun betrachte man im Gegensatze dazu das auf Bodenkultur und Anbau verwandte Kapital. In den Stallungen, den Geräthschaften, der Aussaat, in allen Bearbeitungen, Kanalisationen, Häuserbauten u. s. w. steckt unzweifelhaft ebenso wie in den Maschinen, Fabriken und Rohstoffen des industriellen Kapitals menschliche Arbeit, und der Werth jener agrarischen wie der industriellen Produktionsmittel kann sich allein nach der Menge menschlicher Arbeit, die in ihnen verkörpert ist, richten. Die

Digitized by Google

Größe des vorgeschossenen Kapitalwerthes muß in beiden Fällen auf gleiche Weise berechnet werden. Zieht man aber von dem Gesammtpreis, den die Bodenbesitzer beim Verkauf ihrer Produkte und durch das Vermiethen von Gebäuden jährlich erzielen, die Produktionskosten, d. h. das zur Herstellung ihrer Waaren erforderliche Arbeits- oder Werthquantum ab, und dividirt den dann verbleibenden Werthrest, welcher das arbeitsfreie Einkommen der Grundherren repräsentirt, durch den von ihnen vorgeschossenem Kapitalwerth, so stellt sich heraus, daß die auf Bodenkultur verwandte Arbeit nicht nur den in der Industrie üblichen Gewinnsatz, sondern darüber hinaus einen gewaltigen Ueberschuß, die sog. Grundrente, abwirft.

Der berühmte englische Nationalökonom Ricardo giebt die Erklärung für diese Thatsache. Während in der Industrie, sobald die Nachfrage nach Waare irgend einer Art zunimmt, der neue Bedarf mit dem gleichen Arbeitsaufwand hergestellt werden kann, der zur Produktion derselben Waarenmenge auch früher nothwendig war, trifft das, wie er hervorhebt, für den Landbau nicht in demselben Maaße zu, und zwar deßhalb nicht, weil in den Kulturländern die besten Bodensorten bereits seit lange in Beackerung sind. Hebt sich nun die Nachfrage nach Nahrungsmitteln — und das muß sie dauernd, da die Bevölkerung sich Jahr für Jahr vermehrt — so wird schlechteres Land in Angriff genommen. Die natürliche Folge ist, daß zur Herstellung derselben Menge von Bodenprodukten nunmehr auf diesem neu beackerten Lande ein größeres Quantum Arbeit erfordert wird, als auf dem bessern, früher bebauten Boden nothwendig war. Im Laufe der Entwicklung wird also immer mehr und immer geringwerthigeres Land in Kultur genommen. Das Arbeitsquantum, das auf der schlechtesten der angebauten Bodensorten zur Produktion einer gegebenen Menge von Nahrungsmitteln nothwendig ist, befindet sich fortwährend im Wachsen.

Dementsprechend muß aber auch der Preis der Bodenprodukte dauernd zunehmen, denn dieser muß immer so hoch stehen, daß die Anbauer der schlechtesten aller in Angriff genommenen Landsorten die Produktionskosten, ver-

Digitized by Google

mehrt um den landesüblichen Profit, zurückerhalten, weil sie in anderem Falle ihr Kapital statt in die Bodenkultur in industrielle Unternehmungen werfen würden. Wenn die Preise sich jedoch nach den Produktionskosten auf der schlechtesten Bodenklasse richten, so müssen selbstverständlich die Besitzer besserer Landstrecken, die gleiche Produktmengen mit geringeren Produktionskosten herstellen, im Preise ihrer Waaren mehr als die aufgewandten Kosten und den Durchschnittsprofit erzielen. Dieses Mehr, welches die Klasse der besseren Bodenbesitzer über Kostenaufwand und Durchschnittsprofit hinaus alljährlich gewinnt, bildet die jährliche nationale Grundrente.[1])

Wenn ferner bloße Naturkräfte, wie sie durch die besseren Bodensorten repräsentirt werden, den Profit über das übliche Maaß hinaus erhöhen, so müssen sie, obgleich selbst kein Produkt menschlicher Arbeit, dennoch einen Preis erhalten und zwar einen Preis von der Höhe, daß die Verzinsung desselben gleich ist der jährlichen Bodenrente.

---

[1]) In neuerer Zeit hat man gegen diese „Ricardo'sche Grundrententheorie" eingewendet, daß bei steigender Kultur nicht schlechtere, sondern immer bessere Bodenstrecken in Angriff genommen werden. Denn wenn auch in den Kulturländern des alten Kontinentes der beste Boden längst bebaut wird, so gestattet die fortschreitende Entwicklung des Transportwesens, immer mehr fernliegende, bisher vom Weltmarkt abgeschnittene, dabei aber höchst fruchtbare Ländereien zu bepflanzen und mit ihren Produkten die wachsende Nachfrage zu decken. Dazu kommen die Fortschritte der landwirthschaftlichen Technik, welche die Ertragsfähigkeit des Landes steigern. Beide Momente, Transportwesen und Technik, wirken also darauf hin, die ländlichen Produkte mit immer weniger Arbeit herzustellen. Mag das nun völlig zutreffen, mag also das agrarische Gewerbe immer billiger produziren, der Kern der Ricardo'schen Grundrententheorie wird dadurch nicht angetastet. Denn Transportwesen und Technik kommen wie den neuen so auch den alten Ländereien zu Gute. Die guten altangebauten, günstig gelegenen Bodenklassen bleiben also nach wie vor im Vortheil, und ebenso wird es unter den neubeackerten Territorien verschieden gute Klassen geben, je nachdem Herstellung und Verkauf (hierzu gehört der Transport) eines gleichen Produktquantums dem Besitzer mehr oder weniger Arbeitsaufwand verursacht. Da der Preis sich aber nach den Produktionskosten auf dem relativ ungünstigsten Boden richtet, beziehen die Eigenthümer besserer Güter also nach wie vor einen Extragewinn, die Ricardo'sche Grundrente.

Digitized by Google

Nur in diesem Falle wird dem Gesetze der Konkurrenz, welches auf allen Gebieten die Profite ausgleicht, genug gethan. Denn wenn der bloße Boden mit dem kapitalisirten Betrage der Grundrente bezahlt wird, so bezieht der neue Käufer der besseren Bodenklassen mit seiner Grundrente nur den üblichen Gewinnsatz des beim Kauf des Landes ausgelegten Kapitals. Sein Extragewinn hört auf (ausgenommen den Fall, daß die Grundrente nach dem Kaufe, während er das Gut noch besitzt, wider Erwarten steigt) und fließt dem spekulativen Landverkäufer zu.

Bei dem Boden, der nicht zur Beackerung, sondern zum Hausbau verwendet wird, verhält es sich ähnlich. Die Miethe stellt nicht nur den Profit des beim Bau verbrauchten Kapitals dar, sondern umfaßt überdies das Kaufgeld, welches dem Hausbesitzer für die mehr oder weniger günstige Lage seines Grundstücks jährlich von dem Miether ausgezahlt wird. Dieser Theil der Miethe, kapitalisirt, ergiebt den so außerordentlich schwankenden, oft enorm hohen Preis der Grundstücke.

Wäre der Boden gleich den Waaren der Industrie beliebig vermehrbar, so würde zwischen den Grundbesitzern und den Fabrikherren kein größerer Interessengegensatz bestehen als zwischen den Unternehmern zweier verschiedenen Industriebranchen. So aber befinden sich die Grundbesitzer, insbesondere die langjährigen, womöglich erblichen Eigenthümer der besseren Bodenklassen, gegenüber den Industriellen in einer Monopolistenstellung. Sie haben das Land in den Kulturstaaten inne, und kein Industrieller vermag daselbst neues zum alten hinzuzuproduziren. Diese Monopolistenstellung ist es, welche die Rente schafft und so die gesammte Industrie durch die Vertheuerung der Bodenprodukte und Miethe dem Grundbesitze tributpflichtig macht.

III.

Die Polemik gegen die Grundrente.

Der Klassengegensatz zwischen den Eigenthümern des Bodens und denen des mobilen Kapitals spiegelt sich naturgemäß in der praktischen

Digitized by Google

Politik nicht weniger als in den nationalökonomischen Theorieen, die unbewußt fast immer gewisse Klasseninteressen vertreten. Die Angriffe, welche von dieser Seite gegen die Grundrentner gerichtet wurden, beziehen sich in erster Reihe auf den unverkennbaren Mehrwerthcharakter dieser Einkommensart. Freilich wir Sozialisten sind ja überzeugt, daß der Erwerb des Industriellen genau dasselbe Merkmal aufweist, daß er ebenfalls aus Mehrwerth, d. h. aus Werthen besteht, für die der Aneigner kein Werthäquivalent zahlt. Aber die Vulgärökonomie, die heute noch über alle Universitätskatheder herrscht, ist ein Beispiel dafür, wie hartnäckig man jene Grundnatur des Unternehmergewinnes wieder und wieder abstreitet. Wie viel schöne Titel — Entbehrungslohn, Risikoprämie, Unternehmerlohn — hat man nicht eigens zu diesem Zwecke für den Profit schon erfunden? Und in der That läßt sich der verrätherische Pferdefuß des Kapitalgewinnes in der Industrie, wo der Gewinner (mit Ausnahme der Aktiengesellschaften) gleichzeitig spekulativthätiger und rechnender Unternehmer ist, verhältnißmäßig noch am leichtesten verbergen.

Anders bei der Grundrente! Die Besitzer günstiger und vielbegehrter Bodenklassen sehen ohne alle Spekulationsthätigkeit den Werth ihres Eigenthums in kurzer Zeit oft ungeheuer anschwellen. So besonders in rasch zunehmenden Städten, wie z. B. Berlin. Daß ein solches Einkommen bloßer Tribut ist, der ohne das geringste eigene Verdienst von der übrigen Gesellschaft erhoben wird, leuchtet auch den Blödesten sofort ein. Dasselbe gilt von den Rentenrollen, die der erbliche Großgrundbesitzer von seinen Pächtern alljährlich einstreicht.

Wie das industrielle Kapital in dem politischen Kampfe mit dem feudalen Grundbesitz sich stets um Hülfe an die Proletarier wandte und gegenüber dem Adel an das „ganze Volk" appellirte, gleich als bestünde innerhalb des „Volkes" kein Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, so sucht auch die ökonomische Theorie, welche im Dienste des mobilen Kapitals gegen die Bodenbesitzer Front macht, den beschränkten Klassencharakter dieser Bewegung möglichst zu verhüllen. Nach ihrer Auffassung handelt es sich dabei nicht um einen Privatstreit zweier Mehrwerthaneigner, sondern

Digitized by Google

(nach der bekannten Melodie: „wir alle sind ja Arbeiter") um einen Feldzug der gesammten arbeitenden Nation gegen die faullenzenden Ausbeuter.

Die französische physiokratische Nationalökonomie des 18. Jahrhunderts, welche die freie Konkurrenz und die Bedürfnisse des mobilen Kapitals gegenüber der feudal-absolutistischen Wirthschaftsordnung mit großem Geist vertrat, kam zu dem Schlusse, daß alle industrielle Arbeit nicht neue Werthe zu schaffen, sondern nur vorhandene umzugestalten vermöge. Bei jeder industriellen sogenannten Werthproduktion werde dieselbe Werthmenge, die man am Schlusse der Produktion in der Hand behalte, während der Produktion aufgebraucht. Nur in der Landwirthschaft sei das anders. Die Naturkraft vermehre die Samen und Pflanzen kostenlos, sie allein schaffe Jahr für Jahr steigenden Neuwerth. Auf ihn gründe sich die Rente, und aus dem Renteneinkommen erhalte die Bodenbesitzerklasse alles Uebrige: den Staat, die Beamten, die Industrie.

Diese Lehre, die, obschon auf einer durchaus falschen Werththeorie beruhend, dennoch einen großen historischen wie wissenschaftlichen Fortschritt darstellt, übertrieb freilich die Bedeutung des Agrarierthums ins Ungemessene, aber sie wendete sich darum nicht weniger scharf gegen die Interessen desselben. Wenn der Gutsherr allein Mehrwerth produzirt, so besteuere man — das war ihr Argument — auch ihn allein.

Der tiers état, das aufstrebende Bürgerthum, welches bisher mit den Bauern zusammen die ganze Steuerlast trug, verlangte freie Konkurrenz und Besteuerung von Adel und Geistlichkeit. Die Oekonomen hatten das wissenschaftliche Rüstzeug dafür zu liefern.

Genau dieselbe Forderung, die ganze Steuerlast auf die Grundrente zu überwälzen, ja noch mehr, sie durch Besteuerung staatlich ganz zu konfisziren, ist nach mehr als hundert Jahren inmitten eines der kapitalistisch meistentwickelten Länder von Neuem aufgetaucht. Der Amerikaner Henry George hat sie zuerst in wirksamer Weise erhoben und wurde so Bahnbrecher der modernen Bodenreform, die in ihren radikaleren Vertretern die staatliche Aneignung des gesammten Bodens verlangt. Wie in dem amerikanischen Sezessionskriege der 60er Jahre der industrielle

Digitized by Google

Norden gegen die agrarischen Sklavenhalter des Südens kämpfte und die Neger aus dem Eigenthum der Plantagenbesitzer befreite, so soll nun die Gesammtheit der industriellen Bevölkerung sich von neuem zusammenschaaren und den Boden selbst von seinen Privateigenthümern emanzipiren. Nur wenn der Rentenertrag des Landes dem Staate zufällt, könne den wirklich produktiven Klassen geholfen werden.

Es mag zuerst befremden, daß gerade in Amerika, wo kein grundbesitzender, politisch-privilegirter Adel existirt, wo also der ökonomische Interessengegensatz zwischen Grund- und Fabrikherr durch keinen traditionellen Standesunterschied verschärft wird, der erste größere agitatorische Vorstoß dieser Art gegen die Grundbesitzer unternommen wurde. Doch wird das bald erklärlich, wenn man sich an die reißend schnelle Verminderung des freien Ansiedlungslandes dort erinnert und bedenkt, wie übel die Verstopfung dieses der europäischen Einwanderung bisher weitgeöffneten Abzugkanales auf den sonst so günstig gestellten amerikanischen Arbeitsmarkt wirken mußte. Die riesigen Bodenspekulationen der amerikanischen Geldmänner thaten gleichfalls das Ihrige, um die öffentliche Meinung auf die Landfrage aufmerksam und für die Theorien von Henry George empfänglich zu machen.

Wir brauchen uns auf die ökonomischen Deduktionen, auf welche der Verfasser seine Forderung stützt, hier nicht näher einzulassen. Nicht nur, daß sie absolut widersinnig sind und an die ödesten manchesterlichen Harmonielehren erinnern, sie haben auch bei uns in Deutschland, wo Flürscheim die Agitation in die Hände genommen, keine Verbreitung gefunden.

Was oben allgemein gesagt wurde, daß nämlich die gegen die Grundrente gerichteten Theorien sich an das gesammte Volk wenden und den Klassengegensatz zwischen Kapitalist und Arbeiter in den Hintergrund schieben, das gilt naturgemäß in der Gegenwart, wo die soziale Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, ganz besonders.

Das Hauptwerk Henry George's „Fortschritt und Armuth" ist ein gerade zu klassisches Zeugniß für dies Bestreben. Die freie Konkurrenz gilt ihm, dem Vertreter industrieller Interessen, als selbstverständliche und noth-

Digitized by Google

wendige Natureinrichtung. Das industrielle, in Maschinen, Fabriken u. s. w. verkörperte Kapital ist aus Arbeit entstanden, es ist also von der lebendigen Arbeit, die der Proletar verrichtet, nicht wesentlich verschieden. Folglich herrscht zwischen beiden Arten der Arbeit schönste Interessenharmonie, was auch daraus hervorgeht, daß die Gewinne und Löhne in Zeiten guten Geschäftsganges miteinander steigen, in schlechten Jahren zusammen herabgehn. Sie haben beide nur einen gemeinsamen Feind, und das ist die Klasse der Bodenbesitzer, deren Landeigenthum allein auf frecher Aneignung der Allen gehörenden Naturkraft, nicht, wie das des braven Industriellen, auf Arbeit beruht. Die soziale Frage läßt sich mit spielender Leichtigkeit lösen, indem man diesen Grundherren ihre Bodenrente, die nur aus der Brandschatzung der arbeitenden Bevölkerung hervorgeht, wegnimmt und zu allgemein nützlichen Staatszwecken verwendet. Dann bricht ohne Weiteres das Friedensreich an, Kapitalist und Arbeiter entdecken, daß sie im Grunde dasselbe sind und dasselbe wollen. Selbstverständlich kommen auch die Absatzkriesen mit der Konfiskation der Grundrente zugleich in Wegfall.

Der deutsche Prophet Henry George's, Michael Flürscheim, der eine rührige Agitation bei uns entfaltet, hat diese Theorien seines Meisters modifizirt. Der Widersinn tritt bei ihm weniger offen hervor, und bei dem Anklang, den er gefunden, verlohnt es sich wohl, seine Beweisführung ein wenig genauer zu untersuchen. Man kann sich so von Neuem überzeugen, wie gänzlich aussichtslos alle die von bürgerlicher Seite befürworteten Lösungen der sozialen Frage, selbst die radikalsten, sind. Gerade aus dieser Einsicht schöpft der Sozialismus das Bewußtsein seiner Nothwendigkeit.

IV.

Bodenverstaatlichung und Zins.

Flürscheim hat einen bedeutenden Schritt über die Utopistereien von Henry George hinaus gethan. Wie dieser sich nur an der Rente, so skandalisirt er sich bereits an dem Zinse. Flürscheim ist sich über die Wesensgleichheit von

Digitized by Google

Zins und Grundrente als arbeitsloser, auf Ausbeutung beruhender Einkommen vollständig klar und hat die Sophismen, mit denen der zinsliebende Amerikaner seine Ansichten zu stützen suchte, gründlich vernichtet. Aber an Stelle einer Illusion hat er schließlich auch nur eine andere gesetzt. Denn nicht zufrieden, die Wesensgleichheit von Zins und Grundrente als arbeitsloser Einkommen zu konstatiren, geht er weiter, indem er den Zins als eine Folge der Grundrente, welche mit dieser zugleich fallen müßte, hinstellt. Die Bodenreform, so verheißt er, wird beide Parasiten, deren soziale Gefährlichkeit dieselbe ist, gleichmäßig ausrotten. Er bezeichnet sogar die Beseitigung des Zinses als die einzige Bedingung, unter welcher die staatliche Konfiskation der Grundrente der arbeitenden Mehrheit von Nutzen sein kann.

Hermann Bahr hatte in den „Deutschen Worten" die Bestrebungen der Landliga vom proletarisch-sozialistischen Standpunkt aus beleuchtet. Nehme der Staat den Boden für sich, so würde damit eben nur ein Landverpächter an die Stelle der vielen treten; der jetzt bestehende Interessengegensatz zwischen agrarischem und industriellem Kapital würde zu Ungunsten des Volkes, das aus dem Streit der herrschenden Klassen bisher manchen Nutzen zog, fortfallen, ohne daß irgend ein anderer Vortheil die Massen dafür entschädigte. Denn wenn der Staat auch, mit den Einnahmen aus der Bodenrente ausgestattet, die Steuern erlassen könnte, so würden auf Grund des ehernen Lohngesetzes die Löhne bald um den Betrag, um welchen sie der Steuererlaß real erhöhte, wiederum fallen. Die Bodenreformbewegung liege darum gänzlich abseits vom Wege der Arbeiterpartei, sie charakterisire sich als „Versuch einer einseitigen Ausbeutung der sozialen Ideen zu Gunsten des beweglichen Kapitals."

Gegen diesen gründlichen, zielbewußten Angriff vertheidigte sich Flürscheim in seiner Monatsschrift „Deutsch Land."[1]) Alles was Bahr einwende, sei vom Standpunkte

[1]) Ebenso äußert sich Flürscheim auch in dem diesjährigen Juniheft der „Neuen Zeit". Der aus seiner Feder dort veröffentlichte Aufsatz giebt ein übersichtliches Bild seiner Theorie.

Digitized by Google

des Henry George aus unwiederleglich, das eherne Lohngesetz und damit die Ausbeutung und das Elend der Arbeiter würde durch eine solche Reform ganz und gar nicht berührt, nur das mobile Kapital, welches die drückende Steuerlast dann los wäre, hätte den Profit davon. Aber, fügt Flürscheim gleich hinzu, mir selbst ist es gelungen die Bodenreform auf einer „ganz neuen Theorie zu begründen." Diese Reform muß, meiner Theorie zu Folge, ökonomische Wirkung hervorbringen, an die weder George noch die ihn bekämpfenden Sozialisten gedacht haben, sie muß den Zins und mit ihm die Quelle der Ueberproduktion vernichten. Bezieht ferner das Leihkapital keinen Zins mehr, so werden auch Assoziationen tüchtiger Arbeiter im Stande sein, das zur Produktion nothwendige Geld selbst leihweise zu erhalten, die Uebrigen aber, welche fortfahren, bei Kapitalisten zu arbeiten, werden den vollen Werth ihrer Tagesarbeit im Lohn erhalten. Mit der Beseitigung der Exploitation der Arbeitskraft und der Ueberproduktion wäre indeß die soziale Frage ohne Umwälzung unseres ganzen Wirthschaftssystems gelöst. Nicht die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, die bloße Verstaatlichung des Bodens reicht dazu aus.

Ich bin auf die Polemik Flürscheim's gegen Bahr zurückgegangen wegen des unumwundenen Geständnisses, welches der Leiter der deutschen Reformbewegung hier ablegt, daß sein Parteiprogramm nur dann Berechtigung hätte, wenn die Erfüllung desselben nachweislich die Ueberproduktion und die Ausbeutung unmöglich machen würde. Ohne das, so räumt er ein, wären die Bodenverstaatlicher eine reine Bourgeoisgruppe.

Flürscheim meint, den Nachweis erbracht zu haben. Wir werden ihn im Folgenden eingehend prüfen. Das Haupt der deutschen Bodenreform soll nicht behaupten dürfen, daß die sozialistische Presse einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit seinem Parteistandpunkte aus dem Wege gegangen sei.

Ich lasse die Frage, inwieweit die heutige Ueberproduktion dem Zinseinkommen unserer großen Bankiers

Digitized by Google

zur Last zu schreiben ist, ob also eine Aufhebung dieses Zinseinkommens die Ueberproduktion aus der Welt schaffen würde, einstweilen bei Seite und wende mich zu dem Kernpunkt der Flürscheimschen Theorie, daß der Zins mit der Grundrente stehe und falle.

Wenn der Boden sich im Privatbesitze befindet, so wirft er — warum, sahen wir oben — Grundrente ab und erhält darum in der kapitalistischen Gesellschaft einen Preis. Jeder Kapitalist kann sich also durch Bodenkauf in den Besitz eines arbeitslosen Einkommens setzen. Er braucht dazu nur das angekaufte Land bebauen zu lassen und die Produkte desselben mit dem bewußten Preisaufschlage zu verkaufen.

Wenn jedoch eine Art der Kapitalanlage solchen Gewinn bietet, müssen es alle übrigen gleichfalls, weil sonst Niemand sein Geld für sie hergeben würde. Daher, sagt Flürscheim, kommt es, daß das industrielle Kapital einen Unternehmerprofit und das Leihkapital Zins abwirft. Führt man indessen den Boden in das Staatseigenthum über, so vermag das Privatkapital nicht mehr durch Landkauf sich die Grundrente zu annektiren. Und da das arbeitslose Renteneinkommen des agrarischen Kapitalisten die letzte Ursache für Unternehmerprofit und Leihzins, das arbeitslose Einkommen der anderen Kapitalistengruppen, ist, so wäre mit staatlicher Konfiskation der Bodenrente zugleich dem Zinse und Profit ihre materielle Grundlage entzogen. Sie müßten gleichfalls verschwinden.

Dieses die Beweisführung Flürscheins, die offenbar auf vollständiger Verkennung des ökonomischen Mechanismus beruht. Der Preis der Bodenprodukte, der die Grundrente besserer Bodenklassen zur Folge hat, wird, wie schon oben bemerkt, normirt durch die Produktionskosten, welche auf der ungünstigsten noch angebauten Landsorte zu ihrer Herstellung nothwendig sind. Denn die Anbauer dieser Ländereien müssen ihre um den landesüblichen Profit vermehrten Auslagen beim Verkauf ihrer Waare zurückerhalten, weil sie sonst ihr Kapital aus dieser Anlage zurückziehen würden. Worin bestehen aber ihre Auslagen? In dem Preise, den sie für die von ihnen verbrauchte Arbeitskraft und Produktionsmittel zahlen müssen. Wovon hängt dieser Preis ab?

Digitized by Google

Von dem zur Produktion der Arbeitskraft und der Produktionsmittel gesellschaftlich erforderlichen Arbeitsquantum, vom Werth derselben. Angenommen, die Grundrente käme in Wegfall, so würde das also an dem Gesetze, welches den Preis der Arbeitskraft und der Produktionsmittel durch das in ihnen enthaltene Quantum Arbeitszeit bestimmt, nichts ändern. Dieses existirt gänzlich unabhängig von der Rente.

Unter der Herrschaft des Werthgesetzes muß aber, wie wir bereits sahen, vom Kapitalisten Mehrwerth angeeignet werden, denn er zahlt den Arbeitern nur die Werthsumme aus, welche zur stetigen Erhaltung ihrer Arbeitskraft nothwendig ist, während er sie durch Ausdehnung der Arbeitszeit ein größeres Werthquantum zu produziren zwingt. Der Mehrwerth wird beim Verkauf der Waaren dann in Geld umgesetzt und nimmt für die Kapitalisten die Form des Profits an. Solange sich aber durch industrielle Kapitalanlage arbeitsloses Einkommen gewinnen läßt, so lange werden Unternehmer für geliehenes Kapital immer Zins (einen Theil des von ihnen erwarteten Gewinnes) zahlen müssen. Weigern sie sich, so würden ihre Gläubiger das Geld zurückziehen und es selbst industriell verwenden.

Da das Werthgesetz unabhängig von der Grundrente besteht, ist es mithin sonnenklar, daß die Ausbeutungsformen Profit und Zins, als unmittelbare Konsequenzen des Werthgesetzes, gleichfalls unabhängig von der Grundrente bestehen und unverändert bleiben, auch wenn diese staatlich konfiszirt wird.

Die Idee Flürscheims, Profit und Zins seien Erzeugnisse der Grundrente und müßten mit der Konfiskation dieser gleichfalls verschwinden, ist gänzlich aus der Luft gegriffen, sie beweist nichts anderes als die professorenhafte Unklarheit, in welcher sich der Herr Großfabrikant über die ersten Probleme der Nationalökonomie befindet. Das Ricardo-Marxsche Werthgesetz scheint noch nie die Ehre gehabt zu haben, die Aufmerksamkeit des Herrn auf sich zu lenken.

Jedenfalls bezeichnet er das Verhältniß von Angebot und Nachfrage ausdrücklich als den eigentlich preisreguli-

Digitized by Google

renden Faktor, während dasselbe doch nur die Schwankungen des Marktpreises, in keinem Fall ihn selbst bestimmt. Nimmt man einen längeren Zeitraum und berechnet aus den verschiedenen Preisen zweier Waarensorten ihren respektiven Durchschnittspreis, so wird man annehmen dürfen, daß die Preisdifferenzen, welche, sei es das Ueberwiegen des Angebotes, sei es der Nachfrage, auf dem Tagesmarkt bei ihnen hervorriefen, sich in diesem Durchschnittspreise ausgeglichen haben. Er stellt den Preis dar, den beide Waarensorten bei einem gleichen Verhältniß von Angebot und Nachfrage (wenn in verschiedenen Branchen Angebot und Nachfrage sich decken, ist offenbar in ihnen das Verhältniß dieser beiden Faktoren gleich) erzielen. Entschiede also das Verhältniß von Angebot und Nachfrage in letzter Reihe über den Preis, so müßten die so berechneten Durchschnittspreise aller Waaren gleich sein. Denn die Durchschnittspreise aller Waaren sind Preise, die bei gleichem Verhältniß von Angebot und Nachfrage gezahlt werden. Im Durchschnitt müßte ein Pfund Brot ebensoviel wie ein Pfund Brüsseler Spitzen kosten!

Diese kleine Abschweifung sollte nur zur allgemeinen Charakteristik des Flürscheim'schen Systems dienen. Wer in Angebot und Nachfrage die letzten Gründe für die Werthbestimmung der Waaren sieht, bei dem kann uns auch ein Rückfall in den alten physiokratischen Irrthum, als sei die Grundrente des Bodens ursprüngliche Mehrwerthquelle, nicht weiter Wunder nehmen. Die Ansicht, daß mit dem privaten Rentenbezug auch der Zins und mit ihm die Ausbeutung der Arbeiter und die Ueberproduktion fallen würde, ist nur eine Folge jenes ersten Irrthums.

Herr Flürscheim hat eingeräumt, daß wenn seine „neue Theorie" falsch wäre und die Bodenverstaatlichung kein Verschwinden des Zinses zur Folge haben würde, die proletarische Ablehnung seiner Reformbestrebungen Recht hätte. Wird er unsere Beweisführung gegen seine Theorie gelten lassen? Er muß es, wenn er nicht die ehernen, festfundamentirten Sätze der Marxschen Nationalökonomie, auf welche sich der Gegenbeweis stützt, zu erschüttern vermag. Und das dürfte schwer sein.

Zieht der Staat das Land ein und verpachtet er es selbst, so fließt ein Theil des jährlich produzirten Mehr-

Digitized by Google

werths in den Staatssäckel. Die Mehrwerthaneignung als solche aber bleibt, da nach wie vor Kapitalisten und eigenthumlose Proletarier, die sich um jeden Preis verkaufen müssen, einander gegenüberstehen. Profit, Handelsgewinn und Zins werden nach wie vor den Schweiß der Armen in Geld der Reichen verwandeln.

V.

Bodenverstaatlichung und Zins. (Forts.)

Die Behauptung Flürscheims, der Zins sei aus dem Wesen des privaten Bodenbesitzes und seiner Bodenrente abzuleiten, erwies sich als gänzlich aus der Luft gegriffen. Ein dunkles Gefühl von der Unsicherheit der „neuen Theorie" scheint auch dem glücklichen Erfinder derselben innegewohnt zu haben. Denn er begnügt sich nicht mit diesem einen Argument, welches, wenn es richtig wäre, den Wegfall des Zinses bei Beiseitigung der Grundrente unwiderleglich beweisen würde, er sucht vielmehr ängstlich nach einer logischen Ersatzreserve. Der Gründlichkeit wegen sehen wir uns auch diese noch ein wenig an.

Die zweite Beweisführung Flürscheims, die in seinen Werken mit der ersten durcheinandergemischt ist, aber begrifflich von ihr streng geschieden werden muß, stützt sich auf das Verhältniß von Angebot und Nachfrage.

Wenn der Staat die gesammte Grundbesitzerschaft expropriirt, so sind offenbar zwei extreme Fälle denkbar, zwischen denen eine unendliche Menge anderer liegt. Es wäre möglich, daß der Staat ohne jede Entschädigung sich das Land aneignet, daß er also die bisherigen Eigenthümer einfach fortjagt, und es wäre andrerseits auch möglich, daß er ihnen den marktgängigen Preis des Bodens in Metall- und Papiergeld oder Rentenbriefen voll ersetzt. Dann wäre allerdings nicht die bestehende Grundrente, sondern nur die künftig zu erwartende Steigerung derselben vom Staate konfiszirt. Wahrscheinlich träte in Wirklichkeit weder das Eine noch das Andere ein; man würde die Expropriirten mit einem Theil des Marktpreises abfinden. Es sind dabei die allerverschiedensten Komplikationen und Methoden denkbar.

Digitized by Google

Angenommen, die Grundherren erhielten Nichts, so wäre die gesammte Bodenwaare aus ihren Händen in die des Staates übergegangen, ohne daß die Kapitalmasse, welche den Werth des Bodens repräsentirt, an die Besitzer zurückströmt. Sie verlieren das Geld, welches sie für Hingabe ihrer Waare zu beanspruchen hätten, und sind damit der Verlegenheit überhoben, es irgendwo von Neuem gewinntragend unterzubringen. Auf dem Geld- und Waarenmarkt bliebe im Wesentlichen alles unverändert, es gäbe nur ein gut Theil Bankerotteure mehr und darum einen gewissen Ausfall im Waarenkonsum.

Würde dagegen der Marktwerth des Landes bei der Expropriation an die Besitzer in Form verzinslicher Staatsschuldscheine ausgezahlt, so wäre der Staat geradezu Inspektor und Verwalter der bisherigen Grundherren geworden. Wenn im ersten Falle die Bodenbesitzer nicht in Verlegenheit kamen, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollten, weil sie überhaupt kein Geld erhielten, so wird ihnen bei dieser zweiten Regulirungsart diese Unruhe ebenfalls, und zwar auf sehr viel angenehmere Weise erspart. Sie bekommen ihr Geld von vornherein in Form von schön bemalten Zettelchen, die kraft ihrer geheimnißvollen inneren Natur jahraus jahrein Zinsabwerfen. Die Suche nach neuer Anlage ist nicht nothwendig.

Der Waarenmarkt erleidet auch so keine Veränderung.

Eine dritte Möglichkeit ist, daß der Staat bei der Expropriation statt verzinslicher Schuldscheine einfaches Metall- oder Papiergeld ausgiebt. Dann gilt es für die Empfänger, die neuen Schätze nun schnell und zwar möglichst profitlich unterzubringen. Die Masse des deplazirten Kapitals wird überdies, nach Flürscheim, noch vermehrt, durch die allmählige Zurückzahlung der ganzen Staatsschuld, wozu die neue Bodenrenteneinnahme des Staates die Mittel hergeben soll, und durch die Beseitigung der hypothekarischen Bodenbelastung. Dies ist der Fall, mit dem Flürscheim rechnet, aus welchem er sein neues Argument herholt.

Man höre: Das durch die Bodenverstaatlichung direkt oder indirekt auf den Markt geworfene Kapital wird Anlage suchen als Leihkapital. Das Angebot von Leihkapital

Digitized by Google

geht also gegenüber der Nachfrage mächtig in die Höhe. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage muß folglich der Preis für die Nutzung von Leihkapital, uud das ist der Zins, heruntergehn. Der industrielle Kapitalist hat mithin nur eine ganz geringe Abgabe für geliehenes Geld zu entrichten, sein Geschäft wird, vom Zinstribute befreit, mächtig emporblühen, und dieser den Zins drückende Prozeß muß schließlich dahin führen, daß überhaupt die Zinszahlung aufhört. Wenn gegenwärtig die Arbeit hinter dem Leihkapital, so wird dann das Leihkapital hinter der Arbeit herlaufen. Jedermann auch der Arbeiter kann Geld genug zur selbstständigen Produktion erhalten. Die soziale Frage ist gelöst.

Der Fehlschluß, auf den sich diese Fata Morgana aufbaut, liegt auf der Hand. Ebenso wie das produktive Kapital, der Waarennachfrage folgend, sich über alle Produktionszweige gleichmäßig verbreitet, ebenso vertheilt sich das nationale Gesammtkapital, der Nachfrage folgend, gleichmäßig auf Produktion, Handel und Kreditgeschäft. Die freie Konkurrenz bewirkt, daß das Kapital immer der Anlage zuströmt, in welcher die Nachfrage am meisten das Angebot überflügelt, in welcher folglich für das angewandte Kapital ein überdurchschnittlicher Profit zu erwarten ist. Sinkt dagegen in irgend einem Zweige der Gewinnsatz unter den Durchschnitt, dann zieht sich das Kapital aus ihm zurück, so daß auf die Dauer die Rentabilität in allen Branchen immer ausgeglichen wird.

Nun zu unserem Falle! Konzentrirt sich eine große Menge Geld in den Händen der expropriirten Grundherren, so kann vorübergehend allerdings der Zinssatz gedrückt werden, falls nämlich eine unnormal große Summe als Leihkapital auf dem Markte feilgeboten wird. Die industriellen Kapitalisten und Bodenpächter hätten den Vortheil davon. Diese Herrlichkeit könnte aber selbstverständlich nur ganz kurze Zeit dauern; sobald sich nämlich herausstellt, daß der durchschnittliche Profit des produktiven Kapitals den Zins des Leihkapitals bedeutend übersteigt, würden natürlich die ehemaligen Bodenbesitzer in großer Menge ihr Geld aus dem Kreditgeschäft herausziehen und es der Industrie zuwenden. Das hat für sie nicht die geringsten Schwierigkeiten: die Form der Aktien-

Digitized by Google

gesellschaften, wo der Aktionär nicht die kleinste technisch-industrielle Kenntniß braucht, steht ihnen alle Zeit offen. In Kürze hätte sich ein Ausgleich vollzogen, sodaß der Durchschnittsprofit des produktiven und des Leihkapitals nicht länger beträchtlich differirt. Damit wäre alles wieder auf dem alten Standpunkt zurückgelangt, die vorübergehende Krediterleichterung und der Vorsprung des produktiven vor dem Leihkapital hätten aufgehört.

Aber, wirft Herr Flürscheim vielleicht ein, trotzdem könnte der Zins auch dann noch niedriger sein als zuvor. Das ist richtig, aber nur unter einer Bedingung: wenn nämlich der Gewinnsatz, unter den der Zinssatz, wie wir sahen, nicht dauernd heruntergehen kann, ebenfalls hinter seinem vorigen Niveau zurückbleibt. Dann würde jedoch der niedrigere Zins eben so schwer auf der Industrie lasten wie vordem der höhere. Das Phantom der Krediterleichterung und der mit Kredit ausgestatteten selbständigen Arbeiterassoziationen verwirklicht sich in keinem Falle. Flürscheims zweiter Beweis für sein Dogma, daß die Bodenverstaatlichung den Zins und mit ihm die Ausbeutung der Arbeitskraft beseitigen würde, läuft wie der erste auf eine Illusion hinaus.

VI.

Bodenverstaatlichung und Ueberproduktion.

Ich sagte, nur wenn der Profit sinke, könne auch der Zins fallen. Wann aber sinkt der Profit? In erster Reihe dann, wenn die kaufkräftige Nachfrage hinter dem von den Kapitalisten produzirten und feilgebotenen Waarenwerth zurückbleibt. Verkörpert der in einer Volkswirthschaft jährlich hergestellte Waarenwerth 1 Milliarde Arbeitstage, wogegen die Gesammtheit der wirthschaftenden Individuen nur mit einer Geldsumme, die 900 Millionen Arbeitstage repräsentirt, als Käufer auftritt, so bleiben, falls die Waaren zu ihrem vollen Werthe losgeschlagen werden, Produkte in Werth von 100 Millionen Arbeitstagen unverkäuflich liegen. Daher Preisherabsetzungen, Unverkäuflichkeit der Waaren, Bankerrotte, kurz Sinken der durchschnittlichen Profitrate und damit verbunden: Einschränkung der Produktion, Arbeitslosigkeit, Lohndrückerei.

Digitized by Google

Da aber der Zinsfuß, wie gesagt, nur mit der durchschnittlichen Profitrate zusammen sinken kann, wäre auch in Flürscheims Staat das von ihm prophezeite starke Herabgehen des Zinses ein ungünstiges Symptom, ein Resultat der Ueberproduktion! Es wäre also ein Symptom, daß sich die Lage der Arbeiter nicht gehoben, sondern nur noch mehr verschlechtert hat. Schon gegenwärtig leiden wir dauernd an industrieller Ueberproduktion; strömen nun bei der Enteignung der Bodenbesitzer neue ungeheuere Geldmassen der Industrie zu — und das müßte geschehen, falls man nicht bei der Auszahlung an die Expropriirten auf diese Gefahr schon vorbeugend Rücksicht nimmt — so wäre in der That eine höchst bedenkliche Verschärfung der Absatzkrisen zu erwarten.

Flürscheim bestreitet das; er behauptet sogar, daß die Bodenverstaatlichung wie den Zins so auch die Ueberproduktion, das große Erbübel der kapitalistischen Wirthschaft, von selbst beseitigen werde.

Sehen wir zu! Flürscheim legt sich zuerst die Frage vor, woher rührt die Ueberproduktion in der gegenwärtigen Gesellschaft? Die Antwort lautet, wie bei ihm zu erwarten war: vom Leihkapital.

Die großen Bankiers, die durch Ausleihen ihres Geldes ein Jahreseinkommen von vielen Hunderttausenden und Millionen an Zins beziehen, können diese Summe unmöglich vermöbeln, den größten Theil ihrer Einnahmen schlagen sie zum Kapital und leihen ihn im nächsten Jahre von neuem aus. „Wenn aber die Rothschilds z. B. von ihrem Jahreseinkommen von 120 Millionen 20 Millionen verbrauchen und 100 Millionen zurücklegen, so heißt das mit anderen Worten, daß sie 120 Millionen Mark in Geld von den Produzenten als Zinssteuer verlangen, daß Letztere für 120 Millionen Mark Waaren verkaufen müssen, um diese Steuer erschwingen und abliefern zu können; daß sie diese Waaren in einem Markte verkaufen müssen, in dem die Rothschilds nur für 20 Millionen Mark Waaren kaufen, weil sie kein Bedürfniß für mehr haben und in dem sie, die konsumlustigen und konsumbedürftigen Volksmillionen, nicht kaufen können, weil sie die 100 Millionen Mark Geld, mit denen sie kaufen möchten, an die Rothschilds ab-

Digitized by Google

zuliefern haben. Hierdurch allein entsteht schon eine Ueberproduktion von 100 Millionen Mark.“ Herr Flürscheim behauptet, es sei gegen diese Erklärung der Ueberproduktion als „einer natürlichen Folge des durch den Zinseszins stets zunehmenden Zinstributes“ ihm in all der Zeit kein einziger stichhaltiger Einwurf zu Ohren gekommen.

Das liegt aber sicher nicht an der Stichhaltigkeit seines Erklärungsgrundes. Denn ob die 100 Millionen Mark Rothschild gehören oder sich im Besitze einer Menge Industrieller befinden, das macht für den Güterumlauf keinen Unterschied. Die 100 Millionen, welche Rothschild nicht konsumirt, werden doch darum dem Markte nicht entzogen. Sie werden von neuem „zinstragend“ angelegt, d. h. an industrielle oder Handelskapitalisten verliehen, die mit dem Gelde Nachfrage nach Arbeitern, Produktionsmitteln und Handelsartikeln erheben.[1]) Diesen Herren wäre es sicher sehr angenehm, hätten sie die 100 Millionen in eigener Tasche — sie brauchten dann von ihren muthmaßlichen Gewinnen keinen Tribut an den Gläubiger zu entrichten. Die Nachfrage aber, die sie auf dem Markte nach neuen Produktionsmitteln und Arbeitskräften erheben, bleibt ganz gleich, welches immer der Geburtsschein der 100 Millionen sein mag.

Flürscheim schließt: Die Produzenten müssen für 120 Millionen Mark Waaren verkaufen, nur um ihren Gläubiger Rothschild zu befriedigen. — Rothschild konsumirt aber nur Waaren im Werth von 20 Millionen, und weil er nicht mehr konsumirt, kauft sein Geld von den im Werth von 120 Millionen Mark angebotenen Waaren nur solche im Werth von 20 Millionen. — Daher unverkäuflicher Waarenüberschuß im Werth von 100 Millionen und Ueberproduktion. — Der Fehlschluß liegt in der Annahme, daß Rothschild's Geld, weil er selbst nur für 20 Millionen Waaren kauft, darum

---

[1]) In dem oben erwähnten Artikel der „Neuen Zeit“ betont Flürscheim, daß das Geld der Bankiers größtentheils nicht der Industrie zufließt, sondern an Bodenbesitzer als Hypothek oder an Staaten ausgeliehen wird. Aber sowohl Bodenbesitzer als Staaten wenden dies Geld doch wieder zum Waarenkaufen an. Der ausgeliehene Geldwerth wird dem Waarenmarkte also auch in diesem Falle nicht entzogen.

Digitized by Google

überhaupt nicht mehr Waaren kaufe. Nein, die 100 von Rothschild nicht konsumirten Millionen treten, neu verliehen, in der Hand seiner Schuldner sofort wieder als Waarenkäufer auf.[1]) Ihre Eigenschaft, Zins zu sein und Zinseszins zu schaffen, entzieht sie durchaus nicht dem Waarenmarkt. Ob in Profit- oder Zinsform angeeignet, die Waarennachfrage bleibt dieselbe; das Mißverhältniß zwischen Angebot und Nachfrage, die Ueberproduktion, nicht aus dem Kapital als solchem, sondern dem Leihkapitale abzuleiten, ist ähnlich unvernünftig wie das Treiben der Antisemiten, welche die Volksmisere nicht auf das Konto des Kapitals sondern des jüdischen Kapitals setzen wollen.

Der Gedanke, welcher Flürscheim bei seiner Theorie vorschwebte, war offenbar der, daß die Ueberproduktion von dem Nichtkonsum des Mehrwerths, d. h. von seiner Akkumulation herrühre. Eine alte Idee, die schon im Anfange dieses Jahrhunderts von Sismondi vertreten und speziell in Deutschland durch Rodbertus populär geworden ist! Aber ebenso berechtigt, wie diese Erklärungsweise, ebenso aus der Luft gegriffen ist die Zuthat, welche Flürscheim ihr aus eigener Erfindung beigemischt, die Zuthat: nur der Nichtkonsum des in der Form von Leihkapital angeeigneten Mehrwerths trage die Schuld an dem Elend der Absatzkrisen. Diese lassen sich im Rahmen der Kapital-Gesellschaft, soweit es überhaupt möglich, nur dadurch heben, daß die kaufkräftige Nachfrage nach Konsumartikeln steigt. Eine solche Steigerung setzt voraus, daß der zur Vermehrung der Produktion verwandte Theil des Mehrwerths kleiner, der gesammte Volkskonsum aber größer wird. Es müßte also, um den Absatzkrisen ent-

---

[1]) Der Einwurf liegt nahe: Die Produzenten müssen an Rothschild die 120 Millionen zahlen, ehe dieser sein Geld neu ausleiht. Dies neu auszuleihende Geld kann darum noch keine Nachfrage nach den von den Produzenten feilgebotenen Waaren, deren Erlös an Rothschild kommen soll, erheben. Folglich tritt durch die Zwischenkunft des Rothschild'schen Leihkapitals doch eine Absatzkrise ein. — Man vergißt dabei aber die Organisation des Kreditwesens welche Kauf und Verkauf von dem augenblicklichen Geldbesitze unabhängig macht. An Stelle der Zahlung tritt das gleichwerthige Zahlungsversprechen.

Digitized by Google

gegenzuwirken, das Lohneinkommen auf Kosten des Kapitaleinkommens zunehmen; ein anderes Mittel existirt nicht.

Aber selbst einen Augenblick angenommen, das Leihkapital allein trage alle Schuld, mit der Beseitigung des Zinses wäre die Ueberproduktion aus der Welt geschafft, auch das würde Herrn Flürscheims Programm um nichts annehmbarer machen. Denn, wie wir uns überzeugten, kann ja der Zins durch keine Art von Bodenverstaatlichung aus der Welt geschafft werden. Zwei stattliche Unmöglichkeiten hat er so vor sein Prophetenfuhrwerk gespannt, aber das schadet nichts: die Peitsche knallt. Einsteigen — und die soziale Frage wird gelöst!

Die Arbeiter werden sich bedanken.

VII.

Bodenverstaatlichung und Sozialismus.

Die Lösung der sozialen Frage von der Bodenverstaatlichung zu erwarten, ist, wie wir sahen, in jeder Hinsicht utopisch. Die wesentlichen Daseinsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung würde unerschüttert fortbestehen und mit ihnen die Knechtschaft des Proletariats. Das hindert aber durchaus nicht, daß die Bodenverstaatlichung, die nie das letzte Ziel der Arbeiter sein kann, der sozialistischen Bewegung als Mittel, um weiteres zu erreichen, sehr genehm sei.

Stellt man sich vor, die Sozialdemokratie bekomme in nächster Zeit irgendwo die ganze politische Macht in ihre Hände, so ist es klar, daß die Partei ihr endgültiges Programm auch dann mit einem Schlage nicht zu verwirklichen vermag. Um nur etwas hervorzuheben, wie sehr liegt unsere Statistik, vor allem auch die des Konsums noch im Argen; sobald die Gesellschaft aber die Regelung der Produktion unternimmt, bedarf sie der genauesten Kenntniß, wie sich der Konsum der Massen zusammensetzt. Wenn in dieser Beziehung auch Unternehmerververbände und Trusts durch Konzentration des Kapitals und kapitalistisch-gemeinschaftliche Regelung der Produktion uns in anerkennenswerthester Weise vorarbeiten, so sind doch noch enorme Schwierigkeiten zu überwinden, ehe man den privaten

Digitized by Google

Unternehmer auf allen Gebieten wird entbehren und durch gesellschaftliche Institutionen ersetzen können.

Natürlich würde mit dem Theile der Expropriation begonnen werden, welcher sich verhältnißmäßig am leichtesten durchsetzen ließe, und das wäre vielleicht die des Grundbesitzes. Der Staat kann den gesammten städtischen wie ländlichen Boden als sein Eigenthum erklären, ohne daß dadurch das wirthschaftliche Leben irgend wie ins Stocken geräth. Er kann, bis sich der neue Zustand der Dinge befestigt hat, Land und Wohnungen zu ähnlich abgestuften Preisen vermiethen wie bisher, wodurch ihm, wie die Bodenreformer mit Recht hervorheben, außerordentliche Einnahmen zufließen würden, ohne daß er die Last der ganzen Produktionsleitung, welcher er zuerst schwerlich gewachsen sein möchte, zu übernehmen brauchte.

Es wäre möglich, daß diese Maßregel allein schon Anlaß zu gewissen Erleichterungen des konsumirenden Volkes gäbe, indem man Pacht- und Miethspreise bedeutend ermäßigt, sodaß die Hauptausgaben des Arbeiters, die für Nahrung und Wohnung, sich vermindern. Ob die Maßregel ihm aber für längere Zeit helfen wird, ist, da die Klassenstellung des Arbeiters unverändert bleibt, nicht im Voraus zu bestimmen. Wenn die Marktlage für die Unternehmer gut, für die Arbeiter dagegen schlecht ist, kann es leicht geschehen, daß der Lohn um soviel, als die Arbeiter durch jenes Eingreifen des Staates gewannen, wieder zurückgeht. In England, wo am Anfange dieses Jahrhunderts in den ländlichen Distrikten massenhaft Armenunterstützungen verabfolgt wurden, entblödeten sich z. B. die Herren Unternehmer nicht, daraufhin die jämmerlichen Hungerlöhne noch weiter zu verkürzen. Freilich hat seitdem die Arbeiterklasse unendlich an Kraft und Organisation gewonnen. So leicht würden die Fabrikanten es mit ihren Lohndrückereien nicht mehr haben. — Dasselbe gilt von den Steuererleichterungen der Arbeiter, die bei einer Konfiskation der Grundrente eintreten würden. Es könnte immerhin geschehen, daß ihre gute Wirkung durch Herabgehen der Löhne gleichfalls ausgeglichen würde.

Dagegen hat der Staat, im Besitz der sämmtlichen aus dem Boden fließenden Geldmittel, eine andere Möglichkeit, um in einschneidender Weise das Loos des ar-

Digitized by Google

beitenden Volkes zu verbessern.[1]) Er kann den Minimallohn nicht nur als wünschenswerth anerkennen, sondern bei seiner günstigen finanziellen Lage und dem politischen Vorherrschen der Arbeiterinteressen auch wirklich durchführen.

Würde heutzutage ein gewisser (wenn auch nach den Gewerben mannigfach abgestufter) Lohnsatz festgesetzt, unter den der Lohnherr bei der Auszahlung nicht herabgehen darf, so hätte das in Zeiten schlechten Geschäftsganges — und diese überwiegen ja gegenwärtig — nur zur Folge, daß ein Theil der Arbeiter, der sonst bei geringerem Lohne wohl noch hätte Anstellung finden können, auf die Straße gesetzt wird. Der Minimallohn würde überhaupt nichts nützen, wäre er zu niedrig gegriffen; normirt man ihn aber hoch genug, daß die Arbeiter, falls sie ihn erhalten, sich gegen früher besser stehen, so erschwert man in schlimmen Zeiten nur den Absatz der Waare Arbeitskraft, auf den die Arbeiter doch angewiesen sind. Das Gesetz würde bald von der Noth gebrochen werden. —

Ist der Staat jedoch in den Händen der Arbeiter und stehen ihm aus seinem Bodenmonopol riesige Geldmittel zur Verfügung, so liegt es nahe, daß er zu einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit fortschreitet. Der Mann, welcher keine Beschäftigung findet, brauchte nicht länger dem hülflosen Elend überlassen zu werden, sondern könnte für die Zeit des unfreiwilligen Feierns eine zur Nothdurft hinreichende staatliche Unterstützung beziehen. Wird ihm aber eine solche gewährleistet, so kann man auch daran gehen, die Forderung des Minimallohns zu verwirklichen. Das Haupthinderniß ist dann aus dem Wege geräumt. Werden dann auch in schlimmen Zeiten viele Arbeiter in Folge des gesetzlich normirten Lohnminimums brotlos, so wird diese Thatsache nicht mehr das Gesetz zu brechen vermögen, denn der feiernde Arbeiter verfällt nicht mehr der äußersten Noth, sondern kann sich mit seiner Staatsunterstützung über Wasser halten, bis sich wieder Beschäftigung für ihn findet. Voraussetzung ist dabei natürlich

[1]) Ich setze in Folgendem voraus, daß die an die bisherigen Eigenthümer gezahlte Entschädigungssumme so niedrig bemessen sind, daß dem Staate aus der Bodenkonfiskation ein wirklich sehr bedeutender Vortheil erwächst.

Digitized by Google

immer, daß der Staat genug finanzielle Mittel in der Hand hat und im wirklichen Arbeiterintereſſe geleitet wird.

Die Induſtrie könnte aus dieſer zwangsweis eingeführten und garantirten Lohnerhöhung übrigens großen Nutzen ziehen. Denn wenn es wahr iſt, daß eine Hauptquelle der Ueberproduktion im Unterkonſum zu ſuchen iſt, und daß dieſer allein durch eine allgemeine Einkommenſteigerung der breiten, nur verzehrenden, nicht kapitaliſtiſch aufhäufenden Volksſchichten gemindert werden kann, dann muß offenbar der ſtaatliche Minimallohn, der gerade dieſe Einkommen ſteigert, der Ueberproduktion äußerſt wirkſam entgegenarbeiten. Die Vermehrung der Produktionskoſten, welcher den Unternehmern durch die Lohnzahlung erwächſt, würde durch die Erhöhung des Waarenumſatzes, die leichtere und beſſere Verkaufsgelegenheit, wahrſcheinlich ſehr bald überholt werden. Statt zu ſinken, würden die Gewinne ſteigen. Die Verſicherung gegen Arbeitsloſigkeit und der Minimallohn würden alſo nach Durchführung der Bodenverſtaatlichung auch im Rahmen der kapitaliſtiſchen Wirthſchaftsordnung durchführbar ſein.

Aber damit wäre der Nutzen, den die Expropriation des privaten Grundbeſitzes ſchaffen könnte, bei weitem nicht erſchöpft. Das ſtaatliche Bodeneigenthum könnte der Ausgangspunkt für die allmähliche Sozialiſirung der ganzen Wirthſchaft werden. Was hindert z. B. den Staat, auf Kredit einen großen Theil des Ackerbodens an agrariſche Arbeiterаſſoziationen zu verpachten, die ohne jede kapitaliſtiſche Vermittlung zu eigenem Vortheil produziren? Was hindert ihn, zwiſchen den verſchiedenen agrariſchen Aſſoziationen, die verſchiedene Arten des Anbaus kultiviren, ein halbſozialiſtiſches Vertheilungsſyſtem der gemeinſam produzirten Ernte, oder vielmehr eines Theiles derſelben, einzurichten. Ein anderer Theil muß verkauft werden, damit die Arbeiter für den Erlös ſich Induſtriewaaren verſchaffen können.

Was hindert aber endlich auch den Staat, noch weiter zu gehen und allmählig ein induſtrielles Etabliſſement nach dem andern in Betrieb zu nehmen? Arbeitskräfte hat er dazu in der von ihm finanziell unterſtützten induſtriellen Reſervearmee in reichlichſtem Maaße. Die induſtriellen und agrariſchen Arbeiterаſſoziationen, die er

Digitized by Google

ins Leben ruft, könnten je länger je mehr in sozialistischer Weise durch Vertheilung ihrer Produkte sich ergänzen.

Wird dieser Prozeß mit Beharrlichkeit weiter und weiter fortgeführt, so ist damit der langsame aber sichere Uebergang aus der privatkapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung angebahnt; und bei der ungeheueren Verschiedenheit beider Wirthschaftssysteme kann der Uebergang sich unmöglich anders als langsam vollziehen.

Selbstverständlich können die Meinungen über die Art des Ueberganges weit voneinander abweichen. Daß das hier Geäußerte bloße Privatansicht des Verfassers, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Auch das Proletariat nimmt Interesse an der Bodenverstaatlichung. Aber unsere Bodenverstaatlichung hat einen anderen Sinn als die der Herren Industriellen. George, Flürscheim und Genossen, die das Fabrikanteninteresse vertreten, behaupten, durch die Bodenverstaatlichung sei die soziale Frage gelöst, wir dagegen sagen, daß sie nur als Hebel uns dienlich zu sein vermag. Bodenverstaatlichung bedeutet für uns in erster Reihe mächtiges Anschwellen der finanziellen Staatsmacht. Sind es die Arbeiter, welche die Bodenverstaatlichung erzwingen (und welche andere Klasse vermöchte das?) so wird diese finanzielle Staatsmacht in ihrem Dienste arbeiten müssen. Sie wird nutzbar gemacht werden für augenblickliche Lohninteresse des Proletariats und für sein Zukunftsinteresse, die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Sehen die in der „Bodenliga" vereinigten Fabrikanten einst ihr Ziel erfüllt, so wird ihre Freude nicht lange dauern. Sofort wird dieses Ziel wieder zum Mitel unseres Zieles, zum Mittel für den Sozialismus werden. Darum ist auch keine Aussicht, daß weitere Schichten der Bourgeoisie sich für die Flürscheim'sche Naturheilmethode der Gesellschaft werden erwärmen können. Die Bodenverstaatlichung wird ein Werk der Arbeiterpartei, eines ihrer Jugendwerke, sein.

Digitized by Google

Druck: „Berliner Volks-Tribüne“, Berlin SO.

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie. — 4. Heft.

Die deutschen Arbeiter

und

Das Gewerbegerichts-Gesetz.

Von

Max Schippel-Berlin.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volkstribüne"
Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.
1890.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite
Geschichtliches	3
Gewerbegerichte und Sozialreform	8
Die Regierung und das Wahlrecht der Arbeiter	14
Die Regierung und die Rechte der Arbeiterinnen	20
Die Regierung und die Arbeiter der Staatsbetriebe	25
Die Regierung und die Innungsprivilegien	31
Schlußzusammenfassung	36

Vorkommende fremde Bezeichnungen:

Suum cuique = Jedem das Seine. — Maire, (spr. Mähr) = Gemeindevorsteher in Frankreich. — Prudhom'mes, (spr prüdomm) = Sachverständige. — Kuratel = Vormundschaft, fremde Beaufsichtigung. — Aktives Wahlrecht = das Recht zu wählen — Passives Wahlrecht = das Recht, gewählt zu werden. — Mandarinen = chinesische Beamte.

Digitized by Google

I.

Geschichtliches.

Das soeben zwischen Regierung und Reichstag vereinbarte Gesetz über die Gewerbegerichte, das am 1. April 1891 in Kraft treten soll, hat insofern eine ihm sonst nicht zukommende, besondere Bedeutung gewonnen, als es das erste Werk der „neuen sozialpolitischen Aera" darstellt, die alle Anbeter aufgehender Sonnen mit pflichtschuldiger Verzückung begrüßten und deren zu erwartender Segen sie um so mehr begeisterte, je mehr der sinkende Stern der einst von ihnen nicht minder bewunderten Bismarck'schen Zwangspolitik zu erbleichen und sie darum von Verneigungen nach seiner Seite hin zu entlasten begann.

Auch die geplanten Gewerbegerichte scheint man unter diesen Umständen als Errungenschaft eines ganz neuen Geistes feiern zu wollen und doch sind sie — schon das sollte vor jeder Ueberschätzung ihres Werthes warnen — nichts als die endliche Verwirklichung eines alten Lieblingsprojektes aller möglichen bürgerlichen Flickpolitiker und Freunde homöopathischer Kuren: freisinniger Gewerkvereinler und sonstiger Harmoniehumbuger sowohl wie nationalliberaler Bürgermeister, ultramontaner Sozialpflasterkasten und katheder-sozialistischer Weinverwässerer und Dünnbierverzapfer. Selbst preußisch-deutsche Regierungen sind dieser Angelegenheit bereits in Gesetzentwürfen „praktisch nahe getreten", und wenn ihre frühere Liebesmühe verloren war, so hatte dies darin seinen Grund, daß zu jener Zeit der Reichstag gerade etwas liberal schillerte und einzelne Wünsche des Bundesraths daher zu konservativ fand. Wenn heute in dieser Frage ein besserer Einklang zwischen den gesetzgebenden Gewalten vorherrscht und darum rasch

Digitized by Google

ein greifbares Ergebniß erzielt werden konnte, so liegt das, wie wir gleich vorausschicken wollen, weniger daran, daß die Regierung liberaler als daß der Reichstag reaktionärer geworden ist.

Man kann, wenn man Gewicht darauf legt, die Forderung der Gewerbegerichte und ihre theilweise Verwirklichung sogar noch Jahrzehnte weiter zurück verfolgen. Ueberall, wo die bürgerlich-kapitalistischen Beziehungen sich ungehemmter entfalteten, wo an die Stelle alter Gebundenheit und fester Normen im Arbeitsverhältniß die tausendfältigen „freien" Lohnverträge zwischen Kapital und Arbeit traten und damit tausendfältigen Anlaß zu Streit und gerichtlicher Entscheidung schufen — da trat auch mehr und mehr das Bedürfniß nach einer besonderen Organisation der Rechtsprechung für diese sich häufenden Streitfälle zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern hervor.

Die französische Revolution hatte mit den Innungen und Zünften auch die alten Zunftgerichte hinweggefegt; alle gewerblichen Streitigkeiten fielen nunmehr den Friedensrichtern oder Maires, in größeren Städten den Polizeikommissären zu. Aber deren Verständniß und Kraft erwiesen sich bald als unzureichend zur Erfüllung dieser Aufgabe und so erließ schon 1806 Napoleon I. auf Wunsch der Lyoner Seidenfabrikanten ein Dekret über Prud'hommes-(Sachverständigen-) Gerichte, die 1810 durch ein neues Gesetz zu einer allgemeinen Institution erhoben wurden. Mit den französischen Heeren wanderten sie auch über den Rhein hinüber. In einigen größeren industriellen Plätzen der Rheinprovinz wurden auf diese Weise Prud'hommes-Gerichte eingeführt und später durch preußisches Gesetz beibehalten — die heute noch bestehenden „Königlichen Gewerbegerichte" in Aachen-Burtscheid, Crefeld und Köln, sowie in Gladbach, Elberfeld, Barmen, Solingen, Lennep, Remscheid, Burscheid, Düsseldorf, Mülheim stammen theils noch aus der Zeit der französischen Herrschaft, theils sind sie nach französischem Muster gebildet. Auf derselben Grundlage sind die jetzigen „Gewerbegerichte" Elsaß-Lothringens (in Markirch, Metz, Mühlhausen, Straßburg und Thann) erwachsen, die durch Gesetz vom 23. März 1880 nur

Digitized by Google

soweit geändert wurden, daß sie mit den Bestimmungen der Reichsprozeß- und Gewerbeordnung in Einklang stehen.

Natürlich blieb die von Frankreich ausgegangene Anregung auch anderwärts nicht wirkungslos. Belgien erließ 1859 ein Gesetz über die Schaffung von Prud'hommes-Gerichten, das im allgemeinen die französische Organisation nachahmte, nachdem in Brügge und Gent schon während der französischen Herrschaft derartige Schöpfungen entstanden waren. Die preußische Gesetzgebung versuchte sich ebenfalls mehrfach auf diesem Felde, 1829 für Westfalen, 1849 für die ganze Monarchie, aber immer geriethen diese Bemühungen bald wieder in's Stocken; die wenigen wirklich zu Stande gekommenen Gerichte sind meist rasch verfallen. Auch Sachsen schuf sich 1861 ein Gesetz über Gewerbegerichte: gewiegte Kenner des grün-weißen Kuriositäten-Kabinets wollen davon wissen, daß in Meißen zur Zeit noch ein entsprechendes Institut bestehe.[1])

Damit ist im allgemeinen erschöpft, was wir bis zu den großen politischen Umwälzungen von 1866 und 1870 in Deutschland an besonderen Organisationen zur Erledigung der gewerblichen Streitigkeiten zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern besaßen. Daß hier ein starkes Reformbedürfniß bestand, fühlte man wohl auf allen Seiten, aber man kam bei Erlaß der Gewerbeordnung — 1869 für den Norddeutschen Bund, von 1873 an für das Reich geltend — nicht darüber hinaus, die gewerblichen Streitigkeiten den Gemeindebehörden zuzuweisen und es diesen auch zu überlassen, ob sie etwa besondere Gemeinde-Schiedsgerichte „unter gleichmäßiger Zuziehung von Arbeitgebern und Arbeitern" bilden wollten. Der § 108 der alten Gewerbe-Ordnung, welcher diese Verhältnisse regeln sollte, lautete:

> Streitigkeiten der selbständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der

[1]) Daneben hat Sachsen noch besondere Berggerichte auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1884. — Ueber Geschichte und Organisation der Gewerbegerichte vergl. Stieda, Das Gewerbegericht. Leipzig 1890. — Krebs, Gewerbliche Schiedsgerichte. Zürich 1887. — Schmid in Braun's Archiv III. Bd., 2. Heft.

Digitized by Google

Dauer desselben oder auf die Ertheilung oder den Inhalt der . . . Zeugnisse beziehen, sind, soweit für diese Angelegenheiten besondere Behörden [hierunter sind die eben erwähnten älteren Gewerbegerichte gemeint] bestehen, bei diesen zur Entscheidung zu bringen.

Insoweit solche besondere Behörden nicht bestehen, erfolgt die Entscheidung durch die Gemeindebehörde. Gegen die Entscheidung der Gemeindebehörde steht den Betheiligten eine Berufung auf den Rechtsweg binnen zehn Tagen offen; die vorläufige Vollstreckung wird aber hierdurch nicht aufgehalten.

Durch Ortsstatut können an Stelle der gegenwärtig hierfür bestimmten Behörde Schiedsgerichte mit der Entscheidung betraut werden. Dieselben sind durch die Gemeindebehörde unter gleichmäßiger Zuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bilden.

Von dieser Befugniß, für den Bereich ihrer Verwaltung besondere Gerichte aus Unternehmern und Arbeitern zu schaffen, wurde seitens der Gemeinden ein derart geringer Gebrauch gemacht, daß schon 1873 die Regierungen dem Reichstag einen Entwurf über die Schaffung solcher Gerichte unterbreiteten, der wegen Schluß der Session jedoch nicht mehr zur Verhandlung kam. Schon im Februar 1874 trat die Regierung mit einer neuen Vorlage heran, die wiederum über die Kommissionsberathung nicht hinausgelangte. Im Februar 1878 kam ein dritter Entwurf an das Parlament, dieser brachte es bis zur dritten Lesung, scheiterte hier aber. Von da ab stand die Regierung als müßiger Zuschauer, zuletzt sogar sehr ablehnend der ganzen Angelegenheit gegenüber und der Volksvertretung fiel ausschließlich alle Initiative zu.

Der sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetzentwurf brachte zuerst die Frage wieder in Fluß; es kam am 24. März 1886 zum Beschluß einer Resolution:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die **obligatorische** Einführung von Gewerbegerichten, mit der Maßgabe baldthunlichst vorzulegen, daß die Beisitzer derselben zu gleichen Theilen von den Arbeitgebern und Arbeitern in getrennten Wahlkörpern und in unmittelbarer, gleicher und **geheimer** Abstimmung gewählt werden.

Im Januar 1888 gab dann eine Rede des freisinnigen Abgeordneten Baumbach Veranlassung zu einer abermaligen Erörterung der Frage, wobei die Regierung erklärte, daß nach ihrer Meinung ein Bedürfniß nach

Digitized by Google

reichsgesetzlicher Regelung nicht vorhanden sei; denselben Standpunkt vertrat Herr v. Böttticher, als einige Tage später die Abgeordneten Hitze (Zentrum) und Schrader (freis.) das Thema berührten. Im Januar 1889 stand wiederum eine Resolution zur Debatte, für die sich außer dem Antragsteller Baumbach (freis.) besonders die Abgeordneten Hitze (Zentrum) und Struckmann (natl.) aussprachen und die, trotzdem die Regierung abermals die Sache auf die lange Bank geschoben haben wollte, mit bedeutender Mehrheit zur Annahme gelangte. Sie ging dahin:

> die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldthunlichst den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung von Gewerbegerichten, vorzulegen mit der Maßgabe, daß die Beisitzer derselben zu gleichen Theilen von den Arbeitgebern und von den Arbeitern in getrennten Wahlkörpern und in unmittelbarer gleicher und **geheimer** Abstimmung gewählt werden.

Im November 1889 gab Herr v. Böttticher endlich die Erklärung ab, daß dem Reichstage bald eine dieser Resolution entsprechende Gesetzesvorlage zugehen werde und der im Februar 1890 neugewählte Reichstag fand bei seinem Zusammentritt im Anfang Mai den Entwurf bereits fertig vor.

Dieses Vorgehen ist gewiß anerkennenswerther wie die frühere Zurückhaltung und es mag auch mit bestimmten persönlichen Umwandlungen innerhalb der Regierungskreise zusammenhängen. Aber es ist offenbar weit davon entfernt, eine neue Aera der Sozialpolitik einzuleiten, nachdem bereits nationalliberal-konservative Regierungen sowie klerikal- und nationalliberal-konservative Reichstage für diese modernen Sondergerichte zur Erledigung gewerblicher Streitigkeiten sich ausgesprochen haben. Ein neuer, allen Anforderungen unserer Zeit verständnißvoll entgegenkommender Geist könnte sich nur in der näheren Ausgestaltung des Planes zeigen, und hier legt unseres Erachtens der Regierungsentwurf sowie das schließlich angenommene Gesetz Zeugniß ab von einer geradezu beschämenden Unfähigkeit, die Bedürfnisse unseres großkapitalistischen Zeitalters mit seinen Umbildungen der althergebrachten Betriebs-, Arbeits- und Lebensverhältnisse

Digitized by Google

auch nur in bescheidenstem Maße nachzufühlen und, soweit als einer Regierung möglich, zu befriedigen.

Ehe wir dies jedoch eingehender darlegen, müssen wir nochmals auf die wahre Bedeutung der Gewerbegerichte für Unternehmer und Arbeiter und damit auf ihre ganze Stellung im Rahmen der heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse zurückkommen.

II.

Gewerbegerichte und Sozialreform.

Solange die Agitation für gewerbliche Sondergerichte sich noch in ganz allgemein gehaltenen Wünschen und Vorstellungen bewegte, verknüpften sich mit ihr ganz naturgemäß mancherlei luftige Illusionen, die sofort wie blauer Dunst verfliegen mußten, wenn es schließlich ein nüchternes Gesetz zu entwerfen oder zu erwägen galt, das sich keinen Schritt vom Boden des Nützlichen und Möglichen entfernen und bis in die letzten Einzelheiten hinein der Verwirklichung fähig sein sollte.

Auch für Deutschland steht es außer Zweifel, daß man früher mehrfach die ganze Frage mit allzugroßer Wärme aufgegriffen und behandelt hat, und die unglückliche Bezeichnung der geforderten Institutionen als „Schieds"-gerichte ist sicherlich durch diese unklare Begeisterung mit veranlaßt worden und hat dann ihrerseits wieder dazu beigetragen, falsche Vorstellungen bei allen denjenigen zu wecken und zu verstärken, die mehr an den äußerlichen Klang der Worte sich halten und sich weniger um das innere Wesen der Sache kümmern.

Schiedsgerichte zur Erledigung der Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit! — wer dächte dabei nicht unwillkürlich an eine große versöhnende Thätigkeit einer über allen Parteien und allen Klasseninteressen stehenden machtvollen Körperschaft, etwa der Rodbertus'schen Sozialmonarchie vergleichbar, „unter der Aegide und nach der Norm des strahlenden suum cuique" dem Armen sein Recht verschaffend und die Uebergriffe des Reichen zügelnd und sühnend!

Die verschiedenen Ortsstatuten über die bestehenden

Digitized by Google

Gemeinde-Schiedsgerichte hätten auf solche heißblütigen Phantasien schon längst wie ein kaltes Sturzbad wirken müssen, und der schließliche Entwurf der deutschen Reichsregierung war vollends geeignet, den Ernüchterungsprozeß zum Abschluß zu bringen.

Stellen wir einmal kurz fest, welchen Arbeitern und welchen Angelegenheiten derselben das neue Gesetz sich zuwendet.

Es bestimmt in seiner zuletzt angenommenen Form:

§ 1.

Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits, sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers können Gewerbegerichte errichtet werden.

Die Errichtung erfolgt für den Bezirk einer Gemeinde durch Ortsstatut .... Mehrere Gemeinden können sich durch übereinstimmende Ortsstatuten zur Errichtung eines gemeinsamen Gewerbegerichts für ihre Bezirke vereinigen.

§ 2.

Als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gelten diejenigen Gesellen, Gehülfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf welche der siebente Titel der Gewerbeordnung Anwendung findet.

Ingleichen gelten als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt zweitausend Mark nicht übersteigt.

§ 3.

Die Gewerbegerichte sind ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes zuständig für Streitigkeiten:

1. über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses,
2. über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse,
3. über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge,
4. über die Ansprüche, welche auf Grund der Uebernahme einer gemeinsamen Arbeit von Arbeitern desselben Arbeitgebers gegen einander erhoben werden.

§ 4.

Zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören ferner Streitigkeiten ... zwischen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind (Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende), und ihren Arbeitgebern, sofern die Beschäftigung auf die Bearbeitung oder Verarbeitung der den ersteren von den

Digitized by Google

Arbeitgebern gelieferten Rohstoffe oder Halbfabrikate beschränkt ist.

Streitigkeiten derjenigen Hausgewerbetreibenden, welche die Rohstoffe oder Halbfabrikate selbst beschaffen, unterliegen der Zuständigkeit der Gewerbegerichte, soweit dies durch das Statut bestimmt ist.

§ 9.

Für jedes Gewerbegericht sind ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter desselben, sowie die erforderliche Zahl von Beisitzern zu berufen; die Zahl der letzteren soll mindestens vier betragen.

§ 11.

Der Vorsitzende sowie dessen Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein.

§ 12.

Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen werden.

Die ersteren werden mittelst Wahl der Arbeitgeber, die letzteren mittelst Wahl der Arbeiter bestellt.

§ 55.

.... Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Werth des Streitgegenstandes den Betrag von 100 Mark überschreitet.

Aus diesen Auszügen geht bereits unzweideutig hervor, daß es sich bei dem neuen Gesetz um weiter nichts handelt, wie um eine Reform des Gerichtsverfahrens und der Zusammensetzung der Gerichte für gewerbliche Streitigkeiten. Die Entscheidungen waren bisher vielfach nicht rasch, nicht sachkundig und nicht billig genug, und das hofft man in Zukunft zu vermeiden, indem man — vom Vorsitzenden abgesehen — das Gericht zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Unternehmern zusammensetzt; man glaubt so die Erfüllung des Arbeitsvertrages nach beiden Seiten hin besser zu sichern wie bisher. Das ist alles.

Trotz alledem kehren noch in den letzten Reichstagsverhandlungen auf allen Seiten Aeußerungen wieder, die — wenn sie wirklich ernst gemeint und nicht auf die Täuschung der Massen berechnet sind — darauf schließen lassen, daß irrige Auffassungen über die Bedeutung der „Reform" noch immer weit verbreitet sind. Es mag am Ende nur ein Ausfluß zwar unberechtigter, aber doch auch erklärlicher Mutterliebe sein, wenn die Regierung durch Herrn v. Bötticher dem Gesetze die Tendenz nachrühmte, „die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern". Auch das mag noch angehen, daß Herr Miquel sich von

Digitized by Google

der Erledigung der Vorlage „einen eminent großen Gewinn“ versprach. Dagegen überschreitet es bereits das Maß der für Parlamentarier erlaubten Schönfärberei, wenn der Abgeordnete Winterer sogar die bisher schon thätigen elsaß-lothringischen Gerichte wegen ihrer „segensreichen und versöhnenden Wirkung“ pries und den Wunsch aussprach, die neuen Schöpfungen „möchten in aller Wahrheit die Friedensgerichte der Industrie werden“. Und vollends unerfindlich ist es, wie der Konservative Klemm den Entwurf mit dem „Blühen und Gedeihen der Gewerbe“ in Zusammenhang bringen und wie der Zentrumsredner Dr. Bachem glauben konnte, daß „wir mit dieser Vorlage wirklich einen gewichtigen Schritt thun, um in der sozialen Reform voranzukommen“ und daß damit eine „sozialpolitische Versöhnung ins Auge gefaßt“ sei. Der freisinnige Abgeordnete Eberty erblickte freilich ebenfalls in dem Gesetze ein Mittel, „den großen Riß, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, einigermaßen zu überbrücken, die Gelegenheit zu schaffen, in gemeinsamer Arbeit zu einander wieder Vertrauen zu gewinnen“.*)

Ehe man sich und anderen derartige Luftschlösser vorgaukelt, thäte man besser, den „Riß“ zwischen den beiden Klassen der Besitzenden und Besitzlosen sich einmal näher anzusehen und die Rolle zu prüfen, welche Prozesse über die Erfüllung des Arbeitsvertrages dabei spielen. Schon der flüchtigste Blick müßte genügen, um erkennen zu lassen, daß auf den Klassenkampf, seine Gestaltung und seine Folgen den Gewerbegerichten keinerlei Einfluß zusteht — und nur Maßnahmen, die sich in dieser Richtung geltend machen, die die Kampfstellung, die Kampfesweise und die daraus sich ergebenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit berühren und verändern, fallen überhaupt in den Gesichtskreis der Sozialreform und der wirklichen Sozialpolitik. Sonst kommt man folgerichtig dazu, jede Einrichtung, welche den Arbeiter in irgend einer Weise

*) Böttticher S. 24, Miquel S. 23, Winterer S. 23, 24, Klemm S. 17, Bachem S. 14, 336, Eberty S. 645 der Reichstags-Verhandlungen.

Digitized by Google

streift, jede öffentliche Bedürfnißanstalt und jedes Volksbad als eine sozialpolitische Großthat zu feiern

Nun ist der Arbeits- und Lohnvertrag, der die Grundlage der ganzen Thätigkeit der Gewerbegerichte bildet, gewiß auf das engste verknüpft mit diesem Klassenkampfe, der den „Riß" zwischen Unternehmer und Arbeiter offenbart und „Vertrauen" zur anderen Partei zum Verrath an der eigenen macht. Aber für den Klassenkampf ist der Arbeits- und Lohnvertrag der (vorläufige) Abschluß der beiderseitigen Messung der Kräfte, für das Gewerbegericht bedeutet er den Anfang, die Voraussetzung aller Thätigkeit; der Bereich des Gewerbegerichtes beginnt da, wo das Feld des Klassenkampfes aufhört; beide fallen vollständig auseinander. Eine Reform der gewerblichen Rechtsprechung wird man daher niemals eine Sozialreform nennen können; mag sie sonst noch so gut sein, auf die Stellung der Klassen zu einander und die Klassenlage der Arbeiter vermag sie nicht den geringsten Einfluß auszuüben.

Im Arbeitsvertrag, den das Gewerbegericht nachträglich nur auslegt, stecken bereits die Bestimmungen drin, welche das Verhältniß des Unternehmers zum Arbeiter kennzeichnen. Er umfaßt — mag er nun schriftlich oder mündlich eingegangen sein oder nur die Gewohnheit seine Mutter nennen — alle Bedingungen des vorläufigen „Friedens"schlusses: dem Besiegten, d. h. dem Arbeiter, ungeheure Verpflichtungen auferlegend, die er gegen die Gewährung des bloßen Lebensunterhaltes und sonstiger unbedeutender Gegenleistungen zu erfüllen hat. Dieser Friedensschluß setzt fest, daß der Arbeiter 8 bis 14 Stunden täglich für 30 bis 10 Mark Wochenlohn zu frohnden hat, und kein späteres Ereigniß, auch keine Gerichtsentscheidung, kann die Arbeitszeit irgendwie vermindern oder den Lohn irgendwie heraufsetzen oder sonstwelche gesetzlich zulässigen Abmachungen umstoßen. Die Sozialpolitik thut ähnliches allerdings, sei es indirekt, indem sie die Stellung der Arbeiter im Lohnkampfe festigt und sie zum Abschluß eines günstigeren Friedensvertrages befähigt, sei es direkt, indem sie — wie z. B. beim Normalarbeitstag über die Arbeitszeit — allgemeine Festsetzungen trifft, über die keine private Vereinbarung

Digitized by Google

sich hinwegsetzen kann. Die Sozialpolitik beeinflußt also den Inhalt des Arbeitsvertrags, die gewerbliche Rechtsprechung muß ihn als etwas unveränderlich Gegebenes hinnehmen; was günstiges bei seiner Erfüllung für den Arbeiter nnd die Arbeiterklasse herauskommt, kein Gericht schafft das, und was dabei ungünstig und verhängnißvoll wirkt, den Hungerlohn und die sklavische Ausbeutung, vermag kein Gericht zu ändern und zu bessern.

Wer also nicht etwa behaupten will, daß die Unternehmer als Klasse systematisch noch nicht einmal die mit den Angehörigen der Arbeiterklasse abgeschlossenen Löwenverträge erfüllen, daß die aus allen Arbeitsverträgen sich ergebende Mehrwerthsumme für den Besitz noch wesentlich gesteigert werde durch die systematische Nichteinhaltung der Verträge seitens der Unternehmer, und wer nicht weiter glauben will, daß die heutigen Gerichte dieser Prellerei nicht steuern wollen oder können, während die künftigen Gewerbegerichte solche Unbill zu ahnden wissen werden — der wird auch nicht zu fassen vermögen, wie die jetzt geplanten Schöpfungen irgend etwas an der Stellung der Klassen zu einander zu ändern und an der Klassenlage der Arbeit zu bessern vermögen.

Ist die letzterwähnte Auffassung aber zurückzuweisen — und gerade die Regierungen werden es doch am allerwenigsten für möglich halten wollen, daß ein namhafter Theil des Einkommens der Unternehmer aus der Nichterfüllung der von diesen eingegangenen Verträge fließe — dann kann jedes Gesetz über die gewerbliche Rechtsprechung, weil es kein Interesse des Kapitals zu schädigen vermag, auch im liberalsten Sinne ausgebaut werden. Es liegt auch für die egoistischeste Bourgeoisvertretung gar kein Grund vor, diese Angelegenheit irgendwie rückschrittlich-engherzig zu behandeln; sie kann ohne jegliche Gefahr alle Wünsche und Interessen der Arbeiter in dieser Frage berücksichtigen, wie überhaupt alle gegen früher so vielfach veränderten Anforderungen unserer in ihren ökonomischen Grundbedingungen und damit in allen

Digitized by Google

Lebensverhältnissen und Ideen vollständig umgewälzten modernen Zeit erfüllen.

Jede aufgeklärte Politik, und wenn sie noch so ausschließlich im Dienste einer Klasse arbeitet, wird niemals derartige Wünsche und Interessen verletzen, die — tief in allen sozialen Verhältnissen wurzelnd und darum unwandelbar wie Naturkräfte — keinerlei Widerspruch mit den eigenen Interessen aufweisen. Jede heutige Regierung aber, die sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigt und die darum ohne Grund Widerstände weckt und Reibungen provozirt, bekundet dadurch, daß ihr noch nicht einmal der Name einer aufgeklärten Borgeoisregierung zukommt.

Die deutsche Reichsregierung hat durch ihre Vorlage über die Gewerbegerichte in der That bewiesen, daß sie sich noch nicht einmal zu den freieren Auffassungen einer aufgeklärten Bourgeoisregierung zu erheben vermag, obwohl sie Anspruch darauf macht, eine Regierung der Sozialreform im Interesse der Arbeiter zu sein.

III.

Die Regierung und das Wahlrecht der Arbeiter.

Bei den Gewerbegerichten sollen, um ihnen einen möglichst festen Boden im Volke zu schaffen, die Beisitzer Vertrauensleute der Rechtsuchenden sein, der Arbeiter auf der einen wie der Unternehmer auf der anderen Seite.

Es ergiebt sich von selbst, daß derartige Beisitzer nur aus Wahlen allgemeinster Art hervorgehen können. Je besser das Wahlsystem, je vollkommener es den Willen der Arbeiter wie der Unternehmer ohne Hemmung und Beeinflussung zur Geltung bringt, je ausgedehntere Massen es zur Theilnahme heranzieht, desto allgemeiner wird auch das Ansehen des Gerichtes und desto größer die Leichtigkeit der ganzen Geschäftsabwicklung sein.

Es liegt auch nicht ein Grund vor, bestimmte Volkskreise, die an sich zur Betheiligung an derartigen Wahlen fähig erscheinen, zurückzuweisen. Auch wenn

Digitized by Google

durch ein uneingeschränktes Wahlrecht die Entscheidung über die Zusammensetzung der Gerichte vielleicht weniger nach dem Geschmacke der herrschenden Parteien ausfallen sollte, so böte das für diese nicht den geringsten Anlaß zu Befürchtungen, da kein Gewerbegericht darüber zu befinden hat, ob seiner Meinung nach irgend welcher Lohn anständig oder zum Leben hinreichend oder irgend welche Kündigung durch die Geschäftslage geboten ist, sondern lediglich darüber, ob im Kontrakte ein höherer Lohn zugesichert war und ob die gesetzlich bestimmte oder kontraktlich vereinbarte Kündigungsfrist eingehalten wurde. Und daß auch sozialdemokratische Beisitzer dem Arbeiter nicht 30 Mark zubilligen, wenn er beim Antritt der Arbeit sich ausdrücklich mit 10 Mark Wochenlohn einverstanden erklärt hat, das versteht sich von selbst. Wir haben denn auch bereits Gewerbegerichte, in denen selbst die gewählten Vertreter der Unternehmerschaft Sozialdemokraten sind — wie in Nürnberg, das seit 1877 ein Gewerbegericht besitzt — und allgemein wird es bestätigt, daß die Sachlichkeit ihrer Urtheile nichts zu wünschen übrig läßt.

Wir wiederholen also: es sprechen alle Gründe für ein möglichst allgemeines Wahlrecht, es spricht auch nicht ein Grund dagegen, selbst vom Standpunkte der bürgerlichen Interessen aus nicht; und die nähere Ausgestaltung dieser Wahlen vermag daher besser wie vieles andere zu zeigen, wie weit ein Bürgerthum und seine Vertreter noch in ganz veralteten Vorurtheilen stecken und — um mit Herrn v. Kardorff zu reden — über bloße „Piepmeyer"reformen nicht hinauskommen, oder wieweit sie eine wirklich aufgeklärte Bourgeispolitik zu treiben verstehen.

Freilich kann man fragen: was heißt allgemeinstes Wahlrecht? Eine Grenze wird doch auch dieses haben müssen, da man nicht jeden Unreifen über die schwierigsten Fragen mitentscheiden lassen kann; und wenn eine Regierung z. B. die Altersgrenze etwas höher steckt als andere wünschen, so liegt das vielleicht nur daran, daß niemand mit Bestimmtheit zu sagen vermag, mit einem bestimmten Altersjahre sei im Durchschnitt die Befähigung zu diesem und jenem öffentlichen Wirken erreicht.

Digitized by Google

Das ist zweifellos richtig, aber andererseits schafft doch die Praxis auf allen Gebieten von selber gewisse feste Anhaltspunkte, die von einer Regierung nur auf besondere Gründe hin verlassen werden sollten, und andererseits bietet die Beobachtung der ganzen sozialen Entwicklung der Gegenwart Fingerzeige genug, um entscheiden zu können, ob ein zeitgemäßes Wahlrecht über die alten Normen hinaus oder hinter sie zurück gehen soll.

Nun können wir aus der Erfahrung wohl sofort eines feststellen: daß nämlich bei allen Wahlen, wo Arbeiter und Unternehmer neben und gegen einander stehen, die Stimmenabgabe eine geheime sein muß, wenn die Wahlen der Arbeiter überhaupt als frei und unabhängig gelten sollen. Es gehört das so zum ABC jedes politisch Gebildeten, daß selbst der konservative Abgeordnete Klemm offen zugestand, „daß es eigentlich ein richtiges Wahlrecht, das nicht geheim wäre, gar nicht giebt",[1]) und daß selbst die höchst mangelhaften Reichstage, die 1884 und 1887 zu Stande kamen, in ihren Resolutionen die „geheime Abstimmung" bedingungslos forderten. Es ist überaus charakteristisch, daß die Regierung in ihrem Entwurf nicht einmal den Muth hatte, diese Forderung des Kartells zur ihrigen zu machen; erst der Reichstag nahm diese selbstverständliche Bestimmung wieder auf.

In der Festsetzung der Altersgrenze für die Theilnahme an den Wahlen (25 Jahre) und für das Recht, gewählt zu werden (30 Jahre), ist die erste Schöpfung der neuen Aera ebenfalls weit hinter den Zugeständnissen der Regierungen und Reichs- und Gemeindevertretungen der schlechten alten Zeit zurückgeblieben. An den preußischen Landtagswahlen kann sich jeder 24jährige Arbeiter betheiligen, an den bayerischen Wahlen bereits jeder volljährige Staatsangehörige, der eine direkte Staatssteuer zahlt; zu den Gewerbegerichten in Leipzig, Nürnberg und Frankfurt a. M. wählt man mit 21 Jahren, in Offenbach und Brieg kann man mit 21 Jahren schon Richter sein, mit 25 Jahren in Leipzig, Stuttgart, Nürnberg, Schwabach. Das österreichische

[1]) Reichstagsverhdl. S. 18.

Digitized by Google

Gesetz vom 14. Mai 1869 verlangt für das aktive Wahlrecht nur das zurückgelegte 20. Jahr und auch der von Lockroy der französischen Kammer vorgelegte Gesetzentwurf über die Prud'hommes-Gerichte begnügt sich mit dem 25. Lebensjahre für das passive und dem 21. Lebensjahre für das aktive Wahlrecht.[1]) Wollte doch 1874 die Regierung in ihrem Gewerbegerichtsentwurf für die „Ernennung" zum Beisitzer einfach die Großjährigkeit maßgebend sein lassen, während die Reichstagskommission Wahlen wünschte und die Wählbarkeit beim 25. Jahre beginnen lassen wollte.[2]) Diese Altersstufe dürfte für Deutschland um so mehr als ausreichend erscheinen, als man bei den Unfallsschiedsgerichten damit die besten Erfahrungen bereits gemacht hat. Auch diese haben eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen endgiltig, ohne den sonst möglichen Rekurs an das Reichsversicherungsamt zu fällen, die Streitobjekte fallen hier viel mehr ins Gewicht, und doch trug hier nicht einmal die Regierung der Bismarck'schen Aera Bedenken, jedem großjährigen Arbeiter, der einer gesetzlichen Krankenkasse angehört, das Recht zuzugestehen, nicht bloß als Vertreter der Arbeiter, sondern auch als Beisitzer des Schiedsgerichts, ja sogar als Mitglied des Reichsversicherungsamtes gewählt zu werden.[3]) An der Vortrefflichkeit dieser Bestimmungen zweifelte noch vor kurzem die Regierung so wenig, daß sie dieselben auch in das Alters- und Invalidengesetz aufnahm.

Wer wollte nun noch an dem großen Aufschwung zweifeln, der sich in den Regierungskreisen unterdeß vollzogen hat!

Und der Reichstag, dessen Mitglieder zum großen Theil die Unfall- und Invalidenversorgung mit schaffen halfen und an dessen Arbeiten man mit 25 Jahren bereits theilnehmen kann, machte tapfer diesen Fortschritt nach rückwärts mit.

Die Regierung ging aber noch weiter! In einer Zeit, die alle festen Arbeitsverhältnisse mehr und mehr auflöst, die immer mehr Arbeiter zu einem immer häufigeren

[1]) Schmid in Braun's Archiv S. 319.
[2]) Stieda 59—60.
[3]) Rösicke Verhdl. S. 360.

Digitized by Google

Ortswechsel zwingt, müßte jede Politik, die mit den sich entwickelnden Verhältnissen auch nur gleichen Schritt zu halten sich bemüht, mehr und mehr davon absehen, an die Ausübung öffentlicher Rechte seitens der Arbeiter die Bedingung einer langen Beschäftigung an demselben Orte zu knüpfen. Es ist das in der großkapitalistischen Zeit ebenso natürlich und selbstverständlich, wie daß man — um ein Beispiel zu wählen, welches für Besitzende näher liegt — bei anderen Wahlen und öffentlichen Aemtern von der Bedingung des Grundbesitzes und der Ansässigkeit mehr und mehr absieht, je mehr der mobile Besitz sich entfaltet und die Ansässigkeit damit ihre Bedeutung verliert. Es ist also eine wahrhaft vorsündfluthliche Anschauung, aus der heraus die Regierung forderte, der Wähler zum Gewerbegerichte müsse zwei Jahre, und der Beisitzer gar drei Jahre im Bezirke des Gerichts festgeleimt gewesen sein! Der Reichstag bekundete dann seine wahrhaft moderne Auffassung dadurch, daß er dem Wähler ein Jahr in Gnaden erließ! In Leipzig und Stuttgart verlangt das Ortsstatut heute schon nichts wie Beschäftigung am Ort zur Zeit der Wahl; in Frankfurt a. M. und Berlin Beschäftigung am Orte seit mindestens 14 Tagen vor der Wahl![1])

Das gleiche Schauspiel wiederholt sich bei einer anderen Beschränkung des Wahlrechtes. Es müßte heute jedem Kundigen klar sein, daß in einer Periode zeitweiser allgemeiner Stockungen und dauernder Arbeitslosigkeit von tausenden und abertausenden die Armenunterstützung an sich nichts Schimpfliches mehr enthalten kann, wie das unter anderen Verhältnissen recht wohl denkbar ist. Indem man im letzten Jahrzehnt die Versicherung gegen verschiedene Zwischenfälle zwangsweise einführte, gab man für die Masse des Volkes auch bereits zu, daß die Selbsthilfe der Einzelnen gegen die Verarmung nicht mehr zu schützen vermöge. Nun giebt es aber doch im Arbeiterleben noch viel schwerere Zufälle wie Krankheit, Unfall und Kräfteverlust; ein Vorgehen hiergegen unterläßt man nicht darum, weil die Selbsthilfe hier ausreicht, sondern weil hiergegen selbst der Zwang des kapitalistischen

[1]) Stieda S. 86.

Digitized by Google

Staates ohnmächtig ist. Und diese Verarmung, gegen die Selbsthilfe und Staat sich ohnmächtig erklären, rechnet dann derselbe Staat dem betroffenen Unglücklichen als Versündigung an, die mit der Entziehung aller öffentlichen Rechte gebüßt werden müsse! Die Regierung verlangte in ihrem Entwurf Ausschluß vom Beisitzeramt gegen alle diejenigen, welche „in den letzten drei (!) Jahren für sich oder ihre Familien Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen" haben. Diese drei Jahre setzte der Reichstag wenigstens auf ein Jahr herab.

So allein ist es gekommen, daß das erste Gesetz der neuen Aera in diesem Punkte wenigstens nicht hinter Bestimmungen zurückgeht, wie man sie vor zwanzig und mehr Jahren, bei Erlaß des deutschen Reichswahlgesetzes auf allen Seiten für ganz selbstverständlich hielt.

Auf weitere Beschränkungen der freien Zusammensetzung der Gerichte gehen wir hier nicht ein*) — so nicht auf die Frage der Bestätigung des Gerichtsvorsitzenden durch die Regierung, obwohl wir auch hierin ein Mittel sehen, politisch unliebsame Elemente fernzuhalten; Herr v. Böttticher bestritt dies zwar, 1878 begründeten aber die Regierungen die Nothwendigkeit des Bestätigungsrechtes gerade mit den „heutigen Bewegungen in den Arbeiterkreisen"; der Reichstag verwarf damals diese Forderung, heute nahm er sie mit großer Mehrheit an!

Aus dem Gesagten erhellt zur Genüge, daß das neue Gesetz weit zurückbleibt hinter den Normen, die durch eine lange praktische Erfahrung bereits überall erprobt sind, und daß es, anstatt den neuen Erscheinungen unseres Zeitalters: der früheren Selbstständigkeit, der größeren Beweglichkeit, der leichteren Verarmung der industriell thätigen Massen weiter entgegenzukommen, noch nicht einmal den Muth hat, früher allgemein gebilligte liberale Bestimmungen aufrecht zu erhalten.

---

*) Man vergl. hierüber die Reden von Dreesbach, Tutzauer, Grillenberger, Auer, Heine, Singer im Reichstage.

Digitized by Google

IV.

Die Regierung und die Rechte der Arbeiterinnen.

Die gleiche Unfähigkeit, das moderne Leben zu verstehen und die unbedingt nothwendigen und unvermeidlichen Konsequenzen daraus zu ziehen — wir meinen hier nur die Konsequenzen, die innerhalb des Kreises der Bourgeoispolitik liegen — hat die Regierung durch ihre Stellung zu den hunderttausenden von weiblichen Arbeitern bekundet.

Gebildeten Arbeitern gegenüber ist es eigentlich eine Beleidigung, nochmals die Entwicklung der „Arbeiterinnenfrage" zu besprechen, die Umwälzung, die sich hierdurch in allen persönlichen und sozialen Verhältnissen vollzogen hat und tagtäglich weiter vollzieht, sowie die neuen Bedürfnisse und Forderungen zu schildern, die aus diesen Veränderungen in den Tiefen der Gesellschaft emporwachsen mußten, wie die Halme aus der Aussaat. Der Regierung gegenüber ist dies jedoch unbedingt nöthig, da sie sich die gewerblichen und häuslichen Zustände der Masse des Volkes offenbar noch im Stile der Zeit vorstellt, „als der Großvater die Großmutter nahm."

Damals — vielfach ist es freilich auch schon weit länger her — ging das weibliche Geschlecht noch in seinem „Hausfrauenberuf" auf. Die Mädchenjahre bildeten lediglich die lange Lehrzeit für das spätere Walten am häuslichen Heerde, die Pflichten der Gattin und Mutter nahmen das Leben bis zu seinem Ende voll und ganz und oft sogar über die Kraft in Anspruch. Wie ein Arbeitsgaul um seinem Göpel, so drehte sich das gesammte Dasein der Frauen in engem Kreise um Tisch und Bett, und vielleicht war es darum ganz gut so, daß sie mit verbundenen Augen herumliefen und von dem Treiben draußen im öffentlichen und wirthschaftlichen Leben nichts gewahrten und nichts verstanden und sich deshalb auch nicht darum kümmerten. Ihre Thätigkeit wendete sich lediglich nach innen, der Familie zu, dem öffentlichen Leben kehrten sie den Rücken.

Nach außen hin wendete sich lediglich die Wirksamkeit des Gatten. Er mußte hinaus in das feindliche Leben, mußte wirken und schaffen, in der Fabrik und in

Digitized by Google

der Werkstatt, früher für die engbegrenzte Kundschaft, später für den unbegrenzten Weltmarkt, immer aber für die Gesellschaft und nicht für die Familie. Der Mann hängt daher unmittelbar von der Gesellschaft und dem öffentlichen Leben ab; jede Wandelung in den Anschauungen und Bedürfnissen Anderer wirkt auf sein Wohlergehen zurück; jeder neue Verkehrsweg im In- und Auslande schafft neue Konkurrenten oder neuen Absatz für ihn, auch wenn er bloß Besitzer von Arbeitskraft ist; Schutzzölle vertheuern ihm das Leben oder erhöhen seine Rente; die Koalitionsfreiheit bessert seine Aussichten auf Einkommenserhöhung, wenn er Arbeiter, und schmälert seine Aussicht auf maßlosen Gewinn, wenn er Unternehmer ist; die Steuerpolitik nimmt ihm, wenn er nichts hat, und giebt ihm, wenn er bereits soviel Mehrwerth zusammenstahl, um auch politisch ein geachteter Mann zu sein. So untersteht der erwerbsthätige Mann tausendfachen Beziehungen zu dem öffentlichen, dem sozialen und politischen Leben; er ist nur ein Glied in der Kette der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die seine gesammte Existenz beherrschen; „durch die Ringe, die von den aufgeregten hohen Wogen derselben ausgehen, wirken sie ein und bestimmen die individuelle Gestalt des noch am entferntesten Ufer in scheinbar vollkommenster Ruhe und Selbständigkeit hinfließenden Wassertropfens“ (Lassalle). Der Mann kann sich nicht außerhalb des gesellschaftlichen und politischen Lebens stellen und darum gebieten ihm alle seine Interessen, bei Strafe des Niederganges und Ruins, sich am öffentlichen Leben zu betheiligen, um dieses in Gemeinschaft mit Vertretern gleicher Interessen in seinem Sinne zu beeinflussen.

Die Frau als bloße Haushälterin und Mutter wird durch die öffentlichen Vorgänge nur insoweit beeinflußt, als das Einkommen ihres Mannes steigt oder fällt. Ihr Mann ist daher nach außen hin der naturgemäße Vertreter auch ihrer Interessen und das mulier taceat in ecclesia (die Frau schweige in der Versammlung), auf das der Herr Minister v. Bötticher heute noch schwört, fand in diesen Zuständen seine ganz naturgemäße Begründung.

Aber diese Zustände sind eben längst vorbei und

Digitized by Google

was für dieselben unzweifelhaft richtig und natürlich schien, muß infolgedessen heute für ebenso lächerlich und wider die „Natur" gehend gelten. Oder gehört Herr v. Böttticher zu den Quacksalbern, die alles und das allerverschiedenste nach einem und demselben Rezept aus Großmutters Weisheitsschatz glauben behandeln zu können? Gewiß, die alte Hausfrau brauchte sich nicht mit ihresgleichen zu koaliren, denn sie war in ihrem Thun eine abgeschlossene Welt für sich und hatte mit anderen keine gemeinsamen Interessen gegen einen gemeinsamen Gegner zu verfechten; die moderne Arbeiterin muß sich koaliren, denn sie arbeitet nur mit anderen zusammen und für andere, und über ihren Lohn und ihr Leben wird dadurch mitentschieden, wieweit sie mit ihren Berufs- und Klassengenossinnen gemeinsam den Lohnkampf zu führen versteht. Wie das eine dort, so ist das andere hier selbstverständlich. Die Arbeiterin ist unmittelbar — nicht wie die Frau und das Mädchen der Vergangenheit nur mittelbar durch den Gatten, Vater oder durch sonst welchen Ernährer — abhängig von allen wirthschaftspolitischen Maßregeln und sie kann daher nicht mehr, wie Herr v. Böttticher wünscht, sich um diese Politik nicht kümmern; sie kann nicht Interesselosigkeit heucheln, wo Schutzzölle und Lebensmittelsteuern ihre Interessen Tag für Tag tief berühren; sie kann die Versicherungsgesetzgebung nicht wie etwas Gleichgültiges oder für sie gar nicht Existirendes behandeln, wenn sie wöchentlich aus eigener Tasche Beiträge zahlen muß; sie, die maßlos Ausgebeutete und Schutzbedürftige, kann den gesetzlichen Arbeitsschutz nicht den Vertretern des Kapitals überlassen, denen die Schutzlosigkeit der Arbeit reiche Ernten bringt, ja sie kann sich hier nicht einmal auf den männlichen Arbeiter verlassen, weil dieser vielfach in der Arbeiterin nicht seine Klassengenossin sieht, die er zu sich emporheben muß, sondern seine Konkurrentin, die er zu unterdrücken strebt. Sowie die Frauen selbständig erwerbsthätig, d. h. für die Mehrzahl: von fremdem Kapital ausgebeutet werden, haben sie auch ihre eigenen besonderen Interessen zu verfechten, sich wirthschaftlich für den Lohnkampf zu organisiren und sich politisch zu bethätigen;

Digitized by Google

sie haben, um diese Lebensinteressen wirksam wahren zu können, alle Rechte zu beanspruchen, die andere Bevölkerungsklassen für ihren wirthschaftlichen und politischen Interessenkampf schon längst als unbedingt nothwendig erkannt haben.

So werden also unter ganz veränderten Verhältnissen Bestrebungen und Forderungen unaufhaltsam und ganz selbstverständlich, die vorher unmöglich und abstoßend erschienen, und die Minister der neuen Aera zeigen sich auf dem Gipfel der möglichen Verständnißlosigkeit und geistigen Rückständigkeit, wenn sie vor dem Reichstage erklären: „dieselben Gründe, welche schon im Alterthum (!) zu dem taceat mulier in ecclesia geführt haben, gelten auch heute noch.“ [1])

Dabei bemüht sich eine zu gleicher Zeit ausgegebene Vorlage derselben Regierung, nachzuweisen, daß die Politik unter den vollständig veränderten Produktionsverhältnissen sehr viel mit der Frau zu thun habe — was doch wohl umgekehrt heißt: also auch die Frau in der Gegenwart sehr viel mit der Politik. Gesetze über Nachtarbeit und tägliche Arbeitszeit — dazu konnten die Frauen des Alterthums leicht schweigen, weil es sie nichts anging; aber heute haben die Frauen doch wohl alle Gründe, über diese öffentlichen Angelegenheiten zu reden, wenn — wie es in den Motiven zu dem „Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung“ heißt — allein in den Krankenkassen des Deutschen Reiches (mit Ausschluß der Knappschaftskassen) von weiblichen Personen versichert waren: [2])

Ende 1885	778 898	Pers.
„ 1886	829 473	„
„ 1887	880 496	„

„Vielfach — erfahren wir an derselben Stelle — ist die regelmäßige Fabrikarbeit der Arbeiterinnen in Deutschland länger als 11 Stunden und sehr häufig wird sie durch Ueberstundenarbeit bei starker Nachfrage noch verlängert. Daß die Arbeiterinnen nicht in der Lage sind, im Wege der Selbsthülfe durch Vereinbarungen eine Abkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, liegt auf

[1]) Herr von Bötticher am 17. Juni. Verhdl. S. 383.
[2]) Drucksachen des Reichstages Nr. 4. S. 54—55.

Digitized by Google

der Hand. Selbst in England erwies sich diese Selbsthülfe für Arbeiterinnen als unzureichend und ein gesetzliches Einschreiten als nothwendig .... Je größer die Zahl derselben, desto stärker auch die Gefahr der Ueberbürdung und desto nothwendiger der gesetzliche Schutz" — und, fügen wir gleich hinzu, desto nothwendiger die Selbsthülfe durch Benutzung des Koalitionsrechtes, der Presse und aller, anderen Kreisen bereits zugänglichen Mittel der öffentlichen Agitation, und die politische Bethätigung, um der Gesetzgebung die rechten Wege zu weisen, da Feinde, wie die Kapitalisten, und Konkurrenten, wie die unaufgeklärten Arbeiter, doch wohl die zweifelhaftesten Fürsorger und Vormünder sind — ganz abgesehen davon, daß es unwürdig ist, Mündige ohne Noth unter Kuratel zu stellen.

Natürlich haben diese gewerblich thätigen hunderttausende von Frauen dasselbe Interesse an einer guten Rechtsprechung für ihre Streitigkeiten mit ihren Unternehmern, wie die männlichen Arbeiter es nur haben können, ja sie haben ein noch größeres Interesse daran, weil hinter ihnen selten schützend eine gewerkschaftliche Organisation steht und weil sich daher ihnen gegenüber die Unternehmer eher etwas herausnehmen dürfen. Und wenn der Regierungsentwurf selber in den Motiven die Rechte der Männer damit begründet, daß den Zwecken des Gerichtes „am vollkommensten entsprochen wird durch die Wahl seitens der Berufsgenossen"[1]), so schließt dieselbe Regierung, indem sie den Arbeiterinnen kein Wahlrecht zugesteht, hunderttausende von der „vollkommensten" Organisation der gewerblichen Rechtsprechung aus — bloß ihrer veralteten Kochtopftheorie zu Liebe, die gerade auf diese hunderttausende paßt, wie die Faust auf's Auge.

Die Regierung kann sich freilich schmeicheln, in dieser Auffassung besonders von den Klerikalen unterstützt worden zu sein. Herr Dr. Bachem „stand auf dem Standpunkt, daß alle diejenigen, welche die heutige religiöse und soziale Konstruktion der Familie festhalten wollen, auch diejenigen Konsequenzen derselben ziehen müssen, welche

[1]) Drucksachen 5, S. 23.

Digitized by Google

sich für das politische Leben aus derselben ergeben." [1]) Und Herr Dr. Porsch lobte den Herrn Staatsminister, weil er „den alten Satz angezogen habe", „man könnte eine mildere Dichterstimme noch anführen: Ehret die Frauen! — sie flechten und weben — himmlische Rosen — ins irdische Leben! Dazu sind die Frauen geschaffen, aber nicht dazu, sich in die Kämpfe des irdischen (!) öffentlichen Lebens hineinzumengen." [2]) Leider kümmern sich die ultramontanen Spinnereibesitzer am Rhein und in Elsaß-Lothringen, sowie die katholischen Großgrundbesitzer recht wenig um die „Festhaltung der alten Konstruktion der Familie" und um den Hausfrauenberuf ihrer auszubeutenden Arbeiterinnen und daraus werden sich auch die „Konsequenzen für das politische Leben" sehr bald ergeben. Im übrigen ist die katholische Geistlichkeit ja niemals abgeneigt gewesen, den Unterrock in das politische Treiben hereinzuziehen, es ist wohl auch nur der aufgeklärte Unterrock, den sie fürchtet.

Jedenfalls zeigt auch dieses Kapitel wiederum, daß die Wortführer der neuen Aera mit recht mittelalterlichen und oberflächlichen Anschauungen, die durch die Verhältnisse längst überholt sind, an ihr Werk herantreten. Auch hier finden wir nur Anlaß zu Befürchtungen, aber nicht zu Hoffnungen für die Zukunft.

V.

Die Regierung und die Arbeiter der Staatsbetriebe.

Zu den schlimmsten Befürchtungen giebt auch die Behandlung der Staatsindustrie-Arbeiter seitens der Regierung Anlaß.

„Musteranstalten bezüglich der Fürsorge für Arbeiter" sollten nach dem Februarerlaß des Kaisers die staatlichen Betriebe werden, und auch die Eröffnungsrede im preußischen Staatsrath sprach von deren „weiterer Entwicklung zu Vorbildern einer wirklichen Arbeiterfürsorge". Diese Worte klangen sehr verheißungsvoll — und die erste

[1]) Verhandl. S. 386.
[2]) Verhandl S. 383—4.

Digitized by Google

That der Bureaukratie war, daß sie die Arbeiter „der Reichs- und Staatsdruckereien, der staatlichen Münzanstalten, sowie der unter der Militär- oder der Marineverwaltung oder der Staatseisenbahnverwaltung stehenden Betriebsanlagen" von der besseren und rascheren Rechtsprechung in Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten auszuschließen beantragte, obwohl bereits 1878 die Reichstagskommission denselben Vorschlag der Regierung als durchaus unzulässig und ungerechtfertigt verworfen hatte.

Noch charakteristischer aber wie die trotzdem erfolgte Wiederholung dieser nur von den engherzigsten bureaukratisch-militärischen Vorurtheilen eingegebenen Forderung ist die Begründung, die man ihr mit auf den Weg gab.

Die Motive des Entwurfes fanden sich noch verhältnißmäßig kurz mit der Angelegenheit ab und führten in der Hauptsache aus:

> Die ausdrückliche Exemtion . . . . . von der Anwendung dieses Gesetzes rechtfertigt sich theils aus prinzipiellen (!) Erwägungen, theils **aus Rücksichten der Disziplin,** welche es für die Leiter der mehr militärisch organisirten Betriebe **unthunlich** machen, vor Gerichten Recht zu nehmen, **welche unter Umständen von ihren eigenen Untergebenen besetzt sind.**
>
> Die Vorschrift hat die doppelte Wirkung, daß einerseits die Streitigkeiten zwischen den Leitern und Arbeitern der bezeichneten Betriebe der Zuständigkeit der Gewerbegerichte entzogen und andererseits diese Personen selbst bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten **weder wählbar noch wahlberechtigt** sind.[1])

Keine Theilnahme an den Folgen einer sachkundigeren und rascheren Rechtsprechung, kein aktives und kein passives Wahlrecht und infolgedessen auch kein Einfluß auf die Gerichte, die der Arbeiter vielleicht schon sehr bald anrufen muß, weil er freiwillig oder unfreiwillig die Staatswerkstätte verläßt und in einer Privatfabrik Unterkunft findet — etwas einnehmender hat man sich das „Vorbild einer wirklichen Arbeiterfürsorge" doch wohl gedacht.

Der schreckliche Gedanke, vor einem Gericht verhandeln zu müssen, das „unter Umständen mit eigenen Untergebenen besetzt" ist, war allerdings geeignet, alle büreaukratischen Zöpfe ins Wackeln zu bringen und so erklärten

[1]) Drucksachen 5, S. 40.

Digitized by Google

denn die Regierungsvertreter wiederholt auch vor der Kommission:

„Die betreffenden Staatsverwaltungen legten das größte Gewicht darauf, daß sie nicht vor Gewerbegerichten ihr Recht zu nehmen hätten; sonst könne es vorkommen, daß ein **Staatsbeamter sich verantworten** müsse vor einem Gericht, in dem vielleicht einer seiner **Untergebenen** als Beisitzer fungirt.

„Dieser Gesichtspunkt sei in erhöhtem Maße von Bedeutung für die unter der Militär- und Marineverwaltung stehenden Betriebe. In diesen Betrieben seien vielfach **Offiziere** und andere Militärpersonen in Thätigkeit; das bringe es mit sich, daß die militärische Organisation in vollem Maße herrsche, auch gegenüber den Arbeitern. Es müsse **für einen Offizier ganz besonders peinlich** sein, wenn er vor einem seiner **Untergebenen** Recht nehmen müsse".[1])

Die grellste Bloßstellung des in der Leitung der Staatsbetriebe heute noch maßgebenden Geistes boten aber erst die Reden der Bundeskommissare in der zweiten Lesung. Besonders die Rede des Vertreters der Militärverwaltung verband in seltenster Weise einen vollständig verknöcherten Kasten- und Mandarinengeist mit einer unglaublichen Verständnißlosigkeit für die wirklichen Verhältnisse in der Staats- wie in der Privatindustrie. Wir heben nur folgendes hervor:

(Weil die militärischen) Fabriken auf Erwerb nicht arbeiten, ist auch die Stellung des Leiters einer militärischen Fabrik und des Fabrikherrn einer Privatfabrik eine wesentlich andere. Der Fabrikherr arbeitet auf Gewinn . . . . . Dem gegenüber machen aber die militärischen Fabriken Ueberschüsse nicht und dürfen solche nicht machen. . . . . Die Anordnungen und Entscheidungen (des Direktors einer militärischen) Fabrik haben in erster Linie nur die Interessen des Reichs und seiner Arbeiter im Auge. . . . .

Die **Ausübung des Richteramts (seitens) des Direktors** ist auch insofern nothwendig, weil dadurch das Ansehen und das Vertrauen des Direktors bei seinen Arbeitern sehr wesentlich bestärkt wird. Ein derartiges Vertrauen ist aber ein unbedingtes Erforderniß in den militärischen Fabriken, wenn dieselben diejenigen Aufgaben erfüllen sollen, welche an sie gestellt werden müssen. Die militärischen Fabriken treten zu kritischen Zeiten, zu Zeiten der Kriegsgefahr oder bei Ausbruch eines Krieges mit ihrer denkbar größten Leistungsfähigkeit in Thätigkeit; sie müssen dann an ihre Arbeiter ganz außergewöhnliche Anforderungen

[1]) Drucksachen 51, S. 34.

Digitized by Google

stellen, sowohl an ihren Fleiß, wie ihre Willigkeit und Leistungsfähigkeit, wenn sie denjenigen Anforderungen rechtzeitig nachkommen wollen, welche im Falle einer Mobilmachung an sie gestellt werden müssen. Von der rechtzeitigen Lieferung des Armeematerials hängt aber die Schlagfertigkeit des Heeres und der Gang der kriegerischen Operationen ab. Der Direktor trägt somit für die Leistungsfähigkeit seines Instituts eine überaus schwerwiegende Verantwortung, welche er nur dann im ganzen Umfange übernehmen kann, wenn er einen Stamm ganz zuverlässiger und erprobter Arbeiter hat, und diese ihm ihr volles Vertrauen entgegenbringen. **Dieses Vertrauen muß aber in hohem Grade erschüttert werden,** wenn dem Direktor und den militärischen Behörden die Befugniß genommen wird, in allen im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehenen Fällen die Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und den Angestellten des Instituts **selbstständig entscheiden zu können,** und wenn **der Arbeiter berechtigt** ist, selbst aus dem geringsten Anlaß, **seinen Direktor vor ein Gericht zu laden,** statt wie bisher die Entscheidung des Vorgesetzten anzurufen.

Das Ansehen und die Autorität des Direktors wird aber in bedenklichem Grade erschüttert, wenn **seine** Anordnungen und Entscheidungen einer **Prüfung** oder **gar einer Verwerfung durch ein Gericht ausgesetzt** sind, welches **von den Ortsbehörden** eingesetzt und bezahlt (!) wird, dessen Vorsitzender und Stellvertreter **von den Ortsbehörden** ernannt wird, und in welchem **die eigenen Arbeiter des Direktors als Richter** sitzen, oder wenn der Direktor gezwungen wird, mangels eines Schiedsgerichts seine Anordnungen und Handlungen **vor dem Gemeindevorsteher** zu vertheidigen. . . . .

In solchen Fällen wird dann **der Untergebene** die Streitigkeiten zwischen seinem Direktor und dessen Arbeitern entscheiden. Außerdem werden durch die Anwendung dieses Gesetzes die militärischen Fabriken unter die **Ortsbehörden** gestellt . . . . In denjenigen Fällen, wo die Arbeiter der militärischen Fabriken in einem Gemeindebezirk in der Mehrzahl sind, werden sie naturgemäß die Beisitzer aus ihren Reihen wählen, und somit der Fall eintreten, daß die **Leiter** der militärischen Fabriken unter den Richterspruch ihrer eigenen **Arbeiter** gestellt werden . . . .

Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den Bezirken, in welchen neben den militärischen Fabriken keine Großindustrie besteht, der Direktor einer solchen Fabrik von den übrigen Arbeitgebern als Beisitzer gewählt wird im Hinblick darauf, daß die militärische Fabrik die größte Zahl von Arbeitern beschäftigt. Der Direktor wird in einem solchen Falle nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht in der

Digitized by Google

Lage sein, diese Wahl ablehnen zu können. So sehr es nun auch einerseits im Interesse der Institute liegt, wenn die Direktionen Einfluß auf die Entscheidung des Schiedsgerichts haben, so kann es doch andererseits **nicht als erwünscht** bezeichnet werden, denselben neben ihren Dienstgeschäften auch noch die **Funktionen eines Beisitzers** des Schiedsgerichts zu übertragen.*)

In der That, wie konnte man auch am Ende des 19. Jahrhunderts uniformirte Beamte gleich einem gewöhnlichen Bürgerlichen vor ein ganz gewöhnliches Gericht und eine ganz gewöhnliche Zivilbehörde schleppen wollen! Man denke nur: ein Offizier, der vor dem Gemeindevorsteher seines Ortes Rede und Antwort stehen muß — ein Beamter, dem seine Arbeiter an anderer Stelle einmal nicht als Untergebene begegnen — ein Direktor, der sich wie der erste beste Direktor einer Privatfabrik zum Beisitzer hergeben muß, weil er die Wahl nicht ablehnen kann! Wie unerwünscht und wie plebejisch! Freilich, auch Standesherrn und Millionäre können sich dem Gemeindevorsteher nicht entziehen und auch sonst stehen ja die Würdenträger mit zweifarbigem Tuch durchaus nicht vollständig außerhalb des ganz gemeinen bürgerlichen Rechtes — auch Direktoren anderer Fabriken können in die Gefahr gerathen, vor Untergebenen feststellen zu lassen, wieviel Lohn irgend einem Lohnsklaven gebührt, auch sie werden mitunter zu Beisitzern neben ihren Arbeitern entwürdigt und mit den gleichen Gründen könnte jeder Aufsichtsrath einer Aktiengesellschaft das „nicht als erwünscht" bezeichnen. Doch auch das sind am Ende Ueberreste des 18. Jahrhunderts mit seinem unwürdigen Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, mit denen die aufgeklärte Bureaukratie des 19. Jahrhunderts mit seiner Heiligkeit des Privilegs schon aufzuräumen wissen wird.

Was weiter die „Disziplin" anbelangt, so mussen es die Arbeiter ganz energisch zurückweisen, daß diese auf ihre Kosten erreicht wird. Das genaue Ineinandergreifen aller Theile ist auch für das verwickelte Räderwerk eines Privatgroßbetriebes unbedingt nothwendig; auch jede Privatfabrik hat Zeiten, wo „ganz außergewöhnliche Anforderungen an die Arbeiter, sowohl an ihren Fleiß

*) Verhdl. S. 519 u. 520.

Digitized by Google

wie ihre Willigkeit und Leistungsfähigkeit gestellt" werden, und eine Stockung im Betriebe von Bahnen, Kohlenbergwerken und Gasanstalten, in der Einbringung der Ernten kann ebenfalls zur größten öffentlichen Kalamität werden. Aber wer wollte darum Sonderrechte für Aufsichtsräthe, Grubenlords und Großgrundbesitzer verlangen? Wünscht der Staat zuverlässige und ständige Arbeiter, so hat er dieselben zu gewinnen wie jeder Industrielle: durch günstige Arbeits- und Lohnverhältnisse und durch anständige Behandlung. Wenn man die Arbeiter der militärischen Fabriken freilich nicht einmal soweit gegen plötzliche Entlassung schützt, wie es die Gewerbeordnung durch Festsetzung der 14tägigen Kündigungsfrist erstrebt, wenn vielmehr — um den Regierungsvertreter wieder zu zitiren — „die Mehrzahl der Arbeiter ohne jegliche Kündigungsfrist angenommen wird",*) so ist das allerdings das denkbar schlechteste Mittel, um sich „Vertrauen" und einen „Stamm ganz zuverlässiger und erprobter Arbeiter" zu sichern.

Schon die eben erwähnte Thatsache zeigt zur Genüge, daß der Leiter einer Staatsanstalt durchaus nicht „in erster Linie die Interessen des Reiches und seiner Arbeiter im Auge" hat, und beides läßt sich auch gar nicht vereinigen, weil die Interessen des Staates als Arbeitgebers und die seines Angehörigen als Arbeitnehmers genau so gegensätzlich sind wie die des Privatkapitalisten und seines Lohnarbeiters. Gewiß, der Staatsbeamte spekulirt nicht auf seinen mit der Ausbeutung der Arbeitskraft steigenden Privatgewinn, aber je mehr aus dem Staatsarbeiter herausgeschlagen wird, desto größer ist der Geldüberschuß oder die fertig gestellte Produktenmenge für das Reich — das Grundverhältniß ist also im Staats- wie im Privatbetriebe dasselbe und es muß daher auch zu denselben Konsequenzen führen und dieselben Schutzmaßregeln für den Arbeiter nothwendig machen. Verwirft man es also — und wer wollte das nicht verwerfen? — daß die Direktoren oder Aufsichtsräthe von Aktiengesellschaften alle gewerblichen „Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und

*) Vrhdlgn. S. 522.

Digitized by Google

den Angestellten des Instituts selbständig entscheiden können", so wird man das gleiche Verlangen auch für die Staatsbetriebe zurückweisen müssen. Und wäre es wahr, daß die Disziplin in einer Fabrik erschüttert werden müsse, wenn die Entscheidungen des Direktors „einer Prüfung oder gar einer Verwerfung durch ein Gericht ausgesetzt sind" — nun, dann mache man nur gleich einen Strich durch das ganze Gesetz, denn dann müßte es die ganze gewerbliche Ordnung über den Haufen werfen.

Mit denselben Gründen, mit denen die Regierungsvertreter die Gewerbegerichte für ihren Machtbereich zurückgewiesen haben, hat Herr v. Stumm die Arbeiterausschüsse als Eingriff in die Autorität des absoluten Fabrikmonarchen bekämpft. Die Regierung wird daher gut thun, auch einmal gründlich vor der eigenen Thüre zu fegen, wenn die „Kölnische Zeitung" nicht Recht behalten soll mit ihrem bösen Worte, daß es leicht sei, „auf Kosten Anderer den Hochherzigen zu spielen."

Der Reichstag änderte die Regierungsvorlage wenigstens dahin ab, daß nur die unter der Militär- oder Marineverwaltung stehenden Betriebsanlagen der Sphäre der Gewerbegerichte entzogen bleiben.

VI.

Die Regierung und die Innungsprivilegien.

Nicht nur die Militär- und Marineverwaltung will ihren alten Zopf nicht ablegen, auch die Innungsmeister sollen ihre Privilegien haben, obwohl damit die ganze Grundverfassung der neuen Gewerbegerichte durchbrochen und den schlimmsten Feinden der Arbeiter eine neue, freilich, wie wir sehen werden, recht zweischneidige Machtverstärkung zugeführt wird.

Die Innungen haben bekanntlich bisher gar nichts zur „Hebung des Handwerks" thun können; was sie an Leistungen aufweisen, ist überhaupt nichts nutzig, oder fristet nur durch Unterstützungen seitens der Gemeinden oder durch Privilegien seitens der Gesetzgebung sein kümmerliches Dasein. Die Innungsschiedsgerichte in

Digitized by Google

Berlin bestehen z. B. nur unter Mitwirkung eines Beamten, der ihnen von den städtischen Behörden unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird[1]); in Berlin giebt es wohl keine einzige Fachschule, welche aus eigener Kraft der Innungen errichtet oder erhalten wird, noch nicht der zehnte Theil dessen, was diese Fachschulen kosten, wird aus den Mitteln der Innungen aufgebracht, die anderen neun Zehntel bezahlt die Stadt, und anderswo wird es wohl ebenso sein.[2])

Wenn die Innungsmeister irgend etwas auszeichnet, so ist es nur ihre Feindschaft gegen die Arbeiter. Unfähig, mit dem Großkapital zu konkurriren, und doch auch wieder nicht willens, den ungleichen Kampf aufzugeben, suchen sie durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter zu ersetzen, was ihnen an technischen und kaufmännischen Hilfsmitteln abgeht. Jede Lohnerhöhung findet an ihnen daher die erbittertsten Feinde, denn sie leben nur von dem, was sie den Arbeitern über das Niveau der großindustriellen Löhne hinaus abzwacken; die Arbeitszeit in ihren Werkstätten ist die längste, weil sie aus ihren Lohnsklaven noch die Leistungen der Maschine herauszupressen suchen, die im Großbetriebe neben dem Arbeiter steht; sie verfolgen die gewerkschaftlichen Organisationen mit dem verbissensten Ingrimm, sie verlangen am gierigsten nach Arbeitsbüchern und Ausnahmegesetzen zur Zerstörung des Koalitionsrechtes, weil sie es mit *ihrem* Untergange bezahlen müßten, wenn der Arbeiter fähig würde, sich *seiner* Haut zu währen. Dazu erstreben sie diese Rechtlosigkeit der Arbeiter nicht etwa aus dem drückenden Bewußtsein der eigenen Nothlage heraus, sondern mit dem ganzen Dünkel und der ganzen Ueberhebung des „Herrn und Meisters", der als Recht beansprucht, was doch höchstens als Akt der Nothwehr erklärlich, wenn auch nicht verzeihlich ist. Die Innung verhandelt mit den öffentlich gewählten Lohnkommissionen der „Gesellen" nicht darum nicht, weil ihr die Zugeständnisse der Großindustriellen unmöglich sind, sondern weil sie es „unter ihrer Würde" findet; wenn sie die

[1]) Abg. Meyer, Verhdl. S. 20.
[2]) Abg. Eberty, Verhdl. S. 454.

Digitized by Google

Gesellen nicht aus Kost und Logis entlassen will, so entschuldigt sie sich nicht damit, daß sie einen anständigen Geldlohn, der alle Lebensbedürfnisse deckt, nicht zu erschwingen vermag, sondern sie deklamirt, daß der Untergebene wie ein Schulknabe der „Zucht und Aufsicht" des Meisters bedürfe.

So ist es gekommen, daß die Arbeiter fast instinktiv eine Abneigung, ja einen wahren Abscheu haben gegen alles, was von der Innung kommt und mit der Innung zusammenhängt.

Schon darum muß es in weiten Kreisen geradezu Erbitterung hervorrufen, wenn nach dem neuen Gesetz die Innungen ihre besonderen Schiedsgerichte nicht nur für geringere Fälle, wie etwa die Lehrlingsstreitigkeiten, behalten sollen, sondern wenn alle Gehilfen, die bei Innungsmeistern arbeiten, vor dem Innungs-Schiedsgericht klagen müssen und nur zu diesem wählen und gewählt werden dürfen. Das Gesetz bestimmt nämlich:

§ 79.

Die Zuständigkeit der Innungen zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren Lehrlingen (Gewerbeordnung § 97 Nr. 4, § 100e Nr. 1), sowie die Zuständigkeit der Innungs-Schiedsgerichte (Gewerbeordnung § 97a Nr. 6, § 100i Absatz 2), erleiden durch dieses Gesetz keine Einschränkung.

Durch die Zuständigkeit einer Innung oder eines Innungsschiedsgerichts wird die Zuständigkeit eines für den Bezirk der Innung bestehenden oder später errichteten Gewerbegerichts ausgeschlossen. . . . . .

§ 13.

Mitglieder einer Innung, für welche ein Schiedsgericht . . . . errichtet ist, sowie deren Arbeiter sind [für das Gewerbegericht] weder wählbar noch wahlberechtigt

Die direkte Provokation der Arbeiter, die in den letzten Festsetzungen liegt, ist um so unbegreiflicher, als sie nur zu Irrungen und Wirrungen, ja schließlich sogar nur zu einer Schädigung der Innungsmeister selber führen kann.

Zunächst wird es die Behörden mit den umständlichsten Schreibereien belasten, jeden Arbeiter daraufhin zu verfolgen, ob er etwa bei einem Innungsmeister in Beschäftigung tritt, weil er dadurch das Recht, zum Gewerbegericht zu wählen und dort Beisitzer zu sein, verliert, oder ob er etwa von einem Innungsmeister zu einem

Digitized by Google

außerhalb der Innung stehenden Unternehmer übergeht, weil er dadurch alle Rechte innerhalb der Innung einbüßt und die Rechte für das allgemeine Gericht gewinnt. Welch eine Scheererei für die Behörden, aber auch welch eine Unsicherheit für die Arbeiter, von denen in großen Städten unter zehn kaum einer weiß, ob der Meister, bei dem er in Arbeit steht, einer Innung angehört oder nicht, weil die Meister selber es oftmals gern verschweigen.[1])

Und weiter: welch eine Entrechtung der Arbeiter liegt in diesen Vorschriften! Der Abgeordnete Auer[2]) führte hierüber schlagend aus:

Wenn Sie den Paragraphen, wie ihn die Kommission beschlossen hat, annehmen, was wird die Folge sein? Meine Herren, es wird darauf hinauskommen, daß Sie **den Arbeitern in Wirklichkeit das Wahlrecht überhaupt nehmen,** daß Sie ihnen die Möglichkeit nehmen werden, die ihnen geeignet erscheinenden Beisitzer zu wählen.

Meine Herren, wie steht denn die Sache eigentlich? In der betreffenden Bestimmung der Innungsparagraphen in der Gewerbeordnung heißt es ausdrücklich, daß die Beisitzer bei den Innungsschiedsgerichten nur aus den Gesellen genommen werden können, die bei Innungsmeistern arbeiten. Werden also die Innungsschiedsgerichte in dem Umfange, wie hier vorgeschlagen, beibehalten, so verliert der Geselle in dem Moment, wo er bei dem Innungsmeister aus der Arbeit tritt, seine Befähigung zum Beisitzer für die Innungsschiedsgerichte. Also, meine Herren, haben es thatsächlich nicht etwa die Innungsgesellen in der Hand, sich die Beisitzer zu wählen, die sie für die geeigneten halten, sondern die Innungsmeister haben darüber zu entscheiden, wer als solcher fungiren soll. Bei der Gehässigkeit nun, die in weiten Kreisen der Innungsmeister gegen jede selbständige Regung der Arbeiter sich herausgebildet hat, ist 99 gegen 1 zu wetten, daß **jeder selbständige Beisitzer, sobald er sich den Innungsmeistern unangenehm macht, einfach entlassen wird,** und daß die übrigen Innungsmeister ihn nicht mehr in Arbeit nehmen werden. (Sehr richtig! links.)

Nun, ist das eine Art, wie man die Grundlagen zu einem solchen Gesetz, das zur Versöhnung der Arbeiter beitragen soll, macht?

Aber auch der weitere Fall ist denkbar. **Auch bei den Gewerbegerichten, die durch dieses Gesetz eingeführt werden sollen, hängt die Fähigkeit für den Gesellen, Beisitzer zu werden resp. zu bleiben, schließlich von seinem Meister ab.** In dem Augenblick nämlich, wo der Meister in eine Innung eintritt, verlieren seine Arbeiter das Recht, zu den Gewerbe-

[1]) Tutzauer Verhdl. S. 447
[2]) Verhdl. S. 462.

Digitized by Google

gerichten, wie sie die Vorlage will, zu wählen, und ein Arbeiter, der bis dahin in einem Gewerbegericht nach Maßgabe der Vorlage Beisitzer war, verliert auch diese Befugniß.

Es hängt also nur von dem Unternehmer ab, darüber zu entscheiden, welcher Art gewerblicher Gerichte seine Arbeiter unterstellt sind, und für welche sie als Wähler sowohl wie auch als eventuelle Beisitzer in Betracht kommen. Es steht dem Meister ganz frei, und er braucht sich blos an die Innung anzuschließen.

Wer wählt also die Beisitzer zu den Gewerbegerichten und für die Schiedsgerichte? Wer anders — zwar nicht auf direktem, aber thatsächlich auf indirektem Wege — als **die Unternehmer, die Meister?** Meine Herren, das ist doch ein Zustand, der geradezu himmelschreiend ist.

Himmelschreiend gegen die Arbeiter und dabei noch in letzter Linie schädlich für die Innungen selber! Denn wenn jetzt schon die Arbeiter die Innungsmeister meiden, so tritt nunmehr zu den vielen Ursachen der Abneigung als weitere noch hinzu, daß die Arbeiter hier eine viel mangelhaftere Rechtsprechung im Falle eines Streites zu erwarten haben: das Gericht ist viel weniger aus ihren Vertrauensleuten zusammengesetzt, das Innungsschiedsgericht entscheidet ferner nicht endgiltig, wie das die Gewerbegericht bis zum Werthe von 100 Mk. thun, sondern nach § 79 steht gegen seine Entscheidungen stets die Berufung auf den Rechtsweg offen, durch Erhebung der Klage bei dem ordentlichen Gericht; der Arbeiter steht hier also im Streitfalle von neuem vor all den Plackereien, den Kosten und Schwierigkeiten, die man ihm durch die Gewerbegerichte gerade abnehmen wollte. Das mag manchen Uebergriff der Meister erleichtern, wird aber zweifellos ihr Verhältniß zur Arbeiterklasse noch mehr erschweren, als es alle bisherigen Privilegien und Anmaßungen schon thaten.

Waren die früher erwähnten Bestimmungen des Gesetzes engherzig gegen die Arbeiter, so sind die Innungsbestimmungen unklug gegen die Arbeiter und die Innungen zugleich.

VII.

Wir sind am Schlusse und können uns darauf beschränken, das Gesagte kurz zusammenzufassen.

Wir zeigten, daß die Gewerbegerichte in keiner Form die Klasseninteressen der Bourgeoisie zu schädigen

Digitized by Google

vermögen und daß daher ein mangelhaftes oder ganz zu verwerfendes Gesetz seinen Ursprung nicht in Rücksichten auf Interessen haben kann, die für jede Bourgeoispolitik nun einmal maßgebend sind.

Die weitherzig freie oder reaktionär verkümmerte Ausgestaltung eines solchen Gesetzes ist daher ein nicht genug zu unterschätzender Prüfstein dafür, wieweit eine Regierung überhaupt Verständniß hat für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und für die ganz neuartigen Lebensverhältnisse der modernen großkapitalistischen Zeit, oder wie weit sie an ganz moderne Fragen mit ganz veralteten Vorstellungen und mit Vorurtheilen herantritt, die in längst versunkenen Zuständen wurzeln.

Wir sahen, wie die Regierung in ihrer Stellung zu den Wahlen noch hinter die Bestimmungen des Reichswahlrechtes von 1867 und 1871 zurückging, wie sie die Verarmung und die Beweglichkeit der millionenköpfigen Masse ganz im Stile einer alten, kleinbürgerlich wohlhäbigen und seßhaften Zeit auffaßte, wie sie die Lage und die Bedürfnisse der hunderttausendköpfigen weiblichen Arbeiterwelt nach Erinnerungen aus Großmutters Jugendtagen beurtheilte, wie sie den Staatsarbeitern gegenüber noch unter das Niveau des Herrn v. Stumm sich stellte, und wie sie durch die Privilegirung der Innungen ohne Noth die Arbeiter beleidigte.

Die erste Schöpfung der neuen Aera beweist daher schlagend, daß die heutige Büreaukratie, die einer Politik der Sozialreform im Interesse der Arbeiter dienen soll, noch nicht einmal fähig ist zu einer aufgeklärten Bourgeoispolitik.

Maurer, Werner & Co., Berlin S.O., Elisabeth-Ufer 55.

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie. — 5. und 6. Heft.

Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland.

Mit besonderer Berücksichtigung Mittel- und Norddeutschlands.

Von

Paul Kampffmeyer.

Preis 25 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek“
Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.
1890.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Einleitung: Arbeit und Besitz in der mittelalterlichen und in der modernen kapitalistischen Gesellschaft 3

Die Vernichtung und Herabdrückung der Bauern und die Entstehung ländlicher Großbetriebe mit kapitalistischen Zügen von der Reformation bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts 5

Die Anfänge des industriellen Kapitalismus 24

(Die alte Zunftverfassung S. 24. Die außerhalb der Zunft sich entwickelnde kapitalistische Hausindustrie S. 26. Der Staat, die Erweiterung der Zunftverfassung und die Unterstützung der Manufakturen S. 32. Preußens Industrie am Ende des vorigen Jahrhunderts S. 37.)

Die gesellschaftlichen Klassen (Bauer, Kleinbürger, Adel) am Ende des vorigen Jahrhunderts, ihre Lebensverhältnisse, Anschauungen und Empfindungen 38

Die Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert und was der Bauer dafür an die Großgrundbesitzer zahlen und an Land abtreten mußte. Die heutigen Bauern unter der Konkurrenz des kapitalistischen Großbetriebes 47

Die Industrie in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Unklare Reformbestrebungen der Handwerker und Arbeiter infolge der unentwickelten Produktionsverhältnisse . . . 58

Die emporwachsende Großindustrie, ihre heutige Ausdehnung und soziale Bedeutung 69

Die Umgestaltung der menschlichen Gefühls- und Denkweise durch die kapitalistische Gesellschaft 78

Digitized by Google

Einleitung.

In Deutschland ging die Verwandlung der mittelalterlichen Gesellschaft in die moderne kapitalistische nicht mit derselben durchsichtigen Klarheit von statten wie in England. Es mengten sich hier der Entwicklung nebensächliche, störende Züge bei, welche ihren Gang vielfach verschleierten.

Jedoch ist der Charakter der alten und der modernen Wirthschaft in beiden Ländern derselbe. Daher hat sich auch der Uebergang von der einen zur andern auf gleichen Bahnen vollzogen.

Welches sind nun die charakteristischen Unterschiede der alten und der neuen Wirthschaft?

In früheren Zeiten war der Arbeiter noch meist der Besitzer seiner Arbeitsmittel. Auf dem Lande bearbeitete der Bauer mit eigenem Ackergeräth seinen Grund und Boden, der ihm entweder vollkommen abgabenfrei oder nach Entrichtung bestimmter Leistungen an einen Grundherrn gehörte*). In der Stadt führte der Handwerker in seiner Werkstatt sein eigenes Handwerkzeug. Er leitete noch vollkommen seinen eigenen Betrieb. Der Gesellenstand war nur die Uebergangsstufe zur Meisterschaft. (Und diese Leitung des Betriebes durch den Produzenten selbst ist ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal der damaligen Wirthschaft von der heutigen. Es giebt heute Produzenten, die zwar ihr Handwerkzeug noch selbst besitzen, welche aber trotzdem vollkommen wirthschaftlich abhängig sind, die Hausindustriellen nämlich. Sie sind keine selbstständigen Leiter der Produktion mehr.)

Also der Arbeiter und seine Arbeitsmittel bildeten noch eine Einheit. Heute dagegen finden wir oft den Produzenten von seinen Produktionsmitteln getrennt.

*) Natürlich sprechen wir hier nur von Durchschnittsverhältnissen, indem wir keineswegs das Vorhandensein einzelner besitzloser ländlicher Produzenten in Abrede stellen.

Digitized by Google

Die ehemaligen kleinen Wirthschaften der Bauern wurden theilweise zu jenen gewaltigen Rittergütern vereinigt, wie wir sie im Osten Deutschlands oft antreffen. Ein handbreiter Streifen Erde, eine erbärmliche baufällige Hütte, einige Stück Vieh, das macht heute oft das einzige Besitzthum der ländlichen Produzenten aus. In den Städten sind die kleinen Werkstätten der Handwerker gleich vielen kleinen Krystallen zu einem großen Riesenkrystall, zu einer großen Fabrik zusammengeschossen. Das zwerghafte Handwerk ist den Händen des Arbeiters entrissen, es ist vollkommen umgestaltet und gewaltigen Mechanismen einverleibt worden. Also fremd steht der Arbeiter seinen Arbeitsmitteln gegenüber. Die einzigen Besitzstücke, welche er noch in die Fabrik hineinbringt, sind seine Arme und Beine.

Welche wirthschaftlichen Mächte nun entrissen dem Arbeiter seine Arbeitsmittel und beraubten ihn seiner wirthschaftlichen Selbständigkeit?

Fürwahr, es scheinen wahre Riesengewalten gewesen zu sein, welche so gänzlich das alte Verhältniß zwischen den Produzenten und den Produktionsmitteln umwälzten. Aber auch hier waren, gerade wie in der Erdgeschichte, diese wirkenden Kräfte nicht einzelne gewaltige, alles ins Wanken bringende Stöße, sondern eine große Anzahl kleiner Erschütterungen, welche in ihrer Gesammtheit erst die ungeheure Umwälzung vollbrachten. Die Geschichte jener Zerreißung der festen Bande zwischen dem Arbeiter und seinem Produktionsmittel, die Geschichte ferner der Vernichtung der Selbständigkeit des Produzenten, der sich noch im Besitze seines Werkzeugs befindet, diese Geschichte ist das Vorspiel der großkapitalistischen Wirthschaftsperiode. Sie schuf auf der einen Seite kapitalistische Großunternehmer, auf der andern abhängige Arbeiter mit keinem oder nur geringem Besitz.

Gehen wir jetzt auf die Geschichte dieser wirthschaftlichen Umwälzung selbst ein.

Digitized by Google

Die Entstehung der ländlichen Großbetriebe mit kapitalistischen Zügen.

Die mittelalterliche Wirthschaftsweise hatte auf dem Lande noch einen durchgehend naturalwirthschaftlichen Charakter. „Der naturalwirthschaftliche Bauer machte sich noch in allem selbst fertig", sagt Justus Möser in seiner Osnabrückischen Geschichte treffend. Die alte bäuerliche Wirthschaft produzirte eben noch alles, was der Besitzer derselben bedurfte. Dieser brauchte seine Bedarfsgegenstände nicht von außen in die Dorfmark einführen zu lassen, er brauchte sie nicht gegen Geld einzutauschen, sondern er rang diese direkt der Natur ab.

Da seine Wirthschaft sozusagen noch vollkommen mit der Natur verwachsen war, so waren alle Verhältnisse derselben klar und durchsichtig. Dort wuchs das Getreide für seinen Unterhalt, dort das Futter für das Vieh, und da der Flachs, den er für seine Kleidung benöthigte.

Das Gemeineigenthum bildete noch die Grundlage des bäuerlichen Besitzes. Ohne gemeinschaftliche Wiesen und Weiden konnte der Bauer bei dem damaligen unentwickelten Stande der Landwirthschaft gar nicht wirthschaften. Daher erwies sich damals das Gemeineigenthum als eine unumgängliche Nothwendigkeit.

Der Bauer war ferner noch alles in allem, er war sein eigener Weber, Schneider, Bäcker, ja sein Zimmermann und Dachdecker. Am Webstuhle und am Spinnrade saß er mit seiner Familie daheim und verfertigte die zu den Kleidungsstücken erforderliche Leinewand. Die Frau schneiderte oft den leinenen Kittel, die leinene Hose für den Mann zurecht. In leinenen Gewanden ging hauptsächlich die ländliche Bevölkerung einher. Der Schneider wurde

Digitized by Google

nur ausnahmsweise zu Rathe gezogen. Er war auf dem Dorfe nicht dauernd und berufsmäßig beschäftigt. Der bekannte Jung-Stilling[1]) schneiderte, schulmeisterte und half noch zugleich in der Wirthschaft mit. Mit Hilfe der Dorfgenossen zimmerte der Bauer sein Haus zusammen. „Noch soll in Oberbayern", so schreibt Schmoller in seiner Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, „noch soll in manchen Dörfern, wenn ein Haus gebaut wird, die ganze Gemeinde zusammenhelfen"[2]). Der alte Großvater Stilling deckte noch, wie sein Neffe uns dies mittheilt, alljährlich sein eigenes Dach.

Der Bauer verband also noch mit seinem Landleben zahlreiche gewerbliche Berufsarten. Noch hatte die Arbeitstheilung nicht die ländliche Bevölkerung erfaßt.

War der Bauer dienst- und abgabenpflichtig, so verrichtete er gewohnheitsmäßig seinen Dienst und erstattete seine Abgaben in natura an den Herrn. Dieser war zufrieden, wenn er mit seiner Umgebung reichlich zu essen und zu trinken hatte. Seine Magenwände bildeten gewissermaßen die Grenzen der Ausbeutung seiner hörigen und leibeigenen Arbeitskräfte.

Weshalb sollte auch der adelige Herr mehr Produkte seinen Hörigen abverlangen, als er selbst und seine Familie verspeisen konnten? Unentwickelt wie der Waarenmarkt der damaligen Zeit war, bot er keine oder nur geringe Gelegenheit zum Absatz der angefertigten Arbeitsprodukte. Die übermäßige Anspannung der Arbeitskräfte lag daher vollkommen dem Wesen dieser Gesellschaft fern. Der Betrag der Naturalleistungen der Bauern bewegte sich in engen Grenzen.

---

[1]) Jung-Stilling (geb. 12. September 1740) gehörte zu dem Bekanntenkreis Goethe's in Straßburg. In seiner Jugend war er abwechselnd Schneider und Schulmeister. Später studirte er Medizin, er wurde ein sehr geschickter Augenarzt. Dann beschäftigte er sich eingehend mit der Landwirthschaft und den Staatswissenschaften. Er wurde zum Professor der „Oekonomie und Kameralwissenschaft" ernannt. Seine hochinteressante Selbstbiographie gewährt uns viele Einblicke in das wirthschaftliche und gesellschaftliche Leben des 18. Jahrhunderts.

[2]) Seite 177.

Digitized by Google

Erst die Produktion für den Markt gestaltete diese für den Bauer so günstigen Verhältnisse um. Die Produktion für den Markt begnügt sich nicht mit der bloßen Sättigung der Bedürfnisse der Konsumenten; sie kennt nicht jene Selbstgenügsamkeit der Naturalwirthschaft. Ihr wohnt die Tendenz inne, stetig wachsende Waarenmassen auf den Markt zu werfen und diese in Geld zu verwandeln. Im Interesse der Reichthumsvermehrung führt sie zur Anspannung jeder Muskelfaser und jedes Nervs. Aus kleinen Anfängen wuchs sie zu einer gewaltigen, die Grundlagen der Naturalwirthschaft verändernden Macht.

In der Stadt gestaltete sich durch die Fortschritte der Produktion und des Handels das materielle Leben immer weiter und mannigfaltiger aus. Von jenem allgemeinen Zuge der Zeit wurde auch der Adel fortgerissen. Er wollte auf demselben großen Fuße leben wie die reichen Städter. Daher mußte er für den Markt zu produziren suchen, um seine Lebenshaltung dadurch erhöhen zu können. Diese hing nun von der zu Markt gebrachten Waarenmenge ab.

Die Menge der zu erzeugenden Produkte vermehren, das hieß aber für den Feudalherrn: die Lasten seiner Hörigen steigern und vervielfältigen. Daher wachsen jetzt stetig die Lasten und Dienste im Verhältniß zu der fortschreitenden Waarenproduktion.

Hauptsächlich nach Umgestaltung der alten Heeresverfassung sah der Adel sich genöthigt, immer tiefer in die salomonische Weisheit der Waarenproduktion und Geldwirthschaft einzudringen. Das mit der Feuerwaffe ausgerüstete Fußvolk hatte die adelige Kavallerie verdrängt. Die Ritterburgen zerfielen in Staub vor dem Geschütz der Städte und Landesherren. Wollte der Adel nicht in einen Zustand vollkommener Ohnmacht versinken, so mußte er das Feilschen und Schachern erlernen.

Um jedoch seine Produktion auf möglichst großer Stufenleiter betreiben zu können, bedurfte er großer abgerundeter Wirthschaftsgebiete.

Da traten ihm nun die vielen kleinen Höfe seiner Hörigen hemmend in den Weg. Er mußte daher die Besitzer dieser Höfe auszukaufen oder zu leaen suchen.

Digitized by Google

Legte er sie, so vertrieb er sie entweder gänzlich von Haus und Hof, oder er setzte sie auf eine andere Stelle der Feldmark. Der ausgekaufte oder vertriebene Bauer ging natürlich flugs über alle Berge, denn ihn band nun nichts mehr an seine ehemalige Scholle. Die Mehlbreisuppe des Herrenhofes etwa? Nein, dieser gutsherrschaftliche Mehlbrei war ein schlechtes Bindemittel, um den Bauer an dem Gutshof fest zu halten. Da mußte man sich schon nach wirksameren Mitteln umsehen. Man war genöthigt, einfach zwangsweise den Bauer an die Scholle zu fesseln.

Diesem Zwecke entsprach die Einführung der Leibeigenschaft.[1])

Das Zeitalter des Bauernlegens wurde nun eingeleitet durch jene gewaltigen Eingriffe der Landesherren in das kirchliche Eigenthum. Diese waren überhaupt von tiefgreifendstem Einflusse auf den ganzen Aufbau der mittelalterlichen Gesellschaft. Mit diesem kirchlichen Eigenthume brach „das religiöse Bollwerk der alterthümlichen Grundeigenthumsverhältnisse", wie Marx sagt, zusammen.

Infolge der Säkularisationen des Kirchenlandes verarmten viele Bauern, die bestimmte Antheile und Nutzungsrechte an demselben gehabt hatten. Der Bauer hatte z. B. das Recht, auf dem Kirchenlande sein Vieh weiden zu lassen oder aus den Wäldern der Kirche seinen Holzbedarf zu bestreiten. Diese und andere Rechte büßte er nun häufig ein. Häufig verlor auch der Bauer an der Kirche eine feste Stütze in Noth und Elend, da diese ein großartiges System der Armenpflege begründet hatte.

Mitunter schloß sich schon das Bauernauskaufen und Legen an jene Säkularisation, an jene Verweltlichung des Kirchenlandes an. So wurden in Mecklenburg zahlreiche auf kirchlichem Boden ansässige Bauern gelegt; 3—4000 Bauernhufen schlug, nach Behse, der Adel zu seinen Ländereien[2]). In Sachsen, Hessen, Braunschweig, Würtemberg, Pommern, Brandenburg, Mecklenburg, tobte die Säkularisationswuth der Landesherren.

[1]) Es ist sehr bezeichnend, daß der klare Ausdruck „leibeigen", wie uns Kindlinger in seiner Geschichte der Hörigkeit mittheilt, erst mit dem 16. Jahrhundert gang und gäbe wird.

[2]) Behse, Geschichte der Höfe.

Digitized by Google

Während nun ein Theil des freigesetzten Landvolks mit Gewalt an den Boden gefesselt wurde, trieb der andere sich heimath- und obdachlos in Deutschland umher. Die Armee der Bettler und Vagabunden schwoll riesenhaft an, so daß sich die Gesetzgebung veranlaßt sah, dagegen vorzugehen. Dies ist eine nothwendige Folge der beginnenden Besitzumwälzungen.

Durchblättern wir die Reichstags-, die Landtags- und Kreistagsabschiede vom Ausgang des Mittelalters an bis in das 18. Jahrhundert hinein, so stoßen wir auf zahlreiche Verordnungen gegen Bettler und „Müßiggänger". Die schwäbischen Kreisschlüsse von 1551, 1555, 1562, 1563, 1569 und 1590 gehen den „starken Bettlern, dem herrenlosen Gesinde, den Zigeunern ꝛc." arg zu Leibe. Namentlich führten die Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts den Bettlerarmeen immer neue Rekruten in den herumschwärmenden Söldnerhaufen zu. In einem Abschiede von 1555 zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen heißt es der „umblaufenden Knechte halber": „sie sollten nicht länger als über Nacht gelitten werden und nicht anders dann um ihren Pfennig". Neben diesen „umb-laufenden" Knechten spielen auch die „muthwillig ausgetretenen Unterthanen" eine große Rolle in diesen Verordnungen, ein Beweis, daß die Flucht „gutsunterthäniger" Bauern unter dem Drucke der sich entwickelnden Leibeigenschaft sehr bedeutend gewesen zu sein scheint. Ein Edikt Ferdinands I. sowie die „Polizeyordnung" von 1577 wenden sich gegen Leute, „die muthwillig aus ihrem Dienst austreten"*). In der Mark Brandenburg ließ der Kurfürst Friedrich Wilhelm das „Bettler- und Lumpengesindel" aufgreifen und nach Spandau abliefern, wo er ein Zucht- und Spinnhaus errichtet hatte. Bettler und Müßiggänger sollten den Wollmanufakturen übergeben werden. Im August 1688 wurden gefangene aufgegriffene Bettler einigen Seidenhändlern „zum Spinnen" zugewiesen. Namentlich zeigen die Gesindeordnungen Norddeutschlands durch ihre grausamen Bestimmungen gegen die „entlaufenen Unterthanen", wie häufig diese damals dem drückenden Joche der Leibeigenschaft zu entfliehen suchten.

*) Lünig: Deutsches Reichsarchiv.

Digitized by Google

Fast in ganz Norddeutschland werden seit dem 16. und 17. Jahrhundert ganze Klassen von Bauern gelegt und in Leibeigene verwandelt.

In Schleswig-Holstein*) legte sich der Adel (nach Georg Hanssen) erst nach dem Verschwinden der Lehndienste und dem Aufkommen der stehenden Heere „auf den eigenen größeren landwirthschaftlichen Betrieb". Die Ritter schufen „die großen Oekonomien, indem sie einen Theil der Hufen niederlegten d. h. die Kolonen von diesen Stellen vertrieben, die Hufengebäude niederrissen, aus den dazu gehörigen Hufländereien das Hoffeld bildeten — und für die Bestellung derselben die übrig gelassenen Kolonen des Dorfes dienstpflichtig machten. Der 30jährige Krieg beraubte dann später viele Bauerngüter ihrer Besitzer. Zahlreiche Güter wurden wüst". Diese vereinigte der Adel häufig mit seinem Hoffeld. Selbst die fürstliche Regierung entblödete sich zu Anfang des vorigen Jahrhunderts durchaus nicht, die Bauern auszukaufen und zu legen. Allein in den zwei Jahren 1706 und 1707 wurden die Dörfer Lübbersdorf, Vollbrügge, Kremsdorf und andere Ortschaften niedergeworfen. Die wohlhabenden Bauern, die bis dahin stets allen ihren Verpflichtungen pünktlich nachgekommen waren, wurden sogar noch bei Vergütung des Werthes ihrer Hofgebäude „schmählich betrogen". Ueberhaupt derart allgemein war jener Vorgang des Bauernlegens, daß es nach Hanssen gar keiner besonderen Belege „für den allgemeinen Entwicklungsprozeß bedarf, durch welchen die adeligen Güter entstanden und vergrößert worden sind."

Jetzt, wo die großen Güter vorhanden waren, fehlte es auch hier dem Adel an dem nöthigen Menschenmaterial zur Bewirthschaftung seiner Güter. Da der seines Hofes beraubte Bauer auswärts ein Fortkommen suchte, so sah der Adel sich genöthigt, ihn zwangsweise an die Scholle zu fesseln. Und daher wurde denn, wie Hanssen aus-

*) Als Grundlage für die Darstellung der agrarischen Verhältnisse Schleswig-Holsteins, Mecklenburgs, Pommerns und Ostpreußens diente mir meine Arbeit in der „Neuen Zeit" 1888, „Kleine Beiträge zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in Deutschland."

Digitized by Google

führt, die Leibeigenschaft in den Herzogthümern Schleswig-Holstein „auf dem Wege der gewaltsamen Unterdrückung des Bauernstandes“ eingeführt und dann später durch landesherrliche Entscheidungen bekräftigt.

Diese neu entstandenen Leibeignen zerfielen in drei Klassen: in Hufner, Insten und Gesinde. Die Hufner hatten die Nutznießung eines mehr oder weniger großen Grundstückes, einer Vollhufe, einer Halb- oder Viertelhufe; sie waren beliebig absetzbar und wurden überhaupt nur als „Wirthe bis weiter“ betrachtet. Diesen Zustand der ständigen Gefahr des Bauern, von seinem Gute vertrieben zu werden, schildert vorzüglich das Sprichwort, das unter den Leibeigenen damals gang und gäbe war: „Der Bauer müsse sein Bett nicht vor Abend zurecht machen, weil er am Tage nicht wissen könne, ob er auch die nächste Nacht in demselben schlafen werde“. Die Insten bekamen von der Gutsherrschaft keine Hufen zugewiesen, sie wurden in den gutsherrlichen „Kathen“ untergebracht und mußten für einen geringen Tagelohn auf den Gütern schanzen. Diese Kathen, diese Hütten waren meist in einer Verfassung, wie sie nicht einmal Viehställen zukommt, geschweige denn menschlichen Wohnungen — so sprach sich damals ein edeldenkender Gutsbesitzer aus. Das Gesinde ward von Kindern der Hufner und Insten gebildet, die so früh als möglich in den herrschaftlichen Dienst hineingezwängt wurden.

Die Leibeigenen wurden häufig wie Sachen behandelt, man soll sogar um sie gespielt und sie mit Jagdhunden ausgetauscht haben*). Ueber die Leibeigenen konnte die Herrschaft den sogenannten Dienstzwang ausüben, d. h. sie konnte die Landarbeiter zum Dienste mit Prügeln zwingen. Mit den entehrendsten Strafen bedachte man häufig den Leibeigenen. So ließ man ihn z. B. gefesselt auf einen vor dem Herrenhause paradirenden hölzernen Esel sitzen. Noch am Ende des vorigen Jahrhunderts betrug die Anzahl der Leibeigenen nahezu 20 000. Am 1. Januar 1805 hob man die Leibeigenschaft auf.

Im Lübeck'schen und Ostholstein'schen Gebiete begann der Adel im Anfang des 16. Jahrhunderts sich

*) Hanssen, S. 16.

Digitized by Google

Güter zusammenzukaufen und jede selbständige Bewegung der Bauern zu unterdrücken. Bis zur Reformation ist zwischen Adels- und Klosterbauern kein Unterschied, bis zu dieser Zeit geht die Unterdrückung der Klosterbauern langsam von statten, während der Adel seine Bauern rascher zu Leibeigenen und Pächtern herabdrücken durfte[1]). Nach der Reformation jedoch vollzieht sich derselbe Prozeß des Niederlegens von Hufen und der gewaltmäßigen Unterdrückung der Bauern auch auf dem ehemaligen Klostergebiete, so auf dem Ahrensböker Kloster- und Amtsgebiete. „Es lagen um 1560 bereits manche Aecker wüst, im 17. und 18. Jahrhundert aber hatte man die Bewohner durch die Leibeigenschaft an die Scholle gefesselt. Der Staat war hier keineswegs der Beschützer der Schwachen und Unterdrückten, er ist an und für sich durchaus indifferent und repräsentirt nur die Meinungen und Empfindungen der an der Regierung betheiligten, herrschenden Klassen. Unter staatlicher Autorität entstand hier die Leibeigenschaft, blühte sie auf und ging sie mit der Zerschlagung der Domänen in 1767 und den folgenden Jahren wieder zu Grunde".[2])

In Mecklenburg bestand im Mittelalter eine ziemlich milde Form der Hörigkeit. Mit der Reformation jedoch begann die Lage der Bauern sich stetig zu verschlimmern. Namentlich nach den willkürlichen Eingriffen des Landesfürsten in den kirchlichen Besitz ging es rasch abwärts mit den Bauern. Mehrere tausend Bauern wurden schon damals gelegt. Ihre Höfe fielen der Habsucht des Adels zum Opfer. Schon 1590 klagte Herzog Ulrich in einem Reskript: „Es gehe alles, was andere zu ihrem Vortheil suchen, auf die armen Bauersleute aus".

Die Verjagung der Bauern von ihren Gütern bekräftigte förmlich eine landesherrliche Entscheidung vom Jahre 1607. Dieser Entscheidung zufolge mußte der Bauer auf Begehren des Gutsherren die ihm eingeräumten Aecker wieder abtreten. Er konnte überhaupt keine Erbgerechtigkeit beanspruchen. Diese Maßregeln schlugen

[1]) Dr. G. H Schmidt: Zur Agrargeschichte Lübecks und Ostholsteins 1887.

[2]) Dr. G. H. Schmidt: Zur Agrargeschichte ꝛc. Seite 73.

Digitized by Google

geradezu dem alten Herkommen in's Gesicht, das im 16. Jahrhundert auf allen Landtagen als eine Rechtsquelle hoch und heilig gehalten wurde.[1]) Im Jahre 1621 wurde die Entsetzbarkeit der Bauern von ihren Gütern abermals gesetzlich anerkannt. Von tiefgreifendem Einfluß für die Bildung der großen adeligen Gutswirthschaften ist der dreißigjährige Krieg gewesen. Ueber ein Drittel der Einwohnerschaft Mecklenburgs ist in Folge dieses Krieges gestorben oder verdorben. Zahlreiche Bauernhöfe wurden daher „wüst" und meist zu den adeligen Gütern geschlagen.

Im 18. Jahrhundert wälzte ein neues Wirthschaftssystem gänzlich die ländlichen Verhältnisse um, nämlich die sogenannte Koppelwirthschaft. Die Koppelwirthschaft läßt in bestimmten Zeitabschnitten einen Wechsel in der Bebauung des Grund und Bodens eintreten. Die vorher mit Getreide bebauten Felder ruhen für einige Zeit aus und dienen zur künstlichen Weide. Die Viehzucht nimmt infolgedessen zu, und diese erlaubt die Zahl der beschäftigten Arbeiter einzuschränken. Zwei Zeugnisse unter so vielen anderen bestätigen hauptsächlich klar und bestimmt die brutale Vergewaltigung der unglücklichen Bauern, welche sich an dieses System knüpfte. v. Engel und v. Langemann sprechen von ganzen Dörfern, die von der Erde verschwanden. „Die Aecker wurden zu Höfen und zu Meiereien gezogen, und die Bauern in Einlieger verwandelt, die außer einem Garten und etwas Wiesenwachs gar keinen Acker hatten".[2])

Selbst der sogenannte Erbvergleich vom Jahre 1755 wagte nicht, entschieden dem Unwesen des Bauerlegens zu steuern. Er verbot nur das Legen ganzer Dörfer durch den Adel, dagegen sollte es diesem „unbenommen" bleiben, „den Bauern von einem Dorf zum andern zu setzen und dessen Ackerwerk zum Hofacker zu nehmen oder sonst dasselbe zu nutzen". Trotzdem legten die Ritter im Zeitraume von 27 Jahren nach diesem Erbvergleiche 49 Dörfer mit 137 Vollhufern, 8 Dreiviertel- und 7 Halbhufern und 17 Kossäthen, wie dieses aus dem

[1]) Boll, Geschichte Mecklenburgs. 1. Bd. S. 353 ff.
[2]) Siehe Boll.

Digitized by Google

Brief des mecklenburgischen Herzogs an den Kaiser vom 31. Dez. 1782 ersichtlich ist. „Wenn dieses also fortginge", klagt der Herzog in seinem Schreiben, „so würde es etwa in 200 Jahren geschehen sein, daß in demjenigen Theile meiner Lande, woran Ritter und Landschaft Eigenthum haben, kein einziges Dorf und keine Bauernschaft sich mehr befände".*)

Einen wahrhaft hunnisch-tartarischen Anstrich müssen theilweise diese brutalen Eingriffe des Adels in das bäuerliche Besitzthum gehabt haben. Man kann sich ungefähr einen Begriff von den Vernichtungen machen, welche der Adel unter den Bauern anrichtete, wenn man die Thatsache in Erwägung zieht, daß von **12545** ritterschaftlichen Bauernstellen, die zur Zeit des 30jährigen Krieges vorhanden waren, nur noch **1213** im Jahre 1849 existirten. In Mecklenburg-Strelitz befanden sich nach dem Strelitzer Staatskalender von 1798 nur noch 139 Bauern und 16 Kossäthen auf den ritterschaftlichen Gütern.

In Pommern zeigten sich schon am Beginn des 16. Jahrhunderts die mannigfaltigsten Unterschiede in den bäuerlichen Besitz- und Rechtsverhältnissen. Der Historiker Kantzow z. B. führt uns in seinem Geschichtswerk „Pommerania" zwei vollkommen verschiedene Klassen der bäuerlichen Bevölkerung vor Augen.

Eine Klasse hat noch „ihre Höfe erblich" inne und zahlt nur „bescheidene Zinse", während die andere „kein Erbe an den Höfen besitzt und der Herrschaft so viel dienen muß, als sie nur immer von ihnen haben wollen." „Die letzteren Bauern können," wie er weiter mittheilt, „über solche Dienste" nicht „ihr eigen Werk vetrichten, und müssen verarmen und entlaufen." Auf Rügen dagegen waren die Bauern oft noch völlig frei. Kantzow schildert sie als wohlhabend und unabhängig, ja als stolz und hochfahrend. Er schreibt: „Die meisten thun gar keine dienste, sondern geben gelt dafür, daher es khumpt, daß die pawren sich als frey achten und dem gemeinen Adel nicht nachgeben wollen. Darin sie von deswegen

*) Schlözer, Staatsanzeigen. Band IV, 204 ff.

Digitized by Google

so viel mehr gemütet werden, daß ofte ein armer Edelmann einem reichen pawer seine tochter giebt und die kinder sich darnach halb edel halten".*)

In der letzten Hälfte des 16. Jahrhunderts griff das Bauernlegen in Pommern um sich. Die Ritter zogen die Ländereien der Bauern ein, die Domänen, Städte und Kirchen verwandelten ihre Bauern in Zeitpächter.[1]) Die Bauernordnung vom 16. Mai 1616 krönte das Werk dieser brutalen Unterjochung des Bauernstandes. In dieser Bauernordnung werden den Bauern allerhand ungemessene „Frohndienste" aufgelegt. Sie sollen kein „Dominium oder Erbgerechtigkeit irgend einer Art" haben und können von der Gutsobrigkeit „ent- und versetzt werden."[2]) Immer fester legten sich die Bande einer halbsklavischen Abhängigkeit um die Hände der Bauern. Schon die Bauernordnung von 1646 räumte dem Herrn gegenüber seinen entlaufenen Leibeigenen das Recht ein: ihren Namen „auf den Kak oder Galgen schlagen zu lassen und sie dadurch, es seien Manns- oder Weibspersonen, unehrlich zu machen, ihnen auch künftig, wenn sie wieder ertappt werden, durch den Scharfrichter ein Brandmal auf den Backen brennen zu lassen."

Im großen Stile betrieb der Adel noch im 18. Jahrhundert sein vielgeliebtes Handwerk, das Bauernlegen, hier in Pommern und auf Rügen. Noch der große Patriot Arndt erschaute mit eigenen Augen diese himmelschreiende Vergewaltigung der Bauern durch den Adel. Er schreibt darüber in seinen „Erinnerungen aus dem äußeren Leben": „Kurz, für das schwedische Pommern galt noch um das Jahr 1800 der Lichtenbergische Scherz in seiner vollen Bedeutung einer hübschen Preisfrage: eine Salbe zu erfinden zur Einschmierung der Bauern, damit sie drei-, viermal im Jahre geschoren werden können. — In Rügen war noch in meinen Tagen eine Menge Dörfer verschwunden und die Bewohner der Höfe waren als arme heimathlose Leute davongetrieben

*) Pommerania von Th. G. Kantzow. (Herausgegeben von Kosegarten.) Band 2, 418, 419, 433 ff.

[1]) Roscher: Nationalökonomie des Ackerbaus.

[2]) Dähnert, Sammlung Pommer'scher und Rügen'scher Landesurkunden. Zitirt bei Janssen, Bd. 1, 270.

Digitized by Google

worden, sodaß, die früher Knechte gehalten hatten, jetzt als Knechte und Mägde dienen mußten. Ja es gab Edelleute, welche große Dörfer ordentlich auf Spekulation kauften, Wohnungen und Gärten schleiften, große und prächtige Höfe bauten, und diese dann mit dem Gewinne von 20—30 000 Thalern verkauften. Dies veranlaßte an mehreren Stellen förmliche Bauernaufruhre, welche durch Soldatenentsendungen und Einkerkerungen gedämpft werden mußten. Auch wurden, wie es munkelte — was aber des verhaßten Gegenstandes wegen vertuscht ward — einzelne Edelleute und Pächter gelegentlich wie Tiberius durch nächtliche Ueberfälle unter Kissen erstickt. Aber dergleichen Gräulichkeiten waren nur eine kurze Warnung, und die Dinge liefen darum nichtsdestoweniger ihren gewöhnlichen häßlichen Lauf."

Fast vollkommen erfolglos erwiesen sich diesen hartköpfigen Junkern gegenüber die Bestrebungen Friedrich's II., das Besitzrecht der Bauern in Pommern zu befestigen. Alles blieb in Pommern beim Alten, so schreibt Knapp;*) „das Besitzrecht der Bauern wurde nicht verbessert. Der König war mehr als halb besiegt, noch einmal waren die Behörden, geistig verbunden mit den Ständen, mächtiger als der unumschränkte Herrscher gewesen." Alle objektiv urtheilenden Zeitgenossen schildern in den düstersten Farben die schrecklichen Zustände in Mecklenburg, Holstein und Pommern. Die „Staatsanzeigen" Schlözer's erklärten im Juni 1783 unumwunden: „In Holstein, Pommern, Mecklenburg ist die Leibeigenschaft hart und drückend, dort kann der Gutsherr seine Leibeigenen im Augenblicke vom Wohlstande an den Bettelstab bringen und alle Arten von Grausamkeit und Unterdrückung ausüben."

In Ostpreußen wurden viele preußische Bauern nach ihrem Abfall von dem deutschen Orden leibeigen. Jedoch war ihre Lage noch relativ günstig. Dieselbe verschlimmerte sich erst wesentlich nach dem unglücklichen dreizehnjährigen Kriege des Ordens mit Polen. Die

*) In seinem Werke: „Die Bauernbefreiung in den älteren Theilen Preußens."

Digitized by Google

Wuth dieses Krieges verschlang gegen 90 000 Bürger und Bauern. Von 21 000 Dörfern blieben kaum 3020 verschont.[1]) Dieses war um die Mitte des 15. Jahrhunderts. Nach dem unglücklichen Ausgang des Bauernaufstandes im Jahre 1525 fiel der preußische Bauer gänzlich in die Bande der Knechtschaft. Die strengen Züge, welche die Leibeigenschaft hier in Ostpreußen annahm, kennzeichnet vorzüglich die Bestimmung, daß die Bauern beliebig verkauft und verpfändet werden konnten.[2]) „Die Leibeigenschaft in Ostpreußen und Litthauen kam während der Zeit vom Ende des 16. Jahrhunderts bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts nur noch in einem, freilich aber auch wesentlichen Punkte überein mit einem knechtischen, der Sklaverei vergleichbaren Zustande. Es ist dies die dem Herrn offen gelassene Möglichkeit, seine Leibeigenen gleichwie Sklaven an andere Herren zu veräußern, ohne gleichzeitige Ueberlassung von Grund und Boden, weder des ganzen Guts noch auch nur einzelner gehöriger bäuerlicher Grundstücke.“[3])

Die Bauern der Altmark, der Zauche und des Barnim waren in früheren Zeiten in erblichem Besitze ihrer Güter. Es mangelt hier gänzlich an Nachrichten von Leibeigenen.[4]) Mit Hülfe des Auskaufens und Legens der Bauern schuf sich auch hier der Adel seinen Großgrundbesitz. Ein Landtagsreceß von 1540 spricht schon vom Bauernauskaufen als von „einem alten Gebrauche“, auf den sich „die vom Adel bezogen haben.“ Mehrfach wird dieses Recht noch später in Landtagsabschieden ausgesprochen. So z. B. 1572, 1602 und 1658. Dasselbe war meist an die Bedingung geknüpft, „daß die vom Adel der Pauren Gütter selbst bewohnen und daß sie den Pauren, so sie

[1]) Sugenheim ꝛc. S. 366—67.

[2]) Dieses Recht des gnädigen Herrn hebt Sahme in seiner „Gründlichen Einleitung zur Preußischen Rechtsgelahrtheit“ hervor. Siehe W. v. Brünneck: Leibeigenschaft in Ostpreußen. Zeitschrift der Savigny-Stiftung. 9. Band.

[3]) So schreibt W. v. Brünneck in seinem Aufsatze über die Leibeigenschaft in Ostpreußen. Zeitschrift der Savigny-Stiftung.

[4]) Riedel, Geschichte der Mark Brandenburg um 1250. Bd. II., 273, 274, 281.

Digitized by Google

auskaufen wollen, ihre Gütter nach Würdigung, was sie gelten mochten, entrichten und bezahlen."

Im ausgedehntesten Maße machte nun der Adel von diesem Rechte Gebrauch. Selbst die Berichte der Stände der Altmark und Priegnitz sprachen es im Jahre 1624 offen aus, daß die rücksichtslose Handhabung dieses Rechtes durch die Ritter zu mancherlei Mißbräuchen Veranlassung gab. In dem Zeitraume von ca. 50 Jahren vor dem 30jährigen Kriege sind allein in der Mittelmark 426 Bauern mit 1563⅓ Hufen ausgekauft worden. Das gutsherrliche Areal wuchs dadurch um die Hälfte seines ursprünglichen Bestandes, von 3228⅓ auf 4797⅚ Hufen an. Große Verheerungen richtete dann der 30jährige Krieg unter den Bauern an. In Teltow blieben von 1175 Bauern und 750 Kossäthen nur noch 841 Bauern und 420 Kossäthen übrig; im Niederbarnim von 927 Bauern und 706 Kossäthen nur 417 und 340 (Großmann).

Selbst in den Amtsdörfern der Kur- und Neumark verschwanden zahlreiche Höfe. Vor dem Kriege gab es bei den Aemtern 3000 Ackerleute und 3097 Kossäthen, dagegen im Jahre 1652 waren nur noch 1550 Bauern und 1769 Kossäthen vorhanden.[1]) Nach der Mitte des 17. Jahrhunderts, so führen Lette und Rönne aus, behauptete man „daß Leibeigene aus den ihnen eingethanen Höfen nach Willkür des Herrn herausgeworfen, auch nach dessen Belieben mit höheren anderen Diensten belastet, desgleichen dessen Straf- und Züchtigungsrecht unterworfen werden dürften."[2]) Im Jahre 1671 befinden sich die Ritter schon wacker auf der fortschreitenden Bahn der Bildung, natürlich der Bildung großer Rittergüter, denn ein Patent aus diesem Jahre belehrt uns, daß der Adel der Mark aus den „Schulzen- und Bauerngütern, wüsten Bauern- und Kossäthenhufen" Vorwerke, Meiereien und Schäfereien gemacht und sich „unterstanden hätte", für diese Stücke die adeligen Freiheiten in Anspruch zu nehmen.[2]) In

[1]) Lette und Rönne: Die Landeskulturgesetzgebung. Einleitung I, XVII.

[2]) Stenzel, Geschichte des preußischen Staates, Buch 4, S. 226.

Digitized by Google

der Uckermark nahm gerade wie in Pommern die Leibeigenschaft sehr strenge Züge an. In der Neumark wurde seit 1670 jeder, der vier Jahre unter einer Herrschaft ansässig war, „gutsunterthänig." Die Bauern-, Schäfer- und Gesindeordnungen für die Priegnitz, Mittelmark, Uckermark und Beeskow-Storkow sanktionirten die Leibeigenschaft dort, wo sie bestand.[1])

Sehr streng schreiten diese Gesindeordnungen gegen das Entlaufen der Gutsunterthanen ein. So z. B. eine Gesindeordnung von 1685. Die Obrigkeiten, so heißt es in derselben, sollen die Macht haben, „sie durch einen offenen Brief, der am Kruge oder Schulzengericht angeschlagen werden kann, zurückzufordern mit ernstem Befehle, daß sie binnen 4 Wochen sich wieder einfinden oder auf den widrigen Fall ihre Namen an den Galgen geschlagen, alle Anfälle und Erbschaften ihnen entzogen, und da man sie ausforschen und ertappen würde, sie mit ewiger Gefängniß- und Besserungsarbeit, auch nach Befinden an Leib und Leben gestrafet werden sollen." (Großmann).

Nach allen jenen Unterdrückungs- und Vergewaltigungsmaßregeln des Adels schleppte sich daher der märkische Bauer oft mühsam durch's Leben. „Der Bauer muß allen Fleiß anwenden", bemerkt Roden vom märkischen Bauer, „um sich kümmerlich zu behelfen, wenn er sich ehrlich ernähren und durchbringen will, zumal wenn er sonst nichts anderes als sein eigenes Wohnhaus und Hofgebäude nebst dem dazu gehörigen Acker in Vermögen hat."[2])

Auch in der Mark übte die Bauernschutzgesetzgebung der preußischen Könige nur einen geringen Einfluß auf die Befestigung der bäuerlichen Besitzverhältnisse aus. Nach der Darstellung des Dr. Großmann „haben alle Bemühungen der preußischen Könige für die Hebung des Bauernstandes in den adligen Gütern der Mark an den gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen wenig geändert, gelungen ist nur die Verhütung weiterer Ausbreitung des gutsherrlichen Areals auf Kosten des bäuerlichen."

[1]) Stenzel, Buch 4, S. 451.

[2]) E. Reinman, Neue Geschichte des preußischen Staates. Bd. 2, S. 435.

Digitized by Google

In Schlesien ging die Umgestaltung der bäuerlichen Rechts- und Besitzverhältnisse gerade so stufenweise vorwärts wie in den übrigen Theilen der späteren preußischen Monarchie. Zuerst kaufte der Ritter den Bauer aus, um sein Wirthschaftsgebiet möglichst zu vergrößern und abzurunden. Er „legt" ihn alsdann kurzer Hand, vermehrt seine Dienste und Lasten und fesselt ihn durch Einführung der Leibeigenschaft oder Erbunterthänigkeit an die Scholle. Diese Entwicklung entspricht eben den Anforderungen der umsichgreifenden Geldwirthschaft, welche große, leistungsfähige Güter zum Zwecke einer gesteigerten Waarenproduktion verlangte. Da nun in der damaligen Gesellschaft der Adel die einflußreichste Gesellschaftsklasse war, so vollzog sich der ganze Umwälzungsprozeß zu Ungunsten des machtlosen, schwachen Bauernstandes. Die Höfe desselben wurden niedergelegt und mit den adeligen Gütern verschmolzen. Unter dem Einfluß derselben Entwickelungsmomente bildeten sich nun in Schlesien dieselben wirthschaftlichen Verhältnisse aus wie in den übrigen Theilen Preußens.

Treten wir einmal diesen Verhältnissen etwas näher, damit wir ein klares anschauliches Bild von der Lage des Bauernstandes erhalten.

Das Besitzrecht der Bauern war in Schlesien unsicher und schwankend. Dies beweisen schon die vielfach erneuerten Erlasse der preußischen Könige gegen das Bauernlegen. Namentlich in Oberschlesien befestigte die Bauernschutzgesetzgebung keineswegs die Besitzrechte der Bauern. Auf dem Wege eines Vergleiches mit ihren Gutsherrn sollten nämlich hier die Bauern zu erblichen Besitzern ihrer Güter gemacht werden. Die Besitzer der ländlichen Stellen erhielten Kaufbriefe. Ueber diese Briefe setzten sich die Herren leicht hinweg; „es wurde nach Friedrich des Großen Tode alles wieder rückgängig gemacht, theils mit, theils ohne Zustimmung der Unterthanen, und der alte Zustand, ganz wie der König es gefürchtet hatte, wieder hergestellt." (Knapp.)

Auf Grund so unsicherer Besitzverhältnisse mußten sich natürlich wahrhaft abscheuliche Zustände in Oberschlesien ausbilden. Halb vertiert war thatsächlich dort schon der Leibeigene. Wir wollen hier dem Leser die

Digitized by Google

Beschreibung vor Augen führen, die Knapp in seiner „Bauernbefreiung“ über die Lebensverhältnisse der Leibeigenen entworfen hat. Knapp schreibt: „Die Kost derselben war folgende: fünf bis achtmal im Jahre Fleisch, oft von krankem oder halbkrepirtem Vieh, sonst Graupen, Hirse, Erbsen, nicht immer satt zu essen. Hamster, das Fleisch von krepirten und lebendig verbrannten, mit Schutt bedeckten Kühen essen sie als eine Delikatesse auf der Stelle und suchen es unter dem Schutt hervor.“ Halb nackt laufen die Leibeigenen herum. „Die meisten gehen das Jahr hindurch ohne Strümpfe. Im Sommer haben die meisten nur ein grobes, wergenes Hemd und ein paar Beinkleider an. Ja, einige Weiber, alte wie junge, gehen noch im Oktober ganz ohne Hemd und haben bloß einen schlechten Weiberrock an und eine Joppe auf ihrem Leib und auch diese nicht etwa zugemacht, folglich kann man die bloße Brust und den Leib bis auf die Hüfte sehen.“ Wenn dann die armen leibeigenen Bauern ihre Lebenszeit unter einer Herrschaft dahingebracht haben, von der sie sagen, „daß sie lieber zehn Jahre im Zuchthause, als zwei Jahre bei derselben arbeiten würden,“ fahren sie gar prosaisch in die Grube. „Die meisten,“ so lesen wir, „wenn sie gestorben sind, werden in eine von Mistbrettern zusammengenagelte Kiste gelegt und dann begraben.“

Eine genaue Schilderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bauern hat uns Jakobi in seinem Werke über die landwirthschaftlichen Zustände Schlesiens im vorigen Jahrhundert gegeben. Schon von Jugend auf stand der Unterthan in Schlesien unter dem Dienstzwange. „Alle Jahre war ein sogenannter Gestellungstag, an dem jeder Unterthan seine Kinder, deren christliche Konfirmation erfolgt war, dem Gutsherrn vorführen mußte. Dieser verfügte nun nach Gutdünken über dieselben. Zu dem einen Unterthan sagt er: Dein ältester Sohn wird drei Jahre auf meinem Oberhofe Großknecht, Dein jüngster Sohn auf dem Mittelhofe Pferdejunge; zu dem anderen: Deine Tochter wird Mittelmagd für die Viehwirthschaft auf dem Niederhofe; zu dem dritten: Dein ältester Sohn wird Ochsenknecht u. s. w.“ — Wenn nun ein Vater einwandte: „Mein Sohn hat

Digitized by Google

Neigung, Schuhmacher zu werden," so wurde er bedeutet, daß es lediglich von der Herrschaft abhängt, ob ein Unterthan ein Handwerk lernen dürfe."*)

Unbarmherzig übte damals noch der gutsherrliche Stock sein angebornes Prügelrecht auf den Rücken aller Unterthanen aus. Namentlich hatten die Pferdejungen unter wuchtigen Hieben des Stockes zu leiden. „Haut auf die Jungen, daß sie schwarz werden," soll die Losung der Verwalter gewesen sein. Im Jahre 1795 verbot man zur Züchtigung des Gesindes den Stock. 1799 untersagte eine Verordnung das Einsetzen in den Stock, das heißt das Einspannen der männlichen Unterthanen in eine unveränderliche Zwangslage zwischen Brettern und das Einschließen der weiblichen in das Halseisen. In Oberschlesien wurden die Leibeigenen noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts unglaublich gemartert. Erst 1755 schaffte man Marterwerkzeuge wie den spanischen Mantel und den polnischen Bock ab. Ja bis 1800 behauptete dort noch vielfach der eiserne (!) Prügel seine Herrschaft auf dem platten Lande. Noch im Jahre 1789 wurde darüber geklagt, daß in Oberschlesien wegen versäumter Frohnden oder wegen Vernachlässigung einer anderen gutsherrlichen Pflicht die Marter der Lattenstrafe, genannt „der Jammer," stattfände. Diese Marterprozedur bestand darin: der Bauer wird mit bloßen Füßen in ein nur zwei Ellen hohes, zwei Ellen langes und eine Elle breites, stallartiges Behältniß eingesperrt, das mit scharfkantigen Latten gedielt war und in welchem er nicht stehen noch liegen konnte. Er mußte daher die grenzenlosesten Schmerzen erleiden. Selbst die Dorfpolizeiverordnung vom 1. Mai 1804 kennt noch folgende Bestimmung: „Ein Unterthan, welcher entläuft oder ohne Erlaubniß anderweitig als Knecht, Tagelöhner oder Geselle dient, wird von seiner Grundherrschaft verhältnißmäßig gezüchtigt." Diese Dorfordnung umfaßte 35 Quartseiten, war mit Androhungen von körperlicher Züchtigung, Halseisen, Peitschenhieben, Spießrutenlaufen, Strafarbeit, Gefängniß-, Karren-, Zuchthaus-, Festungs-, Leibes- und Lebensstrafe bis zum

*) Jakobi, 158.

Digitized by Google

Strange hin wohlversehen und es muß ein höchst erbauliches Sonntagsnachmittags-Vergnügen gewesen sein, wenn dieselbe, wie vorgeschrieben, alljährlich einmal „der versammelten Gemeinde langsam und deutlich vorgelesen, und besonders dahin gesehen wurde, daß jedes Glied der Gemeinde mit Achtsamkeit darauf merke.[1])

* * *

Keineswegs mehr patriarchalisch war also das Verhältniß zwischen dem Gutsherren und seinem Unterthan. Es entsprach durchaus den vollkommen veränderten Wirthschaftsverhältnissen. Ein ausgeprägter Gegensatz zwischen Gutsherr und Bauer bestand. Der Gutsherr war Kaufmann und Waarenproduzent geworden. Je mehr Arbeit er den Leibeigenen auspreßte, je größer wurde die Menge der zu Markt gebrachten Waaren, je höher stieg deshalb der Reinertrag seines Gutes. Dem Gutsunterthan natürlich mußte daran gelegen sein, möglichst wenig Arbeit für die gutsherrliche dürftige Kost und den geringen Lohn zu leisten.

Einen Beweis für den großen Umschwung der wirthschaftlichen Verhältnisse liefert die landwirthschaftliche Litteratur. Immer schärfer kehrte sie im Laufe der Entwicklung den rein kaufmännischen Standpunkt bei der Bodenbewirthschaftung hervor. Der alten sogenannten Hausväterlitteratur lag, bemerkt Fraas in seiner Geschichte der Landwirthschaft, der Kultus der Familie zu Grunde. Seit dem 18. Jahrhundert jedoch wendet diese Litteratur ihre Hauptaufmerksamkeit dem Reinertrage zu. Früher hieß es, „die Aufgabe der Bewirthschaftung eines Meierhofes sei gut Hauszuhalten, in Gottesfurcht und Ehren die Familie zu erhalten, jetzt aber ist das Ende und Ziel (der Wirthschaft), den höchsten Reinertrag aus dem Grundbesitze zu ziehen." — Der Freiherr von Münchhausen erklärt dann auch unumwunden in seinem „Hausvater"[2]). „Wir sind in Ansehung unserer Güter nichts anderes als Kaufleute, welche ihre Waaren beständig umsetzen

[1]) Jakobi 171.
[2]) IV. Theil, Stück 1, 128.

Digitized by Google

und nach Umständen bald im Großen bald stückweise handeln."

Wohl oder übel mußte der Ritter das Feilschen und Schachern erlernen, die Thaler der Geldwirthschaft waren doch noch fester als die eckigen Hartköpfe der Junker. In hausbackene Schafzüchterprosa verwandelt sich bald die ritterliche Poesie des Schäferspielens.

Immer schärfer prägten sich die kapitalistischen Züge der damaligen Wirthschaft aus. An die Stelle vieler tausend kleiner Zwergwirthschaften waren einige Großwirthschaften getreten. Mit Recht sagt daher K. Kautsky von diesem Großgrundbesitz: „Der kapitalistische Charakter, den die Landwirthschaft beim großen Grundbesitz annahm, wurde durch die Leibeigenschaft und Hörigkeit, die ihm anhafteten, nicht verwischt, sondern nur verzerrt"[1]).

Die Anfänge des industriellen Kapitalismus.

Die Grundlage der landwirthschaftlichen Produktion des Mittelalters war, wie wir sahen, die kleine sich selbst genügende bäuerliche Wirthschaft. Eine strenge Gebundenheit zeichnete diese Produktion aus, jedes Glied derselben hat seine fest umgrenzten Rechte und Pflichten. Alle Beziehungen des Menschen zu seiner Wirthschaft waren durchsichtig klar, weil diese sich noch im engsten Rahmen bewegte. Und indem die Produktion stets in den engen ausgefahrenen Geleisen fortlief, erlangte sie eine gewisse Stetigkeit und Festigkeit. Schnelle, erschütternde Umwälzungen kannte sie noch nicht.

Aehnliche Züge der Sicherheit und Festigkeit charakterisirten auch die Wirthschaftsweise der mittelalterlichen

[1]) Karl Kautsky: Karl Marx' ökonomische Lehren.

Digitized by Google

Stadt. Der zünftige Handwerksmeister arbeitete für einen engen bekannten Kundenkreis. Seine wirthschaftliche Arbeit sicherte ihm und seiner Familie eine auskömmliche Existenz, und damit gab sich unser Kleinmeister zufrieden.

Auf die Gewinnung eines auskömmlichen Lebensunterhaltes war schließlich das Ziel der ganzen Produktion gerichtet. Daher charakterisirte die ganze damalige Wirthschaft eine gewisse Selbstgenügsamkeit. Erst die heutige Wirthschaft ist durch die Produktion in's Unermeßliche gekennzeichnet. Sie erweitert ständig ihre Grundlagen; sie wirft riesige Waarenmassen auf den Markt, setzt diese in Geld um und häuft dasselbe auf, um immer neue Arbeitskräfte und Arbeitsmittel anzuwerben und immer höhere Gewinne zu erzielen. Wollte diese Wirthschaft nur den Leiter derselben ernähren, so wäre ihr Zweck gar bald erreicht, sie brauchte dann nicht in so riesigem Umfange betrieben zu werden; denn der Magen des Besitzers wäre bald gestopft. Aber nach solcher Atzung dürstet der Kapitalist nicht. Nie ruhende Profitwuth tobt in ihm. Es ist, als wenn der ganze Sturm und Drang einer neuen, an den alten Mutterleib pochenden und hämmernden Wirthschaftsweise, welche der großen gesellschaftlichen Produktionsformen bedarf, in ihm brauste und gährte. Rastlose Fortentwicklung der Produktion, erreicht durch gegenseitigen Kampf der Kapitalisten um die Profite, wird der eigentliche Lebenspuls der Wirthschaft.

Ganz anders dagegen die mittelalterliche Produktion. Eng begrenzt war der Markt des Zunftmeisters. Er kannte genau die Konsumenten seiner Waaren. Die Masse der zu erzeugenden Waaren stand fast ziffernmäßig fest.

Diesem Umfange der Produktion entsprach eine bestimmte Anzahl von Produzenten, von selbstständigen Meistern. Um die Existenz dieser Meister, welche die Produktion benöthigte, zu sichern, schrieb die Zunftverfassung, namentlich in späteren Zeiten, die Zahl derselben vor. Ueberhaupt leuchtet aus allen Bestimmungen der Zunftordnung der eine große Zweck derselben hervor: „die Sicherung der Existenz des Produ-

Digitized by Google

zenten." Daher die Bekämpfung der Konkurrenz durch die Bestimmungen über die Zahl der Lehrlinge und Gesellen, die ein Meister halten durfte.

In streng abgemessenen Bahnen bewegte sich also damals das ganze werkthätige Leben der Städte. Die Bahnen erweiterten sich zwar, bildeten immer größere und größere Kreise, jedoch sie glichen keineswegs jenen exzentrischen Kometenbahnen der heutigen Wirthschaftsperiode. Behaglichkeit und Festigkeit lagerten sich über der ganzen kleinbürgerlichen Welt. Das Tempo, mit dem diese Welt vorwärts ging, läßt sich wohl vergleichen mit der langsamen mühsamen Wagenfahrt des damaligen Kleinbürgers auf sandigen unebenen Wegen, das heutige Fortschrittstempo dagegen mit dem eines dahinbrausenden Eisenbahnzuges.

Wie sollte sich nun unsere heutige fieberhaft bewegte Welt innerhalb dieser engen Bahnen entwickeln, welche die Zunftverfassung ihr steckten? Entweder sie mußte sich außerhalb dieser Schranken ausbilden oder sie mußte diese ihren Bedürfnissen entsprechend erweitern. Und in der That schlug der Kapitalismus beide Wege ein. Er setzte sich auf dem platten Lande außerhalb der Zunftschranken fest, und er gestaltete ferner die zünftige Verfassung derart aus, daß er sich innerhalb derselben strecken und recken konnte.

Die kapitalistische Hausindustrie im 17. u. 18. Jahrhundert.

Auf dem Lande fand der Kapitalismus einen guten Nährboden. Der Wohlstand der ländlichen Bevölkerung war damals vielfach sehr herabgegangen — wohl nicht zum mindesten, wie wir vermuthen, durch die gewaltthätigen Eingriffe des Adels in den bäuerlichen Besitz. Das arme Landvolk ergriff daher gern die Gelegenheit zu industriellen Nebenverdiensten. Mit industrieller Hausarbeit mußte es sich von jeher beschäftigen, da sich der Bauer ja noch „in allem selbst fertig machte."

In vielen dörfischen Bezirken konnte daher eine entwickeltere Industrie Platz greifen.

In Gladbach und Umgegend setzten sich häufig die Söhne und Töchter der Bauern an den Webstuhl, wenn

Digitized by Google

die paar Morgen Land nicht mehr für die zu zahlreich gewordene Familie ausreichten. Wir finden hier in Gladbach Ackerbau und Weberei miteinander vereinigt. Erst nach und nach wird dem Hausarbeiter seine Abhängigkeit vom Verleger (vom Kaufmann) fühlbar.*) Daher entwickelt sich erst allmählig ein Klassengegensatz zwischen Weber und Kaufmann.

In dem Bezirke von Kloppenburg und Meppen blühte im 18. Jahrhundert die Strickerei. In dem Götting'schen Magazin der Wissenschaften schildert uns 1781 ein Zeitgenosse folgendermaßen diese Hausindustrie: „Alles strickelt hier, was nur Hände hat, Bauer und Bäuerinnen, Kinder, Knecht und Magd vom 5. Jahre des Alters an bis ins Grab. So wie die Arbeiten, die den Acker betreffen, freie Muße geben, sitzt alles beim Feuer oder im Schatten zum Stricken. In den Bauernschaften versammeln sich im Winter die Stricker zu 20 und zu 30 in einer Stube, um bei der Wärme in einem Ofen und beim Scheine einer Thranlampe so wohlfeil als möglich zu arbeiten bis 11 und 12 Uhr in die Nacht hinein. Sie stricken 60 Paar Kinderstrümpfe, wenn ein Kaufmann die Wolle dazu hergiebt, für einen Thaler und spinnen dabei die Wolle". Die Strümpfe gehen nach Holland und werden „waarenweise" verfahren.

Hier haben wir eine sehr charakteristische Form der Hausindustrie vor uns. Der Kaufmann streckt das Rohmaterial den Hausarbeitern vor. Diese verarbeiten es daheim und liefern die fertigen Produkte an den Kaufmann zurück. Der Absatz der Strümpfe hält sich nicht mehr im engen lokalen Rahmen, sondern er erfolgt bereits im Großen. Der Leiter der Produktion wie des Vertriebes ist der Kaufmann. Der Arbeiter beschäftigt sich nur nebenbei mit dem Stricken, seine Hauptarbeit ist noch der Landbau.

Im sächsischen Voigtlande waren um die Mitte des 18. Jahrhunderts verschiedene Zweige der Textilindustrie hoch entwickelt. „Vor etwa 30 Jahren", schreibt im Jahre

*) A. Thun: „Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter." II, 2. 109.

Digitized by Google

1783 ein Doktor Ackermann in seinem Werk über die Krankheiten der Handwerker, „betrug im Voigtlande und den angrenzenden Orten die Zahl der Weber 2—3000 und die Zahl derer, die das zu diesen Webstühlen nöthige Garn spannen oder sonst gezwungen waren, der Zeugfabriken wegen eine sitzende Lebensweise zu führen, 6 bis 8000.“ Um 1783 war die Zahl derselben nach der Schätzung unseres Gewährsmannes auf 12 000 angewachsen.

Es ist sehr interessant zu sehen, wie sich sofort mit dem Aufkommen der kapitalistischen Hausindustrie die sogenannten Fabrikkrankheiten einbürgerten. Doktor Ackermann war mit den Verhältnissen der Hausindustrie sehr vertraut. Namentlich hatte er die Gesundheitsverhältnisse derselben fleißig zu studiren. Da er nun schon durch die Aufzeichnungen seines Vaters seit 1730 eine genaue Uebersicht über die Krankheiten der Hausindustriellen besaß, so drängte sich ihm unwillkürlich die Thatsache auf, „daß die gegenwärtig häufig aufkommenden Krankheiten immer im Verhältniß mit dem Steigen des Fabrikwesens sich mehr ausgebreitet und vervielfältigt“ hätten. Dieser Umstand veranlaßte ihn wohl auch, das Werk von B. Ramazzini über die Krankheiten der Handwerker und Künstler zu übersetzen und bedeutend durch eigene Beobachtungen zu erweitern*).

Schon in der Wiege zeigt der junge Kapitalismus eigenthümliche Gebrechen und Krankheiten.

In Dörfern Schlesiens beschäftigte sich die ländliche Bevölkerung schon seit langer, langer Zeit mit der Leineweberei. Schon im Jahre 1725 stellte man in 287 Ortschaften Schlesiens Leinewand her. Hausindustrielle wie selbständige Weber hingen fast vollkommen von den Kaufleuten und Garnhändlern ab. Diese waren die eigentlichen Beherrscher der Produktion und des Vertriebes. Im Anfang unseres Jahrhunderts (um 1805) schätzte Sinapius die Zahl der Weberfamilien auf 30 000, die

*) Bernhard Ramazzini's ꝛc. . . . . Abhandlungen der Krankheiten der Künstler und Handwerker, neu bearbeitet und vermehrt von Dr. Ackermann. Bd. I und II. Stendal 1780 und 1783.

Digitized by Google

Zahl der Spinner auf 500 000. Die Ausfuhr ins Ausland betrug an 5 bis 6 Millionen Thaler[1]).

Die Tuchfabrikation Schlesiens zeigte im vorigen Jahrhundert schon theilweise eine hausindustrielle Verfassung. In der Tuchfabrikation Grünebergs und Goldsteins hatten sich nach und nach „die geschicktesten und vermögensten" Tuchmacher zu Kaufleuten emporgeschwungen. Diese Kaufleute haben nun „eine Menge Tuchmacher an der Hand, je nachdem sie große und kleine Geschäfte machen, denen sie Wolle, Färberwaaren und baares Geld vorschießen und dagegen die fertigen Tücher nach den markgängigen Preisen wieder annehmen"[2]).

In dem Crefelder Industriebezirk ging im 18. Jahrhundert die Leinwandindustrie zu Grunde. An die Stelle derselben trat die Seiden- und Sammtindustrie. Dem reichen holländischen Kaufmann Heinrich von Leyen und seiner Nachkommenschaft fällt hier das Verdienst zu, diese Industrie begründet zu haben. In Crefeld verarbeiten die Hausindustriellen „auf fremdem Geräth" fremde Stoffe. Hier gehörten ihnen also nicht mehr die Arbeitsmittel selbst. Schon um die Mitte des 18. Jahrhunderts hatte die Firma von Leyen eine gewaltige Bedeutung erlangt[3]); sie beschäftigte in den 1760er Jahren 15—18 Zwirnmühlen mit 300, 200 Bandmühlen mit 1000 und 500 Webstühle mit 1500 Arbeitern. Die selbständige Sammthandweberei wurde am Beginn des 19. Jahrhunderts zu Grabe getragen. Die Sammtbänder, welche die Weber an Grossisten in Crefeld abgesetzt hatten, kamen außer Mode, und die Webermeister geriethen nun in die Stellung abhängiger Stücklohnarbeiter.

Im Aachener Bezirk faßte die Hausindustrie auf dem platten Lande zuerst Wurzel. Die Kaufleute, die Verleger machten sich hier die billigen Arbeitskräfte der Bauern dienstbar. Sie übermittelten den Bauern den Rohstoff und erhielten dann von diesen die fertigen Produkte zurück. Es gab am Ende des 18. Jahr-

[1]) Schlesien wie es ist. Von einem Oesterreicher. Bd. I, 369.
[2]) Schlesien, wie es ist. Bd. I, 378.
[3]) Thun: Industrie. Bd. II, 2, 89.

Digitized by Google

hunderts schon Fabrikanten wie den Herrn von Clermont, welcher in Vaels, Aachen und Burscheid allein 160 Weber beschäftigte[1]). Später bürgerte sich auch in der Stadt Aachen die Hausindustrie ein. Schon 1784 wurde der Werth der Aachener Wollwaaren auf 5½ Millionen, 1806 auf 9 Millionen Francs geschätzt.

In Elberfeld-Barmen beherrschte im 18. Jahrhundert die Kaufmannschaft ausschließlich den Garnhandel. Häufig ließen die Kaufleute das Garn zu Leinewand verweben. Die Leinenindustrie ward dann im Laufe des Jahrhunderts durch die Fabrikation von Baumwollenzeug ersetzt. Schon am 26. März 1767 sollen 1500 Webstühle auf Siamosen mit 18000 Spinnern, Spulern und Webern u. s. w, ferner 2000 Webstühle auf Leinenzeug mit 8000 Arbeitern, 2000 Bandstühle mit 6000 Arbeitern für Elberfelder Kaufleute beschäftigt gewesen sein.[2]) Ferner gab es noch 100 Bleichereien mit 600 Arbeitern, dann 200 Färber mit Knechten, 500 „Fabrikbediente" und 600 Floretspinner und Wirker.

Häufig gestaltete der moderne Kapitalismus zünftige Handwerke in hausindustrielle Betriebe um.

Im 15. und 16. Jahrhundert besaß die Solinger Schwertfabrikation eine handwerksmäßige Verfassung: die Meister waren damals „Arbeiter und Kaufleute" in einer Person. Eine zünftige Verfassung hielt sie zu dieser Zeit fest zusammen. Der Meister setzte noch selbst seine Produkte auf dem Markte ab. Mit der fortschreitenden Arbeitstheilung gewannen jedoch die einzelnen Glieder des Arbeitsprozesses eine verschieden wichtige Bedeutung. Außerdem setzte das Weben mit dem wachsenden Umfange des Absatzes größere kaufmännische Anforderungeu voraus. Diese fehlten jedoch vielen Produzenten. Daher heben sich die besser gestellten unterrichteten Arbeiter über die übrigen empor, und sie bilden schließlich mit den Kaufleuten einen die Produktion und den Vertrieb beherrschenden Kaufmannsstand. Der frühere Meister wird Stücklohnarbeiter. — In der Solinger Messerindustrie

[1]) Thun. Bd. II, 2, 18.
[2]) II, 3, 187/188 Thun.

Digitized by Google

„herrschte im 16. und 17. Jahrhundert der handwerksmäßige Betrieb; und die selbstständigen Meister wehrten sich die untüchtigen Konkurrenten ab und kämpften gegen die ihre Selbständigkeit bedrohende Arbeitstheilung an.“ (Thun.) Im 18. Jahrhundert sind die Arbeiter meist hausindustrielle Stückarbeiter. Sie haben Zünfte gebildet und kämpften energisch um die Höhe ihres Lohnes und um die Auszahlung desselben in baarem Gelde.

In der Ruhlaer Messerindustrie tritt auch jene Sonderung der ehemaligen Handwerksmeister in Kaufleute und Stücklohnarbeiter ein.

Ein ausgesprochener Klassengegensatz existirte zwischen den kapitalistischen Kaufleuten und den hausindustriellen Arbeitern. Dieser führte oft zu erbitterten Kämpfen und mehrfachen Ausschreitungen. Daher sieht sich die Staatsgewalt oft genöthigt, in den Zwiespalt der Klassen einzugreifen. Sie regelt die Beziehungen zwischen den Kaufleuten und Hausindustriellen und sucht dem Ausbeutungsverhältniß, das zwischen beiden Klassen besteht, etwas von seiner Schärfe zu nehmen. Sie schafft ferner Schauämter zur Prüfuug der hausindustriellen Erzeugnisse und bemüht sich, die Pfuscharbeiten von der Industrie fernzuhalten. Ferner läßt sie es sich angelegen sein, einzelne Zweige der Industrie technisch zu heben. In zahlreichen Ordnungen, Statuten, Reglements hat sie die Bestimmungen über diese Dinge niedergelegt.

In der Hausindustrie prägt sich schon vollkommen klar der Charakter der kapitalistischen Produktion aus. Auf der einen Seite der Wirthschaft stehen die kapitalistischen Kaufleute, auf der anderen die abhängigen unselbständigen Stücklohnarbeiter. In der Hand der Kaufleute befindet sich die Leitung der Produktion und der Vertrieb der Produkte. Sie beschäftigten zahlreiche, unselbständige Arbeiter, die ihrer ganzen Lebensstellung nach Proletarier waren. Durch diese konnten die Kapitalisten die Waaren massenhaft herstellen lassen. Sie hatten ferner den Vertrieb in ihrer Gewalt. Die in der Hand eines Kaufmanns vereinigten Massenartikel überschwemmten nun die entferntesten Märkte der

Digitized by Google

Welt. Der ursprünglich lokale Markt hat seine Grenzen weit hinausgeschoben. Die Produktion und der Vertrieb der Waaren erfolgten in einem ganz anderen Umfange wie früher.

Kapitalistische Massenproduktion und kapitalistischer Massenabsatz bürgerten sich in den Fugen und Rissen der kleinbürgerlichen Welt ein.

Der Staat und die Erweiterung der Zunftverfassung.

Zahl der Gesellen und Beschäftigung der Frauen im Gewerbe.

Aber nicht nur außerhalb des Zunftgebietes sondern auch innerhalb desselben suchte der Kapitalismus Wurzel zu schlagen. Er fand nun in der Stadt eine Verfassung vor, die seinen Leib mit engen Stahlstreifen zusammenschnürte. Diese alte Schnürbrust mußte im Interesse des Kapitalismus entweder ganz beseitigt oder doch so gestreckt und gedehnt werden, daß die kapitalistische Industrie sich in derselben bewegen konnte. Diese Streckung und Erweiterung der Zunftverfassung führte die absolute Staatsgewalt im Interesse des Kapitalismus aus[1]).

Sie schritt gegen den unduldsamen Geist der Ausschließlichkeit, des Monopolismus der Zunftgesetzgebung ein. Sie entfernte die Zunftbestimmungen, welche bestimmte Berufsarten wie die der Schäfer, Wächter u. s. w. vom Handwerk ausschlossen: so der Reichsbeschluß wegen Abstellung der Unordnungen und Mißbräuche, so das badische Edikt von 1772, so die westpreußische Handwerksordnung von 1774 u. s. w.[2])

Das Handwerk wurde nun meist allen „Unterthanen" geöffnet.

Einen gewaltigen Stoß erhielt die Zunftverfassung durch die staatliche Verordnung, daß die Meister so viel Gesellen halten durften, als sie zur Führung ihres Handwerks benöthigten. Hiermit wurde gewissermaßen

[1]) Der Abschnitt über die Erweiterung der Zunftverfassung durch die Staatsgewalt ist zum größten Theile meinem Aufsatze in der „Neuen Zeit" über die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals entnommen.

[2]) Corpus juris opificarii oder Sammlung von Innungsgesetzen, herausgegeben von J. A. Ortloff. S. 1—28, 73—104, 253.

Digitized by Google

das Herz derselben getroffen, denn gerade diese Bestimmung hob den konservativen Charakter der zünftigen Produktionsweise auf, welcher auf einer gewissen Gleichmäßigkeit der Produktionsverhältnisse, auf einer gleichen Verwendung von Arbeitskräften durch die Zunftmeister beruhte. Das „kayserliche Allergnädigste Kommissionsdekret" vom 30. April 1772 trifft „die Abänderung", daß den Meistern von nun an die Beschäftigung von mehr als einem „Lehrbuben" und einer unbegrenzten Anzahl von Gesellen erlaubt sei. Außerdem „dürfen Weiber bei verschiedenen Handwerken, insbesondere zur Weberei zugelassen werden. Keinem Gesellen soll es zur Unehre angerechnet werden, in den Werkstätten, wo Weiber beschäftigt werden, zu arbeiten." Das preußische Edikt von 1783 schaffte den Paragraphen ab, welcher die Vorschrift enthielt, daß der Meister nur einen Lehrling und eine eingeschränkte Anzahl von Gesellen halten durfte. In bezug auf die Beschäftigung von Weibern spricht sich das Edikt in gleicher Weise aus wie das kaiserliche Edikt von 1772. Ein badisches Edikt vom 24. Juli 1773 beschritt denselben Weg wie die vorhergenannten Verordnungen; es verfügte, daß ein jeder Meister die zu seinem Handwerk erforderliche Anzahl von Gesellen halten durfte.

Verlängerung der Arbeitszeit und Verbot der Arbeiterkoalitionen durch die landesherrlichen Behörden.

Ein neues Moment in der Entwicklung des Kapitalismus war die Ausdehnung der Arbeitszeit durch die Staatsbehörden. Im Sinne des aufstrebenden Kapitalismus schreitet die landesherrliche Gesetzgebung gegen den blauen Montag ein. So das kaiserliche Kommissions- und Ratifikationsedikt von 1772, so ein preußisches Edikt von 1783, ein sächsisches Edikt von 1772, ein badisches Edikt von 1773.*)

Das preußische Edikt von 1783 ist besonders charakteristisch, insofern in demselben die ökonomischen Motive für die Vermehrung der Arbeitstage mit besonderer Deutlichkeit hervortreten. Das Edikt spricht von dem blauen Montag als von einem Unfuge, der den Staat

*) Corpus juris, S. 43, 105—10[illegible]30.

Digitized by Google

um eine zweimonatliche Arbeit jährlich bringt. Die Meister, die den blauen Montag zulassen, sollen mit Geldstrafen bedacht werden, die Gesellen sollen im ersten Falle der Uebertretung der Verordnung mit acht, im zweiten mit vierzehn Tagen und im dritten mit vier Wochen Zuchthaus gestraft werden. Ja, die widerspänstigen Handwerker sollen sogar für „untüchtig" erachtet und erst „nach obrigkeitlicher Erlaubniß" wieder zum Handwerk zugelassen werden.

Interessant ist es ferner, die landesherrliche Gesetzgebung zu verfolgen, wie sie jede selbständige Bewegung der Arbeiter unmöglich zu machen suchte. Der Reichsschluß von 1731 will den „Mißbrauch" abstellen, daß die Handwerker sich vereinigen und „um keinen geringeren Tagelohn arbeiten wollen". Die königlich preußische Handwerkerordnung für Westpreußen von 1774 geht im Artikel 31 gegen die Gesellen vor, „die den Meistern die Arbeit und den Gehorsam versagen oder selbst haufenweise austreten".[1]) Die badische allgemeine Zunftordnung vom 25. Oktober 1760 bedroht die Gesellen, welche „keine Arbeit thun und haufenweise austreten", mit Zuchthaus und „Schellenwerk".[2])

Selbst die Korrespondenz suchte die Staatsgewalt den Handwerkern und Arbeitern abzuschneiden.

Nach allen jenen Eingriffen der staatlichen Behörden in die Zunftverfassung hatten die Zünfte jede Selbständigkeit verloren. Ihre völlige Unterordnung unter das landesherrliche Gebot spricht sich vorzüglich in dem preußischen Landrecht aus: „Neue Zünfte zu errichten, kommt allein dem Landesherrn zu. Der Landesherr allein hat das Recht, eine bisher ungeschlossen gewesene Zunft in eine geschlossene zu verwandeln; d. h. die Zahl der Mitglieder, aus welchen die Zunft an einem Ort bestehen soll, zu bestimmen. Auch wo geschlossene Zünfte sind, bleibt dem Staate nach wie vor das Recht, nach Befinden der Umstände, Frei-Meister anzustellen[3])".

[1]) Corpus juris, S. 91—92.
[2]) Artikel 32, S. 238.
[3]) Theil II, Tit. VIII, Abschnitt III, § 182 bis 184.

Digitized by Google

Die Unterstützung der Manufakturbetriebe mit staatlichen Mitteln.

Während so die absolute Staatsgewalt thatkräftig an dem alten Gebäude der Zunftverfassung rüttelte, half sie zu gleicher Zeit die Grundlagen der kapitalistischen Manufaktur legen.

Die Manufaktur vereinigte die Arbeiter in eine Werkstatt. An die Stelle zahlreicher kleiner Einzelbetriebe setzte sie große Betriebe mit vielen unter einheitlicher Leitung stehenden Arbeitern. In der Haus-Industrie befanden sich zwar die Stücklohnarbeiter schon unter der Leitung, unter dem Kommando eines Kapitalisten, aber sie waren über zahllose kleine häusliche Werkstätten verstreut.

Die Vereinigung großer Arbeitermassen in einer Werkstatt läßt eine neue großartige Arbeitstheilung zu. Die Arbeiten werden in einzelne Theiloperationen zergliedert und dann auf die verschiedenen Arbeiterschichten vertheilt. Die Arbeiter stufen sich bald in geschickte, gelernte Arbeiter und in sogenannte Handlanger ab.

Die Manufaktur beruht noch vorzugsweise auf Handarbeit.

Demnach ist die Manufaktur eine, auf Handarbeit gegründete kapitalistische Großbetriebsform.

Mit großen staatlichen Mitteln unterstützte häufig in Deutschland die absolute Fürstengewalt die Gründung kapitalistischer Manufakturbetriebe. Sie streckte den Unternehmern große Geldsummen vor zum Bau dieser Betriebe, sie berief zahlreiche geschickte Arbeiter in das Land zur Hebung derselben.

Bekannt genug sind die Edikte der preußischen Könige vom großen Kurfürsten an bis auf Friedrich II., welche durch Ertheilung großer Privilegien fremde Handwerker und Manufakturisten in ihren Ländern ansiedelten. Im Jahre 1690 sollen schon 43 Arten neuer Gewerbszweige durch die Wallonen und Franzosen in der Mark heimisch geworden sein. So bedeutend war überhaupt die Einwanderung fremder Elemente in das

Digitized by Google

preußische Gebiet, daß nach Max Sehring im Jahre 1786 zirka ein Drittel aller Einwohner des preußischen Staates Eingewanderte oder deren Abkömmlinge waren.

Die Unterstützungen, mit denen im 18. Jahrhundert die absolute Fürstengewalt dem aufkommenden Kapitalismus unter die Arme griff, waren mitunter sehr bedeutend. Namentlich förderte Friedrich II. mit großen Geldmitteln die Manufakturen seines Landes. 58 Wollmagazine erhielten allein 132 029 Thaler aus der königlichen Kasse. Geschenke von 1000 bis 24 000 Thalern und zinsfreie Geldvorschüsse bis zu 35 000 Thalern waren keine Seltenheit. Zahlreiche namhafte Subventionen hat Krug in seinem „Nationalreichthum des preußischen Staates" aufgeführt, aber er gesteht, daß er in seinem neun Seiten langen Bericht nur einen sehr geringen Beitrag zur erschöpfenden Darstellung dieses Gegenstandes beigebracht hat. In der Mark Brandenburg allein verwendete die Krone von 1740—1786 zur Anlegung und Unterstützung der Fabriken 2 444 715 Reichsthaler*). Die „Seidenzeug- und Flor-Manufakturen" z. B. erhielten 286 118, die Cattun-, Manchester-, Cannefas- und Parchent-Manufakturen 169 885, die Manufakturen in Luckenwalde 77 307, die Uhren-Fabrikation in Berlin und Friedrichsthal 141 235 Reichsthaler. An sogenannten Stuhl-, Douceur- und Prämiengeldern für fremde Waaren wurden 1 140 000 Reichsthaler verausgabt. An Pensions- und Miethsgeldern flossen französischen und anderen Fabrikanten 242 000 Reichsthaler zu.

In seiner Wiege ließ der Kapitalismus sich noch sehr gerne so kleine Pathengeschenke von 50—100 000 Thalern gefallen. Da zeterte und wetterte er noch durchaus nicht gegen die „Staatsintervention."

* * *

Wir wollen uns zum Schluß ein kleines Bild von der Entwicklung der kapitalistischen Industrie Preußens am Ausgang des vorigen Jahrhunderts zu machen suchen. In seiner „Erdbeschreibung der preußischen Monarchie"

*) F. G. Leonhardi: Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie. 3. Band. 424, 425. Halle 1793.

Digitized by Google

führt M. G. F. Leonhardi die hauptsächlichsten Zweige der kapitalistischen Produktion — ihre Arbeiter und den Werth ihrer Produkte — an. Wir haben es hier meist mit hausindustriellen und Manufakturbetrieben zu thun.

Es befanden sich im Jahre 1785*):

	Stühle	Arbeiter	Das Produkt ihrer Fabrikation betrug in Reichsthalern
in Leinewand	51 000	80 000	9 000 000
„ Tüchern und wollenen Zeugen	18 000	58 000	8 000 000
„ Seide	4 200	6 000	3 000 000
„ Baumwolle	2 600	7 000	1 200 000
„ Leder	—	4 000	2 000 000
„ Eisen, Stahl, Kupfer u. s. w.	—	3 000	2 000 000
„ Tabak, worunter 140 000 Zentner inländischer .	—	2 000	1 000 000
„ Zucker	—	1 000	2 000 000
„ Porzellan und Fayence	—	700	200 000
„ Papier	—	800	200 000
„ Talg und Seife . . .	—	300	400 000
„ Glas und Spiegel . . .	—	—	200 000
„ Gold u. Silber, Manufakturen, Spitzen, Stickereien . . .	—	1 000	400 000
„ schlesischer Färberröthe .	—	—	300 000
„ Oel	—	600	300 000
„ Bernstein	—	600	50 000
	75 800	165 000	30 250 000

Aus der Uebersicht ersehen wir — und deshalb ist sie für uns gerade von so großem Interesse — daß die Hauptmasse der Industrieerzeugnisse noch von der Hausindustrie geschaffen war. Auf sie entfallen wohl zwei Drittel derselben. Zählen wir beispielsweise nur die Werthe der Produkte der Leinwand-, Tuch-, Seiden- und Baumwollenindustrie zusammen, so erhalten wir schon über 21 Millionen Thaler. Diese Industrien wurden aber vorzugsweise von Hausarbeitern betrieben.

Die damalige Industrie fußte demnach noch hauptsächlich auf den Kleinbetrieb. Von dem kleinen

*) Hier fehlt natürlich der Werth der Produkte aus den Bezirken des Rheins, die damals noch nicht zu Preußen gehörten.

Digitized by Google

Handwerk haben wir hier nicht einmal gesprochen sondern nur von den kapitalistisch-organisirten Betrieben mit größerem inneren und auswärtigen Umsatze. Hätten wir diese Handwerksbetriebe noch hinzugezählt, ja dann würden die kapitalistischen Großbetriebe vollends neben den kleinen verschwunden sein.

Die Produktion ruhte demnach noch auf einer sehr engen, schmalen Grundlage. Kleinmeister und Hausarbeiter, beide daheim in enger Werkstatt schaffend, das waren die eigentlichen Träger des damaligen Produktionssystems.

Die gesellschaftlichen Klassen am Ausgang des vorigen Jahrhunderts.

(Lebensverhältnisse, Anschauungen und Empfindungen.)

Im Schooße der alten Gesellschaft hatten sich durch die wirthschaftliche Entwickelung neue Klassen gebildet.

Ein Theil des Bauernstandes war seiner Freiheit, seiner Selbständigkeit verlustig gegangen. Das benachbarte Rittergut hatte das bäuerliche Besitzthum aufgesaugt. Eine andere Klasse der Bauern war in hausindustrielle Stückarbeiter verwandelt worden, die ihren Ackerbau mehr und mehr vernachlässigten und sich vorzugsweise einer industriellen Beschäftigung widmeten. Sie befanden sich in Abhängigkeit von kapitalistischen Kaufleuten.

In der Stadt herrschte noch die Klasse der selbstständigen Handwerker vor. Neben diesen Handwerkern verschwanden noch vollkommen die Fabrikanten, Kaufleute und die wohlhabenden Theile des Bürgerthums.

Die eigentlichen Säulen dieses vielfach gegliederten gesellschaftlichen Gebäudes aber bildeten noch die Herren vom Adel. Diese aber waren längst ihrem alten Ritterberufe untreu geworden, hatten Spieß und Speer als bloße Schmuckgegenstände in die alte Waffenkammer ge-

Digitized by Google

hängt und ritten nun den Marktpreisen mehr als den ritterlichen Kampfpreisen nach. Sie waren kapitalistische Waarenproduzenten geworden.

Beschäftigen wir uns jetzt einmal mit den gesellschaftlichen Verhältnissen dieser einzelnen Klassen.

Der Bauer war mit Lasten und Diensten überhäuft. Er befand sich in knechtischer Abhängigkeit von seinem Herrn. Ueber seinem Rücken hing stets der „Knüppel aus dem Sack".

Von einer Berufsfreiheit konnte der Bauer nicht reden. Von Jugend auf war er dem herrschaftlichen Dienstzwange unterstellt. Er wurde Pferdejunge, Mittelknecht, Großknecht und beschloß vielleicht als kleiner bäuerlicher Hufenpächter seine Tage.

So lange er der Herrschaft diente, schrieb diese ihm den Speisezettel vor: Erbsen, Graupen, Kartoffeln und einige Male Fleisch und Speck, das war seine Nahrung. War der „Unterthan" ein kleiner Hufenpächter, so hielt die Dürftigkeit und Armseligkeit der Hufe seinen Bedarf in den engsten Schranken. Also die Bedarfsfreiheit war für den Bauer sehr illusorisch.

An seine Scholle durch Zwang oder durch die Verhältnisse gefesselt, brachte der Bauer in dörfischer Abgeschlossenheit, Oede und Leere seine Tage dahin.

Es ist sehr anziehend zu sehen, wie gerade die eigenthümlichen wirthschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Bauer lebte, genau seinen Charakter bestimmten.

Einen tiefen Einblick in sein ganzes Fühlen und Denken gewährt uns die Schilderung, welche der alte Christian Garve von dem Charakter des Bauern entwarf. Eng und beschränkt ist der Gesichtskreis der Bauern, vollkommen seiner Beschäftigungsweise entsprechend. Die Bauern haben „alles, was sie wissen, mit Augen gesehen und mit Händen betastet." Ihre durchaus praktisch nüchterne Beschäftigung, ihre natürlichen Beziehungen zu allen Dingen der Außenwelt lassen sie alles im unverfälschten Lichte sehen. Vollkommen klar begreift der Bauer das Unterordnungsverhältniß, welches zwischen dem Herrn und ihm besteht. Die Vortheile beider laufen

Digitized by Google

einander entgegegen, „insofern die Vortheile des Arbeiters und dessen, der die Arbeit bezahlt, entgegengesetzt sind“ (Garve). Ein tiefes Mißtrauen hegt daher der Bauer gegen die Klasse seines Herrn. Jede Neuerung, welche von dieser Klasse ausgeht, betrachtet er höchst argwöhnisch. Sein Mißtrauen überträgt er auf die Landeskollegien, die Gerichtshöfe, kurz auf alle Körperschaften, in denen er die Standesgenossen seines Herrn vertreten sieht.

Der enge Verkehr der Bauern miteinander, ihre gemeinsame Arbeit, die Uebereinstimmung ihrer wirthschaftlichen Interessen haben unter den Bauern einen gewissen „Korpsgeist“ geweckt. Die Bauern, sagt Garve, handeln „wie ein politischer Körper“.

Der Bauer ist oft faul und träg. Ein altes Sprichwort sagt schon:

„Wenn der Bauer nicht muß,
So rührt er weder Hand noch Fuß.“

Nun aber erklärt sich diese Charaktereigenschaft der Bauern vortrefflich aus der ganzen Art ihrer Arbeit. Diese Arbeit ist höchst eintönig, sie wirkt daher sehr abstumpfend und ermüdend. Diese Trägheit, sagt Garve sehr zutreffend, „kommt von jeder schweren körperlichen Arbeit, wenn sie nicht zugleich abwechselnd und belustigend ist oder zum Schauspiel für andere dient.“ Außerdem fehlen dem Arbeiter gänzlich alle starken Triebfedern, die ihn zum Arbeiten anstacheln. Ihm sind vollkommen die Aussichten, einmal seine Verhältnisse besser zu gestalten, verschlossen. Selbst „der überlegende Bauer wird träge und lässig, wenn er gar keine Aussicht hat, zu den besseren Umständen, die er wohl wünscht, zu gelangen“. Der Hunger und der Dienstzwang allein setzen ihn in Thätigkeit.

Der Bauer, praktisch und nüchtern wie er seiner ganzen Beschäftigung nach ist, betrachtet vollkommen derb und natürlich die Geschlechtsverhältnisse. „Das Himmel hoch jauchzen und zum Tode betrübt“ sein kennt seine Geschlechtsliebe nicht. Er steht mit beiden Füßen mitten in einem sehr realistischen Wirthschaftsgetriebe, das ihn ganz und gar in Anspruch nimmt. Er hat, wie Garve sagt, „keine Zeit, aus der Liebe eine Beschäftigung zu machen“. Das Weib ist außerdem die Hauptstütze der

Digitized by Google

bäuerlichen Wirthschaft; „ihre Arbeit trägt noch mehr bei“ zum Gedeihen derselben als die des Mannes. Daher läßt sich der Bauer durch sehr nüchterne, wirthschaftliche Gesichtspunkte zur Eheschließung bestimmen. Man werfe nur einen Blick in die Erzählungen des großen Realisten Jeremias Gotthelf, und man wird sich davon überzeugen, daß unsere sentimentale, schwärmerische Liebe fast gänzlich diesen kräftigen Bauern fehlt. Der Berner Bauer Joggeli z. B. wandert als Kesselflicker verkleidet in der Nachbarschaft umher, bis er ein wirthschaftliches Mädchen zur Heirath gefunden hat, dem er seinen Bauernhof wohl anvertrauen kann.

Auch die Zuneigung zwischen Eltern und Kindern, zwischen Geschwistern und Freunden ist aus gröberem, festerem Stoffe gebildet als die unsrige; aber sie ist auch nicht wie diese so idealistisch verschwindelt und durch wesenlose, inhaltsarme Gefühlsmacherei verheuchelt. „Fast eine gleiche Bewandniß“ sagt Garve, „hat es mit den übrigen Arten der Liebe und den Verbindungen, worauf sie sich beziehen — mit der Zuneigung zwischen Eltern und Kindern. Sie ist selten unter Leuten dieses Standes zärtlich, so daß das Gemüth damit immer beschäftigt und davon belebt sei, aber sie ist deswegen nicht weniger reell, insofern sie auf die Erfüllung wesentlicher Pflichten geht.“ Sie äußert sich mehr „durch Dienstleistungen als durch eine beständige Gefälligkeit“.

Im bäuerlichen Leben kommt man eben nicht mit den so schönen und doch so billigen Versicherungen der Theilnahme, des Mitgefühls aus, sondern da muß man kräftig zugreifen, sobald einem Dorfgenossen ein Unfall zugestoßen ist.

Neben dem Bauernstand war die kleinbürgerliche Gesellschaftsklasse am zahlreichsten vertreten.

Auch der Gesichtskreis dieser Klasse ist nicht besonders weit. Er ist gewissermaßen durch Stadtmauern und Werkstattswände begrenzt. Um das alltägliche Einerlei des Handwerks und der Kinderstube dreht sich das Gespräch dieser Kleinbürger. Eine jede Hochzeit, eine jede Kindtaufe in der Stadt war noch ein großes Geschehniß.

Digitized by Google

Es fehlte diesen Menschen noch an großen, wirklich erschütternden und erhebenden Ereignissen.

Da die Produktion noch in den alten ausgefahrenen Geleisen langsam fortschlich, und das Wirthschaftsleben daher der großen gewaltigen Erschütterungen entbehrte, welche heute die Existenz ganzer Gesellschaftsklassen gefährden, so flossen die Tage des Spießbürgers ruhig dahin. Auf das Schwarzbrod des Werktags folgte der Kuchen des Sonn- und Festtages. Es war ein richtiges Philisterleben, wie es v. Hardenberg so köstlich in seinen Aphorismen geschildert hat. „Sonntags ruht die Arbeit, sie leben ein bischen besser als gewöhnlich; und dieser Sonntagsrausch endigt mit einem etwas tieferen Schlafe als sonst; daher auch Montags alles noch einen rascheren Gang hat. — Ihre Vergnügungen müssen gewöhnlich modisch sein, aber auch Vergnügungen verarbeiteten sie wie alles förmlich. Den höchsten Grad seines poetischen Daseins erreicht der Philister bei einer Hochzeit, einer Reise, Kindtaufe und in der Kirche. Hier werden seine kühnsten Wünsche befriedigt und oft übertroffen. — Ihre sogenannte Religion wirkt blos wie ein Opiat, reizend, betäubend, Schmerzen aus Schwäche stillend. Ihre Früh- wie Abendgebete sind ihnen wie Frühstück- und Abendbrot nothwendig. Sie können es nicht mehr lassen. Der derbe Philister stellt sich die Freuden des Himmels unter dem Bilde einer Kirmeß, einer Reise oder eines Balls vor; der sublimirte (Philister) macht aus dem Himmel eine prächtige Kirche mit schöner Musik, vielem Gepränge mit Stühlen für das gemeine Volk parterre und Emporkirchen für Vornehme*)".

Heute hat das Verkehrswesen den Bürgern eine ganz neue Welt eröffnet, eine Welt voller erschütternder sozialer und politischer Kämpfe. Schon der Telegraphendraht, der heute in die größte Dorfeinsamkeit führt, zeigt äußerlich an, daß auch diese mit der großen Welt zusammenhängt. Und soweit heute dieser Draht reicht, existirt eine ähnliche nervöse elektrische Spannung in der Welt. Ueberall toben gleiche soziale Klassenkämpfe. Und die Begeisterung, der Haß, die Erbitterung, welche diese an

*) Schlosser: Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. VII. Bd. 1. Abth. 72, 73.

Digitized by Google

einem Orte erzeugt haben, zittern schon morgen in allen übrigen Orten der zivilisirten Welt nach.

Angesichts der großen, mit hunderten von Leibern bedeckten Schlachtfeldern der Industrie schrumpft das bischen gewöhnlicher Kummer vollkommen zusammen, das früher schon den Kleinbürger bewegte, sich als der leibhaftige Hiob selbst vorzukommen. Alle wahren Gefühle wurden widerlich verzerrt, namentlich von den gebildeteren, schöngeistigen Kleinbürgern. Diese Leute konnten noch in aller Ruhe ihre schöne gefühlvolle Seele nach allen Seiten hin betrachten und dann die Hände verwundert über den Kopf zusammenschlagen über die erhabene Größe und die sittliche Würde dieser Seele. Es dachten und empfanden diese Menschen in die erbärmlichste Spießbürgerseele alles das hinein, was sie an schönen Gefühlen aus dem Alterthume, dem Mittelalter und der Neuzeit aufgelesen hatten. Sie mußten diese Gefühle allerdings auflesen oder erfinden, weil die engen kleinbürgerlichen Verhältnisse keine großen Gefühle und Leidenschaften aufkommen ließen.

Gegen jede hingebende That lehnt sich die Armseligkeit dieses Lebens auf. Diese zwang den Kleinbürger, wollte er seine dürftige Existenz nicht gefährden, eine gewisse Kälte und Gleichgiltigkeit gegen seine Mitmenschen auf. Er mußte sparsam sein, um sich und seine Familie durchzubringen, daher haftet ihm häufig eine ausgesprochene Knickrigkeit an. Das mühsam pfennigweise erworbene Gut leitete ihn zur Pfennigfuchserei an. Eine rein menschlich schöne Geselligkeit schließt ebenfalls die Dürftigkeit dieses Lebens aus; denn diese ist ja mit verhältnißmäßig großen Kosten verknüpft. Nur Eingezogenheit und Sparsamkeit sichern dem Kleinbürger seine Existenz. Daher sind diese, wie Garve sagt, die Tugenden des armen Mannes. „Die Menschen — sagt er — haben also, wie es scheint, eine andere Moral für die Armen und Arbeitsamen, von den obersten Ständen wird Geselligkeit — von den niederen Eingezogenheit gefordert. Der Handwerksmann, der Bauer sind dazu berufen, sehr fleißig zu sein, — und die Gesellschaft ist eine Zerstreuung von der Arbeit.“*)

*) Garve: Versuche über verschiedene Gegenstände aus der Moral, Literatur und dem gesellschaftlichen Leben III., 194/195.

Digitized by Google

Die eigenthümliche Stellung einer Gesellschaftsklasse im Wirthschaftsleben wirkt also bestimmend auf das zurück, was für sie als moralisch gut oder schlecht gilt. Im allgemeinen war „das deutsche Familienleben des 18. Jahrhunderts, so sagen wir mit Karl Hettner*), arm und öde, reizlos und philisterhaft, oder kannte Gemüth und Phantasie nur in der kläglichen Verzerrung eitler Empfindelei und Selbstüberhebung".

Neben dem Kleinbürgerthum verschwand noch ganz und gar das Großbürgerthum. Diese Handvoll Großfabrikanten und Kaufleute konnten der Gesellschaft keineswegs ihr Gepräge aufdrücken. „In den deutschen Fürstenthümern — so schrieb ein deutscher Zeitgenosse der französischen Revolution, Brandes, sehr treffend — giebt es noch keinen genügend zahlreichen bemittelten dritten Stand, der als Repräsentant des Städters und Landmanns die Rolle eines brittischen Unterhauses mit Würde spielen könnte". — „Eine gewisse Indepedenz (Unabhängigkeit) von Seiten der Glücksgüter ist dazu nothwendig erforderlich."

Ein großer Theil des gebildeten Bürgerstandes befand sich überdies in Abhängigkeit vom absoluten Fürstenthume. Als Beamte der fürstlichen Kanzeleien lebten diese gebildeten Männer „von einer landesherrlichen Besoldung".

Die herrschende Stellung im Staate behauptete allein noch der Adel. Und dieser fühlte sich auch noch voll und ganz als herrschender Stand, namentlich den Gesellschaftsklassen gegenüber, mit denen er zunächst in Beziehung stand. Und dies waren vorzugsweise die gutsunterthänigen Bauern. Diese betrachtete er noch als vollkommen unmündige Kinder.

Sehr charakteristisch für die Beurtheilung des Bauernstandes durch den Adel sind die Vorschläge, welche (1762) ein Herr von Oskierka zur Besetzung der wüsten Hufen in der Mark Brandenburg machte. „Alle vom Kriegsdienst losgelösten Unterthans-Söhne" wollte dieser Herr einfach im 26. Lebensalter verheirathen und durch

*) R. Hettner: Literaturgeschichte des 18. Jahrh. II., 173.

Digitized by Google

die Gerichtsobrigkeit „ohne weiteren Anstand“ auf die wüsten Hufen ansetzen lassen. Ihr vorher mühsam erspartes Geld sollten sie dann in den Anbau dieser wüsten Hufen stecken. Ferner führte der geniale Plan des Herrn v. Oskierka Dorfwirthschaftsverwalter zur stetigen Beaufsichtigung der Bauern ein. Diese Verwalter, ehemalige Soldaten, sollten streng darauf sehen, daß „weder der Bauer noch sein Weib und Kind oder Gesinde sich dem geringsten Müßigange ergeben sollte“. Das durch die Bewirthschaftung erworbene Geld legt der Verwalter „in eines jeden Wirths geschlossene Sparbüchse“. Von diesem Gelde sollen nun „10 von Hundert der Gerichtsbarkeit, 5 von Hundert dem Dorfwirthschaftsverwalter und die übrigen 9 von Hundert dem fleißig gewesenen Unterthan selbst in seine eigene Hände als eine Ergötzlichkeit für seine saure Mühe zu dessen willkürlichen Ausgaben gegeben werden“. Die Gefängniß- und Geldstrafen sollen durch Stockprügel ersetzt werden, denn durch die Geldstrafen „verliert ein Bauersmann einen Theil seines Vermögens, durch das Sitzen im Gefängniß versäumt er seine Wirthschaft und wird also in beiden Fällen ärmer“. — „Es könnte daher lieber eine Manneszucht durch Stockschläge eingeführt werden, welche sie weit empfindlicher rühren und also folgsam und gehorsamer machen würde. Jedoch damit Niemand derselben durch diese Züchtigung an seiner Gesundheit beschädigt werden könnte, müßte nie über 40 Stockschläge auf einmal einem zuzählen zu lassen erkannt werden; und die Dorfwirthschaftsverwalter sollen diese Exekution verrichten.“

Derartige Vorschläge entsprechen durchaus den Anschauungen, welche zahlreiche Klassen des Adels von dem Bauernstand hatten. Den Bauer betrachtete man, wie Fraas in seiner Geschichte der Landwirthschaft einmal bemerkt, als eine Arbeitsmaschine ohne Spur von Freiheit und Willen. „So viele Dienst“, sagt von Benckendorf, ein landwirthschaftlicher Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts, „ein Unterthan, ohne dabei zu Grunde zu gehen, leisten kann, ist er der Herrschaft zu verrichten schuldig; dies war der Grundsatz des ersten Stifters des deutschen Bauernstandes; und er muß auch noch anjetzt beobachtet werden, weil er in der Vernunft und

Digitized by Google

dem Naturrecht selber gegründet ist". Eine andere Ordnung der Dinge herbeiführen, das hieß einfach nach der Ansicht der herrschenden Klasse die Natur, die Vernunft selbst auf den Kopf stellen. Die Denkweise einer herrschenden Klasse ist im allgemeinen mit der von ihr beherrschten Wirthschaftsweise so eng verwachsen, daß für sie eine Aenderung derselben undenkbar ist. Sie erklärt daher alle Umgestaltungen der Wirthschaft für geradezu unvernünftig und unnatürlich.

Ja selbst kurz vor der Aufhebung der Erbunterthänigkeit in Preußen, noch im Jahre 1806, schrieb der unbekannte Verfasser des Buches „Schlesien wie es ist" (II, 41): „Der Staat bedarf Zwischen-Gewalten, welche bisher dem Adel anvertraut waren, ihre Säulen sind die Patrimonial-Jurisdiktion (Patrimonial-Gerichtsbarkeit), die Unterthänigkeit der Bauern, der Dienstzwang; was soll diese rohe Masse, welche wegen ihrer angeborenen Bestimmung immer keines hohen Grades von Aufklärung empfänglich ist, zusammenhalten?" Also die Gerichtsbarkeit des Herrn über den eigenen Unterthan, das Rechtsprechen desselben in eigener Sache, ferner der Dienstzwang und die Unterthänigkeit, das schienen diesem Manne unumgänglich nothwendige Zuchtmittel zu sein, um diese „rohe Masse" der Bauern zusammen zu halten.

Ein Jahr später rüttelte die Gesetzgebung selbst an diesen „Säulen", indem sie den Dienstzwang und die Erbunterthänigkeit bis zu einem festgesetzten Zeitpunkte für aufgehoben erklärte.

Digitized by Google

Die Bauernbefreiung und die Umgestaltung der ländlichen Verhältnisse im 19. Jahrhundert.

Jener Ueberblick über die gesellschaftlichen Verhältnisse der damaligen Zeit erleichtert uns bedeutend das Verständniß für die nachfolgende Entwicklungsperiode.

Der Adel war, wie wir gesehen haben, noch die maßgebende, herrschende Gesellschaftsklasse. Dementsprechend mußte er auch seinen überlegenen Einfluß auf die Gesetzgebung geltend machen. Und er that dies auch im vollsten Sinne des Worts. Während die Regierung die auf ihren Domänen ansässigen Bauern bis zum Jahre 1808 zu freien Eigenthümern ihrer Güter gemacht hatte, ließ der Adel noch lange seine Bauern unter dem Joche gutsherrlicher Abhängigkeit und Gebundenheit schmachten.

Mit dem Schicksal dieser sogenannten „herrschaftlichen" Bauern beschäftigt sich nun unsere Darstellung. Zu diesen gehörte die große Masse der gesammten Bauernschaft.

Seit der Zeit, wo der Adel durch Legen und Auskaufen der Bauern sein Wirthschaftsgebiet erweitert hatte, waren die Besitzrechte der Bauern an ihren Grundstücken sehr unsicher und schwankend geworden. Vom festen, gesicherten Besitze bis zur bloßen Zeitpacht herab kamen auf den herrschaftlichen Gütern alle möglichen Eigenthumsformen vor. Neben den erblichen Besitzern gab es zahlreiche bäuerliche Wirthe, die nur ein Nutzungsrecht an ihren Hufen hatten. Dieses war vererblich, ging also auf die Kinder des Besitzers über, oder es war diesem nur für seine Lebenszeit eingeräumt und erlosch daher nach seinem Tode. Eine andere Klasse bäuerlicher Wirthe war bereits in Zeitpächter verwandelt worden. Auf bald festerer, bald lockerer Grundlage ruhte der bäuerliche Besitz.

Digitized by Google

In den meisten Fällen übte der adlige Herr an dem bäuerlichen Gute die Rechte eines sogenannten Obereigenthümers aus, d. h. in seiner Hand lag schließlich die Entscheidung über das Eigenthum des bäuerlichen Wirthes. Der Bauer war somit nicht Eigenthümer im vollen Sinne des Wortes. Er hatte im Gegentheil für die Verleihung des Eigenthums zahllose Dienste mit seiner Hand und seinem Gespann (Hand- und Spanndienste) für den adligen Herrn zu verrichten, er hatte ferner dafür viele Abgaben in Geld und in natura (Früchte, Hühner, Eier) an diesen zu leisten. Der adlige Herr dagegen ließ ihm in Unglücksfällen (nach Mißwachs oder Viehsterben) seine Unterstützung zu Theil werden. Er stellte ihm seine beschädigten Gebäude wieder her. Meist räumte er auch dem Bauer das Recht ein, sein Vieh in den gutsherrlichen Wald zu treiben und aus demselben seinen Bedarf an Bau- und Brennholz zu decken.

Diese halb-mittelalterlichen überlebten Formen des Eigenthums hinderten entschieden die Fortschritte der Landwirthschaft. Eine Umgestaltung derselben lag daher im Interesse der gesammten Gesellschaft.

Mit der Umgestaltung der Eigenthumsrechte der Bauern beschäftigte sich nun die sogenannte Regulirungsgesetzgebung, sie beabsichtigte, die Bauern zu freien Eigenthümern ihrer Scholle zu machen. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Gutsherrn und Bauern an dem früheren Eigenthume kommen dann in Fortfall. Die Ablösung der Bauern von den auf ihren Gütern ruhenden Lasten und Diensten faßte dagegen die Ablösungsgesetzgebung in's Auge.

In welchem Sinne diese Umgestaltung der ländlichen Verhältnisse nun ausfiel, hing von den Machtverhältnissen der einzelnen Klassen ab. Die stärkste Gesellschaftsklasse drückte natürlich derselben ihr Gepräge auf. Und dies war der Adel. Dem Adel mußte es hauptsächlich darum zu thun sein, einen möglichst großen Antheil an dem zu regulirenden bäuerlichen Besitze zu erhalten. Daher mußte er sich bestreben, die Anzahl der Bauern, welche zu erblichen Besitzern ihrer

Digitized by Google

Güter erhoben werden sollten, möglichst zu beschränken. Ueber alle übrigen Bauern mußte er dann vollkommen freie Verfügungsgewalt zu erlangen suchen. Dann konnte er diese legen und seinen Besitz bedeutend erweitern. Ferner bedurfte der Adel, so lange ihm noch nicht freie Arbeitskräfte massenhaft zur Verfügung standen, noch der Handdienste seiner Bauern. Er mußte daher diese sich zu erhalten suchen. Diesem Wunsche der Gutsherrn kam daher, wie Knapp in seiner Bauernbefreiung bemerkt, auch die Gesetzgebung dadurch entgegen, daß sie „vorläufig die Verfassung in bezug auf die Handdienste möglichst wenig veränderte.“*) In allen diesen wesentlichen Punkten ordnete sich die Gesetzgebung den Interessen des Adels unter, wie wir sogleich sehen werden.

Die Niederlage Preußens bei Jena und Auerstätt gab endlich das Signal zu ländlichen Reformen. Am 9. Oktober 1807 erschien das berühmte Edikt, welches die Erbunterthänigkeit (eine Art von Leibeigenschaft) bis zum 10. Martinitage 1810 überall aufhob. Zugleich faßte die Regierung die Umgestaltung der ländlichen Besitzverhältnisse in's Auge. Mit der Regelung derselben beschäftigen sich die Verordnungen, welche sie am 14. Februar 1808 für Preußen, am 27. März für Schlesien und am 9. Januar 1810 für Pommern und die Marken herausgab.

In diesen gesetzlichen Bestimmungen kommt schon das einseitige Klasseninteresse des Adels zum Ausdruck. Alle jene durch die Bauernschutzgesetzgebung erst geschaffenen Stellen, jene Bauerngüter neueren Bestandes durfte der Adel einziehen, wenn er den Bauer „für das etwa bestehende Besitzrecht entschädigte.“ Ferner räumte die Gesetzgebung dem Adel das Recht ein, Bauernland in adliges Vorwerksland zu verwandeln, wenn er an anderer Stelle ein gleich großes Bauerngut schuf und einen Besitzer für dieses nachwies. Drittens konnte der Adel die kleineren Bauernhufen zu größeren Bauerngütern von 4—8 Hufen umgestalten, ohne auf die alten Besitzer der-

*) Knapp I., 285.

Digitized by Google

selben irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Die Bauern sollen, wie Knapp ausführt, nicht etwa im Besitze geschützt werden: „sie sollen nur im Falle der Vertreibung entschädigt werden, sie sollen nicht zu Eigenthümern gemacht werden, sondern sie sollen künftig eintretenden Erwerbern weichen.“[1])

Also war das Besitzrecht der Bauern garnicht gewährleistet, daher konnten sie einfach enteignet werden. Und diese Gesetzgebung hätte schon damals zahllosen Bauern den Hals gebrochen, wenn der Adel im Besitze großer Kapitalien gewesen wäre. Nur der damaligen Geldnoth und Verwirrung schreibt v. Bülow-Cummerow die verhältnißmäßig geringen Folgen der Verordnung vom 14. Februar 1808 für Preußen zu[2]). Aehnlich sprach sich damals ein anderer unbekannter Schriftsteller über diese Gesetzgebung aus.

Bedeutend weitherziger als diese Verordnungen war das spätere Regierungsgesetz vom 14. September 1811, da es alle Bauern — gleichgültig ob sie erbliche Besitzer oder nur Zeitpächter waren — zu freien Eigenthümern ihrer Schollen machen wollte. Die Bauern mit erblichen Nutzungsrechten an ihren Gütern, die sogenannten erblichen Laßbauern sollten dann zu Eigenthümern ihrer Höfe erklärt werden, wenn sie ein Drittel ihres Bodens dem Adel abtraten, die Bauern mit nur lebenslänglichen Besitzrechten (die unerblichen Laßbauern) und Zeitpächter, wenn sie die Hälfte desselben abtraten.

Jedoch die Erfolge dieser Gesetzgebung wurden fast gänzlich durch die eigennützigen Bestrebungen des Adels vereitelt. Die Gutsbesitzer Ostpreußens, die Stände der Kreise Lauenburg, Belgard, Neustettin, Dirschau, Rastenburg ꝛc. erhoben sich wie ein Mann, um gegen diese Gesetzgebung zu Felde zu ziehen. „Unsere Güter werden uns zur Hölle werden — zeterten die Gutsbesitzer des Stolpeschen Kreises — wenn unabhängige bäuerliche Eigenthümer unsere Nachbarn sind.“ Geradezu unverschämt und anmaßend waren vielfach die Eingaben dieser ade-

[1]) I., 141.
[2]) Knapp I, 144.

Digitized by Google

ligen Herrn gegen das Gesetz, so daß selbst ein hoher Regierungsbeamter sich gemüßigt sah, eine Festungshaft von 8 Wochen für den Grafen Eulenburg .... und die anderen „ausgemittelten Subjekte“ in Vorschlag zu bringen*). Schließlich siegte aber doch der übermächtige Adel ob. Er brachte die ganze Gesetzgebung in einen revolutionären Geruch, da sie ja „unter dem giftigen Hauche der französischen Gesetzgebung“ entstanden war, und zuletzt schlugen seine Verdächtigungen und Intriguen gegen diese Gesetzgebung durch.

Auf Befehl des Königs sollte noch einmal das Regulirungsgesetz von 1811 geprüft werden. Einer sogenannten Nationalrepräsentation, einer wahren Klassenvertretung des Adels, legte man dieses Gesetz zur Durchsicht vor. Und diese brachte dann ihre Klasseninteressen in demselben rücksichtslos zum Ausdruck. Man schaue sich einmal ihr edles Machwerk, die sogenannte Deklaration vom 9. Mai 1816 an. Die Gesetzgebung von 1811 wollte alle Bauern ohne Unterschied zu freien Eigenthümern erheben. Die Deklaration dagegen schränkte die Zahl der Bauern, deren Besitzrechte geregelt werden sollten, von vornherein gewaltig ein. Der bäuerliche Landwirth mußte zunächst ein größeres Gut besitzen, das ihn ernährte. Das Gut mußte *spannfähig* sein. Ferner mußte es in den Steueranschlägen der Provinz eingetragen sein. Es mußte, wie es heißt, *kataſtrirt ſein*. Demnach konnte der Adel kurzer Hand diejenigen Güter einziehen, welche nicht in den Steueranschlägen vermerkt waren. Weiter mußte die Bauernstelle *alten Beſtandes* sein. Diese Bestimmung besagte einfach den Untergang derjenigen Bauernstellen, welche erst durch die Bauernschutzgesetzgebung der preußischen Könige entstanden waren. Die Scheidegrenze zwischen Gütern alten und neuen Bestandes zog die Gesetzgebung gerade durch jene Zeitpunkte, in welchen in den einzelnen Provinzen der Bestand der bäuerlichen Güter am kleinsten war. Daher war der *Gewinn* an Bauernstellen für den Adel dann am größten. Zuletzt mußte noch auf der bäuerlichen Stelle die Verpflichtung des Gutsherrn geruht haben, sie *ſtets* im Er-

*) Knapp II, 282.

Digitized by Google

ledigungsfalle mit einem Wirthe zu besetzen. Hatte also der Bauer kein größeres spannfähiges Gut, so mußte er von vornherein auf das freie Eigenthumsrecht an seiner Scholle verzichten. Aber selbst wenn sein Bauernhof spannfähig war, dann mußte er noch alten Bestandes sein, unter dem Besetzungszwange stehen und in den Steueranschlägen vermerkt sein. Ganze Klassen von Bauern waren somit dem Adel auf Gnade oder Ungnade überliefert worden. Der Bauernschutz fiel seit der Deklaration von 1816 fort, und somit konnte der Adel das Besitzthum dieser bäuerlichen Klassen einziehen.

Was geschah nun thatsächlich mit diesen Bauern?

Nach dem Tode eines bäuerlichen Besitzers z. B. zog der Adelige das Gut ein. „Auf diese Weise sind in Ostpreußen" schreibt Herr von Brauchitsch 1818 aus Königsberg, „schon viele Höfe durch richterliche Erkenntniß wüste geworden; und da die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse nur langsam fortschreitet, so können noch viele Wittwen und Unmündige von Haus und Hof getrieben werden." Ferner geht aus einem Rechtsfall hervor, „daß die Gutsherrn — wenn sie auch kein Recht dazu hatten — die unregulirten Stellen, besonders die unerblichen gerne kündigten und daß die Gerichte dies mitunter zuließen"*). Mehrfach zog der Adel ohne viel Federlesens die unregulirten Bauernhöfe ein. „Nach dem Zeitungsbericht der Stettiner Regierung", so schreibt Hardenberg in einem Erlaß von 1817, „nehmen viele Gutsbesitzer in Pommern von der Deklaration vom 14. September 1811 Veranlassung, ihren Bauern die Eigenthumsverleihung zu verweigern und deren Ländereien den herrschaftlichen Vorwerken einzuverleiben. Sogar soll dies mit ganzen Dörfern z. B. Hoetkewiek mit 23 Bauern versucht sein und selbst in Absicht der Bauern und Büdner stattfinden, welche mit Hilfe der vom Staate von 1772—1786 bewilligten 1 161 325 Thlr. Meliorationsgelder auf Vorwerksländereien etablirt sind. Einige der speziellen Fälle, welche der Superintendent Reber von Ostpreußen angeführt und belegt hat, ergeben, daß auch in dieser Provinz eine gleiche Tendenz der

*) Knapp, 282.

Digitized by Google

Gutsherrn herrscht, und daß die Provinzialbehörden dem keineswegs entgegenwirken[1])." Im Regierungsbezirk Marienwerder scheinen ebenfalls sehr viele Bauernhöfe gelegt worden zu sein. Die Regierung ließ nämlich unterm 16. Dezember 1850 durch ihren Referenten Dönniges berichten: Es giebt daselbst, besonders im schlochauer Kreise, viele größere und kleinere Ackernahrungen, die früher im Besitze bäuerlicher Wirthe gewesen; da aber die Stellen nicht katastrirt waren, oder ihnen aus anderen Gründen die Regulirungsfähigkeit mangelte, so waren die Besitzer mit ihren Ansprüchen auf Regulirung rechtskräftig abgewiesen worden. Die Stellen sind seitdem meistens von den Gutsherrn zu den Vorwerken eingezogen worden ꝛc.[2]).

Häufig beuteten auch die Gutsherrn die Unwissenheit der Unterthanen aus und ließen sie erklären, „daß sie ihre Grundstücke in einem Pachtverhältniß besäßen und die Gutsherrschaft darüber schalten, dieselben auch einziehen könnte; worauf dann Zeitpachtverträge mit ihnen abgeschlossen sind, obgleich unzweifelhaft ein gutsherrlich-bäuerliches Verhältniß stattgefunden hat"[3]). Zahlreiche bäuerliche Höfe wurden so von den Gutsherrn eingezogen und in Vorwerke verwandelt. Die Besitzer derselben mußten Tagelöhner werden.

Ganze Klassen von Bauern hat der Adel einfach enteignet. Nur 70582 bäuerliche Eigenthümer schuf die Regulirungsgesetzgebung in den Provinzen Pommern, Schlesien, Brandenburg, Posen und Preußen.[4]) Davon allein 20 086 in Posen. Hier wollte die preußische Regierung, wie es heißt, die Bauern an die neue Herrschaft gewöhnen. Die unglücklichen polnischen Bauern Oberschlesiens hatte man wohl nicht an die Herrschaft zu gewöhnen! Hier im Gegentheil ordnete die Regulirungsgesetzgebung sich bereitwilligst den Wünschen

[1]) Knapp 278.
[2]) Knapp 280.
[3]) Aus einem Gutachten der General-Kommission für die Kurmark Brandenburg. Knapp: I, 283.
[4]) Meitzen: der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse in Preußen I, 432—433.

Digitized by Google

des Junkerthums unter. Sie erschwerte hier sogar noch im Jahre 1827 die Bedingungen, unter denen sich die Bauern zu freien Eigenthümern aufschwingen konnten. Die oberschlesischen Bauern (Dienstgärtner) mußten im Besitze größerer spannfähiger Güter von mindestens 25 Morgen mittlerer Bodenklasse sein, um die Wohlthaten der Regulirungsgesetzgebung genießen zu können. Daher kamen, „abgesehen von den großen Bauern in Oberschlesien von 1827—1846 nur 10 Regulirungen zu Stande" — so schwer waren die Bedingungen des Gesetzes vom 13. Juli 1827[1]). Wäre die Regierung in derselben humanen Weise wie in Posen für die Eigenthumsrechte der Bauern eingetreten, dann würden tausende und abertausende leistungsfähiger Bauern mehr in Preußen entstanden sein.

Ja hätte die Regierung die Grundsätze der Gesetzgebung von 1811 befolgt, dann hätte sie in den so stiefmütterlich behandelten Provinzen Pommern, Schlesien, Brandenburg und Preußen nicht 45 493 bäuerliche Besitzer, sondern allein 60 000 spannfähige und 161 000 spannfähige und nicht spannfähige Bauern geschaffen[2]).

Während die Regulirungsgesetzgebung eine Umgestaltung der bäuerlichen Eigenthumsverhältnisse bezweckte, gedachte die Ablösungsgesetzgebung die auf den bäuerlichen Gütern ruhenden Lasten und Dienste abzulösen. Diese Gesetzgebung änderte nichts am Besitzrechte der Bauern, „die Erbzinsleute und Erbpächter blieben nach der Ablösung dies, was sie sind" (Knapp). Hatte ein Erbpächter z. B. ein Gut inne, auf dem die Verpflichtung einer jährlichen Rentenzahlung ruhte, so konnte er sich für immer von dieser Rentenzahlung befreien, wenn er auf einmal den 20—25fachen Betrag derselben an den adligen Herren entrichtete. Er war dann seiner Verpflichtung los und ledig, blieb aber das, was er vorher gewesen war, nämlich Erbpächter. Die Ablösungsgesetzgebung nun beschäftigte sich mit der Befreiung von den auf

[1]) Knapp: I, 214.

[2]) Schmoller: Jahrbuch für Gesetzgebung in der Kritik der Knapp'schen Arbeit über die Bauernbefreiung.

Digitized by Google

den Gütern ruhenden Lasten, Diensten und Naturalleistungen.

Im Jahre 1825 gab die Regierung eine Ablösungsordnung heraus. Diese erstreckte sich aber nur auf die größeren spannfähigen Bauerngüter, sie ließ also die Lasten und Dienste auf den nicht spannfähigen Gütern ruhig fortbestehen.

Mit schweren Opfern hatten sich die zu den Regulirungen hinzugelassenen Bauern ihr freies Eigenthum zu erkaufen. Früher hatte die Gesetzgebung von 1811 bestimmt, daß der Bauer je nach der Sicherheit seines Eigenthumsrechtes ein Drittel, resp. die die Hälfte seines Landes an den Herrn abtreten sollte, wenn er erblicher Eigenthümer zu werden beabsichtigte. Diese Normalentschädigungen ließ man im allgemeinen fallen und setzte dafür fest, „daß die Entschädigung nach dem besonderen Falle zu bemessen sei"*). Der Gutsherr wie der Bauer konnten gegen diese Normalentschädigung ihren Einspruch erheben und höhere, resp. niedrigere Entschädigungsansprüche geltend machen. — Die ablösbaren Bauern zahlten im allgemeinen den 25fachen Betrag der Renten und Leistungen, von denen sie sich befreien wollten. Beide Klassen hatten daher beträchtliche Landstrecken und riesige Geld- und Naturalbeträge an die adligen Herren abzutreten. An Land erhielt der Adel 1 533 050 Morgen, an Kapitalien 18 544 766 Thaler, an jährlichen Geldrenten 1 599 992 Thaler, dann erhielt er in natura 249 436 Scheffel Roggen und 10 633 Scheffel in Hafer, Weizen und Gerste. Dafür wurden jene **70 582** freien Eigenthümer geschaffen und 289 651 Bauern abgelöst. Sie befreiten sich von 5 978 295 Spanndiensttagen und 16 869 824 Handdiensttagen.

Diese großen Opfer hatten die Bauern aufzubringen, um nur einen Theil des Landes wieder zu erhalten, das ihnen einstmals vor dem Zeitalter des Bauerlegens erb-eigenthümlich gehört hatte, und um sich von Lasten frei zu machen, die ihnen meist erst unter dem Einfluß der sich entwickelnden Geldwirthschaft aufgebürdet waren.

*) Knapp I, 193.

Digitized by Google

Eine ganz neue Eigenthumsvertheilung hatte die wirthschaftliche Entwicklung herbeigeführt. Große Massen enteigneter, zu Tagelöhnern herabgedrückter Bauern standen einigen besitzenden Grundherren gegenüber. Diese produzirten in modern kapitalistischer Weise für den Markt.

Aber die Arbeiter dieser Besitzer waren keineswegs freie Lohnarbeiter im wahren Sinne des Wortes. Sie hatten nicht, wie diese, Hände und Füße frei. Schleppten sie doch noch das halbe Mittelalter hinter sich her. Sie schuldeten dem adeligen Herrn neben Hand- und Spanndiensten noch Leistungen der unglaublichsten Art. Da marschirten noch die Jagdleistungen, die Abgaben zu Taufen, Hochzeiten, Ausstattungen der adeligen Familien neben den Diensten für die Reisen des Herrn und seiner Beamten ꝛc. ꝛc. auf. Mußte doch noch die Agrargesetzgebung von 1850 26 feudale Berechtigungen aufheben!

Von 1848—1865 löste sich erst der größte Theil der kleineren Bauern von der feudalen Belastung ab. Bis dahin wurde der Landarbeiter vom Kapitalismus und Feudalismus gleichzeitig ausgebeutet. Und gerade diese doppelte Ausbeutung des Produzenten durch zwei Wirthschaftsweisen kennzeichnet die damaligen Verhältnisse besonders.

Aber die wirthschaftliche Entwickelung hatte nicht nur zahllose kleinere Bauern enteignet, sie hatte auch, wie wir gesehen haben, die größeren bäuerlichen Wirthe um einen bedeutenden Theil ihres Grund und Bodens gebracht.

Setzte sich die Entwickelung nach derselben Richtung hin fort, so war der Untergang der Bauernklasse unvermeidlich.

Und dies mußte der Fall sein, je mehr der Kapitalismus in Preußen die Großwirthschaft zur typischen Form der ländlichen Produktion erhob. Die Marktpreise sind eine viel wirksamere Waffe im Kampfe um die Existenz, wie die alten adligen Waffen. Sie vollziehen die Expropriation viel gründlicher wie vorher die brutalen Gewaltmittel. Auch die Bedrückung der Bauern mit Lasten und Diensten geht heute nicht mehr so schwerfällig vor sich wie früher. Man braucht diese den

Digitized by Google

Bauer nicht mehr mit Schwert und Spieß gewaltsam aufzuzwingen. Der Bauer muß Hypotheken aufnehmen, er wird dem Kapitalismus zins- und abgabenpflichtig wie vorher dem Feudalherrn. Natürlich, er stellt nicht mehr direkt dem neuen Feudalherrn ein Drittel seiner Arbeitszeit zur Verfügung, indem er Spann- und Handdienste für diesen leistet, er zahlt aber mitunter ein Drittel seines Arbeitsertrages in Geld an diesen. Das kommt auf das Gleiche heraus, als wenn er ein Drittel seiner Arbeit in Hand- und Spanndiensten für den Kapitalisten verausgabt hätte.

Wir sehen also, daß der Kapitalismus ebenso wie der Feudalismus eine Ausbeutungsform der Arbeit ist. Die Geldform, welche die ehemaligen Lasten und Dienste annehmen, macht diese Form nur weniger durchsichtig als die früheren.

Und häufig ist diese Form der Ausbeutung viel drückender als die früheren. Der ehemalige hörige Bauer tritt von dem thatsächlich geernteten Getreide seinen Zehnten ab, der heutige freie muß seinen Geldzehnten zahlen, gleichgiltig ob ein großer Theil seines Getreides auf dem Felde verdarb, und der übrig gebliebene noch auf dem Markte durch einen plötzlichen Preissturz total entwerthet wurde.

Seitdem sich ein gewaltiges zusammenschnürendes Netz von Chausseen, Kanälen, Eisenbahnlinien um die ganze zivilisirte Welt gelegt hat, sind frühere, weit entfernte Märkte sich fast auf den Leib gerückt. Die Parzelle des ostpreußischen Kleinbauern stößt — um eine Hyperbel zu gebrauchen — mit der Riesenfarm des amerikanischen Landwirths zusammen. Nicht nur der adlige Gutsnachbar kann heute den Bauer durch niedrigere Preise ruiniren, sondern der erste beste Farmer der Vereinigten Staaten, der mit den vervollkommnetsten landwirthschaftlichen Maschinen seine Felder bestellt.

Und so haben sich denn naturgemäß die bäuerlichen Verhältnisse in unserem großkapitalistischen weltwirthschaftlichen Zeitalter bedenklich verschlechtert. Zahlreiche leistungsfähige größere Bauernwirthschaften sind bereits zu Grunde gegangen, ebenso viele sind mit Hypothekenschulden derart überbürdet worden, daß ihnen ebenfalls

Digitized by Google

in kurzer Zeit der Untergang bevorsteht. Geht dieser Prozeß nun „weiter ungehindert fort — sagen wir mit Professor Schmoller — so stehen wir wahrscheinlich schon in 20 bis 30, jedenfalls in 50 bis 100 Jahren vor einer vollständigen Enteignung unserer Bauern und sonstigen Grundbesitzer“ [1]).

Die Industrie in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts.

Allmählich waren in Deutschland die Grundlagen der kapitalistischen Produktion gelegt worden.

Auf dem Gebiete der Landwirthschaft hatten sich während eines zwei- bis dreihundertjährigen Zeitabschnittes die großen ländlichen Betriebe gebildet. Die alten Gemeindeländereien waren vielfach durch die Gesetzgebung aufgetheilt worden. Immer reiner trat der privat-kapitalistische Charakter der damaligen Wirthschaftsweise in der Landwirthschaft hervor.

In der Industrie war die neue Wirthschaftsweise durch die Manufaktur und Hausindustrie vertreten.

Beide, auf Handbetrieb beruhenden Produktionsformen gestalteten sehr allmählich die wirthschaftlichen Verhältnisse um. Während England dank seiner Großindustrie mit Siebenmeilenstiefeln vorwärtsging, trippelte Deutschland noch in unbeholfenen Kinderschuhen langsam fort. Nur in den Berufszweigen, die von der britischen Industrie in Mitleidenschaft gezogen waren, bemerkte man eine größere Bewegung — mitunter sogar eine abwärtsgehende.

Dies galt besonders von der Textilindustrie. Schon seit alter Zeit spann in Deutschland fast alles, Männer, halberwachsene Mädchen, alte Mütterchen [2]). Namentlich

[1]) Schmoller: Die amerikanische Konkurrenz ꝛc. Jahrbuch für Gesetzgebung VI. — In den letzten Ausführungen folgten wir unserer Broschüre über „Lohnarbeiter und Bauern“ (11. Heft der I. Serie der „Berliner Arbeiter-Bibliothek“).

[2]) Schmoller: Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. 465.

Digitized by Google

nachdem die Weberei in Deutschland einen gewaltigen Aufschwung genommen hatte, reichten die vorhandenen Arbeitskräfte kaum für die Spinnerei aus, denn man „brauchte, um einen Weber voll zu beschäftigen, das Gespinnst von 10 und mehr Spinnern." Diese Verhältnisse gestalteten sich jedoch vollkommen mit der Erfindung der Spinnmaschine um. Diese stellte das Garn viel billiger und gleichmäßiger her als der Handspinner. Die Flachsspindel in der Fabrik leistete bereits 1818 etwa 120 mal mehr als ein Handspinnrad. In den vierziger Jahren lieferte ein Maschinenspinner 500 mal soviel als ein Handspinner[1]).

Diese Thatsache besiegelte vollkommen den Untergang der Handspinnerei. In den 40er Jahren erreichte die Noth der untergehenden Spinner ihren Höhepunkt. Tausende — sagt Schmoller in seiner Geschichte des deutschen Kleingewerbes — sind dem Hungertyphus erlegen[2]). Ein Industrieller aus Bielefeld erklärte bei den Berathungen der Handelskammer im Jahre 1845[3]): „Bei dem gegenwärtigen Zustande kann es unmöglich bleiben. Etwa zwei Drittheile der Spinner, deren Zahl man auf über 100,000 veranschlagt, arbeiteten in den letzten Jahren ganz umsonst." — „Ein guter Feinspinner verdient jetzt nur im Tage 2 Sgr. und ein Spinner für Garn zweiter Qualität nur 7 Pf. Die Lage der Weber ist etwas besser als die der Spinner, aber dennoch höchst übel."

Im Ravensbergischen Bezirke zogen die Spinner meist auf gemietheten Grundstücken Flachs, um ihn später zu Gespinnsten zu verwenden. Sie spannen nur oft noch, um den ihnen zuwachsenden Flachs verwerthen zu können. Ein erfahrener Garnhändler schilderte die Verhältnisse der Spinner damals sehr ausführlich. Nach den Berichten dieses Gewährsmannes beträgt der Verdienst eines Spinners der ersten Klasse nach Abzug aller Unkosten für Werg u. s. w. 2 Sgr. 7 Pf. Spinnlohn (inkl. Sonntag) pro Tag. Bei einer Familie, wo 3—4 Personen ein gutes Garn liefern, würde der Tagelohn auf diese Weise

[1]) Schmoller ꝛc. 465.
[2]) Schmoller, 506.
[3]) Siehe den von M. Heß herausgegebenen Gesellschaftsspiegel.

Digitized by Google

7 Sgr. 3 Pf. bis 10 Sgr. ausmachen. Die zweite Klasse von Spinnern, über die Hälfte derselben, verdient 1 Sgr. 7 Pf. Spinnlohn pro Tag (inkl. Sonntag). Daß unseres Gewährsmannes Ansprüche in bezug auf das „Wohlleben" der Arbeiter nicht überspannt sind, ist aus der Bemerkung ersichtlich, die er an diese Angaben knüpft: „Angenommen, wie bei der ersten Klasse, in einer Familie sind 3—4 Personen, die diesen Tagelohn erzielen, so würden auch diese noch ihren Unterhalt auf die Weise (!) gut gewinnen können, allein dieses kann nicht im allgemeinen angenommen werden, und es sind viele Spinner, die sich mit ihren Kindern mit 3 Sgr., ja mit 2 Sgr. 2 Pf. ernähren müssen." Von der letzten Klasse der Spinner, von den völlig Armen wollen wir ganz absehen.[1])

Ebenfalls in der Weberei machte sich die britische Konkurrenz beträchtlich geltend. Die Preise der Leinewand gingen rapid herab. Namentlich in Schlesien offenbarte die englische Konkurrenz ihre verheerenden Wirkungen. Die Zahl der nothleidenden Arbeiter, der Weber, Spinner, Spuler, Bleicher, schlägt Schneer um die Mitte der vierziger Jahre auf 120,000 an, die Kinder derselben nicht einmal mitgerechnet. Im Jahre 1845 rotteten sich in den großen schlesischen Dorfschaften Langenbielau und Peterswaldau die Weber zusammen. Besonders richtete sich ihr Haß gegen einen Kaufmann Zwanziger, welcher den Webern für eine 9tägige Arbeitszeit ein Bettelgeld von 32 Sgr. zahlte. Unter dem Gesange eines Liedes, das ihnen wie von selbst aus der Seele geflossen war, stürzten sie sich über die Waarenvorräthe dieses Kapitalisten. Erst Pulver und Blei dämpften diesen Aufstand.[2])

Daß die deutsche Industrie damals der englischen gegenüber nicht gewachsen war, nimmt nicht Wunder, wenn man bedenkt, daß noch Handwerk und Hausindustrie die typischen Formen der damaligen Produktion waren.

---

[1]) Gesellschaftsspiegel: Die gesellschaftlichen Zustände der zivilisirten Welt, herausgegeben von Heß, Aufsatz von Lüning.

[2]) Püttmann: Deutsches Bürgerbuch. Der Aufsatz von Wolf: Elend und Aufruhr in Schlesien.

Digitized by Google

Die Tuchmacherei in Preußen befand sich meist in den Händen kleiner Handwerker. Diese besaßen häufig nur 1—2 Stühle mit je 40 Spindeln in ihren Wohnungen. Sie spannen selbst mit ihren Familien und Hausgenossen an diesen. In Preußen, Posen und Pommern kamen auf ein Geschäft durchschnittlich nur 45 Spindeln. Neben dem Handwerk machte sich in der Tuchmacherei auch die Hausindustrie sehr bemerkbar. Diese herrschte z. B. in der Aachener Tuchfabrikation vor. Hausindustrielle vollzogen hier daheim die einzelnen, zur Herstellung des Tuches erforderlichen Verrichtungen. Es ist sehr charakteristisch für die Verbreitung der Hausindustrie in diesem Berufszweige, daß lange Zeit hindurch nur eine Fabrik alle Operationen der Tuchmacherei in ihren Räumen vereinigte[1]): die Fabrik von Scheibler verfertigte das Tuch vom Garne an. In dem Aachener Industriebezirke lief die Einführung der vervollkommneten Maschinen für die Tuchfabrikation nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten ab. In Eupen z. B. griffen die Arbeiter die Fabrik an, welche diese Maschinen hergestellt hatte. Im Jahre 1836 wiederholten sie dieselben Gewaltakte. In den 40er Jahren führten die Fabrikanten die Mulejenny ein.

In den industriell entwickelten Bezirken des Rheins bestand die werkthätige Bevölkerung hauptsächlich aus Hausarbeitern. So in Krefeld, Solingen, Elberfeld-Barmen, Gladbach-Rheydt u. s. w. Wir haben die Entwickelungs-Geschichte dieser Industriezweige schon ausführlich in einem vorhergehenden Abschnitte behandelt, und wir können uns daher mit einigen Daten über die Fortschritte derselben hier begnügen. In Elberfeld-Barmen bürgerte sich in den Jahren 1816—1842 die Seidenindustrie ein. In diesem Zeitraume wuchs die Anzahl der Webestühle für Seide und Halbseide von 1541 auf 5206[2]). Diese Industrie verdrängte theilweise die Fabrikation von Baumwollenzeug. In Gladbach-Rheydt gewann die Baumwollen-Industrie mehr und mehr an Boden. Schon in den Jahren 1826—1828 waren mehr als 6000 Webstühle mit etwa

[1]) Thun II., 2, 23—24.
[2]) Thun II, 3, 192.

Digitized by Google

10 000 Arbeitern beschäftigt[1]). Die Fabrikate gingen nach Holland, Belgien ꝛc. ꝛc. Erst seit 1845 faßte die mechanische Weberei hier Wurzel.

Das Handwerk machte in Preußen in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts nur sehr geringe Fortschritte, es blieb fast ganz stabil und nahm erst in den 30er Jahren einen kräftigeren Aufschwung. Die Handwerksbetriebe hatten noch einen zwerghaft kleinen Umfang. Auf 100 Meister der gesammten gezählten Handwerker kamen im Jahre 1816 noch durchschnittlich 56,19 Gesellen und Gehilfen. Dieses Verhältniß änderte sich bis zum Jahre 1831 fast gar nicht. Im Jahre 1840 kamen auf 100 Meister 70,72 Gehilfen. Nur in den größeren Städten beschäftigten die Meister mehr als einen Gesellen.

Sehr interessant ist es zu sehen, wie sich die Größe der Betriebe genau den Bevölkerungsverhältnissen anpaßte. Der Volkswirth Rau[2]) führt folgende Tabelle Hoffmanns aus dem Jahre 1837 an. Auf die 9 „häufigsten" Handwerke vertheilten sich die Meister und Gesellen folgendermaßen:

	Meister	Gesellen	Gehilfen auf je 1000 Meister
in den 10 größten Städten	16 056	25 696	1600
in den 30 ansehnlichen Städten . .	15 086	15 864	1051
in den übrigen Städten und auf dem Lande . . .	153 170	44 707	291
durchschnittlich . . .	282 665	149 163	527

Selbst in dem industriell hochentwickelten Sachsen standen Hausindustrie und Handwerk bis Ende der vierziger Jahre in dem Vordergrund. In der Textilindustrie waren 1846 noch keine mechanischen Webstühle vorhanden[3]). Für gewerbliche und landwirthschaftliche Zwecke gingen 197 Dampfmaschinen mit 2446 Pferdestärken[4]).

In Preußen gab es erst 1840 615 Dampfmaschinen

---

[1]) Thun II, 2, 158.
[2]) „Grundsätze der Volkswirthschaft", 5. Auflage S. 51, 1863.
[3]) Schmoller: Geschichte des deutschen Kleingewerbes ꝛc. 139.
[4]) Ernst Engel: Das Zeitalter des Dampfes 130. Berlin 1881.

Digitized by Google

mit 11 712 Pferdestärken, welche für das Gewerbe und die Landwirthschaft thätig waren.

Jetzt wollen wir uns noch kurz mit den, jenen hausindustriellen Berufszweigen eigenthümlichen Zustände:: befassen.

Der Hausarbeiter erhält den Arbeitsstoff vom kapitalistischen Kaufmanne vorgestreckt. Dann liefert er das fertige Produkt an ihn zurück. Er befindet sich also in vollkommener Abhängigkeit von dem Kaufmann.

Dieses Abhängigkeitsverhältniß erlaubt dem Kapitalisten, den Arbeitern große Abzüge bei der Ablieferung ihrer Produkte zu machen und ferner diesen Waaren statt Geld aufzuzwingen. Das Truckſystem gedeiht daher üppig unter diesen Verhältnissen. Besonders ausgebildet war dasselbe in Solingen. Hier zog der mannhafte Gegner dieses Systems, Jellinghaus, um die Mitte der vierziger Jahre wahrhaft haarsträubende Thatsachen an das Licht. Er wies aus den Arbeitsbüchern der Zeugen nach, „daß den Arbeitern oft in mehreren Jahren kein Pfennig Arbeitslohn in Geld gezahlt worden war, daß sie statt Geld Waaren erhalten hatten, welche theils ihr vermeintliches Bedürfniß um das zehnfache überschritten, theils ihnen ganz unnütz gewesen sein mußten, theils zu ganz übertriebenen Preisen angerechnet waren“ [1]) — Die geradezu abscheuliche Ausbeutung des Hausarbeiters durch das Truckſystem von Seiten der Fabrikanten hat A. Thun in seiner „Geschichte der Industrie am Niederrhein“ sehr packend geschildert. Er führt an, daß im Jahre 1845 von 68 Fabrikanten in der Stadt Solingen 42 zugleich einen Laden und 8 eine Schankstube hielten; „die übrigen gaben zum Theil Anweisungen auf befreundete Läden“ [2]).

Ferner erwies sich das damals sehr verbreitete „Faktorenwesen“ als eine unerschöpfliche Quelle sozialer Mißstände. Die Faktoren waren die Bindeglieder zwischen den Fabrikanten und den Hausarbeitern. Sie übermittelten den Arbeitern die Aufträge der Fabrikanten; daher hatten sie die Beschäftigung derselben vollkommen in ihrer Hand. Diese ihre einflußreiche Stellung gegen-

[1]) Gesellschaftsspiegel.

[2]) Thun II, 3, 72.

Digitized by Google

über den Hausarbeitern benutzten sie häufig zur Ausbeutung der Zwangslage jener Hausindustriellen. Natürlich mußten letztere in alle Bedrückungen der Faktoren einwilligen, wenn sie Arbeit erhalten wollten. Namentlich in Krefeld richtete sich der Haß der Weber gegen diese Faktoren. Im Jahre 1848 forderten sie die radikale Abstellung des Faktorenunwesens.

Unter dem schweren Druck derartiger Abhängigkeitsverhältnisse schmachtend, fristeten daher die Hausindustriellen im allgemeinen ein sehr kümmerliches Dasein, besonders aber die Hausarbeiter der Textilindustrie, auf welchen außerdem noch eine verheerende Krisis lastete.

Die Lebensverhältnisse der schlesischen Weber hatten wir schon vorher kurz berührt. „Die Lebensweise des Korrigenden, jedes Militärsträflings — so erklärte 1845 unumwunden ein Aufruf — erscheint ungleich beneidenswerther um ihrer Sorgenfreiheit, Ordnung und Menschlichkeit willen, als diejenige eines Webers. In alle Häuser tritt die Noth mit unwiderstehlicher Gewalt, ohnerachtet nicht zu läugnen ist, daß treue und redliche Familienväter alle ihre Kraft, die Kräfte ihrer Kinder und ihres Hauses aufbieten, um Hunger und Noth von sich abzuwehren, um der Bitterkeit allmählicher Verarmung zu entrinnen[1])." Aus dem Wupperthale drang damals derselbe Schmerzensschrei. Ein Augenzeuge des gräßlichen Elends der damaligen Weber schilderte dieses folgendermaßen: „Da bei den jetzigen Lohnsätzen das ungestört fortgehende Weben höchstens das tägliche Brod gewährt, so ist der Weber genöthigt, durch Ueberarbeiten die Ausfälle zu decken, welche durch die vielen Störungen, Hemmnisse und Plackereien entstehen, die wir hier mittheilen werden. Er muß daher Morgens auf den Hahnenruf aufstehen und bis Mitternacht und wohl darüber arbeiten. Seine Kräfte werden schnell verbraucht, seine Sinne vor der Zeit abgestumpft. Seine Brust kann dem ununterbrochenen Zusammenhocken nicht widerstehen; die Lungen werden krank, Blutspeien stellt sich ein. Auch seine anderen Glieder erschlaffen und er-

[1]) Püttmann: Deutsches Bürgerbuch S. 185 „Elend und Aufruhr in Schlesien".

Digitized by Google

lahmen. So wird seine ganze physische Person eine frühe Kirchhofsblume. Der hohen unerschwinglichen Miethe wegen wohnt der Arbeiter in den entlegensten Gassen, in armseligen Höhlen ohne Luft und Sonne. Der Hausrath, die Bettung, die Kleidung, die Kost eines Bettlers; eine Unreinlichkeit, ein Qualm, eine Ausdünstung, die kaum zu athmen erlauben." Unter den Krefelder Webern herrschte seit der Krisis von 1846 eine bittere Noth. „Von den 8000 für Krefeld arbeitenden Webstühlen geriethen 1000 in der Stadt und 2000 auf dem Lande in Stillstand, direkt kamen 4500 Personen, indirekt 12 000 außer Brod[1])."

Im Jahre 1848 erreichte das Elend dieser Weber seinen Höhepunkt. Ueberhaupt war die Lage ganzer Bevölkerungsschichten in diesem Jahre derart drückend und unerträglich, daß es nur eines kleinen äußeren Anstoßes bedurfte, um diese Schichten in Bewegung zu setzen. Und hier und dort machten sie ihre „Revolutionen". Diese fielen dann überall den unreifen wirthschaftlichen Verhältnissen entsprechend aus.

* * *

Die Arbeiter, auf zahllose Handwerks- und hausindustrielle Betriebe vertheilt, konnten nicht durch eine einheitliche Organisation zusammengefaßt werden. Wo sie sich wie in Berlin, Breslau, Köln u. s. w. zu Hilfs-, Bildungs- und Gesangvereinen organisirt hatten, da mußten sie in den Gängelbändern der Regierungen ihre ersten Gehversuche ausführen. Nirgends traten sie als zielbewußte Klasse auf die politische Bühne. In Volksversammlungen wurde noch vielfach der kleinbürgerliche Ruf nach Beschränkung der Maschinen laut, so in Berlin und anderen Orten. Das Schlagwort „Recht auf Arbeit" beherrschte alle Versammlungen.

Die Unklarheit und Verworrenheit der Arbeiter über die Ziele ihrer Bewegung spricht sich selbst in den Beschlüssen eines Berliner Arbeiter-Kongresses aus, der unter dem Vorsitz eines gebildeten Sozialisten, wie Nees von Esenbeck, stattfand. Fortschrittliche und rückschrittliche Be-

[1]) Thun II, 2, 113.

Digitized by Google

schlüsse verbinden sich hier zu einem unorganischen Ganzen.[1]) Die Arbeiter begreifen vollkommen die Nothwendigkeit einer Organisation aller Arbeiter-Elemente, sie sprechen es deutlich aus, daß sie sich „als politische, beseelte Körperschaft unter die Bürger hinstellen und sich den Staatsmännern bemerkbar machen müssen." Und dies kann nach ihrer Ansicht „nur von den Arbeitern selbst ausgehen." Sie planen daher eine große, sich über ganz Deutschland erstreckende Organisation. Die verschiedenen Gewerke und Arbeitervereine sollen örtliche Vereinigungen, sogenannte „Lokalkomitees" bilden. Die verschiedenen Lokalkomitees gruppiren sich dann zu Bezirkskomitees. Alljährlich tagt ein von den Lokalkomitees beschickter Kongreß. Der Kongreß erwählt seinerseits die Zentralleitung des gesammten Arbeiterbundes, das sogenannte Zentralkomitee. Es ist interessant, daß das Statut schon die Verhältnisse der Arbeiterinnen zu berücksichtigen gedenkt. „In den Bezirkskomitees ist die Sache der Arbeiterinnen durch eine Abtheilung vertreten." — Die einzelnen Lokalkomitees sollen die Arbeit zwischen den Arbeitern und Unternehmern vermitteln. Sie zahlen ferner den Lohn an die Arbeiter aus. „Der Lohn wird durch die Uebereinkunft der Arbeitgeber mit den Arbeitern so festgestellt, daß der geringste Lohnsatz (Minimum) den Bedürfnissen des Lebens entsprechend ist." Von dem Lohne nun, welchen das Lokalkomitee von den Unternehmern einzieht, verbleibt ein kleiner Theil der Organisationskasse (7—10 pCt. desselben). Aus diesen Lohnabzügen sucht nun jede Lokalorganisation Kapitalien zu bilden. Haben die in den Lokalkassen angehäuften Geldsummen eine gewisse Höhe erreicht, so strömt der Ueberfluß in die Bezirkskasse und von dort wiederum in die Zentralkasse. Und was beginnt schließlich die Zentralkasse mit jenem Reichthum? Nun sie kauft Landgüter und Häuser dafür an. „Die Landgüter werden parzellirt zu gleichen Theilen und an Mitglieder der Assoziation überwiesen, derart, daß dieselben die Kaufsumme durch Ratenzahlung amortisiren können." Ebenfalls können

[1]) Siehe: Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses zu Berlin vom 23. August bis 3. September 1848.

Digitized by Google

sich die Miether der angekauften Häuser durch allmähliche Abzahlungen zu Besitzern derselben machen. Also die Arbeiter werden gewissermaßen in kleine Bourgeois verwandelt. Sie werden Hausbesitzer und kleine Gutsbesitzer. Deshalb also „schaffen sich die organisirten Arbeiter selbst Kapitalien an", und auf diese Weise suchen sie „dem Kapital seine erdrückende Macht zu nehmen." Seltsam, sehr seltsam!

Die Parzellirung großer Landflächen scheint überhaupt ein Lieblingsgedanke dieser Arbeiter gewesen zu sein. An anderer Stelle fordern die Kongreßbeschlüsse die Parzellirung der Domänen „und größeren Ackerbaugüter." Man sieht, den Arbeitern schwebt der kleine bürgerliche Besitz als Ideal vor Augen.

Sehr deutlich spricht sich noch in anderen Bestimmungen der Geist des Kleinbürgerthums aus. Ein Paragraph des Statuts setzt fest, daß keiner „ein Geschäft, welches technische Fertigkeiten bedingt, weder selbst betreiben noch durch einen Werkführer betreiben" lassen darf, wenn er es nicht selbst erlernt hat. Ja sogar das übermäßige Halten von Lehrlingen soll durch das Lokalkomitee verhütet werden. Von den Bestimmungen über das Meisterrecht wollen wir ganz absehen.

Man sieht, diese Arbeiter waren noch meist Handwerksgesellen.

Natürlich noch weit mehr als diese Gesellen bewegten sich die Herren Meister in althergebrachten zünftlerischen Gedankengängen.

Diese guten Familienväter, welche früher ein strenges patriarchalisches Regiment über ihre Gesellen und Lehrlinge ausgeübt hatten, konnten sich nicht mit der neuen, alle Familienbande lösenden Wirthschaftsordnung befreunden. „Die Haus- und Familienväter, — so jammerten die 22 Obermeister der Leipziger Innungen — würden nicht nur um ihre Stellung in Gemeinde und Staat, sondern auch um ihr ganzes Ansehen im eigenen Hause, um ihre Geltung nach Außen und Innen gebracht"[1]). Mit dieser Geltung würde der Grundstein des ganzen Lebensgebäudes zerbröckeln. Um Geltung nach „Innen" zu erhalten,

[1]) Siehe Schlüter's Aufsatz in der „Neuen Zeit" über die Arbeiterbewegung im Jahre 1848.

Digitized by Google

brauchte der Meister nur auf den äußeren Menschen mit dem Prügelstabe einzuwirken und siehe, das Lebensgebäude stand fest und unerschütterlich da.

Für politische Wahlen sollten nach Ansicht der Meister nur die Hausväter berechtigt sein, denn anderenfalls könnten ja die Gesellen „den Meistern Gesetze vorschreiben". Auf den Handwerkerkongressen gelangten die merkwürdigsten Wünsche der Hausväter zum Ausdruck: die Beschränkung und Besteuerung der Fabriken, die Aufhebung der Gewerbefreiheit, die Einschränkung der Verehelichungsfreiheit für den unbemittelten Arbeiter u. s. w. Dann forderte man ferner die staatliche Anerkennung des Rechtes auf Existenz. Eine soziale Gesetzgebung sollte einem jeden Gliede der bürgerlichen Gesellschaft „die seiner Arbeitskraft entsprechende Erwerbssphäre" sichern.

Die Klasse der Hausindustriellen andrerseits bekämpfte energisch die schönen Segnungen der hausindustriellen Verfassung: das Trucksystem, die Ausbeutung der Faktoren usw. Spezifisch proletarische Forderungen stellten sie im allgemeinen nicht auf. Die Krefelder Hausindustriellen ließen sich z. B. 1848 stolz zu Meistern ausrufen. Sie suchten dann die Webstühle, welche sie bis dahin nur von den Kapitalisten entlehnt hatten, zu ihrem Eigenthum zu machen. Sie gründeten Zünfte und stellten in ihren zünftigen Bestimmungen selbst die Zahl der Webstühle fest, die ein Meister in Thätigkeit setzen durfte.

Der hausindustrielle Weber sah, wie Thun richtig bemerkt, sein Ideal im kleinen Bourgeois. Alle diese Reformpläne der Arbeiter, Meister und Hausindustriellen entsprechen genau den unentwickelten kleinbürgerlichen Wirthschaftsverhältnissen Deutschlands. Die Köpfe dieser Gesellschaftsklassen photographirten naturgetreu die gesellschaftlichen Verhältnisse wieder, die außerhalb derselben bestanden; jede Klasse natürlich ihre eigenen, zunächst liegenden Verhältnisse. Da noch der Einzelbetrieb die typische Form der Produktion war, so erschien noch fast allen Mitgliedern dieser Gesellschaftsklassen die Stellung eines selbständigen Einzelproduzenten, eines wohlhabenden Kleinmeisters als das wahre erstrebenswerthe Ideal.

Digitized by Google

Die Entwicklung der Großindustrie.

Bis zu diesem Zeitabschnitte beruhte die Produktion in Deutschland, wie wir gesehen haben, meist auf Handbetrieb.

Solange diese aber von der Hand allein abhing, war ihre Leistungsfähigkeit noch sehr beschränkt. Nur zehn Finger konnten spinnen, nur zwei Hände vermochten das Werkzeug zu führen. Die menschlichen Muskeln waren ferner nur einer bestimmten Durchschnittsleistung gewachsen. Ihre Kraft war nicht beliebig zu steigern. Weiter gebot die Gesellschaft nur über eine bestimmte Anzahl von Händen. Daher hing eben die Produktion, wie wir sagten, von der Leistungsfähigkeit der Hand ab.

Anders dagegen liegen die Verhältnisse in der nun folgenden Wirthschaftsperiode. Das frühere Werkzeug des Menschen hat sich gleichsam auf eigene Füße gestellt. Es arbeitet selbst, es hämmert, webt und spinnt. Während vorher ein äußerst geschickter Arbeiter z. B. selbst mit Hilfe des Tretspinnrades nur mit zwei Spindeln zu spinnen vermochte, spann die Jenny mit 12—18 Spindeln zugleich. Der Strumpfwirkerstuhl strickt mit viel tausend Nadeln[1]). Setzte nur die menschliche Kraft diese Werkzeugsmaschinen in Thätigkeit, so war die Leistungsfähigkeit derselben verhältnißmäßig gering. Ließ man sie jedoch von den eisernen Muskeln der Dampfmaschinen bewegen, so nahm ihre Leistungsfähigkeit unermeßlich zu. Hier und dort kann nun die heutige kapitalistische Gesellschaft eine Dampfmaschine hinsetzen. Infolgedessen kann sie die ihr zur Verfügung stehende Kraftmasse fast beliebig vermehren. Werkzeugmaschine und Dampfmaschine im Bunde mußten daher gänzlich die alten wirthschaftlichen Verhältnisse umgestalten.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte Hargreave zu Standhill bei Blackburn die Jenny erfunden[2]). Die Jenny trug 16 bis 18 Spindeln an ihrem Leibe. Die Erfindung der Spinning-Throstle durch Arkwright folgte der Jenny auf dem Fuße. Beide Erfindungen verschmolz Crompton in seiner Mule mitein-

[1]) K. Marx: Das Kapital. 3. Auflage. 377.
[2]) Siehe Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England.

Digitized by Google

ander. Weitere gewaltige Fortschritte auf dem Gebiete der Produktion knüpften sich dann an die von Arkwright erfundene Cardir- und Vorspinnmaschine an. Allen diesen Werkzeugmaschinen blies nun der Dampf, welcher in der doppelwirkenden Dampfmaschine Watt's vorzügliche Anwendung fand, lebendigen Odem ein, so daß sie nun im fieberhaften Wettkampfe miteinander entbrannten. Die Maschinenspinnerei ihrerseits schuf die Maschinenweberei. Die Erfindung des mechanischen Webstuhls war von hoher Bedeutung für die Entwicklung der Weberei. Die Maschinen-Spinnerei und -Weberei in Gemeinschaft erzeugten andere vervollkommnetere Arbeitsmethoden in der Bleicherei, Druckerei und Färberei. „Die Umwälzung der Produktionsweise in einer Sphäre der Industrie", sagt Marx, „bedingt ihre Umwälzung in der anderen". Jene riesenhaften neugebauten Dampf- und Werkzeugmaschinen machten die maschinelle Herstellung derselben nothwendig. Um die „furchtbaren Eisenmassen" zu schmieden, zu schweißen, zu formen, brauchte man ungeheure Eisenhämmer, Schneide- und Bohrmaschinen, mechanische Drehbänke u. s. w.

„Betrachten wir," so führt Marx aus, „nun den Theil der zum Maschinenbau angewandten Maschinerie, der die eigentliche Werkzeugmaschine bildet, so erscheint das handwerksmäßige Instrument wieder, aber im cyklopischen Umfang. Der Operateur der Bohrmaschine z. B. ist ein ungeheurer Bohrer, der durch eine Dampfmaschine getrieben wird und ohne den umgekehrt die Zylinder großer Dampfmaschinen und hydraulischer Pressen nicht produzirt werden könnten. Die mechanische Drechselbank ist die cyklopische Wiedergeburt der gewöhnlichen Fußdrechselbank, die Hobelmaschine ein eiserner Zimmermann, der mit denselben Werkzeugen in Eisen arbeitet, womit der Zimmermann in Holz; das Werkzeug, welches in den Londoner Schiffswerften das Furnirwerk schneidet, ist ein riesenartiges Rasirmesser, das Werkzeug der Scheermaschine, welche Eisen schneidet, wie die Schneiderscheere Tuch, eine Monstrescheere, und der Dampfhammer operirt mit einem gewöhnlichen Hammerkopf, aber von solchem Gewicht, daß Thor selbst ihn nicht schwingen könnte" [1]).

[1]) Marx. Kapital I, 389—390.

Digitized by Google

Aus der Unterwelt brachen gleichsam von neuem die alten Giganten hervor. Aus dem Innern der Erde entstammten ihre eisernen Glieder und aus den Tiefen der Unterwelt holten sie ihre Nahrung, nämlich die Kohle. Und sie pfuschten den Göttern der Oberwelt gar sehr in das Handwerk. Hier zogen sie neue Landwege durch die Ebene, dort gruben sie neue Wasserstraßen. Den ehrwürdigen weißköpfigen Bergriesen stießen sie gerade durch den Leib und legten dann Eisenschienen durch die so entstandenen Gänge. Wollte der alte Zeus ihnen wieder mit Blitzen zu Leibe gehen, dann hielten sie diesen ihre eigenen eisernen Glieder entgegen, und der Blitzstrahl fuhr wirkungslos in die Erde hinein.

In ihrem Gefolge schritten die moderne Naturwissenschaft, die Mechanik, die Technologie einher. Der Mensch lernte alles um sich und in sich prüfen und messen; er durchschaute die Gesetzmäßigkeit seiner eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, und er wird schließlich dank jener Riesen, die auf ihren breiten Rücken die Arbeitslast dereinstmal nehmen werden, auch diese beherrschen lernen. Der Herrscherstab des alten Göttervaters Zeus wird in Staub zerfallen und der Schauder vor dem Unbekannten von dem Menschen weichen. Und so werden denn doch die alten Giganten den Himmel erstürmen!

Zunächst aber wälzten sie die irdischen Verhältnisse um.

In England schufen schon in den ersten vier Jahrzehnten unseres Jahrhunderts die Dampf- und Werkzeugmaschinen im frisch-fröhlichen Schöpfungsdrange eine neue Gesellschaft mit neuen Klassen. So schnell wurden nie bestimmte Klassen in die Höhe gehoben und andere in die Tiefe gestürzt. Was der gewaltthätigen Expropriationswuth des Adels nicht in Jahrhunderten gelang, das glückte den modernen Kapitalisten mit Hilfe ihrer gigantischen Maschinen in Jahrzehnten. Sie stampften mit diesen ganze Klassen der Bevölkerung in Grund und Boden. Man denke an den Untergang der englischen Handweber.

In Deutschland begann der Kapitalismus in den vierziger Jahren den Dampf in seinen Dienst zu zwängen.

Digitized by Google

Im Jahre 1840 waren erst 634 Dampfmaschinen mit 12 278 „Dampfpferdestärken“ in Bewegung. Diese Maschinen verrichteten die Arbeit von 257 838 Menschen. Im Jahre 1875 dampften bereits 35 684 Maschinen mit 2 519 513 Pferdestärken. Sie ersetzten die Kräfte von 52 909 773 Menschen. Und was hieß dies! Die Bevölkerung Preußens hätte gerade noch einmal so stark sein müssen und alle Bewohner hätten so wie erwachsene Männer arbeiten müssen, wenn sie eine derartige Kraftleistung vollbringen wollten. Preußen hatte damals nämlich 25 693 634 Bewohner. Diese Maschinen ließen zahllose Spindeln tanzen, hoben die gewaltigen Dampfhämmer und trugen riesige Massen von Personen und Gütern auf den Eisenbahnschienen dahin.

In Deutschland hatte sich die mechanische Spinnerei nach und nach eingebürgert. Sie bereitete der Handspinnerei einen jähen Untergang. In diesem Arbeitszweige waren 1849 noch 84 286 Spinner beschäftigt — allerdings ebenfalls nur ein trauriger Rest der ehemaligen nach hunderttausenden zählenden Spinner — im Jahre 1861 dagegen nur noch 14 557[1]). Fast 70 000 sind demnach dem Elend erlegen. Am Niederrhein, in Sachsen, überall hielt die Spinnmaschine ihren Einzug. Im Aachener Industriebezirke erhob sich nach Einführung der Mulejenny die Spinnerei, wie Thun sagt, zu voller Konkurrenzfähigkeit sogar England gegenüber[2]). In den 60er Jahren erschienen die Selfaktors. A. Thun zählte zu seiner Zeit 63 694 Selfaktors und 323 123 Handmule-Spindeln in diesem Bezirke. Im Kreise Gladbach-Grevenbroich-Dulken gab es

1858 . . . 14 Spinnereien mit 71 072 Spindeln.
1874 . . . 35 „ „ 280 059 „

Es arbeiteten

in Preußen 1875 . 873 624 Handmule = Feinspindeln.
in Deutschland 1875 . 1 613 318 „ „

Ferner

in Preußen 1875 . 890 989 Selfaktor-Feinspindeln.[3])
in Deutschland 1875 . 4 602 103 „ „

[1]) Schmoller: Geschichte des Kleingewerbes.
[2]) Thun II, 2, 23.
[3]) Jahrbuch für amtliche preußische Statistik. 1883.

Digitized by Google

Auf zahlreiche andere Zweige der Textilindustrie wirkte diese Entwicklung befruchtend zurück. Und so erstand denn in Deutschland eine kapitalkräftige Textilindustrie. Ueber 62 985 Pferdekräfte allein gebot diese Industrie in Preußen und mit Einschluß der anderen motorischen Kräfte (Gaskraft ꝛc.) sogar über 78 596.

Natürlich mußten diese neugeschaffenen Dampf-Maschinen flott gefüttert werden, um diese Leistungen zu vollbringen. Sie verschlangen ungeheure Mengen von Kohlen. Der ganze Bergbau wurde daher durch sie revolutionirt. Es betrug die Kohlenproduktion in Deutschland:

1848 . . . 4 400 000 Tonnen.
1888 . . . 65 400 000 Tonnen[1]).

Die Produktenmasse verfünfzehnfachte sich also. Mit Hülfe zahlreicher Dampfmaschinen wurden diese Riesenmassen an das Tageslicht gefördert. Die Pferdekräfte der in den Kohlengruben über und unter Tag verwendeten Dampfmaschinen betrugen:

1858 . . . 25 000
1870 . . . 100 000
1887 . . . 190 000[2]).

Mit dem Wachsthum der maschinellen Fabrikation griff der Maschinenbau gewaltig um sich. Immer größere Massen von Arbeitern mußten sich demselben widmen. In der Maschinen- und Werkzeugfabrikation arbeiteten

1861 . . . 98 319 Personen.
1875 . . . 174 539 „

Auf 100 im Jahre 1861 beschäftigte Personen kamen 1875 178 Personen.

Die ungeheuren Produktenmassen, welche diese Maschinen erzeugten, konnten sich natürlich nicht auf den alten Verkehrsstraßen fortbewegen. Sie mußten sich ihre eigenen Wege bahnen. Und sie schufen sich daher zu ihrer Zirkulation ein ganz neues Gefäßsystem. Ein großes Netz von Chausseen und Eisenbahnen zog sich bald über das ganze Land dahin.

[1]) K. Oldenberg: Studien über die rheinisch-westfälische Arbeiterbewegung. Jahrbuch für Gesetzgebung 1890. 2. Heft 272/273.
[2]) K. Oldenberg. II. Heft 288.

Digitized by Google

Namentlich interessant ist die Entwicklung der preußischen Eisenbahnen. Die Länge derselben betrug:

1840	232	Kilometer.
1850	3 869	„
1860	7 169	„
1870	11 523	„
1880	20 348	„

In vierzig Jahren hat sich die Länge der Eisenbahnen fast verhundertfacht.

Wollen wir eine möglichst klare Vorstellung von den Leistungen der Eisenbahnen gewinnen, so müssen wir nicht nur die Anzahl der Personen und das Gewicht der transportirten Güter berücksichtigen, sondern auch die Länge der Strecken, auf denen diese dahingeschleppt wurden. Jede Person, welche die Eisenbahn benutzte, legte eine gewisse Anzahl von Kilometern zurück. Man multiplizirt nun die Anzahl der Personen mit der Anzahl der von ihnen zurückgelegten Kilometer miteinander, und erhält dann die Personenbeförderung in Personenkilometern ausgedrückt.

Es betrug nun diese nach Personenkilometern berechnet:

in den Jahrzehnten	1851/1860	6 099 836 000.
„ „ „	1861/1870	16 530 950 000.
„ „ „	1871/1880	36 559 581 000.

Demnach haben sich die Leistungen der Eisenbahnen in Bezug auf die Personenbeförderung versechsfacht.

Noch bedeutender sind die Resultate der Güterbeförderung. Nach Tonnenkilometern berechnet betrug diese

1851/1860	6 297 329 000	Tonnenkilometer.
1861/1870	24 412 033 000	„
1871/1880	73 715 506 000	„

Die Eisenbahn leistet also in Bezug auf die Güterbeförderung 11—12 mal so viel als 1851/1860[1]).

Mit dem Eisenbahnwesen zugleich dehnte sich gewaltig das Postwesen aus. Im Jahre 1840 gab es in den alten preußischen Provinzen[2]) erst 11 669 Beamte, 1865 dagegen 20 576. Die Post beförderte:

	an Briefen	Gewöhnliche Packete	Briefe und Packete mit Geld
1842	34 859 000 Stück	2 833 000 Stück	2 055 000 Stück
1865	189 911 000 „	18 327 000 „	8 313 000 „

[1]) Jahrbuch für amtliche preußische Statistik 1883.
[2]) Siehe Meitzen: Der Boden III, 286 des preuß. Staates ꝛc.

Digitized by Google

An Werth enthielten die Briefe und Packete mit Geld:

1842 . . . 461 821 000 Thaler
1865 . . . 1 542 653 000 „

Aus diesen Daten können wir schon ersehen, wie bedeutend der Waaren- und Geldumsatz zunahm.

Je mehr die Industrie sich reckte und streckte und bald hier, bald dort ihren Fuß hinsetzte, je mehr mußte es ihr um schnelle Verbindungsmittel zu thun sein. Und dieses Mittel, welches in kürzester Zeit die entferntesten Waarenmärkte in Verbindung setzte, war der Telegraph.

In den alten preußischen Provinzen hatten die Telegraphenlinien eine Länge von:

1849 . . . 246 Meilen[1])
1866 . . . 2 072 „

Dieses gewaltige eiserne Gewebe von Schienen und Drähten verstrickte sich nun mit den eisernen Geweben der anderen Länder, und so entstand das große internationale Eisenbahn- und Telegraphennetz.

In die entferntesten Welttheile strömten auf diesen neuen internationalen Verkehrswegen die Produkte Deutschlands ab. Der deutsche Markt hatte sich zu einem Weltmarkt ausgeweitet. Es betrug der gesammte Außenhandel Deutschlands nach Neumann-Spallart:

im Jahre 1860 2173 Millionen Mark[2]).
„ „ 1880 5976 „ „

Die Waarenmasse, welche in das Ausland wanderte, hatte sich in zwanzig Jahren fast verdreifacht!

Und diese ungeheure Waarenmasse schuf vorzugsweise die kapitalistische Großproduktion. Sie war die übermächtige Produktionsform geworden, sie preßte die größte Anzahl von Arbeitskräften in ihren Dienst.

Ja, ist dies aber nicht eine sehr kühne Behauptung, so hören wir fragen? Beschäftigt doch noch die Kleinindustrie Preußens bedeutend mehr Personen als die Großindustrie. Nun, aber wenn Ihr Euch ein Bild von dem wahren Umfange beider Industrien machen wollt, dann schaut auch gefälligst auf die Motoren derselben

[1]) Meitzen: III, 290.
[2]) Siehe Kolb: Statistik der Neuzeit 376.

Digitized by Google

und die sie verkörpernden Menschenkräfte! In Preußen gab es 1875 nach dem Jahrbuch für amtliche Statistik (Berlin 1883 Seite 297) 16 499 Großbetriebe mit Motoren. Diese Motoren hatten 692 502 Pferdestärken (mit Einschluß der Gaskraft- und Heißluftmaschinen ꝛc.)

Rechnet man nun mit dem Statistiker Engel auf eine Dampfpferdekraft 21 Menschenstärken, so leisteten diese 692 Tausend Pferdestärken dasselbe wie über 14,4 Millionen Menschen. Ferner waren (nach der Tabelle auf Seite 301) in den Großbetrieben mit Motoren 758 803 Arbeiter beschäftigt. Die zirka 19—20 000 Geschäftsleiter sind hier nicht mit eingerechnet. Wir erhalten mit diesen 758 803 Arbeitern zusammen dann über 15 Millionen Menschenkräfte, die den Großbetrieben zur Verfügung standen. — Die 1 623 591 Betriebe der Kleinindustrie beschäftigten 2 246 659 Personen[1]). Sie wurden in ihrer Produktion von 159 350 Pferdestärken, gleich zirka 3,3 Millionen Menschenkräften unterstützt. Mithin gebot die Kleinindustrie zusammen über 5,5 Millionen Kräfte.

Die Großbetriebe geboten also fast über eine dreifache Anzahl von Menschenkräften wie die Kleinindustrie. Sie drückten daher der Produktion ihr Gepräge auf. Hätte man außerdem noch die 5—600 000 Arbeiter, welche in den Großbetrieben ohne Motoren beschäftigt waren, zu den vorhergezählten Arbeiterkräften hinzugefügt, dann würde der Vergleich noch ungünstiger für die Kleinbetriebe ausgefallen sein.

In der Kleinindustrie kamen auf einen Betrieb nicht einmal 2 Personen, in der maschinellen Großindustrie dagegen 45 bis 46. In 16 510 Betriebe arbeiteten 758 803 Personen. Jedem dieser Betriebe standen außerdem durchschnittlich über 40 Pferdekräfte oder 840 Menschenkräfte zur Verfügung.

Wie soll nun der Kleinbetrieb den Wettkampf mit seinem übermächtigen Gegner bestehen können? Er wird nothwendig erdrückt werden. Der Großbetrieb wird immer mehr die typische Form der Produktion werden.

*) Preuß. Statistik 301. Zwischen S. 297 u. S. 301 ist hier eine kleine Differenz in der Zahl der Großbetriebe.

Digitized by Google

Dieser beruht aber schon auf dem Zusammenarbeiten von vielen gesellschaftlich vereinigten Arbeitern. Somit geschieht die Herstellung der Produkte schon in sozialistischer Weise, während die Vertheilung derselben noch im kapitalistischen Sinne erfolgt.

Häufig ist die Leitung des Unternehmens schon technischen und kaufmännischen Beamten übergeben (Ingenieuren und Direktoren). Der Kapitalist hat daher weder eine wirthschaftliche noch administrative Arbeit zu leisten Er schuldet sein Kapitaleinkommen bloß noch seinem Kapitalbesitze.

Klar tritt diese Erscheinung bei den heutigen großen Aktienunternehmungen hervor, wo die Aktionäre nur die schwere Arbeit des Dividendeneinziehens verrichten, während Kaufleute und Ingenieure die Leitung des Unternehmens in den Händen haben.

Ferner wird die persönliche Leitung der Unternehmung schon heute vielfach durch die Bildung großer Produktions- und Absatzverbände beseitigt. Die verschiedenen Großbetriebe schließen sich zu Kartellen zusammen. Die Fabriken hören auf, selbstständige Betriebe zu sein, sie werden Werkstätten nur eines einzigen Unternehmens, des riesigen Kartellverbandes. Der einzelne kapitalistische Unternehmer hat sich genau den Bestimmungen der Kartellorganisation anzubequemen, welche den Umfang der Produktion festsetzt und den Absatz der einzelnen Industriebetriebe im Verhältniß zu ihrer Leistungsfähigkeit bestimmt.

In einer wahren Zwangsjacke befindet sich somit der einzelne Produzent. Die Selbständigkeit desselben hat eine gewaltige Einschränkung erfahren, seine individuelle Freiheit, über die wirthschaftlichen Kräfte frei zu schalten und zu walten, wird vollkommen vernichtet. Eine Grundsäule des gesammten heutigen Wirthschaftssystems bricht in sich selbst zusammen.

Die als sozialistisch gebrandmarkte Regelung der Produktion wird von den Kapitalisten selbst erstrebt, zunächst natürlich im eigenen Interesse.

Die kapitalistische Produktion erzeugt somit in ihrem eigenen Inneren die Keime zu einer Neugestaltung der gesammten Wirthschaft. Schon rein vom Standpunkt der

Digitized by Google

Produktion aus betrachtet, gehen wir einer vollkommenen Umwälzung der heutigen Gesellschaft entgegen.

Die Umgestaltung der menschlichen Gefühls- und Denkweise durch die kapitalistische Wirthschaft.

Wir haben bis jetzt nur die rein äußeren, sozusagen technisch-ökonomischen Umwälzungen ins Auge gefaßt.

Diese mußten natürlich ganz andere Lebensbedingungen für die menschliche Gesellschaft schaffen. Unter derartig veränderten wirthschaftlichen Verhältnissen mußten die verschiedenen Gesellschaftsklassen ganz anders arbeiten, ganz anders fühlen, denken, mit einem Wort vollständig anders leben.

Sie wurden häufig in eine andere Umgebung versetzt. Aus dieser veränderten Umgebung schöpften sie neue Anschauungen und Begriffe.

Ferner wurde ihr Verhältniß zu den verschiedenen Schichten der Gesellschaft total umgestaltet. Hieraus ergaben sich andere Gefühle, andere Beweggründe, andere Willensimpulse diesen Schichten gegenüber.

Der Arbeiter stand z. B. jetzt wie früher unter Leitung eines Unternehmers. Aber er verhielt sich ganz anders dem Unternehmer gegenüber, wenn dieser ein ungefähr gleichgestellter Kleinmeister oder ein ihm vollkommen übergeordneter Großfabrikant war. Aus diesem Unterordnungsverhältniß entwickelte sich ein bestimmtes Klassengefühl, eine andere Handlungsweise gegenüber dieser übergeordneten Klasse.

Jetzt wollen wir uns an einigen charakteristischen Daten den gewaltigen Einfluß des ökonomischen Umwälzungsprozesses auf die ganze Arbeits- und Lebensweise der Bevölkerung vergegenwärtigen.

Noch zur Zeit der bürgerlichen Revolutionen 1848/49 widmeten sich in Preußen 64% der Bevölkerung dem Ackerbaue, 1882 dagegen nur noch 42% und noch weniger. Eine ganz neue Vertheilung der Bevölkerung hatte somit

Digitized by Google

stattgefunden. Große Klassen derselben arbeiteten und lebten unter vollständig anderen Verhältnissen wie früher. Zahlreiche aus dem Bauernstande hervorgegangene Elemente waren der Eintönigkeit des Landlebens entrissen und in das Strudelleben der modernen Groß- und Fabrikstädte geworfen worden.

Sehr interessant ist die Zunahme derselben. Hier einige Beispiele.*) Es betrug die Bevölkerungszahl für

	1840	1880	
Berlin	311 491	1 122 330	verdrei- bis vervierfacht.
Breslau	92 305	272 912	fast verdreifacht.
Köln mit Deutz	73 954	160 730	mehr als verdoppelt.
Königsberg	65 852	140 909	" " "
Danzig	57 933	108 551	fast verdoppelt.
Barmen	30 847	95 941	mehr als verdreifacht.
Elberfeld	31 822	93 538	fast verdreifacht.
Krefeld	25 897	73 872	" "
Düsseldorf	22 477	95 458	beträchtl. mehr als vervierf.
Dortmund	7 205	66 544	mehr als verneunfacht!!
Duisburg	7 021	41 242	fast versechsfacht.
Bochum	3 859	33 444	veracht- bis verneunfacht!
Essen	6 325	56 944	verneunfacht!
Bielefeld	6 262	30 679	fast verfünffacht.
Viersen	4 543	20 997	mehr als vervierfacht.
Gladbach	2 775	37 378	verfünfzehnfacht!!
Rheydt	3 227	19 087	fast versechsfacht.

Im Jahre 1840 wohnte in der alten preußischen Monarchie circa $^1/_{10}$ der Bevölkerung in Städten mit über 10 000 Einwohnern, 1880 dagegen circa $^1/_4$. Große Massen der Bevölkerung sind demnach in die Groß- und Fabrikstädte hineingeworfen worden.

Da entwickelt sich aber vor ihren Augen ein ganz anderes Leben wie vorher: ein Hasten, ein Jagen, ein Kämpfen um die Existenz. Nicht schleichen die Tage einförmig und ruhig mehr dahin. Das Leben bewegt sich nicht mehr auf demselben gleichen Niveau, es kennt jetzt Höhen und Tiefen. Und gerade weil es diese kennt, so empfindet der Arbeiter jede Verschlechterung seiner Lebenslage doppelt und dreifach unangenehm und schmerzhaft. Dasselbe unveränderliche graue Elend wird schließlich gar nicht mehr gefühlt. Jetzt wechseln die „hungrigen und

*) Dieterici, Zunahme der Bevölkerung. Berlin 1887. Jahrb. preuß. Stat. 1883.

Digitized by Google

fetten" Tage und Wochen miteinander ab. Die Ueberarbeit folgt der Arbeitslosigkeit, Lebensfreude dem Lebensüberdruß.

Die abspannende Arbeit, der betäubende Lärm der Maschinen macht ferner den Arbeiter nervös, er wird leicht erregbar, in Haß und Liebe gleich heftig. Die Gleichgültigkeit, der Stumpfsinn, die Interesselosigkeit, welche der Landbewohner vielleicht noch mit in die Stadt gebracht hat, verschwindet gar bald unter dem Einfluß des bewegten Stadtlebens. Hier heißt es jetzt: „Aufgepaßt, nehmt Eure fünf Sinne zusammen und fort mit dem Stumpfsinn, sonst verschlingt Euch der weitgeöffnete Rachen des sozialen Elends."

Hier gilt es stets, seine Interessen wahren, da aber diese mit denen anderer Berufs- und Klassengenossen eng verwachsen sind, so kann man diese nur schützen, indem man die Interessen jener schützt. Das Gefühl der Solidarität entwickelt und kräftigt sich. Die sozialen Klassen fühlen sich als eine große zusammengehörige Körperschaft.

Damit erweitern sich die Interessen des einzelnen Arbeiters, der Gesichtkreis desselben dehnt sich aus. Außerdem führt das entwickelte Verkehrswesen dem Arbeiter zahlreiche neue Verhältnisse vor Augen. Seine Anschauungswelt wird dadurch bedeutend bereichert. Jetzt wachsen die Generationen nicht mehr unter dem Schatten des bekannten Kirchthurms heran, jetzt schließen nicht mehr die engen Stadtmauern die gesammte übrige Welt vor den Augen des Menschen ab. Eisenbahnen und Telegraphen haben jetzt fast die halbe Welt in den Gesichtskreis des Bürgers hineingezogen. Diese ist ihm gleichsam auf Armeslänge nahe gerückt.

Man recke nur den Arm nach der naheliegenden Zeitung aus, so liegen einem die neuesten Geschehnisse fast aus der ganzen zivilisirten Welt vor Augen. Selbst in ganz ländliche Distrikte trägt jetzt der Telegraph und die Post die neuesten Nachrichten hinein. Selbst in dem durchaus ländlichen Regierungsbezirk Gumbinnen beförderte 1880 allein die Post schon 2,107,428 Zeitungsnummern.*)

*) Jahrbuch für die amtliche Statistik des preußischen Staates 1883 370/371.

Digitized by Google

Bei 766 594 Einwohnern des Kreises kommen also schon fast 3 Zeitungsnummern auf die Person. Ferner gingen durchschnittlich jedem Einwohner 10,1 Briefsendungen zu. Hier werden also schon massenhaft neue Eindrücke von außen in die Bevölkerung getragen. In der Großstadt gestalten sich diese Verhältnisse noch ganz anders. In Berlin allein beförderte 1880 die Post 81 192 540 Zeitungsnummern. Vertheilt man diese Nummern auf die Berliner Bevölkerung von ca 1,2 Millionen Einwohnern, so kommen auf jeden Einwohner ungefähr 60—70 Zeitungsnummern. Außerdem erhält jeder Einwohner noch ca. 73,6 Briefe, Postkarten ꝛc zugestellt.

Aber nicht auf aschgrauem, bedrucktem oder beschriebenem Papier lernt der moderne Mensch allein die Welt kennen, sondern durch die selbsteigene kräftige Anschauung. Zahllose neue wechselnde Bilder führen uns heute die Eisenbahnen vor Augen. In dem Jahrzehnt 1851—1860 betrug die Personenbeförderung der Eisenbahnen in Preußen 6 000 837 000 Personen-Kilometer jährlich im Durchschnitt daher über 600 Mill. Dividirt man nun diese Personenkilometerzahl durch die Bevölkerungszahl, so erhält man für jede Person des preußischen Staates eine Strecke von 33—34 Kilometern jährlich (nämlich 600,08 Mill. Personenkilometer dividirt durch 17,80 Mill. Personen). In dem Jahrzehnt 1871/1880 betrug die Personenbeförderung 60 912 412 000 Personenkilometer, jährlich durchschnittlich 6 091 241 200 Personenkilometer. Die mittlere Bevölkerung Preußens in demselben Zeitabschnitt hatte nun circa 25,91 Mill. Personen aufzuweisen. Demnach kamen 234—235 Kilometer auf jede Person. Wählen wir ein recht packendes Bild, so können wir sagen, die preußischen Eisenbahnen schleppten auf ihrem starken Rücken die gesammte Bevölkerung in dem ersten Jahrzehnt 33—34 Kilometer weit, in dem letzten dagegen 234—235 Kilometer. So führten also die Eisenbahnen großen Bevölkerungsschichten neuen Stoff zu neuen Anschauungen und Begriffen zu.

Ferner wird die falsche, weinerliche Ueberempfindsamkeit der guten Kleinbürger von dem heutigen hartkantigen Leben zerrieben. In unabläßiger Aufeinander-

Digitized by Google

folge sieht der Großstädter heute die Menschen kommen und gehen:

Geburt und Grab,
Ein ewiges Meer,
Ein wechselnd Weben,
Ein glühend Leben.

Da ziehen vor seinen Augen in derselben Minute Leichen- und Hochzeitswagen vorüber, und während er über sich die letzten Athemzüge eines Sterbenden vernimmt, hört er unter sich den ersten Schrei eines Neugeborenen. Aus den Wolken sentimentaler Schwärmerei fällt der Großstädter gar bald auf das harte, platte Straßenpflaster nieder.

Ja dieses moderne Leben ist sehr real, aber darum nicht etwa unpoetisch. Diesem realen Leben entspringt die Poesie des Realismus und Naturalismus, eine Poesie voller starker moderner Leidenschaften und Kämpfe. Sanfte, klagende Rohrpfeifen kann diese Poesie allerdings nicht zur Wiedergabe des Lebens in unserem eisernen Maschinenzeitalter gebrauchen.

Die veränderten Wirthschaftsverhältnisse drängen dem Arbeiter ferner ganz andere Vorstellungen über das Eigenthum auf.

Früher hing das Eigenthum noch eng mit der persönlichen Arbeit zusammen. Der Bauer, der Kleinmeister hatte sich noch meist selbst seinen Besitz erarbeitet. In alle Besitzstücke war gewissermaßen ein Theil seines Wesens, seiner Person übergegangen; er war daher mit allen Fasern seines Seins mit diesen verwachsen. Von dem Besitzthume hing ferner die Lebenshaltung des Kleinbürgers ab. Je nach der Größe und Güte desselben richtete sich gewissermaßen die Größe und Güte seiner Mahlzeit. Der starre Eigenthumssinn des Kleinbürgers hatte daher seine große historische Berechtigung.

Heute ist für die großbürgerlichen wie für die proletarischen Gesellschaftsklassen das Eigenthum fast vollkommen von der persönlichen Arbeit losgelöst. Die großen Vermögen der Bourgeoisie sind durch die Massenarbeit des Proletariats in den Werkstätten und Arbeitsbüreaus erzeugt worden. Die riesigen Waarenmassen unserer kapitalistischen Großindustrie, welche im Verkaufe

Digitized by Google

den Unternehmern ihre Gewinne eintragen, fielen nicht wie das Manna der Wüste vom Himmel herunter sondern mußten durch Millionen fleißiger Hände erzeugt werden. Dem Kapitalisten gehört heute noch allein das Gesammtprodukt seiner Arbeiter. Er tritt von diesem den Arbeitern im allgemeinen nur soviel ab, als zu dem ständigen Unterhalte derselben auf dem Arbeitsmarkte erforderlich ist. Die Löhne der Arbeiter und die dafür eingetauschten Unterhaltsmittel und Besitzstücke sind somit ebenfalls keineswegs gleichwerthige Produkte ihrer persönlichen Arbeit. Also richtet sich auch bei ihnen nicht der Besitz, das Eigenthum nach dem Maße der geleisteten Arbeit. Der Kapitalist hängt ferner nur sehr locker mit seinem Eigenthum zusammen. Es stellt für ihn heute nur eine bestimmte Kapitalsmasse dar, die bald diese, bald jene Gestalt annimmt. Sie verwandelt sich in Staatspapiere, Aktien, Fabriketablissements und Grundstücke, je nachdem der Kapitalist bei diesen verschiedenen Anlagen seine Rechnung findet. Das Eigenthum veräußerlicht sich, es bleibt seinem Besitzer fremd, während es früher, wie wir ausführten, ein Stück seines Wesens war. Alle vertrauten persönlichen Beziehungen zwischen dem Eigenthümer und dem Eigenthume sind durchschnitten. Dieses Verhältniß zwischen Besitz und Besitzer bildet sich also in den großbürgerlichen Gesellschaftsklassen aus.

Was nun die Arbeiterklasse in dieser Hinsicht betrifft, so gewinnt diese ihren Lebensunterhalt nicht auf Grundlage eines bestimmten Besitzes. Der Arbeiter seiner Arbeitsmittel ist durch die wirthschaftliche Entwickelung beraubt worden, er schleppt in die moderne Fabrik als einziges Besitzstück seine Arme und Beine mit. Er hat daheim mit Ausnahme seiner sieben Sachen nichts, an das er sich festklammern kann. Sein Eigenthumssinn ruht nicht auf einer so materiellen festen Grundlage, wie der des Kleinbürgers, der noch die Arbeitsmittel, ein Stück Land, ein Haus sein eigen nennen konnte, und dessen Wohl und Wehe an dieses Eigenthum geknüpft war. Der Arbeiter sieht außerdem, daß der Umfang und die Güte seines Lebensunterhalts von ganz anderen Verhältnissen abhängt, als von dem Besitze. Zunächst beruht seine ganze Lebenshaltung auf den eigenthümlichen Gesetzen

Digitized by Google

unserer kapitalistischen Produktion. Bei dem Hin- und Herfluthen der Produktion, bei dem wirthschaftlichen Aufschwunge und Niedergange wird sein Speisenapf bald leerer, bald voller. Auch dieser kennt nun Ebbe und Fluthen.

Ferner befindet sich die Lebenshaltung des Arbeiters in engster Abhängigkeit von der Stärke und der Macht, welche er in seinen gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen erlangt hat. Die Frage um das liebe Brod ist für ihn eine Machtfrage geworden.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse lehren den Arbeiter weiter, daß das kleinbürgerliche Eigenthumsideal, welches jeden Arbeiter in den Besitz der Produktionsmittel setzen will, jede Berechtigung heute verloren hat.

Die Vertheilung der Produktionsmittel auf die einzelnen Produzenten würde die ganze Produktion zersplittern. Die Masse der produzirten Lebens- und Genußmittel würde demnach sehr zusammenschrumpfen. Die Lebenshaltung der Individuen sänke bedeutend herab. Der Arbeiter tritt daher für den Großbetrieb ein. Die Eigenthumsvorstellung des Kleinbürgers wird auf diese Weise vollkommen zerstört.

Die heutigen Wirthschaftsverhältnisse lassen den Arbeiter ferner begreifen, daß der Großbetrieb nur dann seine Lebenshaltung dauernd und wesentlich verbessern kann, wenn er sich im genossenschaftlichen Besitze der Arbeiter selbst befindet. Der Arbeiter, aller Produktionsmittel bar, sieht sich genöthigt, auf dem Arbeitsmarkte seine Arbeitskraft zu verkaufen. Aus diesem Verkaufe ergiebt sich nun das ganze Elend seiner Lebenslage. Dieser Verkauf gewährleistet ihm nur seine gewohnheitsmäßige Existenz als Proletarier. Er fesselt ihn mit eisernen Banden an das Kapital.

Diese Abhängigkeit preßt daher mit der ganzen Last eiserner Fesseln ihm die Ueberzeugung in den Kopf, daß er nur durch die Vergesellschaftung der Arbeitsmittel ein den gehobenen Kulturverhältnissen entsprechendes Leben führen kann. Der Arbeiter wird Sozialist und erstrebt die Vergesellschaftung der gesammten Arbeitsmittel. Diese Forderung ist der reine, klare Ausdruck der eigenthümlichen Wirthschaftsverhältnisse, unter denen der Arbeiter lebt.

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.
III. Serie. — 7. Heft.

Preußische Volksschulzustände.

Ein Wort an das Volk und seine Lehrer.

Von

Hans Müller-Zürich.

Preis 20 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".
Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.
1890.

Digitized by Google

Inhalt:

Seite

Einleitung. Die Geschichte der Volksschule . . . 3—15

Das Mittelalter kennt kein organisirtes Volksschulwesen.
Das Junkerthum als Feind der Volksschule.
Die Geistlichkeit und die Schulen.
Das Bedürfniß des Kapitalismus nach gebildeten Unternehmern und geschickten, anpassungsfähigen Arbeitskräften giebt den ersten Anstoß zu allgemeinen Schulen. Die ersten Schulen in den Städten. Mängel.

I. Die Gesetzgebung über die preußische Volksschule . . . . . 15—22

Fehlen eines einheitlichen Unterrichtsgesetzes. Lässigkeit der Regierung. Zerfahrenheit in der Schulgesetzgebung. Mangelhafte Ausführung der Gesetze.

II. Der große Mangel an Schulen . . . . . 23—33

Ueberfüllung der Schulen.
Verschlechterung der Schulen.
Lehrermangel.
Schulzustände in den einzelnen Provinzen.

III. Die elende Lage der Volksschullehrer . . . . 33—43

IV. Die Volksschule, die Lehrer und das Proletariat . . . . . 43—48

Vorbemerkung des Herausgebers.

Die nachfolgende Arbeit erschien zuerst im Sommer 1889 in der „Berliner Volkstribüne" und fand — auch in Lehrerkreisen — vielseitige Beachtung.

Ihre Veröffentlichung als Broschüre war daher schon längst beschlossene Sache, ist mir aber jetzt um so willkommener, als sie den Lesern Gelegenheit bietet, einen der begabtesten unserer jüngeren Genossen, über den neuerdings mehrfach die vorurtheilsvollsten Aeußerungen laut wurden, von der denkbar besten Seite kennen zu lernen.

Max Schippel.

Digitized by Google

Einleitung.

(Historisches.)

Man hat mit Recht behauptet, daß sich die wesentlichen Erscheinungen einer geschichtlichen Periode — sowohl die, welche uns auf den Gebieten der Politik, des öffentlichen und privaten Rechts und der gesellschaftlichen Moral begegnen, als auch jene, welche in der Wissenschaft, Kunst und Literatur hervortreten — rein logisch ableiten und verstandesmäßig aufbauen lassen, wenn man das Wesen dieser Periode und die sie treibenden wirthschaftlichen Kräfte erkannt hat.

Die Erkenntniß z. B., daß der Grundbesitz das „herrschende Prinzip" des Mittelalters war, genügt dem Geschichtsphilosophen[1]), um sich ein in seinen Grundzügen richtiges Bild von der Organisation und Verfassung der damaligen feudalen Staatsbildungen zu machen und um auf den Zustand und die Beschaffenheit der in ihnen geltenden Moral und gepflegten Künste und Wissenschaften zu schließen.

Ebenso vermöchte ein späterer, schon im Zeitalter des Sozialismus lebender Kulturgeschichtsschreiber, selbst wenn er keine direkten Ueberlieferungen von unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung besäße, sich doch von dieser einen zutreffenden Begriff zu machen, wenn er nur wüßte, daß zu unseren Zeiten das Kapital das „herrschende Prinzip" gewesen wäre. Er würde dann zu der Erkenntniß kommen, daß die Politik, welche nach der Meinung seiner Zeit das Wohl der ganzen Gesellschaft im Auge haben sollte, in unserer Periode sich lediglich nach den Interessen der Kapitalisten gerichtet habe, daß das Proletariat durch die Rechtsordnung in der offenkun-

[1]) Vgl. Ferd. Lassalle, Arbeiterprogramm.

Digitized by Google

digsten Weise gegenüber der herrschenden Klasse benachtheiligt sei. Er würde auch finden, daß unsere heutige Moral eine für die Bourgeoisie sehr bequeme und weitherzige, für ihre „weißen Sklaven" aber sehr rigorose und strenge gewesen sein müßte. Desgleichen müßte er, daß wohl die im Dienste des Kapitals stehenden technischen und Naturwissenschaften großartige Fortschritte gemacht, daß aber die übrigen, besonders die, welche den Staat und die Gesellschaft zum Objekt gehabt, im Interesse des Kapitals gefälscht worden wären. Kurz, unser Kulturgeschichtsforscher würde auf das Vorhandensein all unserer erbärmlichen Zustände schließen können, ohne sie jemals gesehen oder eingehende Beschreibungen von ihnen in Büchern gefunden zu haben.

Die gleiche Methode könnten wir nun auch anwenden, um zu erforschen, wie das Schulwesen, die Organisation des öffentlichen Unterrichts, in einer bestimmten Periode beschaffen gewesen wäre, wenn wir nur das „herrschende Prinzip" dieser Periode kennten.

Wüßten wir durch die Ueberlieferung nicht, daß in den feudalen Staaten des Mittelalters ein organisirtes Schulwesen nicht bestanden hätte, so könnten wir auf diese Thatsache doch ohne weiteres schließen. Denn es ist klar, daß in einer Gesellschaftsordnung, in der die große Mehrzahl der Bevölkerung in primitiver Weise Ackerbau treibt und in der sich eine verschwindend kleine Zahl von Großgrundbesitzern den Arbeitsertrag der Gesellschaft aneignet — daß in einer solchen Gesellschaftsordnung von einem geregelten öffentlichen Volksschulunterricht keine Rede sein kann.

Welches sollten auch die Gründe dazu sein? Der Tagelöhner und Schweinehirte brauchen keine Bildung, um ihren Posten zu versehen, und die großen Grundherren hatten daher kein Interesse daran, Bauern zu haben, welche des Lesens, Schreibens und Rechnens mächtig waren. Im Gegentheil, im Interesse des grundbesitzenden Adels lag es, recht unwissende, stupide Leute zu besitzen, die sich auch über die gröbste Mißhandlung und furchtbarste Ausbeutung keine Gedanken machten. Daher mußten sie sogar eifrig darauf bedacht sein, alle etwaigen, auf die Unterrichtung des „gemeinen Mannes" gerichteten

Digitized by Google

Bestrebungen als eine Beeinträchtigung ihrer Macht und ihres gesellschaftlichen Uebergewichts zurück zu weisen und zu hintertreiben. Sie duldeten es deshalb nicht, daß der Bauer lesen und schreiben lernte, ja sie stempelten den Versuch dazu — ähnlich wie später die amerikanischen Sklavenbarone — zum Verbrechen. Der „gemeine Mann" war zum Arbeiten bestimmt und zu nichts Anderem. So wollte es des Junkers „göttliche Ordnung".

Es ist daher erklärlich, daß so lange der Junker die Macht hatte, von Volksschulen keine Rede sein konnte.

Aber auch später noch, als er die Macht im Staate mit dem Landesfürsten theilen mußte, widerstrebte er mit ganzer Kraft der Einführung von Volksschulen. So ging es z. B. dem allmächtigen Preußenkönig Friedrich II., dem sogenannten Großen. Dieser ließ durch seine Regierung in dem General-Landschul-Reglement von 1763 verordnen, daß alle Kinder vom 5. bis 14. Jahre zur Schule gehen sollten. Zur Ausführung aber konnte diese Bestimmung wie überhaupt das ganze Reglement nicht gebracht werden; die Regierung sah sich in den adligen Dörfern nach allen Seiten hin gehemmt. Denn die Junker widersetzten sich; sie wollten das Schulreglement nicht durchführen, weil sie befürchteten, daß die stupide Folgsamkeit ihrer Bauern in den Schulen zu Grunde gehen möchte.[1])

Interessant ist in dieser Beziehung der Bericht eines Geistlichen, den dieser 1764 an einen Regierungsbeamten in Berlin schrieb.[2]) Er lautet:

> „Die meisten Unterobrigkeiten und Patrone bekümmern sich ganz und gar nicht um das Schulwesen. Weil viele von ihnen Gott selbst nicht kennen (!), so sehen sie es nicht einmal gern, daß ihre Untergebenen eine Erkenntniß von Gott haben. Denn sie müßten sich schämen, wenn ihre Unterthanen klüger wären als sie. Viele halten eine vernünftige und christliche Erziehung ihrer Unterthanen für überflüssig und unnöthig. (!)
>
> Wenn der Bauer nur pflügen, mähen und dreschen kann, dann ist er schon ein guter Bauer, er mag übrigens wissen,

[1]) Dr. H. Heppe, Geschichte des deutschen Volksschulwesens. Bd. III, S. 37.

[2]) a. a. O.

Digitized by Google

ob ein Gott sei oder nicht. Ja, sollten Ew. ꝛc. wohl glauben, daß viele Unterobrigkeiten eine anständige Erziehung ihrer Unterthanen ihrem Interesse zuwider halten? **Man glaubt, je dümmer ein Unterthan ist, desto eher wird er sich alles wie ein Vieh gefallen lassen.** Denn wenn der Bauer nicht schreiben kann und ohne des Edelmanns Wissen auch nicht verreisen darf, so bleibt die in unserem Lande befindliche Barbarei noch am sichersten verborgen."

Köstlicher als durch diesen, heiligen Zorn sprühenden Bericht des frommen Pfarrers, konnte kaum die ganze Bildungsfeindlichkeit des Junkerthums gezeichnet werden.

Aber noch in unseren Tagen brauchen wir im östlichen Preußen die Herren Krautjunker nicht mit der Laterne zu suchen, die noch gegen die Künste des Lesens und Schreibens wettern, weil sie ihnen ihr patriarchalisches Verhältniß zu den Bauern nur verderben und letztere dünkelhaft und aufsässig machen, und die die Volksschulen als den Herd des revolutionären Geistes und der Sozialdemokratie verfluchen. Nach der Ueberzeugung dieser Herren ist das Volk heute schon viel zu gebildet. Deshalb suchen sie der Entwickelung einer tüchtigen Volksschule überall Knittel in den Weg zu werfen und dem verhaßten Schullehrer sein Leben so sauer und seinen Beruf so schwer wie möglich zu machen. Würde sich der Gang der Welt immer nach dem Kopf der Junker gerichtet haben, so gäbe es auch heute noch keine Volksschule.

Glücklicherweise aber ist das nicht der Fall gewesen. Der Faktor, welcher den Anstoß zur Bildung eines öffentlichen Schulwesens gegeben und dessen weitere Entwickelung bewirkt hat, war der Kapitalismus.

Man entgegne nicht, daß der Kirche dies Verdienst — soweit bei einer naturnothwendigen Entwicklung überhaupt von einem solchen die Rede sein kann — gebührt. Es ist allerdings richtig, daß von ihr zuerst Schulen begründet wurden. Aber diese Institute hatten nicht den Zweck, dem Volke ein gewisses Maß von Kenntnissen zu übermitteln, sondern sie dienten entweder dazu, Diener für die Kirche heranzubilden oder das noch im Volke tief wurzelnde Heidenthum auszurotten, d. h. an

Digitized by Google

Stelle der heidnischen Gebräuche und Zaubersprüche die christlichen Ceremonien und Gebete zu setzen.[1]) Der Zweck dieser Art von Schulen war also ein ausschließlich religiöser; wirklichen Schulen im modernen Sinne begegnen wir erst mit dem Aufkommen der kapitalistischen Wirthschaft in den Städten. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Kirche auf die Entwickelung des öffentlichen Schulwesens keinen Einfluß gehabt hat; im Gegentheil hat sie es sehr gut verstanden, sich dieses ihren Zwecken dienstbar zu machen und durch dasselbe das Volk zu beherrschen.

Indessen waren doch die Bedingungen zur Bildung rein weltlicher Schulen, welche nur die Verbreitung von Kenntnissen bezweckten, allein in den Städten gegeben.

„Schon gegen Ende des 12. Jahrhunderts begann unter den Bewohnern der immer mehr emporblühenden Städte eine große geistige Regsamkeit zu erwachen. Vorzüglich in jenem Kreise der Bürgerschaft, der durch Ansehen, Reichthum und Amt sich über die Klasse der Erwerbtreibenden erhob und in den städtischen Angelegenheiten seine Thätigkeit entfaltete, machte sich das Verlangen nach feinerer Bildung am ehesten geltend."[2]) Für den städtischen Rathsherrn und Großkaufmann war diese auch ein entschiedenes Bedürfniß: um die städtische Verwaltung führen und den Verkehr mit den anderen Städten pflegen zu können, bedurfte es außer den elementaren Kenntnissen auch noch der Fähigkeit, eine fremde Sprache zu sprechen. Das Gleiche bedingte das Geschäftsleben. „Daher lernten die Kaufmannssöhne nicht nur fremde Sprachen, besonders Französisch, sondern wurden auch in den Anfangsgründen der geistlichen Gelehrsamkeit unterwiesen. . . Ein Kaufmann, der dieser Künste nicht mächtig war, mußte selbst auf Reisen einen Schreiber bei

---

[1]) In den „Satzungen des Küsters und Schulmeisters" verordnete der Erzbischof Engelbert III. von Köln, daß die Kinder in den christlichen Lehren unterwiesen würden, „damit das noch in vielen Herzen glimmende Heidenthum dadurch gänzlich erlöscht werde."

) F. A. Specht, Geschichte des Unterrichtswesens in Deutschland von den ältesten Zeiten bis zur Mitte des XIII. Jahrhunderts, Seite 246.

Digitized by Google

sich haben."[1]) Da sich endlich auch unter den Handwerkern, bei dem immer größeren Aufschwung, den die Gewerbethätigkeit im 13. Jahrhundert nahm, das Bedürfniß nach Schulkenntnissen geltend machte, so fanden sich in den größeren Handelsstädten immer eine große Zahl von jungen Leuten, welche Lesen, Schreiben, Rechnen, Geographie ꝛc. lernen wollten.

Damit waren die Bedingungen zur Entstehung von Schulen gegeben. Die Bürger thaten sich zusammen und gründeten zur gemeinsamen Unterrichtung ihrer Söhne eine „Schriefschule" (Schreibschule). Und es ist nun kein Zufall, daß diese Schriftschulen zuerst in den Hansestädten auftauchten, deren Handel damals schon sehr bedeutend war. Solche städtische Schulen finden wir 1262 in Lübeck, 1267 in Breslau, 1281 in Hamburg, 1319 zu Nordhausen, 1337 zu Wismar u. s. w.[2])

Mit dem Aufblühen der Städte entfaltete sich das Schulwesen immer mehr, aber es blieb doch immer auf die Städte beschränkt. Die Bildung wurde zum Monopol der jungen Bourgeoisie, das ländliche Arbeitervolk blieb dank der Bemühungen der Junker gänzlich davon ausgeschlossen. Dazu ließen sie sich allerdings in vielen Gegenden herbei, den Kindern ihrer Bauern von Pfaffen Dogmen und Gesänge einbläuen zu lassen. Durch systematisch betriebene Verdummung konnten sie ja nur gewinnen.

Infolge der Reformation, dieser im Interesse des Kapitalismus arbeitenden religiös-politischen Bewegung, wurden Versuche gemacht, das ganze Stadt- und Landvolk durch Volksschulunterricht zu heben. Wenn auch der religiöse Zweck bei diesen Bestrebungen überwog, so ist doch andererseits nicht zu verkennen, daß es sich dabei um die Heranbildung geschickter Arbeiter für die Bourgeoisie handelte. Vor allem aber wollte man die Vermehrung der Bedürfnisse damit bezwecken, um die kapitalistische Waarenproduktion zu fördern. Unwissende, wie das Vieh dahin lebende Leute haben weniger Bedürfnisse als unterrichtete. Diese Tendenz

[1]) a. a. O. S. 247.
[2]) K. Schmidt. Geschichte der Pädagogik. II. Bd., S. 312.

Digitized by Google

spiegelt sich in dem Sendschreiben Luthers „an die Rathsherren aller Städte Deutschlands, daß sie christliche Schulen aufrichten sollen“ sehr deutlich wieder. Es heißt darin:

„Darum wills dem Rath und der Obrigkeit gebühren, die allergrößte Sorge und Fleiß aufs junge Volk zu haben; denn weil der ganzen Stadt Gut, Ehre und Leben ihnen zu treuer Hand befohlen, so thäten sie nicht rechtlich vor Gott und der Welt, wo sie der Stadt Gedeihen und Besserung nicht suchten. Nun lieget der Stadt Gedeihen nicht allein darin, daß man große Schätze sammele, feste Mauern, schöne Häuser, viele Büchsen und Harnische zeuge, ja wo das viel ist und tolle Narren darüber kommen, ist es desto ärger und desto größerer Schaden derselben Stadt, sondern das ist der Stadt bestes und allerreichstes Gedeihen, Heil und Kraft, daß sie viel fromme, gelehrte, vernünftige, ehrbare, wohlgezogene Bürger hat, die können darin Schätze und anderes Gut sammeln helfen und recht brauchen.“

In Folge dieser Bewegung wurden denn auch überall in Stadt und Land Schulen eingerichtet. Die bürgerfreundlichen und junkerfeindlichen absoluten Fürsten unterstützten diese Bestrebungen nach Kräften, da sie von dem Fortschreiten des Kapitalismus großen Vortheil hatten. So der Herzog Christoph von Württemberg, der 1553, und der Herzog Albrecht V. von Bayern, der bald darauf Küsterschulen in seinem Lande gründete.

Aber bald kamen die Junker und Räthe, die auf den Landtagen darüber großes Geschrei erhoben und beantragten, daß nur in den Städten und Märkten, nicht aber in Flecken und Dörfern Schulen zu dulden wären. Und in der That erschien dann auch 1616 für Bayern eine Verordnung, wonach ohne landesfürstliche Erlaubniß in Flecken und Dörfern keine neuen Schulen errichtet und keine Bauernkinder über 12 Jahren zur Schule gehalten werden dürfen.

Man darf aus dieser Opposition der Junker nun nicht schließen, daß in diesen Küsterschulen wirklich etwas für die Bildung der Volksmassen geleistet worden wäre. Sie befanden sich — allerdings auch infolge des Widerstrebens der Junker, die in ihren Dörfern noch fast unumschränkt schalteten und walteten und bei der Bornirtheit der Bauern — sämmtlich in einem Zustand, daß von Unterricht keine Rede sein konnte. Es gab weder Lehr-

Digitized by Google

noch Lesebücher; Rechenunterricht wurde in der Regel überhaupt nicht ertheilt, so daß sich die Thätigkeit des Küsters darauf beschränkte, den Kindern den Katechismus im wahren Sinne des Wortes einzubläuen und sie das Herbeten von Gesängen und Bibelstellen zu lehren.

Wie heute war auch die Lage der damaligen Lehrer eine tief traurige. Sie waren sehr wenig angesehen, die Diener des Pfarrers und hatten fast gar kein Einkommen, so daß sie nebenbei ein Handwerk betreiben mußten. In der vom Administrator August zu Halle 1652 erlassenen Kirchenordnung heißt es:[1])

„Die Küster werden angewiesen, den Pfarrern in allen dienstlichen Verrichtungen gehorsamlichst zur Seite zu stehen."

Ueberall stoßen wir auf die Klagen der Lehrer. So sprach sich einer von ihnen in der Schrift „Der arme Teufel" folgendermaßen über die Lage und die Stellung des Lehrers aus:[2])

„Man baut uns nichts in der Schulwohnung, sondern läßt uns immer in der alten, rußichen, baufälligen Klause hinwohnen, denkt auch gar nicht eher an Reparatur, bis es den Schulkindern uffn Kopf regnet, oder der Wind Alles übern Hauffen wirfft und Kuh und Kalb erschlägt.

Es will uns jeder Bauer vorschreiben, wie wir informiren sollen, wenn sie aber einem armen Schuldiener eine Zulage thun sollen, weil an manchen Orten die ordinäre Besoldung so geringe, daß sich nicht ein Ganshirt darauf erhalten kann, so ist niemand daheim, sprechen alle: Wir wollens by den alten Löchern lassen, und ist den Knickern eine Metze Korn so fest ans Herz gewachsen, daß, ehe sie eine Zulage bewilligten, sie sich eher mit dem Dreschen behülfen, der nicht mehr als das Geläute verrichtete und die freie Wohnung genösse. Oder wenn ja etliche etwas wenig beitragen, so schließen sich doch diejenigen, die keine kleinen Kinder haben, die sie in die Schule schicken könnten, gemeiniglich aus, da wir ihnen das ganze Jahr mit Läuten, Singen und anderer Arbeit aufwarten müssen. Und geht schwer genug zu, wenn die Gemeine einem Schulmeister von dem gemeinen Platz (d. h. vom Gemeindeland) ein Aeckerchen oder Gärtchen oder Wiesenflecken zulegen, oder ihm eine Kuh frei mithüten lassen soll, denn sie meinen, wenn ihnen das Fleckchen abginge, würden sich ihre Gänse nicht mehr sattfressen können und werden ihre Kinder und Kindeskinder über sie seufzen.

Also auch mit den Broten und Wursten, da sie für den Schulmeister ein sonderlich Brod backen, wie

[1]) Kellner, Geschichte der preuß. Volksschule.
[2]) K. Stark, Gesch. d. deutschen Volksschulwesens. S. 55.

Digitized by Google

man einem Kettenhund ein fein sonderlich Brod backt, da man doch weiß, daß sie im Hause besser und größer haben. Item: etliche geben dem Schulmeister sein Brod nicht eher, als bis das Brod einmal nicht gut geräth, machen die Wurst von Jahr zu Jahr kleiner und kürzer, und wenn ein Schulmeister einmal eine lange Wurst bekommt, mag er nur sicherlich denken, daß es der Schlächter versehen oder daß die Wurst vom Hackklotz abgeschabt ist.

Mit dem Schulgeld gehen sie ebenso betrüglich um; wenn sie merken, daß das Quartal bald zu Ende, behalten sie die Kinder aus der Schule, wollen hernach nur ½ Quartalgeld geben und der Schulmeister muß hernach mit ihnen verdrießlich rechnen, dingen, disputiren. Lassen die Kinder den Sommer herumloddern, daß sie alles, was sie den Winter gelernt, wieder ausschwitzen und vergessen, daß der Schulmeister, wenn sie wieder in die Schule kommen, mit ihnen von vorne wieder anfangen und sich doch dabei noch austragen lassen muß, als lernten die Kinder seiner Information nichts."

Unter so bewandten Umständen verstehen wir die bewegliche Klage eines anderen Schulmeisters, der ausruft: „Welcher Lohn wird uns für unsere Mühe? Fasten, Auszehrung, Verdruß, Krankheiten, immerwährender Kummer! Jede andere Arbeit nährt ihren Mann: den Schullehrer drückt sehr schreckliche Armuth und der übermüthige Stolz Anderer schlägt ihn vollends nieder. Jeder gemeine Schreiber, Rabulist und Bettelmönch hat oder fordert den Vorzug. So übereilt uns mitten im Lenze unserer Jahre das bleiche Alter! O lieber den Tod als diesen Stand!"

Kein Wunder, daß kein ehrlicher und fähiger Mensch sich zu einem solchen Beruf bereit finden wollte, so daß die Gemeinden schließlich genöthigt waren, aus dem vagirenden Gesindel und Lumpenproletariat die Erzieher ihrer Kinder herauszunehmen. 1540 erschien eine Schrift, deren Titel schon den Inhalt errathen läßt; er lautet: „Sieben böse Geister, welche heutigen Tags gemeiniglich die Küster oder sogenannten Dorfschulmeister regieren, als der stolze, der faule, der grobe, der falsche, der böse, der nasse, der dumme Teufel". Bitter wird darin namentlich über die Trunksucht und Völlerei der Lehrer geklagt; es heißt a. A. darin: „Eine Kanne und ein Kantor reimen sich, ist ein altes wahres Wort, welches, ob es wohl zum Possen erdichtet, hat es doch

Digitized by Google

seine gegründete Ursache". Und über die Bildung der Lehrer wird gesagt: „Was ich hier schreibe, ist von der großen Menge der gemeinen Dorfküster geredet, die weder auf Schulen noch auf Handwerk haben gut thun wollen und also weder mit Kopf noch Hand etwas Tüchtiges gelernt haben, daher sie, um sich des Bettelns zu erwehren, sich in den Küsterstand begeben haben. Denn daß sie meistentheils Fratres ignorantiae (Brüder der Dummheit) seien, bedarf keines großen Beweises. Von der Grammatika anzuheben — wie viel sind ihrer wohl, die, ich will nicht sagen lateinisch, sondern deutsch recht und ohne Anstoß, Stottern und Räuspern lesen können? Es giebt keinen unter den Schullehrern, welche ortographie (richtig) schreiben oder einen geschickten Brief konzipiren können!" [1])

Nach dem Gesagten kann man sich einen Begriff machen, was es mit den vielgerühmten Fortschritten des Volksschulwesens durch den Protestantismus auf sich hat. Daß er die Tendenz hatte, die Volksschule zu heben, soll nicht geleugnet werden, aber diese wurde an dem Widerstreben der Junker und Bauern zu Schanden.

Denn auch die letzteren hatten keineswegs das Bedürfniß und Verlangen nach jedwedem Unterricht. Im Gegentheil sträubten sie sich energisch gegen jeden Zwang, ihre Söhne und vor allem ihre Töchter in die Küsterschule zu senden. Die Mädchen sollten weder lesen noch schreiben können, weil sie dadurch zum Schreiben von Liebesbriefen verführt würden. „Bei den virginibus (Jungfrauen) — schreibt ein Schulmeister des 18. Jahrhunderts — ist das Schreiben nur ein vehiculum (eine Verleitung) zur Lüderlichkeit".

Aber auch die späteren Bemühungen der preußischen Regierung scheiterten; die Principia regulativa von 1736, durch welche der Elementarunterricht geordnet werden sollte, blieben unausgeführt. Die späteren Verordnungen, die auf diesem Grunde weiter zu bauen versuchten, vorzüglich das General-Landschulreglement vom 12. August 1763, erkannten die Erfolglosigkeit der Bestimmungen, ein geordnetes Volksschulwesen zu schaffen, vollkommen an. So wird in der Einleitung des General-

[1]) K. Stark, S. 52.

Digitized by Google

Landschulreglements gesagt[1]), „daß das Schulwesen und die Erziehung auf dem Lande bisher im äußersten Verfall gewesen und insbesondere durch die Unerfahrenheit der meisten Küster und Schulmeister die jungen Leute auf den Dörfern in Unwissenheit und Dummheit aufwachsen, und daß zum wahren Wohlsein der Länder der gute Grund durch eine vernünftige Unterweisung der Jugend zu Gottesfurcht und anderen nützlichen Dingen in der Schule zu legen sei". Die Bestimmungen des General-Landschulreglements waren sehr weitgehende und verriethen entschieden einen bildungsfreundlicheren Geist, als manche Schulverordnungen der neusten Zeit. So wurde darin, wie schon erwähnt, die Schulpflicht aller Kinder vom 5. bis 14. Jahre ausgesprochen und bestimmt, daß die Kinder solange in der Schule bleiben sollen, „bis sie nicht nur das Nöthigste vom Christenthum gefaßt haben und fertig lesen und schreiben können, sondern auch von demjenigen Red' und Antwort geben können, was ihnen nach den von unserem Konsistorium verordneten und approbirten Lehrbüchern beigebracht werden soll". Für die besonderen Fälle — z. B. wo die Kinder der Bauern den Herrschaften im Scharwerk dienen müssen (das ging natürlich der Schule vor!) oder wo die Gemeinden in Höfen zerstreut liegen und die Kinder das Vieh hüten — wird Fürsorge getroffen, im letzteren Falle dahin, daß die Kinder eines um das andere täglich wechseln oder zwei Haufen Kinder gemacht werden, von denen der eine die ersten drei Tage in der Woche, der andere die drei letzten Tage in die Stunde kommen müssen. Das Schulgeld wird wöchentlich bis zu 1 Groschen festgesetzt; zur Zahlung des Schulgeldes für die armen Schulkinder werden Kirchen-, Gemeinde- und Armenkassen angehalten, „damit den Schulmeistern an ihrem Unterhalte nichts abgeht, folglich dieselben auch beide, arm und reicher Leute Kinder, mit gleichem Fleiß und Treue unterrichten mögen." Gegen Eltern endlich, welche die Kinder zum Schulbesuch nicht anhalten, soll die „Exekution" verhängt werden.

---

[1]) Thiersch, Ueber den gegenwärtigen Zustand des öffentlichen Unterrichtswesens in den westlichen Staaten von Deutschland ꝛc. 1838. S. 401.

Digitized by Google

Dies die Hauptbestimmungen des General-Landschulreglements, die, wie man anerkennen muß, sehr einschneidend und bildungsfreundlich sind.

Das Junkerthum machte dagegen energisch Front und es dauerte nicht lange, daß es wieder Oberhand gewann. Man fand, daß in der Volksschule viel zu viel gelernt wurde und deshalb verordnete Friedrich Wilhelm II., daß den jungen Gemüthern vornehmlich die Grundsätze des Christenthums mit Sorgfalt eingeprägt werden möchten, und ein späteres Zirkularreskript von 1822 bestimmte, daß man sich auf das Nothwendige beschränken solle, und „daß die Grundlage aller Bildung in der Erziehung zur Frömmigkeit, Gottesfurcht und christlichen Demuth bestehe." Also Rückkehr zur Gesangbuchs- und Katechismuspädagogik!

So blieb denn im Ganzen das Volksschulwesen auf dem Lande mit all seinen Gebrechen bestehen, blieb auf demselben Fleck, auf dem es schon Jahrhunderte lang gestanden hatte.

Von einer Entwicklung des Volksschulwesens kann daher auch nur in den Städten die Rede sein. Hier machte die Volksschule in demselben Maße Fortschritte, als die Anforderungen stiegen, welche die sich immer mehr entwickelnde kapitalistische Produktionsweise an den Lohnarbeiter stellte. Wie auf anderen Gebieten, so ist es auch hier das Verhängniß des Kapitalismus, daß er sich die Kräfte, die ihn eines Tages beseitigen, heranziehen muß. Auf einer gewissen Stufe seiner Entwickelung sieht er sich in die Zwangslage versetzt, sein Bildungsmonopol aufzugeben. Will er nicht seine Macht einbüßen und sich fortzubilden aufhören, so muß er auch den Proletarier unterrichten. Denn für die moderne Produktion ist ein gänzlich ungebildeter Arbeiter, der auf der Bildungsstufe des feudalen Bauers steht, vollkommen unbrauchbar. Die bürgerliche Gesellschaft verlangt, eben wegen ihrer höheren Organisation, daß alle ihre Glieder mit den Kenntnissen des Schreibens, Lesens und Denkens ausgerüstet sind. Ja selbst unser in der Wolle bildungsfeindlich gefärbter Militärstaat kann keine Soldaten gebrauchen, welche aller elementaren Kenntnisse entbehren. Die Entwickelung des

Digitized by Google

Kriegswesens fordert auch von dem letzten Soldaten eine gewisse geistige Ausbildung.

Daher die scheinbare Bildungsfreundlichkeit der Bourgeoisie im Gegensatz zum Junkerthum, daher das Interesse des Staats an dem Volksschulwesen. Beide haben aus der Noth eine Tugend gemacht und geriren sich nun als ungeheuer eifrige Förderer der Bildung und Aufklärung.

Daß es aber dem modernen Staat mit seinem Bildungseifer nicht ernst ist, daß sein Volksbildungsideal wie alle seine Ideale eine Lüge ist, das geht schon aus der nackten Thatsache hervor, daß man den blöden Religionsunterricht mit allen Kräften betreibt, um die geistig befreiende Wirkung, welche nun einmal jeder positive Unterricht mit sich bringt, aufzuheben; zu zerstören. Es ist dem modernen Staate nicht um wahre Bildung zu thun, der Unterricht erfolgt nur nach Maßgabe dessen, was der Staatsbürger können und wissen muß, um ein brauchbarer Lohnarbeiter, ein strammer Soldat zu sein.

Die Wahrheit dieses Satzes ist in keinem Staate größer, als in dem, der am meisten Ursache zu haben glaubt, auf seine Volksschule stolz zu sein und dessen Zustände wir im Nachfolgenden beleuchten wollen, nämlich Preußen.

I.

Der Stand der Gesetzgebung über die preußische Volksschule.

Der Staat Preußen ist bekanntlich ein Wechselbalg von dynastisch-feudalen und bürgerlich-kapitalistischen Interessen. Kann es danach Wunder nehmen, daß er es bis zum heutigen Tage noch nicht zu einer allgemeinen einheitlichen Gesetzgebung für das gesammte Volksschulwesen gebracht hat, daß alle Bemühungen, eine solche zu schaffen, kläglich gescheitert sind und, mit junkerlichem Spott überschüttet, zu nichts geführt haben?

Digitized by Google

Und dabei hat die Regierung eine solche schon seit mehr denn siebzig Jahren versprochen! Bereits im Jahre 1817 wurde eine allgemeine Schulordnung verheißen. „Um der allgemeinen Jugendbildung der Nation — heißt es in einer Instruktion — eine allgemeine Richtschnur zu geben, beabsichtigen wir eine allgemeine Schulordnung entwerfen zu lassen, und auf Grund derselben sollen demnächst besondere Schulordnungen für die einzelnen Provinzen entworfen und dabei die Eigenthümlichkeit derselben möglichst berücksichtigt werden."[1])

Wirklich wurde eine allgemeine Schulordnung auch ausgearbeitet und gedruckt, aber ihre Konsequenzen schienen den Junkern dermaßen bedrohlich, daß sie alle Hebel in Bewegung setzten, um sie wieder zu begraben. Und in der That, es gelang ihnen auch diesmal.

Nun hatten sie wieder längere Zeit Ruhe. Erst die Revolution von 1848 gab dem Volksschulwesen einen kräftigen Anstoß zur Fortentwickelung. In die von der Nationalversammlung gegebene Verfassung wurden eine Reihe von Bestimmungen eingefügt, die den Erlaß eines einheitlichen Volksschulgesetzes verfügten, den Lehrern ein angemessenes Einkommen garantirten ꝛc. Diese Bestimmungen gingen wesentlich in die oktroyrte Verfassung vom 31. Januar 1850 über, wo sie folgende Fassung haben:

Art. 25. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und, im Falle des nachgewiesenen Unvermögens, ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen.

In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt.

Art. 26. Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.

Art. 112. Bis zum Erlaß des im Artikel 26 vorgesehenen Gesetzes bewendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

---

[1]) Dr. Joh. F. Neigebaur: Die königl. Verordnungen über das Volksschulwesen im Preußischen Staat. 1834.

Digitized by Google

Trotzdem das Unterrichtsgesetz in der beschworenen Verfassung verheißen, so hat doch bisher keiner der drei preußischen Könige, welche mit dieser Verfassung regierten, bis heute sein Versprechen eingelöst. Trotz aller Anträge und Resolutionen des Abgeordnetenhauses, trotz aller Petitionen und Zusagen seitens der Regierung ist es noch immer nicht erlassen worden. Dieser Zustand charakterisirt so recht die politische Situation im preußischen Staat: den dominirenden Einfluß des reaktionären Junkerthums und die Ohnmacht des bürgerlichen Liberalismus.

Unter dem Puttkamerregiment war es keine Seltenheit, daß vom grünen Tisch den über Mißstände der Volksschule beschwerdeführenden und Besserung verlangenden Abgeordneten die abweisende Antwort gegeben wurde: „Wir können uns nicht entschließen, die Mißstände im Volksschulwesen durch ein besonderes Gesetz zu beseitigen".

Aber zu einem allgemeinen Gesetz kann sich die Regierung erst recht nicht entschließen.

Und doch ist eine einheitliche Gesetzgebung und Regelung des Volksschulunterrichts durchaus nöthig, soll dieser die ihm gestellten Aufgaben — und mögen diese noch so bescheiden sein — erfüllen.

Davon ist der Intelligenzstaat Preußen aber weiter entfernt, als jeder andere deutsche Staat — es sei denn, daß ihm Mecklenburg den „Ruhm" streitig machte. Denn ganz abgesehen von der speziellen Volksschulgesetzgebung ist der preußische Staat in drei große Rechtsgebiete getheilt, in dasjenige des allgemeinen Landrechts, welches in den älteren Provinzen im Osten der Monarchie und in Theilen der Provinz Hannover und Westfalen Geltung hat, in dasjenige des gemeinen Rechts, das in dem größten Theil von Hannover und in Hessen herrscht, und endlich in dasjenige des französischen Rechts in den westlichen Provinzen, welche zeitweise unter französischer Herrschaft standen. Außer den gesetzlichen Bestimmungen über das Schulwesen, welche sich aus diesem dreifachen Recht ergeben, giebt es noch eine fast endlose und unübersehbare Reihe von Provinzialgesetzgebungen über den Volksschul-

Digitized by Google

unterricht. Um nur die wichtigsten anzuführen, nennen wir die für Hannover, Schleswig-Holstein, Lauenburg, Nassau, Vorpommern, Rügen, Grafschaft Glatz ꝛc.

Daß bei diesem chaotischen Zustand der Volksschulgesetzgebung tausende von Widersprüchen vorkommen, die wieder unzählige Willkürlichkeiten in der Handhabung der Gesetze zur Folge haben, ja geradezu herausfordern, ist klar, zumal wenn man bedenkt, daß die allgemeine Verfügung des preußischen Unterrichtsministeriums vom 15. Oktober 1872 betreffend Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preußischen Volksschule nicht die bindende Kraft eines Gesetzes, sondern nur den Werth einer „Direktive" hat, über die sich die Verwaltungsbehörden ungestraft hinwegsetzen können. Ja sie werden sogar dazu ermuntert, provozirt, indem ihnen die Regierung noch besonders eingeschärft hat, „daß sie bei Ausübung der ihnen zugewiesenen Rechte und Pflichten nicht nur auf die besonderen örtlichen Bedürfnisse die gebotene, sondern auch auf die Landessitte und die aus derselben hervorgehenden Wünsche der Bevölkerung die möglichste Rücksicht zu nehmen haben." Durch eine solche Verfügung wird die Illusion, als werde der Volksschulunterricht durch Gesetze bestimmt und geregelt, gründlich zerstört und es ist der vollen Willkür der Verwaltungsbehörden, die auf dem Lande von den Gutsbesitzern gebildet werden, überlassen, ob und was und wie unterrichtet werden soll.

Wie sich nun die Herren Gutsbesitzer der Volksschule annehmen, von welcher Art die Rücksicht ist, die sie auf die „Landessitte" und die „Wünsche der Bevölkerung" nehmen, kann man sich auch ohne viel Phantasie vorstellen, wenn man bedenkt, von welchen Anschauungen sie durchdrungen sind. Noch jüngst haben wir ja von dieser Seite das Wort gehört: „die bestbezahlten Lehrer sind die schlechtesten", gewiß ein Wort, welches die Begeisterung der Herren Rittergutsbesitzer für Volksbildung deutlich genug verräth.

Stellen wir uns nun noch vor, daß eine amtliche Kontrolle so gut wie nicht vorhanden ist, und wenn sie einmal vorgenommen wird, beim Pfarrer oder bei Freund Landrath liegt, so hat man ein Bild, wie es mit der

Digitized by Google

Handhabung und Ausführung unserer gerühmten Volksschulgesetzgebung steht.

Wen kann es angesichts solcher Zustände Wunder nehmen, wenn der Herr Gutsbesitzer und Schulpatron die Kinder seiner Tagelöhner der Schule nach Belieben entzieht und sie auf seinen Feldern arbeiten läßt? Er thut ja damit nichts Ungesetzliches, im Gegentheil, er nimmt nur die „gebotene Rücksicht auf die besonderen örtlichen Verhältnisse", wie es in der Verordnung des Unterrichtsministers ausdrücklich ausgesprochen ist. Gewiß, der Gefahr, daß die Kinder zu viel lernen und dadurch um so sicherer der „vaterlandsfeindlichen" Sozialdemokratie in die Arme fallen, muß schon hier vorgebeugt werden. Das ist patriotische Pflicht, sittliches Gebot, wie schwer es dem Schulpatron immer werden mag, den bei der Erfüllung solcher „Pflichten" herausschauenden Profit in die Tasche zu stecken.

Es wäre hier der Ort, von dem halben Scherz in den ganzen bitteren Ernst überzugehen, wenn man bedenkt, welch' ungeheurer Schaden der deutschen Arbeiterbevölkerung durch die Abhängigkeit der Volksschule von den Interessen der Junker zugefügt wird. Von der Größe und Furchtbarkeit dieses Schadens macht man sich gewöhnlich keinen Begriff, ebensowenig von der „Wurstigkeit", mit der die Herren Gutsbesitzer sich über die Schranken hinwegsetzen, die jenen Volksfreunden wenigstens ein Rest von Anstandsgefühl setzen sollte.

Noch vor kurzer Zeit brachte die „Preußische Schulzeitung" einen Bericht aus der Provinz Sachsen, aus dem hervorgeht, in welch' entsetzlicher Weise die armen Schulkinder durch die Profitwuth der Gutsbesitzer ausgenutzt und physisch verdorben werden, gar nicht zu reden von dem Schaden, der ihnen durch den Mangel und die Unterbrechung des Unterrichts in geistiger wie sittlicher Beziehung zugefügt wird. In dem Bericht wird mitgetheilt, daß im Reg.-Bez. Merseburg das Ausziehen der dort massenhaft angebauten Zuckerrüben lediglich von Kindern besorgt wird, und daß die königliche Regierung in Merseburg zu diesem Zwecke sogenannte „Rübenferien" giebt. Der Bericht sagt unter anderem:

Digitized by Google

„Diese sind für die Schule eine wahre Plage. Wenn die Kinder tage- und wochenlang, je nach der Größe der Ortsrübenfelder, in fast sansculottenhafter Kleidung — wobei Zucht und Schamhaftigkeit in dem massenhaften Zusammensein beider Geschlechter in die Brüche gehen — mit dem Gesichte der Erde nahe auf dem Acker herumgekrochen sind und dann wieder in die Schule kommen, so sind sie so abgemattet, so dumpf- und stumpfsinnig und geistesschwach, daß alle geistige Anregung und Aufrüttelung durch den Unterricht anfangs vergeblich ist. Das Gesicht ist aufgedunsen, der Blick stier, die Haut von der Sonnenhitze aufgeplatzt, die Hände sind von dem langen Krabbeln in der Erde aufgeborsten und der Schmutz hat sich in Wunden und Poren so fest eingefressen, daß ein wiederholtes Waschen mit der schärfsten Seife die Hände noch nicht gleich weiß macht. In Folge des fortwährenden thierischen Kriechens auf allen Vieren ist die Rückenwirbelsäule zu einer geraden und straffen Haltung beim Sitzen und Stehen schwer zu bewegen."

Reichen die Kinder im Ort nicht aus, so stellen die Gutsbesitzer Agenten an, welche auf den Kinderfang in die benachbarten Orte gehen und denen sie außer dem Tagelohn 5—10 Pf. für jedes eingefangene Kind zahlen. Dieser Fang wird mit allen Mitteln der Lockung und des Betruges betrieben. Den Kindern wird Limonade, Kuchen und Bier versprochen; dann werden sie, auf Wagen geladen, mit einer Musikbande voran in das betreffende Dorf entführt. Der tägliche Verdienst eines Kindes beträgt 50—80 Pfennig; dafür haben die Kinder eine unmenschlich lange Arbeitszeit; das Tagewerk dauert von 5 Uhr früh bis Abends gegen 9 Uhr. Sogar an Feiertagen wird gearbeitet! Wenn die Kinder aus fremden Ortschaften herbeigezogen und angelockt sind, so wird es 11 Uhr Nachts, ehe sie wieder nach Hause kommen — in welchem Zustande, kann man sich leicht ausmalen.

Und die geschilderten Zustände stehen durchaus nicht vereinzelt da, sie sind vielmehr Regel, und wenn es auch nicht überall „Rübenferien" giebt, so giebt es doch überall „Jäteferien", die den ersteren in keiner Weise nachstehen. „Ferien!" — welch ein Hohn auf diese Zeit der gewissenlosesten Ausbeutung und Abrackerung unserer jugendlichen Landbevölkerung, auf diese Zeit der schrecklichsten Verwahrlosung an Leib und Seele. Anstatt daß der Schüler

Digitized by Google

wirklich von der Schularbeit ausruht und neue Kräfte sammelt, muß er in gebückter Stellung den ganzen Tag in der Sonnengluth arbeiten und jeden Versuch, sich aufzurichten, vereitelt der „Weidebaas“, eine Art Vogt, durch einen oft nicht sehr sanften Rippenstoß.

Aber nicht nur auf dem Lande allein finden wir solche Zustände. Auch in vielen Fabrikstädten durchbricht das Dispensationswesen die Schulpflichtigkeit.

Es ist klar, daß eine wirkliche und einheitliche Schulgesetzgebung diesen skandalösen Zuständen ein für alle Mal ein Ziel setzen würde, aber dafür war die preußische Regierung bis heute noch nicht zu haben. Wir wissen nun zwar sehr gut, daß die Regierung ihre „guten Gründe“ hat, wenn sie eine ablehnende Haltung gegenüber den Bestrebungen einnimmt, welche auf die Schaffung einer einheitlichen Volksschulgesetzgebung gerichtet sind, und daß der Mann, der am Steuerruder dieser Gesetzgebung sitzt, den Kurs dahin richtet, wohin das Interesse des herrschenden Systems es für wünschenswerth erachtet. Ob aber die eingeschlagene Richtung auch den Interessen des Volkes entspricht, ist eine andere Frage.

Daß eine gewisse gleichmäßige Volksbildung im Interesse des Volkes selbst liegt, wird wohl ohne Weiteres zugegeben werden. Es soll nicht geläugnet werden, daß die innerhalb der preußischen Monarchie bestehenden wirthschaftlichen und nationalen Verschiedenheiten das Gedeihen einer guten Volksschule sehr erschweren, der erstrebten einheitlichen Bildung und Erziehung des preußischen Volkes Abbruch thun. Aber um so dringender wäre der Erlaß eines neuen Volksschulgesetzes.

Da haben wir nicht nur wirthschaftlich sehr zurückgebliebene Gegenden, wie z. B. Schlesien und Posen, deren blutarme Bevölkerung nicht die Mittel für irgend welchen Unterricht aufzubringen vermag und wo die Kinder gezwungen sind, ihren Unterhalt durch Arbeiten in der Hausindustrie zu beschaffen, also keine Zeit für den „unproduktiven, überflüssigen“ Schulunterricht haben, sondern wir haben auch Gegenden, in denen die schulpflichtigen Kinder nicht einmal deutsch verstehen. In Ost- [illegible] Posen und Oberschlesien finden

Digitized by Google

wir polnisch redende Kinder, in der Lausitz eine wendisch, in Ostpreußen eine lithauisch redende Schuljugend. Böhmisch und mährisch redende Zungen haben wir in Schlesien, dänisch und friesisch sprechende im Schleswig-Holstein'schen, wallonisch und holländisch redende in den rheinischen Schulen.

Und die Anzahl dieser, eine andere als die deutsche Sprache redenden Kinder stelle man sich nicht als verschwindend klein vor; sie beträgt nicht weniger als ca. 410 000, das ist ungefähr 10 Prozent der gesammten schulpflichtigen Jugend in Preußen!

Wie angesichts solcher Verhältnisse die preußische Regierung mit der bestehenden zerfahrenen Schulgesetzgebung „Preußens große nationale Mission", allen seinen Unterthanen „die reichen Bildungsquellen der deutschen Kultur zu erschließen", erfüllen will, bleibt für den gemeinen Unterthanenverstand unerfindlich.

Bei dieser Gelegenheit hat aber der gemeine Unterthanenverstand die seltene Genugthuung erlebt, daß ein Schimmer seines kleinen Lichtes an eine „maßgebende Stelle" gedrungen ist. Da lesen wir in der Denkschrift über den „Zustand der preußischen Volksschule im Jahre 1882", welche im Auftrage des Unterrichtsministeriums abgefaßt wurde:

> „Daß eine solche Mannigfaltigkeit der Gesetzgebung die einheitliche Regelung des Volksschulwesens hindern muß, ergiebt schon die Erwägung des Umstandes, daß die in Betracht kommenden Gesetze zu sehr verschiedenen Zeiten entstanden, also sehr verschiedene Lebensverhältnisse zur Voraussetzung haben, die heute gar nicht mehr bestehen."

Im Weiteren sieht sich dann die Denkschrift zu dem sonderbaren Geständniß veranlaßt: „die Schulen sind da am besten versorgt, wo deren Unterhaltung den bürgerlichen Gemeinden obliegt", gewiß ein Geständniß, daß sich zu der oft gerühmten „schöpferischen Thätigkeit der preußischen Regierung auf dem Gebiete des Volksunterrichts" eigenthümlich ausnimmt.

Digitized by Google

II.

Preußische Volksschulzustände.

Nachdem wir die Gesetzgebung über die preußische Volksschule kennen gelernt haben, wollen wir uns jetzt mit dieser selbst befassen. Wir folgen dabei in der Hauptsache den amtlichen Publikationen über diesen Gegenstand.

Schon auf unsere erste Frage: „Wie viel Volksschulen giebt es im preußischen Staate?“ erhalten wir eine überaus betrübende Antwort.

Während die 1287 Stadtgemeinden 3339 Volksschulen hatten, besaßen die 53 497 ländlichen Kommunen nur 29 701 Schulen. Daraus folgt, daß

nicht weniger als 23 796 Ortschaften in Preußen keine Schule

haben, und das ist fast die Hälfte sämmtlicher Ortschaften!

Daß bei einem solchen, fast unglaublichen Mangel an Schulen auch der obligatorische Schulbesuch zur Farce werden muß, bedarf keines Nachweises. Um aber doch den Schein zu wahren, als sei dieser vorhanden, so vereinigt man mehrere Kommunen zu einem Schulbezirk. In einer der vereinigten Ortschaften befindet sich die Schule, zu der die Kinder oft viele Kilometer weit pilgern müssen.

Nur 7011 Ortschaften bilden allein einen Schulbezirk, haben also eine eigene Schule.

Von 8150 Kommunen sind je 2, von 6705 je 3 zu einem Schulbezirk vereinigt, und das geht so fort bis zu den 5580 Ortschaften, von denen je 10 zu einem Schulbezirk verschmolzen sind!

Der skandalöse Mangel an Schulen bringt es mit sich, daß für die große Mehrzahl der Kinder überhaupt kein regelmäßiger Unterricht existirt.

Was nützt es, wenn die Kinder in den Sommermonaten einige Mal in die Schule kommen; kann doch der Unterricht nur dann nutzbringend sein, wenn er ununterbrochen ertheilt wird.

Digitized by Google

Was will es denn heißen, wenn 7011 Gemeinden eine eigene Ortsschule besitzen, wenn dagegen die Kinder aus ca. 29 400 Gemeinden in fremde, weit entfernte Schulen laufen müssen.

Nach 17 019 Schulorten kommen Kinder von auswärts, und oft genug aus einer Entfernung, die zurückzulegen ein Kind 2—3 Stunden braucht!

Zum Beweise sehe man sich nur einmal die folgende amtliche Tabelle[1]) an. Darnach kommen Kinder in die Schulen auf eine Entfernung

bis	1	km	nach	2525	Orten
„	2	„	„	6113	„
„	3	„	„	4502	„
„	4	„	„	2539	„

und das geht so weiter fort bis zu jenen 235 Orten, zu deren Schulen die Kinder einen **Marsch von 7 und mehr Kilometern** zurückzulegen haben.[2])

Man beachte bei dieser Tabelle, daß nur die Anzahl der Orte, an denen sich die gemeinsame Schule befindet, angegeben ist und nicht die Anzahl der Gemeinden, deren Kinder die betreffenden Strecken bis zur Schule zurückzulegen haben. Wir glauben unserem offiziellen Statistiker gerne, daß er Ursache hatte, uns diese Daten zu verschweigen. Daß sich dabei ein Resultat ergeben würde, wonach

mehr als 60 pCt. der ländlichen Schuljugend einen Weg von 4 km und mehr zu ihrer Schule

hätten, dürfte noch zu niedrig gegriffen sein.

Man kann sich nun vorstellen, wie oft die Kinder im Winter und bei regnerischem Wetter in die Schule kommen werden, in welchem Zustand sie sich befinden, nachdem sie einen stundenlangen Marsch auf holpriger Landstraße zurückgelegt haben, wie groß ihre Lernbegierde in der dumpfen, überfüllten Schulstube sein muß, die, wie E. Sack[3]) behauptet, gewöhnlich eine schauderhafte Spelunke

[1]) Denkschrift über den Zustand der preußischen Volksschule im Jahre 1882, S. 18. Berlin 1883.

[2]) 7½ Kilometer = 1 Meile; 4 Klm. also mehr als 1 Stunde.

[3]) Sack „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit". S. 112.

Digitized by Google

ist, schlechter als jeder Pferdestall auf den preußischen Domänen.

So haarsträubend diese Zustände auch sind, so haben sie doch das Gute, daß die Kinder höchst selten zur Schule kommen und dadurch nicht allein dem Lehrer seine Arbeitslast erleichtern, sondern auch die Ueberfüllung der Schulen und Klassen in dankenswerther Weise mildern. Es wird dadurch bewirkt, daß doch die wenigen regelmäßig zur Schule kommenden Kinder etwas lernen können, daß der Lehrer nicht von seiner Aufgabe erdrückt wird.[4])

Zum wenigsten hätte man erwarten dürfen, daß die geringe Anzahl der bestehenden Landschulen in einem halbwegs erträglichen Zustande erhalten werde. Aber auch das ist nicht der Fall: haben doch

19 627 Landschulen — das sind 66 pCt. ihrer gesammten Anzahl — nur einen einzigen Lehrer und eine einzige Klasse.

Ja noch mehr! Auf die 75 000 Klassen, welche wir zur Zeit in den preußischen Volksschulen haben, kommen nur 64—65 000 Lehrer. Es müssen also 10—11 000 Klassen dauernd von den schon in andern Klassen beschäftigten Lehrern mit verwaltet werden! Daß ein solcher Zustand eine unzulässige, ständige Verkürzung der Unterrichtszeit nach sich zieht, ist keine Frage. Er führt naturnothwendig zur Halbtagsschule, wenn auch in einer etwas verhüllten Form, die heute nur noch das Ideal der Krautjunker und anderer fragwürdiger Volksfreunde ist.

* * *

Daß diese Schulen nun in keiner Beziehung selbst den übermäßig bescheidenen Anforderungen genügen, welche die preußische Schulverwaltung an dieselben stellt, wollen wir im folgenden beweisen.

Während man in „wilden Ländern", wie die Schweiz und Frankreich als Maximum 40—50 Kinder

[4]) Damit wollen wir diese Zustände, welche zu ändern die preußische Regierung sich absolut „nicht entschließen kann", natürlich in keiner Weise beschönigen. Im Gegentheil, zumal diese jeder Beschreibung spottenden Uebelstände sehr leicht durch Anstellung neuer Lehrkräfte beseitigt werden könnten.

Digitized by Google

festgesetzt hat, welche noch von einem Lehrer und in einer Klasse unterrichtet werden dürfen, übt das zivilisirte Preußen eine wahrhaft christliche Bescheidenheit, indem es durch seinen Unterrichtsminister vorschreiben läßt, daß „in der Regel nicht mehr als

80 Kinder auf einen Lehrer

und nicht mehr als 70 auf eine Klasse kommen sollen." [1])

Diese Bestimmung hat man „als eine ganz besonders glückliche zu bezeichnen die Dreistigkeit gehabt. Man scheint dabei nicht bedacht zu haben, daß 70—80 in ihrer Befähigung grundverschiedene Kinder im Unterricht ganz gleichmäßig zu fördern, einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist. Auch der lebhafteste und aufgeweckteste Schüler erschlafft, wenn er während einer ganzen Stunde nicht ein einziges Mal aufgerufen wird und das muß, wie Jeder einsieht, oft vorkommen; hat doch der Lehrer nicht mehr als eine halbe Minute für jeden Schüler übrig.[2]) Mit Recht nennt daher der Pädagog Kehr diese einklassige Volksschule eine Mißgeburt, die nur geeignet sei, zu verdummen und zu demoralisiren.

Wollte man nun aber glauben, mit der Bestimmung, daß 80 Kinder auf einen Lehrer kommen sollen, hätte die Unterrichtsverwaltung die äußerste Grenze des Zulässigen fixirt, so ist man in großem Irrthum. Eine spätere Verfügung erklärt, daß auch zweiklassige Schulen mit einem Lehrer und dreiklassige Schulen mit zwei Lehrern noch als „normale Lehranstalten" angesehen werden müßten, das heißt mit anderen Worten: ein Lehrer vermag in vollkommen ausreichendem Maße

140 Kinder täglich zu unterrichten!

Hat man nun den Begriff der „normalen" Volksschule auf eine so schwindelerregende „Höhe" gehoben, so sollte man glauben, daß nach dieser Definition im ganzen Preußen keine einzige „anormale" Volksschule aufzufinden wäre.

Weit gefehlt!

---

[1]) Regulativ vom 3. Oktober 1854.
[2]) Vergl. „Allgem. Deutsche Lehrerzeitung" 1890, Nr. 39.

Digitized by Google

Gerade hier stellen die Leistungen unseres Intelligenzstaates alles bisher Dagewesene in tiefen Schatten.

1882 erhielten von den 4 340 000 volksschulpflichtigen Kindern nur 2 275 616, das sind **52,4 pCt.** Unterricht in derart „normal" eingerichteten Schulen.

1886 dagegen erhielten von den 4 838 247 Kindern sogar 2 604 874, das sind **53,8 pCt.** „normalen" Unterricht. Ganzes 1 pCt. mehr!

Schade, daß wir selbst die Freude über diesen großen Fortschritt etwas herabmindern müssen. Wir, die wir nicht jene preußische Bescheidenheit üben, betrachten die zweiklassigen Schulen mit einem, die dreiklassigen Schulen mit zwei Lehrern nicht mehr als „normale" Unterrichtsanstalten. Rechnen wir also die in solchen Schulen unterrichteten Kinder von den „Normalen" ab, so ergiebt sich, daß

1882 41 pCt. der volksschulpflichtigen Jugend,
1886 aber nur 39 pCt. „normal" unterrichtet

wurden. In Wahrheit also ein Rückschritt von 2 pCt.

Zu einem solchen „Erfolg" kann man in unserer fortschrittlichen Zeit dem Herrn Unterrichtsminister in der That gratuliren.

Bedenkt man nun noch, daß die große Mehrzahl der 39 pCt. normal unterrichteten Kinder sich in den Städten befindet, wo die Kommunen selbst für die Schulen sorgen und erinnert man sich dann jenes reformatorischen Planes der „Konservativen Korrespondenz", dem zufolge den Kommunen die Verwaltung der städtischen Volksschulen entzogen werden sollte, so kann man sich unmöglich der Ueberzeugung verschließen, daß es dem Herrn Unterrichtsminister mit der Zeit noch gelingen wird, weitere Lorbeeren zu erringen.

Von welcher Art aber diese sein werden, wollen wir unseren Lesern durch Vorführung der, selbst nach Meinung der Regierung „anormalen Frequenzverhältnisse" klar machen.

„Anormales Frequenzverhältniß" — das ist ein Zustand der schauderhaftesten Ueberfüllung der

Digitized by Google

Volksschule — darunter litten 1882 2 064 113 Schüler, 1886 2 233 373, also

169 260 Schüler mehr als 1882!

Daß aber der Unterricht für die Schüler bei „anormalen Frequenzverhältnissen" so gut wie nutzlos ist, wird selbst von offizieller Seite zugegeben.

In dem verhältnißmäßig noch günstigen Jahre 1882 betrug die Zahl der überfüllten Schulen in Preußen 15 523, die der überfüllten Klassen 22 707; die Anzahl der gesammten Schulen betrug dagegen 33 040, die der Klassen 65 968. Demnach war also

der Unterricht in 47 pCt. der sämmtlichen Volksschulen nahezu werthlos.

Und heute ist es noch schlimmer.

Aber damit nicht genug! Die Schulverwaltung — und das kennzeichnet am besten die preußischen Volksschulzustände — sah sich infolge der grauenhaften Ueberfüllung der Hälfte ihrer Anstalten

gezwungen, schulpflichtige Kinder zurückzuweisen,

also ihr eigenes Gesetz, welches den obligatorischen Schulunterricht bestimmt, mit Füßen zu treten! So konnten wegen „anormaler Frequenzverhältnisse" am 1. Oktober 1881 bezw. am 1. April desselben Jahres

9432 Kinder keine Aufnahme finden!

Nach einer Mittheilung des Kultusministers gelegentlich der Lex Huene im Abgeordnetenhause besuchten von 1000 schulpflichtigen Kindern 1877/78 nur **897** wirklich die Schule. Sogar für Bayern stellte sich dieses Verhältniß günstiger, wo 923 von 1000 Kindern zur Schule kamen.

Also nicht nur erfüllt die preußische Gesetzgebung ihre Aufgabe, ihre Pflichten gegen das Volk in einer durchaus mangelhaften Weise, die Regierung ist sogar außer Stande, ihren Unterthanen das zu gewähren, worauf diese bereits ein gesetzliches Recht haben!

* * *

Und anstatt daß sich diese Verhältnisse verbessern, verschlechtern sie sich, anstatt daß die Schülerzahl

Digitized by Google

in den einzelnen Klassen abnimmt und die der Lehrer steigt, findet gerade das Gegentheil statt.

So kamen auf einen Lehrer in einer Stadt des Reg.-Bezirks Bromberg 1882 : 73, 1886 : 81 Schüler, in einer Stadt des Reg.-Bez. Osnabrück 1882 : 70, 1886 : 82 Schüler. Auf dem Lande ist bloß in sieben Bezirken keine Verschlechterung in dieser Hinsicht eingetreten; in allen anderen trat eine höhere Belastung der Lehrkräfte ein. Die Zahl der einem Lehrer zugewiesenen Kinder stieg von 1882 bis 1886 im Bezirk Posen von 106 auf **110**; im Bezirk Bromberg von 89 auf **95**; in Breslau von 94 auf **95** ꝛc.

Die amtliche Statistik giebt noch an, daß in **72** Schulen **1** Lehrer je 3 Klassen versorgt und nennt aus einem Bezirk eine Schule, in der 1 Lehrer 273, und eine andere, in der 2 Lehrer 365 Kinder unterrichten.

In den vier- und mehrklassigen Landschulen kamen nach der amtlichen Statistik auf 7907 Klassen 6504 Lehrer, so daß jede fünfte Klasse ohne Lehrer war. In den betr. Landschulen Pommerns und Westpreußens war jede vierte, in denen Posens und Schlesiens jede dritte Klasse ohne Lehrer. In letzterer Provinz versorgten 1402 Lehrer 2026 Klassen. An einigen Orten blieben einklassige Schulen manchmal ein halbes Jahr ohne Lehrer.

So geschieht es denn, daß, wie wir schon anführten, 10—11 000 Klassen dauernd mitverwaltet werden müssen. Dazu kommen nun aber noch diejenigen Klassen, die nur vorübergehend, bei Neueinrichtungen und Vakanzen, zu vertreten sind. Die Zahl dieser ist ebenfalls nicht klein. Wollte man außerdem den 2 300 000 Kindern, welche in überfüllten Klassen sitzen, einen geordneten Unterricht zugänglich machen, so wären

noch 25—30 000 Lehrer nöthig.

Es ist also ein kolossaler Lehrermangel vorhanden!!

* * *

Trotzdem ist keine Aussicht vorhanden, ihn in absehbarer Zeit zu beseitigen. Denn die Zahl derjenigen jungen Leute, welche sich dem Volksschullehrerberuf in Preußen widmen, nimmt immer mehr ab.

Digitized by Google

Aus dem Bericht der Rechnungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses geht hervor, daß bei sämmtlichen Schullehrerseminaren weniger Internatszöglinge vorhanden waren, als die etatsmäßige Zahl beträgt. Das Minus betrug im ersten Semester 1888/89 456 und im zweiten Semester desselben Etatjahres 433. Dieser Ausfall in der Besetzung auf den staatlichen Seminaren ist im Jahre 1887/88 noch größer gewesen. Er betrug im ersten Semester 496, im zweiten 434.

Fürwahr, in unserer Zeit der Ueberproduktion auf allen Gebieten eine eigenthümliche Erscheinung! Während in andern Berufsarten die Zahl der Bewerber so groß ist, daß der Bedarf daran schon auf Jahre hinaus gedeckt ist, bleibt im Volkslehrerberuf das Angebot hinter der Nachfrage zurück.

Die Folge davon ist, daß bei den ersteren die Anforderungen in Bezug auf Vorbildung stetig gesteigert werden, während man sie bei dem letzteren herabsetzt. Bei anderen Beamtenkategorien sucht man sich den allzugroßen Andrang durch öffentliche Warnungen vom Leibe zu halten, im Lehrerstand werden die jungen Leute auch aus den kleinsten Winkeln des Preußenlandes durch allerlei schöne Aussichten angelockt — sie brauchen z. B. nur sechs Wochen Soldat zu spielen — und dabei werden die Seminare doch nur immer leerer! Auf die Ursachen dieser Erscheinung werden wir noch später zurückkommen.

* * *

Werfen wir nach diesen allgemeinen Angaben einen Blick auf die Schulzustände in den einzelnen Provinzen.

In der Provinz Ostpreußen hat der Regierungsbezirk Königsberg allein 65 stark überfüllte Schulen, der Regierungsbezirk Gumbinnen desgleichen 42, darunter 4 mit je 2 Lehrern. Von diesen zweiklassigen Schulen hatte diejenige der Kolonie Bismarck 280 Schüler; von den 38 einklassigen Schulen mit mehr als 120 Kindern haben die zu Rogahsen 151, die zu Tawelmigken 188 Schüler. In 24 Schulen des Regierungsbezirks Gumbinnen war es nicht möglich, alle schulpflichtigen Kinder aufzunehmen, 429 mußten zurückgewiesen werden; in 2

Digitized by Google

Schulen, Bismarck-Kolonie und Szillen, wurden 60 Kinder zurückgewiesen.

In der Provinz Westpreußen sieht es nicht besser aus, auch hier giebt es mehr als 200 „stark überfüllte Schulen", die hunderte von Kindern nicht aufnehmen konnten.

Fast noch schlimmer stehen die Schulverhältnisse in einzelnen Regierungsbezirken der Provinz Brandenburg! Im Regierungsbezirk Potsdam sind 41, im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 246 stark überfüllte Schulen, von denen einige 180 bis 200 Kinder haben; „ebenda entbehren 22 700 Kinder eines geordneten Unterrichts".[1])

In Posen haben wir dasselbe Bild: 435 Schulen mit mehr als 120 Kindern in jeder Klasse. „Wir sehen hier 55 Schulen, in denen 85 Lehrer ihre Kraft an kaum lösbaren Aufgaben erschöpfen und unter deren Zuständen 13 994 Kinder leiden." [2])

Schlesien überbietet an Grauenhaftigkeit seiner Schulverhältnisse noch die vorhergehenden Provinzen. Zur näheren Charakteristik mögen einige Beispiele aus dem Kreise Waldenburg, Regierungsbezirk Breslau, genügen. Dieser hatte nach der Volkszählung von 1880 eine Einwohnerzahl von 112 358 Seelen. Darunter befanden sich 5785 volksschulpflichtige Kinder, die in 12 Schulen von 43 Lehrern unterrichtet wurden. Ein Lehrer soll also durchschnittlich 134 Kinder unterrichten! — „Noch ungünstiger als der Breslauer steht der Regierungsbezirk Liegnitz. Stände er diesem gleich, so würde er bei seinen 2020 Lehrerstellen etwa 240 überfüllte Schulen haben, so hat er aber deren 282." [3])

„Besser als in Schlesien steht es in der Provinz Sachsen, wenn auch noch nicht gut." Der Regierungsbezirk Magdeburg hat 60, der Regierungsbezirk Merseburg 180, der Regierungsbezirk Erfurt 66 stark überfüllte Schulen.

---

[1]) Denkschrift S. 41.
[2]) Denkschrift S. 42.
[3]) Denkschrift S. 45.

Digitized by Google

In Schleswig-Holstein sind die Frequenzverhältnisse am günstigsten in der ganzen Monarchie, trotzdem die Provinz 336 Schulen mit 598 überfüllten Klassen hat.

Schlechter sieht es dagegen wieder in der Provinz Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau aus.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf (Rheinprovinz) wurden allein von 37 Schulen 1014 Kinder zurückgewiesen und blieben ohne jeglichen Unterricht.

* * *

Verkommener und grauenhafter können die Schulzustände in einem Kulturstaat am Ende des 19. Jahrhunderts wohl kaum sein! Nichtsdestoweniger wird mit den Fortschritten geprahlt, die man auf diesem Gebiete gemacht haben will, und um das den Fernstehenden recht plausibel zu machen, rückt man mit Zahlen der Schulstatistik früherer Jahrzehnte an. Man sucht die miserabelen Zustände der Gegenwart durch Vergleich mit den noch schlechteren der Vergangenheit in das Licht großartigen Fortschritts zu setzen.

Treffend bemerkte zu dieser Manier neulich ein Korrespondent der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“:[1] „Solche Parallelen sind im Grunde lächerlich und könnten mit demselben Recht bei jeder anderen Institution in Anwendung gebracht werden. Aber es ist noch niemand der Gedanke gekommen, man dürfe heute nur mit halber Dampfkraft auf der Eisenbahn fahren, weil man vor 50 Jahren noch keine Lokomotiven kannte, oder man müßte von der Einführung der Repetirgewehre aus dem Grunde Abstand nehmen, daß man vor 50 Jahren noch mit Steinschloßflinten, alias Kuhfuß, schoß. Hier wird überall das Bedürfniß der Gegenwart ohne alle anderen Rücksichten ins Auge gefaßt, und das ist auch das Richtigste und Vernünftigste! Darum, wer der Schule dienen will, der frage nicht erst lange, wie sie vor einem halben oder ganzen Jahrhundert war, sondern sehe zu, wie sie heute beschaffen sein muß, um ihren, ohne Rücksicht auf das Gewesene stetig gewachsenen Aufgaben gerecht zu werden.“

[1]) Allg. Deutsche Lehrerzeitung 1890 Nr. 39.

Digitized by Google

Immerhin aber könnte man sich solche Gegenüberstellungen und Statistiken gefallen lassen, wenn sie wirklich dazu beitrügen, eine Uebersicht über die Entwicklung der Volksschule zu gewinnen. Das aber ist meistens nicht der Fall, da solche Statistiken gewöhnlich in der Absicht aufgestellt werden, das Publikum hinter das Licht zu führen. Wenn man z. B. liest, daß die Zahl der preußischen Volksschulen von 1822 bis 1882 von 21 150 auf 33 040 gestiegen sei, so glaubt man wunder was für Fortschritte gemacht. Aber sieht man genauer zu, so steckt hinter diesen Zahlen kein Fortschritt, sondern ein gewaltiger Rückschritt. Denn während die Bevölkerung von 1822 bis 1882 sich im Verhältniß von 100 : 235, die Zahl der schulpflichtigen Kinder sich in dem von 100 : 304 vermehrte, wuchs die Zahl der Volksschulen in demselben Zeitraum nur im Verhältniß von 100 : 156. Würde heute nur noch ein gleiches Verhältniß zwischen der Zahl der schulpflichtigen Kinder und derjenigen der Schulen bestehen, so könnten wir uns gratuliren; dann müßten wir nämlich statt 33 040 Volksschulen 62 148[1]) haben. Wollten wir uns also in dem Bewußtsein gehoben fühlen, seit 1822 in dieser Beziehung keinen einzigen Schritt weiter gekommen zu sein, so müßten wir 1882 29 108 Schulen mehr besessen haben, als wir thatsächlich hatten.

Aehnlich verhält es sich auch mit den übrigen vergleichenden Statistiken. Sand in die Augen! Weiter sind sie nichts!

III.

Die Lage der preußischen Volksschullehrer.

Wir haben bereits auf die bedenkliche Thatsache des Mangels an Lehrkräften für die Volksschule hingewiesen und gezeigt, daß keine Aussicht besteht, in nächster Zeit diesen Mangel zu decken.

---

[1]) Die Berechnung ist nach den Angaben des Jahrbuches für die amtliche Statistik des preußischen Staates, V. Jahrgang 1883, gemacht.

Digitized by Google

Die Ursache dieser Erscheinungen ist in der Thatsache begründet, daß die materielle und soziale Lage der Volksschullehrer im preußischen Staat eine tief traurige ist, trauriger selbst als die manches Proletariers.

Ihr Durchschnittseinkommen ist niedriger als das ihrer Amtsgenossen in irgend einem andern deutschen oder in einem außerdeutschen Kulturstaat in Europa. Selbst in Oesterreich oder Italien ist dasselbe höher, während es in Frankreich, England, Belgien, Holland und der Schweiz die Höhe des preußischen Einkommens fast um die Hälfte übersteigt.

Das Durchschnittseinkommen der Lehrer in Preußen beträgt nach einer Statistik aus dem Anfang der 80er Jahre in den Städten 1441 Mark, auf dem Lande 955 Mark; durchschnittlich 1122 Mark.

In den Provinzen Schlesien und Posen wird dies Einkommen nicht erreicht; denn in Schlesien beträgt der Durchschnitt in den Städten 1419 Mark, auf dem Lande 901 Mark; für Posen in den Städten 1419 Mark, auf dem Lande 863 Mark. In den alten preußischen Provinzen wird der Durchschnitt in den Städten nur in der Rheinprovinz mit 1470 Mark, auf dem Lande nur in der Provinz Sachsen mit 1033 Mark, in Westfalen mit 1080 Mark und in der Rheinprovinz mit 1064 Mk. erreicht bezw. überstiegen. In den neuen Provinzen stellt sich die Sache wesentlich anders: in Schleswig-Holstein beträgt der Durchschnitt in den Städten zwar nur 1372 Mark, auf dem Lande aber 1066 Mark, in Hannover in den Städten 1422 Mark, auf dem Lande 905 Mark; in Hessen-Nassau in den Städten 1422, auf dem Lande 936 Mark.

Das Durchschnittsgehalt der Städte ermäßigt sich noch um ca. 150 Mark, wenn man in dasselbe den Durchschnitt der Stadt Berlin mit 2063 Mark nicht einrechnet.

In welcher Weise sich nun die verschiedenen Gehälter auf die Lehrerstellen vertheilen, zeigt folgende Tabelle. Es waren besoldet:

Digitized by Google

		Prozent der Lehrstellen	
Unter	300 Mark	in den Städten 0,16,	auf dem Lande 0,17
Von 300—	600 „	„ „ „ 5,85,	„ „ „ 18,04
„ 600—	1050 „	„ „ „ 42,30,	„ „ „ 65,79
„ 1050—	1500 „	„ „ „ 32,60,	„ „ „ 14,10
„ 1500—	2250 „	„ „ „ 15,83,	„ „ „ 1,87
Ueber	2250 „	„ „ „ 3,15,	„ „ „ 0,00

Diese Zahlen werden niemanden, der überhaupt Zahlen zu deuten vermag, darüber zweifelhaft lassen, daß die Aufbesserung des Einkommens der Volksschullehrer dringend geboten ist. Selbst der erzreaktionäre Rektor Grünewald beklagt sich in seiner unlängst erschienenen Broschüre[1]) darüber, „daß der größte Theil der Landlehrer sich den Lebensunterhalt theilweise erst auf dem Acker verdienen muß", und an einer späteren Stelle entschlüpft ihm sogar das erbauliche Geständniß, daß es der größte Theil des Einkommens der Landschullehrer ist, den sie sich durch landwirthschaftliche Arbeiten verdienen müssen.

Vergleicht man das Durchschnittsgehalt der Lehrer mit dem der Unterbeamten, so ergiebt sich, daß es dahinter zurückbleibt. Die Lehrer bekommen vielfach weniger Gehalt als die Polizeidiener, Bahnwärter und Nachtwächter!

Es ist deshalb nur zu begreiflich, wenn die Lehrer unaufhörlich um die Verbesserung ihrer Lage bei den zuständigen Behörden petitioniren. Leider hat dies Vorgehen bisher keine sonderlichen Erfolge gehabt; im Gegentheil ergingen sich die Herren im Abgeordnetenhause bei solchen Gelegenheiten in wüsten Schmähungen auf die Lehrer.

Besonders die reaktionären Junker zeichnen sich bei solchen Anlässen durch „Noblesse" aus. So meinte Graf Brühl im vorigen Jahre im Abgeordnetenhause:

> „Ich glaube, wenn die königliche Staatsregierung vielleicht in der Kommission energischer das Uebertriebene sehr vieler Ansprüche und Anforderungen hervorgehoben hätte, wenn die Vertreter der königlichen Staatsregierung gesagt hätten, von einer derartigen

[1]) Grünewald, „Der Kampf gegen die sozialistischen Ideen durch die preußische Volksschule." 1889.

Digitized by Google

Gewährung könne keine Rede sein, daß es dann der Kommission dieses hohen Hauses leichter geworden wäre, in energischer Weise die Erfüllung der Wünsche der Petenten zu beschränken.

Ich meinerseits kann dies nur dringend wünschen und ich glaube, daß einmal ein Schritt geschehen muß, der dem verehrten und hochgepriesenen Lehrerstande zeigt, daß seine Ansprüche auch gewisse Grenzen haben, bis dahin und nicht weiter.

Und ich glaube, wenn dem Lehrer ein auskömmliches Gehalt gewährt ist, so ist das Alles, was er beanspruchen kann. Von Wohlleben darf, glaube ich, nicht die Rede sein, denn **die Lehrer, denen es zu gut geht, das sind häufig die schlechtesten Lehrer.** Ich habe diese Erfahrung oft gemacht; **bei den fettesten Lehrerstellen sind die schlechtesten Schüler.**"

Daß die ultramontanen Junker den konservativen an Unverschämtheit nichts nachgeben, wenn es gilt, gegen den Volksschullehrerstand loszuziehen, beweisen die wegwerfenden Aeußerungen des Herrn v. Schorlemer-Alst in der gleichen Versammlung. Er sagte daselbst am 24. Januar 1888:

„Wir leiden jetzt schon — ich glaube, das werden mir die Herren fast alle zugeben — an dem Uebelstande, daß wir die alten, guten Lehrer (d. h. die versoffenen Subjekte, die invaliden Unteroffiziere und faulen Handwerker) — wenigstens auf dem Lande — meist verloren haben. Der Mann, der zufrieden war mit seiner äußerlich bescheidenen Existenz (wie zart das gesagt ist!), der keine größere und schönere Aufgabe kannte, als Kinder zu unterrichten und das als seine Lebensaufgabe betrachtete (nebenbei durfte er noch Schweine füttern und Mist fahren, um seine „äußerlich bescheidene Existenz" so zu gestalten, daß der Hunger nicht Tischgast bei ihm werde) — der ist fort! (Sehr wahr, rechts und im Zentrum).

An Stelle dessen ist vielfach ein recht **hochmüthiger** (wir sagen selbstbewußter), **nicht besser gebildeter, aber große Ansprüche machender** Lehrer getreten, dem eigentlich der **Unterricht** in der Schule eine **sehr unangenehme Nebenbeschäftigung** ist, der lieber eine hohe Stellung im Staatsleben einnehmen, und wenn er könnte, den Staat regieren möchte."

Der Liberalismus kokettirt zwar sehr gerne mit den Volksschullehrern, aber allzuviel soll ihn das auch nicht kosten. Das gewiß nicht im Geruch der Sozialdemokratie stehende „Pädagogium"[1]) schrieb kürzlich:

[1]) Pädagogium, Monatsschrift, herausgegeben von Dr. F. Dittes Bd. X 1888.

Digitized by Google

„Merkwürdig, der Schullehrer kann überall nichts bekommen. Als der Abgeordnete v. Zedlitz den Entwurf eines Schuldotationsgesetzes in der Kommission einbrachte, wurde dieser gegen die Stimmen der Liberalen abgelehnt. Fast am gleichen Tage ereignete es sich, daß eine Petition Berliner Volksschullehrer um Gehaltserhöhung im Etatsausschuß der Stadtverwaltung abgelehnt wurde, „weil kein Bedürfniß dazu vorliege". Wahrscheinlich hat keiner der da beschließenden Herren das Experiment angestellt, mit 1560 Mark Jahresgehalt eine nur einigermaßen anständige Existenz zu führen, wenn man in Betracht zieht, daß die Miethspreise so abnorm hoch sind, daß oft ein Viertel bis ein Drittel des Gehalts dafür aufgewandt werden muß. Die Stadtverwaltung ist in durchaus liberalen Händen, Berlin ist ja die Hochburg des Freisinns; aber der Volksschullehrer erhält auch da nichts."

Also von rechts nichts, von links nichts, und aus der Mitte gar nichts!

Aber nicht genug, daß es unmöglich ist, eine Erhöhung der Lehrergehälter in Preußen durchzusetzen, gehen diese vielmehr zurück.

So wurde nach einer Mittheilung der „Preußischen Schulzeitung" in Nordenburg (Ostpreußen) die Rektorstelle, die vorher über 2200 Mk. eintrug, auf Anordnung der Königl. Regierung zu Königsberg auf 1800 Mark und eine Lehrerstelle von 1241 auf 1050 Mark herabgesetzt.

Solche Fälle sind indessen nicht vereinzelt. Auf der ganzen Linie hat seit Anfang der 80er Jahre ein Rückgang der Lehrergehälter stattgefunden, wie die amtliche Statistik zeigt.

Betrachten wir das durchschnittliche Stelleneinkommen der Volksschullehrer im Jahre 1878 und 1886, so stellt sich heraus, daß dasselbe sich verschlechtert hat. Dasselbe betrug im Durchschnitt Mark

	in den Städten	auf dem Lande	im ganzen Staate
1878	1405	953	1107
1886	1277	951	1070
also 1886 weniger M.	128	2	37

Digitized by Google

„Trotzdem von Jahr zu Jahr die Preise der nothwendigen Lebensbedürfnisse gestiegen sind, trotzdem die Junkerpolitik Fleisch, Brot, Oel, Tabak u. s. w. stetig vertheuert hat — eine Thatsache, die u. A. in den Motiven zur Erhöhung der preußischen Zivilliste klipp und klar zum Ausdruck kam — ist der Durchschnittsgehalt der Lehrer gesunken."

Diese Erscheinung tritt noch viel greller und schlagender vor Augen, wenn man die Lage der Dinge in verschiedenen Provinzen sich veranschaulicht.

Das Durchschnittsgehalt für städtische Volksschullehrer betrug:

	1878 Mark	1886 Mark	Rückgang seit 1878 Mark
in Berlin . . .	1998	1675	323
„ Westpreußen .	1150	991	159
„ Brandenburg .	1339	1144	195
„ Pommern . .	1423	1211	212
„ Posen . . .	1121	1027	94
„ Sachsen . . .	1345	1138	207
„ Westfalen . .	1351	1250	101
„ Hessen-Nassau .	1608	1373	235

Auf dem Lande sieht es nicht viel besser aus, denn dort machen sich die Abzüge, wenn sie auch nur klein sind, wegen des an und für sich gänzlich unzulänglichen Gehalts doppelt und dreifach fühlbar.

Das Durchschnittsgehalt betrug z. B. auf dem Lande:

	1878 Mark	1886 Mark	Rückgang seit 1878 Mark
in Westpreußen .	830	806	24
„ Pommern . .	885	883	2
„ Posen . . .	863	850	13
„ Westfalen . .	1079	1044	35
„ Hessen-Nassau .	936	909	27

Es ist klar, daß solche Gehälter Niemanden zum Eintritt in den Lehrerberuf locken können, zumal, wenn man damit das Einkommen der anderen Beamtenklassen vergleicht.

Um den dadurch hervorgerufenen Lehrermangel zu beseitigen, ermuntert man wie zu Mühlers Zeiten zur Präparandenzüchterei, gewährt die bekannten „Fangprämien" auf's Neue, lockt durch Stipendien und Unter-

Digitized by Google

stützungen junge Leute in den Lehrerstand, statt durch bessere Besoldung brauchbare Elemente heranzuziehen. Daß durch solche Mittel der Lehrerstand nicht verbessert, wohl aber verschlechtert wird, liegt auf der Hand.

Eine der traurigsten Seiten des Volksschullehrerberufes ist die niedrige Wittwen- und Waisenpension. Die Herren Grafen Kleist-Retzow und Senfft-Pilsach erklärten zwar, noch niemals eine verhungerte Lehrerwittwe gesehen zu haben. Indessen liegen verbürgte Fälle solcher Verhungerungen vor, was denn auch sehr erklärlich ist, wenn man erfährt, daß noch bis vor gar nicht langer Zeit in einem Regierungsbezirk an der Ostsee z. B. Wittwen-Pensionen von sechszehn Thalern per Jahr gezahlt wurden. Waren Waisen da, so erhielt jedes Kind unter 14 Jahren 4 Thlr. per Jahr. Fanden die Hinterbliebenen der Lehrer nicht bei Verwandten ein Unterkommen, so geriethen sie in die bitterste Noth. Die Kinder mußten in den Dörfern das Vieh hüten, gingen Aehren lesen ꝛc.; die Wittwen mußten sich als Dienstmädchen verdingen. Mit sehnsüchtigen Blicken und hungernden Magen schielten sie nach den höhern Pensionen der Unteroffizierswittwen hinüber.

Mit den Jahren wurde es etwas besser und jetzt bezieht eine Wittwe mit und ohne Kinder 250 Mark per Jahr. Freilich steht man auch jetzt noch vor einem arithmetischen Problem, wenn man mit dieser Summe eine Frau und etliche Kinder erhalten soll, deren Erziehung doch auch manches Geldopfer erfordert.

Aber nicht nur die materielle Lage des Volksschullehrers ist eine traurige, auch seine soziale Stellung läßt viel, sehr viel zu wünschen übrig.

Trotzdem er heute eine der Gymnasial- und Realschulbildung wenigstens ebenbürtige, in vieler Beziehung sogar überlegene Bildung erhält und besitzen muß, so gilt er doch nicht so viel wie die Abiturienten unserer höheren Lehranstalten.

Die Behandlung, die man ihm in den Seminaren angedeihen läßt, ist oft eine ganz unwürdige, sonst nirgends geübte. So erzählte die „Preußische Lehrerzeitung“ von

Digitized by Google

einem Seminar in Ostpreußen, daß die Seminaristen behufs Anlegung eines Misthaufens zum Ausschöpfen der Aborte angehalten worden seien — ein Verlangen, das, wenn man es an einen Tertianer stellen würde, die Entrüstung der gesammten öffentlichen Meinung hervorgerufen hätte. Da es sich aber nur um künftige Volksschullehrer handelt, so kräht weder Hund noch Hahn danach.

Aber auch später, wenn sie bereits angestellt sind, pflegt man sie nicht selten als Staatsbürger zweiter Klasse, ähnlich wie die Arbeiter, anzusehen und zu behandeln. Ein schlagender Beweis dafür war das bekannte Vorgehen des Schwelmer Landraths Martinius, der sich erlaubte, kraft eigner Machtvollkommenheit den Schwelmer Lehrerverein zu schließen, „da dieser in agitatorischer Weise zu Gunsten der Willenserklärungen der freisinnigen Partei öffentlich hervorgetreten sei". Das Verbrechen des Lehrervereins hatte darin bestanden, daß er dem freisinnigen Abgeordneten Springorum eine Petition behufs Besserstellung der Lehrerwittwen und Waisen für das Abgeordnetenhaus zur Weiterbeförderung übergeben hatte. Da es sich nur um Lehrer handelte, blieb diese Verletzung des § 32 der Verfassung, welcher allen Preußen das Petitionsrecht zusichert, ungeahndet.

Auch im öffentlichen Leben begegnen wir häufig Aeußerungen der Nichtachtung und Geringschätzung der Volksschullehrer. Abgesehen von den reaktionären Junkern des Abgeordnetenhauses hat sich auch Herr v. Treitschke auf diesem Gebiete hervorgethan, dadurch, daß er vor Jahren einmal im Kolleg folgenden Ausfall gegen die Lehrer verübte. Er sagte wörtlich:

> „Die Korporale, die Friedrich Wilhelm I. als Schullehrer anstellte, entnahm der König aus dem damals tüchtigsten Theile der Nation (?!) Sie waren nicht gelehrt, aber fromm, tapfer (ist wohl nöthig zum Prügeln?) und zufrieden und bildeten fromme und tapfere Menschen, während wir heute besorgt fragen, woher zufriedene Menschen nehmen, die sich nicht unglücklich fühlen in der Mittelstellung zwischen Gebildeten und Ungebildeten."

Die heutigen Lehrer unter die prügelnden Korporale zu stellen — das mußte in der That einem Mann wie Herrn von Treitschke vorbehalten bleiben.

Digitized by Google

Erniedrigend und demüthigend ist auch die Stellung, welche der Lehrer zur Schulverwaltung einnimmt. Man gesteht ihm höchstens das Recht zu, in schultechnischen Dingen ein sachverständiges Urtheil abzugeben, weist ihn aber ganz entschieden zurück, wenn er den Versuch macht, auch auf schulpolitischem Gebiete anregend und prüfend mitzuwirken.

Ueberhaupt tritt hier die Geringschätzung des Staates für den Lehrerstand sehr deutlich zu Tage. Während jeder Beamte der Gemeinde oder des Staates die Gewähr hat, in seinem speziellen Beruf aufrücken zu können, ist für den Schullehrer das Prinzip der amtlichen Ehre nicht erfunden. Er bleibt zeitlebens Elementarlehrer und gehorsamer Diener der meist aus pädagogischen Dilettanten bestehenden Aufsichtsbehörden.

Was überhaupt die Schulaufsicht anlangt, so ist sie ein besonders trauriges Kapitel in dem Buche der preußischen Volksschule, das wir hier nur streifen können. Nach dem preußischen Verwaltungsrecht sind zur Beaufsichtigung der Volksschulen eine lokale und staatliche Behörde bestimmt. Die lokale Aufsichtsbehörde wird auf dem Lande durch die Schulvorstände — bestehend aus dem Patron, dem Prediger und Schulzen — gebildet, in der Stadt durch die städtische Schuldeputation. Die Ortsgeistlichen sind dann noch einmal besonders zur Beaufsichtigung der Schulen verpflichtet. Die staatliche Aufsicht wird durch die Kreisaufsichtsbehörde geübt; sie besteht aus vom Staate ernannten Kreis- und Lokalschulinspektoren, die wiederum meistens Pastoren sind. So sind unter den vorhandenen 932 Kreisschulinspektoren 720 geistliche und nur 31 weltliche im Nebenamte, und im Hauptamte im Ganzen 81, darunter 69 evangelische angestellt. Das Heer der frommen Lokalschulinspektoren ist natürlich bedeutend größer: es umfaßt nach einer Mittheilung des Ministers 9688 Priester.

Man kann sich nun eine Vorstellung machen, welch kolossalen Einfluß die Geistlichkeit in dem Volksschulwesen hat, ja daß sie dasselbe in Wahrheit völlig beherrscht. Die ganze innere Leitung liegt in zelotischen Händen und alle großen und kleinen Konflikte werden daher zu Gunsten der geistlichen Allmacht ent-

Digitized by Google

schieden. Der Lehrer ist ihren Uebergriffen gegenüber völlig wehrlos. Ihm bleibt, will er seine Existenz nicht verlieren, weiter nichts übrig, als zu schweigen, sich zu fügen und zu thun, was der Priester befiehlt. Dazu kommt dann noch das dienstliche Verhältniß der Lehrer zur Kirche. Ihre elende Besoldung zwingt sie zur Uebernahme von allerlei kirchlichen Nebenämtern. Die weitaus größte Zahl der ländlichen Volksschullehrer steht als Chorregenten, Kantoren, Organisten und Küster im ehrenden Dienst der Kirche, damit ja kein Zweifel übrig bleibe, daß mit dem Volksschulamte zugleich das gottselige Amt eines Knechtes im Pfarrhof verbunden sei.

Und doch sollte gemäß der ganzen rechtlichen Stellung der Volksschule als Staatsanstalt das Verhältniß von Lehrerschaft und Geistlichkeit gerade umgekehrt sein. Der Lehrer müßte eher die Geistlichen beaufsichtigen, soweit diese der Jugend Unterricht ertheilen. Denn es ist ganz widersinnig, daß der Geistliche, der doch nur der Beamte einer den Staat gar nichts angehenden Religionsgesellschaft ist, der Vorgesetzte der unentbehrlichsten Staatsbeamten sein soll.

Doch Logik ist auf diesem Gebiete nicht angebracht. Hier gilt es einfach, den Lehrer zu treten und zu drangsaliren, dafür zu sorgen, daß er die Jugend nicht mit freien Gedanken erfüllt. Und um dies Ziel zu erreichen, ist der geistliche Schulinspektor wie geschaffen.

* * *

Wie man aus dem Vorstehenden sieht, ist die Lage des preußischen Volksschullehrerstandes eine in jeder Beziehung traurige, gedrückte und unwürdige, seine wirthschaftliche Noth und soziale Mißachtung ein Pfahl im Fleische der Schule.

Kann des Lehrers Beispiel, sein Thun und Walten erziehlich wirken, wenn er als „armer Teufel", als hungernder, eingeschüchterter und darum verächtlich angesehener Schulknecht und Stundengeber, ein „privilegirter Bettelmann", von Haus zu Haus hastet?

Fürwahr! ein solcher Zustand ist eine nationale Schande, deren Fluch sich bis in das Mark des Volkslebens einfressen wird und muß.

Digitized by Google

Darum aber kümmert sich unser Klassenstaat nicht. Daß die Lehrer des Proletariats dazu verurtheilt sind, zu verbauern und zu versauern — das ist gerade nach seinem Geschmack.

IV.

Die Volksschule und das Proletariat.

In einer Rede zum Sozialistengesetz[1]) verglich Bismarck einmal die Sozialdemokratie mit dem verschleierten Gesicht des Propheten von Chorassan, von dem sich die arbeitenden Klassen mit Entsetzen abwenden würden, wenn der Schleier gefallen. „Wenn sie es sehen würden, würden sie davor erschrecken, sie würden ein Leichengesicht erblicken."

Nun, ein Leichengesicht haben auch wir erblickt, aber nicht, nachdem wir den Schleier vom Gesichte der Sozialdemokratie genommen — denn sie trägt keinen — wohl aber nachdem wir dem preußischen Staate seine volksbildungsfreundliche Maske vom Gesicht gerissen haben. Und die Beispiele, welche wir zur Veranschaulichung der schrecklichen Verwahrlosung, in der sich die preußische Volksschule befindet, beigebracht haben — sie könnten wir noch bis in das Unendliche vermehren, denn es sind keineswegs vereinzelte abnorme Zustände gewesen, welche wir dem Leser geschildert haben, sondern nur die gereiftesten Früchte des herrschenden Systems auf dem Gebiete der Volkserziehung.

Fürwahr, ein Leichengesicht! Die Schulräume sind überfüllt und schlechter als die Ställe, die Kinder ermattet, durch den stundenlangen Marsch zur Schule, die Lehrer müssen hungern und sorgen und werden erdrückt von der Anzahl ihrer Schüler. Das Schul-Regiment liegt in den Händen von Zeloten und Junkern, von deren Laune und Belieben die Erziehung hunderttausender von Kindern

[1]) Rede in der Sitzung des Reichstages vom 9. Oktober 1878, Zweite Lesung des Sozialistengesetzes.

Digitized by Google

abhängt; viele von ihnen wachsen noch ohne jeden Unterricht auf wie die Thiere des Waldes!

Und doch, wen kann dieser Zustand Wunder nehmen? Nur den, der in der ideologischen Anschauung befangen ist, als sei es dem Staate wirklich um die Verwirklichung eines Bildungsideals zu thun. So „doktrinär" ist aber der preußische Staat niemals gewesen. Wenn die Kinder auf dem Felde Rüben ausziehen oder zum Jäten verwandt werden, so kommt den Schlotbaronen und Krautjunkern das Resultat dieser Thätigkeit viel werthvoller vor, als wenn sie von dem meist sehr verhaßten Schullehrer in „allerlei unnützem Quark" unterrichtet werden.

Und so lange der Gesichtspunkt dieser Herren der maßgebende ist, so lange sie das Heft in den Händen haben und nach ihren „Ansichten" die Gesetze machen, so lange ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß die skandalösen Zustände in der Volksschule durch eine gründliche Reform beseitigt werden. Das wäre ja Selbstmord der herrschenden Klasse, und wer möchte glauben, daß sich das kapitalistische Junkerthum den Dolch der Volksbildung mit eigener Hand in's Herz stoßen würde? Nein, jeder Reform steht nun einmal das nackte Interesse, die schrankenlose Profitwuth — oder wollen wir uns „gebildet" ausdrücken wie die vornehme Bourgeoispresse — die patriotische Rücksicht auf die nationale Wohlfahrt und der besonnene, Gesetz und Ordnung liebende Sinn unserer Rittergutsbesitzer und Fabrikherren als Todfeind gegenüber! Rückschritt, nicht Fortschritt ist die Parole!

Wie das Proletariat in seinen wirthschaftlichen und politischen Bestrebungen gehemmt und lahm gelegt wird, so wird auch die Schule des Proletariats, die Volksschule, in ihrer Entwickelung zurückgehalten. Hier wie überall laufen die Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie einander schnurstracks zuwider und so lange die kapitalistischen und des Junkerthums Interessen herrschen, so lange kann mit der Volksbildung und der Reform der Volksschule nicht begonnen werden.

Es ist nöthig, sich dieses Abhängigkeitsverhältniß fortwährend vor Augen zu halten, und den Irrthum vieler Leute zu stören, als wäre es geboten, die Eroberung der

Digitized by Google

politischen Macht durch das Proletariat erst dann anzustreben, wenn es in der Volksschule „gebildet" und „erzogen" sei. Denn die Sache ist gerade umgekehrt.

Die ganze Geschichte des preußischen Volksschulwesens liefert hierfür den Beweis.

So lange die herrschenden Klassen am Ruder sind, wird und kann das Volk nicht gebildet werden, weil das einmal ihrem Interesse widerspricht — und zum anderen Geld kostet. Die Bourgeoisie aber, die von dem Prinzip ausgeht, daß die vom Proletariat geschaffenen Werthe und aufgebrachten Steuern nur ihren — der Bourgeoisie — Interessen dienstbar gemacht werden dürfen, hat kein Geld für die Erziehung des Proletariats übrig oder verwendet dafür doch nur so viel, wie sie in ihrem eigenen kurzsichtigen Interesse verwenden muß. Der Bourgeoisie-Staat ist wohl dazu berufen, die Interessen der Besitzenden überall wahrzunehmen und zu fördern, nicht aber die der arbeitenden Klassen.

Das zeigt ein Blick auf die Unterstützungen, welche der preußische Staat den verschiedenen Unterrichtsanstalten gewährt.

Von den Volksschullasten trägt er 25,11 pCt., die übrigen 74,89 pCt. fallen den Eltern der die Volksschule besuchenden Kinder zur Last, d. h. den städtischen und ländlichen Proletariern. Von den Kosten aber, welche die Universitäten verursachen, zahlt er 83,51 pCt. Er verwendet also eine verhältnißmäßig viel höhere Summe von den von der Gesammtheit aufgebrachten Staatseinnahmen zur Ausbildung der Bourgeoissöhne als zu der der Proletarierkinder. Das tritt besonders deutlich hervor, wenn wir uns im einzelnen die Zuschüsse berechnen, welche für den Studenten, Gymnasiasten und Volksschüler aufgewandt werden. So finden wir denn, daß der Staat den Studenten auf der Universität durch einen jährlichen Zuschuß von 464 Mark unterstützt, den Gymnasiasten mit einem solchen von 80 Mark, für das Proletarierkind in der Volksschule aber nur 18 Mark übrig hat. Das heißt doch nichts anderes als: die herrschenden Klassen nehmen alles für sich und finden das Proletariat mit einem Bettelpfennig ab.

Digitized by Google

Und dabei bedenke man, daß das Proletarierkind höchstens 7—8 Jahre die Schule besucht, den Staat also **nur 126—144 Mark** kostet, der Sohn des Besitzenden aber 12—14 Jahre auf dem Gymnasium und 4—5 Jahre auf der Universität zubringt, also einen Staatszuschuß von mindestens **3000—3500 Mark** erhält.[1])

Statt Geld für die Volksschule zu schaffen, hat die Bourgeoisie mit allen Kräften danach gestrebt, die Volksschule ihres demokratischen Charakters zu berauben und sie zu einem Instrumente umzugestalten, mit dem sie die berechtigten Bestrebungen des Proletariats niederhalten kann.

Aber wie sie in ihrem blinden Eifer und kurzsichtigen Interesse nichts thun und unternehmen kann, was nicht für das Proletariat ein direkter Nutzen wäre, so auch hier. Ihre Profithascherei ließ es nicht zu, den Volksschullehrer angemessen zu besolden. Auch ihn wollte sie ausbeuten. Aber anstatt sich damit zu nützen, schädigte sie sich. Dadurch, daß sie den Volksschullehrer zum Proletarier macht, treibt sie ihn dem Sozialismus in die Arme. Es ist das eine Thatsache, die unsere Gegner mit Wuth und Entsetzen erfüllt, aber von ihnen nicht einmal bestritten wird. Die proletarisirten Volksschullehrer nun verbreiten als die berufenen Agitatoren das „Gift" der sozialistischen Idee in dem heranwachsenden Volk und vermehren damit die Masse des seine Klassenlage begreifenden Proletariats.

Das Vorhandensein dieser Thatsache ist den Gegnern auch nicht entgangen, und aus diesem Grunde sehen viele lieber monarchisch gesinnte Unteroffiziere, als aufgeklärte und pädagogisch gebildete Lehrer angestellt. Schon Herr Geh. Reg.-Rath Eilers,[2]) Mitglied des berüchtigten Ministeriums Eichhorn, beklagt sich über die talentvolleren Seminaristen. Er schreibt einmal:

> „Es gebrach ihnen an derjenigen bescheidenen, frommen und freudigen Auffassung ihrer Verhältnisse und Auf-

[1]) Jahrbuch für die amtl. Statistik des preuß. Staates Bd. V 1883.

[2]) Eilers, „Zur Beurtheilung des Ministeriums Eichhorn". 1889.

Digitized by Google

gaben, ohne welche ein Dorfschullehrer nimmer zur Zufriedenheit und nützlichen Wirksamkeit gelangen kann.

Die Natur und das Wesen dieser Seminarbildung brachte zunächst ein bitteres und scharfes Gefühl der Unzufriedenheit mit äußeren Verhältnissen, Wohnung, Besoldung, Schulstuben, bäuerlichen Sitten ꝛc. mit sich .... In Dörfern, wo Lehrer standen, die nicht im Seminar gebildet waren, habe ich meistens herzliches Einverständniß der Väter und Mütter mit denselben getroffen.

In den Kenntnissen waren freilich die Kinder solcher Schulen nicht so gefördert, als in den Schulen der in den Seminarien gebildeten Lehrer; ich muß aber aufrichtig gestehen, daß mir der Nachtheil des sonstigen Einflusses der wissenschaftlich mehr gebildeten Lehrer den Vortheil der Kenntnisse weit zu überwiegen scheint. Denn ich bin überzeugt, daß die Volksschulen zunächst auf den Glauben an die geoffenbarten Wahrheiten des Christenthums — dann auf Bescheidenheit in den Ansprüchen des Genusses — **zuletzt** freilich auch auf diejenigen Kenntnisse, welche zur menschlichen Bildung gehören, hinzuwirken haben. Eine Mutter, die mir einmal sagte: „der alte Lehrer, der den Katechismus bloß habe aufsagen lassen, sei ihr lieber gewesen als der neue, vornehme, der aus sich selbst allerlei hinzurede", traf meine eigene, innerste Ueberzeugung!"

Wie ergreifend tönt uns aus diesem Erguß des Geh. Reg.-Rathes die Sehnsucht nach jenen herrlichen Zeiten entgegen, wo noch der Lohndiener der Gemeinde, der Bediente des Dorfpfarrers, oder gar ein invalider Korporal und versoffener Student der Theologie den Kindern den Katechismus einbläute! Aber die Zeiten, wo sich der Lauf der Dinge ausschließlich nach den Interessen der Bourgeoisie richtete, sind unwiederbringlich dahin! Heute wagt sie nicht einmal mehr, die Erziehung zur „Bescheidenheit in den Ansprüchen des Genusses" als Aufgabe der Volksschule hinzustellen und den Unterricht in den elementaren Fächern als ihr letztes Ziel zu bezeichnen. Obgleich sie innerlich noch die Ansichten des Geh. Reg.-Raths Eilers hat, offen und frei spricht sie dies nicht mehr aus. Ja sie getraut sich nicht mehr, das Bildungsbedürfniß der arbeitenden Klassen durch Anstellung verkommener Subjekte als Lehrer zu verhöhnen.

Und es ist interessant zu sehen, daß in den Städten, wo das Proletariat organisirt und aufgeklärt ist, es auch bessere und tüchtigere Lehrer in den Volksschulen hat, als auf dem Lande, wo es noch nicht zu

Digitized by Google

seiner Lage gekommen ist. Je mehr also das Proletariat erstarkt, an Macht und Einfluß gewinnt, desto größer werden die Konzessionen sein, welche es der herrschenden Klasse auch auf dem Gebiete der Volksschule abringt.

Gegenüber allen Parteien ist es allein die Sozialdemokratie, welche auch auf dem Gebiete des Volksschulwesens den wahren Fortschritt will und der es ernst damit ist, die nöthigen Mittel dafür zu gewähren.

Kein Zweifel, daß die Interessen der Volksschullehrer und die des Proletariats sich decken. Wie es bisher allein das Proletariat gewesen ist, welches sich aufrichtig bemüht hat, durch seinen Einfluß die Schullehrer aus ihrer tiefen sozialen Stellung herauszuheben und ihnen Achtung und Ansehen zu verschaffen, so wird es auch in Zukunft seine Erzieher nie im Stich lassen.

Der Volksschullehrer hat keinen besseren Freund, keinen treueren Beschützer als die arbeitende Klasse, nur sie kann und wird ihm eine materiell gesicherte wie sozial geachtete Stellung verschaffen.

Die Zukunft des Volksschullehrers hängt von der des Proletariats ab. Dessen möge er stets eingedenk sein und danach handeln!

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie. — 8. Heft.

Fort mit dem Dreiklassen-Wahlsystem in Preußen.

Von

Max Schippel,

Mitglied des Deutschen Reichstages.

Zweite umgearbeitete Auflage.

Das beschränkte Klassen-Wahlsystem hat sich überlebt und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter was für Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht zu bereiten ist.

Aufruf der nationalliberalen Partei von 1867.

Preis 20 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".

Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

1890.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite
Die innere Politik Preußens und der Mangel einer volksthümlichen Landes- und Gemeindevertretung	3
Die Geschichte des Wahlsystems	6
Der Wahlvorgang, die Ungerechtigkeiten der Abtheilungsbildung	10
Die Theilnahmlosigkeit des Volkes an den preußischen Wahlen	16
Lächerliche Folgen aller Art	18
Immer schärfere Zuspitzung der Ungerechtigkeiten infolge der wirthschaftlichen Entwicklung	24
infolge der modernen Finanzentwicklung	29
Die offene Stimmenabgabe	31
Schlußwort	33

Vorwort des Verfassers.

Die nachfolgende Schrift ist eine umgearbeitete, neue Ausgabe eines Vortrages, den ich am 16. Oktober 1888 in der Berliner Tonhalle hielt, der dann in Broschürenform erschien, heute aber vollständig vergriffen ist.

Das statistische Material, welches wir über die preußischen Klassenwahlen besitzen, ist für den politischen Schriftsteller eine wahre Fundgrube der Erkenntniß und Belustigung zugleich, und doch lag es bisher in kaum gekannten und wenig beachteten, freilich auch sehr trockenen statistischen Berichten preußischer Behörden vergraben, und meines Wissens existirt überhaupt nicht eine Schrift, welche es dem Volke in verständlicher Form zu übermitteln versuchte.

Seit 1866 stocken freilich auch die behördlichen Publikationen, so daß es der geneigte Leser entschuldigen wolle, wenn wir manche Schönheiten dieses unübertrefflichen Wahlsystems nur in verblaßten älteren Bildern vorzuführen vermögen.

Max Schippel.

Vorkommende fremde Ausdrücke: korrumpiren verderben, verfälschen — Plutokratie Reichthumsherrschaft — Koterie Sippschaft, enger Kreis — Privilegirte Bevorrechtete — agrarisch die Landwirthschaft betreffend — Kommune die Gemeinde — oktroyirt einseitig aus fürstlicher Machtvollkommenheit gegeben, nicht mit der Volksvertretung vereinbart — fingirt erfunden — Degression und Progression Sinken und Steigen — Curie ursprünglich Volksabtheilung im alten Rom — degradiren herabsetzen — reduziren verringern — hic Rhodus, hic salta wörtlich: hier ist Rhodus, hier springe, etwa so viel wie: hier ist die Entscheidung, man handle danach.

Digitized by Google

Das Dreiklassenwahlsystem in Preußen.

I.

Das „elendeste und widersinnigste“ aller denkbaren Wahlsysteme spielt in der inneren Entwickelung Preußens eine größere und unheilvollere Rolle, als man im ersten Augenblick glauben möchte, denn es ist nicht nur das Mittel, mit dem eine eigensüchtige agrarische und industrielle Plutokratie die Masse des Volkes von der Gesammtvertretung des Landes fernhält, sondern es korrumpirt auch die zahllosen Gemeindekörperschaften, die in Preußen auf Grund des Dreiklassensystems gewählt werden; es hindert nicht nur jede Einflußnahme des Volkes auf die staatliche Thätigkeit, sondern es liefert auch das gesammte kommunale Leben: die Gemeindesteuern, die Schule, die Polizei, die Armenpflege, das Krankenkassen- und Gesundheitswesen einer Koterie von Privilegirten aus.

Das Dreiklassenwahlsystem für den Staat ist zugleich das festeste Bollwerk für die skrupelloseste Klassenwirthschaft in der Gemeinde.

Und diese Wirkung wird nicht etwa mit der so vieles heilenden Zeit schwächer und schwächer, sondern sie steigert sich von Jahr zu Jahr zu immer größerer Unerträglichkeit. Nicht nur, daß unsere ganze wirthschaftliche Entwickelung immer größere Massen des Volkes in die einflußlose dritte Klasse hinabschleudert und immer wenigere Reiche zu immer uneingeschränkterer Herrschaft emporhebt — solange das Dreiklassenwahlsystem im Staate gilt, steht es nicht nur unerschütterlich in der Gemeinde da, sondern es greift immer weiter um sich, da jede die Selbstverwaltung ausbreitende und regelnde staatliche Gesetzgebung immer wieder an das „Vorbild“

Digitized by Google

des Staates anknüpft. Die konservativen Eulenburg'schen Vorschläge für die Städteordnung der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom Jahre 1876, die Miquel-Herrfurth'schen Reformen aus dem Jahre des nationalliberalen Heiles 1890 — die Minister der alten und der neuen Aera, die Mehrheiten der Herrenhäusler und des Abgeordnetenhauses — sie alle klammern sich in solchen Fragen an die Dreiklassenwahl.

Noch mehr: an sich bestechend erscheinende Maßregeln, wie eine Steuerreform in Preußen, wirken unter dem Dreiklassenwahlsystem wie eine vom kurzsichtigsten Klassenhaß diktirte, immer rücksichtslosere politische Entrechtung der Massen. Ueber die Miquel'schen Finanzgaukeleien mögen verschiedene Meinungen möglich sein, aber darüber ist nur eine Stimme möglich: Degression des Steuersatzes nach unten und Progression desselben nach oben heißt in Preußen weiter nichts wie Sinken des politischen Einflusses der armen Massen und Verschärfung der absoluten Herrschaft des Besitzes, solange das Wahlrecht sich nach der entrichteten Steuer bemißt.

Ja, nicht nur die Arbeiter, sondern selbst Theile der besitzenden Klasse könnten mit den Ruthen gezüchtigt werden, die sie jetzt binden helfen. Denn wenn es richtig ist, daß das Einkommen aus der Landwirthschaft — sei es im Verhältniß zu den Einkünften des mobilen Kapitals, sei es sogar absolut — immer mehr sinkt und daß die Landwirthschaft daher auch in ihren direkten Steuern zu entlasten sei, so bedeutet gerade diese von Herrn Miquel empfohlene Steuerentlastung unter dem Dreiklassenwahlsystem Beschneidung des politischen Einflusses der Landwirthschaft und Steigerung des politischen Uebergewichtes des mobilen Kapitals, sie bedeutet weiter nichts, wie heute die Landwirthschaft etwas schonen, damit sie morgen von dem in seiner politischen Macht um so uneingeschränkteren mobilen Kapital um so schonungsloser getroffen werden kann.

So wird jede, selbst jede ernstgemeinte Reformpolitik in Preußen wie von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt, so lange das Dreiklassenwahlsystem besteht.

Digitized by Google

Und wie sollte eine wirkliche Reformpolitik denkbar sein ohne Heranziehung des Volkes? Das Volk aber steht in Preußen schon jahrzehntelang theilnahmlos bei Seite. Von der staatlichen Gesetzgebung und der kommunalen Verwaltung ausgeschlossen, hat es kaum noch ein Interesse für irgend etwas, was hier vorgeht. So nahe ihm die Betheiligung an den Reichstagswahlen die Reichsangelegenheiten gerückt hat, so fern liegen ihm die Gegenstände der preußischen Landtags- und Gemeindeverhandlungen. Und auch diese selber haben schwer darunter gelitten, daß die aufstrebenden, zukunftsfreudigen Bevölkerungsschichten bei ihnen ganz unvertreten sind; sie haben einen greisenhaften, eintönigen Charakter erhalten und stehen kaum in Einklang mit den vielseitigen, großen Aufgaben, welche auch nach der Gründung des Reiches dem größten deutschen Bundesstaate noch immer verblieben sind.

Will man wirklich frischeres Blut dem stockenden Leben der inneren Politik Preußens zuführen, will man in Staat und Gemeinde wirkliche Fortschritte anbahnen, so wäre es der erste nothwendige Schritt, daß man mit dem Dreiklassenwahlsystem bricht, welches das öffentliche Leben Preußens bis in die letzten Adern der Gemeindethätigkeit hinein vergiftet und verkümmert hat.

Hic Rhodus, hic salta!

II.

Wie rasch ein Volk doch vergißt und das anfangs unerträglich Scheinende bald wie etwas Selbstverständliches mit Gleichmuth tragen lernt!

Als im Mai 1849 Herr von Manteuffel das Dreiklassenwahlgesetz oktroyirte, bäumte sich alles innerlich gegen diese unerhörte Vergewaltigung der Stimme der Nation auf; heute weiß man in weiteren Kreisen kaum noch davon, daß der Masse des preußischen Volkes einst ein ganz anderer Einfluß auf die Gesetzgebung zukam und daß den Wahlen zu seiner parlamentarischen Vertretung anfangs das allgemeine Wahlrecht zu Grunde lag, daß man also vor mehr denn vierzig

Digitized by Google

Jahren seitens der Regierung dem preußischen Volke ein Recht zugestehen mußte, dessen Gewährung zu fordern die heute maßgebenden Parteien — selbst in ihrem linken Flügel — kaum noch den Muth haben.

Schon während der Kriege gegen Napoleon gelobte die preußische Regierung, eine Verfassung und eine Volksvertretung zu schaffen. Aber wie es so geht: Versprechungen, in der Noth gemacht, werden im Glücke nicht gehalten. Das Volk, welches den wankenden Thron wieder aufgerichtet und mit seinem Blute gefestigt hatte, mußte sich nach gethaner Schuldigkeit mit der alten Einflußlosigkeit begnügen.

Was allein geschah, das war, daß man im Jahre 1823 für jede der damaligen acht Provinzen „Provinzialstände" schuf, ganz nach dem überlebten Muster der alten ständischen Vertretungen. Da waren die „Standesherrn" und stellten ihre Curie — allein oder mit der „Ritterschaft", den Vertretern der Rittergutsbesitzer, zusammen. Die Abgeordneten der „Städte" und des kleinen „Land"besitzes bildeten wieder ihre Abtheilung für sich, aber immer die Minorität. „Herren" und „Ritterschaft" hatten stets der Zahl nach das Uebergewicht. Grundbesitz, christliches Bekenntniß und unbescholtener Ruf — das waren die Erfordernisse, welche jeder Abgeordnete erfüllen mußte.

Als 1847 die Regierung dem immer drohenderen Rufe nach Schaffung einer allgemeinen preußischen Volksvertretung nicht mehr widerstehen konnte, bildete sie durch den Zusammentritt aller bestehenden Provinzialstände den sogenannten „Vereinigten Landtag" — eine zweifellos sehr würdige Versammlung, die aber heute eines gewissen komischen Eindruckes nicht verfehlen würde, denn ihre Mitglieder saßen gesondert nach Provinzen und innerhalb eines solchen Kreises von Provinzialen waren wieder die „drei Curien der Stände", mit der „Curie der Herren" an der Spitze, geschieden.

Ehe dieser „Vereinigte Landtag" noch Proben seiner Leistungsfähigkeit ablegen konnte, brach in Berlin die Revolution (18. März 1848) aus, nnd da sie siegreich war, so mußte die Regierung wohl oder übel an die Begründung einer wirklichen Volksvertretung für das

Digitized by Google

ganze Land und an die Schaffung einer Verfassung gehen. Am 2. April trat der Vereinigte Landtag nochmals, zur letzten Session, zusammen, am 8. April 1848 nahm er ein Wahlgesetz für Preußen an. Auf Grund desselben sollte sofort eine „Nationalversammlung" zur Feststellung einer Verfassung vom Volke gewählt werden. Am 10. April ging der alte „Vereinigte Landtag" bereits auseinander, um den neuen, aus freiheitlicherem Geiste geschaffenen Bildungen Platz zu machen.

Das zwischen der Regierung und der damaligen Volksvertretung vereinbarte Wahlgesetz vom 8. April 1848 gestand nun dem Volke das allgemeine Wahlrecht zu. Das Gesetz verkündete gleich im Anfang:

> **Jeder Preuße,** welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz und Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezieht.

Das preußische Volk ernannte also vor mehr als vierzig Jahren seine Landesvertretung auf Grund eines Wahlrechtes, das freisinniger war wie das bestehende Reichswahlrecht, welches die niedrigste Grenze für das Alter auf 25 Jahre festsetzt und nicht nur diejenigen Personen von der Wahlberechtigung ausschließt, die Armenunterstützung augenblicklich beziehen, sondern auch diejenigen, die Unterstützung im letzten, der Wahl vorangegangenen Jahre bezogen haben.

Die Wahlen wurden rasch vollzogen. Am 22. Mai bereits wurden die Sitzungen der so gebildeten Nationalversammlung vom Könige im Weißen Saale des Berliner Schlosses feierlichst eröffnet.

Das war vielleicht der Gipfelpunkt der damaligen konstitutionellen Bewegung, mit der es darauf sehr rasch rückwärts ging, weil die Reaktion die Fäden der Macht mehr und mehr wieder in ihre Hände bekam.

Zunächst erklärte das Ministerium Camphausen der Nationalversammlung, sie sei nicht berufen, eine Verfassung, so wie es ihr und dem hinter ihr stehenden

Digitized by Google

Volke beliebe, „festzustellen", sondern sie habe die Verfassung mit dem Königthum zu „vereinbaren", die Zustimmung des Königs sei erforderlich, damit die Grundrechte des Volkes Geltung gewännen.

Damit war bereits der Keim zum Konflikte gelegt.

Die Nationalversammlung that jedoch nichts, sich auf den unausbleiblichen späteren Konflikt vorzubereiten, um ihm gegebenen Falles gewachsen zu sein. Sie tagte und tagte, sie verwies den Verfassungsentwurf der Regierung an eine Kommission, die Kommission arbeitete ihrerseits einen ganz neuen, selbständigen Entwurf aus; man beschloß ein Jagdgesetz, welches den Kleinbauern gegen das Wild der Großgrundbesitzer schützen sollte, man erklärte Adel und Orden für abgeschafft, man that Vieles, was in ruhigen Zeiten zweifellos ganz nützlich zu thun gewesen wäre, aber man that nichts, um dem Volk zu einer wirklichen Macht zu verhelfen, aus der heraus es allen heranziehenden Stürmen ruhig hätte entgegenblicken können.

Wie ganz anders die Regierung! Nachdem die erste Bestürzung von ihr gewichen war, arbeitete sie mit fieberhaftem Eifer unablässig an der Festigung ihrer für den Augenblick erschütterten Stellung. Man hatte die Zurückziehung der Truppen aus Berlin dem Volke bewilligen müssen — am 7. Juli waren die zurückgezogenen Truppen wieder in Berlin einmarschirt, der Regierung jederzeit zur Verfügung. Am 26. August wurde mit Dänemark an den Schleswig-Holsteinschen Grenzen der Friede von Malmö geschlossen, und damit standen die Truppen Wrangels bereit, bei schwankenden Entscheidungen ihr Schwert in die Wagschale zu werfen — zu Gunsten der Regierung. Nachrichten aus Wien verstärkten ebenfalls den Muth der Königlichen. Den 28. Oktober hatte Fürst Windischgrätz den Sturm auf die Hauptstadt Oesterreichs begonnen, am 31. Oktober befand sich die Stadt in seinen Händen, die Nationalgarde wurde aufgelöst, Standrecht und Belagerungszustand waren erklärt. Welch' ein Erfolg der Gegenrevolution!

So lagen die Dinge, als eine Demonstration in Berlin den gewünschten Anlaß zu energischem Vorgehen schuf. Vor dem Schauspielhause, in dem die National-

Digitized by Google

versammlung tagte, hatte eine aufgeregte Menge ihren Unwillen gegen die Rechte kundgegeben. Um ein festeres Regiment einzuführen, wurde darauf am 1. November ein Ministerium Brandenburg eingesetzt. Die Nationalversammlung spürte jetzt endlich, wie der Wind wehte: der Graf Brandenburg war wegen seiner reaktionären Gesinnungen allgemein bekannt und gefürchtet, und ebenso der Minister des Innern, Freiherr v. Manteuffel. Trotzdem blieb die Volksvertretung demüthig und unterwürfig, sie wagte es nur, „im Frack und mit der Supplikantenmiene" den König zu bitten, die Berufung zurückzunehmen. Die Antwort darauf war, daß Graf Brandenburg blieb, daß die Nationalversammlung aber, nach einem Regierungsukas vom 8. November, bis zum 27. November vertagt wurde und dann nicht wieder in Berlin, sondern in Brandenburg zusammentreten sollte, wo sie offenbar für etwaige oppositionelle Gelüste nicht denselben Rückhalt an der Bevölkerung hatte wie in Berlin.

Die Nationalversammlung sah ein, daß es nunmehr biegen oder brechen hieß. Sie widerstand zunächst und richtete am 15. November sogar an das Volk einen Aufruf zur allgemeinen Steuerverweigerung, um der volksfeindlichen Regierung die Mittel zu ihrem Fortbestande abzuschneiden. Die Regierung fühlte sich jedoch ihrer Sache bereits so sicher, daß sie zur Vergewaltigung der Volksvertretung auch noch die offene Verhöhnung des gesammten Bürgerthums fügte: sie forderte von der Bürgerwehr — derselben Bürgerwehr, welche von der Revolution geschaffen worden war, um die „gesetzlichen Freiheiten" des Volkes zu „schützen" — die Nationalversammlung zur Aufgabe ihrer Sitzungen zu zwingen. Die Bürgerwehr weigerte sich; die Antwort war, daß sie aufgelöst wurde.

So war der Volksvertretung das letzte Machtmittel, auf das sie sich stützen konnte, zerschlagen.

Sie wollte trotzdem weiter tagen; als ihr der Zutritt zum Schauspielhaus durch Kanonen und Bajonette versperrt wurde, trat sie in Lokalen zusammen, welche ihr die städtischen Behörden bereitwillig zur Verfügung stellten. Sie wurde mit Gewalt auseinandergetrieben.

Da dachte sie ans Nachgeben, aber ehe sie in Bran-

Digitized by Google

denburg noch beschlußfähig war, wurde sie aufgelöst und zu gleicher Zeit (am 5. Dezember 1848) eine neue Verfassung oktroyirt.

Am 6. Dezember 1848 schuf die Regierung zugleich ein neues Wahlgesetz, das zwar bereits reaktionärer war wie das vom 8. April, aber immer noch unendlich freisinniger wie das heutige Wahlrecht: die Wahlberechtigung kam weiter, ohne Sonderung in Klassen, allen Preußen zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet hatten, nur mit der weiteren Bedingung, daß sie „selbstständig" sein mußten.

Auch die so gewählte Kammer erwies sich nicht gefügig genug; am 27. April 1849 wurde sie ebenfalls aufgelöst.

Nunmehr beschloß die Regierung eine Radikalkur gegen alle unliebsamen Parlamente und erließ am 30. Mai 1849 durch Verordnung diejenigen Bestimmungen, die heute noch die Masse des preußischen Volkes jedes wirksamen Einflusses auf die Gesetzgebung berauben.

So entstand ein Wahlgesetz, „wie es widersinniger und elender nicht in irgend einem Staate ausgedacht" werden kann.

So wurde in Preußen die Dreiklassenwahl eingeführt.*)

III.

Die Hauptbestimmungen der Verordnung vom 30. Mai 1849 lauten:

§ 8. Jeder selbständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, wenn er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

§ 10. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt.

*) Vergl. hierüber auch Lassalle, Assisenrede.

Digitized by Google

§ 12. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Gesammtsteuer (§ 10) fallen.

Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittheils fallen.

Die dritte Abtheilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Drittheil fällt.

In diese Abtheilung gehören auch diejenigen Urwähler, welche keine Steuer zahlen.

Wenn also in einem Bezirke — jeder Wahlkreis, dem die definitiven Abgeordnetenwahlen obliegen, zerfällt in eine Reihe von Bezirken, welche die Wahlen ihrer Wahlmänner selbständig vornehmen — von sämmtlichen direkten Staatssteuern

die Gesammtsumme 9000 Mark

beträgt, so werden zunächst von den am höchsten Besteuerten so viele ausgesondert, daß ihre Steuern zusammen ein Drittel, also 3000 Mark, ausmachen. Angenommen, es gäbe in dem Bezirke

1 Einwohner mit mehr als 3000 Mark Steuern,

so würde dieser für sich allein die erste Abtheilung bilden.

Alsdann geht man herunter zu den nächstreichen Steuerzahlern und findet vielleicht

2 Einwohner mit je 300 Mark Steuern (= 600 Mk.)
5 „ „ „ 240 „ „ (= 1200 „)
10 „ „ „ 120 „ „ (= 1200 „)

— so würden diese 17 Steuerzahler gerade 3000 Mark zusammen aufbringen, also wiederum ein Drittel der Gesammtsumme, sie würden also die zweite Abtheilung bilden.

Endlich kommt man zu der großen Masse derer, welche geringere oder gar keine Steuern entrichten, und die natürlich, um auf 3000 Mark Steuern zu kommen, nach hunderten zählen können. Das ist die dritte Wählerklasse.

Jede dieser Abtheilungen wählt nun die gleiche Zahl von Wahlmännern; die Wahlmänner der vielen kleinen einzelnen Bezirke treten dann für den ganzen Wahlkreis zusammen und wählen in vollständiger Gleichheit,

Digitized by Google

nach einfacher Majorität den Landtagsabgeordneten des Kreises.

Nach diesem Wahlsystem hat also in unserem fingirten Beispiele 1 Wähler der ersten Klasse, der Klasse der Reichsten, soviel Rechte und einen ebenso großen Einfluß auf das Wahlergebniß und damit auf die ganze Gesetzgebung als etwa 17 Wähler der zweiten, weniger wohlhabenden und vielleicht 400 der dritten, armen Klasse.

Dieses Wahlrecht bedeutet also, daß die große, arme Mehrheit des Volkes bei den Wahlen zum Landtag immer in die Minderheit zurückgedrängt wird; diese Mehrheit kann ihren Einfluß nur in der dritten Abtheilung geltend machen, und selbst wenn sie hier ihre Wahlmänner durchsetzt, so werden diese einfach überstimmt, wenn sie mit den doppelt so zahlreichen Wahlmännern der ersten und der zweiten Abtheilung zusammen zur Wahl des Abgeordneten schreiten.

Das Volk könnte höchstens Kandidaten durchsetzen, die zugleich einem Theil der Wahlmänner der ersten und zweiten Abtheilung, die also den reicheren Klassen genehm sind. Das Volk ist hier nicht gleichberechtigt, sondern von der Gnade weniger Bessersituirter abhängig.

Dieterici, der preußische Statistiker, hatte noch vor Erlaß der Dreiklassenwahlverordnung, die nach dem alten, allgemeinen und gleichen Wahlrecht Wahlfähigen nach ihrer Wohlhabenheit zu gruppiren versucht. Er fand dabei, daß bei gleichem und allgemeinem Wahlrecht in Preußen die Wohlhabenden noch nicht über 5⅓ pCt. der Stimmen verfügen würden: Rittergutsbesitzer, Rentiers, Geistliche, Fabrikanten u. s. f. bildeten nach ihm nur 5,30 pCt. aller Urwähler bei dem alten, freisinnigeren preußischen Wahlrecht. Die Schicht von mittlerer Wohlhabenheit (Lehrer, Handwerksmeister, Wirthe, Fuhrherren, kleine Landbesitzer) machte etwas über ein Viertel der Urwählerschaft aus; sie konnte demnach ein Viertel der Stimmen abgeben. Die Arbeiter und die ganz kleinen Leute aber bildeten nach Dieterici nahezu 69 pCt. aller Urwähler, ihre Abstimmung war demnach entscheidend, und wenn sie

Digitized by Google

gegen ihr Interesse stimmten, so war es eben nur ihre Schuld.[1])

Das Dreiklassensystem hat alle diese Verhältnisse vollständig umgekehrt, es hat die große Masse der Bevölkerung in die eine dritte Abtheilung hineinverwiesen und somit deren Majorisirung durch die beiden anderen Abtheilungen, welche trotz ihres oft lächerlich kleinen Bestandes über die doppelte Wahlmännerzahl verfügen, zu einem leichten Spiel gemacht.

Was man damals nach der Dieterici'schen Statistik sofort vermuthen konnte, hat die Erfahrung bei den Wahlen alsdann vollauf bestätigt. Nach den amtlichen Listen, die im Jahre 1849 von der Regierung nach dem Erlaß des Dreiklassenwahlgesetzes aufgenommen wurden, gab es in Preußen 3 255 703 Urwähler, die in folgender Weise in drei Wahlklassen zerfielen:

Es gehörten 1849 in ganz Preußen

zur ersten	Wählerklasse	153 808 Wähler
„ zweiten	„	409 945 „
„ dritten	„	2 691 950 „

Wir sehen hieraus — wie schon Lassalle betonte[2]) — daß 153 808 sehr reiche Leute genau eben soviel politische Macht erhielten wie 2 691 950 Kleinbürger, Kleinbauern und Arbeiter zusammen, daß ferner diese 153 808 sehr reichen Leute, welche die erste Abtheilung, und die 409 945 mäßig reichen Leute, welche die zweite Abtheilung bildeten, gerade noch einmal so viel politische Macht hatten, als die ganze übrige Nation zusammengenommen — daß die 153 808 sehr Reichen und die bloße Hälfte der 409 945 Wähler der zweiten Klasse schon soviel politische Macht besaßen wie die andere Hälfte der mäßig reichen zweiten Klasse und die 2 691 950 der dritten zusammengenommen!

Man kann sich die Schwere der Rechtseinschränkung, welche das preußische Volk durch die Oktroyirung der Dreiklassenwahl erlitt, auch noch in folgender Weise an demselben Beispiel deutlich machen: Bei allgemeinem

[1]) Vergl. Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin. Hrg. von Dr. F. W. C. Dieterici, II. Jahrg. 1849: Ueber die Zahl der Urwähler im Preuß. Staate. S. 17—32.

[2]) Arbeiterprogramm, in dem Neudruck von 1874 S. 21 ff.

Digitized by Google

Wahlrecht hätten bereits 563 753 Wähler der dritten Abtheilung ebensoviel Einfluß gehabt wie die Wähler der ersten und zweiten Abtheilung zusammen (153 808 + 409 945 = 563 756). Nach Erlaß des neuen Wahlgesetzes übten diese Leute nur noch die Hälfte des alten Einflusses (sie stellten nur halb soviel Wahlmänner wie die 563 753 Wähler der ersten und zweiten Abtheilung) und was über ihre Zahl hinaus in der dritten Wählerklasse steckte, also eine Masse von weit über 2 Millionen (bei 3¼ Millionen Wählern überhaupt!) ist gleichsam seines Wahlrechtes, das ihm ehemals zukam, vollständig verlustig gegangen.

Wo die proletarische Zersetzung unserer Gesellschaft am weitesten vorgeschritten ist, wo auf der einen Seite der Riesenreichthum, auf der anderen das Massenelend ins Unermeßliche gewachsen sind, da ist natürlich auch der Unterschied zwischen der ersten und dritten Wählerklasse am klaffendsten.

Berlin weist z. B. für den Landtag eingeschriebene Wähler auf*):

	I. Abtheilung	III. Abtheilung
1861 . . .	2186	91 388
1862 . . .	2594	83 599
1863 . . .	2857	87 457
1866 . . .	2992	67 609
1867 . . .	2963	100 759
1870 . . .	3837	100 670
1873 . . .	5579	111 872
1876 . . .	4612	131 826
1879 . . .	4048	164 812
1882 . . .	4764	240 226
1885 . . .	4964	236 673

4964 Wähler der ersten Klasse hatten also in Berlin 1885 dasselbe politische Recht wie 236 673 Wähler der dritten Klasse! 1,9 pCt. aller Wahlberechtigten übten denselben Einfluß auf das Wahlergebniß wie 90 pCt.! Jeder Wähler der ersten Abtheilung galt mehr wie das

*) Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. XIII. Jahrg. Statistik des Jahres 1885. S. 364. In dem letzten Jahrgang sowie in dem letzten Gemeindeverwaltungsbericht von Berlin finden sich die Zahlen von 1888 noch nicht.

Digitized by Google

45fache eines Wählers der untersten Abtheilung! Fast genau 90 pCt. aller Wahlberechtigten umschließt allein die dritte Klasse!

Es kommt sogar ziemlich oft, wie in unserem fingirten Beispiel, vor, daß in einem Bezirke — die Urwahlbezirke sind klein und sollen 750 bis 1750 Einwohner umfassen — **ein einziger Wähler die ganze erste Klasse** ausfüllt, weil er sich in der günstigen Lage befindet, ein Drittel der gesammten in Rechnung kommenden Steuer zahlen zu können. 1861 — für spätere Wahljahre ist das Wahlergebniß nicht mehr in voller Ausführlichkeit statistisch behandelt worden — 1861 verzeichnete man Fälle, in welchen sich der Wahlberechtigung in der ersten Abtheilung nur ein einziger Mann erfreute, fast in allen größeren Städten: in Breslau in 35 Bezirken, in Görlitz in 3 Bezirken. In der Mehrzahl der Fälle, wo ein Wähler in der ersten Abtheilung die alleinige Wahlberechtigung hatte, stand ihm sogar die Wahl zweier Wahlmänner zu[1]). Dieser Glücklichen, die allein eine Abtheilung bildeten und ihre zwei Wahlmänner ernannten, zählte man in

Königsberg	11
Köln	19
Danzig, Elberfeld, Barmen je . .	5
Düsseldorf, Stettin je	4
Posen, Halberstadt, Aachen, Krefeld je	3
Elbing, Stralsund, Erfurt je . . .	2

Die erste Abtheilung wurde 1861 gebildet von weniger als 4 pCt. aller Wähler in 106 Kreisen oder größeren Städten — von weniger als 3 pCt. in 16 größeren Städten und 10 Kreisen, von weniger als 2 pCt. in Posen, Köln, Aachen, dem Jadegebiet[2]).

Das sind die Privilegirten!

---

[1]) Auf 250 Einwohner soll immer ein Wahlmann kommen. Bei 750 Einwohnern werden also 3 Wahlmänner gewählt: von jeder Abtheilung einer; bei 1500 Einwohnern 6 Wahlmänner: von jeder Abtheilung zwei. — Vergl. für das Vorhergehende: Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Büreaus, II. Jahrg. 1862, S. 109.

[2]) Zeitschr. 1862, S. 100. Ebenso für das Folgende.

Digitized by Google

Und ihnen stehen gegenüber die Rechtlosen: fast 94 pCt. aller Urwähler sind 1861 in Köln in die dritte Klasse hineingezwängt — mehr wie 90 pCt. in den Städten Königsberg, Danzig, Stettin, Posen, Aachen, im Kreise Königsberg.

Solche ungeheuerliche Ungleichheiten und Gegensätze gebiert das Dreiklassenwahlsystem!

Kamen doch sogar Fälle vor, wo ein einziger Mann mehr wie zwei Drittel aller Steuern zahlte, wo er daher die erste und zweite Klasse ausfüllte und wo man deshalb — da Niemand in zwei Klassen wählen darf — die zweite Klasse ausfallen lassen mußte.

IV.

Da bei einem derartigen Wahlsystem die Entscheidung ganz und gar bei einer kleinen Minderheit liegt, so ist es nicht zu verwundern, daß im Gefühle ihrer Einflußlosigkeit die Massen von jeher kaum ein Interesse für die preußischen Landtagswahlen gezeigt haben, und daß letztere daher immer, gerade in der dritten Klasse, nur von einem geringen Bruchtheil der Wahlberechtigten „gemacht" worden sind.

Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause sind nicht nur Minoritätswahlen insofern, als die maßgebende erste und zweite Klasse nur wenige Prozent der wahlfähigen Bevölkerung umfaßt, sondern auch dadurch, daß von allen Wahlberechtigten noch nicht ein Drittel sich überhaupt an der Wahl betheiligt.

An den Reichstagswahlen nahmen von allen Wahlfähigen Theil*):

1878	63,3 pCt.
1881	56,3 „
1884	60,6 „
1887	77,5 „
1890	71,6 „

Wie stark oder wie schwach die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen war, ist amtlich für ganz

*) Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 11. Jahrg., 1890 S. 136.

Digitized by Google

Preußen seit 1866 nicht mehr veröffentlicht worden. Aus der älteren Statistik ergiebt sich jedoch, daß zur Wahl nur gingen[1]):

	insgesammt	in der 3. Abtheilung
1855	16,1 pCt.	12,7 pCt.
1858	22,6 „	18,5 „
1861	27,2 „	23,0 „
1862	34,3 „	30,5 „
1863	30,4 „	27,3 „
1866	30,9 „	27,6 „

Die „Freis. Ztg." behauptete bei der 1888er Landtagswahl, daß nicht mehr wie 15 pCt. der Wahlberechtigten von ihrem Recht Gebrauch machten, und diese Schätzung dürfte nicht zu niedrig sein.

In den Großstädten mit ihrem lebhaften politischen Pulsschlag ist die Betheiligung noch halbwegs eine bessere, und doch betrug sie in Berlin z. B. nur[2]):

	insgesammt	III. Klasse.
1873	25.4 pCt.	22,1 pCt.
1876	22,4 „	18,5 „
1879	22,9 „	19,6 „
1882	33,8 „	30,9 „
1885	26,16 „	23,10 „
1888	25,10 „	(?) „

Volksvertretungen mit ihren Beschlüssen sollen mit dem Volkswillen möglichst übereinstimmen, man kann sich aber denken, wie gering bei derartigen Minoritätswahlen oft die Uebereinstimmung ist. Von 100 Urwählern betheiligen sich — greifen wir die Zahl einmal hoch! — vielleicht 25 an der Wahl der Wahlmänner. Möglich, daß die fernbleibenden 75 durchaus anderer Meinung sind, aber die 25 entscheiden, oder vielmehr die Majorität dieser 25 entscheidet, d. h. eine Handvoll (13) Mann; die Wahlmänner brauchen nur 13 von je 100 Wählern ganz und gar auf ihrer Seite zu haben. Sie spalten sich nun wiederum bei der Ernennung des Abgeordneten, die Majorität unter ihnen braucht also nicht mehr als 7 von je 100 Stimmen darzustellen. Und wenn dann die Abgeordneten im Landtag sich selber wiederum bei Abstimmungen in zwei fast gleiche Theile scheiden, so

[1]) Zeitschr. des Preuß. Stat. Bür. 1863, S. 112.

[2]) Berliner Statist. Jahrb. S. 364 u. Bericht der Gemeindeverwaltung 1882—88, I, S. 20.

Digitized by Google

kann es kommen, daß ein Gesetz gleichsam nur 4 von je 100 Volksstimmen für sich hat und daß es dennoch zur Annahme gelangt.

Kein Wahlsystem kann den Volkswillen mehr fälschen wie die Dreiklassenwahl mit der politischen Theilnahmlosigkeit, welche sie hervorruft, und mit dem indirekten Verfahren, mit dem sie verbunden ist.

Für die unglaubliche Theinahmlosigkeit, welche den preußischen Landtagswahlen gegenüber herrscht, dafür noch folgende Beispiele, wiederum aus dem Jahre 1861, weil für später eine derartig in's Einzelne gehende Statistik nicht mehr vorliegt[1]). Es erschienen damals thatsächlich zur Wahl

in der ersten Abtheilung
nur 1 Wähler in 10,7 pCt. aller Urwahlbezirke,
„ 2 „ „ 11,2 „ „ „
in der zweiten Abtheilung
nur 1 Wähler in 279 Fällen,
„ 2 „ „ 519 „
„ 3 „ „ 689 „
in der dritten Abtheilung
gar kein Wähler in 32 Fällen,
nur 1 „ „ 130 „
„ 2 „ „ 209 „
„ 3 „ „ 313 „
„ 4 „ „ 327 „

V.

Dieses geflissentliche Fernbleiben besonders der Wähler der dritten Klasse vermag natürlich mitunter dem ganzen feierlichen Wahlakt einen starken komischen Beigeschmack zu geben.

Das Dreiklassensystem will dem einzelnen Wähler der ersten Klasse eine möglichst umfassende Einflußnahme auf die Wahl gewähren, dem der zweiten Klasse eine geringere, und dem der dritten nur einen Bruchtheil wiederum dieser Berechtigung. Es kommt aber in Wirk-

[1]) Zeitschr. d. Preuß. Statist. Bureaus 1862, S. 118 u. 119.

Digitized by Google

lichkeit öfters umgekehrt, wenn in der dritten Klasse aus Unlust fast alles schwänzt.

So erschien 1861*) in einem Bezirk des Kreises Altenkirchen nur 1 Wähler der dritten Abtheilung, er wählte seinen Wahlmann (oder seine Wahlmänner) so gut, wie die 7 Erschienenen der zweiten und die 11 der ersten Klasse. Man denke, ein Habenichts der dritten Klasse politisch so einflußreich wie 7 Angehörige der zweiten und 11 der ersten Klasse!

Und ähnlich traf es sich noch öfter! In einem Bezirke des Kreises Kempen übten 3 erschienene Wähler der untersten Abtheilung dieselben Rechte aus wie 6 der mittelsten und 12 der obersten; in einem Bezirke des Kreises St. Goar wogen die Stimmen von 6 Wählern der dritten Abtheilung infolge dieser eigenthümlichen Verkettung der Umstände ebenso schwer wie die von 9 der zweiten und 16 der ersten Abtheilung; in einem zweiten Bezirke die von 4 der dritten wie die von 5 der zweiten und von 18 der ersten — in einem Bezirke Krefelds die von 5 der dritten wie die von 8 der zweiten und von 15 der ersten Klasse u. s. f. u. s. f.

Das Kapitel der „Kuriosa" ist überhaupt bei der Dreiklassenwahl ein äußerst reichhaltiges.

So soll — wie wir schon erwähnten — auf 250 Einwohner eines Bezirkes immer ein Wahlmann kommen, die Zahl der Wahlmänner eines Urwahlbezirks aber soll meistens durch 3 theilbar sein (also 3 oder 6 betragen), damit jede der drei Klassen einen oder zwei Wahlmänner ernennt. Darnach müßten die Urwahlbezirke immer auf 750 oder 1500 Einwohner abgegrenzt sein. Derartige Bezirke sind natürlich nicht immer zu bilden, besonders nicht auf dem Lande, sodaß auch Bezirke mit 4 oder 5 zu ernennenden Wahlmännern vorkommen. Wie sollen nun drei gleichberechtigte Wählerklassen zusammen 4 oder 5 Wahlmänner zu Stande bringen? Da hat man zu dem Ausweg gegriffen, daß von 4 Wahlmännern die erste Abtheilung einen, die zweite zwei, die dritte Abtheilung wieder einen ernennt. Mit der Gleichheit

*) Zeitschrift S. 120.

Digitized by Google

der Klassen ist es hier allerdings vorbei, aber man hilft sich doch aus der Klemme. Von 5 Wahlmännern wählen die erste und die dritte Klasse zwei, die zweite begnügt sich mit einem.

Dadurch wird die Abstufung des Wahlrechtes, welches in der ersten Abtheilung am umfassendsten, in der dritten am niedrigsten sein soll, natürlich ebenfalls wieder über den Haufen geworfen [1]).

So kam es 1861 im Kreise Demmin vor, daß ein Bezirk vier Wahlmänner zu wählen hatte. In der ersten Abtheilung befand sich ein Wähler mit 2180 Thalern Steuer: er wählte einen Wahlmann. In der zweiten Abtheilung befand sich wiederum ein Wähler mit 1604 Thalern Steuer, er zahlte also nur etwas über zwei Drittel des obigen Betrages: der wählte aber zwei Wahlmänner. In der dritten Abtheilung wählten dann schließlich — um die Harmonie zu vollenden — 192 Wähler mit 893 Thalern Steuer wiederum einen Wahlmann! [2])

Im Kreise Greifswald geschah es ähnlich. Da wies ein Bezirk eine Gesammtsteuersumme von 3605 Thalern auf. Jeder Abtheilung hätten also etwa 1200 Thaler Steuern zugewiesen werden müssen. Der Reichste dieses zu besonderen Wahlschicksalen auserkorenen Bezirks zahlte nun 1094 Thaler, er war mithin noch nicht würdig genug, die ganze erste Abtheilung zu bilden. Der Nächstreiche mußte ihm beigesellt werden; der zahlte aber auch bereits 916 Thaler, sodaß die erste Abtheilung statt 1200 Thaler 2000 umfaßte. Dafür blieben dann bloß 1 Mann mit

[1]) Zeitschrift 1862, S. 109.

[2]) Manche Leser werden überrascht sein, daß die Steuerbeträge in den drei Abtheilungen nicht gleich sind, da doch die Gesammtsteuersumme gedrittelt und danach die Abtheilungsbildung geschehen soll. Gerade obiges Beispiel zeigt, daß die Steuersummen in den Abtheilungen nicht immer gleich sein können. Insgesammt wurden hier gezahlt: 2180 + 1604 + 893 Thaler Steuer = 4677 Thaler. Ein Drittel davon, also immer ca. 1556 Thaler würden eine Abtheilung zu bilden haben. Nun zahlt aber der Reichste des Bezirkes schon 2180 Thaler, der Zweitreichste schon 1604 Thaler, jede dieser Summen muß man also eine Abtheilung bilden lassen, sodaß die dritte Abtheilung das zu wenig hat, was jene über das Drittel hinaus zahlten.

Digitized by Google

636 Thalern in der zweiten, und 182 Männer mit 959 Thalern in der dritten Abtheilung. Das ist an sich schon sonderbar genug, aber dazu kam noch, daß der Bezirk 4 Wahlmänner zu stellen hatte. So ereignete es sich denn durch Gottes und des preußischen Wahlrechts wunderbare Fügung, daß

zwei ganz Reiche mit 1094 und 916 Thalern Steuer einen Wahlmann ernennen durften,

ein weniger Reicher mit 636 Thalern, noch nicht dem Drittel Steuern, aber zwei Wahlmänner ernannte!

O du heilige Dreifalt!

Auch sonst ergeben sich bei der preußischen Dreiklassenwahl die befremdendsten Widersprüche.

Die Abtheilungsbildung geschieht z. B. nicht so (und kann auch gar nicht so geschehen), daß man für ganz Preußen die Summe aller direkten Steuern zusammenfaßt und dann sagt: wer mehr als x Mark Steuern zahlt, gehört überall in Preußen zur ersten Abtheilung, wer zwischen x und y Mark Steuern zahlt, kommt zur zweiten Klasse, und alle niedriger oder gar nicht direkt Steuernden bilden die dritte Abtheilung. Jeder der kleinen Bezirke oder jede Gemeinde, die mehrere Bezirke umfaßt, geht vielmehr selbständig vor; sie stellen in ihrem engen Bereiche die Gesammtsumme der entrichteten direkten Staatssteuern fest und bilden danach ihre besonderen Abtheilungen. Nun sind die Wohlstandsabstufungen überall die denkbar verschiedensten, damit gruppiren sich die übereinander lagernden Steuerbeträge ebenfalls auf die verschiedenste Weise: hier, in einem reichen Villenort, umfassen die ganz großen Steuersummen vielleicht schon mehr als zwei Drittel, so daß in die erste und zweite Abtheilung nur die Zahler ganz hoher Steuern gehören, in der ersten und in der zweiten Abtheilung hätten wir alsdann nur ganz hohe Steuersätze — dort, in einem kümmerlichen Weberdorf, sind möglicherweise fast lauter arme Leute wohnhaft, die zusammen mehr als zwei Drittel der Steuern entrichten; dann füllen die Armen neben der dritten auch die ganze zweite Abtheilung aus, diese weist alsdann nur niedrige

Digitized by Google

Einzelsteuerbeträge auf, und selbst die erste Abtheilung beginnt mit einem ganz niedrigen Satze. In dem Weberdorfe könnte also z. B. der Lehrer trotz seines mäßigen Gehaltes zur ersten Abtheilung gehören, er wäre ein Mann von politischem Einfluß, während er drüben in der Villenstadt in die dritte Klasse verwiesen und somit politisch als unzurechnungsfähig behandelt wäre.

So darf es uns denn nicht Wunder nehmen, wenn wir 1866 in Preußen Bezirke finden, wo man

mit vier Thalern Steuer schon in der ersten bevorrechteten Abtheilung

wählt; daneben aber Bezirke, wo man

mit 1005 Thalern noch zur dritten, einflußlosen Abtheilung

gehört!

Wer 4 Thaler Steuern zahlte, konnte demnach jeder der drei Klassen zugetheilt werden, je nachdem sich in dem Bezirke, wohin ihn zufällig das Schicksal verschlagen hatte, die allgemeinen Einkommensverhältnisse gestalteten.

Und dieser in ein System gebrachte Wahnsinn enthüllt sich uns bei jeder Wahl. 1861 finden wir Bezirke, in denen man mit 7 Thalern direkter Steuern bereits in der ersten Klasse wählt, und wieder andere Distrikte, wo man selbst dann noch in der dritten Klasse bleibt, wenn man 505 Thaler, mehr wie das 70fache zahlt. 1862 konnte man mit 9 Thalern der ersten, zweiten und dritten Klasse zugewiesen werden, in einzelnen Bezirken mußte man sich aber selbst mit 338 Thalern noch mit der dritten Klasse begnügen. 1863 haben wir Leute mit 3 Thalern in der ersten und mit 340 Thalern in der dritten Abtheilung!*)

Welch eine weise Scheidung der Bevölkerung!

Selbst in derselben Stadt, in demselben Orte kann man mit demselben Steuerbetrage in eine höhere Abtheilung befördert oder in eine niedere degradirt werden.

*) Zeitschrift des Preuß. Statist. Bureaus 1862, S. 77—120. 1865, S. 41—87. 1867, S. 236—242.

Digitized by Google

Darüber wollen wir gar nicht weiter klagen, daß z. B. die Angehörigen derselben Steuerstufe verschiedenen Klassen und damit verschiedenen Graden von politischem Einfluß zugeschrieben werden wegen — des Anfangsbuchstabens ihres Namens. Das ist, solange die Abtheilungen dieselbe Drittelssumme der Gesammtsteuer umfassen sollen, nicht zu vermeiden. Immerhin, wenn z. B. 1888 bei den Wahlen in Berlin Wähler mit einem Steuerbetrage von 816 Mark zur ersten Abtheilung gehören, „einschließlich des Anfangsbuchstabens S", die übrigen jedoch schon an die zweite Abtheilung glauben müssen und daher auf etwa ein Viertel des Einflusses, den sie in der ersten Klasse haben würden, beschränkt werden — wenn man mit 180 Mark Steuerbetrag zur zweiten oder dritten Abtheilung gehört, also auf etwa ein Zehntel des Einflusses, den man in der zweiten Abtheilung haben würde, reduzirt werden kann, wenn man alphabetisch über oder unter dem „Ki" oder „Kla" steht — so ist das eine politische Rangordnung, mit der mancher „U" und „Z", der seine Steuern so gut wie jeder andere bezahlt, kaum so ohne Weiteres einverstanden sein wird.

Doch davon abgesehen, können sich noch ganz andere Verschiebungen zwischen den drei Klassen herausstellen. Nehmen wir an, bis zum Betrage von 816 Mk. gehe in einer Stadt die erste Abtheilung herab. Nun kann sich aber leicht bei vielen der zu bildenden kleineren Urwahlbezirke herausstellen, daß in ihnen überhaupt kein Zahler einer so hohen Steuer wohnt; es könnte sogar vorkommen, daß noch kein Wähler hier den Steuerbetrag zahlt, mit dem nach dem Durchschnitt in der Stadt die dritte Abtheilung beginnt, daß nur Leute vorhanden sind, die sonst zur dritten oder doch zur zweiten und dritten Abtheilung zugeschrieben sind. Dann bildet man für den besonderen Bezirk besondere Abtheilungen: der Wähler, der in anderen Bezirken derselben Stadt der zweiten Klasse angehört, rückt alsdann hier in die erste Klasse empor und dasselbe könnte unter Umständen recht leicht auch mit Wählern der dritten Klasse geschehen. Man kann also selbst an demselben Orte an Einfluß auf die Wahlmänner gewinnen oder verlieren, wenn man — ein paar Straßen näher oder weiter wohnt.

Digitized by Google

In Puttbus*) stellte sich z. B. 1861 bei der Gesammtaufnahme heraus, daß der Höchstbesteuerte mehr wie zwei Drittel der überhaupt entrichteten Steuersumme zahlte; die zweite Abtheilung fiel somit aus und die dritte Abtheilung begann bei 69 Thalern Steuer. In dem einen Bezirk, wo der Höchstbesteuerte wohnte, wurde die Wahl demgemäß abgewickelt und es verlief alles nach Wunsch. Im anderen Bezirk von Puttbus aber fehlte nun der Steuerzahler erster Klasse, man ging also an eine neue Abtheilungsbildung speziell für diesen Bezirk. 295 Wähler zahlten hier insgesammt 1011 Thaler Steuern. Jede neue Abtheilung hatte also etwa 337 Thaler einzuschließen. In die erste Abtheilung kamen demnach 20 Wähler mit 345 Thalern, in die zweite Abtheilung 51 Wähler mit 329 Thalern, in die dritte 224 Wähler mit 337 Thalern. Die dritte Abtheilung schloß nunmehr nach oben mit den 5-Thaler-Männern; die zweite mit den 9-Thaler-Männern, sodaß in dem einen Bezirk von Puttbus die Leute

mit **69** Thalern bereits zur **3.** Abtheilung

in dem andern Bezirk desselben Puttbus die

mit mehr als **9** Thalern bereits zur **1.** Abtheilung

gehörten! Da jede Abtheilung in Puttbus zwei Wahlmänner zu ernennen hatte, so wählten demnach in dem einen Bezirk die 302 Wähler dritter Abtheilung

mit **2181** Thalern **2** Wahlmänner,

die neugetheilten 295 Wähler des zweiten Bezirks

mit **1011** Thalern **6** Wahlmänner,

bei der Hälfte der Steuerleistung übten sie das dreifache Recht aus! Es geht wirklich nichts über die Logik der Dreiklasseneintheilung!

Doch kehren wir wieder zu ihren ernsteren Seiten zurück.

VI.

Wir haben bereits gesehen, in welchem Maße der besitzlosen Mehrheit des preußischen Volkes sofort ihre politischen Rechte entzogen und geschmälert wurden, als das Dreiklassensystem — nicht auf dem Wege der gesetz-

*) Zeitschrift 1862, S. 108.

Digitized by Google

lichen Vereinbarung zwischen Krone und Parlament, sondern durch Oktroyirung — an die Stelle des früheren allgemeinen gleichen Wahlrechtes trat.

Gewisse unwiderstehliche Entwicklungsströmungen unserer Volks- und Finanzwirthschaft arbeiten nun unablässig daran, alle Ungerechtigkeiten der Dreiklassenordnung von Jahr zu Jahr zu steigern.

Jede Klassenwahl wird damit zu rechtfertigen gesucht, daß die Bevölkerungsschicht, welche einen gewissen Bruchtheil der direkten Steuern zahlt, also einen gewissen Bruchtheil des nationalen Einkommens bezieht, auch über einen entsprechenden Theil desjenigen politischen Einflusses verfügen soll, der dem Volke überhaupt verfassungsmäßig zugestanden ist.

Soll also die Ungerechtigkeit, welche dieses System gegen die Massen birgt, nicht größer und größer werden, so heißt das voraussetzen, daß die besitzlose Mehrheit des Volkes immer denselben Bruchtheil des gesammten nationalen Einkommens bezieht.*) Hätte ihr Einkommen früher ein Drittel betragen, so hätten die Besitzlosen gerade die dritte Klasse ausgefüllt, sie hätten mithin bei den Wahlen wenigstens ein Drittel der Wahlmänner aus eigener Kraft und nach eigenem Entschlusse ernannt. Um diese, an sich schon geringe Machtstellung zu behaupten, müßte jedoch ihr Einkommen weiter ein volles Drittel des Nationaleinkommens bleiben. Sinkt es beispielsweise auf ein Viertel herab, weil die Löhne lange nicht in dem Maße steigen wie die Einkünfte der Millionäre und selbst der mittleren Schichten — so verfügt die Besitzlosigkeit nicht einmal mehr uneingeschränkt über die dritte Klasse, zahlreiche Wähler strömen hier alsdann aus den höher besteuerten Schichten herbei, nunmehr sogar das Wahlresultat der dritten Klasse der sie ehemals fernstanden, mitbestimmend. Die Massen würden in solchem Falle noch rechtloser geworden sein.

Und so und nicht anders verläuft die Entwicklung überall in kapitalistischen Ländern. Es ist ein, bereits fast allgemein zugestandenes, nationalökonomisches Gesetz,

*) Man gestatte uns hier und in Folgendem der Kürze wegen die ungenaue Ausdrucksweise.

Digitized by Google

daß mit dem Fortschritt des Kapitalismus, mit der unglaublichen Steigerung der Produktion der Arbeitslohn als Antheil am Nationaleinkommen sinkt.

Schafft eine Nation durch ihre Arbeit jährlich dreißig Milliarden, so mag der Arbeiterstand vielleicht gerade ein Drittel, also zehn Milliarden, zu eigener Verwendung beziehen. Steigt aber der jährliche Gesammtertrag auf sechzig Milliarden, so kann der Arbeiterstand zwar mehr erhalten: nicht zehn, wie vorher, sondern etwa fünfzehn Milliarden; sein Antheil ist trotzdem gesunken, er beläuft sich nur noch auf ein Viertel. Und hat es die Nation in ihrem rastlosen Wirthschaftsaufschwung vielleicht bis auf hundert Milliarden gebracht, dann mag der Arbeiterstand selbst zwanzig Milliarden als Lohn beziehen, sein Antheil ist dennoch auf ein Fünftel herabgedrückt.

Die politischen Rechte nach dem Antheil am Gesammteinkommen — oder was bei gleichem Steuerfuße ungefähr dasselbe ist: nach der Summe der gezahlten direkten Steuern — abmessen, heißt also die Arbeiterklasse zu immer größerer Machtlosigkeit verurtheilen, heißt sie gerade zu einer Zeit dazu verurtheilen, wo in Folge der sozialen Wirren die Gesetzgebung mehr und mehr dem Einflusse des Proletariats unterstellt werden sollte.

Wenn die Steuerstatistik Preußens das nicht so handgreiflich zeigt, so liegt es daran, daß man durch schärfere Einschätzung der unendlich vielen kleinsten Einkommen meistens die rückläufige Bewegung der unteren Einkommensmassen verdeckt. Hunderttausende werden in höhere Klassensteuerstufen versetzt, ohne daß ihre finanzielle Lage sich irgendwie gebessert oder doch entsprechend gehoben hätte. So verzeichnet die Steuerstatistik in den untersten Stufen unendlich oft Einkommensvermehrungen, die thatsächlich nicht stattgefunden haben — während sie in den obersten Stufen der Einkommensteuer dem wirklichen Vermögenszuwachse gar nicht zu folgen vermag. So sieht es alsdann allerdings vorübergehend oft genug aus, als sei der Antheil der armen Schichten nicht gegen den Antheil der Reichen herabgedrückt worden.

Digitized by Google

Doch bietet auch die offizielle Steuerstatistik Anzeichen genug für das erwähnte ökonomische Entwicklungsgesetz und für die dadurch schließlich bedingte politische Entrechtung der Massen.

Betrachten wir z. B. die Zusammenstellung der Steuerbefreiten in Preußen. Diese besitzen wohl das Wahlrecht in der dritten Klasse, aber sie zählen bei der Abtheilungsbildung, die nach den entrichteten Steuern erfolgt, nicht mit. Je größer daher ihre Zahl, desto gewaltiger schwillt die dritte Abtheilung an.

Nun gab es aber wegen eines Einkommens unter 420 Mark Steuerbefreite, also gänzlich Mittellose in Preußen:

1877	3,39	Millionen,
1878	3,50	„
1879	3,61	„
1880	3,76	„
1881	3,93	„

Während demnach von 1877—1881 die Gesammtzahl der Erwerbenden von 8,65 Millionen auf 9,16 Millionen stieg, also um 5,86 pCt., nahmen die „Steuerbefreiten" zu um 16,5 pCt. Von 39,17 pCt der Gesammtzahl der Erwerbenden wuchsen sie auf 42,94 pCt.![1])

1884/5 zählte man sogar 4,04 Millionen Steuerbefreite, also 19 Prozent mehr wie 1877!

Das sind nun freilich nicht lauter Personen, welche das 24. Lebensjahr überschritten haben, also wahlberechtigt wären. Aber die Zahl der steuerbefreiten Wähler wird zweifellos in demselben Maße zugenommen haben, in demselben Geschwindschritt sind also breite Massen der dritten Klasse zugeströmt, ohne daß dadurch die Abtheilungsbildung irgendwie beeinflußt worden wäre.

Und wenn wir einen raschen Blick auf die Hauptstadt Preußens werfen, auf die Stadt, welche die intelligenteste und rührigste Arbeiterbevölkerung in ihren Mauern birgt, so wird das Bild noch viel ungünstiger.[2])

[1]) Samter in den Annalen des Deutschen Reiches 1884.

[2]) Für das Folgende vergleiche die Jahrgänge des Berliner Statist. Jahrbuches: Oeffentliche Lasten und Rechte.

Digitized by Google

In Berlin waren wegen eines Einkommens von weniger als 420 Mark steuerbefreit:

1880/81	154 667	Personen
1881/82	164 556	„
1882/83	180 850	„
1883/84	191 433	„
1884/85	196 697	„
1885/86	201 249	„
1886/87	208 812	„
1887/88	212 293	„
1888/89	217 054	„

Ein Zuwachs von mehr wie 60 000 Personen innerhalb des kurzen Zeitraumes von neun Jahren, innerhalb zweier Wahlperioden! Man kann sich hiernach eine Vorstellung machen, wieviel Urwähler sich in der dritten Abtheilung anhäufen, ohne deren Wagschale tiefer sinken zu machen.

Die Wahlergebnisse, die für Berlin ausführlicher als sonst vorliegen, bestätigen denn auch vollauf die Vermuthungen, welche durch die oben betonten Thatsachen und Zahlen erweckt werden. Der dritten Abtheilung waren hier nämlich zugeschrieben:

1861	91 388	Urwähler
1867	100 759	„
1873	111 872	„
1876	131 826	„
1879	164 812	„
1885	236 673	„

Zehntausende mehr sehen sich also in Berlin bei jedem neuen Wahlgang in die dritte Klasse hineingedrängt — in die Klasse, welche ständig in der Minorität zu bleiben gezwungen ist. Die ersten beiden Klassen aber, denen — so lange das bestehende Wahlrecht fortdauert — ohne Kampf und ohne Aufwand von Mitteln der Sieg gesichert ist, diese Klassen vermehren sich nur um ein lächerlich kleines Häuflein.

Von 1873 bis 1885 finden wir in der „demokratischen" Reichshauptstadt eine Zunahme der Landtagswahlberechtigten von 136 853 auf 264 126, d. h. um 127 273.

Von diesen 127 273 Neuhinzukommenden sind 124 801 der dritten machtlosen Klasse zugewiesen worden

Digitized by Google

— d. h. also die ganze Vermehrung der wahlfähigen Bevölkerung bis auf etwa 2500 wurde den politisch vollständig Rechtlosen zugetheilt.

Und während so die dritte Abtheilung von 136 853 auf 264 126 anschwoll, ohne ein Quentchen mehr Einfluß auf die Wahlen zu gewinnen, **nahm die Zahl der Wahlberechtigten in der ersten Abtheilung von 5579 auf 4964 ab,** ohne daß die Klasse dadurch ein Quentchen ihrer Macht eingebüßt hätte!

Wir blicken heute mit Geringschätzung zurück auf die „mittelalterlichen" Zustände, wo die Angehörigen von ein paar „standesherrlichen" Familien, wo eine Handvoll „Rittergutsbesitzer" und sonstiger Bevorrechteter durch ihre Sonderstellung den kleinen Besitz und die besitzlose Arbeit politisch vergewaltigten! Wir haben gar keinen Grund, uns zu brüsten, denn wie die eben mitgetheilten Erfahrungen zeigen, haben wir mitten unter uns privilegirte Schichten, die noch so wenig zahlreich sein und an Zahl sogar zurückgehen mögen und die dennoch die Gesetzgebung durch die von ihnen geschaffenen Volksvertretungen beherrschen.

Das Privileg des Adels und des feudalen Grundbesitzes ist nur ersetzt worden durch das Privileg des bürgerlichen Reichthums, und wer will sagen, welcher Zustand der empörendste ist!

VII.

Aber noch andere Verhältnisse tragen dazu bei, die Ungerechtigkeiten des Dreiklassensystems zu immer unerträglicherer Höhe zu steigern — Ursachen, die in der Finanzentwickelung unserer modernen Staaten liegen.

Doch müssen wir hier erst einen Einwand unserer Gegner und der Freunde der Klassenwahl erledigen!

Man hat den Bestand der Klassenwahlen oft damit zu beschönigen gesucht, daß man hier eine Uebereinstimmung

Digitized by Google

stimmung zwischen Pflichten und Rechten der Staatsbürger als wenigstens „erstrebt“ erklärte. Wer die Pflicht habe, viel Steuern zu zahlen, solle auch das Recht erhalten, viel zu entscheiden.

Arbeitern braucht man heute wohl das Empörende und Verlogene dieser Beweisführung kaum noch des Näheren auseinander zu setzen. Verfügt der Besitz über ein großes Einkommen, so heißt das weiter nichts, als daß er von dem Ertrage der Arbeit, von den Werthen, welchen die Arbeiter in Fleiß und Schweiß geschaffen haben, viel vorweggenommen hat. Man mag sagen, daß die leitende Rolle des Besitzes im Produktionsprozeß noch nicht oder überhaupt nicht zu entbehren ist und mag daher auch die Bezüge des Kapitals als nothwendig hinstellen — aber dem Arbeiter gleichsam noch die Strafe der politischen Rechtsverkümmerung dafür aufzuerlegen, daß er bei der Theilung seines Produkts den Kürzeren zog und den Schaden hatte, den Arbeiter um so schwerer zu bestrafen, je ungerechter ihm im Theilungsprozeß mitgespielt wird — das ist etwas, wofür auch der gewiegteste Klopffechter des Besitzes die Billigung der Massen gewiß niemals wird erringen können.

Aber selbst wenn die entrichteten Steuern irgendwie den Maßstab für die Rechte der einzelnen Bevölkerungsschichten bilden dürften, so wäre für die bisher schon stattgefundene und noch weiter fortschreitende politische Herabwürdigung der Massen noch immer nichts bewiesen, da durch die Vermehrung der indirekten Steuern, die jedem Bourgeoisstaate eigen ist die Steuerlast mehr und mehr auf die Schultern der Besitzlosen gewälzt wird, und dieser Abwälzung also — selbst nach der heuchlerischen Theorie unserer Gegner — eine Erweiterung der politischen Rechte der Volksmassen folgen müßte.

Seit der Einigung Deutschlands gehören Zölle und indirekte Steuern dem Reiche. Wenn wir in Folgendem die Gesammtsummen für das Reich zusammenstellen, so fällt doch der entsprechende Antheil des Zuwachses auch auf Preußen und auf die ärmeren Schichten dieses Landes. Im deutschen Zollgebiete betrugen alle Zölle und Verbrauchssteuern zusammen:

Digitized by Google

1872:	164,0	Millionen	Mark
1878/79:	235,5	"	"
1879/80:	274,9	"	"
1880/81:	286,5	"	"
1881/82:	353,8	"	"
1887/88:	390,1	"	"
1888/89:	471,8	"	"
1889/90:	528,1	"	"
1890/91:	537,4	"	"

Also eine Steigerung auf mehr als das 3fache, um 373 Millionen, binnen 18 Jahren, und diese Steigerung hauptsächlich getragen von der ärmeren Masse des Volkes! Etwa 190 Millionen mehr durch Zölle, 9 Millionen durch die Tabaksteuer, 10 Millionen mehr durch die Salzsteuer, über 100 Millionen durch die Branntweinsteuer!

Professor v. Kaufmann schätzte für 1888/89, daß die preußische Bevölkerung 156 Millionen an direkten und 342 Millionen — weit über das Doppelte — an indirekten Steuern bezahle*)!

Und da sollen noch ferner nur die direkten Steuern der Volksmasse den Maßstab ihres politischen Rechtes bilden — die direkten Steuern, die mehr und mehr den indirekten gegenüber zurücktreten — die direkten Steuern, die man derartig zu reformiren strebt, daß die Abtheilungsbildung noch mehr zu Ungunsten der kleinen Leute verschoben wird!

Nein, selbst wer heute noch der Meinung sein sollte, die Steuer dürfe von Einfluß sein auf die Größe der gewährten politischen Rechte, selbst der müßte das preußische Dreiklassensystem unbedingt verwerfen!

VIII.

Wir haben bisher die ungerechten Härten und die unheilvollen Wirkungen der Dreiklassenwahl geschildert und hätten nunmehr noch eine zweite Eigenthümlichkeit des preußischen Wahlrechtes kurz zu erwähnen, welche allein schon hinreichen würde, daß das Ergebniß der

*) Conrad's Jahrbücher, N. F. Band 18, S. 158.

Digitized by Google

Wahlen in Preußen nicht dem wahren Volkswillen entsprechen kann:

die offene Stimmenabgabe.

Preußen hat für die Wahlmännerwahlen öffentliche Stimmgebung zu Protokoll!

Man hat natürlich auch dieses System, das in allen Ländern vorkam und noch vorkommt, überall heuchlerisch zu vertheidigen gesucht; ein würtembergischer Abgeordneter rief 1819 bei der Verfassungsberathung aus: „Wenn das Volk nicht den Muth hat, öffentlich zu wählen, dann verdient es überhaupt keine Volksvertretung."

Derartige Aeußerungen können auf der Seite der Reichen und Unabhängigen durchaus nicht befremden, den Armen und Abhängigen aber, den von Entlassung und Maßregelung, von Arbeits- und Existenzlosigkeit Bedrohten müssen solche Worte wie Spott und Hohn ins Gesicht schlagen! Wie man dereinst in einer Gesellschaft wahrhaft freier und gleicher Menschen öffentliche Angelegenheiten erledigen wird, darüber mag man streiten. Aber daran kann kein Zweifel sein, daß die Forderung der offenen Stimmgebung, wenn sie heute vom Sammtpfühl der Reichen an die Abhängigen gestellt wird, zum mindesten eine Unredlichkeit enthält. Es ist kein Kunststück, sich ins Wasser zu wagen, wenn man es zum guten Schwimmer gebracht hat; aber darum Anderen, Hülfloseren den Kopfsprung in die Tiefen zuzumuthen, ist Grausamkeit oder Hohn.

Offene Wahlen führen in der That weiter nichts herbei, als daß wirklich charaktervolle, aber abhängige Wähler der Wahlhandlung fernbleiben, und daß die Charakterlosen zur Wahl gehen, nicht aus Trieb und Ueberzeugung, sondern um Behörden, Kunden und sonstige Leute, auf die man Rücksicht nehmen muß, nicht zu verletzen, ja sie wohl gar durch politische Geschmeidigkeit sich zu verbinden. Politische Schlangenmenschen spielen bei solchen Wahlen die erste Rolle, während Männer mit Rückgrat einem Konflikt zwischen Ueberzeugung und Zwang der Interessen dadurch ausweichen, daß sie nicht einmal von dem geringen, ihnen zustehenden Rechte Gebrauch machen.

Digitized by Google

Gerade bei der Kleinheit der Urwahlbezirke — 1866 kamen z. B. auf einen zu ernennenden Wahlmann durchschnittlich: in der 1. Abtheilung noch nicht 7 Urwähler, in der zweiten Abtheilung noch nicht 19, in der dritten 131 Wähler — gerade da ist eine Beaufsichtigung und Beeinflussung besonders leicht gemacht.

In ländlichen Gegenden wickelt sich darum auch fast immer das Wahlgeschäft in der für den maßgebenden Großgrundbesitzer denkbar wünschenswerthesten Weise ab. Der Tagelöhner, der kleine Besitzer, alle die Leute der dritten Abtheilung, sie kommen, sie finden ihren „Herrn" am Wahltisch als Leiter — und stimmen für ihn als Wahlmann. Die zweite Abtheilung, der Pfarrer, der Lehrer, sie wählen vielleicht den Inspektor des Herrn, und letzterer, der die erste Abtheilung allein ausfüllt, beglückt dann huldvollst einen ihm ergebenen Bauern mit der Ernennung zum Wahlmann. Das Ergebniß der vereinten Bezirkswahlen ist alsdann — der Herr Landrath.

Aehnlich machen sich persönliche Einflüsse, Abhängigkeitsverhältnisse auch in den Städten geltend, sodaß von einer unbeeinflußten, wirklichen Volkswahl niemals gesprochen werden kann.

Darum ist nicht nur die Dreiklassenwahl, sondern auch die offene Stimmenabgabe von jedem wirklichen Volksfreunde zu bekämpfen.

IX.

Wir haben kaum noch etwas zur Charakteristik des erbärmlichsten aller Wahlsysteme beizufügen.

Aber man bedenke noch, daß die Dreiklassenwahl in den Gemeinden diesem System noch einen Zensus beifügt, daß man also in den Gemeinden nicht, wie im Staate, alle Männer in drei für die Wahl gleichberechtigte Abtheilungen scheidet, sondern die Steuerfreien und niedrig Eingeschätzten ganz von der Wahl ausschließt und lediglich für die Uebrigbleibenden die Dreitheilung

Digitized by Google

vornimmt — und man wird erst einen ausreichenden Begriff von den Ungeheuerlichkeiten des Wahlrechtes in Preußen erhalten.

Denn welchen Massen schneidet man damit jedes kommunale Wahlrecht ab! In Berlin betrug im Jahre 1880 die Gesammtzahl der Klassen- und Einkommensteuerpflichtigen 367 769, die Zahl der vom Gemeindewahlrecht ausgeschlossenen Klassensteuerpflichtigen der 1. Stufe nahezu ein Drittel hiervon, nämlich 118 054. Nun mag man von diesen Zahlen etwa 15 Prozent in Abrechnung bringen wegen anderer, auch sonst eingetretener Einschränkungen der Wahlberechtigung (wegen zu niedrigen Alters, zu kurzen Aufenthaltes, wegen Almosenempfanges oder Bankerottes), so bleiben immer noch über 100 000 Menschen oder 32 Prozent von der Berliner Gemeindewahl ausgeschlossen, die selbst zum Landtage wählen dürften. Wie schauderhaft mögen sich die Zustände nun vollends in den Gemeinden entwickelt haben, welche die Dreiklassenwahl mit einem noch höheren Zensus verknüpft haben. Mit der Ausdehnung des Zensus auf die zweite Klassensteuerstufe wären in Berlin 196 701 Personen oder 63 Prozent der an sich wahlreifen Bevölkerung rechtlos gemacht worden, bei der Ausschließung auch der dritten Stufe wären 223 971 Personen oder 72 Prozent ohne Wahlrecht gewesen.*) Und die übrigen 28 Prozent wären wieder so getheilt worden, daß die wenigen Reichen, welche zwei Drittel der verbleibenden direkten Steuern zahlten, auch zwei Drittel der Stadtverordneten ernannt hätten!

So hat man noch Mittel und Wege gefunden, die Wirkungen des elendesten aller staatlichen Wahlsysteme in den Gemeinden zu steigern!

So erstrecken sich die Wirkungen dieses Systems weit über den Bereich des staatlichen Lebens hinaus! Aus volksfeindlichem Geiste geboren, hat es mit jeder Ausdehnung seiner Geltung an Volksfeindlichkeit zugenommen! Mit jedem Jahre häuft es neue Ungerechtigkeiten zu den alten! Mit jeder versuchten Reform auf

*) Vergl. Dullo, Eine einheitliche Städteordnung, Preußische Jahrbücher, Band 65, 1890.

Digitized by Google

dem Gebiete der Steuerpolitik gewinnt es nur neue Härten!

Selbst der leitende preußische und deutsche Staatsmann hat, vor mehr als zwei Jahrzehnten schon, das Urtheil über dieses System gesprochen, das preußische Volk hat immer nur einen Wunsch gehabt, wenn es am staatlichen und kommunalen Leben theilnehmen wollte:

Fort mit der Dreiklassenwahl!

Digitized by Google

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie. — 9. Heft.

Die

Unentgeltlichkeit

der Lehrmittel

für die Schulen des Volkes.

Von

Hans Müller-Zürich.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".

Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

1891.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
Der soziale und pädagogische Werth der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel	6
Die gesetzlichen Bestimmungen in der Schweiz	12
Die Praxis in der Schweiz	21
Die Verstaatlichung der Lehrmittel	29
Schluß	32

Digitized by Google

Einleitung.

Es ist der Zweck der vorliegenden kleinen Schrift, die deutschen Arbeiter mit einer Einrichtung bekannt zu machen, die, obgleich sie im Interesse des ganzen Volkes liegt, bei uns doch kaum gekannt ist, und die noch nirgends an deutschen Schulen eine praktische Anwendung gefunden hat.

Wir meinen die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel und Schreibmaterialien an die Volksschulkinder seitens der Gemeinde oder des Staates.

Wie auf so manchen Gebieten sozialer Gemeinnützigkeit ist auch auf diesem die kleine Schweiz allen übrigen Staaten bahnbrechend vorangegangen.

Der Grund dafür ist ohne Zweifel in den demokratischen Verfassungen ihrer Kantone zu suchen. In der Demokratie ist die Schule das, was das Heer in der Monarchie oder besser in allen modernen Staaten mit ausgeprägtem Klassencharakter ist: die wichtigste Staatsanstalt. Da dort alle gleichmäßig, ohne Unterschied von Reich und Arm, an der Regierung und Entwicklung des Staatswesens theilzunehmen berufen sind, so ist es auch natürlich, daß die Demokratie eine möglichst gleiche Bildung aller ihrer Angehörigen anstrebt. Die Sorge um die Erhaltung ihrer Existenz veranlaßt sie dazu, das heranwachsende Geschlecht mit dem demokratische Gesinnung erzeugenden Geist der Bildung und Aufklärung zu erfüllen, gerade so wie bei uns sich die Monarchie gezwungen sieht, der Jugend durch den Heeresdienst den unterthänigen Geist des Gehorsams und der Disziplin einzudrillen.

Allein durch die Thatsache, daß die Schweiz und ihre Kantone Demokratien sind, ist es erklärlich, daß das niedere und mittlere Schulwesen in diesem mit besonderem Ueber-

Digitized by Google

fluß nicht gesegneten Ländchen auf einer so hohen Stufe steht, daß die schönsten Häuser jedes Ortes Schulhäuser sind, daß hier endlich Einrichtungen getroffen werden, die in bildungs- und aufklärungsfeindlichen Monarchien nicht existiren.

Eine solche ist die unentgeltliche Abgabe der in der Elementarschule gebrauchten Lehrmittel und Schreibmaterialien.

Am Ende der 70er, besonders aber seit Anfang der 80er Jahre machte sich das Streben nach Verwirklichung dieses Prinzips als Konsequenz der Unentgeltlichkeit des Elementarschulunterrichts geltend und führte denn auch dazu, daß eine Reihe von schweizerischen Kantonen dasselbe annahm.

Bald darauf verschaffte sich diese Einrichtung auch in Frankreich und einigen Bundesstaaten der nordamerikanischen Union Eingang, doch ist sie in diesen Ländern noch nicht zu einer nennenswerthen, geschweige denn allgemeinen Anwendung gekommen. Trotzdem ein 1881 erlassenes Unterrichtsgesetz die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für alle französischen Primarschulen bestimmte, so ist diese Vorschrift unseres Wissens bis jetzt doch nur in der Stadt Paris zur Ausführung gekommen. Eingehende Nachrichten liegen uns aber weder aus Paris noch aus den nordamerikanischen Bundesstaaten vor, so daß wir in Bezug auf die mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gemachten praktischen Erfahrungen auf die Schweiz angewiesen sind.

Man könnte nun aus dem Fehlen dieser Institution in andern Ländern den Schluß ziehen, daß für dieselbe kein wirkliches Bedürfniß vorhanden sei, daß es sich hier um eine demokratische Spielerei handele, die großen Staaten schlecht anstehe.

Wir hoffen im Folgenden für jeden Einsichtigen den Nachweis zu erbringen, daß letzteres ganz und gar nicht der Fall ist, daß es sich vielmehr um eine außerordentlich segensreiche Institution handelt, der die großen Staaten nur deshalb feindlich gegenüberstehen, weil sie in unendlich viel höherem Grade als die schweizerischen Kantone Klassenstaaten sind und in Folge dessen die

Digitized by Google

Bildungsanstalt des von ihnen unterdrückten Proletariats stiefmütterlich behandeln.

Daß die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Arbeiterklasse von Nutzen ist, geht schon daraus hervor, daß die schweizerischen Grütlivereine[1]) energisch und mit Erfolg für diese Forderung eingetreten sind. Doppelt wünschenswerth aber wäre es, wenn sich das deutsche Proletariat, das ohnehin keine Ursache hat, sich über seine Volksschulen zu freuen, der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel mit Wärme annähme und überall, wo es Einfluß in der Gemeinde besitzt, auf Einführung derselben hinwirke. Wie auf wirthschaftlichem und politischem Gebiet, so muß es auch auf dem der Volkserziehung für neue, seinen Interessen entsprechende Institutionen eintreten und sich zum Vorkämpfer der Volksschulreform machen!

Der Preis, so klein er auch auf den ersten Augenblick im Hinblick auf die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sein mag, ist doch des Schweißes der Edlen werth und wird für das Proletariat seine Früchte tragen.

Zu nicht geringer Ehre würde es ihm gereichen, wenn es ihm gelänge, irgendwo diese Einrichtung einzuführen. Eine Bresche in die Bildungsfeindlichkeit des preußischen oder eines anderen Bundesstaates gelegt zu haben, wäre nicht der schlechteste Triumph!

Darum, frisch an's Werk!

Ist es erst gelungen, die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in einer Gemeinde durchzuführen, so werden andere folgen und die Sophismen gegen diese Einrichtung werden vor ihrem Erfolge auf den Boden fallen.

---

[1]) Die Grütlivereine sind Arbeiterorganisationen, die über die ganze Schweiz verbreitet und zu einem einflußreichen Faktor im öffentlichen Leben geworden sind.

Digitized by Google

I.

Der soziale und pädagogische Werth der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel.

Für die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in unsere Volksschulen sprechen sowohl Gründe sozialer als auch pädagogischer (erzieherischer) Natur.

Ein Blick auf das durchschnittliche Budget der deutschen Arbeiter zeigt uns, daß ohne besondere Entbehrungen und Einschränkungen in Bezug auf andere Lebensbedürfnisse aus demselben die Kosten für die in der Schule von den Kindern gebrauchten Lehrmittel nicht bestritten werden können. Man wende nicht ein, daß diese zu gering seien, um fühlbar zu werden. Das ist in der Regel nicht der Fall. Denn das Einkommen des Arbeiters reicht gewöhnlich nur für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse aus, jede andere unvorhergesehene Ausgabe bringt dasselbe aus dem Gleichgewicht. Andrerseits aber sind die Kosten der in den Volksschulklassen gebrauchten Lehrmittel keineswegs so unbedeutend und winzig, wie man meinen könnte. Da sollen oft für mehrere Kinder zugleich Tafeln und Griffel, Federn und Schreibhefte, Bleistifte und Gummi, Lese-, Rechen-, Geschichts- und Geographiebücher, Atlanten und dergleichen mehr angeschafft werden. Daß die Anschaffung aller dieser Lehrmittel, die oft noch mehrere Male gekauft werden müssen, „weil eine neue Auflage erschienen ist", mehrere Mark erfordert, bedarf keines besonderen Nachweises. Die Erfahrung hat denn auch gelehrt, daß die Arbeiter in vielen Fällen nicht in der Lage sind, das Geld für die Lehrmittel und Schreibmaterialien aufzubringen und die Kinder ohne dieselben zur Schule schicken müssen. Jeder Volksschullehrer wird das häufige Vorkommen dieser Erscheinung in zahllosen Fällen bestätigen können.

Digitized by Google

Daß dieser Zustand der Dinge viele höchst verderbliche Folgen, sowohl für die Eltern als auch für den Schüler und Lehrer nach sich zieht, ist leicht einzusehen. Da gilt es für die Eltern, irgend ein Mittel aufzufinden, um schließlich doch dies Geld für die Lehrmittel aufzutreiben. Es müssen Schulden gemacht werden, die Verbindlichkeiten, Aerger und andere Unannehmlichkeiten nach sich ziehen. Die Kinder aber können, ohne im Besitz der Lehrmittel zu sein, aus dem Unterricht nicht den Nutzen ziehen, den sie davon haben würden, wenn sie von Anfang an die Lehrmittel zur Hand hätten. Die Folge davon ist, daß sie zurückbleiben und auch später dem Unterrichte nicht mehr folgen können. „Sie bleiben liegen" und verlieren ein Jahr oder ein Halbjahr.

Für den Lehrer endlich, der ohnehin die riesengroße Aufgabe zu bewältigen hat, 70—90 Kinder gleichmäßig zu fördern, ist das Fehlen der Lehrmittel bei einer Anzahl der Kinder ein großes Hemmniß. Der gemeinsame Gebrauch der Lehrmittel ruft Störungen aller Art hervor und lockert die Disziplin unter den Schülern. Kurzum, das Fehlen der Lehrmittel bei den ganz armen Schülern ist eine Quelle von Unannehmlichkeiten, Sorgen und Aerger, die man so bald wie möglich zu verstopfen alle Ursache hat. Oft suchen sich die Eltern armer Kinder dadurch zu helfen, daß sie zum Antiquar gehen und schon gebrauchte Lehrmittel für einen billigen Preis zu kaufen suchen. Wie so oft, ist auch hier das Heilmittel schlimmer als das Uebel. Abgesehen davon, daß sie oft alte unbrauchbare Auflagen kaufen, die das Kind dann doch nicht benutzen kann, also einen direkten Verlust erleiden, so schadet der Gebrauch der befleckten und beschmutzten Lehrmittel oft mehr als er nützt, indem er den Schüler zu schlechten Angewohnheiten, Bemalen der Bücher, Unordnung und Unsauberkeit verleitet.

Alle diese Gefahren und Unannehmlichkeiten sind bei der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ausgeschlossen. Die Eltern sind einer drückenden Sorge überhoben. Das Kind hat die Lehrmittel vom ersten Schultage an zur Hand und kann dem Unterrichte folgen. Der Lehrer hat dann das Recht, vom Schüler zu verlangen, daß er ordentlich mit dem ihm von der Gemeinde oder dem Staat an-

Digitized by Google

vertrauten Gute umgehe. Der Unterricht wird durch den Mangel an Lehrmitteln nicht mehr gestört und der Lehrer kann an jeden Schüler die gleichen Anforderungen stellen.

Man hat nun die aus dem häufigen Fehlen der Lehrmittel bei armen Kindern sich ergebenden Uebelstände auf dem Wege des Almosens hinwegzuräumen versucht. Den Kindern armer Eltern werden auf ihr Ansuchen die Lehrmittel auf Gemeindekosten verabfolgt. Es bedarf keines ausführlichen Nachweises, daß dieser Ausweg nicht nur nicht den Interessen der Schule, sondern auch nicht denen der armen Kinder entspricht. „Gewiß ist — bemerkt Dr. Ulr. Ernst (Winterthur) in seinem Vortrag über diesen Gegenstand — gewiß ist Armuth keine Schande, aber um Hilfe bitten ist eine Demüthigung, die auch vom Kinde empfunden wird. Und darin liegt eine Ungerechtigkeit. Dazu kommt, daß es für Lehrer und Schulpflegen unmöglich ist, immer die wirklich Dürftigen von den blos angeblich Dürftigen zu unterscheiden. Da setzt sich gar mancher zu Tische, der es wenig oder gar nicht verdient. Noch mehr! Nicht selten kommt es vor, daß sich gerade die würdigen Armen einfach nicht melden. Sie wollen keine Unterstützung, sie strengen sich aufs höchste an und nehmen eher mit geringem Material vorlieb, um die, wenn auch noch so drückenden Ausgaben selber zu bestreiten; sie wollen kein Almosen da, wo sie das Gefühl haben, ein Recht beanspruchen zu dürfen, das ihnen verweigert wird. Wohl kann und wird zwar der Lehrer bei diesen Gratisverabreichungen jedes Aufsehen und jede Härte womöglich vermeiden; verhindern aber kann er nicht, daß diese Unterstützungen auch unter den Kindern bekannt und die armen den besser situirten unterstellt werden. Wenn aber irgendwo die Standesunterschiede verschwinden sollten, so ist es in der Schule, die ja ihr Schwergewicht darauf legt (oder vielmehr legen sollte! H. M.) die Kinder aller Volksklassen möglichst lange gemeinsam nach durchaus gleichen Grundsätzen zu erziehen."

Aber noch von einem anderen Gesichtspunkt aus erscheint die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel überaus nützlich und zweckmäßig: von dem der Billigkeit.

Digitized by Google

Hat die Schulgemeinde oder der Staat die Lehrmittel zu liefern, so können sie zu einem bedeutend billigeren Preise beschafft werden, weil sie in großen Quantitäten eingekauft werden und weil dabei der verteuernde Zwischenhandel wegfällt. Die Gemeinde kann mit Papier- und Schreibmaterialfabriken Verträge auf regelmäßige Lieferung bestimmter Mengen ihrer Fabrikate schließen und wird dadurch im Stande sein, die in der Schule gebrauchten Schreibhefte, Federn, Tinte, Tafeln ꝛc. ꝛc. zu einem erheblich niedrigeren Preise zu liefern, als wenn dieselben einzeln von den Eltern der Schüler gekauft werden. Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß durch den Zwischenhandel der Papier- und Schreibmaterialhandlungen die Waaren um 300 pCt. vertheuert werden. Das Gleiche könnte mit den Lehrmitteln geschehen. Würde sich eine Gemeinde zum regelmäßigen Bezug einer bestimmten Zahl von Fibeln, Lesebüchern, Leitfaden ꝛc. verpflichten, so würde sie ihnen jeder Verlagsbuchhändler zu bedeutend ermäßigten Preisen überlassen.

Ein weiterer Schritt ist die Verstaatlichung der Lehrmittel, wie wir sie bereits seit einer Reihe von Jahren im Kanton Zürich haben. Durch dieselbe wird der Preis der Lehrbücher um ein bedeutendes herabgesetzt und es dadurch der Gemeinde möglich gemacht, die Mittel für die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel aufzubringen.

Zugleich wird dadurch dem Unwesen gesteuert, daß in jeder Schule andere Lehrmittel gebraucht werden. Den Arbeiter zwingen die Verhältnisse oft genug, von einer Stadt zur anderen ziehen, da kann er es denn erleben, daß er in jeder neuen Stadt neue Lehrbücher anschaffen muß, weil die früher von seinen Kindern gebrauchten dort nicht eingeführt sind. Zugleich aber würde dadurch dem Raubzug vieler Verleger auf die Taschen der Eltern ein Ende gemacht, die durch fortwährende und unmotivirte Veränderungen in dem Text der neuen Auflagen die mehrmalige Anschaffung desselben Buches zu erzwingen suchen.

Aber auch im Interesse des Unterrichts und der Erziehung selbst liegt es, daß Einheitlichkeit in das

Digitized by Google

Lehrmittelwesen kommt und daß der hier herrschenden Anarchie ein Ende bereitet wird.

Dem Schüler würde dadurch das häufige Umlernen erspart und die Lehrer nicht mehr der Unannehmlichkeit ausgesetzt sein, bald nach diesem, bald nach jenem Lehrbuch zu unterrichten, das irgend ein Schulgewaltiger einzuführen die Laune hatte. Aller dieser Vortheile halber sollte mit ganzer Energie auf die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel hingewirkt werden. Denn ist ihre Einführung durchgesetzt, so ist die Verstaatlichung der Lehrmittel nur eine Frage der Zeit.

Kehren wir nach dieser kleinen Abschweifung auf das Gebiet der Verstaatlichung der Lehrmittel, auf das wir später noch zurückkommen, zu unserem Gegenstande zurück und untersuchen wir jetzt, welchen pädagogischen Werth die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel hat.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß durch Einführung dieser Institution der mangelhaften Beschaffenheit oder gar dem völligen Mangel an Unterrichtsmitteln und damit Störungen im Unterricht vorgebeugt würde.

Das ist aber nur eine und zwar die minder wichtige Folge der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Im höchsten Grade bedeutsam scheint uns die damit verbundene Erziehung der Jugend zum sorgfältigen Gebrauch des gesellschaftlichen Eigenthums. Es ist nicht zu läugnen, daß in unserer auf Privateigenthum beruhenden Gesellschaft dem Menschen die Eigenschaft anerzogen ist, nur mit seinem Eigenthum haushälterisch und vernünftig umzugehen, fremdes Eigenthum dagegen weniger sorgfältig zu gebrauchen. Der Grund dieser Erscheinung ist klar: er beruht in dem kurzsichtigen Egoismus, welcher aus der auf das Privateigenthum gegründeten Gesellschaftsordnung hervorgeht.

Diese Eigenschaft des heutigen Menschen nun ist oft von den Gegnern des Sozialismus als ein Argument gegen diesen ausgespielt worden. Der Einwand wäre nicht ohne jede Begründung, wenn diese Eigenschaft wirklich in der „Natur des Menschen" begründet und ihm nicht durch äußere Umstände und Verhälnisse anerzogen wäre. Denn wenn wirklich der Mensch mit dem gesellschaftlichen Eigenthum immer schlecht umgehen würde,

Digitized by Google

so könnte dabei ein auf gesellschaftliches Eigenthum gegründeter Staat schwerlich bestehen. Es ist daher auch die Aufgabe der sozialistischen Parteien, die aufwachsenden Generationen im richtigen und sorgfältigen Gebrauch von gesellschaftlichem Eigenthum und damit für die sozialistische Gesellschaft zu erziehen. Dazu giebt es aber kein besseres Mittel, als wenn die Jugend schon in der Schule angewiesen wird, mit „vergesellschafteten Arbeitsinstrumenten" zu arbeiten. Als solche stellen sich in ganz natürlicher Weise die Lehrmittel dar, wenn sie den Schülern durch die Gemeinde oder den Staat verabreicht werden. Sie können das Mittel werden, dem Schüler den Respekt vor dem staatlichen Eigenthum anzuerziehen, in ihm eine Art sozialistischer Moral zu entwickeln. Wenn es heute gilt, den Schülern vor Allem das Gebot „du sollst nicht stehlen" einzuprägen, so wird ihnen in den Schulen, in denen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel eingeführt ist, vom Lehrer immer und immer wieder eingeprägt, daß sie von dem Eigenthum der Gesellschaft nur einen richtigen, den Zwecken entsprechenden Gebrauch machen dürfen. Haben die Kinder es erst gelernt, mit den ihnen anvertrauten Lehrmitteln sorgfältig umzugehen, so werden sie später auch die ihnen vom Staat zur Verfügung gestellten Gegenstände mit Vorsicht gebrauchen.

Je mehr der Lehrer Werth auf den sorgfältigen Gebrauch der Lehrmittel legt, desto wirksamer wird die Erziehung in der ausgeführten Richtung sein. Es wird sich dann ein wahrer Wetteifer unter den Schülern entwickeln, die besterhaltensten Lehrmittel wieder abliefern zu können und Denjenigen wird Tadel und Mißachtung seiner Mitschüler treffen, der seine Bücher beschmiert hat und schlecht mit ihnen umgegangen ist.

Daß gerade der heutige Zustand, wo die Lehrmittel Privateigenthum der Schüler sind, nicht besonders erzieherisch auf sie wirkt, hat jeder gewiß Gelegenheit gehabt, selbst zu beobachten. Der Verfasser erinnert sich aus seiner Schulzeit, daß sogar noch in den oberen Klassen einer höheren Schule die Schüler sich ihre Schulbücher an die Köpfe warfen und in der unsinnigsten Weise damit verfuhren.

Digitized by Google

Eine Mahnung seitens des Lehrers aber, mit den Lehrmitteln sorgfältig umzugehen, wird in der Regel als ein unberechtigter Eingriff in die individuelle Freiheit empfunden. Die Bücher gehören doch mir, ich kann damit machen, was ich will, denkt der Schüler und schlägt die Mahnung in den Wind.

Schließlich aber ist die Forderung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Volksschule ein Postulat der sozialen Gerechtigkeit. In der Broschüre „Preußische Volksschulzustände“[1]) ist der Nachweis geliefert, wie sehr die Schulen des Proletariats gegenüber denen der Bourgeoisie benachtheiligt werden. Danach verwendet der Staat für die Erziehung jedes Volksschülers 18 Mk., für die jedes Gymnasiasten 80 Mk. pro Jahr: für den letzteren also 4 mal mehr als für das Proletarierkind. Wäre es angesichts dieser großen Bevorzugung der Bourgeoisie nicht einfach ein Gebot der Gerechtigkeit, dem armen Manne die Schullasten zu erlassen? Und das geschieht durch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Volksschule.

Aus all' diesen Gründen glauben wir denn auch, daß sich auch die deutschen Staaten auf die Dauer der Erfüllung dieser gerechten Forderung nicht entziehen können, wenn das deutsche Proletariat sie mit seiner ganzen Energie erhebt.

II.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz.

Die Uebersicht, die wir im Nachfolgenden über die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz geben, erhebt keinen Anspruch auf unbedingte Vollständigkeit. Hie und da mag es in den nicht be-

[1]) Heft 7 der II. Serie der „Berliner Arbeiterbibliothek“.

Digitized by Google

handelten Kantonen noch einzelne Gemeinden geben, die jenes Institut eingeführt haben. Im Großen und Ganzen aber wird in der Darstellung kein Kanton fehlen, in dem die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel zu einer nennenswerthen Verbreitung gekommen ist.

Nach unserer Ermittelung war der Kanton Glarus der erste, der von Staatswegen durch Gesetz die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien in der Volksschule einführte. Das glarnerische Schulgesetz, dessen letzte Veränderung durch Beschluß der Landesgemeinde vom 3. Mai 1885 vollzogen wurde, enthält nachstehende Bestimmung:

> § 16. Der Unterricht in der Elementar- und Repetirschule ist unentgeltlich. Gleicherweise sind den Kindern die Schreibmaterialien und Lehrmittel gratis zu verabfolgen.

Die durch die letzte Bestimmung hervorgerufenen Ausgaben weist das glarnerische Schulgesetz nicht der Staatskasse, sondern der Gemeinde zu, doch ist der Staat verpflichtet, $^3/_4$ der etwaigen jährlichen Defizite in der Kasse der Schulgemeinden zu decken, trägt also doch, wenn auch indirekt, zu den Kosten, welche die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel verursacht, bei. Da die große Mehrheit der glarnerischen Schulgemeinden ein solches Defizit aufzuweisen hat, so sind die staatlichen Zuschüsse ziemlich beträchtlich. 1885 betrugen sie an die Gemeinden 33 224 Frs.

Schon im nächsten Jahre folgte der Kanton Genf mit der staatlichen Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien. Das unter der Leitung des kürzlich gestürzten radikalen Staatsraths Gavard ausgearbeitete und am 5. Juli 1886 angenommene Unterrichtsgesetz enthält folgende Bestimmung:

> Art. 70. Die Kosten für die dem Unterricht dienenden Bücher, Schreibmaterialien nebst Zubehör fallen dem Staat zur Last.

Ob der Artikel 70 nur für die Primarschule oder auch die mittleren und oberen Unterrichtsanstalten gilt, ist nicht ersichtlich, doch ist letzteres unwahrscheinlich.

Digitized by Google

Auf Genf folgte der Kanton Solothurn. Die neue Verfassung desselben vom 23. Oktober 1887 bestimmte im Art. 48:

> Die Gemeinden liefern die Lehrmittel und Schreibmaterialien unentgeltlich.

Im Gegensatz zu Genf, wo dem Staat die Kosten auferlegt werden, fallen sie hier also den Gemeinden zu. Die obige Verfassungsbestimmung gelangte dann durch ein am 1. Mai 1888 erlassenes Gesetz zur Durchführung. Aus dem Aargauischen Schulblatt erfahren wir darüber das Nähere. Nach dem Beschluß der Oltener Schulbehörde erhalten die Kinder, wenn sie in eine höhere Klasse aufsteigen, Lese- und Gesangbücher und eine Karte von der Schweiz in neuen Exemplaren als Eigenthum, dagegen wird jeweilen nur eine Schiefertafel im Jahre unentgeltlich abgegeben. Im 1. und 2. Schuljahre war der Verbrauch der an die Kinder abgegebenen Lehrmittel 1,40 Frs. (ca. 1,10 Mk.) pro Kind für das ganze Schuljahr. Im 3. und 4. Schuljahr dagegen 3,99 Frs. (ca. 3,10 Mk.) und im 5., 6. und 7. Schuljahr 5,73 Frs. (ca. 4,50 Mk.). Im Durchschnitt verbrauchte also ein Kind 3,72 Frs. (ca. 3 Mk.) während des Jahres, gewiß eine sehr kleine Summe! Wie groß die erzielten Ersparnisse sind, ergiebt sich aus der Vergleichung mit dem früheren Verbrauch. In der 5. und 6. Klasse gebrauchte ein Kind früher 9,35 Frs., gegenwärtig nur noch 5,73 Frs. und doch sind die Lehrmittel nicht schlechter, sondern besser geworden und die Schulbehörde legt großes Gewicht darauf, nur gute zuzulassen.

Die Unentgeltlichkeit der Materialien der Arbeitsschule ist zwar noch nicht durch gesetzliche Bestimmungen durchgeführt, kommt aber gleichzeitig in Olten zur Anwendung, namentlich der Ankauf von Stricknadeln und Garn für die ersten Uebungen im Stricken ꝛc.

Zu gleicher Zeit wie in Solothurn wurde die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel 1888 im Kanton Baselstadt durch Beschluß des Großen Rathes eingeführt. Hier hatte schon seit dem Jahre 1881 die unentgeltliche Abgabe von Schreib- und Zeichenmaterialien bestanden, aber nur für die obligatorische untere Schulstufe. Durch die neue Verfassung, die unter dem Vorsitz des Professors Kinkelin

Digitized by Google

ausgearbeitet wurde, ist nun diese Bestimmung erweitert worden. Im 4. Absatz des § 12 der neuen Verfassung heißt es:

„Die Lehrmittel werden in den öffentlichen unteren und mittleren Schulen den Schülern unentgeltlich verabfolgt. Das Gesetz kann die Unentgeltlichkeit auch auf andere Unterrichts-Anstalten erstrecken."

Es ist also nicht bei der Unentgeltlichkeit der Schreibmaterialien geblieben, sondern man hat die der obligatorischen Lehrbücher ꝛc. hinzugefügt und das nicht nur für die Primar- sondern auch für die Sekundarschulen.

Der Rathschlag, in dem die Regierung dem Großen Rath die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel empfiehlt, sagt[1]): daß es sich hierbei nicht um eine Neuerung von prinzipieller Bedeutung, sondern um den Weiterausbau eines Prinzips handele, das schon vor mehr als einem Jahrzehnt in den Schulorganismus eingeführt ist:

1875 Unentgeltlichkeit des Primarunterrichts gemäß der Bundesverfassung von 1874;

1879 Ausdehnung der Unentgeltlichkeit auf die Sekundar- (Mittel) Schulen;

1881 Unentgeltlichkeit des Unterrichts in allen öffentlichen Schulen mit Ausnahme der Universität und unentgeltliche Abgabe der Schreib- und Zeichenmaterialien an die Schüler der unteren und mittleren Schulen, sowie der oberen Töchterschule.

„Die gleichen Gründe, welche seiner Zeit für diese Maßregeln vorhanden waren, sprechen im Großen und Ganzen auch für die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel. Dieselbe bedeutet nur einen weiteren Schritt auf dem bereits eingeschlagenen Wege. . . . Auch für den Staat liegt ein Vortheil darin, wenn durch Reduktion der Schullasten der Schulbesuch erleichtert und die Schulbildung zugänglich gemacht wird. . . Die Abgabe der Lehrmittel soll eine einmalige sein, so daß die Schüler für verloren gegangene Lehrmittel selbst aufzukommen haben. Die Lehrmittel sollen den Schülern geschenkt, nicht blos leih-

[1]) Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1888. Bearbeitet und mit Bundesunterstützung herausgegeben von C. Grob, Zürich 1890.

Digitized by Google

weise überlassen werden, weil Werth darauf gelegt wird, daß die Schulbücher in der Familie verbleiben."

Es zeigt sich also, daß der Kanton Baselstadt in Bezug auf die Ausdehnung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel am weitesten vorgeschritten ist. Seit Frühling 1889 erstreckt sie sich auf folgende Schulen[1])

1) das untere Gymnasium
2) die untere Realschule
3) die untere Töchterschule
4) die Knabensekundarschule
5) die Mädchensekundarschule
6) die Knabenprimarschule
7) die Mädchenprimarschule
8) die Primar- und Sekundarschule in Riehen und in einigen anderen zu Baselstadt gehörenden Ortschaften.

Laut Budget vertheilen sich die Kosten für die Unentgeltlichkeit folgendermaßen:

Schulen	Franks	Schülerzahl
Unteres Gymnasium	4000	364
Untere Realschule	5490	617
Untere Töchterschule	3300	543
Knabensekundarschule	5220	1339
Mädchensekundarschule	7800	1859
Knabenprimarschule	2700	2777
Mädchenprimarschule	3000	2817
Sekundar- und Primarschule Riehen	660	337
Landgemeindeschulen	850	280
	33 020	10 933

Im Durchschnitt ergiebt sich also für jeden Schüler pro Jahr die Bagatelle von ca. 3 Frs.

Zu den genannten vier Kantonen Glarus, Genf, Solothurn, Baselstadt, welche von Staatswegen bereits die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel eingeführt haben, sind im Jahre 1890 noch folgende drei hinzugekommen: Neuenburg, St. Gallen und Waadt.

Im Kanton Neuenburg wurde am 21. Mai 1890 ein Gesetz über die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel an

[1]) Vergl. Berner Schulblatt 1889 Nr. 41.

Digitized by Google

den Primarschulen eingeführt, deren beide erste Artikel wir in der Uebersetzung hier folgen lassen:

Artikel I.

Der Staat liefert den Gemeinden das Schulmaterial mit der Verpflichtung, es unentgeltlich den Schulen der elementaren öffentlichen Unterrichtsanstalten zu verabfolgen. Die Gemeinden sind gehalten, dem Staat $^1/_5$ der gesammten durch diesen Gegenstand verursachten Ausgaben zu ersetzen.

Artikel II.

Dies Material zerfällt in individuelles und Klassenmaterial.

Das Klassenmaterial, das nicht aus dem Schulzimmer entfernt werden darf, umfaßt:

a) die zum Froebelunterricht nothwendigen Gegenstände;
b) die Lesebücher;
c) Tintenfässer, Tinte, Federn, Federhalter, Bleistifte, Radiergummi, Schiefertafel, Griffel, Lineale;
d) Scheeren, Nadel, Fingerhüte, Metermaße, sowie alle zum theoretischen Unterricht der jungen Mädchen in Handarbeit nöthigen Zuthaten, wie Leinen, Wolle, Baumwolle, Zwirne u. s. w.;

Das individuelle Material umfaßt:

a) die vorgeschriebenen Lehrbücher und Atlanten;
b) Schreibhefte und Papier;
c) alle anderen Lehrmittel, welche vom Großen Rath noch eingeführt werden.

Mit der Annahme einer neuen Verfassung hat sich der Kanton St. Gallen in diesem Sommer, wenn auch vorerst nur prinzipiell, für die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel entschieden. Die demokratische Partei hatte auch diese Forderung in ihr Programm aufgenommen und sie mit den übrigen durchgesetzt. Der diesbezügliche Verfassungsparagraph lautet folgendermaßen:

§ 6. Der Staat leistet Beiträge an das Primarschulwesen
Er liefert unentgeltlich die obligatorischen gedruckten Lehrmittel.

In Kürze wird nun das Ausführungsgesetz dieser Verfassungsbestimmung erscheinen, durch das die Unentgeltlichkeit thatsächlich durchgeführt wird. Heute liefern bereits eine große Zahl St. Galler Gemeinden den Primarschülern die Lehrmittel und Schreibmaterialien unentgeltlich. Da die Lieferung der letzteren nicht durch die Verfassung vorgeschrieben ist, so wird dieselbe den Gemeinden überlassen bleiben.

Der Kanton Waadt hat endlich erst vor wenigen Wochen den letzten Schritt zur Einführung der Unent-

Digitized by Google

geltlichkeit der Lehrmittel gethan. Bereits das auf den 1. November 1889 in Kraft getretene Gesetz über die Primarschulen bestimmte im Artikel II die Unentgeltlichkeit der Schreibmaterialien. Am 17. November dieses Jahres hat der Große Rath nun auch den „Entwurf des Gesetzes, betreffend die unentgeltliche Verabfolgung der Lehrmittel" an die Schüler sämmtlicher Primarschulen ohne Diskussion genehmigt.

Damit haben wir die Reihe der Kantone, welche durch ihre Verfassung die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel eingeführt haben, erschöpft. Andere Kantone aber stehen nahe vor ihrer Einführung; so der Kanton Aargau, in dessen Hauptstadt Aarau bereits im Dezember 1887 ein lebhafter Kampf um diese Frage entbrannt ist. Ein diesbezüglicher Antrag wurde zwar mit ziemlicher Majorität verworfen, dafür aber der Credit für Gratisabgabe der Lehrmittel an unbemittelte Schulkinder verdoppelt.[1])

Im Kanton Zürich ist die Unentgeltlichkeitsfrage bereits Gegenstand einer Volksabstimmung gewesen. Im Herbste 1888 hatte der züricher Kantonsrath ein Unterrichtsgesetz angenommen, das in den §§ 39 und 66 die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, einschließlich der Schreib- und Zeichenmaterialien, auf der Primar- resp. auch Sekundarschulstufe vorschrieb, wobei der Staat sowohl für die Lehrmittel der Schüler als auch bei Anschaffung genehmigter allgemeiner Lehrmittel für die Schule die Hälfte der Kosten tragen sollte.

Mit geringer Mehrheit hat das züricher Volk am 9. Dezember 1888 diesen Gesetzentwurf betreffend die Volksschule (31 052 gegen, 30 464 für) verworfen, mit größerer Majorität aber (32 935 gegen, 27 236 für) sich gegen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel an der Sekundarschule ausgesprochen.

Dadurch ist indessen die Bewegung für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel im Kanton Zürich keineswegs gehemmt und aufgehalten worden. Im Gegentheil ist hier seit der Verwerfung des Unterrichtsgesetzes ein erfreulicher Wetteifer unter den Gemeinden entstanden, die

[1]) Vergl. Schweizerisches Schularchiv 1888.

Digitized by Google

im Entwurf enthaltene Unentgeltlichkeit auf freiwilligem Wege weiter zu fördern.

Man hatte hier damit begonnen, den ärmeren Schulkindern auf Kosten der staatlichen Schulkasse die entsprechenden Lehrmittel zu verabreichen. Die dafür gemachten Staatsausgaben haben in den Jahren 1882—1886 nachfolgende Summen betragen: [1])

	Zahl der unterstützten Schulgemeinden	Franks
1882	162	6020
1883	173	7430
1884	181	8685
1885	174	9145
1886	242	11520

Nebenher ging die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Gemeinde aus eigener Initiative. Nach dem soeben herausgegebenen Jahresbericht der Direktion des züricher Erziehungswesens[2]) hatten von den im Kanton Zürich bestehenden Schulgemeinden schon 280 das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der einen oder anderen Form zur Anwendung gebracht. Davon gaben 113 Lehrmittel und Schreibmaterialien an alle Primarschüler ab, 4 Gemeinden nur die obligatorischen Lehrmittel, 63 Schreibmaterialien, und 100 Gemeinden vertheilen die Lehrmittel nur an Bedürftige.

Wie man sieht, kann es nur noch eine Frage der Zeit sein, daß im Kanton Zürich die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gesetzlich eingeführt wird.

Nicht so weit vorgeschritten ist der Kanton Bern. Zwar wird die Frage auch dort besprochen und nach einem Bericht der Schweizerischen Lehrerzeitung führte die vor den Stadtrath gebrachte Forderung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel bereits zu dem Beschluß: der Gemeinderath sei zu beauftragen, durch Anordnung zweckmäßiger Vorkehrungen für einheitliche Beschaffung der Schulmaterialien eine sichere Grundlage für die Beurtheilung der finanziellen Tragweite der allgemeinen und unentgeltlichen Verabfolgung der Lehrmittel zu schaffen. Schon

[1]) Amtliches Schulblatt des Kantons Zürich 1887 Nr. 1.
[2]) Jahresbericht der Direktion des Erziehungswesens über den Zustand des züricher Unterrichtswesens im Schuljahre 1889/90.

Digitized by Google

dieser Schritt hat zu pädagogischen und ökonomischen Vortheilen für die Schule geführt und sicher ist der augenblickliche Zustand, wo ein einheitliches Lehrmaterial gegen die Herstellungskosten an die Schüler abgegeben wird, nur die Vorstufe für seine unentgeltliche Verabfolgung.

Im Kanton Baselland haben, nachdem ein auch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel enthaltender Verfassungsentwurf abgelehnt wurde, eine Reihe von Gemeinden dieselbe eingeführt und zwar überall mit gutem Erfolg. So in Bubendorf,[1]) wo die Kosten der Lehrmittel für 306 Schüler nur 455 Frs. 25 Cts. betrugen. Darnach kommen also auf den Schüler nur 1 Frs. 49 Cts.

Der Kanton Tessin ist gleichfalls in die Bewegung mit hineingezogen. In der Sitzung des Großen Rathes im Sommer 1889 wurde von einem Mitgliede der Vorschlag gemacht, die Gemeinden zur unentgeltlichen Verabreichung der Schulmaterialien an alle Schüler ohne Ausnahme zu verpflichten. Die Mehrheit des Großen Raths war jedoch der Ansicht, daß der Vorschlag wenigstens zur Zeit nicht annehmbar sei und es wurde beschlossen, auf den Antrag nicht einzugehen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß nach einem bereits bestehenden Gesetz die Gemeinden verpflichtet sind, die Schulbedürfnisse armen Kindern unentgeltlich zu verabfolgen.

Im Kanton Luzern stemmte sich die rückschrittlich-ultramontane Regierung bis jetzt erfolgreich gegen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Dessen ungeachtet haben einige Gemeinden den Versuch ihrer Einführung gemacht, sind dabei aber auf Widerstand gestoßen. So die Gemeinde Buchenrain. Dieselbe hatte im Jahre 1888 beschlossen, die Lehrmittel in der Primarschule unentgeltlich zu verabfolgen. Dagegen betrat ein Luzerner Rechtsanwalt im Namen mehrerer mit dem Beschluß unzufriedener Buchenrainer Bürger den Rekursweg und verlangte vom Regierungsrath Aufhebung jenes Beschlusses. Letzterer erkannte den Gemeindebeschluß wegen mangelnder Kompetenz für ungültig und für die Rekla-

[1]) Aargauisches Schulblatt 1889 Nr. 18.

Digitized by Google

manten für unverbindlich. Nach diesem Urtheil kann nun die Frage der unentgeltlichen Verabreichung der Lehrmittel in Luzern nur auf kantonalem Boden gelöst werden, was wohl noch längere Zeit dauern wird.

Damit haben wir den Rundgang durch die Kantone, welche sich auf dem Gebiete der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel versucht haben, so ziemlich beendet. Bekanntlich giebt es noch eine ganze Reihe von Gemeinden in anderen hier nicht genannten Kantonen, welche die Unentgeltlichkeit der Schreibmaterialien, vielleicht auch die der Lehrmittel bereits besitzen. Doch ist dieselbe hier von den kantonalen Regierungen nicht festgestellt und entzieht sich so der Kenntniß. Immerhin aber genügt das Bekanntgewordene, um zu zeigen, daß die Bewegung im besten Flusse ist. Wir haben gesehen, daß bereits 7 Kantone die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel von Staatswegen eingeführt haben und daß eine noch größere Zahl dasselbe binnen kurzer Zeit voraussichtlich thun wird.

Wie man daraus erkennt, ist die Frage der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel heute schon in den meisten Kantonen zu einer brennenden geworden und man braucht kein großer Prophet zu sein, um schon jetzt sagen zu können, daß die Unentgeltlichkeit in nicht zu ferner Zeit überall da eingeführt sein wird, wo man es mit der Schule ernst meint. Mit Recht bemerkt Grob: Diese Frage dürfte überhaupt nicht zur Ruhe kommen, bis sie eine dem Geiste der Bundesverfassung und den Forderungen der Gegenwart entsprechende allgemeine schweizerische Lösung gefunden hat.

III.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Praxis.

Für die Beurtheilung des praktischen Werthes der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sind in hohem Grade die Erfahrungen werthvoll, welche die Gemeinde- und kantonalen Behörden mit dieser Institution gemacht haben.

Digitized by Google

Wir lassen daher im Folgenden einige amtliche und nicht-amtliche Aeußerungen über diesen Gegenstand folgen.

Der Züricher Erziehungsdirektor berichtet:[1]) „In denjenigen Gemeinden, wo die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien eingeführt ist, macht man die Erfahrung, daß den Lehrmitteln bessere Sorge getragen wird als früher. Es ist dies auch leicht erklärlich: Da Lehrern und Schülern die Pflicht obliegt, mit dem anvertrauten Gute haushälterisch umzugehen, genügt in der Regel auch unordentlichen Schülern gegenüber ein kurzer Hinweis auf das fremde Eigenthum, um ihnen die wunschbare Sorgfalt einzuprägen."

Das Berner Schulblatt[2]) schreibt in Hinblick auf die in Genf, Basel und Winterthur gemachten Erfahrungen: „Alle Bedenken und Einwände gegen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel — Vergeudung der Schulmaterialien, Begehrlichkeit, Unerschwinglichkeit der Schulausgaben ꝛc. — haben sich in Nichts aufgelöst. Was insbesondere die Schulmaterialvergeudung anlangt, so ist konstatirt, daß ihr just durch die Unentgeltlichkeit der Riegel vorgeschoben ist, daß just durch diese Einrichtung die Vermeidung der Ausgaben für Unnöthiges, sorgfältiges Umgehen mit dem Gelieferten, Ordnung und Sparsamkeit überhaupt in hohem Grade gefördert werden."

„Die Bedenken und Besorgnisse — schreibt das Basler Tageblatt — welche man allenthalben an dieses neue wohlthätige Institut knüpfte, sind, so viel wir zu wissen vermeinen, nicht eingetroffen. Die Lehrmittel werden in einem propren Zustand erhalten und keineswegs zur Zielscheibe der Vergeudung und Geringschätzung, wie prophezeit, gemacht. Die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel hat sich als ein Bedürfniß erwiesen und schon jetzt wohlthätige Folgen gezeitigt." In demselben Sinne sprachen sich die Herren Erziehungssekretär Grob und Sekundarlehrer Ilschner gegenüber dem Verfasser aus.

Wir könnten solche günstige Urtheile über die mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gemachten Erfahrungen

[1]) Jahresbericht der Direktion des Erziehungswesens für das Schuljahr 1889/90. Zürich S. 104.

[2]) Berner Schulblatt 1889 Nr. 41.

Digitized by Google

noch um eine bedeutende Zahl vermehren. Die vorstehenden mögen indessen genügen. Bemerkt sei nur noch, daß der Verfasser noch nirgends, weder in den pädagogischen Zeitschriften noch sonst wo, auf ein abfälliges Urtheil gestoßen ist.

Man kann also mit vollem Recht behaupten, daß sich diese Einrichtung bisher überall, wo sie eingeführt, auf das Glänzendste bewährt hat!

Natürlich hängt der Erfolg auch zum Theil von der Art und Weise ab, wie und unter welchen Formen die Vertheilung stattfindet. Bei der großen praktischen Bedeutung einer richtigen Organisation dieser Einrichtung sowie in Rücksicht auf den Zweck dieses Heftchens, glauben wir einige in Kraft befindliche und als brauchbar befundene Reglemente hier einschalten zu sollen. Ein solches findet sich in dem Geschäftsbericht der Stadtschulpflege von Zürich über das Schulwesen der Stadt Zürich im Schuljahre 1888/89 und ist von der Gemeindeversammlung daselbst am 27. Januar 1889 beschlossen worden. Es hat folgenden Wortlaut:

Reglement betreffend die unentgeltliche Abgabe der individuellen Lehrmittel und des übrigen Schulmaterials in der Primarschule der Stadt Zürich.

1. Austheilung.

§ 1. Bei Beginn des Schuljahres erhält jeder definitiv aufgenommene Schüler der Alltagsschule die in der Klasse eingeführten Lehrmittel in neuen Exemplaren.

Lehrmittel, welche im Laufe des Kurses beschädigt werden oder verloren gehen, sind auf Kosten des betreffenden Schülers neu anzuschaffen.

Wegziehende haben die empfangenen Lehrmittel zurückzugeben. Diese werden mit dem Entlassungszeugniß an den Schulverwalter abgeliefert und soweit nöthig ausgebessert.

Schüler, die auf Probe aufgenommen sind, erhalten bis zur definitiven Aufnahme, während des Kurses eintretende Schüler bis zum Schlusse des Schuljahres solche schon gebrauchte Lehrmittel, die der Klassenlehrer gegen Quittung vom Schulverwalter zu beziehen hat.

§ 2. In der Ergänzungsschule werden die Lehrmittel gestempelt, in den Klassenzimmern aufbewahrt und während der Unterrichtszeit den Schülern zur Benutzung überlassen. Unter spezieller Kontrole des Lehrers können sie auch, soweit es nothwendig erscheint, nach Hause mitgegeben werden.

§ 3. Die Schreib- und Zeichnungsmaterialien, sowie der Stoff für die weiblichen Arbeiten in der Mädchenprimarschule

Digitized by Google

werden nach Bedarf ausgetheilt und sind auch den Wegziehenden zu belassen.

Zirkel, Equerren u. s. w. werden für die Klassen je nach Bedarf angeschafft und den Schülern während des Unterrichts zum Gebrauche überlassen.

2. Verwaltung.

§ 4. Die individuellen Lehrmittel, sowie die Schreib- und Zeichnungsmaterialien werden durch die Schulverwaltung angeschafft.

Das Material für die weiblichen Arbeiten besorgt die Quästorin der weiblichen Vorsteherschaft im Einverständniß mit der Schulverwaltung.

Alle Anschaffungen von Papier, Heften, Stoff für die weiblichen Arbeiten u. s. w. sollen, sei es nach Ausschreibung, sei es durch direkte Bestellung in den Fabriken, auf Muster hin gemacht werden. Nicht entsprechendes Material ist sofort zurückzuweisen.

Inländischem Fabrikat (Papier, Nähfaden u. dgl.) ist bei gleicher Güte der Vorzug zu geben.

Die Aufsicht über den gesammten bezüglichen Verkehr steht der Rechenkommission zu (G.-O. der Schulpflege § 19, B).

§ 5. Je nach der Erneuerungswahl der Schulpflege wählt der vereinigte Primarkonvent für jedes Primarschulhaus einen Besorger für die Amtsdauer von drei Jahren.

Es folgen nun noch mehrere unwichtige Bestimmungen, die wir weglassen. Der über das Schuljahr 1889/90 vor Kurzem erschienene Geschäftsbericht der Stadtschulpflege konstatirt, daß das obige Reglement „sich in der Anwendung bewährt hat und es daher mit wenigen redaktionellen Aenderungen auf den Beginn des Schuljahres 1890/91 definitiv in Kraft gesetzt ist."

In der Schulgemeinde Neumünster sind folgende sehr instruktive Reglemente erlassen, die der Verfasser dem freundlichen Entgegenkommen des Herrn Sekundarlehrers Ulrich Wettstein verdankt.

Reglement, betreffend unentgeltliche Verabreichung der Lehrmittel, Schreib- und Zeichnungsmaterialien an die Schüler der Sekundarschule Neumünster.

§ 1.

Von Beginn des Schuljahres 1887/88 an werden in Vollziehung des Beschlusses der Sekundarschulkreis-Gemeinde vom 3. Oktober 1886 an alle in die Sekundarschule neu eintretenden Schüler, deren Eltern im Schulkreis steuerpflichtig sind, unentgeltlich verabreicht:

a) alle laut Gesetz obligatorischen Lehrmittel, soweit dieselben im Gebrauch sind,

b) alle fakultativen Lehrmittel, deren Einführung von der Sekundarschulpflege beschlossen worden ist,

Digitized by Google

c) die Schreib- und Zeichnungsmaterialien, soweit sie während der Unterrichtszeit und zur Lösung der Hausaufgaben erforderlich sind.

Zusatz. Lehrmittel, die für Schüler der 2. und 3. Klasse neu anzuschaffen sind, werden auch unentgeltlich verabreicht.

§ 2.

Zur Besorgung der diesbezüglichen Verrichtungen, wie: Abgabe an die einzelnen Klassen, Führung der nöthigen Komptabilität, Ausübung der Kontrole ꝛc., werden von der Sekundarschulpflege ein oder mehrern Kustoden bezeichnet.

Die Einkäufe geschehen unter Mitwirkung des Kustos durch den Sekundarschulgutsverwalter.

§ 3.

Die Lehrmittel bleiben Eigenthum der Schule. — Die Schüler haben dieselben mit möglichster Sorgfalt zu benutzen und beim Austritt aus der Schule wieder abzugeben.

Die Eltern, resp. deren Stellvertreter, sind für die Rückgabe, sowie für allfällige über die gewöhnliche Benützung hinausgehende Schädigungen verantwortlich.

§ 4.

Am Ende jedes Schulsemesters (Oktober und April) findet eine Revision sämmtlicher Lehrmittel durch den Kustos in Verbindung mit dem Klassenlehrer statt, wobei außerordentliche Schädigungen zu ahnden sind durch Bezahlung der Reparatur oder Vergütung des Inventarwerthes. Der Kustos in Verbindung mit dem Klassenlehrer setzen die Entschädigungssumme fest.

Wenn im Laufe des Semesters außerordentliche Schädigungen zur Kenntniß des Klassenlehrers gelangen, so soll dieser hiervon dem Kustos Anzeige machen.

§ 5.

Die Komptabilität für die Lehrmittel einerseits und die Schreib- und Zeichnungsmaterialien andererseits ist getrennt zu führen. Für jede Abtheilung und jede Klasse ist eine gesonderte Eingangs- und Verbrauchskontrole anzulegen.

§ 6.

Auf jedem Lehrmittel ist anzubringen:

1. Der Stempel der Sekundarschule,
2. die Nummer des Lehrmittels,
3. der Name des Schülers,
4. der Ankaufspreis und das Datum der Abgabe an den Schüler,
5. eine Mahnung zu sorgfältigem Gebrauche.

(§ 3 des Reglements).

§ 7.

Die Qualität der für die Schule zu beschaffenden Schreib- und Zeichnungsmaterialien unterliegt der Begutachtung durch die Lehrerschaft.

Es ist darauf zu halten, daß die Qualität eine gute und möglichst gleichmäßige sei.

Digitized by Google

Bei größeren Bestellungen sind die Lieferungsbedingungen von den Lieferanten schriftlich entgegenzunehmen.

Neumünster, den 14. März 1887.

Die Sekundarschulpflege.

Vorschriften für die Schüler betreffend Behandlung der Lehrmittel.

§ 1.

Die Bücher sind mit einem die Decke und den Rücken schützenden Umschlag zu versehen; die Reißzeuge müssen, wenn sie nicht gebraucht werden, namentlich auf dem Weg zur Schule, in einer Umhüllung von weichem Tuch gehalten sein zum Schutz gegen Staub, Nässe und Reibung.

§ 2.

Name des Schülers, der Schulabtheilung, die Jahrzahl des Empfanges eines Lehrmittels dürfen nur auf der hierfür bestimmten Etikette angebracht, Druckfehler nur auf Anordnung des Lehrers verbessert werden.

§ 3.

Im Weitern darf in oder auf ein Lehrmittel nichts geschrieben, weder gezeichnet noch gemalt werden; das Aufkleben von Bildern, Abziehbildern, Beschädigungen des Stempels und der Etikette sind strengstens untersagt. Beim Gebrauch der Bücher ist besonders darauf zu achten, daß sich die Ecken der Blätter nicht umlegen und sogen. „Ohren" bilden.

§ 4.

Equerren und Reißschienen dürfen nicht gewaschen und Flecken auf denselben, sowie auf den Reißbrettern, weder abgekratzt noch abgehobelt werden.

§ 5.

Auf dem Weg von und zur Schule sind die Lehrmittel, soweit möglich, in einer Schultasche, Tornister, Mappe oder sonst unter schützender Decke zu halten.

§ 6.

Schüler, die sich gegen diese Vorschriften verfehlen, werden mit Buße bis zu 20 Cts. bestraft.

§ 7.

Hat ein Schüler in Folge von Nichtbeachtung dieser Vorschriften oder sonst durch fahrlässige Behandlung, durch Zerreißen von Blättern, Knicken der Bücherdecken, durch Fett-, Dintenflecken und dergleichen ein Lehrmittel beschädigt, so folgt Reparatur auf seine Kosten. Ist solche nicht mehr möglich, so ist das Lehrmittel von dem Schüler zu vergüten, nach einjährigem Gebrauch mit $^4/_5$ des Ankaufspreises, nach 2 Jahren mit $^2/_3$, nach 3 Jahren mit der Hälfte.

§ 8.

Bei der Zutheilung der Lehrmittel haben die Schüler dieselben sofort zu prüfen und Beschädigungen zu melden. Ist eine Reparatur nicht erforderlich oder nicht möglich, so erhält die beschädigte Stelle den Stempel vu, zum Zeichen, daß der Inhaber nicht verantwortlich ist.

Digitized by Google

§ 9.

Schüler, die eigene Lehrmittel gebrauchen, haben nichtsdestoweniger die aufgestellten Vorschriften über Behandlung derselben zu befolgen.

§ 10.

Die vom Kustos verhängten Bußen, sowie die Entschädigungen der Schüler für Reparaturen fallen in die Schulkasse.

Diese Vorschriften sind durch Anschlag in den Schulzimmern den Schülern zur Kenntniß zu bringen.

Neumünster, den 1. Oktober 1889.

Die Sekundarschulpflege.

Eine für die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel praktisch wichtige Frage ist die nach dem Kostenpunkt. Schon in dem vorigen Kapitel wurde darauf hingewiesen, daß nach den bisherigen Erfahrungen auch diese Frage nur günstig beantwortet werden könnte.

Indessen wollen wir uns hier noch etwas näher mit ihr beschäftigen.

Dr. Ulrich Ernst in Winterthur berichtet, daß nach sorgfältigen Berechnungen und vielseitigen Erfahrungen, welche die Primarschulpflege von Winterthur und die Stadtschulpflege in Zürich gemacht haben, sich der jährliche Verbrauch eines Alltagsschülers an Schreibmaterialien auf 3 Fr., an Lehrmitteln auf 2 Fr., in Summa auf 5 Fr. beläuft. Der Verbrauch eines Ergänzungsschülers ist niedriger und beträgt nach Dr. Ernst an Schreibmaterialien und Lehrmitteln nur 1 Fr. 70 Cts. Als Durchschnitt für jedes der neuen obligatorischen Schuljahre (davon 6 Alltagsschuljahre) ergiebt sich danach eine Summe von 3 Fr. 90 Cts. Höher stellen sich die Kosten für die Sekundarschule (ungefähr unsere Bürgerschule), aber gerade deshalb ist das Bedürfniß nach Entlastung nicht weniger groß. Im Gegentheil sollte die Unentgeltlichkeit hier erst recht eingeführt werden, um den Proletarierkindern den Besuch dieser Mittelschulen zu ermöglichen. Die Durchschnittszahl aus den Berechnungen, wie sie von den Sekundarschulpflegen Winterthur, Töß und Neumünster übereinstimmend ausfielen, ergiebt an Kosten für Lehrmittel, Schreib- und Zeichenmaterialien eines Schülers der I. Klasse 37 Fr., der II. Klasse 10 Fr., der III. Klasse 15 Fr.; Summa für alle 3 Jahre 62 Fr., jährlich also ca. 20 Fr.

Digitized by Google

Immerhin ist das alles eine viel geringere Ausgabe, als wenn der Schüler von den Eltern ausgerüstet wird.

Einen Schluß auf die Einführungskosten der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in größerem Umfange gestattet eine für die Primarschulen des Kantons Zürich aufgestellte Berechnung. Nach derselben würden sich die Kosten, welche für Staat und Gemeinde bei allgemeiner Einführung der Unentgeltlichkeit erwüchsen, aus folgenden Posten zusammensetzen:

I.

1. Individuelle Lehrmittel für die Schüler in den neuen obligatorischen Schulklassen während eines Jahres	76 883 Fr.
2. Allgemeine Lehrmittel für die Schulen (Durchschnitt)	3 117 „
	80 000 Fr.

II.

Schreibmaterialien für die Schüler in den neuen obligatorischen Schulklassen während eines Jahres bei gemeinsamem Bezug	80 695 „
Totalkosten	160 695 Fr.

Nehmen wir als Gesammtausgabe von Staat und Gemeinden die runde Summe von 160 000 Fr. an und für die neuen Schuljahre eine Schülerzahl von 47 500, so erhalten wir eine durchschnittliche Jahresausgabe von ca. 3 Fr. 50 Cts. pro Schüler; durch alle neuen Schuljahre hindurch eine Totalausgabe von 31 Fr. 50 Cts.

Uebertragen wir diese Berechnung auf Preußen mit seinen ca. 4 Millionen schulpflichtigen Kindern und nehmen wir an, daß Gemeinde und Staat je die Hälfte der Kosten für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien tragen würden, so ergiebt sich, daß jeder Theil nur ungefähr 5½ Millionen Mark im Jahr für diesen Zweck anfzubringen hätte. Sollte das außerhalb des Bereiches des Möglichen liegen? Wir glauben nicht. Die Arbeiterklasse würde jedenfalls an dieser Ausgabe viel mehr Freude haben als an den ca. 400 Millionen, die jährlich der Militarismus verschlingt und an den ca. 50 Millionen, die zur Verzinsung der Staatsschulden verwandt werden.

Da nun aber vor der Hand nicht daran zu denken ist, daß sich das Reich oder doch die einzelnen Bundes-

Digitized by Google

staaten der Sache annehmen, so sollten die Gemeinden zur Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel schreiten. Rechtlich steht derartigen Beschlüssen nichts entgegen, und daß sie auch finanziell durchführbar sind, wird wohl nach dem oben beigebrachten Material Niemand in Zweifel ziehen können.

Wäre es übrigens nicht beschämend, wenn eine unbestritten wohlthätige Einrichtung, die in der „wilden" Schweiz fast überall besteht, im großen deutschen Reiche unmöglich sein würde?

IV.

Die Verstaatlichung der Lehrmittel.

Es sei uns zum Schluß gestattet, noch mit einigen Worten auf die Verstaatlichung der Lehrmittel, die, wie wir gesehen haben, mit der Unentgeltlichkeitsfrage im Zusammenhang steht, zurückzukommen und über die damit gemachten Erfahrungen zu berichten.

Wie bei allen dem Gesammtwohl dienlichen, dem Privatinteresse aber schädlichen Einrichtungen, so wird auch gegen die Verstaatlichung der Lehrmittel der Einwand ihrer Unausführbarkeit erhoben werden. Der Grund, weshalb man sich auch bei uns dagegen sträuben wird, ist dagegen ein ganz anderer; er liegt in dem Egoismus der Schulbücherverleger, die sich ihre hohen Profite nicht schmälern lassen wollen. Da ist es denn gut, wenn man solche windige Einwände durch Thatsachen widerlegen kann.

Daß die Verstaatlichung der Lehrmittel keine unfruchtbare Utopie ist, beweisen die Erfahrungen, welche man mit ihr im Kanton Zürich gemacht hat. Hier ist die Verstaatlichung der Lehrmittel fast 40 Jahre alt, die damit gemachten Erfahrungen gestatten also wohl einen Schluß auf die Brauchbarkeit dieser Einrichtung.

Schon im Jahre 1850 wurde in der Versammlung der Züricher Schulsynode in Küßnacht folgender Beschluß gefaßt:

Digitized by Google

„Es ist der Erziehungsrath zu bitten, dahin zu wirken, daß die Staatsbehörden resp. der Erziehungsrath den Verlag der Lehrmittel in Zukunft übernehmen.“ [1])

Der Erziehungsrath veranstaltete hierauf eine allseitige Prüfung der Frage, insbesondere auch nach der finanziellen Seite hin und erstattete dem Regierungsrath und später der Schulsynode ausführlichen Bericht über die Angelegenheit. Der Erziehungsrath leistete darin durch die detaillirteste Berechnung den Nachweis, daß ein Lehrmittel, welches vom Privatverleger zu 16 Cts. abgegeben werden könne, vom Staate höchstens zu 10 Cts. abgegeben werden müsse, d. h. daß durch den Staatsverlag eine Ersparniß von mindestens 1/3 des Preises zu erzielen sei. „Es empfiehlt sich also — so schloß der Erziehungsdirektor 1851 — die Lehrmittelübernahme durch den Staat mit Bezug auf die Entrichtung der von dem Staate für die Anschaffung von Lehrmitteln zu bringenden Opfer in hohem Maße.“

Der Erziehungsrath faßte hierauf im März 1851 den Beschluß: Es sei der Erziehungsrath ermächtigt, von nun an bei Einführung neuer Lehrmittel und auch sonst, soweit thunlich und räthlich, den Verlag der Lehrmittel selbst zu übernehmen, statt ihn einem Dritten zu übertragen.

Von nun an erschienen mehrere Lehrmittel im Staatsverlag, so ein Rechenlehrbuch von J. C. Hug, ein Leitfaden der biblischen Geschichte, ein Geometrielehrbuch. Die damit gemachten Erfahrungen waren außerordentlich ermuthigend und bewirkten, daß in das Unterrichtsgesetz von 1859 folgende Vorschrift aufgenommen wurde:

§ 78. Der Staat sorgt für möglichste Wohlfeilheit der Lehrmittel, zu welchem Zwecke er, soweit thunlich, den Verlag selbst übernimmt.

Die Behörde beauftragte nun bewährte Fachmänner mit der Abfassung von Lehrmitteln für die verschiedenen Disziplinen für den Staatsverlag. Seitdem sind nun eine große Reihe von Lehrmitteln aller Art erschienen. Bis zum Anfang des Jahres 1887 waren 30 Lehrmittel vom Staate verlegt worden.

[1]) Vergl. Amtliches Schulblatt des Kantons Zürich II. Jahrgang Nr. 4.

Digitized by Google

Im Jahre 1885 wurden für 57 734 Fr. Lehrmittel verkauft, wobei ein Reingewinn von 9704 Fr. erzielt wurde. Was die Verwaltung des Lehrmittelverlages anlangt, so ist dieselbe der Erziehungs- und Finanzdirektion gemeinsam unterstellt.

Die Passiven betrugen auf den 31. Dezember 1886 die Summe von 83 849,72 Frs., die Aktiven 144 597,26 Frs., so daß der Verlag in Lehrmittelvorräthen ein Vermögen von 60 747,54 Frs. aufweist.

Man sieht also, daß es sich hier nicht um ein sozialistisches Hirngespinst handelt, sondern um eine Sache, die sich bei gutem, ernstem Willen sehr wohl zur Ausführung bringen läßt. Was heute die Verstaatlichung der Lehrmittel unmöglich macht, ist lediglich das Verlegerinteresse, das von der ganzen Kapitalistensippe im Bewußtsein ihrer Solidarität geschützt wird.

Aus diesem Grunde hat denn diese Institution auch in der Schweiz noch nirgends weiter als in Zürich Eingang gefunden. In mehreren Kantonen hat man aber doch versucht, sie durch andere staatliche Einrichtungen zu ersetzen.

So im Kanton Appenzell außer Rhoden, woselbst ein Lehrmittel-Depot errichtet ist, aus dem die Gemeinden die Lehrmittel für die Schüler zu einem Preise beziehen, der in der Regel unter dem Ankaufspreise steht. Auf diese Weise hat im Jahre 1885 die Staatskasse an die Lehrmittelbeschaffung einen Beitrag von 600 Frs. geleistet.

Der Staatsrath des Kantons Freiburg hat eine Zentralablage für sämmtliche Gegenstände errichtet, welche dem Primarschulunterricht dienen. Die Benutzung derselben durch die Gemeinden ist obligatorisch. Diese dürfen aus dem Verkauf jedoch keinerlei Gewinn ziehen.

Noch einen andern Weg hat die Regierung des Kantons Thurgau eingeschlagen. Nach der Mittheilung des bereits erwähnten Grob'schen Jahrbuches hat sie mit einer Züricher Firma einen Vertrag geschlossen, auf Grund dessen die thurgauischen Schulen die Schreib- und Zeichenmaterialien in guter Qualität und zu billigem Preise beziehen können. Sie giebt ihnen dieselben zur Hälfte des Einkaufspreises ab.

Digitized by Google

Derartige Einrichtungen könnten auch unsere größeren städtischen Gemeinden treffen, um dadurch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel anzubahnen und zu erleichtern.

Ein großes Verdienst würden sich die deutschen Volksschullehrer erwerben, wenn sie sich als die berufenen Vorkämpfer auf dem Gebiet der Volksbildung dieser Einrichtungen annähmen und im Verein mit den Arbeitern für ihre Einführung wirken würden.

Schluß.

Aus dem Vorausgegangenen ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ist für die deutsche Volksschule mit ganzer Kraft im Interesse der finanziellen Erleichterung der Arbeiterklasse sowohl, wie in Rücksicht auf die damit verbundenen erzieherischen Vortheile anzustreben. Ebenso haben wir auf die Verstaatlichung der Lehrmittel als die unerläßliche Voraussetzung ihrer unentgeltlichen Abgabe hinzuwirken.

Das Eintreten für diese Zwecke wird für die deutsche Arbeiterklasse von großem Nutzen sein. Es wird sie und ihre Bestrebungen mehr als vieles andere dem deutschen Volksschullehrerstande, diesem geborenen Agitator des Sozialismus, nahebringen. Sodann aber kann an der Verstaatlichung der Lehrmittel ein Jeder sich überzeugen, daß die sozialistische Idee auch praktisch zu verwirklichen ist und mit Vortheil angewandt werden kann.

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.
III. Serie. — 10. Heft.

Das Ostende von London.

Ein soziales Nachtbild.

Von

Paul Fischer-Berlin.

Erste Abtheilung.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".
Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.
1891.

Digitized by Google

Inhalt.

Erste Abtheilung.

	Seite
I. Die industrielle Umwälzung in England	3
II. Der Untergang der Seidenweberei und des eisernen Schiffsbaus im Ostende von London	8—15
III. Vergangene und gegenwärtige Umwälzung in der ostlondoner Schneiderei uud Schuhmacherei und ihre Folgen	15—26
IV. Charakteristik der Vortheile der modernen Manufaktur für den Großkapitalisten gegenüber dem Fabriksystem	26—30

— – —

Vorkommende Fremdwörter.

Aequivalent Gegenleistung — **relativ** verhältnißmäßig — **Stabilität** Beständigkeit — **idyllisch** beschaulich, lieblich — **Dezennium** Jahrzehnt — **Institution** Einrichtung — **Extreme** Gegensätze — **cyklisch** kreisförmig — **konzentriren** ansammeln — **automatisch** selbstthätig — **chronisch** dauernd — **Kategorie** Art, Klasse — **Kulminationspunkt** Gipfelpunkt — **Tramiren** Zusammendrehen der Seidenfäden — **Pauperismus** Verarmung — **Transmission** Uebertragung — **Experiment** Versuch — **ultima ratio** (lateinisch) letztes Auskunftsmittel — **omina** (lat.) Vorzeichen — **Metropole** Hauptstadt — **Kontingent** Zuschuß — **Prosperität** Blüthe — **parasitisch** schmarotzend — **minutiöse Arbeitstheilung** in's Kleinste getriebene Arbeitstheilung — **Report** (engl.) Bericht — **exotisch** auswärtig — **in spe** zukünftig — **Expansion** Ausdehnung — **Kontraktion** Zusammenziehung.

Digitized by Google

Das Ostende von London.

Erste Abtheilung.

I.

Durch die Niederwerfung der alten Seemächte und Welthandelsnationen Portugal, Spanien und Holland war das gewaltig aufstrebende England die unbestrittene Herrscherin der Meere geworden. Jeder Versuch einer Rückeroberung der verlorenen Macht seitens der alten seefahrenden Nationen scheiterte, und das napoleonische Frankreich, welches, beseelt von revolutionärer Energie, Englands Seedespotie zu bedrohen sich vermaß, bezahlte dieses Wagniß mit dem Untergang seiner Flotte.

Die Seeherrschaft der Engländer bedeutete für sie zugleich den Besitz eines ungeheuren Kolonialgebiets, den Besitz des Welthandels und des Weltmarktes. Beschränkte sich der Welthandel ursprünglich vornehmlich auf die systematische Ausraubung der Kolonien gegen keine oder lächerliche Aequivalente und auf den Vertrieb der Kolonialprodukte in dem Mutterlande und anderswo, so schufen die rasch emporblühenden Kolonien einen ständig wachsenden Markt in ihrem Gebiet. Mit ihrem Export entwickelte sich dort rapide ein Importbedarf, der an die Leistungsfähigkeit des englischen Mutterlandes die weitgehendsten Ansprüche stellte.

Die gewerbliche Leistungsfähigkeit Englands war indessen bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts hinein relativ unbedeutend und genügte jenen Ansprüchen keineswegs. Entsprach doch die englische Produktion bis dahin, selbst in Hauptgewerbszweigen wie Woll- und Baumwollweberei, kaum den einheimischen Bedürfnissen. Und wie konnte das anders sein? Handwerk und kleinbäuerliche Bodenkultur bildeten die Regel, die Manufaktur war noch nicht voll entwickelt. Die damit verknüpfte Stabilität der Verhältnisse setzte andrer-

Digitized by Google

seits der Ausdehnung der Produktion starke Schranken; die Durchbrechung der letzteren war die Bedingung für die Anpassungsfähigkeit an den wachsenden Bedarf des Weltmarktes.

Da brach in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die industrielle Revolution über England herein. Sie allein konnte den inneren wie den Weltmarkt befriedigen; aber sie stellte auch alle früheren gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf und schuf das alte England bis zur Unkenntlichkeit um. Betrachten wir kurz diese Umwälzung, die ihres Gleichen in der Geschichte sucht.

Selbständiges Handwerk und selbständige Bauernwirthschaft charakterisirten die alte Produktionsweise. Der Handwerksmeister verstand sein Gewerbe aus dem Grunde; er hatte es als Lehrling bei einem anderen Meister gelernt, war Gesell geworden und mit der Zeit Meister wie jeder andere, bewohnte mit seiner Familie sein eigenes Häuschen und führte bei mäßiger Arbeit ein behagliches Dasein. Der Bauer oder Pächter sorgte mit seiner Familie zum Theil direkt für die eigenen Bedürfnisse, verkaufte, was er nicht brauchte, und bestritt aus dem Erlös das übrige. Er war sicher, seine Ernte beim Kaufmann zu gutem Preise los zu werden, denn England war damals noch ein kornausführendes Land. Im Uebrigen war er sein freier Herr; die Leibeigenschaft war hier seit mehr als drei Jahrhunderten aufgehoben.

Auch die zahlreiche Bevölkerungsschicht, die zuerst von der industriellen Umwälzung ergriffen wurde, führte vordem ein behäbiges Dasein; es waren dies die alten Hausindustriellen, die dem ehrsamen Handwerk der Baumwollspinnerei und -weberei oblagen. Dieselben wohnten meist in ländlichen Distrikten, besaßen ihr eigenes Haus nebst Grund und Boden, den sie selbst für sich bestellten, und betrieben ihr einträgliches Gewerbe. Das Haupt der Familie verarbeitete gewöhnlich, was die übrigen Mitglieder gesponnen hatten. In welchen erträglichen Verhältnissen diese Klasse sich befand, ist daraus ersichtlich, daß eine Familie bei etwa zehnstündiger täglicher Arbeit in der Woche 4 Pfund Sterling (80 Mark) verdienen konnte. Da namentlich diesem blühenden Gewerbe ein nicht zu deckender Bedarf gegenüberstand, so entledigten die An-

Digitized by Google

gehörigen desselben sich sogar ihres Ackers, um sich dem profitablen Gewerbe voll widmen zu können. Sie führten eine friedliche, beschauliche Existenz.

Diese idyllischen Verhältnisse wurden in wenigen Dezennien durch bedeutende Erfindungen total umgestürzt. Wie schon bemerkt, ging der Tanz in der Baumwollspinnerei und -weberei los. Das einspindelige Spinnrad wurde zunächst durch die 16- bis 18spindelige Jenny ersetzt. Diese eignete sich zwar noch für den Handbetrieb, doch fortgesetzte weitere Vervollkommnungen der Jenny verlangten stärkere Betriebskraft, die zuerst durch die Wasserkraft gegeben wurde. Es folgte darauf die Throstle Arkwright's, die von vornherein auf den mechanischen Betrieb berechnet war, und die Vereinigung der Prinzipien beider führte zur Mule. Diese sich schnell entwickelnde Maschinerie machte durch die ungeheure Vermehrung des versponnenen Materials den alten Handwebstuhl unmöglich; Cartwright erfand den mechanischen Webstuhl, und Watt's Dampfmaschine endlich lieferte die bewegende Kraft.

Diese sich in 20 Jahre drängenden Erfindungen (etwa 1764—85) bildeten den Todesstreich für das alte Spinn- und Webhandwerk. Die Natur der Maschinerie verlangte fabrikmäßigen Betrieb, das Spinnrad und der Handwebstuhl wurden konkurrenzunfähig und ihre Besitzer mußten, wollten sie nicht verhungern, in die Fabrik wandern, die das vorhandene Kapital schuf. So entstand das eigentliche moderne städtische Proletariat, das nichts als seine Arbeitskraft sein eigen nannte. Damals wurde es noch durch den unablässig wachsenden Bedarf nach und nach absorbirt, verlangte sogar noch Zuzug, der nicht auf sich warten ließ, ja in gewissem Grade schon vorhanden war. Die gewaltsame Vertreibung der Bauern und kleinen Pächter vom Grund und Boden durch die Edelsten der englischen Nation lieferte den Zuschuß und schuf zugleich einen Großgrundbesitz, mit dem die Einführung der Maschinerie in die Landwirthschaft beschleunigt wurde.

Im Umsehen wurden andere Gewerbe in diese Revolution hineingerissen. Die Wollweberei wurde zum mechanischen Betrieb, ebenso die Strumpfwirkerei, die

Digitized by Google

Flachsspinnerei, die Leinenweberei u. s. w. Das gelieferte Rohmaterial wurde für den Riesenhunger der Maschinen unzureichend. Eine Folge war die Erhöhung der Wollproduktion durch den Uebergang von dem Ackerbau zur Schafzucht, wodurch zugleich neue große Menschenmengen für die Industrie „frei" wurden. Die Maschinenfabrikation wurde selbst mechanischer Betrieb und wuchs zusehends, ebenso Kohlen- und Eisenbergbau. Der Dampf revolutionirte erst recht die alten Betriebsmethoden und Lebensverhältnisse. Große Fabrikstädte wurden wie aus dem Boden gestampft, neue Landwege und Kanäle geschaffen, die Dampfschiffe und die Eisenbahnen erschienen auf dem Plan.

Was aber waren die Folgen dieser industriellen Umwälzung für einen großen Theil der Bevölkerung Englands? Die handwerksmäßige Geschicklichkeit wurde überflüssig in den von der mechanischen Industrie ergriffenen Gewerben und starb allmählich aus. Der Handwerker wurde zum Fabrikproletarier, der geschickte, selbständige Arbeiter zu einem Anhängsel der Maschine. Die neue Thätigkeit war leicht erlernbar und wurde daher allen zugänglich.

Die Wirkung neu eingeführter Maschinerie war Ersatz der Arbeiter durch mechanische Kraft. Aber mit der Leistungsfähigkeit der Industrie stieg riesenhaft das Wachsthum der Kapitalien, welches erlaubte, die Produktion in größerem Maßstabe fortzuführen und die ständig durch die Maschinerie freigesetzten Arbeiter zum Theil wieder heranzuziehen. Das ging natürlich nur so lange, als England das Industriemonopol besaß. Die anderen Kulturvölker hinkten gar langsam hinterdrein, allein sie kamen doch schließlich. Ferner war das Bedürfniß des Weltmarktes nicht unersättlich. Es kam ein Punkt, wo der letztere überfüllt wurde und eine bis dahin in der Weltgeschichte unbekannte Erscheinung auftrat: die Krise durch Ueberproduktion.

Zeitweilige Beschränkung der Produktion war nothwendige Wirkung der Krise und damit Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Sie erschienen am sichtbarsten an den Punkten der dichtesten Bevölkerung, in den

Digitized by Google

großen Städten. Andererseits aber bildeten letztere zugleich den naturgemäßen Anziehungspunkt für die anderwärts freigesetzten Hände, da hier die Chancen der Beschäftigung am größten schienen. So wurden die großen Städte ein Sammelpunkt der Armuth und des Elends. Freilich floß durch die Aufschließung neuer Märkte und erneute Anspannung der Industrie die überflüssige Bevölkerung theilweise wieder ab; aber der Fortschritt der Technik rastete nimmer. Immer neue Erfindungen traten auf, die zahlreiche Arbeitskräfte ersetzten und aufs Pflaster warfen. Zudem hielt Weiber- und Kinderarbeit ihren Einzug in die Industrie. Die sogenannte Uebervölkerung wurde eine stehende Institution. Ja, aus einer Folge der kapitalistischen Großproduktion wurde sie zu einer Bedingung derselben. Seit der Krise von 1825 bewegte sich die Produktion zwischen den beiden Extremen, fieberhafte Thätigkeit und völlige Versumpfung, periodisch hin und her, obzwar von kleineren cyklischen Bewegungen begleitet. Für jene, oft plötzlichen Schwankungen war das Vorhandensein einer industriellen Reservearmee schließlich erforderlich. Und sie existirte; aber wie! Dazu schwoll sie beständig an und konzentrirte sich in den großen Städten.

Und die beschäftigten Arbeiter? Sie litten nicht minder unter den neuen Verhältnissen, abgesehen von einer bevorrechteten Minderheit der englischen Arbeiter. Die Konkurrenz der Beschäftigungslosen drückte die Löhne der andern auf ein Hungerminimum herab, während die Arbeitslosigkeit zugleich schauderhafteste Ueberarbeit auf dem Gegenpol hervorrief. Die beschäftigten Arbeiter haben oft kein viel besseres Loos gezogen als ihre unglücklichen Brüder, denn „das Gesetz, das den Werth der Arbeitskraft auf den Werth der nothwendigen Lebensmittel beschränkt, und das andere Gesetz, das ihren Durchschnittspreis auf das Minimum dieser Lebensmittel herabdrückt, diese beiden Gesetze wirken auf sie mit der unwiderstehlichen Kraft einer automatischen Maschine, die sie zwischen ihren Rädern erdrückt." (Engels.)

Digitized by Google

II.

Die elende Lage eines großen Theiles des englischen Proletariats kann durch nichts besser illustrirt werden, als durch eine Schilderung der Verhältnisse, die wir heute im Ostende von London vorfinden. An keinem anderen Orte Englands existirt ein so massenhaftes chronisches Elend in so furchtbarer Mannigfaltigkeit und Intensität, wie in dem östlichen Theile der englischen Hauptstadt, wiewohl andere londoner Distrikte und die übrigen großen Städte Englands und Irland dem Ostende eine traurige Konkurrenz zu machen suchen.

Die oben geschilderte industrielle Umwälzung hatte London natürlich eben so gut in ihren Strudel hineingezogen wie das übrige England, von dessen nördlichem Theile sie ausgegangen war. Doch nahm diese Entwicklung hier, speziell im Ostende, eine besondere Form an, welche durch die eigenthümlichen hier vorliegenden ökonomischen Verhältnisse wesentlich bestimmt war.

Obwohl seit dem Beginn dieses Jahrhunderts das östliche London sich mit einem immer dichter werdenden Netze von industriellen Etablissements der verschiedensten Art umspannte und auf die Weise dem mächtigen Götzen Kapital seinen Tribut zollte, so setzten gerade mehrere der hier betriebenen Hauptgewerbszweige dem Aufkommen und Eindringen der Maschinerie und somit der Verwandlung in große Industrie bis etwa um die Mitte dieses Jahrhunderts den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Zu diesen Arbeitszweigen gehören in erster Linie einige alte Handwerke, die ihrer Natur nach sich zum mechanischen Betrieb verhältnißmäßig am wenigsten eigneten, und deren sich das unablässig nach neuer Anlage drängende Kapital erst zu bemächtigen begann, als es andere Produktionsfelder bereits stark abgegrast hatte. Andere Momente, die hier noch den Gang der Dinge wesentlich beeinflußt haben, werden weiterhin Erwähnung finden.

Um daher die jetzige ökonomische und soziale Signatur des Ostendes einigermaßen zu verstehen, ist es nöthig,

Digitized by Google

einige Hauptzüge der eigenartigen Entwicklung zu betrachten, welche hier die allgemeine Umwälzung begleitet haben. Wird diese kurze geschichtliche Darstellung auch keineswegs als sachlich erschöpfend aufzufassen sein, so wird sie doch andererseits genügen, um die Ursachen der grauenvollen in diesem Erdenwinkel herrschenden Zustände erkennen zu lassen.

Verschiedene ausgedehnte Produktionszweige, die früher im Ostend in Blüthe standen, sind bereits unter furchtbaren Todeszuckungen dem Untergange anheimgefallen; in anderen hingegen findet noch gegenwärtig ein Umwälzungsprozeß statt, der sich in Gestalt eines wahrhaft mörderischen Kampfes vollzieht.

Zu der ersteren der beiden Kategorien gehören vornehmlich die Seidenweberei und der eiserne Schiffsbau, die heute völlig oder fast völlig aus dem Ostende verschwunden sind.

Die alten Seidenweber bevölkerten ehemals große Distrikte des Ostends: Bethnal Green, Spitalfields (ein Theil von Whitechapel) und Mile End New Town. Durch das Edikt von Nantes aus Frankreich vertriebene Hugenotten brachten gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Seidenweberei nach Bethnal Green, wo sie sich niederließen und ihrem Handwerk einen großen Aufschwung gaben. Die Engländer der benachbarten Stadtviertel widmeten sich demselben gleichfalls eifrig, so daß bald fast die ganze Bevölkerung der genannten Distrikte durch Beschäftigung in der Seidenmanufaktur ihren auskömmlichen Lebensunterhalt fand. Zum Schutze ihrer Produkte gegen ausländische Konkurrenz hatte das Parlament sogar einen hohen Eingangszoll auf fremde Seidenwaaren gelegt. Die alten Seidenweber führten daher eine sichere Existenz und bildeten ein heiteres, behäbiges, unabhängigkeitsliebendes Völkchen. Bis in das dritte Dezennium dieses Jahrhunderts hinein gewann dies blühende Gewerbe an Bedeutung. Nur einmal fand bis dahin eine kurze Störung desselben statt (1812—16), weil die Einfuhr der einfach versponnenen (nicht tramirten) Rohseide aus Frankreich, Südeuropa und Asien in Folge der napoleonischen Kriege ins Stocken gerieth. Nach deren Beendigung erreichte die londo[illegible]eberei ihren

Digitized by Google

Kulminationspunkt. Im Jahre 1824 waren im Ostende etwa 20 000 Handwebstühle im Gange, wodurch mehr als 50 000 Personen direkte Beschäftigung fanden.[1])

Die erste dauernde Beeinträchtigung erfuhr das Gewerbe im Jahre 1824 durch die veränderte Haltung der Regierung ihr gegenüber. Freihandelsexperimente gelangten zur Ausführung, und der Zoll auf fremde Seidenwaaren wurde auf 30 Prozent des Werthes herabgesetzt. Die Wirkung dieser Maßregel war verhängnißvoll. Französische Waaren überschwemmten den englischen Markt, 10 000 Webstühle des Ostends wurden zum Stillstand gebracht und 30 000 Menschen aus der Arbeit geworfen. Am 21. Februar 1832 wurde eine mit den Unterschriften von 9000 Familienhäuptern versehene Petition allein aus dem Bezirke Spitalfields, neben anderen, dem Parlament überreicht. Auch in Manchester, Coventry ꝛc. waren die Folgen böse. Eine vom Unterhaus bestallte Untersuchungskommission schlief nach fünfmonatlicher Sitzung ein, um nicht wieder zu erwachen; das Parlament empfing keinen Bericht und die Dinge blieben, wie sie waren. Die kunstvollsten Gewebe wurden in Spitalfields hergestellt, und Frankreich, berühmt durch seine Seidenwaaren bester Qualität, machte hier empfindliche Konkurrenz. Zwar erholte sich die Londoner Seidenweberei nach und nach ein wenig, aber nicht lange, so schlug die Stunde der Einführung von Maschinerie in diesen Arbeitszweig. Eine neue große Zahl der weniger geschickten Seidenhandweber, welche nur gewöhnliche, einfache Seidenstoffe herstellen konnten, flog auf's Pflaster; den geschickteren allerdings konnte die Maschinerie weniger anhaben, und die Seidenweber gerade von Spitalfields waren Künstler in ihrem Fach. Um so schlimmer ging es den übrigen in diesem Kampfe. Laute Klagen erscholen allerseits; verheerende Fieber*) brachen im Ostende aus und wollten kein Ende nehmen.

---

[1]) Man vergl. Jesse Argyle: Silk Manufacture bei Charles Booth: Labour and Life of the People. Vol. I. East London (London 1889), S. 389 ff. Es sei hier bemerkt, daß der hier und später angeführte Booth nichts zu thun hat mit dem bekannten Heilsarmeegeneral gleichen Namens.

[2]) Fr. Engels: Lage der arbeitenden Klasse in England, Leipzig 1845, S. 240.

Digitized by Google

Aber unerbittlich folgten neue Schläge. England machte eine weitere Schwenkung zum gepriesenen Freihandel: Robert Peels Antrag auf eine allgemeine Tarifreduktion ging 1846 durchs Unterhaus, wodurch der Seidenwaarenzoll von 30 Prozent auf 15 herabgesetzt wurde. Ja, da die Versteuerung nicht mehr nach dem Werth, sondern nach dem Gewicht geschah, so betrug in manchen Fällen die Steuer nicht mehr als 3 bis 4 Prozent. Französische Phantasieseidenwaaren konnten gegen die Produkte des Ostends von Neuem siegreich vorgehen, immer neue Tausende der alten Handweber konnten ihre Webstühle in den Kamin stecken und sich als Ueberflüssige forttrollen. Trotz alledem aber behielt das Gewerbe, speziell in Spitalfields, noch weiterhin eine gewisse Bedeutung.

Der letzte entscheidende Schlag gegen die Seidenweber fiel in der endgültigen Proklamation des Freihandels durch den englisch-französischen Handelsvertrag von 1860. Französische Kapitalisten warfen nun plötzlich ungeheure, schon vorher bereitgehaltene Mengen von Seidenfabrikaten auf den englischen Markt. Die einheimischen Produkte, die gerade für die Saison fertig gestellt waren, blieben unverkäuflich liegen, englische Händler wurden massenhaft ruinirt und Weber dem Pauperismus überantwortet. Ein erbitterter, aber hoffnungsloser Krieg entbrannte gegen die Konkurrenz der französischen Seidenmanufaktur einerseits und die der Maschinerie im In- und Auslande andererseits. Hoffnungslos in der That. Im Jahre 1861 waren die einstigen 50—60000 Seidenweber auf ein Häuflein von 9611 zusammengeschmolzen, wovon 4455 männliche und 5156 weibliche Arbeiter waren.*) In diese Zahlen sind die übrigen in der Seidenmanufaktur beschäftigten Personen eingeschlossen, so die Färber, Zeichner, Musterschneider, Stuhldreher u. s. w.

Bei Marx finden sich einige Angaben, die charakteristische Symptome des entsetzlichen, langwierigen Vernichtungskrieges gegen die englischen Seidenweber darstellen. In Coventry z. B. entstanden sogenannte Cottage-

*) Booth: Life and Labour etc., S. 180.

Digitized by Google

Fabriken, bestehend aus quadratisch angelegten Häuserreihen, in deren Mitte ein Maschinenhaus lag. In jedem Häuschen befanden sich mehrere Webstühle, die mittelst Transmission durch die gemiethete Dampfkraft in Bewegung versetzbar waren. Doch waren diese Experimente der alten Seidenweber vergeblich: nach 12jährigem Kampfe waren die gesammten Cottage-Fabriken, 300 an der Zahl, ruinirt (Kapital, 3. Aufl., S. 473—74). Diese **ultima ratio** der Cottage-Fabriken stand den Ostendwebern nicht einmal offen. Ihre **ultima ratio** hieß daher weitmöglichste Ausbeutung von Frauen und Kindern, von denen die ersteren zum Kettenscheeren, die letzteren zum Drehen der Webstühle[1]) verwandt wurden. Marx zitirt den Bericht der **Children's Employment Commission** (Kapital, S. 403), wonach in den sechziger Jahren in den Straßen des Bezirks Bethnal Green ein offener Sklavenmarkt stattfand, wo Eltern Kinder vom 9. Jahre an für 1,65 Mk., nebst 17 Pf. und Thee für letztere, auf eine Woche an die armen Teufel von Seidenwebern verkauften. „Die Szenen und Sprache während der Dauer des Marktes sind wahrhaft empörend." Die **Child. Empl. Comm.** berichtet hier von einem mörderischen Verbrauch von Jungen (Kapital, S. 476).

Aber weder die unvollkommene Anwendung der mechanischen Kraft, noch die vollkommenste Aussaugung der Menschenkraft konnte die Seidenweber retten; sie waren dem Untergange geweiht. Ein letztes, kurzes Aufflackern ihres Gewerbes war während des deutsch-französischen Krieges durch das Ausbleiben französischer und deutscher Produkte auf dem englischen Markt veranlaßt. Vergeblich! Im Jahre 1881 beschäftigte die ostlondoner Seidenmanufaktur nur noch 3309 Arbeiter, wovon 1819 weibliche und 1490 männliche[2]), und im Jahre 1889 waren 1674 Arbeiter, wovon 851 weibliche und 813[3]) männliche, nebst 900 altersgrauen Webstühlen die letzten Zeugen der entschwundenen Herrlichkeit.[4])

[1]) Booth, a. a. O. S. 398.
[2]) Booth, a. a. O. S. 180.
[3]) Booth, a. a. O. S. 404.
[4]) Heute importirt Frankreich trotz der ziemlich bedeutenden englischen Industrie jährlich für über 200 Millionen Mark Seidenwaaren in England.

Digitized by Google

Ein tragisches, ergreifendes Geschick fürwahr, das diese intelligente, kunstgewandte Klasse von Handwerkern getroffen hat.[1]) Noch in den vierziger Jahren nahmen sie nach Engels (a. a. O. S. 240) einen thätigen, hervorragenden Antheil an der damaligen chartistischen Arbeiterbewegung; heute sind sie in dem grundlosen Sumpf des Pauperismus versunken. Durch die Ueberflüssigmachung ihrer Handwerksgeschicklichkeit zu gewöhnlichen ungelernten Handlangern degradirt, gingen sie in der industriellen Reservearmee auf. Wir werden noch sehen, welche Existenz dieselbe im Ostende von London führt.

Die Geschichte der Seidenweber wurde eingehender dargestellt, weil sie einen so beträchtlichen Theil des Ostendes betraf. Minder umfassend war das andere Gewerbe, welches heute dort fast ausgetilgt ist und einst vielen Tausenden Brot gab. Es ist dies der eiserne Schiffsbau, der an der unteren Themse seinen Sitz hatte.

Die allgemeine Krisis von 1866 läutete die Todtenglocke für diesen Theil der gutbezahlten Aristokratie der englischen Arbeiterklasse. Wahnsinnige Ueberspekulation seitens der Kapitalisten im Schiffsbau führte die furchtbare Katastrophe herbei. Die Baumwollnoth in Folge des amerikanischen Sklavenbefreiungskrieges hatte den Abfluß vieler dadurch unbeschäftigter Kapitalien in jene Sphäre bewirkt und die Ueberproduktion zur Folge. Man findet im „Kapital" (S. 688ff.), was englische Zeitungen unter dem unmittelbaren Eindruck der Krise schrieben. Z. B. der „Morning Star" (Anfang 1867): „Im Osten von London, den Distrikten von Poplar, Millwall, Greenwich, Deptford, Limehouse und Canning Town befinden sich mindestens 15 000 Arbeiter sammt Familien in einem

[1]) Zur Zeit der Unfehlbarkeitserklärung des Papstes (1870) hatten sie den Ruhm, ihre Kollegen in der ganzen Welt durch ihre Kunst zu beschämen. Für jenen welterschütternden Aktus nämlich brauchte der Papst ein neues Seidengewand, das ganz aus einem Stücke gewebt sein mußte. Ganz Italien, Frankreich und der übrige Kontinent wurde nach einem Seidenweber durchsucht, der zu der Leistung fähig war. Umsonst! Endlich fand sich ein solcher Mann in Spitalfields, und dies war — merkwürdige Ironie des Schicksals — ein Nachkomme der vertriebenen Hugenotten. (Argyle bei Booth.)

Digitized by Google

Zustande äußerster Noth, darunter 3000 geschickte Mechaniker. Ihre Reservefonds sind erschöpft in Folge sechs- oder achtmonatlicher Arbeitslosigkeit . . .". Die ausgehungerten Haufen stürmten die Arbeitshäuser, um Steine zu klopfen oder Schiffstaue zu zupfen und dadurch einige elende Brotbillets zu ergattern. „Reynolds's Newspaper" schreibt am 21. Januar 1867: „Massenhafte Verhungerung der Londoner Armen! . . . Während der letzten Tage waren die Mauern Londons überklebt mit großen Plakaten, die folgende merkwürdige Anzeige bringen: „Fette Ochsen, verhungernde Menschen! Die fetten Ochsen haben ihre Glaspaläste verlassen, um die Reichen in ihren Luxusgemächern zu mästen, während die verhungernden Menschen in ihren Jammerhöhlen verderben und sterben." Die Plakate mit dieser unheilkündenden Inschrift werden beständig erneuert. Kaum ist eine Partie ausgemerzt oder überklebt, als sofort eine neue Partie an demselben oder an einem gleich öffentlichen Platze wiedererscheint . . . Das erinnert an die Omina, die das französische Volk auf die Ereignisse von 1789 vorbereiteten . . . In diesem Augenblick, während englische Arbeiter mit Weib und Kind vor Kälte und Hunger sterben, werden Millionen von englischem Geld, dem Produkt englischer Arbeit, in russischen, spanischen, italienischen und anderen fremden Anleihen angelegt."

Das Stocken eines großen Gewerbes setzte viele andere still, und jene Misere wurde allgemein. Man höre, was der konservative „Standard" am 5. April 1866 schreibt: „Ein entsetzliches Schauspiel entrollte sich gestern in einem Theile der Metropole. Obgleich die arbeitslosen Tausende des Ostens mit schwarzen Trauerflaggen nicht in Masse paradirten, war der Menschenstrom imposant genug. Erinnern wir uns, was diese Bevölkerung leidet. Sie stirbt vor Hunger. Das ist die einfache und furchtbare Thatsache. Es sind ihrer 40 000 . . . In unserer Gegenwart, in einem Viertel dieser Metropole, dicht neben der enormsten Anhäufung von Reichthum, welchen die Welt je sah, dicht dabei 40 000 hülflos verhungernd! Diese Tausende brechen jetzt ein in die anderen Viertel; sie, in allen Zeiten halbverhungert, schreien uns ihr Weh ins Ohr, sie schreien es zum Himmel, sie erzählen uns

Digitized by Google

von ihren elendgeschlagenen Wohnungen, daß es unmöglich für sie, Arbeit zu finden, und nutzlos, zu betteln. Die lokalen Armensteuerpflichtigen sind durch die Forderungen der Pfarreien selbst an den Rand des Pauperismus getrieben." So 1866 eine konservative Stimme. Wir werden sehen, wie sich das Elend heute zahlenmäßig verschärft hat.

Seit der geschilderten Krise ist der eiserne Schiffsbau ständig von der Themse geschwunden. Jene entsetzliche Katastrophe und dann die nordenglische Konkurrenz haben ihn gebrochen. Seine Angehörigen sind zum großen Theil Dockarbeiter geworden. Seitdem ist der Schiffsbau in jene Gegenden ausgewandert, welche, durch die Natur begünstigt, zu diesem Zwecke wie vorherbestimmt erscheinen, in jene Gegenden Nordenglands, wo sich die Kohlengruben mit den Eisenbergwerken sozusagen das Terrain streitig machen, die Hochöfen sich unweit der Küste erheben, und wo die fast noch warmen Eisengußstücke direkt in die Ozeandampfer verladen werden können. Newcastle-on-Tyne und andere Orte sind in den letzten Jahrzehnten der Mittelpunkt des englischen Schiffbaues geworden.

III.

Von anderen Handwerken, die ehemals weite Bevölkerungsschichten des östlichen Londons beschäftigten, seien im Folgenden die Schneiderei und die Schuhmacherei betrachtet. Noch heute stellen die Bewohner des Ostendes für diese Arbeitszweige ein starkes Kontingent; aber das alte Handwerk hat jetzt den Todesstoß erhalten, obgleich es lange allen Angriffen zu trotzen suchte.

Der alte Londoner Schneider, der sein Handwerk gründlich verstand und selbstständig betrieb, war ein sehr respektabler Herr, besonders seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.[1]) Vorher mehr oder minder vom

[1]) Man vergleiche hierzu das vortreffliche Schriftchen von Georg Eccarius: Die Schneiderei in London (Leipzig 1876), das jedoch durch die heutige Entwicklung überholt ist.

Digitized by Google

Tuchkrämer abhängig, war er obenauf, seitdem seine Kunden ihn mit dem Tuchkauf beauftragten, er also den ganzen Rock zu verkaufen hatte und so halb zum Kaufmann wurde. Der Ausbruch der industriellen Revolution, weit entfernt, die Schneiderei zu beeinträchtigen, führte im Gegentheil die größte Glanzzeit derselben herbei. Die ungeheuren Kapitalprofite, welche die Fabrikanten und Landlords durch die große Industrie machten, gestatteten der Bourgeoisie den denkbar größten Kleiderluxus. Der Dampfwebstuhl lieferte die nöthigen Zeugmengen. Dabei blieb aber das Schneiderhandwerk Handwerk. Die Schneidergesellen nahmen Theil an der Prosperität ihres Gewerbes. Während der napoleonischen Kriege erlangten sie einen Tagelohn von 6 Mark und behielten ihn lange Zeit.

Nach früherem Brauch erhielten sie zur Zeit der Landestrauer doppelten Lohn. Nach dem Tode Georgs IV. im Jahre 1830 hätten sie also einen Tagelohn von 12 Mk. zu beanspruchen gehabt. Das war aber den Meistern, trotz glänzender Zahlungsfähigkeit, denn doch zu stark, und sie widersetzten sich. Eine Koalition der gesammten Londoner Schneidergesellen war die Folge. 1834 legten 20 000 Schneider die Arbeit nieder und verlangten nun Reduktion der bisherigen 12stündigen Arbeitszeit auf 10 Stunden.[1]) Damit übernahmen sie die Führung der londoner Arbeiterschaft; der beste Beweis ihrer Thatkraft und Intelligenz. Allein die Bourgeoisie, welche das böse Beispiel der Schneider für die übrigen Arbeiter fürchtete, trat auf die Seite der Meister, und nach tapferer, dreimonatlicher Gegenwehr waren die Gesellen besiegt. Nichtsdestoweniger blieb ihre Lage weiterhin leidlich.

Indessen, schließlich machte sich die große Industrie indirekt unangenehm fühlbar für die Schneider. Die Tendenz der modernen Produktionsweise, Arbeitskräfte durch mechanische Kraft zu ersetzen, räumte in anderen Arbeitszweigen furchtbar auf und führte dazu, das bisher günstige Schneidergewerbe mit zahllosen neuen Arbeitskräften zu überfluthen. So kam es, daß die Zahl der

[1]) Die gute, alte Zeit! Im Herbst 1889 hatten sich die Ostendschneider eine Reduktion, der vordem 16—20stündigen Arbeitszeit auf 12 Stunden erstreikt, und heute ist die Errungenschaft schon wieder arg durchlöchert.

Digitized by Google

Londoner Schneider 1848 auf 35 000 stieg, von denen 1/3 ständig, 1/3 gelegentlich und 1/3 gar nicht beschäftigt war.

Andererseits aber war die Ueberfüllung des Schneidergewerbes zugleich die Bedingung für den Eintritt des großen Kapitals in diese Sphäre, und damit traf auch die Meister ein wuchtiger Schlag. Das Kapital hatte den Vortheil des größeren Einkaufs, der größeren Werkstätten, kurz des konzentrirteren Betriebes für sich, produzirte für den ganzen englischen Markt und bald auch für den Kolonialmarkt. Der kleine Meister hatte nur die Kundschaft der nächsten Umgebung und arbeitete auf Bestellung, während der Kapitalist mit großen Mengen fertiger Kleider dem Käufer gegenübertrat. Die Konkurrenz wirkte vernichtend auf den kleinen Meister und drückte zugleich den Lohn der Gesellen. Doch blieb der Schneider immer noch der alte Handwerker, der seine Arbeit von Anfang bis zu Ende machte.

Freilich war das Massenfabrikat der Großkapitalisten an Güte sehr verschieden von dem Produkt des ehrsamen Meisters, und demgemäß hatte letzterer die geschicktesten Arbeiter, die auch besser bezahlt wurden, wie die des Kapitalisten; ihr Lohn verhielt sich wie 2 zu 3. Der schlechter bezahlte Arbeiter mußte nach einem Zuschuß suchen. Er nahm sich Arbeit nach Hause mit, beschäftigte dort Frauen und wurde selbst ein Ausbeuter. Unser neugebackener Arbeitgeber machte vielleicht ein Fünftel der Arbeit und zahlte seinen Gehilfinnen einen Hundelohn. Beide waren übel genug dran. Eccarius, selbst ein Schneidergeselle, sagt: „Diese Kategorie von Arbeitern und Arbeiterinnen bildet den eigentlichen Uebergang vom Satteſſen zum Hungertod, vom Proletariat zum Pauperismus. Stets unter das Minimum herabgedrückt, haben sie beide bei der geringsten Stockung des Geschäfts nur die Auswahl zwischen Arbeitshaus und Tod."

Da kam die Erfindung, welche die Schneiderei und andere Gewerbe von Grund aus zu revolutioniren bestimmt war, zu einer Zeit, wo von allen Seiten, aus dem In- und Auslande neue Kräfte zuströmten.

Es war dies die Nähmaschine.

Die Geschichte der Folgen ihrer Einführung ist mit Blut geschrieben.

Digitized by Google

Ein großer Theil Handarbeit wu
ersetzt, die Arbeit an der Maschine sell
Kraft verrichtet. Ferner wurde der
geviertheilt oder in noch mehr Th
gedehnteste Arbeitstheilung griff
Kleidermanufaktur entstand. Vie
Schneider aus, aber keiner war
sondern jeder ein Theilarbeiter,
Andern nicht verstand. Es war
Schneider."

Endlich schuf die Nähmasch
ausbeuter, die middlemen, di
und den Kapitalisten drängte
Schneiderei noch beschleunigt
schuh derselben geworden

Sehen wir uns die
Begleiterscheinungen dies
Hand des offiziellen Par
nannte Schwitzsystem[1])

Unter der Abtheil
wir alle Entwicklung
heute noch alle neb
wähnten Untersuch
Wirrwarr nicht
Entwicklung nic
mit der Nase
„respektabl
sellen für
men und
neben ha
zum E
eine
mod
oft
g

of Lord

Digitized by Google

Das Schwitzsystem der kleineren und größeren Manufakturwerkstätten bildet heute die Regel. Die wüthendste Konkurrenz ist an der Tagesordnung und führt zu immer weiter gehender Arbeitstheilung. Siegreiche Konkurrenz setzt Verbilligung der Produktionskosten voraus, welche hier durch Zerlegung der Arbeit in immer einfachere Manipulationen erreicht wird. Ungelernte Arbeiter werden im Handumdrehen verwendbar und müssen mit den niedrigsten Löhnen zufrieden sein. Eccarius führt (1876) erst sechs verschiedene Theilarbeiter auf: den Zuschneider, die Vorrichterin, die Maschinistin, die Knopflochmacherin, die Nachnäherin, den Presser (Bügler). Diese Eintheilung ist jetzt längst überholt. Der Parlamentsbericht konstatirt als höchste Zahl der Theilverrichtungen 25. „Die Arbeitstheilung ist so außerordentlich weit getrieben, daß ein Mann, welcher einen Rock bügeln kann, nicht im Stande zu sein braucht, eine Weste zu bügeln, und ein Westenbügler ist gleich unfähig, Hosen zu bügeln." (Report, S. IV). Ein Lehrlingssystem ist da natürlich überflüssig, in der That wird von dem Bericht auf das allmählige Aussterben desselben hingewiesen. Die wenigen respektablen Meister brauchen ja nur ein paar gelernte, tüchtige (all-round) Arbeiter; kein Wunder, daß die altmodischen Schneider fast ausgemerzt sind („crushed out"). Der heutige Schneider ist ein ganz gewöhnlicher Tagelöhner, der in ein Paar Wochen kann, was er können muß.

Auch die Geschäftsleiter sind nichts weniger als Schneider: „Die große Masse der gewöhnlichen Kleiderfabrikation ist in den Händen einer Klasse, die durchaus nicht Schneider im alten Sinne des Wortes sind"; in manchen Fällen ist „der Sweater nur ein Agent„ der nichts vom Geschäft versteht". (Report, S. IV.) Eccarius sagte etwas drastischer: „Sie kennen so viel von der Schneiderei, daß sie einen Rock von einem Scheunenthor unterscheiden können". Ist der Sweater ein ehemaliger Meister, so ist dies ein Zufall, der mit seinem Schneidermetier nichts zu thun hat. Oefters allerdings sind diese Sweater arme Teufel, die sich selbst mitabrackern.

Die Beseitigung der alten Handwerkskunst öffnete den ungelernten Arbeitern und denjenigen, die als solche

Digitized by Google

zu gelten haben, kurz den Massen der industriellen Reservearmee Thür und Thor. Die erfolgreichsten Konkurrenten der alten Schneidergesellen sind Frauen, dann Deutsche, Irländer, vor allem aber polnische und russische Juden und Jüdinnen. Die Frauenarbeit nimmt zu, die der Männer ab: 1871 wurden in der Londoner Schneiderei 23 516 männliche und 14 780 weibliche und im Jahre 1881 nur 22 744 männliche und 18 477 weibliche Arbeiter beschäftigt. Ein außerordentlich großer Prozentsatz der Arbeiter sowohl wie der Sweater sind Juden, auch Deutsche giebt es unter beiden viele. Vor der Ausbeutung hört eben jeder Rassen- und Nationalitätsunterschied auf. Viele Tausende jüdischer Einwanderer bilden gerade das beliebteste Ausbeutungsmaterial, weil sie bei unglaublich niedrigen Löhnen die ausdauerndsten und folgsamsten Arbeiter sind. Hier ist der Antisemitismus ein exotisches Gewächs.

Die kapitalistischen Großhändler wollen natürlich möglichst viel Mehrwerth einsacken. Die Sweater müssen zu Schandpreisen liefern und sind daher genöthigt, die Arbeitskraft unter ihrem Werth zu bezahlen, um Profit herauszuschlagen. In der That bedeutet die Zwischenausbeutung nichts als die Beraubung ihrer unglücklichen Opfer an den unmittelbarsten, unerläßlichsten Lebenserfordernissen.

Die Werkstätten sind zum Theil wahre Pesthöhlen, oft Wohn- und Arbeitslokal zugleich. Die Arbeitszeit ist unmenschlich lang, der Lohn unmenschlich niedrig.

Hören wir eine Schilderung des Parlamentsberichts. Verschiedene Zeugen „haben Arbeiter sich den Rücken mit Kleidern bepacken gesehen, um sich warm zu halten. Mr. Monro weiß von einem Falle, wo ein an den Masern erkranktes Kind mit solchen Kleidern zugedeckt war". — „Ein Zeuge erzählte uns, daß in einem Doppelraume, etwa 9 Fuß breit und 15 lang ein Mann, seine Frau und 6 Kinder schliefen, außerdem waren in dem Raum gewöhnlich 10 Leute beschäftigt, so daß sich Abends 18 Personen in dem einen Raume befanden". — „3 oder 4 Gasflammen erleuchten einen Raum, ein Kokefeuer

Digitized by Google

brennt in dem elenden Kamin, die Ausgüsse sind ohne Verschluß, die Klosets ohne Spülwasser, kurz die sanitären Verhältnisse gräßlich". — „Was die sanitären Verhältnisse in einer Sweaterhöhle (wörtlich!) anbetrifft, so war da ein Abtritt für alle Arbeiter, männliche und weibliche, ungefähr 22 Personen", deren Zahl zur Zeit der Saison noch größer ist. In Princess-street befindet sich in einer Werkstatt selbst das Kloset; „die Frauen sitzen 3 Fuß von seiner Thür entfernt; es ist in einer Ecke angebracht, nicht hinter einem gewöhnlichen Kamin, sondern hinter einem großen Ofen zum Heißmachen der Plätteisen, so daß dort die heißeste Stelle im Raume ist. Es herrscht ein großer Mangel an Schicklichkeitsgefühl, und man kann sich vorstellen, was aus solcher Schmutzwirthschaft folgt". Andere Zeugen „erklären, daß die Folge hiervon, zusammen mit dem unangemessenen Lohn, sei, Mädchen zur Prostitution zu treiben". Eine Werkstatt war ein ehemaliger Hof; „3 Maschinen arbeiten, ein Kamin ist da, 8 oder 9 Gasbrenner, ferner ein Oberlichtdach, welches, zerbrochen, die Leute dem Regen aussetzt". — Ein Zeuge arbeitet in einem Raum von 9 Fuß im Quadrat; in manchen Fällen kommen nur 130 Kubikfuß Luft auf die Person[1]). „Die Fenster sind in 9 Fällen von 10 zerbrochen und mit Lappen zugestopft. Ventilation ist unmöglich, das Licht ungenügend". — „Arme Leute, die früher 3 oder 2 Räume bewohnten, sind jetzt in 1 Raum zusammengetrieben; dort hausen sie Tag und Nacht, alter Abfall liegt herum und bildet eine ungeheure Gefahr nicht nur für die Bewohner selbst, sondern auch für ihre Nachbarn!" In der That, die Werkstätten sind „elende Höhlen", miserable dens. (Report, S. IV—V.)

Nun die Löhne. „Bisweilen — sagt ein Arbeiter, — haben wir Wochen und Wochen nichts zu thun, wir müssen müßig gehen, und die Löhne werden unregelmäßig bezahlt. Ein Sweater zahlt am Freitag, einer am Sonnabend, einer am Sonntag, und einer zahlt gar nichts, man muß ihn gerichtlich belangen". Einige geschickte Arbeiter werden leidlich bezahlt, der Durchschnitt jämmerlich, namentlich Frauen. Für einen Rock, der früher

[1]) Mediziner verlangen 500 mindestens, Huxley 800.

Digitized by Google

2 bis 3,75 Mk. Lohn brachte, wird jetzt 1,50 bis 2,25 Mk. bezahlt. Ein guter Rock, für den ein Mann noch vor einigen Jahren 10,20 Mk. erhielt, bringt ihm jetzt nur 6,50 Mk. Eine Frau macht eine Weste für 42 Pf. fertig; sie kann deren täglich 4 machen. Mr. White zeigte einen Rock vor, der für 63 Pf. fertig gestellt war, und bei 15stündiger Arbeit konnte eine Frau deren 4 täglich machen, so daß sie 2,50 Mk. verdiente, wovon jedoch 58 Pf. für Knopflocharbeit einer Gehilfin und selbst zu stellenden Besatz abgingen. Es giebt Röcke, die für 58 bis 66 Pf. gemacht werden. In Greenstreet zeigte ein Arbeitgeber eine Order auf 60 schwarze Röcke vor, die er für 1,17 Mk. das Stück zu liefern hatte.

Trotz des Fabrikgesetzes findet Ueberarbeit der Frauen statt. Eine Zeugin arbeitet 14, eine andere 15 bis 16 Stunden täglich. „Was die Arbeitszeit der Männer anbetrifft, so beträgt sie bisweilen 18, 20 oder gar 22 Stunden in einer Tour". Ein Zeuge arbeitete einmal 40 Stunden hintereinander. Ein anderer ging am Tage, bevor er vor dem parlamentarischen Untersuchungskomitee erschien, um halb 7 Uhr Morgens an die Arbeit und schanzte bis zum nächsten Morgen um halb 3 Uhr. Wie aus dem Namen Silbermann und Levy hervorgeht, sind die beiden letzten Juden. Rev. Billing fand Leute 2 Uhr Nachts noch an der Arbeit und um 7 Uhr Morgens schon wieder thätig. „Die Arbeitszeit ist so lang, als der Sweater sie auszudehnen beliebt .... Gewöhnlich sind 7½, 8 oder 9 Stunden als halber Tag zu betrachten". (S. IV.) An manchen Orten „giebt es gar keinen Feiertag". (S. V.)

Der Küchenzettel lautet lakonisch: „Gewöhnliche Diät: eine Tasse Thee und ein Stück Fisch." (S. V.) Eine Zeugin sagt: „Ich schäme mich fast zu sagen, was meine Nahrung ist." Eine Hosenfertigmacherin „ist froh, noch etwas Reinigungs- und Waschарbeit zu bekommen, um ihre Familie zu erhalten. Das verdiente Geld reicht kaum, um Nahrung zu kaufen. Letztere besteht aus einer Tasse Thee und einem Bischen Fisch." „Fleisch erwarte ich nicht; ich kriege vielleicht einmal in sechs Monaten welches." (S. V.)

Digitized by Google

Diese entsetzlichen Zustände herrschen in dem einst so blühenden Schneidergewerbe. Wir haben sie eingehender dargestellt, weil sie typisch sind für eine Reihe ähnlicher Entwicklung unterworfener Gewerbe, die gleichfalls im Sweating-Report zu finden sind. Nur über die Schuhmacherei, einen anderen Hauptarbeitszweig des Ostends, seien ein Paar Bemerkungen gemacht.

Das Schuhmacherhandwerk ist ehemals ebenso angesehen und einträglich gewesen, wie die Schneiderei. Mehr oder minder siegreich widerstand es dem Andrängen des Kapitals bis in die Mitte dieses Jahrhunderts.

Mit noch elementarerer Gewalt als in die Schneiderei brach gerade hier während der fünfziger Jahre die Maschinerie ein. Die Nähmaschine hat in der Schuhmacherei eine Revolution zu Wege gebracht, welche in einem theilweise bereits vorhandenen Fabriksystem ihren höchsten Ausdruck findet. Der alte Handwerker, der seinen Schuh von vorn bis hinten machte, ist völlig ausgestorben. Die Maschinerie hat hier die Theilung der Arbeit ins schier Unglaubliche getrieben; die einfachsten Handgriffe werden von besonderen Personen verrichtet. „Jetzt macht die Maschinerie fast alles." (Report, S. XIX.) Da sind Maschinen zum Nähen und Nieten, Beschneidepressen, Stahlapparate zum Schneiden der Sohlen und Hacken u. s. w., und gegenwärtig wird durch die Einführung einer neuen Maschine, American kit genannt, eine weitere Arbeitstheilung hervorgebracht. Die Theilverrichtungen sind so leicht erlernbar, daß „ein Mann ohne vorherige Kenntniß in 14 Tagen in der Schuhmacherei verwendbar wird." (Rep. S. XIX.) Der größte Theil der Arbeiter besteht aus ungelernten oder aus anderen Gewerben herausgeworfenen.

Neben der mechanischen Schuhfabrik, in der alle Maschinen durch Zentralkraft betrieben werden, finden wir vor allem die moderne Manufaktur, deren Uebergang zum Fabriksystem zusehends unaufhaltsamer wird. Der wahnsinnige Konkurrenzkampf, der zwischen beiden und ihres gleichen lebt, zeitigt hier eine neue Erscheinung. Statt eines Ausbeuters haben wir in der Regel zwei, einen

Digitized by Google

großen und einen kleinen. Der erste ist der sogenannte Faktor, der seine Order vom Großhändler erhält und dem kleinen „Master" Aufträge nebst Material liefert. Der Faktor hat bei Leder- und andern Lieferanten den ausgedehntesten Kredit, hält daher den kleinen Meister in der Hand und diktirt ihm die Preise.

Dieses dreifach potenzirte Blutsaugerthum, bestehend in Meister, Faktor und Großkapitalist, hält den Arbeiter mit erbarmungslosem Griff umklammert; deutsche und polnische Juden stellen zu ihnen wieder ein Hauptkontingent, da ihre Zahl von 2000—6000 angegeben wird (je nach der Saison). Im Jahre 1881 fanden sich im Ostende 17 316 Schuhmacher, heute über 20 000, davon etwa 30 Prozent Frauen. Der Zuzug ist enorm und die Arbeitslosigkeit unter ihnen von erschreckender Höhe. Ein Unterhausreport vom Jahr 1887 über die Lage der arbeitenden Klassen in vier typischen Londoner Distrikten giebt die Arbeitslosen unter den einheimischen Schustern auf 44 Prozent, unter den vom Ausland eingewanderten auf 66 Prozent an. (Siehe Sweat.-Rep., S. XVIII.) Welcher Jammer birgt sich hinter solchen Zahlen!

Das „Glück" der Beschäftigten wird auch von dem Sweating-Report geschildert. Etwa 80 Prozent des Gewerbes sind in den Händen von Faktoren. Die Meister — wie bemerkt, nichts weniger als alte Handwerksmeister — sind oft selbst in drückendster Lage und sehen sich ständig nach frischen, namentlich ausländischen Kräften um, weil diese fast umsonst zu haben sind. Diese „frischen" Kräfte führen in der Schusterei den Spitznamen greeners, die Grünen; ihre Lage ist grauenhaft. Mr. Miers, ein Fabrikant, sagt aus: „Ich weiß, daß sie (die greeners) in höchst ungesunden Umständen leben; ich weiß, daß ihr Leben ein elendes ist; ich weiß, daß sie in der Regel sehr wenig Geld verdienen, obwohl nach einiger Zeit mehr oder genug; aber selbst dann müssen sie täglich 16 bis 18 Stunden arbeiten, um so viel wie ein Arbeiter in anderen Gewerben zu verdienen; ich weiß, daß sie sich vor ihren Meistern fürchten, in größtmöglichster Unkenntniß unserer Sprache und Zivilisation gehalten und demgemäß so lange als irgend möglich ausgebeutet werden." Mr. Solomon,

Digitized by Google

ein kleiner Master, giebt an: „Greeners . . . fordern überhaupt keinen Preis; sobald sie Arbeit erhalten, sind sie froh darüber und verrichten sie; es fällt ihnen nicht ein, irgend welchen Preis dafür zu fordern.“ Nach Mr. White arbeiten die greeners täglich 18—20 Stunden, und ihre Nahrung besteht aus Brod und Kaffee. An anderer Stelle im Report heißt es, daß sie bei ihrer Ankunft in den Docks von Leuten, die vorgeben, ihnen Arbeit zu verschaffen, um jeden Sixpence beschwindelt werden. „Sie sind in einer fürchterlichen Lage, einige sind gänzlich ohne Geld, andere haben ein Paar Groschen, oder Mark, oder Thaler, oder Rubel, wie es kommt; diese werden ihnen aber sehr bald von Bummlern, Gaunern und Logirhauszutreibern abgenommen.“ „Sie stehen . . . nach ihrer Ankunft im Ostende in einem miserablen Aufzuge da, kaum mit Kleidern bedeckt, ohne einen Penny in der Tasche.“ (S. XVII.)

Das sind die greeners in spe; ihr weiteres Schicksal — und es ist das von Tausenden — ist überaus traurig. Ein jüdischer Zuckerbäcker aus Odessa, 5 Jahre Soldat gewesen, wurde Schuster in Whitechapel. Er erhielt für seine Arbeit Frühstück und Thee, seine Landsleute sorgten „für das Uebrige“. Sein Meister, ein Landsmann, verlangte von dem Ankömmling, der 3 Schilling mitbrachte, eine „Prämie“ von 5 Schilling, so daß letzterer im Pfandladen etwas versetzen mußte. Ein anderer, Salomon Hirsch, ausgewandert „weil er dem russischen Zaren nicht in der Armee dienen wollte“, kam mit 4 Schilling an und wurde Schuh-Finisher im Ostend. Die erste Woche bekam er gar nichts, die zweite Woche 1 Mark und „Nahrung“ (Brot nebst Thee oder Kaffee). Er erhielt „Logis“ für 2 Mark die Woche, d. h. er „schlief auf dem nackten Fußboden eines Raumes, in dem noch 5 andere Personen, darunter Frauen, waren“. Ein deutscher Lehrer, Namens W . . . . , einer von den Unzähligen, die in England umherwimmeln, wurde aus Noth Schuster im Ostend und erzählte dem Oberhauskomitee seine Leidensgeschichte. Am ersten Tage hatte er von 10 Uhr Morgens bis Mitternacht zu arbeiten, am zweiten von 6 Uhr Morgens bis eine halbe Stunde nach Mitternacht, „und dabei blieb es permanent.“ Nach 4 Wochen war er ein

Digitized by Google

fixer Schuster und konnte, wenn beschäftigt, 4—6 Mk. täglich verdienen. Im Durchschnitt aber verdiente er, obwohl bereits geschickter Arbeiter, nur 15 Mark per Woche. (Rep. S. XVIII.)

Der Durchschnittsarbeiter erhält 10—12 Mark. Zur Zeit des besten Geschäftsganges erhält der tüchtigste „sweater" (ausgebeutete Arbeiter) 18—25 Mark, weniger tüchtige 15—16 Mark, Knaben oder noch nicht lange beschäftigte Ausländer 10, 8, 7 Mark und weniger. (Booth, S. 271.)

Die Werkstätten geben denen der Schneider nichts nach; oft aber sind sie schlimmer. „Keller und andere unterirdische Orte" dienen nach dem Report oft als Werkstatt und Wohnung zugleich, für den Meister nebst Familie, wie für den Arbeiter. Ein Zeuge berichtet von einem Raum, in welchem Meister, Frau, 6 Kinder und 10 Gehülfen „arbeiten und schlafen". Mr. Lakeman, der bekannte Fabrikinspektor des Ostendes und Mr. Woonton, Inspector of nuisances für St. George's-in-the-East weisen gleichermaßen auf die scheußlichen sanitären Verhältnisse in den Ostendwerkstätten hin.

IV.

Aehnlich wie in der Schneiderei und Schuhmacherei, so liegen die Dinge in anderen, namentlich verwandten Arbeitszweigen, in der Mäntelnäherei, in der Wäschefabrikation, besonders in der Hemdennäherei, in der Kürschnerei, Tapeziererei u. s. w. Ueberall ist es das gewaltige Ringen zwischen Fabriksystem, moderner Manufaktur, Hausindustrie und Handwerk, der Kampf zwischen neuen vorgeschrittenen und zurückgebliebenen veralteten Produktionsmethoden, der die eben geschilderten Erscheinungen zur Folge hat; es ist ein Kampf zwischen großem und kleinem Kapital, welcher sich nur hinziehen, ja überhaupt

Digitized by Google

nur vollziehen kann, weil das Proletariat die Kosten trägt, in Folge des erbittertsten Konkurrenzkrieges zwischen Arbeiter und Arbeiter.

Ein merkwürdiges Schauspiel bietet doch jene eben beobachtete Massenschlacht auf dem Felde der Industrie. Arbeiter bilden die feindlichen Heere, Kapitalisten die tyrannischen Befehlshaber. Aber seltsam! Nicht in die feindlichen Reihen läßt jeder Feldherr seine Geschütze hineinspielen, sondern unter seine eigenen Soldaten. Hungerlöhne, menschenmögliche oder -unmögliche Arbeitszeit, Beraubung an den nothwendigsten Lebensbedingungen, so heißt hier das Arsenal der Waffen, mit denen beide auf ihre Heere dreinschlagen. Und je stärker jeder von ihnen seine Soldaten trifft, je mehr er kampfunfähig macht, je mehr er niederstreckt, um so sicherer fällt ihm der Sieg über den feindlichen Heerführer zu. —

Für den Kapitalisten handelt es sich darum, Mehrwerth zu produziren; auf welche Weise, ist ihm völlig gleichgültig. Es ist ihm gleichgültig, nach welcher Produktionsmethode er produzirt, ob nach fortgeschrittener oder veralteter; so lange er nur den erwarteten Gewinn herauszuschlagen denkt, kommt es ihm nicht darauf an, nach irgend welcher vorsintfluthlichen Methode fortzuproduziren, wenn er nicht etwa durch geringe Kapitalmittel dazu gezwungen ist. Selbstverständlich aber ist, daß der Werth eines Produktes sich gesellschaftlich bestimmt, daß der Käufer sich den Teufel um die Herstellungsweise resp. Herstellungskosten desselben scheert. Will daher der Kapitalist, der nach zurückgebliebener Methode arbeitet, einen Profit haben, so muß er die Herstellungskosten künstlich herabdrücken. Dem Theil des Waarenwerthes, welcher reproduzirtes konstantes Kapital vorstellt, läßt sich keine Gewalt anthun, denn die Produktionsmethode ist ja in unserem Fall gegeben und Einführung von Verbesserungen ausgeschlossen. Der einzige elastische Bestandtheil des Waarenwerthes ist der Arbeitslohn, und dieser wird daher gewaltsam bis tief unter den normalen Werth der Arbeitskraft herabgedrückt, ohne Rücksicht darauf, ob er noch zur kümmerlichsten Fristung des Daseins genügt.

Digitized by Google

Die Existenz der industriellen Reservearmee bildet die Bedingung für die Ausführung jenes Manövers; wie der Ertrinkende sich an den Schwimmenden klammert und ihn mit sich hinabzieht, so halten die Ueberzähligen der Industrie die Hände der „glücklicheren" Brüder gefesselt, hemmen deren Widerstandskraft und überliefern sie mit Haut und Haaren ihren Ausbeutern. Hierin liegt auch ein Grund, der das eherne Lohngesetz der alten Oekonomen zu einer frommen Sage macht. Da gerade im Ostende Brigaden und Divisionen der industriellen Reservearmee stationirt sind, so tobt nirgends in dem Maße, mit so unerhörter Heftigkeit der Kampf zwischen dem alten und neuen Produktionssystem.

Wie wir gesehen, bricht die Fabrikindustrie in die berührten Arbeitszweige bereits mit Macht herein, aber die meisten der dieselben kommandirenden Großkapitalisten stützen sich noch auf das alte System, weil es ihnen neben dem gleichen Gewinn noch verschiedene Vortheile bietet, namentlich bei der Anwesenheit von Zwischenausbeutern im Gewerbe.*) Erstens benöthigen sie nicht der großen Fabriklokalitäten, die im Falle eines Streiks oder in flauer Geschäftszeit todtes Kapital bedeuten. Ferner wird durch die Zersplitterung der Arbeiter in viele Hunderte von kleineren und größeren Werkstätten der Vereinigung und Widerstandskraft der Arbeiter ein wesentliches Hemmniß bereitet. Ein weiterer Vortheil liegt für die Kapitalisten in der

*) Sie entgehen so den fürchterlichen Gefahren, die Dickens in seinem Roman „Hard Times" mit schneidendem Hohne schildert: „Sicherlich hat es nie so zerbrechliches Porzellan gegeben, als das, aus dem die Spinnereibesitzer von Coketown gemacht waren. Mochte man sie noch so vorsichtig angreifen, so zerbrachen sie doch mit solcher Leichtigkeit, daß man auf den Verdacht kommen mußte, sie hätten schon vorher einen Sprung gehabt. Sie gingen zu Grunde, wenn sie die Kinder aus der Fabrik in die Schule schicken sollten, sie gingen zu Grunde, wenn Inspektoren zur Aufsicht über die Fabriken ernannt wurden, sie gingen zu Grunde, wenn diese Inspektoren sie nicht ganz für berechtigt hielten, ihre Fabrikarbeiter von den Maschinen in Stücke zerreißen zu lassen, sie waren ganz und gar zu Grunde gerichtet, als man ihnen zu verstehen gab, daß sie vielleicht nicht beständig so schrecklich viel Rauch zu machen brauchten." (Reklam'sche Ausgabe S. 119.)

Digitized by Google

unbegrenzten Expansions- und Kontraktionsfähigkeit des alten Systems, welche ohne Schaden für sie möglich ist. Endlich halten sie sich die unbequeme Fabrikinspektion vom Halse, deren lange Nase ihnen längst ein Aergerniß und in der Person des unermüdlichen, trefflichen Lakeman in Ostende gar sehr gefürchtet ist.

Das alte System hätte daher Aussicht auf Verewigung, wenn nicht andere treibende Kräfte ins Spiel kämen, welche hauptsächlich in der zunehmenden Konkurrenz des Fabriksystems und der endlich, endlich sich aufraffenden Aktion der Arbeiter bestehen.

Aber nicht nur dadurch, daß die Kapitalisten, mit Rücksicht auf diese schönen Vortheile, die Errichtung eigener industrieller Etablissements zu umgehen suchen, wird der Fabrikinspektion ein Schnippchen geschlagen, es geschieht dies erst recht durch die Zerstückelung des Gewerbes, durch die Zerstreuung von kleinen Werkstätten über einen großen Raum, durch ihre Verjagung in die verborgensten Winkel, in die unfindbarsten Hintergäßchen des Ostendes. Die Zahl der Aufsichtsbeamten ist total unzureichend. Ein Report von 1887 giebt z. B. an, daß in jenem Jahre 5456 dem Fabrikgesetz unterliegende Betriebe in London unbesichtigt blieben. Im Durchschnitt wird jede Werkstatt in 3 Jahren einmal inspizirt. „Vielen Schwierigkeiten, heißt es im Sweat.-Rep. S. V, begegnen die Inspektoren bei der Aufsuchung der Werkstätten, von welchen die schlimmsten gerade am schwierigsten zu finden sind.“ Die obligatorische Aufhängung eines Plakates mit den Hauptbestimmungen des Fabrikgesetzes im Arbeitslokal wird sehr häufig unterlassen, und geschieht sie, so ist sie oft unnütz, da unzählige eingewanderte Arbeiter kein Wort Englisch lesen können. (Rep. S. V.) In einem Falle war ein solches „Dokument in einer Schublade aufbewahrt, wo es vor Alter schmutzig wird. Bei einem Besuch des Inspektors wird es hervorgeholt und aufgehängt. Beim nächsten Wändeweißen wird es wieder weggepackt.“ (Rep. S. V.) Wird endlich eine grauenhafte Thatsache ans Licht gebracht, so ist zuweilen noch die Anwendbarkeit des Fabrikgesetzes

Digitized by Google

in dem betreffenden Falle fraglich. Der Medical Officer of Health oder der Inspector of Nuisances hat in Aktion zu treten, und was das Verfahren betrifft, das den letztgenannten zusteht, so ist es „so schlecht, als es nur sein kann.“ (Rep. S. XXII.) Wir haben schon früher kostbare Perlen von Werkstätten vorgeführt.

In der eigentlichen Großindustrie dagegen fallen die bezeichneten Uebelstände meist fort.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie. — 12. Heft.

Die Entwicklung der Geschichtsauffassung bis auf Karl Marx.

Von

Gerhard Krause.

Preis 20 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".

Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

1891.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
I. Der Entwicklungsgedanke im Alterthum und Mittelalter	6
II. Von der Reformation bis zur französischen Revolution	13
III. Der Entwicklungsgedanke im neunzehnten Jahrhundert	23
IV. Karl Marx' materialistische Geschichtsauffassung	31

Digitized by Google

Einleitung.

Die Entwicklung der Geschichtsauffassung ist die Entwicklung der Antwort auf die Frage: Durch welche Gesetze und Thatsachen werden die gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen, das Denken und Fühlen der Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes bedingt?

Diese Frage nach den Ursachen der menschlichen Entwicklung wurde zu den verschiedenen Zeiten ebenso verschieden beantwortet, wie die Frage nach dem Urgrund der Dinge überhaupt.

Die Geschichte der menschlichen Gesellschaft seit der Ueberwindung der alten kommunistischen Gemeinwesen ist die Geschichte der um das Privateigenthum entbrannten Klassenkämpfe. Der Ausbruch, die Entwicklung und die Lösung derselben unterlagen zwar bestimmten, in den wirthschaftlichen oder politischen Verhältnissen begründeten Gesetzen, von denen der Kampf sich nicht emanzipiren konnte, ohne zu einem einfluß- und bedeutungslosen Kinderspiel herabzusinken, aber die Leitung der Klassenkämpfe fiel naturgemäß einzelnen wirthschaftlich oder geistig bedeutenden Persönlichkeiten zu. Während die in der Tiefe waltenden Ursachen des Völkerringens dem Auge des Volkes und auch dem der meisten wissenschaftlichen Forscher entgingen, waren die Führer und Helden der Kämpfe auch dem kurzsichtigsten Auge erkennbar. Die Lorbeeren des Erfolges umkränzten vorzüglich die Stirn des Führers, das Unglück des Mißerfolges traf ihn in der Regel am härtesten.

So gewöhnte sich die Menschheit daran, in allen bedeutungsvollen Ereignissen des Völkerlebens den Athemzug der Großen zu vernehmen. Daher der überall zu

Digitized by Google

einem Volksvorurtheil erstarkte Glaube, als ob es keinen zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang zwischen den geschichtlichen Thatsachen gäbe, als ob sie lediglich Ausflüsse souveräner Menschenhirne seien. Diese Anschauung ist nicht nur von dem „gesunden Menschenverstande" stets ausgesprochen worden, sie findet sich sogar bis in die Gegenwart hinein in den dickleibigen Bänden privilegirter Professoren, in den Journalartikeln schönwissenschaftlicher Kulturhistoriker verzeichnet.

Setzten die gottesfürchtigen Theologen und jene Vertreter der Naturwissenschaften, welche in dem Bau des Weltalls einem Zweck nachjagten, den Urgrnnd der Natur bald in einen außerweltlichen Gott, bald in einen innerweltlichen, bald gar in eine Idee, so herrscht auf dem Gebiete der Gesellschaftsordnung der weitverbreitete ähnliche Glaube, daß einzelne Menschen, Fürsten, Gesetzgeber, Künstler u. s. w. die Götter der menschheitlichen Entwicklung wären, daß auf diese Heroen alle Geschichte zurückzuführen, und daß von ihnen alle Geschichte ausgegangen sei.

Diese Anschauung hat eine lange Vergangenheit. Sie schreitet durch alle Phasen unserer Kulturentwicklung hindurch und fand ihre Verkündigung in dem lebensfrohen Volke der Griechen nicht weniger als in dem welterobernden Volke der Römer. Die von theologischem Kram zersetzte Gelehrsamkeit des Mittelalters und die den herrschenden Mächten schmeichelnde „offizielle" Geschichtsforschung der Gegenwart haben den alten Wein in neue Schläuche gegossen.

In neuerer Zeit erhielt jedoch die Geschichtsschreibung außer der Aufgabe, vergangene Zeiten und Ereignisse zu schildern, noch den Zweck, für politisch-dynastische Ziele der Gegenwart vergangene Jahrhunderte heranzuziehen. So wurde Methode in die Lehren der Geschichte gebracht.

Die Alten sahen zwar in den Großen und Mächtigen ebenfalls die Werkführer des gesellschaftlichen Organismus, aber sie erblickten in ihnen nur Menschen, welche ihre Stellung am Triebrade der Geschichte ihrer geistigen Bedeutung oder wirthschaftlichen Macht zu verdanken haben; sie besaßen auch stets, wenn es nöthig war,

Digitized by Google

den Muth, es auszusprechen, daß ihre Helden häufig ihrem Egoismus und Ehrgeiz die Freiheit eines Volkes geopfert haben. Die Vertreter der modernen Wissenschaft, welche sich eines spezifisch christlichen Organes rühmen, haben der Machtvollkommenheit Einzelner überirdischen Ursprung hinzugefügt und die Geschichte ganzer Jahrhunderte dynastischen Zwecken ihrer eigenen Zeit dienend dargestellt. Männer wie der Professor, Geschichtsschreiber und Antisemit Treitschke, welcher in der ganzen neueren mitteleuropäischen Geschichte seit drei Jahrhunderten den von Gott eingesetzten Zweck sieht, Elemente zum Aufbau des preußischen Staates zu erzeugen und der Professor Heinrich von Sybel, welcher in mehreren dicken Bänden zu beweisen sucht, daß das deutsche Reich wie Minerva aus dem Kopfe des Jupiter-Bismarck geboren und in seiner embryonalen Entwicklung von den augenblicklichen Launen, Stimmungen und Geistesblitzen seines Begründers beeinflußt worden sei, zeigen recht drastisch die Auffassung, welche gegenwärtig in den Kreisen der „berufenen" Vertreter der Geschichte herrscht. Und der Beifall, mit dem jeder neu erschienene Band der gesinnungstüchtigen Professoren von dem gelehrten und „gebildeten" Publikum begrüßt wird, offenbart die rührende Eintracht in der Geisteswelt des modernen Bürgerthums und des Professorenthums, wobei zu bemerken ist, daß nicht das Denken des Bürgerthms zu dem der Professoren emporgestiegen, sondern das der Professoren zu der Ideenwelt des Bürgerthums herabgestiegen ist.

So ist es denn gekommen, daß die modernen Geschichtsschreiber der Universitäten, ohne jedes Verständniß für Massenbewegungen, für gesellschaftliche und Kulturveränderungen, ihren Ehrgeiz darin setzen, das Verständniß der Geschichte lediglich aus den Aktenstücken der Diplomaten zu erschließen und die Geschichtsereignisse nur auf psychologischem Wege als Geistesthaten „hochbegabter" Fürsten und Staatsmänner — die Fürsten und Minister derjenigen Länder, in denen die Professoren Amt und Würden haben, sind ja stets „hochbegabt" — zu ergründen zu suchen, anstatt sie als Folgen organischer Gesellschaftsveränderungen aufzufassen, innerhalb deren und von denen beeinflußt die Thätigkeit der „Großen" sich vollzieht.

Digitized by Google

Daß bei einer solchen nicht einmal die Geisteshöhe des vorigen Jahrhunderts erreichenden Geschichtsauffassung von objektiver zur Tendenz-Geschichte nur ein Schritt ist, zeigen uns die „berühmten" Werke moderner Geschichtsschreiber.

Während die meisten Geschichtsschreiber des Alterthums und Mittelalters den geschichtlichen Stoff ebenfalls um die Lebensschicksale der Großen, aber in felsenfestem Glauben an die Wahrheit gruppirten und keine andere Absicht hatten, als die geschichtlichen Thatsachen zu schildern, wie sie sich in ihrem Geiste widerspiegelten, treten die privilegirten Priester der modernen Geschichtsforschung an ihre Aufgabe heran, um die Vergangenheit für ihre Kasten-, Klassen- und Parteibedürfnisse zu vergewaltigen. Daß bei einer solchen Kastrirung der Wissenschaft die Wahrheit eine Aschenbrödelrolle spielt und die ernste, unerschütterliche Ueberzeugungstreue wissenschaftliche Forschung von dem mehr oder minder geistreichelnden Phrasenschwall privilegirten Professorenthums verdrängt wird darf nicht Wunder nehmen.

Aber der Strom der gesellschaftlichen Triebkräfte ist stärker, als die patriotisch-nationale Wissenschaft der Privilegirten. Unabhängig von ihr und zuerst von ihr todtgeschwiegen, dann begeifert und entstellt, vollzog sich die epochemachende Umwälzung auf dem Gebiete der Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft, das Werk der beiden Sozialisten Karl Marx und Friedrich Engels.

Karl Marx' materialistische Geschichtsauffassung ist der Abschluß der Geschichtsbeschreibung und der Anfang einer Geschichtswissenschaft. Ihre Bedeutung erhellt am besten, ihr Verständniß wird am leichtesten gefördert, wenn man sie im Lichte des Gedankenprozesses der Vergangenheit betrachtet, wenn man in ihr, ganz im Sinne ihres Urhebers, das Resultat der gesellschaftlichen und geistigen Entwicklung der Völker sieht.

I.

Wenn wir dem Entwicklungsgang der Erkenntniß der Natur und der Kultur nachspüren, so begegnen wir der eigenthümlichen Erscheinung, daß beide Ströme fast parallel laufen, daß da, wo der Strom der Natur-

Digitized by Google

erkenntniß eine rückläufige Biegung macht, auch der Strom der Kulturerkenntniß nachfolgt, ebenso wie der gerade vorwärts eilende Lauf des einen Stromes von dem anderen in derselben Richtung begleitet ist. Diese Erscheinung bestätigt sich von den frühesten Anfängen der Zivilisation bis in die Gegenwart.

Die Gesellschaftseinrichtungen der Völker des Alterthums sind wesentlich von den unsrigen verschieden. Charakterisiren sich alle Einrichtungen der modernen Gesellschaft, wie Werth, Geld, Arbeitsverhältniß, Staat u. s. w. durch die Komplizirtheit ihrer Zusammensetzungen, durch dasjenige, was diesen Einrichtungen für den Blick des Uneingeweihten eine Färbung verleiht, die wesentlich verschieden ist von derjenigen, welcher der Blick des wissenschaftlichen Nationalökonomen begegnet, so waren die gesellschaftlichen Einrichtungen des Alterthums einfache, für Jedermann verständliche.

Das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältniß kam klar und drastisch ohne Uebertünchung und ohne jedes Phrasengebimmel zur Erscheinung. Der Sklave galt als ein belebtes Werkzeug wie der den Pflug ziehende Ochse und das Wolle spendende Schaf. Er wußte, daß er kein Mensch im Sinne der Herrschenden sei, und daß er von diesen gezwungen werde, das von ihm Produzirte seinem Herrn auszuliefern. Um diese Verhältnisse in ihren wesentlichen Grundzügen zu verstehen, bedurfte es nicht eines solchen wissenschaftlichen Apparates, wie ihn die vielfach in einander eingreifenden Beziehungen des Menschen zum Menschen in der Gegenwart nöthig machen. Aber die Beschränktheit dieser Produktionsverhältnisse und der Mangel einer planmäßigen Beherrschung der Außenwelt hatten zur Folge, daß in dem Verhältniß des Menschen zum Menschen und zur Natur eine gewisse Befangenheit vorherrschend war.

Diese Befangenheit einerseits und Einachheit der Gesellschaftsinstitutionen andererseits spiegelte sich in den Köpfen der Alten wieder. In der Natur- und Gesellschaftserkenntniß jener Zeit begegnen wir deshalb einer innerhalb des noch beschränkten Horizontes menschlichen Wissens erstaunenswerthen Klarheit. Die Griechen waren bereits hinsichtlich des Naturlebens zu jener ebenso groß-

Digitized by Google

artigen als durch die Wissenschaft der Gegenwart bewahrheiteten Auffassung gelangt, daß alle Naturerscheinungen nur als in stetem Fluß befindlich gedacht werden müßten. Der klare geistige Blick der Griechen, welcher durch komplizirte Gesellschaftsverhältnisse noch nicht getrübt war, vermochte nicht die Dinge von einander zu trennen. Die Griechen sahen vielmehr Alles in Bewegung und in jeder Erscheinung die Ursache einer folgenden und die Folge einer vorangegangenen. Von dieser gewaltigen Naturanschauung der Griechen sind uns nur einzelne in den Werken ihrer Epigonen zerstreute Bruchstücke erhalten. Erst als in der Mitte unseres Jahrhunderts der Entwicklungsgedanke für alle Erscheinungen der Natur und Kultur, durch die wissenschaftliche Erfahrung vieler Jahrhunderte unterstützt, wieder neu erwachte, da war es Ferdinand Lassalle, welcher die Ruinen dieser seit mehr als zwei tausend Jahren verfallenen Weltanschauung zusammensuchte und in seinem Werke: Herakleitos der Dunkle, die fehlenden Zwischenglieder mit ebensoviel Gelehrsamkeit als Scharfsinn ergänzend, der Ideenwelt jener Zeit ein unsterbliches Denkmal setzte.

Die ganze Naturanschauung der früheren Griechen ist in den zwei Worten ihres namhaftesten Vertreters Heraklit ausgedrückt: Alles fließt. Jener unselige Zwiespalt zwischen Natur und Kultur, welcher die moderne Menschheit zersetzt, jenes Hinwegläugnen des Zusammenhanges zwischen Mensch und Weltall, jener stolze Aberwitz, den Menschen anderen als Naturgesetzen zu unterwerfen, fand noch keine Stätte bei den Griechen.

Diese Klarheit in der Erkenntniß der Natur findet sich auch in der Betrachtung des Gesellschaftslebens wieder. Die Griechen besaßen einen stark ausgeprägten realistischen Blick. Die Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft erschienen den wissenschaftlichen Leuchten der Griechen nur als das, was sie wirklich waren, als zeitlich entstandene, von Menschen errichtete Institutionen. Der Neigung, die Abstammung vieler Menschen auf die Götterwelt zurückzuführen, lag keineswegs jene Absicht zu Grunde, die Fürsten und Führer als von Gott eingesetzt hinzustellen. Denn auch niedrige Personen führen in

Digitized by Google

den Dichtungen der Griechen den Titel: von Gott abstammend.

Auch hatten sich die griechischen Forscher nicht zu der Höhe der Heuchelei erhoben, in der Sklaverei eine göttliche und ewig nothwendige Einrichtung zu sehen. Sie erblickten in der Sklaverei eine Institution, welche nothwendig sei, damit die herrschenden Klassen ihre Pflichten dem Staate gegenüber erfüllen und Kunst und Wissenschaft pflegen könnten. Das Bestehen der Sklaverei wurde nicht als Ausfluß göttlicher Einrichtung, sondern als aus den profanen Produktionsverhältnissen herausgewachsen erklärt. Aristoteles, der größte Philosoph des Alterthums, sagte: „Wenn jedes Werkzeug auf Geheiß oder auch vorausahnend das ihm zukommende Werk verrichten könnte, wenn die Weberschiffe von selbst webten, so bedürfte es weder für den Werkmeister der Gehilfen, noch für die Herren der Sklaven.“ Wir sehen also, daß die griechische Wissenschaft sich ganz klar war über das Wesen der Sklaverei. In der Gegenwart jedoch, in welcher der Mensch die Natur seiner Gewalt unterworfen hat, in welcher der Dampf und die Elektrizität die Muskel- und Gehirnthätigkeit der Menschen im Produktionsprozesse reichlich ergänzt, ist das Phantasiegebilde des Aristoteles zur Wirklichkeit geworden. Die Werkzeuge verrichten auf Geheiß das ihnen zukommende Werk, die Webschiffchen gehen von selbst hinüber und herüber, aber die Sklaverei ist geblieben. Der Arbeiter ist, anstatt Herr über die in den Dienst der menschlichen Produktion gezwungenen Naturkräfte zu sein, ihr Sklave geworden.

Trugen also die kritischen Anschauungen der Griechen über Staats- und Gesellschaftseinrichtungen den Stempel bewundernswerther Klarheit auf ihrer Stirn, so war es den Griechen in jener Zeit doch unmöglich, die Frage nach den der Entwicklung der Völker zu Grunde liegenden Thatsachen und Gesetzen auch nur aufzuwerfen. Die Zersplitterung in viele sich befehdende Staaten, die Unreife der Produktionsverhältnisse beschränkten den Horizont ihres geistigen Blickes. Die ganze Art ihrer Geschichtsschreibung zeigt uns recht klar die Meinung der Griechen, daß die Geschichte von einzelnen Männern, ihren Kriegs- und Friedensthaten gemacht werde. In den Geschichts-

Digitized by Google

werken der Griechen schrumpft deshalb die Darstellung dessen, was wir heute Zivilisation nennen, bis zu unnennbarer Bedeutungslosigkeit zusammen. Es war die erste Stufe einer materialistischen Geschichtsauffassung in dem Sinne, daß die materiellen Verhältnisse sich in den Köpfen der Menschen nur als das widerspiegelten, was sie sind, ohne überirdische Zuthat und irdischen Phrasenbrei. Von einem Gesetz, einer Theorie konnte noch keine Rede sein.

Den Umschwung der materialistischen Geschichtsauffassung zu einer idealistischen, d. h. zu einer Auffassung, welche die Entwicklung aus einem vorangesetzten Zweck erklären will und in jedem Ding die fleischgewordene Idee sieht, vollzogen die Römer.

Marx bemerkt in seinem „Kapital", daß die Geschichte des Grundeigenthums die Geheimgeschichte des Römerreiches gewesen sei. In den während des ersten Jahrhunderts nach Vertreibung der Könige den Staat erschütternden inneren Kämpfen zwischen den Nachkommen der alten Stammesgenossen, den Patriziern, und den aus den unterworfenen Städten angesiedelten freien Bürgern, den Plebejern, handelte es sich um Theilnahme an den Staatsländereien. Als die Plebejer die geforderte Gleichheit in hartem Kampfe durchgesetzt hatten, entwickelte sich ein neuer Geld- und Grundadel aus den Patriziern und Plebejern, welcher allmälig das ländliche Eigenthum der durch häufige Kriegsdienste ruinirten Bauern aufsog. So entstanden die ungeheuer großen, im Besitze des Adels befindlichen Landgüter. Je fruchtbarer sich im Laufe der Zeit die Bebauung des Grundes und Bodens entwickelt, einen je größeren Ueberschuß die Arbeit über ihre Unterhaltungskosten erzeugt hatte, um so stärker wurde das Bedürfniß nach Sklaven zur Bebauung der großen Ländereien. Dieses Bedürfniß konnte naturgemäß nur durch glücklich geführte Kriege befriedigt werden, da der Egoismus der Alten in gewisser Hinsicht noch Halt machte vor der Freiheit und Gleichheit der Stammesgenossen. Aus diesen steten Kriegen entwickelte sich der viele Jahrhunderte währende Glaube, es sei dem Römerreich von den Göttern die Bestimmung zu Theil geworden, den Erdkreis zu unterjochen.

Digitized by Google

Damit war der folgenschwere Schritt gethan von der naiven aber richtigen Auffassungsweise der Dinge zu ihrer Durchdringung mit überirdischen Ideen. Die Geschichte war in den Köpfen der Menschen nicht ihrer selbst willen da, sie wurde zur Sklavin einer Bestimmung. So gewöhnte man sich, in jedem Ding einen Zweck und in der Natur Vernunft zu erblicken. Diese Vernunft konnte natürlich nur eine menschliche sein, und so wurde der Mensch allmälig in den Mittelpunkt des Weltalls versetzt. Man begann kritische Untersuchung über Natur und Staat vorzunehmen, und der Maßstab, den man anlegte, war die den einzelnen Zeiten entsprechende Vernunft. Bezeichnet der Verlust des feinen Blickes der Griechen einen Rückschritt, so war die Entdeckung einer Entwicklung des Staates nach einem bestimmten Ziele hin ein entschiedener Fortschritt, wenn dieses Ziel auch anstatt in den realen Verhältnissen der Wirklichkeit in den schwankenden Lufthöhen menschlicher Einbildung und Phantasieen gesucht wurde. Die Bestimmung der Dinge verwuchs allmälig mit den Dingen selbst zu einem untrennbaren Ganzen, und so entwickelte sich die Anschauung von festgefügten, ewigen Natur- und Kulturerscheinungen.

Dieser Idealismus, welcher das Sein aus den Ideen erklärt anstatt die Ideen aus dem Sein zu erklären, erhielt sowohl durch das mittelalterliche Christenthum als auch durch die eigenthümlichen gesellschaftlichen Gebilde jener Zeit eifrige Förderung. Das in dem Papstthum verkörperte Christenthum des Mittelalters, welches aus den sozialen Verhältnissen jener Zeit herausgewachsen war, nährte in dem Kopf der Menschen den Gedanken, daß das Weltall und die menschliche Gesellschaft einer höheren Macht unterworfen und einem höheren Willen dienstbar sei. Nichts ohne Gott, alles für Gott war die überall gepredigte Lehre der Religion und der in das Fleisch und Blut der Menschen übergegangene höchste Moralbegriff. Die Thatsachen des Alltagslebens, die Wandlungen des sozial-politischen Seins galten deshalb als unabänderliche Fügungen einer höheren Macht.

Der Bau der feudalen Gesellschaft wirkte als zweiter Hebel für die Entwicklung der neuen Weltanschauung.

Digitized by Google

Das Mittelalter charakterisirt sich durch persönliche Abhängigkeit des Menschen, des Vasallen von seinem Fürsten, des Leibeigenen von seinem Herrn, des Gesellen von seinem Meister. Die Naturalwirthschaft, welche den größten Theil der mittelalterlichen Produktion beherrschte, erfordert feste, von den Zeiten ungebeugte Institutionen. Dieses feste Gefüge des Mittelalters erzeugte naturgemäß eine einseitig entwickelte Ideenwelt, deren Einzelheiten das Gefüge des Unveränderlichen, Unabänderlichen an sich trugen. So trugen Religion und Gesellschaft dazu bei, daß die natürlichsten Lebensverhältnisse eine Bedeutung erst durch die Heiligung erhielten, welche die Religion ihnen angedeihen ließ.

Trat bei den Römern die Geschichtsauffassung in den Dienst einer nationalen, politischen Idee, so im Mittelalter in den Dienst des internationalen religiösen Gedankens. Für die Menschen beider Zeiten war die Idee das Erste, die geschichtliche Entwicklung das Zweite, von der Idee Hervorgerufene und stets von ihr Beeinflußte. Die Gründe für die Entwicklung erschienen den Menschen des Mittelalters in demselben Lichte, wie denen des Alterthums. Die Geschichtsmacherei, glaubte man, würde in den Kabinetten der Staatsmänner, des Papstes, der Kardinäle, der Fürsten betrieben. Wie die Dinge im Einzelnen politisch sich entwickelten, hing nach der Auffassung jener Zeit, nur von den Fähigkeiten, der Durchtriebenheit, der Menschenkenntniß der einzelnen Berufenen und dem Willen Gottes ab.

In dem Schooße des Mittelalters begann aber jene Klasse sich zu rühren und Herrschergelüste zu fühlen, welche später den Feudalismus beseitigt und sich auf die Sessel ihrer früheren Herren gesetzt hat — die Bürgerklasse. Die Bourgeoisie charakterisirt sich vorzüglich durch ihr Bestreben, die Natur in großartigem Maßstab in den Kreis der Produktion hineinzuziehen. Sie konnte die zwerghaften Produktionsinstrumente des Mittelalters zu den gewaltigen Produktionshebeln der Gegenwart entwickeln nur durch Ergründung der Naturkräfte, ihrer Eigenschaften und Uebertragungsfähigkeiten. So wurde die Bürgerklasse von ihrem Klasseninstinkt dazu getrieben, der Natur, für welche die herrschenden Klassen des

Digitized by Google

Mittelalters ein nur geringes Interesse hegten, wieder näher zu treten.

Eine Reihe günstiger Umstände erleichterte dem Bürgerthum diesen Schritt aus der praktischen und geistigen Sphäre des Mittelalters heraus. Der gesellschaftliche Zersetzungsprozeß am Ende des Mittelalters hatte ganze Bevölkerungsschichten, wie das Ritterthum und die Bauernschaft ihrer freien und selbstständigen Stellung beraubt und überall den Geist der Unzufriedenheit erzeugt. Die Menschheit begann sich innerhalb der dem Alterthum und Mittelalter bekannten Welt nicht mehr wohl zu fühlen. Das Bestreben, über die Grenzen der engen Verhältnisse des Mittelalters hinauszukommen, ist schon einer der Hauptgründe für die Begeisterung der Völker, an den Kreuzzügen Theil zu nehmen. Seit jener Zeit folgte eine Kraftanstrengung der anderen, um neue Wege und Bahnen für die in lebhafter Umwälzung befindliche Menschheit zu entdecken. Es war eine der abenteuerlichsten Zeiten der Weltgeschichte! Ihren vorläufigen Abschluß fanden diese Bestrebungen mit der Entdeckung von Amerika. Durch die Entdeckung neuer Länder und durch das damit verbundene Einwandern ungeheurer Goldschätze in die feudalen Staaten Europas wurden die mittelalterlichen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse noch weiter zersetzt und zu theilweiser Wirkungslosigkeit verurtheilt. Auch der Menschengeist schöpfte reiche Nahrung aus der Fülle des neuen Materials, aus dem Natur- und Menschenleben. Die Naturwissenschaften, welche jetzt profitabel zu werden begannen, eroberten sich schnell eine bedeutende Stellung unter den Wissenszweigen.

Mit dem Eintritt der wissenschaftlichen Behandlung der Natur in den Kreis der von der Gesellschaft offiziell beglaubigten Wissenschaften wurde der mächtigste Anstoß für eine Umwandlung der Erkenntniß vom Wesen des Einzelmenschen und ganzer Staaten gegeben.

II.

Nachdem im 15. und 16. Jahrhundert die materiellen und geographischen Grenzen der mittelalterlichen Menschheit von der erstarkenden Bourgeoisie gesprengt worden

Digitized by Google

waren, begann die geistige Revolution mit Riesenschritten vorwärts zu eilen. Der menschliche Geist, welcher für seine Entwicklung Nahrung aus den neuen Produktionsverhältnissen gesogen hatte, wirkte wiederum auf die materielle Welt zurück.

Zuvörderst wandte sich das vom Banne des Mittelalters erlöste Denken der einer überwundenen gesellschaftlichen Stufe entsprechenden Religion zu. Der Katholizismus des Mittelalters war nicht nur ein religiös-geistiges, er war vorzüglich ein sozial-politisches Gebäude. Die Einrichtung der Klöster und die von ihnen ausgehende genossenschaftliche und im Großen betriebene Landbebauung, die von der Kirche organisirte Armenpflege, die mit religiösem Flitterwerk behangenen und von der Kirche eingerichteten Volksfeste, die Beherrschung des Familienlebens durch die Beichte bezeugen klar und deutlich den sozialen Charakter des mittelalterlichen Katholizismus.

Da die neuen Produktionsverhältnisse die Tendenz hatten, den Individualismus zu stärken auf Kosten der genossenschaftlichen Institutionen des Mittelalters, an Stelle der planmäßig betriebenen Produktion die freie Konkurrenz und die Anarchie zu setzen, so mußte es zu einem Zusammenstoß der beiden um ihre Existenz ringenden Welten kommen: der von der Kirche organisirten, beschränkten und bereits überlebten mit der im Werden begriffenen und immer mehr erstarkenden.

Da aber der Kapitalismus jener gewaltigen Theilung der Menschheit in zwei Klassen, eine alle Güter produzirende, aber mit des Lebens Nothdurft ringende und eine genießende, den größten Theil der Produkte der Unterdrückten sich aneignende Klasse, nicht entbehren konnte, so mußte er die Kirche als solche bestehen lassen. Die Wirksamkeit derselben, den Hunger und die Arbeit der Einen nicht minder als den Ueberfluß und Müßiggang der Anderen als ewige, unabänderliche und weise Einrichtungen Gottes hinzustellen, mußte von der kapitalistischen Produktion ebenso in Anspruch genommen werden, wie sie vom Feudalismus benutzt wurde. Die Kirche mußte aber ihrer sozialen Macht, welche den mittelalterlichen Geist in höchster Vollendung in sich

Digitized by Google

repräsentirte, entkleidet werden. Die Religion mußte, wie Marx sagt, verbürgerlicht werden. Und das ist der profane Zweck des Protestantismus gewesen. Daher der Kampf desselben gegen die Klöster, gegen die künstlerische Ausstattung der Kirchen und Dome, gegen die Beichte und die vielen Feiertage des Katholizismus.

Nachdem das neue, auf dem Grunde der Geldmacht erstandene Königthum und das Bürgerthum diese starke Säule des Feudalismus entweder zerstört, wie in England, Deutschland und der französischen Schweiz, oder als machtloses Ornament sich einverleibt hatten, wie in Frankreich und Spanien, schritt die Revolution vorwärts von der Religion zur Wissenschaft.

England hatte mit richtigem Instinkt die veränderten sozialen Verhältnisse auszunutzen begonnen und in kurzer Zeit das zerrüttete Spanien, die Zentralstätte der politischen Reaktion, aus seiner hervorragenden sozialpolitischen und kolonialen Position verdrängt. Da das englische Bürgerthum bereits im Mittelalter einen bedeutungsvollen Platz am Tische der Gesetzgeber okkupirt und so zu einem politisch einflußreichen Faktor des Staatslebens sich entwickelt hatte, rückte England zur Zeit des erwachenden Kapitalismus und der beginnenden Kolonialpolitik naturgemäß in den Vordergrund des europäischen Staatenkonglomerates. Dadurch, daß es sich der Erforschung der Natur und der in ihr waltenden Kräfte mit Begeisterung zuwandte und so die neuen sozialen Verhältnisse am besten für sich zu verwerthen wußte, entwickelte es sich in geistiger und materieller Hinsicht zu dem ersten Lande der damals zivilisirten Welt. Von England ging auch die Reformation der Wissenschaft aus.

War man im Mittelalter gewöhnt, in jedem Ding eine höhere Bestimmung zu sehen, so trat man jetzt in Folge eingehenderer Beobachtungen des Naturlebens allen Erscheinungen mit nüchternen Augen entgegen. Baco von Verulam war es, welcher zuerst eine neue Betrachtungsweise der Dinge in die Wissenschaft einführte. Mit ihm begann jene Epoche der Wissenschaften, in welcher man alle Dinge nach ihrer äußeren Erscheinung,

Digitized by Google

ihren inneren Eigenschaften, ihrem anatomischen und physiologischen Bau betrachtete. Es war die Zeit, in welcher man vor Allem Material für den Aufbau einer neuen Natur- und Geschichtsauffassung sammelte. Jene Spekulationen über den Zusammenhang der Dinge, über ihren Grund und Zweck, wurden in Acht und Bann gethan.

Einen so großen Fortschritt diese Epoche gegenüber der Verhimmlichung der natürlichsten Menschenverhältnisse bedeutete, eine ebenso große Einseitigkeit wurde durch eine solche Betrachtungsweise der Dinge erzeugt. Dadurch, daß man in jeder Erscheinung nur die Erscheinung an und für sich betrachtete und untersuchte, konnte die Frage nach dem Entstehen und Vergehen der Dinge nicht einmal aufgeworfen werden. Die frühere Anschauung vom Starren, Festen, Unwandelbaren aller Erscheinungen in der Natur und Geschichte blieb nach wie vor bestehen, nur die Ursachen der Erscheinungen wurden von den eingebildeten Höhen des Himmels in die Dinge selbst versetzt. Dadurch wurde der Idealismus des Mittelalters zwar erschüttert, aber nicht beseitigt. Sprach man im Mittelalter von ewigen, übernatürlichen Einrichtungen, so sah man jetzt in den Erscheinungen zwar das Natürliche, aber verlieh ihnen nicht minder als früher ewigen Bestand, nach Vergangenheit und Zukunft. Die Ewigkeit aller Naturerscheinungen und der gesellschaftlichen Grundlagen konnte nur erklärt werden aus einer dem Weltall und der Gesellschaft innewohnenden unantastbaren Zweckmäßigkeit. Von einem nothwendigen Zusammenhang aller Erscheinungen im Natur- und Menschenleben war noch keine Rede. Im Gegentheil! Der Zusammenhang der Dinge wurde auseinandergerissen, jedes einzelne für sich betrachtet — der geniale Sinn der Griechen für den Werdeprozeß der Dinge war ganz erloschen.

Die Geschichtsauffassung des Reformationszeitalters offenbart ebenso wie die Naturanschauung jener Zeit ein buntes Gemisch von Fortschritt und Rückschritt. Die revolutionären Kämpfe, welche in dem Gesellschaftskörper des 15., 16. und 17. Jahrhunderts tobten, lenkten die Aufmerksamkeit des Denkers mit zwingender Nothwendig-

Digitized by Google

keit auf die Gestaltung der inneren Staatszustände und erweckten das Verständniß für den gesellschaftlichen Werdeprozeß; das aus der ökonomischen Entwickelung jenes Zeitalters herausgewachsene absolute Fürstenthum, in dessen Würden der militärische und administrative Apparat der Gesellschaft vereinigt war, trübte hinwiederum den Blick für rein gesellschaftliche Vorgänge und erzeugte den Glauben, als ob der Staat nur ein Werkzeug in den Händen des Fürsten sei. Das Wort Ludwigs XIV.: „Der Staat bin Ich", ist weniger der Ausdruck eines starken Selbstbewußtseins als vielmehr der Inbegriff der Denkweise vom Wesen der Gesellschaft im Zeitalter des Absolutismus. Und so finden wir auch in den Schriften der Humanisten und kirchlichen Reformatoren glänzende Darstellungen der gesellschaftlichen und staatlichen Zustände ihrer Zeit, das Gros der Geschichtswerke aber ist angefüllt mit einer Aufeinanderfolge von Kriegen, Geburts- und Todestagen der Fürsten und Staatsmänner, mit der chronique scandaleuse der einzelnen Höfe. Damals schrieb ein italienischer Staatsmann, Machiavelli, sein Werk: das Buch vom Fürsten. Die Anschauung, daß die Fürsten ganz nach ihrem Belieben und ihren Fähigkeiten Geschichte machen können, feiert in diesem Werke seine glänzendste Vertheidigung. Es waren die Kinderjahre der Bourgeoisie!

Je mehr die Aera des Kapitalismus sich entwickelte, um so mehr wurden die Menschen auf die Erkenntniß der Natur hingewiesen. Kepler nnd Newton fanden die Gesetze, durch welche die Umdrehungen der Planeten um die Sonne bedingt werden, Descartes stellte den Satz auf, daß die Summe der Bewegungen und Bewegungsursachen im Weltall stets dieselbe bleibe, Hooke erklärte das Licht als eine Wellenbewegung der kleinsten Aethertheilchen. Der Gedanke, alle Naturerscheinungen als von einander abhängige, durch Naturgesetze bedingte und insofern nothwendige zu betrachten, brach sich immer mehr Bahn

Konsequente Denker trugen diesen Gedanken zugleich in das Wesen des einzelnen Menschen hinein, und Spinoza, einer der größten Philosophen aller Völker

Digitized by Google

und Zeiten, war der erste, welcher mit Entschiedenheit und wissenschaftlicher Begründung die Lehre aufstellte, daß alle Handlungen des Menschen nothwendige, aus dem Bau seines Körpers und aus seiner geistigen und sozialen Umgebung nach ganz bestimmten Gesetzen erfolgende seien. Nur die Unkenntniß dieser Gesetze verleite zu dem Glauben an die Willensfreiheit des Menschen. Dieser Jahrtausende lang den Menschen erfüllende Glaube war hiermit wissenschaftlich beseitigt und die Möglichkeit gegeben, den Menschen in die Natur als reines Naturwesen einzureihen. Hatte der Mensch des Mittelalters sich außerhalb der Natur gestellt und für sich besondere Gesetze und die Freiheit seines Willens im Gegensatz zu allen übrigen Wesen in Anspruch genommen, so wurde von Spinoza der erste Schritt gethan, den Menschen von diesem Wahn zu befreien und ihn als das hinzustellen, was er wirklich ist, als ein Wesen, hervorgegangen aus dem Schooß der alles beherrschenden Natur, unterworfen den Gesetzen, von welchen der zur Erde fallende Stein nicht minder beherrscht wird, als das Gehirn des Menschen, welchem die bewundertsten Kunstwerke entstammen.

Diese philosophisch-naturwissenschaftliche Lehre wurde von Spinoza nur hinsichtlich des einzelnen Menschen, aber noch nicht in Bezug auf ganze Völker und die ganze Geschichte ausgesprochen. Eine so erweiterte Anschauung war bei den immerhin noch unentwickelten Produktionsverhältnissen der damaligen kapitalistischen Epoche unmöglich zu gewinnen. Die Klassenkämpfe der Vergangenheit hatten sich äußerlich stets nur zwischen winzigen Theilen der Gesammtbevölkerung abgespielt. Erst in einer Epoche, in welcher die Massen den Raum hinter den Koulissen, wo sie bis dahin, selbst von der Wissenschaft unbeachtet, vegetirt haben, zu verlassen und in Folge der gewaltigen Entwicklung der Industrie auf die Bühne des sozialen Ringens zu treten gezwungen sind, konnte in den Köpfen der Forscher der Gedanke erwachen, das Gesetz der Nothwendigkeit auch auf die Entwicklung der Geschichte anzuwenden. Die Lehre des Spinoza war nur die Grundlage für den Aufbau jenes gewaltigen wissenschaftlichen Gebäudes, welches im neunzehnten Jahrhundert von den

Digitized by Google

geistigen Vertretern des Proletariats aufgeführt wurde. Und insofern ist Spinoza der Vorgänger von Marx.

Die Forscher des 18. Jahrhunderts erweitern und entwickeln diese für eine neue Weltauffassung epochemachende Lehre des von seinen jüdischen Stammesgenossen verstoßenen einsamen Denkers. Die Ursache des menschlichen Denkens wurde besonders von englischen Philosophen in den Kreis wissenschaftlicher Studien gezogen. Die Ansicht, daß die allgemeinen Ideen dem Menschen angeboren seien, eine Lehre, welche vom frühesten Alterthum bis in das 17. Jahrhundert von der Wissenschaft anerkannt war, wurde in die Rumpelkammer der Geschichte geworfen und an die Stelle dieser „Wahrheit" der Satz aufgestellt: es giebt keine Ideen, die nicht durch das Thor der Erfahrung in das Denkvermögen eingezogen wären. Damit war zum ersten Male eine feste Grundlage für eine materialistische Erklärung der geheimnißvollsten Funktionen des menschlichen Körpers, des Denkens, gewonnen.

Aber auch diese Erweiterung der Philosophie Spinozas im Sinne des Materialismus hatte nur den einzelnen Menschen, aber nicht ganze Völker und Zeiten zum Gegenstand. Dieser Materialismus, welcher die Dinge zwar aus sich selbst, aber nur in ihrem todten Sein und nicht in ihrer lebendigen Entwicklung erklärte, mußte jedoch naturgemäß ein sehr beschränkter, in mancher Hinsicht noch schiefer und unreifer sein. Die Begriffe des Ewigen, Starren, Unabänderlichen wurden von den Vertretern jener materialistischen Auffassung sogar auf die Spitze getrieben. Dieser Materialismus beschäftigte sich mit sogenannten Grundwahrheiten, welche über Zeit und Raum emporfliegen, während er in Wirklichkeit nur getragen war von Ideen, welche von dem sozialen Grundgebäude emporgestiegen waren in das Gehirn der Menschen und als Gedanken einer räumlich und zeitlich begrenzten Epoche nur von beschränkter, bedingungsweiser Richtigkeit waren. Sprach der Katholizismus von Tugend, Ehre, Lebenswandel nach göttlichen Gesetzen, so verwandelten diese Materialisten die göttlichen Gesetze in ewige, dem denkenden Menschen innewohnende, der absoluten Vernunft entsprechende. Diese „absolute"

Digitized by Google

Vernunft war aber nichts weiter als die Vernunft des Bourgeoismenschen des vorigen Jahrhunderts.

Aber gleichwohl lag hierin ein bedeutungsvoller Fortschritt gegenüber der Verhimmlichung des Menschenthums im Mittelalter. Die Bedeutung dieses Materialismus, welcher von den französischen Enzyklopädisten am konsequentesten vertreten wurde, ist weniger auf dem Gebiete der Theorie als auf dem der Praxis zu suchen. Er war eine heilsame Reaktion gegen das Menschenfeindliche, das in der Kirche seit der Reformation das Uebergewicht erlangte, gegen die Vertröstung der Armuth auf ein besseres Jenseits. Er war der erste Ruf seit zweitausend Jahren, welcher die Menschen aufforderte, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten ausschließlich auf die Gestaltung des Irdischen zu lenken und in der profanen Beschäftigung ihren ausschließlichen Lebenszweck zu erblicken.

Der Mensch, welcher durch die soziale und religiöse Gestaltung der mittelalterlichen Gesellschaft in dem freien Gebrauch seiner Geistes- und Körperkräfte nach allen Seiten hin gehindert und beschränkt war, rang nach Raum für die Bethätigung seines kräftigen Individualismus. Aber er suchte die Nothwendigkeit der persönlichen und staatlichen Freiheit nicht aus dem historischen Werdeprozeß zu entnehmen, sondern er versenkte sich in sich selbst und hörte in dem Ruf des Jahrhunderts den Schrei der ewigen Menschheit. An Stelle des historisch-religiösen Rechtes der früheren Zeit setzte dieser Materialismus das Naturrecht, welches er für den Ausfluß der aus jahrtausendlangem Schlaf erwachten ewigen Vernunft ansah.

Für eine wissenschaftliche Geschichtsauffassung mußte dieser Materialismus ganz unfruchtbar sein, denn er betrachtete das Völker- und Menschenleben in dem Bilde eines Kreises, anstatt einer unendlich fortschreitenden Linie. Er beurtheilte die ganze frühere Geschichte vom Standpunkt seiner vermeintlich souveränen Menschenwürde und seiner „absoluten“ Vernunft. So mußte er in der Geschichte, in welcher Sklaverei, Leibeigenschaft, Unterdrückung und Betrug wesentliche Faktoren sind, nur eine Reihenfolge von Räubereien und Willkürlichkeiten sehen.

Digitized by Google

Gegenüber der „Unvernunft“ der ganzen früheren Geschichte handelte es sich für ihn, ein Reich zu gründen, in welchem die absolute menschliche Sittlichkeit ihren Herrschersitz aufgeschlagen. Der Blick jener Denker, welche, von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis in die französische Revolution hinein, das geistige Leben der zivilisirten Völker beherrschten, war in Folge des eifrigen Versenkens in das Sein der Dinge getrübt für den Gedanken einer Entwicklung. Die Weltgeschichte und die Menschheit den „ewigen“, aber leider in Vergessenheit gerathenen Moral- und Vernunftbegriffen zu nähern, betrachteten diese Denker als eine herrliche Lebensaufgabe. Männer wie Voltaire, Rousseau, Diderot, Condorcet u. s. w. rufen die Forderungen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit geistreichen, leidenschaftdurchglühten, kühnen Worten in die dumpfe, von der Tyrannei des Absolutismus und dem Verwesungsdunst des verfallenden Feudalismus erfüllte Atmosphäre hinein. Es war die Zeit, in welcher die ihrer Macht sich bewußte, aber von den Ausläufern des Feudalismus in ihrer vollen Entfaltung gehinderte Bourgeoisie revolutionär fühlte und dachte.

Als sie wirklich das morsche Staatsgebäude der corrumpirten französischen Feudalherrn über den Haufen geworfen, da begann sie mit dem Aufbau des von der Philosophie verkündeten Vernunftstaates. Da kamen nun die handgreiflichen und nothwendigen sozialen Institutionen des Kapitalismus in einen verhängnißvollen Konflikt mit den aus dem Grunde der „ewigen“ Vernunft emporsprießenden Revolutions-Phrasen: Liberté, égalité, fraternité. In den Reden des salbungsvollen Hohenpriesters Robespierre, des wild-genialen Danton, des schwärmerischen St. Juste wird das Thema von der Nothwendigkeit der Tugend und Gleichheit aller Bürger unendlich ausgesponnen. Auf der einen Seite sah man in den Grundzügen der kapitalistischen Eigenthumsverhältnisse ewige, unabänderliche Einrichtungen, auf der anderen Seite sollte die Forderung der „ewigen“ Vernunft nach Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, verwirklicht werden.

Was war das Wesen dieser Gleichheitsforderungen,

Digitized by Google

welche mit einer bewunderungswerthen Energie und mit einer noch bewunderungswertheren Aufopferungsfähigkeit von den Männern des Schreckens unerbittlich gestellt wurden?

Diese Gleichheitsideen sind nur als eine Vergeistigung der grob sinnlichen Bedingungen für die kapitalistische Produktion zu verstehen. Diese ist nur möglich durch Verwirklichung der Gleichheit aller Waarenbesitzer unter einander. Im Kapitalismus verschwindet die Persönlichkeit des Waarenbesitzers in die Unpersönlichkeit der Waare und des Geldes. Einer durch die Maschinerie produzirten Waare und dem allgemeinen Tauschwerth, dem Gelde, steht es nicht auf der Stirn geschrieben, wer sie produzirt und besessen hat. Die Waaren treten einander gegenüber nicht als Arbeiten dieser oder jener Persönlichkeit, sondern als Produkte, in denen allgemein menschliche Arbeit „geronnen" ist. (Marx.)

Die kapitalistische Produktion, auf eine bestimmte Entwicklungsstufe angelangt, erfordert aber auch neben der Gleichheit der Waarenbesitzer eine anscheinende Gleichheit der Arbeiter mit diesen. Der Kapitalist kann nur eine freie Arbeitskraft gebrauchen, welche den beschränkenden Fesseln der mittelalterlichen Zünfte entsprungen und durch das Gesetz der Freizügigkeit den wandelnden Bedürfnissen des Marktes sich anzuschmiegen im Stande ist. Diese aus den sozialen Verhältnissen herausgewachsene Forderung mußte zuvörderst auf die Beseitigung der sichtbarster Ungleichheit und des handgreiflichsten Klebens an der Scholle, auf die Aufhebung der Leibeigenschaft hinarbeiten. Diese wurde in allen kapitalistischen Staaten am Ende des vorigen und am Anfange unseres Jahrhunderts beseitigt. Sogar das selbstherrliche Rußland mußte sich den aus den mächtigen Produktionsverhältnissen resultirenden Forderungen fügen und in den sechziger Jahren die leibeigenen Bauern in freie, ihre Arbeitskräfte dem Belieben des Kapitals an diesem oder jenem Orte unterordnende Arbeiter verwandeln.

Jener Revolutionsruf nach Gleichheit fand ferner seine Verwirklichung in der Abschaffung der Steuerfreiheit des Adels, des besonderen Rechtsbuches für denselben, in der Beseitigung der letzten Reste des Feudalismus. Alle

Digitized by Google

weitergehenden Gleichheitsforderungen, wie sie von den Helden der Revolution als der „ewigen" Vernunft des Menschen entsprechend gestellt wurden, mußten an der Kraft der damaligen Produktionsverhältnisse zerschellen.

Der Staat, der nun von der Bourgeoisie auf den Trümmern des Feudalismus erbaut wurde, kümmerte sich nicht um die ideale, von der Wirklichkeit absehende Geschichtsauffassung jener schwärmerischen Revolutionsgeister, welche mit unerreichter Hingebung für ihre Ideen das Opfer ihres eigenen Lebens brachten. Die rücksichtslose, aber logische Wirklichkeit hatte wiederum den Sieg davongetragen über die humanen, aber unlogischen Lehren der Moralisten.

Nun stand das Reich des Kapitalismus da, gestützt auf das Schwert und das Geld, von Kraft und Hoffnung strotzend. Aber nun trat an die herrschende Bourgeoisie die Aufgabe heran, nicht nur materiell ihren Todtengräber zu produziren, sondern auch auf dem Gebiete der Natur- und Geschichtswissenschaft unbewußt das Material herbeizutragen, welches nothwendig war für eine Umwandlung der Geschichtsauffassung im Sinne eines erweiterten Materialismus und für eine dadurch erst ermöglichte wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

III.

Die Sturmglocken der französischen Revolution läuteten nicht nur die alten gesellschaftlichen Einrichtungen, sondern auch die alten wissenschaftlichen Methoden zu Grabe. Der Gedanke einer Entwicklung im Natur- und Völkerleben, welcher unter dem Schutte von zwei Jahrtausenden begraben lag, wurde von den hervorragendsten Denkern aus seiner Ruhe aufgestört und auf das Piedestal aller derjenigen Erfahrungen gesetzt, welche die Wissenschaft von den Zeiten der alten Griechen bis in das 19. Jahrhundert hinein errungen hatte. Mit den handgreiflichsten Dingen beginnend, schritt diese wissenschaftliche Methode unablässig vorwärts, bis sie das ganze Natur- und Menschenleben in ihren Herrschaftskreis gezogen

Als die Bourgeoisie in revolutionärem Zorne die Fesseln des Feudalismus zu sprengen suchte, als sie noch mit dem Idealismus der Jugend das Kraftbewußtsein des

Digitized by Google

Mannesalters verband, da waren ihre herrlichsten Geistesthaten gegen die aus den alten, verhaßten Zeiten vererbte Religion gerichtet. Aber alle religiösen Diskussionen des Mittelalters, alle wissenschaftlichen Dispute der neueren Zeit hatten die Religion in ihrem todten Sein, in ihrem absoluten Nutzen oder Schaden zum Gegenstand.

Fernab von dem lärmenden Treiben der Welt, in der stillen Gelehrtenstube eines deutschen Geistesriesen, welcher alle gewordene wissenschaftliche Erkenntniß mit genialem Scharfsinn zu überblicken im Stande war, begann bereits im vorigen Jahrhundert jener Gedanke zu keimen, daß die Frage hinsichtlich der Religion falsch gestellt sei, daß die Kritik sie nicht betrachten dürfe in ihrem isolirten Zustande, sondern in lebendigem Zusammenhang mit den sich entwickelnden gesellschaftlichen Einrichtungen. Dieser zu seiner Zeit bestgehaßte Gelehrte und Dichter, Lessing, untersuchte zum ersten Mal die Religion nach ihrem psychologischen Ursprung, ihrer gesellschaftlichen Nothwendigkeit und ihrem natürlichen Tode hin.

Es ist erklärlich, daß eine solche zum ersten Mal aufgestellte Theorie in ihren Einzelheiten noch stark beeinflußt wird von den gewordenen Anschauungen und Ausdrücken. Ebenso wie Spinoza, der genialste Vertreter des wissenschaftlichen Monismus*), seine Lehre durchtränkte mit den aus den dualistischen Anschauungen entstandenen Ausdrücken, so entnahm auch sein begeistertster Schüler die Worte, welche seine neuen Ideen mittheilten, dem Sprachschatz der den entgegengesetzten Anschauungen huldigenden Menschheit.

Das Geniale und Kulturhistorische dieser Leistung Lessings bestand darin, daß er der Kritik eine neue Bahn eröffnet hat, wenn auch seine Lösung der Frage vom Standpunkte der entwickelten materialistischen Geschichtsauffassung im Ganzen und Großen mißlungen ist. Lessing suchte die Entwicklungsgesetze der Religion nicht aus ihrer realen Grundlage, den gesellschaftlichen Produktions- und

*) Die Philosophie unterscheidet Dualismus (Zweiheit) d. h. Trennung des Körpers vom Geist, des Weltalls von Gott, und Monismus (Einheit).

Digitized by Google

Vertheilungsverhältnissen der Menschheit, sondern aus einem ihr von außen her gesetzten Zweck zu erklären. Er fand zwar — und das ist das Geniale seiner Kritik — daß die Religion sich entwickle entsprechend der Entwicklung des Menschengeschlechtes, aber bis auf die letzten Ursachen dieser Entwicklung konnte er bei dem Stand der damaligen gesellschaftlichen Institutionen und wissenschaftlichen Erkenntniß nicht vordringen. Er faßte den Zweck der Religion als einen pädagogischen auf und betitelte die kleine Schrift, welche die Wiege einer neuen Religionskritik ist: „Die Erziehung des Menschengeschlechts." Sein geistiger Adlerblick durchmaß den Weg der weiteren religiösen Entwicklung und schaute bis an das Ende derselben, bis „in die Zeit der Vollendung, da der Mensch das Gute thun wird, weil es das Gute ist und nicht, weil willkürliche Belohnungen darauf gesetzt sind."

Aber sein kühnes Auge durchdrang nicht nur die Dunkelheit, welche sich um die Religion gelagert hatte, sondern es bemühte sich auch, die Räthsel der menschlichen Gesellschaft und des Staates zu durchschauen. Und auch hier in dem kleinen Zwiegespräch zwischen Ernst und Falk müssen wir die genialen Geistesblitze bewundern, welche die um das Wesen des Staates sich lagernden Vorurtheile zerstreuten. Lessing führte bereits die Existenz des Staates auf die Eigenthumsverhältnisse der Gesellschaft zurück und sah bereits ein, daß der Staat ein Machtmittel in den Händen der jeweilig herrschenden Klasse ist.

Sein freiheitsliebender Geist witterte bereits die Luft der Zukunft, die Luft der Gleichheit. Mit welcher melancholischen Sehnsucht strebt er in dieser kleinen Schrift, deren Fortsetzung in Folge „eines bittenden Winkes höheren Ortes" leider unterblieb, heraus aus der dumpfen Atmosphäre der Ungleichheit in der menschlichen Gesellschaft und erbaut in seinem Geiste einen idealen Freimaurerorden mit jener Gleichheit, „die meine ganze Seele mit so unerwarteter Hoffnung erfüllte, sie endlich in Gesellschaft von Menschen athmen zu können, die über alle bürgerlichen Modifikationen hinweg zu denken verstehen, ohne sich an einer zum Nachtheil eines Dritten zu versündigen."

Digitized by Google

Die bald darauf ausbrechende französische Revolution riß auch in Deutschland die Geister aus dem politischen Indifferentismus heraus und rückte die menschliche Gesellschaft dem Ideenkreise der Denker näher. Besonders die Philosophen Deutschlands, welche stets geneigt waren, Spekulationen nachzujagen und eine Welt von Phantasieen und Abstraktionen in ihrem Kopfe zu erzeugen, fanden nun einen neuen Gegenstand, an dem sie ihre spekulativen Zähne wetzen konnten. Unter den Philosophen im ersten Viertel unseres Jahrhunderts befehdete ein System das andere, eine Rechts- und Staatstheorie warf der anderen Unwissenschaftlichkeit vor, die Naturphilosophen erhoben den Anspruch, daß ihre aus ihrer Phantasie hervorgewachsene Welt ein die Wirklichkeit umfassendes Ganzes sei; — daneben wurde auch manches Gute und Dauerhafte zu Tage gefördert; aber für den Fortschritt der Geschichtsauffassung fiel nur hin und wieder ein magerer Brocken von der Tafel der „Könige im Reiche des Gedankens" bis der universelle Geist des Philosophen Hegel dieser Wissenschaft neue Grundlagen schuf, auf denen die Zukunft weiterbauen konnte.

Hegel unterschied sich von seinen Vorgängern und Zeitgenossen weniger durch den Inhalt seiner Philosophie, als durch die neue Methode, die er einführte. Die geistige Atmosphäre, in der Hegel sich entwickelte und in der er auch feste Wurzel schlug, war erfüllt von idealistischen Ueberschwänglichkeiten und Phrasen. Es war die Zeit der Romantiker, eines Schlegel, Tieck, Novalis, Werner. Wie die Alchymisten des Mittelalters ihre ganzen Geisteskräfte anstrengten, den Stein der Weisen zu finden, so verwandten die Denker jener Zeit ihr ganzes Können und Wissen darauf, „in der Erscheinungen Flucht den ruhenden Pol" zu finden — das absolut Gute, das absolut Vernünftige. So auch Hegel. Es war dieses ein Tribut, den er seiner Zeit zollte. Auch Hegel verfiel in den Irrthum, daß man Natur- und Kulturerscheinungen in ein fest abgeschlossenes System bringen und mit dem Maßstab des Absoluten messen könne. Sein System erhob sich gleich dem Pegasus der zeitgenössischen Dichter über Zeit und Raum u[nd] mußte so für Zeit und Raum unwirksam sein.

Digitized by Google

Aber gleichwohl hat dieser Denker die Wissenschaft bereichert und eine Wirkung auf die Zukunft erreicht, wie je ein Denker vor ihm. Er steht „bewaffnet mit der ganzen Bildung seines Jahrhunderts“ an der Eingangspforte einer neuen wissenschaftlichen Methode — der Dialektik. Er war der Erste, welcher die Lehre Spinoza's von der Nothwendigkeit aller Erscheinungen auf die Geschichte anwandte und so wissenschaftliches Verständniß für die ganze vergangene Geschichte erzeugte. Zum ersten Male wurde die Geschichte dargestellt als ein Ganzes, welches aus einander berührenden und durch den Kitt eherner Nothwendigkeit mit einander verbundenen Erscheinungen besteht. Die Geschichte der Vergangenheit war nicht mehr, wie in den Köpfen der französischen Materialisten, eine Geschichte von Räubern und Betrügern, die Religionen nicht mehr Systeme von einigen Schwindlern und Tyrannen, zur Unterdrückung der Menschheit erdacht, die Rechtsanschauungen nicht mehr willkürliche, den Interessen der Fürsten dienende, sondern alles was war und ist, wurde in seinem organischen Zusammenhange mit der Vergangenheit betrachtet. Der von Hegel aufgestellte und so häufig angegriffene Satz: „Alles was ist, ist vernünftig“ bedeutet nichts anderes, als daß jede Erscheinung in der Geschichte aus bestimmten Voraussetzungen emporgewachsen, also nothwendig, also vernünftig ist.

Es war ein bedeutsamer Schritt, den die deutsche Philosophie machte, da sie die Begriffe Nothwendigkeit und Vernunft einander gleichsetzte. Man sollte meinen, daß Hegel damit dem absolut Guten und Vernünftigen den Todesstoß versetzt hätte. Und in der That war diese dialektische Seite seiner Philosophie die revolutionäre, einer weiteren Entwicklung fähige. Damit mußte aber diese Entwicklungstheorie in einen Konflikt mit dem abgeschlossenen philosophischen System Hegels gerathen. Auf der einen Seite Nothwendigkeit und Entwicklung, auf der anderen menschliche Willensfreiheit und absolute Wahrheit. Um beide Gegensätze zu einem Ganzen zu verbinden, that Hegel den verhängnißvollen Schritt, die Entwicklung auf den Kopf zu stellen und ihr als äußerstes Ziel, gleich seinem Vorgänger Fichte, den absoluten

Digitized by Google

Vernunftstaat hinzustellen, sie also anstatt aus sich selbst, aus der Idee zu erklären. Er war deutscher Professor an der Berliner Universität und Idealist.

Aber diejenigen Keime seiner Philosophie, welche gesund und entwicklungsfähig waren, wurden von seinen befähigtesten Schülern weitergebildet und im Sinne der Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaften erweitert.

Auch in den Naturwissenschaften war, wie in der Philosophie, der Kampf zwischen den Vertretern der Entwicklung und denen des Starren, Ewigen entbrannt. Schritt um Schritt erkämpfte sich die erstere Partei weiteren Boden, bis sie endlich die Fahne des Sieges auf der ganzen Linie aufpflanzen konnte. Sprach früher die Naturwissenschaft von vielen selbständigen Kräften, die seit Ewigkeit im Weltall thätig sind, betrachtete man Licht, Wärme, Elektrizität u. s. w. als von einander geschiedene, in die Materie gepflanzte Kräfte, so gelang es allmälig, diese Unterschiede zu beseitigen und alle im Weltall befindlichen Kräfte auf eine einzige zurückzuführen. Das Gesetz von der Verwandlung der Energie betrachtet alle Kräfte nur als eine Umwandlung der ursprünglichen einzigen, der Bewegungskraft, der Anziehungs- und Abstoßungskraft der Moleküle.

Der Gedanke, die Entwicklung auch auf alle Erscheinungen in der Natur anzuwenden, die Schranken zwischen den anscheinend starren und festen Dingen völlig nieder zu reißen, schritt rüstig vorwärts. Das Experiment bewies, daß auch die Grenzen zwischen festen, flüssigen und luftförmigen Stoffen nicht in den Dingen selbst liegen, sondern aus den Umgebungsursachen zu erklären seien. Noch bestand aber eine feste Grenzmauer zwischen den Thieren und Pflanzen. Seitdem jedoch Schwann und nach ihm Virchow die kleinsten Bestandtheile der Pflanzen und Thiere mikroskopisch untersucht und ihren gemeinsamen Charakter erkannt hatten, hat der Gedanke, daß jedes Thier und jede Pflanze zusammengesetzt ist aus Zellen, welchen ein individuelles Leben zukommt, alle Gegner aus dem Felde geschlagen und eine vollständige Einheit in der ganzen organischen Natur nachgewiesen.

Digitized by Google

Aber noch war die chinesische Mauer, welche der Mensch um sich gegen die übrige Natur gezogen hatte, unversehrt. Die Wissenschaft hatte seit Jahrtausenden davon gesprochen, daß in dem Organismus des Menschen eine Kraft thätig sei, die man nirgend anderswo in der Natur finde, die Lebenskraft. Doch auch hier gelang es dem Experiment, alle im menschlichen Organismus thätigen Kräfte aufzulösen in die einfachen Naturkräfte, die überall, wenn auch in veränderter Form, wirken. Es giebt keinen nennenswerthen Vertreter der Naturwissenschaften mehr, der es jetzt auch nur wagte, von Lebenskraft zu sprechen.

Bald fiel auch das festeste Bollwerk, welches dem Gedanken der Einheit und Entwicklung im Weltall entgegenstand, die zu einem Volksvorurtheil gehärtete wissenschaftliche Anschauung, daß die Arten im Pflanzen- und Thierreich bestimmt abgegrenzt und unveränderlich seien. Auch hierin ist der menschliche Geist zu einer in ihren Grundzügen fast allgemein anerkannten Aufklärung gelangt, zu der Theorie, daß alle Arten durch den Kampf ums Dasein und die Macht der Vererbung allmählich entstanden seien, und daß dieses Gesetz der Entwicklung in der Natur gegenwärtig noch ebenso walte wie vor Jahrtausenden. Nachdem Göthe, Geoffroy St. Hillaire, Lamark, Hegel diese Lösung des Räthsels ahnend ausgesprochen, trat im Jahre 1859 der englische Forscher Darwin mit der von wissenschaftlichem Ernst getragenen und von den experimentellen Erfahrungen von zwanzig Jahren erfüllten Schrift: „Die Entstehung der Arten" in die Schranken. Die Wirkungen dieser welthistorischen, wissenschaftlichen Erkenntniß auf alle übrigen Wissenschaften waren so ungeheure, daß nur die universelle Bildung eines Alexander v. Humboldt sie im Einzelnen zu schildern im Stande wäre.

Die Bourgeoisie, deren Kampf in den Phantasien der Dichter und Denker ein Kampf für die Befreiung des ganzen Menschengeschlechtes gewesen war, hatte nicht vermocht, die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, durchzuführen. Im Gegentheil, sie hatte aus der Entwicklung ihrer sozialen Grundlage eine neue Klasse

Digitized by Google

der Unterdrückten erzeugt, welche die Sklaven des Alterthums an Menge und die Leibeigenen des Mittelalters an Unsicherheit der Existenz bei weitem übertraf. Die Industrie, diese stärkste Erzeugerin des bürgerlichen Reichthums, hatte andererseits große Massen von Arbeitern in Fabrikstädten konzentrirt und ihnen eine Macht gegeben, die sie bei den isolirten Arbeitsverhältnissen der Vergangenheit früher nie besitzen konnten.

Die Ideen der Freiheit und Gleichheit, welche die französische Revolution in alle Klassen und in alle Länder geschleudert hatte, erzeugten neue Gährungen in den Arbeitern, von denen jeder das Elend seiner eigenen Existenz in dem Spiegelbilde des anderen sah. Das erste Wetterleuchten kam aus Frankreich, das zweite aus England. In dem Aufstand der Arbeiter in Lyon im Jahre 1834 und in der englischen Chartisten-Bewegung stießen die neugeborenen Proletariermassen ihren ersten Schrei aus. Und dieser Schrei erfaßte auch das Herz und das Mark der anderen Klassen und erzeugte in ihnen zwar wilde Panik, aber in einigen geistig bevorzugten Mitgliedern leidenschaftliche und beredte Begeisterung.

Die Unterdrückten, welche in früheren Zeiten, stumm und in ihr Schicksal ergeben, in den Winkeln der Menschheit gekauert und für die herrschenden Klassen gearbeitet hatten, begannen Selbstbewußtsein zu empfinden, und durch den natürlichen Zusammenhang gekräftigt, gegen das ganze Gesellschaftssystem sich aufzulehnen. Die Industrie selbst hatte diese Massen in den Vordergrund des politischen Lebens geschoben, und die unabhängige Wissenschaft sah sich gezwungen, diese neue Erscheinung unter das Sezirmesser ihrer Kritik zu nehmen.

In den Köpfen der Menschen begann die Ahnung zu dämmern, daß die Geschichte in Wahrheit nicht durch Fürsten und Kriege, sondern durch Klassenkämpfe gemacht wird, und daß diese Klassenkämpfe den Fortschritt in der Gesellschaft und im Geistesleben erzeugen. Die unabhängige Gesellschaftswissenschaft konnte von diesem Augenblicke an nichts anderes sein, als eine Vertreterin des Proletariats.

Im Jahre 1859, in demselben Jahre, in welchem Darwins epochemachendes Werk das Licht der Welt er-

Digitized by Google

blickte, erschien eine unscheinbare, aber für die Erkenntniß des Gesellschaftslebens nicht minder bedeutungsvolle Schrift des Privatgelehrten Karl Marx, welche zehn Jahre darauf, im Jahre 1869, zu seinem epochemachenden Werke „Das Kapital" erweitert wurde. Mit diesem Werk: wurde der Idealismus Hegels vom Throne gestoßen, der Entwicklungsgedanke jenes Denkers aber auf seine wahren Grundlagen zurückgeführt und die Entwicklungsgesetze der Epoche des Kapitalismus mit wissenschaftlicher Strenge und statistischen Beweisen aufgedeckt.

Damit trat der Materialismus wiederum in die Schranken, aber nicht mehr in der engen und schiefen Form, die er früher hatte, sondern gestärkt durch die Resultate der Philosophie, Naturwissenschaften und jüngsten Geschichte.

Dadurch erst war es möglich, eine wahrhaft materialistische Geschichtsauffassung zu konstruiren und für die grandiosen Klassenkämpfe der Gegenwart einen wissenschaftlichen Halt zu gewinnen.

IV.

Alle prinzipiellen Erfolge auf dem Gebiete einer materialistischen Natur- und Geschichtsauffassung konzentriren sich um die beiden Gelehrten Charles Darwin und Karl Marx. Jeder von ihnen arbeitete auf einem anderen Gebiete und mit anderen Hilfsmitteln, aber das Resultat ist beiden gemeinsam.

Mit Hilfe des naturwissenschaftlichen Experimentes entdeckte Darwin die Gesetze, welche der körperlichen Entwicklung der organischen Wesen zu Grunde liegen und fand, daß diese sich entwickeln nach Bedingungen, welche aus den materiellen Verhältnissen herauswachsen. Mit Hilfe des geschichtlichen Experiments, der Statistik, bewies Marx, daß die Bewegungsgesetze der Geschichte nicht aus überirdischen Quellen, noch aus dem Gehirn Einzelner, sondern aus den materiellen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft zu erklären seien. Wie sehr der Entwicklungsgedanke in der geistigen Atmosphäre unseres Jahrhunderts lag, das beweist der äußerliche Umstand, daß die Schriften beider, in welchen zum ersten Male der Entwicklungs-

Digitized by Google

gedanke wissenschaftlich begründet wurde, in demselben Jahre das Licht der Welt erblickten. Der Unterschied in den Leistungen der beiden Gelehrten beruht nur auf dem Unterschied der Widerstände, welche sie zu überwinden hatten. Darwin's Aufgabe war es, seine Beobachtungen auf Wesen zu erstrecken, deren Entwicklung auch für den Ungebildeten ohne fremden Eingriff sich vollzog; dieser Forscher hatte nur die unbewußte Natur in den Kreis seiner Studien und Beobachtungen zu ziehen. Marx dagegen hatte es mit der menschlichen Gesellschaft zu thun, deren Glieder mit Bewußtsein, Willen und Leidenschaften erfüllt sind, deren Geschichte in den Augen der nicht mit den wissenschaftlichen Instrumenten Bewaffneten von dem freien Willen und Denken dieser Menschen selbst gemacht wird. Da, wo für Marx sich die stärksten Hindernisse aufthürmten, fand die Forschung Darwin's ebenes Feld vor. Das ganze Gesellschaftsleben spielt sich in den Absichten, Zielen und Handlungen der Menschen ab, und wenn auch selten eine Absicht ganz erreicht wird, eine Handlung ganz sich auslebt, wenn auch die Thätigkeitswellen der Millionen Menschen sich an einander brechen, so lag doch gerade in diesem Thätigkeitsdrang der Menschen der Grund für die idealistische Geschichtsauffassung zweier Jahrtausende.

So lange man nicht den Untergrund für den Willen, die Meinungen, die Leidenschaften der Menschen kannte, so lange der Blick des Geschichtsforschers nothgedrungen an der Oberfläche haftete, so lange mußte die Wissenschaft der Ueberzeugung Ausdruck leihen, daß diejenigen Menschen, denen die zufällige Konstellation der politischen oder sozialen Verhältnisse einen freieren Thätigkeitsraum gelassen, die Entwicklung der Völker zu schaffen, sie nach ihrem höchsteigenen Willen zu gestalten im Stande sind. So galt Perikles als der Entwicklungsgenius der Athener, so sprach man und spricht in der „offiziellen" Geschichtsforschung noch heute von einem Zeitalter des Augustus, Karls des Großen, Ottos des Großen, Luthers, Elisabeths von England, Ludwigs XIV., Napoleons I. u. s. w. Man geht hierbei von der Anschauung aus, daß die „Großen" der Geschichte ihren Völkern die Entwicklungsbahn vorgeschrieben haben, daß Perikles das Volk der Griechen

Digitized by Google

zur Kunst, Karl der Große die Deutschen zur Zivilisation, Otto der Große zur Macht, Luther zu „religiöser Freiheit", Elisabeth die Engländer zum Handel geführt haben. Man glaubte und glaubt noch heute vielfach, daß ohne die „Großen" die Menschheit sich wesentlich anders oder auch überhaupt sich nicht entwickelt haben würde.

Der französische Dichter Viktor Hugo schildert in seinem Roman: „Die Armen" die Zufälle, welche die Entscheidung in der Schlacht bei Waterloo herbeigeführt haben und knüpft daran Vermuthungen, wie die europäische Karte wohl heute ausgesehen haben würde, wenn nur ein Stein aus dem Zufallsgebäude jener Schlacht herausgefallen und Napoleon als Sieger hervorgegangen wäre. Es sind dies Phantasiegebilde, welche dem Dichter zwar große Ehre machen, den Geschichtsforscher aber in einer keineswegs schmeichelhaften Beleuchtung zeigen. Napoleon ist untergegangen, nicht weil er diese oder jene Schlacht verloren, sondern weil seine ganze Politik dem innersten Wesen der gekräftigten Bourgeoisie widersprach. Die Bourgeoisie Frankreichs, und nicht die verlorenen Schlachten bei Leipzig und Waterloo haben den Usurpator gestürzt. Aber andererseits ist ein Napoleon nur denkbar in jenem Zusammenhang mit der französischen Revolution. Würde er früher oder später gelebt haben, nicht ein einziger Zug würde an den historischen Napoleon erinnern. Würde er als Sohn eines modernen französischen Bergarbeiters geboren sein, seine hervorragenden geistigen Eigenschaften würden wahrscheinlich nicht nur anderen, sondern auch ihm selbst verborgen geblieben sein.

Wir sehen also, das Denken und Fühlen auch der Großen ist nicht im Stande, sich über Zeit und Raum emporzuheben. Es wächst aus ganz bestimmten Voraussetzungen heraus, welche sowohl in der Zeit als auch in dem Stande oder der Klasse wurzeln. Wie der menschliche Körper nur athmen kann in dem großen Atmossphärenmeer, welches Allen gemeinsam ist, wie er ohne Gefahr des Unterganges nicht im Stande ist, sich luftdicht gegen seine Mitmenschen abzuschließen, so gedeiht und entwickelt sich der menschliche Geist nur im Zusammenhange mit seinen Nebenmenschen und innerhalb der geistigen Atmosphäre seiner Zeit. Die „Souveränität" des einzelnen

Digitized by Google

Gedankens verschwindet in der großen geistigen Strömung der Zeit.*)

Nicht Perikles hat das Kunstzeitalter der Griechen herbeigeführt, sondern jenes Zeitalter hat den Perikles erzeugt, sowie das Zeitalter der sich regenden Bourgeoisie einen Luther und eine Elisabeth von England hervorgebracht hat. Die geistige Souveränität der Fürsten und „Großen" lebt nur in der Phantasie der idealistischen Geschichtsschwärmer; in der Wirklichkeit ist sie ebensowenig zu entdecken, wie die Gespenster des Mittelalters.

Aber nicht nur wird das Denken, Fühlen und Wollen dieser „Götter" der Geschichte von ihrer Zeit und ihrer Umgebung erzeugt, sondern auch die Wege, auf denen die Thätigkeit der Geschichtshelden sich bewegt, sind durch die naturgemäße Entwicklnng der Völker bereits geebnet. Ein Augustus konnte nur insofern „Geschichte machen", als er sich von der Entwicklung des römischen Staates und der römischen Gesellschaft treiben ließ. Schon bevor er an dem politischen Leben theilnahm, hatte die Republik sich in eine Monarchie umgewandelt. Sache des Augustus war es, sich in den Dienst der politischen Entwicklung zu stellen; er hat sie nicht geleitet, er wurde von ihr geleitet. „Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben."

Ebenso wie in jener Zeit Dichter und Geschichtsschreiber in Augustus den „Friedensbringer" und den „Einiger des römischen Reiches" priesen, so wird von modernen Dichtern und Geschichtsschreibern die Einigung Deutschlands als die That eines einzigen Mannes betrachtet. Die deutschen Geschichtsschreiber des neunzehnten Jahrhunderts schildern in ihrer Mehrzahl den Eintritt Bismarck's in das preußische Ministerium als die Morgenröthe der neuesten Zeit. Auch diese weltgeschichtliche That eines Einzelnen gehört zu den Legenden, an denen die Geschichte so reich ist.

Im Gegentheil! Es läßt sich nachweisen, daß Bismarck sich selbst lange gegen eine Einigung Deutschlands

*) Daß die persönlichen Fähigkeiten ein bedeutungsvolles Moment derselben sind, ist selbstverständlich; hier handelt es sich aber nur darum, nachzuweisen, daß auch die Genialität nicht im Stande ist, über ihr Zeitalter hinauszugehen.

Digitized by Google

gesträubt hat. „Erst als die nationale Strömung eine Höhe erreicht hatte, welche man nicht ignoriren konnte, stellte sich Bismarck auf den nationalen Standpunkt und — schwamm mit dieser Strömung.

Und diese nationale Strömung hat auch wiederum ihre Gründe und Voraussetzungen. Sie wurzelt in letzter Instanz in dem Klasseninteresse der Bourgeoisie. Der Theilung Deutschlands in viele, durch Zollschranken und lokale Interessen geschiedene Staaten trat das ökonomische Bedürfniß der Bourgeoisie entgegen, für die Produktion und den Waarenabsatz einheitliche Verhältnisse zu gestalten. Dieser profane, sogar unbewußte Zweck vergeistigte sich bereits im vorigen Jahrhundert in der Literatur und erzeugte jene nationale literarische Strömung, welche in unserem Jahrhundert, da das Bürgerthum bereits kräftiger und anspruchsvoller geworden war, durch die national-politische Strömung verstärkt wurde.

Hätte Bismarck sich gegen diesen Zeitgeist gesträubt, so hätte er das Schicksal eines Beust und anderer kleinstaatlicher Minister getheilt, welche durch den nationalen Strudel fortgeschleudert wurden.

Wir sehen, bei objektiver, von praktischen Rücksichten freier Betrachtung schrumpft die welthistorische That Bismarcks sehr zusammen. Auch der nationale Bau selbst zeugt wenig von der individuellen Arbeit eines Einzelnen. Es spiegeln sich in ihm alle in dem damaligen Deutschland mit einander ringenden Machtfaktoren wieder.

Die Macht des Feudalismus war noch nicht ganz gebrochen, die Energie der deutschen Bourgeoisie war in Folge der Kleinstaaterei und des dreißigjährigen Krieges mit seinen auf Jahrhunderte sich erstreckenden verheerenden Wirkungen zu wenig konzentrirt, als daß die Ueberreste feudaler Machtherrlichkeit vollständig vernichtet werden konnten. Es kam zu einem Kompromiß zwischen Feudalismus und Bourgeoisie, und das neue deutsche Reich trägt in seiner Verfassung und seinem Privatrecht den Stempel dieses Kompromisses auf seiner Stirn.

Doch es wäre thöricht, den „Großen", wenn diese den Staat repräsentiren und in ihren Händen die or-

Digitized by Google

ganisirte Gewalt der Gesellschaft vereinigen, jede selbstständige Einwirkung auf den Gang der Ereignisse abzusprechen. Diese Thorheit ist der materialistischen Geschichtsauffassung zwar häufig unterschoben worden, aber mit ebensoviel Unrecht als Unkenntniß der Dinge. Grade Karl Marx war es, der die giftigsten Pfeile seiner Satyre gegen Napoleon III. schleuderte, weil er in ihm die Persönlichkeit sah, welche in Folge der eigenthümlichen sozialen Konstellation der Dinge in dem damaligen Frankreich die Politik der tiefsten moralischen Korruption freier Hand zu treiben in der Lage war.

Karl Marx' materialistische Geschichtsauffassung ist überhaupt weit entfernt davon, ein summarisches Urtheil über den ganzen Geschichtsverlauf abzugeben, wie Gegner und häufig auch Anhänger wähnen, sie ist nur eine neue Forschungsmethode, welche der alten ideologischen entgegentritt und das Recht für sich in Anspruch nimmt, ein neuer Hebel für das Verständniß der Geschichte zu sein. Sie ist nicht blind gegen die handgreifliche Thatsache, daß es Zeiten gegeben hat, in denen Fürsten und Staatsmänner den Völkern zwar keine politischen Umwälzungen und der Gesellschaft keine soziale Umgestaltung aus ihrem souveränen Willen heraus vorschreiben und gestalten konnten, aber doch immerhin das Wohl und Wehe ihrer Länder zu beeinflussen in der Lage waren, wie das absolute Königthum in früheren Jahrhunderten, Napoleon III. und das deutsche Kaiserthum in der Gegenwart. Andererseits hat es auch Zeiten gegeben, in denen die Leiter des Staates keine Möglichkeit hatten, über das Ergehen ihrer Länder nach Belieben gegen den Willen der herrschenden Klassen nennenswerth zu schalten, wie das deutsche Kaiserthum des Feudalismus, das englische Königthum, der Präsident der französischen und nordamerikanischen Republik.

Die ideologische Geschichtsauffassung beruhigt sich mit der Konstatirung dieser Thatsache, weil sie keine Mittel findet, sie aus der Idee genügend zu erklären; die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung feiert gerade in der Erklärung dieser Abweichungen ihre Triumphe. Sie dringt in das Herz der herrschenden Klassen der verschiedenen Zeiten ein, untersucht ihre

Digitized by Google

materiellen Existenzbedingungen, ihre Produktionsweise, ihre Entwickelungsstufe, kurz ihre ganze materielle und die aus jener herausgewachsene ideale Welt und erklärt so das Verhältniß der jeweilig herrschenden Klassen zur Staatsgewalt.

Jedes Volk hat diejenigen Könige, die es verdient, sagt Friedrich Engels treffend in einer seiner jüngsten Abhandlungen. Wenn in dem gegenwärtigen Deutschland die Bourgeoisie nicht im Stande ist, die Staatsgewalt völlig zu ihrem Werkzeug zu machen und genöthigt ist, der Regierungsmacht einen freieren Spielraum, unter Umständen ihr selbst gegenüber zu lassen, so erklärt sich diese politische Situation daraus, daß die oben erwähnten sozial-politischen Momente der Vergangenheit in der deutschen Bourgeoisie eine erstaunenswerthe Energielosigkeit und eine in ihr Fleisch und Blut übergegangene Dienstbeflissenheit und stumme Verehrung gegenüber der Staatsgewalt großgezogen haben. Aber so energielos ist keine herrschende Klasse, daß sie nicht, wenn die Staatsregierung eine prinzipielle, ihre Klassengrundlage negirende Politik zu treiben sich einfallen läßt, auf jede Weise, selbst ohne Scheu vor Revolution, gegen das politische System zu reagiren wagte, wie es die Bourgeoisie Frankreichs gegenüber Napoleon III. gethan hat. Die Grundlagen der herrschenden Klassen sind der Wall, an dem die politische Thätigkeit selbst der absolutesten Staatsmänner sich ohnmächtig bricht.

Weit entfernt also, die Bedeutung der Willensthätigkeit der Staatsmänner zu unterschätzen, will die materialistische Geschichtsauffassung nur untersuchen, warum in dem einen Falle Raum für ein persönliches Regiment vorhanden ist, während in einem anderen Falle der Staatsmann nichts weiter als der getreue Auftragnehmer des Souveräns: herrschende Klasse sein kann. Sie sucht ferner in der „freien" Willensthätigkeit der Großen, soweit sie sich auf politische oder gesellschaftliche Umwälzung bezieht, die große Strömung zu entdecken, von der sie getragen ist: die öffentliche Meinung.

Wir sehen also: um die Geschichte in ihrem innersten Wesen zu verstehen, müssen wir von den einzelnen Menschen hinaufsteigen zur Menschheit; wir müssen also den Boden

Digitized by Google

aufsuchen, in welchem alles Fühlen, Denken und Wollen der Menschheit wurzelt, um die Gründe für alle Willensthätigkeit der Menschen zu erforschen.

Aber hierbei begegnen wir einer neuen Eigenthümlichkeit! Wir finden, wenn wir auf die Kultur der letzten zwei Jahrtausende zurückblicken, daß es unmöglich ist, die Menschheit in eine einzige Schablone zu zwängen. Der Mensch im Zeitalter des Perikles ist in seiner Geistes- und Gefühlswelt, in seinem Können und Wollen ein ganz anderer als der Mensch des Mittelalters, welcher sich selbst und die ganze Außenwelt durch die religiöse Brille betrachtete, und dieser ist wiederum ein ganz anderes Wesen als der Mensch des neunzehnten Jahrhunderts.

Ja, die Menschheit verändert sich in ihrem Denken und Fühlen in viel kürzerer Zeit. Jedes Jahrhundert liefert uns hierfür insofern den Beweis, als die Menschen des einen Jahrhunderts sich um eine Idee, ein Prinzip opfermuthig schaaren, während die Menschen des nächsten Jahrhunderts bereits kein Verständniß für diese Idee hegen und in einen Kampf gegen dieselbe eintreten.

Worin sind die Gründe für die Umwandlung des Geistes der Menschen zu suchen? Auf diese Frage giebt Marx in seiner Streitschrift gegen den französischen kleinbürgerlichen Sozialisten Proudhon folgende Antwort: „Jedes Prinzip hat sein Jahrhundert gehabt, worin es sich enthüllte. Das Autoritätsprinzip hat z. B. das 11. Jahrhundert gehabt, wie das Prinzip des Individualismus das achtzehnte. Fragt man sich endlich, warum dieses Prinzip sich gerade im 11. oder im 18. Jahrhundert und nicht in irgend einem anderen offenbart hat, so sieht man sich nothwendigerweise gezwungen, im Einzelnen zu untersuchen, welches die Menschen des 11. und die des 18. Jahrhunderts waren, welches ihre jedesmaligen Bedürfnisse, ihre Produktivkräfte, ihre Produktionsweise, die Rohstoffe ihrer Produktion, welches endlich die Beziehungen von Mensch zu Mensch waren, die aus allen diesen Existenzbedingungen hervorgingen; und alle diese Fragen ergründen, heißt das nicht, die wirkliche, profane Geschichte der Menschen eines jeden Jahrhunderts erforschen, diese Menschen darstellen, wie sie in Einem Verfasser und Schausteller ihres eigenen Dramas waren?“

Digitized by Google

Wir müssen also, um die tieferen Gründe für die geistige und sozialpolitische Entwicklung der Menschheit zu erforschen, zurückgehen auf die reale Grundlage der Gesellschaft, auf die ökonomische Struktur derselben, auf die Oekonomie der Gesellschaft. Um mit Engels zu sprechen: „Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Vertheilung der Produkte und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen und Stände sich darnach richtet, was und wie produzirt und wie das Produzirte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen, nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Oekonomie der betreffenden Epoche.“ Nur wenn wir von diesen Grundlagen ausgehen und alle Erscheinungen, sowohl des Gesellschafts- als auch des Geisteslebens, auf Veränderungen in der Produktionsweise zurückführen, sind wir im Stande, uns einen klaren Ueberblick über die Ursachen und Wirkungen in dem Entwicklungsprozesse der Menschheit zu verschaffen.

Diese epochemachende Geschichtsauffassung drückt ihr Entdecker Marx in seiner kleinen Schrift: „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ kurz und klar in den beiden Sätzen aus: „Die ökonomische Struktur der Gesellschaft ist die reelle Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen“, und: „Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt.“

Die Erkenntniß, daß die Produktionsverhältnisse den Untergrund für den gesellschaftlichen und geistigen Bau bilden, zeigt die ganze Geschichte der Vergangenheit in neuer Beleuchtung, bringt uns Aufschluß über Dinge,

Digitized by Google

die für uns bis dahin etwas Sphynxartiges hatten, löscht viele Ereignisse und Personen auf der Tafel der Geschichte aus und bringt eine ganz ungekannte und ungenannte Welt zum Vorschein.

Zunächst veranlaßt diese materialistische Geschichtsauffassung eine äußerst fruchtbare Kritik desjenigen, was bis dahin die Methode der Geschichtsschreibung gebildet hatte. Die Geschichtswissenschaft wird gewöhnlich als eine möglichst objektive Schilderung der Vergangenheit oder Gegenwart aufgefaßt. In diesem Sinne hat Thucydides seine Geschichte des peloponnesischen Krieges, Tacitus die Geschichte des römischen Kaiserthums geschrieben, in diesem Sinne schreiben hervorragende Geschichtsforscher der Gegenwart, ein Ranke, Mommsen, Duncker u. s. w. ihre Werke. Aber bereits in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts hat ein genialer Forscher, der Engländer Buckle, auf das Unwissenschaftliche einer solchen Auffassung vom Wesen der Geschichte hingewiesen und der Geschichtswissenschaft das Beispiel der Naturwissenschaften entgegengesetzt.

Auch diese beginnen mit der objektiven Schilderung. Die beschreibende Natnrwissenschaft ist jedoch keine Wissenschaft selbst in des Wortes strenger Bedeutung, sie ist erst eine nothwendige Voraussetzung derselben. Was ist das Wesen strenger Wissenschaft? Die Erkenntniß von Ursache und Wirkung und die Gruppirung des ganzen materiellen Stoffes um diese beiden Angelpunkte. So in den Naturwissenschaften, so in der Wissenschaft vom menschlichen Denken.

Bevor ein Wissenszweig die Höhe reiner Wissenschaftlichkeit erreichen kann, muß eine Sammlung und Kenntniß der Einzeldinge vorausgehen. Nur aus der Fülle des materiellen Stoffes kann ein theoretischer Aufbau emporwachsen. Bevor ein Darwin der Entwicklung der Arten eine wissenschaftliche Theorie zu Grunde legen konnte, mußten diese Arten selbst, ihre äußeren und inneren Eigenschaften, ihre Lebensgewohnheiten, ihre Unterarten und Zeugungsverhältnisse um ihrer selbst willen erforscht werden — die Naturbeschreibung mußte der Naturwissenschaft vorangehen.

Hinsichtlich der uns umgebenden Natur haben wir

Digitized by Google

nun im Ganzen und Großen die Periode der Beschreibung verlassen. Der Gedanke des Werdens, der Entwickelungsgedanke beherrscht die Zoologie, Botanik, die Biologie, kurz alle Zweige der Naturwissenschaften, die medizinischen Wissenschaften nicht ausgeschlossen. Und es muß anerkannt werden, daß die Fortschritte, welche in Folge einer solchen wahrhaft wissenschaftlichen Methode gemacht wurden, so bedeutungsvoll und epochemachend sind, daß so helle Lichtstrahlen auf bis dahin dunkle Gebiete durch den Gedanken der Entwickelung geworfen wurden, wie früher in vielen Jahrhunderten zusammengenommen nicht.

Diese Methode machte jedoch Halt vor der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Die Geschichte bewegt sich noch immer im Geleise der alten Methoden; die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist selbst in dem Falle, wo man mit der Fürsten- und Schlachtengeschichte gebrochen hat, noch immer Gegenstand einer sich lediglich um chronologische Daten lagernden Darstellung. Wir befinden uns noch immer im Zenith einer Geschichtsbeschreibung, aber nicht einer Geschichtswissenschaft.

Das Wesen der Geschichtswissenschaft besteht darin für das Wachsthum jeder Epoche, für ihre Geburt, ihre Entwicklung, ihren Tod die letzten Ursachen aufzufinden, die Gesetze, von denen der Gang der menschlichen Gesellschaft beeinflußt wird, aufzudecken. Der materielle Stoff muß durch diese wissenschaftlichen Zwecke geordnet und vertheilt werden. Er ist nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Wenn ich den Verlauf der Bauernkriege kenne, so weiß ich noch nichts von ihrer Bedeutung, von ihrer Verkettung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen der Vergangenheit und der Zukunft. Erst durch Untersuchung der Entwickelungsgesetze des Mittelalters, der speziellen pathologischen Thatsachen während des Verfalles desselben, der auf dem Grunde der menschlichen Gesellschaft neu auftauchenden Erscheinungen bin ich in der Lage, den Organismus kennen zu lernen, aus dem die Bauernkriege herausgewachsen sind, und somit diese Kriege selbst zu — verstehen.

Eine Geschichtswissenschaft in diesem Sinne giebt es noch nicht. Aber so wie der bewunderungswürdige Bau

Digitized by Google

der modernen Naturwissenschaften emporgestiegen ist von dem Grunde der Naturbeschreibung, ebenso wird die Geschichte sich entwickeln von der Geschichtsbeschreibung zur Geschichtswissenschaft.

Die Bedeutung Karl Marx' für eine solche Entwicklung der Geschichte besteht darin, daß er den Boden entdeckt hat, in welchem alle Veränderungen der gesellschaftlichen und geistigen Verhältnisse wurzeln. Marx' wissenschaftliche Entdeckung ermöglicht es, für die Geschichtsepochen Entwicklungsgesetze in letzter Instanz zu finden, also die Geschichte zu verstehen.

Marx ist weit davon entfernt, dem Aufsuchen von Gesetzen das Wort zu reden, welche allen Epochen gemeinsam sind. Er gießt die ganze Lauge seiner Satyre gegen Leute, wie Proudhon, aus, welche in allen Epochen nur ein Gemeinsames sehen, nämlich die Entwicklung des Menschen zu bewußter Freiheit. Jede Zeit hat vielmehr nach Marx ihre eigenen Gesetze, ihr eigenes Denken, ihre eigene Produktion und ihre eigene Tendenz. Ist auch dem 19. Jahrhundert die Tendenz zur Gleichheit eigen, so bekämpft Marx auf das Nachdrücklichste das Bestreben oberflächlicher Denker, diese Gleichheitstendenz den vorangegangenen Jahrhunderten „mit vollständig verschiedenen Bedürfnissen, Produktionsmitteln u. s. w." unterzuschieben. Mit klassischem Spott charakterisirt er das Bestreben vieler, dem Idealismus noch nicht völlig entronnener Denker für die ganze Entwicklung der Menschheit eine Idee, eine Vorsehung, ein providentielles Ziel zu suchen.

„Es ist Thatsache, daß der Grundbesitz in Schottland durch die Entwicklung der Industrie neuen Werth erhielt; diese Industrie eröffnete der Wolle neue Märkte. Um die Wolle im großen Maßstabe zu produziren, mußte man das Ackerland in Weideland verwandeln. Um diese Verwandlung zu bewirken, mußte man die Güter konzentriren, mußte man die kleinen Pachtungen abschaffen, tausende von Pächtern aus ihrer Heimath verjagen und an ihre Stelle einige Hirten setzen, die Millionen von Schafen bewachen. So hatte der Grundbesitz in Schottland in Folge successiver Umwandlungen das Resultat, daß Menschen dnrch Hammel verdrängt wurden. Man sage letzt, daß es das providentielle Ziel der Institution des

Digitized by Google

Grundbesitzes in Schottland war, Menschen durch Hammel verdrängen zu lassen, und man hat providentielle Geschichte getrieben."

Die Methode der Naturwissenschaften auf die Geschichte der menschlichen Gesellschaft angewandt, erzeugt ein ganz anderes Resultat als in der unbewußten Natur. Die Gesellschaftsformen unterscheiden sich von einander, wie die Produktionsweisen von einander verschieden sind; die Gesetze, welche dem einen sozialen Organismus zu Grunde liegen, hören in ihrer Wirksamkeit auf, wenn der andere soziale Organismus sich entwickelt hat. Andere Gesetze treten an die Stelle der alten mit den abgestorbenen Gesellschaftsformen untrennbar verbundenen. So ist das Bevölkerungsgesetz der vorgeschichtlichen kommunistischen Gesellschaft ein anderes wie in dem den ganzen Erdkreis umfassenden römischen Reiche, und das Bevölkerungsgesetz jener Zeit unterscheidet sich wesentlich von dem des neunzehnten Jahrhunderts. Marx weist nach, daß jede Entwicklungsstufe ihr eigenes Bevölkerungsgesetz hat. Und wie mit diesem Gesetze, so ist es auch mit allen anderen dem sozialen Organismus zu Grunde liegenden Gesetzen.

Marx faßt die Gesellschaft nicht als einen „festen Krystall", sondern als einen „umwandlungsfähigen und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffenen Organismus" auf, der aber nicht umwandlungsfähig nach dem Willen Einzelner ist, sondern entsprechend den ehernen Gesetzen, die in ihm walten. Sehr treffend wird diese Auffassung in einem Artikel des Petersburger „Europäischen Boten" dargestellt. „Demzufolge bemüht sich Marx nur um eins: durch genaue wissenschaftliche Untersuchung die Nothwendigkeit bestimmter Ordnungen der gesellschaftlichen Verhältnisse nachzuweisen und so viel als möglich untadelhaft die Thatsachen zu konstatiren, die ihm zu Ausgangs- und Stützpunkten dienen. Hierzu ist vollständig hinreichend, wenn er mit der Nothwendigkeit der gegenwärtigen Ordnung zugleich die Nothwendigkeit einer anderen Ordnung nachweist, worin die erste unvermeidlich übergehen muß, ganz gleichgiltig, ob die Menschen das glauben oder nicht, ob sie sich dessen bewußt oder nicht bewußt sind. Marx betrachtet die gesellschaftliche Bewegung als einen naturgeschich[illegible] den Gesetze

Digitized by Google

lenken, die nicht von dem Willen, dem Bewußtsein und der Absicht des Menschen abhängig sind, sondern vielmehr umgekehrt deren Willen, Bewußtsein und Absichten bestimmen." (Marx' Kapital, Nachwort.)

Marx' materialistische Geschichtsauffassung überträgt mit unverrückbarer Konsequenz den Spinoza'schen Gedanken von der Unfreiheit des menschlichen Willens auf die Geschichte aller Zeiten und Völker. Das Bewußte spielt die größte Rolle in der Geschichtsauffassung der herrschenden wissenschaftlichen Strömung, und selbst aus den Werken derjenigen Geschichtsschreiber, welche sich Materialisten nennen, wie Hellwald, ist das Bewußte noch nicht ganz verdrängt. Der Entwicklungsgedanke Marx' dagegen sieht in dem Bewußten nur einen Faktor zweiter Ordnung, der nicht Ursache, sondern Folge ist. Das Bewußtsein ist nur das Fazit der Rechnung, aber nicht die Rechnung selbst. Sobald in einer Gesellschaftsform an Stelle der alten Idee eine neue Platz greift, wird man bei wissenschaftlicher Analyse finden, daß im Stillen bereits eine Umwandlung der Produktionsverhältnisse Platz gegriffen, welche sich in den Köpfen der Menschheit allmählich vergeistigt. Die letzte Ursache für die Entwicklung der Gesellschaft und des Denkens also liegt nicht in der Idee, sondern in der mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes sich vollziehenden Umwandlung der Produktivkräfte. Wie sehr das menschliche Denken abhängig ist von der sozialen Grundlage der menschlichen Gesellschaft, dafür ein Beispiel. Die Nationalökonomen Smith, Ricardo, Marx, und wenn man will, vor diesen bereits der Amerikaner Franklin, haben das Werthgesetz der Waarenproduktion gefunden resp. ausgebildet und erweitert. Aber bereits der größte Denker des Alterthums, Aristoteles, hat die Werthform, wie Marx in seinem „Kapital" nachweist, analysirt. In seiner Analyse kam aber jener geniale Forscher nicht weiter, als bis zur Entdeckung, daß in dem Werthausdruck der Waaren die Gleichheit derselben, die „Kommensurabilität" verborgen sein müsse. Weshalb er aber nicht bis zur Quelle dieser Erkenntniß gelangt ist, darüber belehrt uns Marx folgendermaßen: „Daß aber in der Form der Waarenwerthe alle Arbeiten als gleiche, menschliche Arbeit und daher als gleichgeltend ausgedrückt sind, konnte

Digitized by Google

Aristoteles nicht aus der Werthform selbst herauslesen, weil die griechische Gesellschaft auf der Sklavenarbeit beruhte, daher die Ungleichheit der Menschen und ihrer Arbeitskräfte zur Naturbasis hatte. Das Geheimniß des Werthausdrucks, die Gleichheit und gleiche Gültigkeit aller Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind, kann nur entziffert werden, sobald der Begriff der menschlichen Gleichheit die Festigkeit eines Vorurtheils besitzt. Das ist aber erst möglich in einer Gesellschaft, worin die Waarenform die allgemeine Form des Waarenproduktes, also auch das Verhältniß der Menschen zu einander als Waarenbesitzer das herrschende gesellschaftliche Verhältniß ist. Das Genie des Aristoteles glänzt gerade darin, daß er im Werthausdruck der Waaren ein Gleichheitsverhältniß entdeckt. Nur die historische Schranke der Gesellschaft, worin er lebte, verhinderte ihn, herauszufinden, worin denn in Wahrheit dies Gleichheitsverhältniß besteht."

Marx' materialistische Geschichtsauffassung giebt uns allein einen wissenschaftlichen Hebel in die Hand, um die Ideen einer Zeit und ganzer Klassen zu verstehen, ihren Ursprung, ihre Bedeutung und ihren Tod zu erklären. Die Ideen einer Zeit sind nichts weiter als die Blasen, welche in Folge der stetigen Bewegung in tieferen, unbekannteren Schichten an die Oberfläche getrieben werden. Diese Erkenntniß ist für das Verständniß der Geschichte von so weittragender Bedeutung, und für eine Kritik der Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart von so unschätzbarem Werth, daß ohne dieselbe das Urtheil nothwendigerweise ein schiefes und wissenschaftlich unhaltbares werden muß. Eine wahrhaft wissenschaftliche Kritik, welche die Kultur einer Zeit in ihren Beobachtungskreis zieht, kann also zu ihrer Grundlage nicht das Bewußtsein oder die Art, wie dasselbe sich äußert, nehmen, sie kann nur eine Vergleichung der Thatsachen, der Produktivkräfte, des Vertheilungsmodus der Produkte zum Ausgangspunkt ihrer Forschung machen, und aus diesen materiellen Verhältnissen die Nothwendigkeit der Entwicklung im Gesellschafts- und Geistesleben beweisen. Damit erfährt jedoch unsere Betracht[illegible] Geschichte der Vergangenheit und [illegible] Er-

Digitized by Google

kenntniß vom Wesen der Gegenwart eine vollständige Umwandlung — nicht zu ihrem Schaden. Wo bis dahin Ideologie, Phrasenduft, überirdische Vorsehung und dergleichen unwissenschaftliche, der menschlichen Unkenntniß entsprungene Hypothesen geherrscht, treten nun einfache, sich aus sich selbst entwickelnde und erklärende Thatsachen in die Schranken.

Die Massenkämpfe der Vergangenheit und Gegenwart erhalten also im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung eine neue Bedeutung; sie sind das treibende Element in der Entwicklung der Völker und zugleich der Beweis, daß in der Tiefe des wirthschaftlichen Lebens Umwandlungen sich vollzogen haben, welche mit absoluter Nothwendigkeit darauf hindrängen, daß der politische und geistige Ueberbau ihnen nachkomme und sich ihnen anpasse. Dieser Anpassungsprozeß hat sich stets im Staatsleben, wenn auch unter harten Kämpfen, vollzogen und auch in der Gegenwart werden die sozial-politischen Organisationen der Völker diesem Gesetze sich nicht zu entziehen vermögen und auf den Schultern der seit mehreren Jahrzehnten in den Kampf um die Zukunft getretenen Arbeiterklasse ihre Umwandlung im Sinne der veränderten Produktionsverhältnisse vollziehen müssen.

Die materialistische Geschichtsauffassung ist nicht nur die Rechtfertigung der Arbeiterbewegung, sie ist auch die Verkünderin ihres unausbleiblichen Sieges.

Druck: Maurer, Werner & Co., Berlin SO. 26.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie. — 13. Heft.

Die Arbeiterbewegung

im Lichte der

materialistischen Geschichtsauffassung.

Von

Gerhard Krause.

Preis 20 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".

Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

1891.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Einleitung 3

I. Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Anwendung auf die gegenwärtige Gesellschaft 8

II. Widerspruch zwischen Produktion und Aneignung in der heutigen Gesellschaft 12

III. Widerspruch zwischen der organisirten Produktion in der Fabrik und der Produktionsanarchie 18

IV. Das Entstehen der Arbeiterbewegung 26

V. Die sozial-politische und geistige Bedeutung der Arbeiterbewegung 29

Digitized by Google

Einleitung.

Es ist kein Zufall, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland einer Energie und eines Zielbewußtseins sich erfreut, wie in keinem anderen Lande. Zu den Ursachen, welche in der eigenthümlichen wirthschaftlichen Entwicklung Deutschlands wurzeln, kommt als ein nicht zu unterschätzender Faktor noch der Umstand hinzu, daß der Sozialismus gerade von deutschen Gelehrten seinen granitnen wissenschaftlichen Untergrund erhalten hat.

Es bedurfte vieler Jahre, bevor die neue wissenschaftliche Auffassung vom Wesen des Sozialismus, welche in Deutschland bereits viele Geister ihrem Zauberbann unterworfen hatte, ihren Einzug in andere Länder halten konnte. Und die Folgen dieser Einwanderung stellten sich mit überraschender Plötzlichkeit ein. Im Kampfe mit den vorangegangenen sozialistischen Systemen und Denkweisen blieb der auf dem Grunde der materialistischen Geschichtsauffassung von Marx und Engels ruhende Sozialismus überall anerkannter Sieger. Selbst in Frankreich, wo seit dem vorigen Jahrhundert Revolutionen und sozialistische Theorien gleich üppig emporgewachsen waren und die Arbeiterbewegung zu ihrem Nachtheil in viele sich bekämpfende Sekten gespalten hatten, beginnt der „Marxismus", von den bedeutendsten wissenschaftlichen Vertretern des Sozialismus anerkannt und verkündet, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu erlangen.

In ihren Anfängen ist die Sozialdemokratie, die Partei der Arbeiterklasse, utopistisch gewesen. Es war nicht anders möglich. Die Phrasen der bürgerlichen Ideologen vor und

Digitized by Google

in der großen französischen Revolution waren noch nicht verhallt, der Geist eines Rousseau, Robespierre und der anderen Vertreter der bürgerlichen revolutionären Gesellschaftsauffassung, welche in der vergangenen Weltgeschichte nur die Geschichte von Willkürlichkeiten sahen und einen Staat herbeisehnten, welcher den Begriffen des absolut Guten und Vernünftigen entspreche, war durch die neuen Thatsachen noch nicht aus seiner Position verdrängt worden, die neue Gesellschaft hatte noch nicht ihre Konflikte in weltgeschichtlich-drastischer Weise zu Tage gefördert.

Die kapitalistischen Gesellschaftsinstitutionen zeigten aber bereits in den ersten Jahrzehnten ihres Lebens so viele, der naiv-bürgerlichen Moralanschauung widersprechende Züge, daß es nicht Wunder nimmt, wenn die Kritik kühner Denker bereits von der französischen Revolution an der Gesellschaftswissenschaft sich bemächtigte. Andererseits zeigten alle Einrichtungen und Erscheinungen der neuen bürgerlichen Ordnung eine noch so unfertige Form, daß die Verbesserungsvorschläge humaner Philosophen ihre wissenschaftliche Begründung und Existenzberechtigung nicht dem Boden der Wirklichkeit entnehmen konnten, sondern aus dem Gedankenschatz der Vergangenheit schöpfen mußten. Daher knüpften die Theorien eines Babeuf, St. Simon, Fourier, Owen, Weitling an die französische Revolution an, in dem Glauben, daß diese die berechtigten Wünsche der menschlichen Vernunft nicht erfüllt habe.

So genial manche Auffassung dieser Utopisten auch genannt werden muß, ihre sozialistische Doktrin entbehrte doch des festen Bodens der Thatsachen und schwebte in der Luft. Die idealistischen Sozialisten — idealistisch im bürgerlichen und philosophischen Sinne — waren weit davon entfernt, ihre Gesellschaftsreformen der naturgemäßen Entwicklung des sozialpolitischen Körpers zu entnehmen. Ihre hohe wissenschaftliche Bedeutung bestand in der Kritik der gesellschaftlichen Schäden. Aus der Thatsache, daß solche in großem Umfange vorhanden seien, schlossen sie die Nothwendigkeit einer Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.

Auch der Gedanke, in welcher Weise die Gesellschaft neu organisirt werden sollte, fand seine Stütze nicht in

Digitized by Google

dem Bauwerk des Gewordenen, sondern erhob sich über die sozial-politische Wirklichkeit in die Lüfte des subjektiven Wollens. Mit Recht charakterisirte daher Engels das innerste Wesen dieser sozialistischen Systeme mit den Worten: „Daß die wirkliche Vernunft und Gerechtigkeit bisher nicht in der Welt geherrscht haben, kommt (nach der Ansicht jener Utopisten) nur daher, daß man sie bisher nicht richtig erkannt hatte. Es fehlte eben der geniale einzelne Mann, der jetzt aufgetreten und der die Wahrheit erkannt hat; daß er jetzt aufgetreten, daß die Wahrheit gerade jetzt erkannt worden, ist nicht ein aus dem Zusammenhang der geschichtlichen Entwicklung mit Nothwendigkeit folgendes, unvermeidliches Ereigniß, sondern ein reiner Glücksfall. Er hätte ebenso gut 500 Jahre früher geboren werden können und hätte dann der Menschheit 500 Jahre Irrthum, Kämpfe und Leiden erspart." Der Sozialismus war in seinem ersten Stadium Autoritätssozialismus — selbst ein Lassalle konnte sich noch nicht von ihm frei machen — erst in dem zweiten Stadium entwickelte er sich vom Idealismus zum Materialismus, von der Autorität zur Demokratie.

In logischer Konsequenz glaubten jene Utopisten, daß die Lösung der sozialen Frage nicht von dem Volke für das Volk ausgehe, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft hing nach dieser Auffassung von der Einsicht und dem guten Willen einiger Großen ab. Sie warfen daher die sozial-politischen Fragen nicht in das Volk hinein, in die arbeitende Klasse, sondern mit Vorliebe wandten sie sich an die „Gebildeten" und „Politiker", in dem Glauben, die Lösung der sozialen Frage erfolge auf rein mechanische Weise, womöglich von den Einsichtsvollen in der herrschenden Klasse selbst angeregt. In diesem Sinne sind jene utopistischen Sozialisten die geistigen Väter des „Staatssozialismus", wenn ihr Horizont auch ungleich umfassender war, als der ihrer Nachgeborenen.

Den Gedanken der nach ganz bestimmten Gesetzen erfolgenden Entwickelung der menschlichen Gesellschaft am Ende des vorigen und am Anfang dieses Jahrhunderts zu hegen, war nach Lage der Produktionsverhältnisse unmöglich. Die Auffassung, daß der Fortschritt der Menschheit durch das Machtmittel der Klassenkämpfe erfolge,

Digitized by Google

konnte kein Denker in einer Zeit gewinnen, in welcher die Klassenkämpfe noch nicht ihre prinzipielle Bedeutung durchscheinen ließen, in welcher die Produktivkräfte sich noch nicht zu jener Allgewaltigkeit entwickelt hatten, vermöge deren sie in der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation die Arbeiter unter ihr Joch gezwungen und zu einer großen, immer mehr anschwellenden Klasse mit gleichen Interessen und gleichen Lebensbedingungen zusammengeschweißt haben.

Sehr treffend hat Karl Marx bereits im Jahre 1847 das Verhältniß der Nationalökonomie zu dem Entwicklungsgange der Gesellschaft in seiner Schrift „Das Elend der Philosophie" dargelegt. Er sagt: „So lange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, um sich als Klasse zu konstituiren und daher der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie noch keinen politischen Charakter trägt, so lange die Produktivkräfte noch im Schoße der Bourgeoisie selbst nicht genügend entwickelt sind, um die materiellen Bedingungen durchscheinen zu lassen, die nothwendig sind zur Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft, so lange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die, um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuhelfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerirenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet, und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nöthig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt und sich zum Organ desselben zu machen. So lange sie die Wissenschaft suchen und nur Systeme machen, so lange sie im Beginn des Kampfes sind, sehen sie im Elend nur das Elend, ohne die revolutionäre umstürzende Seite darin zu erblicken, welche die alte Gesellschaft über den Haufen werfen wird. Von diesem Augenblicke an wird die Wissenschaft bewußtes Erzeugniß der historischen Bewegung, sie hat aufgehört, doktrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden."

Von dem Augenblicke an, da die zwerghaften Produktionsinstrumente der Vergangenheit zu den gewaltigen Produktionsrädern der Neuzeit sich umgestaltet hatten, trat

Digitized by Google

das neue Kind des Dampfes, die Arbeiterklasse, als sozial-politische Partei in die Schranken. Von dieser Zeit an herrscht zwischen Kapitalisten und Arbeitern ein fortwährender Kampf, welcher von den Arbeitern mit den Waffen der Organisation, des Streiks, des Stimmzettels, von den Kapitalisten mit dem Schwerte der sozialen und politischen Unterdrückung geführt wird.

Erst als dieser Kampf bereits tobte, als er im Jahre 1832 in Frankreich und 1825—36 in England die ganze Arbeiterklasse ergriffen und durch seine Allgewaltigkeit den Bestand des kapitalistischen Gesellschaftsgebäudes gefährdet hatte, wurde er Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Das Resultat derselben ist der materialistische Sozialismus, von Marx und Engels begründet.

Digitized by Google

I.

Der materialistische Sozialismus ist nur die Anwendung der von Marx gefundenen materialistischen Geschichtsauffassung auf den Klassenkampf der Gegenwart. Marx geht von dem Grundsatz aus, daß alle prinzipiellen Veränderungen in der Politik, Kunst, Wissenschaft, Religion, kurz auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens in letzter Instanz durch die Entwickelung der Produktionsweise bedingt wurden. Nur die Erwägung, mit welchen Mitteln in einem bestimmten Zeitalter produzirt wird, macht die Vertheilungsweise der Produkte verständlich und eröffnet uns den richtigen Weg für eine Beurtheilung des auf dem Produktionsgrunde ruhenden staatlichen und gesellschaftlichen Ueberbaues. Die Produktionsverhältnisse entwickeln sich von Tag zu Tag langsam und unmerklich, bis sie an einen Punkt gelangen, wo sie unvereinbar sind mit den ursprünglich von ihnen geschaffenen, aber in ihrer alten Form bewahrten staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Von diesem Augenblicke an beginnt ein bald friedlicher, bald gewaltsamer Kampf um Anpassung der Gesellschaft an die bereits im Stillen umgewandelten wirthschaftlichen Grundlagen, ein Kampf, dessen Wogen bis auf das Gebiet der Kunst, Wissenschaft und Religion hinüberschlagen.

Die Vollziehung solcher oft über ein Jahrhundert sich hinziehenden Revolutionen erfolgt durch diejenigen Kräfte, welche die Gesellschaft selbst hierfür frei gemacht hat. Unmittelbar nach einer solchen Revolution nämlich haben wir einen Gesellschaftszustand vor uns, der in Folge seiner Uebereinstimmung mit seinen sozialen Grundlagen die Ideen- und Gefühlswelt der Allgemeinheit befriedigt. Bald darauf wird jedoch die sozial-politische Harmonie in Folge des steten Fortschritts der Produktionsweise gestört; diejenigen Volksklassen, zu deren Ungunsten sich diese Verschiebung vollzieht, fangen an, die Gesellschaft in einem anderen Lichte zu betrachten, wie die herrschenden Klassen; erst kritischen Geistes, werden die beherrschten Klassen in dem Maße immer mehr zu Trägern einer neuen revolutionären Weltanschauung, als

Digitized by Google

der fortschreitende Zwiespalt zwischen Produktions- und Vertheilungsweise die Kluft zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Macht und Recht, zwischen alten und neuen Ideen immer mehr erweitert. Damit beginnt die Wechselwirkung von sozialer und politischer Unterdrückung. Die soziale Unterdrückung erzeugt die politische und diese wirkt wiederum auf jene zurück. Die anfänglich nur das enge Gebiet der Produktionsweise umspannende Kritik erweitert sich so zu einer Kritik des sozial-politischen Gebäudes und zuletzt zu einer neuen Weltanschauung. Sobald die soziale Frage eines Zeitalters in dem Bewußtsein der Massen die Höhe einer neuen Weltanschauung erklommen hat, erweitert sich der Kampf zwischen Beherrschten und Herrschenden zu einem Kampf der neuen werdenden Gesellschaft gegen die alte gewordene. Dieser Prozeß hat sich stets vollzogen, wenn eine Gesellschaftsform eine neue revolutionäre Klasse erzeugt hatte; er vollzieht sich auch in der gegenwärtigen Gesellschaft.

Wie gestaltet sich also die Auffassung von den Ursachen, der Entwickelung und dem Ziele der modernen Arbeiterbewegung, wenn man sie im Lichte der skizzirten materialistischen Geschichtsauffassung betrachtet? Die Wortführer des Kapitalismus haben sich in ihrer beschränkten, bürgerlich-ideologischen Auffassungsweise lange gesträubt, die Arbeiterbewegung als ein organisches Produkt der heutigen Gesellschaft anzuerkennen. Daß die Arbeiter mit ihrem Loose zufrieden wären, wenn sie nicht systematisch zur Unzufriedenheit aufgestachelt würden, das war ihre ehrliche Ueberzeugung. Erst als die Arbeiterbewegung während einer Reihe von Jahren, einem ganzen System der Unterdrückung zum Trotz, eine nicht mehr zu ignorirende Macht geworden war, sahen sich die Wohlwollenden unter den bürgerlichen Denkern genöthigt, in ihr wenigstens einen berechtigten Kern anzuerkennen. Es hätten sich im Laufe der Jahrzehnte viele Mißbräuche in die kapitalistische Produktionsweise eingeschlichen; diese seien die Ursache der allgemeinen Unzufriedenheit der Arbeiterbevölkerung. Man müsse nun daran gehen, diese Unvollkommenheiten der kapitalistischen Wirthschaftsordnung zu verbessern, und der sozial-

Digitized by Google

demokratischen Weltanschauung würde der Boden unter den Füßen fortgezogen.

Die bürgerliche Gedankenwelt ist gegen alle anderen Denkweisen so sehr abgesperrt, daß sie nicht im Stande ist, andere Klassen, andere Zeiten zu verstehen. Wie die Menschheit vor Kopernikus in dem Wahne gelebt hat, daß die Erde der Mittelpunkt des Weltalls sei und daß alle anderen Sterne sich um sie bewegen, so hält der bürgerliche Denker des 19. Jahrhunderts seine eigene Gesellschaftsordnung für diejenige, welche in der Bewegung der Menschheit das einzig Bleibende und ewig Vernunftgemäße sei — Adam ist ihm bereits ein respektabler kapitalbesitzender Bürger. Darum wendet er auch die ganze Schärfe seines Geistes an, nicht um die vom wissenschaftlichen Sozialismus aufgedeckten Ursachen der Arbeiterbewegung zu widerlegen, sondern um die von Einzelnen ins Detail gezeichneten Zukunftsbilder mit dem Maßstab der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu messen und als „Irrlehren" zu charakterisiren. Die sozialdemokratische Weltanschauung kann aber gegenwärtig nicht mehr als ein allgemeines Bild der Zukunft geben, gewissermaßen die Umrisse des sozialdemokratischen Gesellschaftsgebäudes; die innere Einrichtung desselben hängt natürlich von den Zeitumständen ab. Außerdem offenbaren solche „Widerlegungen" die geschichtsphilosophische Unwissenheit ihrer Verfasser in einer etwas vorsintfluthlichen Weise. Jeder Student der Geschichte lernt bereits in seinem ersten Semester, daß es die Aufgabe des nach Wahrheit und Objektivität strebenden Geschichtsforschers ist, jedes Zeitalter mit seinem eigenen Maßstabe zu messen und nicht mit dem der Gegenwart. Mit einer Naivität ohne Gleichen kritisiren jedoch die bürgerlichen Intelligenzen die zukünftige Gesellschaft, indem sie der gesellschaftlich konzentrirten und durch statistische Berechnungen jede Vergeudung ausschließenden Produktionsweise der sozialistischen Gesellschaftsorganisation, die Resultate der gegenwärtigen zersplitterten und in Folge der Konkurrenz vielfach unwirksamen Produktionsweise unterschieben. Und das sind die heiligen George unserer bürgerlichen In-

Digitized by Google

telligenz, welche den Drachen der Zukunft zum größeren Ruhme des Kapitalismus mit dem Schwerte ihres Geistes tödten zu können wähnen!

Im Gegensatz zu dieser beschränkt-bürgerlichen Auffassungsweise will der wissenschaftliche Sozialismus die Wurzeln der Arbeiterbewegung aufdecken, ihre Bedeutung aus den die kapitalistische Gesellschaft beherrschenden Gesetzen ergründen und ihre Zukunftsgedanken in Einklang setzen mit der nothwendigen Entwickelung der gegenwärtigen Gesellschaft. Um die Bedeutung der Arbeiterbewegung zu verstehen, muß die Wissenschaft aber die gegenwärtige Gesellschaft verstehen, welche in Wahrheit die Mutter der Arbeiterbewegung ist; sie muß die kapitalistische Gesellschaftsordnung untersuchen von ihrem embryonalen Anfange bis zu ihrer Geburtsstunde und von da durch alle Phasen ihrer Entwickelung hindurch bis zu ihrem gegenwärtigen pathologischen Zustande. Sie muß die Konflikte aufdecken, welche in dem Wesen der modernen Gesellschaft begründet sind und mit absoluter Nothwendigkeit dieselbe sprengen werden. Aus dem Verständniß der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung erwächst zugleich das Verständniß für ihren Umwandlungsprozeß, für den von Jahr zu Jahr immer neue und zahlreichere Kräfte von der Gesellschaft frei gemacht werden.

Was der materialistische Sozialismus für die Arbeiterbewegung leisten kann, ist Klarheit verbreiten über die Nothwendigkeit dieser Umwandlung der modernen Gesellschaft. Und diese Leistung ist eine sehr wichtige. Derjenige Sozialismus, welcher auf dem schwanken Grunde des Fühlens ruht, ist wandelbar, wie die Gefühle selbst. Bald himmelaufjauchzend, bald tiefbetrübt, bald von Muth gebläht, bald zu verzweifelnder Muthlosigkeit herabgestimmt! Jener Sozialismus aber, welcher in dem logischen Denken seine Wurzeln schlägt, kann dem Menschen nur mit seinem Denken selbst entrissen werden. Der Gedanke: die Gesellschaft unterliegt einer Umwandlung, nicht weil sie mit unseren Begriffen von „Gut“ und „Schlecht“ in Widerspruch steht, sondern weil in ihrem Leibe sich Prozesse vollziehen, welche mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes den Tod des Organismus

Digitized by Google

und frisches Leben aus seiner umgewandelten Form erzeugen, ist eine felsenfeste Stütze für den von den krampfhaftesten Reaktionen der absterbenden Gesellschaft geschüttelten Sozialismus. Von diesem Augenblick an wird er eine Macht, ein gewaltiger Faktor in der sozialpolitischen Entwicklung. Die Wissenschaft von der Nothwendigkeit einer Umwandlung der Gesellschaft ist die wirksamste Waffe für das auf den Kampfplatz tretende Proletariat. Mit dieser Waffe erst wird das Proletariat den Besitzenden gefährlich, sich selbst verleiht es unbrechbaren Muth und unzerstörbare Siegesgewißheit.

Dieser Sozialismus schöpft nicht, wie der der Utopisten, seine Ideen aus dem Kopfe, sondern aus der Wirklichkeit, er hat nicht mit Wünschen, sondern mit Thatsachen zu thun, er wendet sich nicht an die „Gebildeten" der herrschenden Klasse, sondern an die Arbeiterklasse selbst, er hofft Nichts von der Einsicht der „Politiker", sondern Alles von der durch die Produktionsverhältnisse erzeugten Macht des Proletariats. Dieser Sozialismus ist weder ein geschlossenes System noch eine Glückseligkeitstheorie. Er studirt die Ursachen der aus dem Inneren des kapitalistischen Gesellschaftskörpers emporsteigenden Evolutionen und findet sie in den Konflikten einerseits zwischen Produktionsweise und Austauschweise, andererseits zwischen organisirter Produktion in der Fabrik und anarchischer Produktion in der Gesellschaft. Diese Konflikte erzeugen mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes die Arbeiterbewegung und geben ihr zugleich den Inhalt; sie erzeugen aus sich heraus die materielle und ideelle Arbeiterbewegung. Nur die Einsicht in das Wesen dieser Konflikte ermöglicht eine Einsicht in die Nothwendigkeit der Arbeiterbewegung nnd der gesellschaftlichen Bedeutung derselben.

II.

Die Arbeiterbewegung ist ein Produkt der neuen Zeit. In früherer Zeit, im Alterthum und im Mittelalter, fehlten alle Bedingungen für die Geburt einer Bewegung formell freier Lohnsklaven. Die Waarenproduktion in jenen Zeiten war eine so bescheidene, die Voraussetzungen

Digitized by Google

der Produktion, der Besitz an Produktionsinstrumenten, hatte eine so einfache Gestalt, daß in dieser Hinsicht von einem Konflikt nicht die Rede sein konnte. Da wo die Produktion von Sklaven oder Leibeigenen betrieben wurde, hatte der Herr moralisch und rechtlich Anspruch auf das Produkt der Arbeit seiner Sklaven. Diese menschlichen Arbeitsthiere waren von jeder Anerkennung menschlicher Rechte auf brutal-drastische Weise ausgeschlossen; sie wurden von dem Herrn entweder gekauft oder geerbt, wie man ein Pferd, einen Ochsen kauft oder erbt. Die Frage, wem das von den Sklaven oder Leibeigenen verarbeitete Produkt gehören sollte, war eine so wenig zweifelhafte, wie in der Gegenwart die Frage, wem das durch die Arbeit eines Thieres entstandene Produkt gehört. Der Sklave des Alterthums nnd der Leibeigene des Mittelalters waren Arbeitsinstrumente in den Händen des mit der Peitsche versehenen Aufsehers.

Aber bereits in die Produktion jener Zeiten schob sich die Waarenproduktion wie ein Keil ein, besonders im Mittelalter von dem mit Innungs- und Zunftprivilegien ausgestatteten Handwerkerstande betrieben. Aber auch hier hatte das Besitzrecht an den Produkten eine äußerst durchsichtige, mit der Form der Produktion selbst sich deckende Gestalt. Der Handwerkerstand als Ganzes befand sich außerhalb jeder Abhängigkeit von anderen Gesellschaftsständen; auch jeder einzelne Handwerker war in jenen Zeiten weit entfernt, ein moderner Lohnsklave zu sein. Zwar war jeder Handwerker materiell und rechtlich während der Zeit seiner Lehr- und Gesellenjahre von seinem Meister abhängig, aber diese Abhängigkeit war keine lebenslängliche, wie in der Gegenwart die Abhängigkeit des Lohnarbeiters vom Kapitalisten, sie war vielmehr ein Durchgangsstadium zum Meisterstande. Auch der Geselle war in gewissem Sinne Lehrling und konnte insofern denjenigen Theil des von ihm erarbeiteten Produktes, welchen der Meister sich aneignete, als Lehrgeld für seine weitere Ausbildung betrachten. Außerdem war die Ausbeutung des gesammten Gesellenstandes durch die Klasse der Meister eine durch Gesetze so beschränkte, daß sie für die Beurtheilung der Produktionsverhältnisse im mittelalterlichen Handwerkerstand ganz übergangen werden kann.

Digitized by Google

Der Kleinheit der mittelalterlichen Produktionsverhältnisse entsprach auch die Zwerghaftigkeit der Produktionsinstrumente. Jedes Produktionsinstrument war gewissermaßen wie die Flöte in der Hand des Virtuosen; es ging nicht über die Arbeitskraft des oder der Produzirenden weit hinaus. Die Beschränktheit dieser Produktivkräfte im Mittelalter hatte eine isolirte Produktion zur Folge. Der Bauer erarbeitete selbst mit seinem Pflug, der Tischler mit seinem Hobel und seiner Säge, der Weber mit seinem Handstuhl das Produkt und konnte mit Recht sagen, daß dieses Eigenthum ihm gehöre, daß es ohne seine Arbeit nicht zu Stande gekommen wäre. Die Produktion war eine individuelle, es war also nur folgerichtig, wenn auch die Aneignung der Produkte in individuellem Sinne sich vollzog.

Aber am Ende des Mittelalters begann die Festigkeit jener individuellen Produktion durch die mehr ausgeweitete Form der Produktionsinstrumente erschüttert zu werden. Der Umwandlungsprozeß der Werkzeuge im Sinne nur gesellschaftlich zu verwerthender Instrumente ist in der Gegenwart weniger als je zuvor abgeschlossen. Der Handstuhl des Webers hat sich zum mechanischen Webstuhl, die Handsäge zur mechanischen Kreissäge, der Handpflug zum Dampfpflug, der Dreschflegel zur Dreschmaschine entwickelt. Die neue Form der Produktionsinstrumente paßte sich zugleich den Arbeitsprozeß an und eroberte Schritt für Schritt die alte Gesellschaft. Je größer und umfassender die Arbeitswerkzeuge sich gestalteten, mit um so größerer Kraft wirkten sie auf den Arbeitsprozeß und die Umgestaltung der gesellschaftlichen Machtfaktoren zurück.

Diese Entwicklung erhielt neue Nahrung durch die Zersetzung der feudalen Gesellschaftsordnung und den hierdurch reichlich erfolgenden Zuzug aus der Wirthschaftsorganisation der Feudalherren. Die Gefolgschaften, viele Bauern auf Hofstellen, kurz alle Elemente, deren Interessen der verfallende Feudalismus nicht befriedigen konnte, strömten den neuen Werkstätten zu mit keinem anderen Eigenthum als ihrer Arbeitskraft, die sie zu Markte trugen und deren der schmunzelnde Kapitalist sich bemächtigte.

Digitized by Google

Die unmittelbarste Folge dieser Entwicklung für den Arbeitsprozeß ist die Beseitigung der isolirten Arbeit. Die ausgeweiteten Produktionsräder der Bourgeoisie, welcher die historische Aufgabe zu Theil wurde, die Trägerin dieser Entwicklung zu werden, wachsen über die mechanische Kraft des Einzelnen hinaus, bedürfen der Gesammtkraft Vieler. Die Produktionsmittel hörten auf, diejenige Stellung im Arbeitsprozeß einzunehmen, die sie früher inne hatten, sie entwickelten sich von individuellen Produktionsmitteln zu gesellschaftlichen. Sie konzentrirten die Arbeiter um sich und traten, da ihre Größe und ihr Kostenpreis dem Handwerker ihren Besitz nicht möglich machte, meistens derjenigen Klasse zu, welche bereits in den Poren der Gesellschaft des Alterthums und Mittelalters sich gebildet hatte: der im Besitze des Kaufmannskapitals befindlichen Bourgeoisie.

So begann die Einzelwerkstatt vom Schauplatz des Produktionsmarktes zu weichen; die Manufaktur und nach ihr die Fabrik, welche Hunderte, Tausende von Menschen nach ganz bestimmten Arbeitsprinzipien in sich vereinigten, traten an ihre Stelle.

Aber nicht nur der Arbeitsprozeß unterlag der Wucht dieser Umwandlung, sondern auch der Charakter des Produktes selbst änderte sich entsprechend den neuen Arbeitsbedingungen. Die in der Manufaktur und Fabrik eingetretene Theilung der Arbeit und die von vielen Arbeitern bediente Maschine drücken dem fertigen Produkt den Charakter eines Gesellschaftsproduktes auf. Jedes Produkt, welches den Arbeitsraum der Fabrik verläßt, vereinigt in sich die Arbeit Vieler, so daß der individuelle Charakter, welcher im Mittelalter jedem Produkte innewohnte, durch die neue Produktionsweise verloren ging. In den Produkten ist nicht mehr die Arbeit Einzelner, sondern einer gesellschaftlich organisirten Vielheit „geronnen“. Aber diese gesellschaftliche Eigenschaft des Produkts, welche vom Kapitalisten in der Werkstatt selbst anerkannt wird, wird von ihm geleugnet, sobald die frische Luft des Waarenmarktes um das Produkt weht. Der Kapitalist, welcher die gesellschaftliche Produktion in der Fabrik organisirt, hebt diesen Charakter des Produktes auf, wenn dasselbe die Schwelle des Arbeitssaales überschritten hat

Digitized by Google

Bei dem gedankenlosen Bürgerthum hat sich der Glaube, daß der Besitzer der Arbeitsmittel auch rechtlich und logisch Besitzer der Arbeitsprodukte Anderer sein müsse, zu seinem ökonomischen Einmaleins ausgebildet. Wir finden jedoch bei vorurtheilsfreier Prüfung der ökonomischen Thatsachen, daß ein solcher Gesellschaftszustand zwar aus sehr berechtigten Ursachen vorhanden ist, daß er aber, sobald die Stützen, auf denen er ruht, von den in seinem Innern tobenden Konflikten fortgerissen werden, in sich selbst zusammenbricht. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung würde als solcher noch nicht im Stande sein, die alte Gesellschaftsform zu zerbrechen und eine neue zu erzeugen, wenn er nicht auch zugleich die Grundlage für gesellschaftliche Gegensätze wäre, wenn er nicht aus sich heraus diejenige Macht ans Tageslicht förderte, deren historische Mission die Umformung der Gesellschaft ist. Der Umstand, daß eine Gesellschaft von Widersprüchen erfüllt ist, berechtigt keineswegs zu dem Schluß, daß eine neue Gesellschaftsform ohne jene Widersprüche die alte ablösen werde. Die ganze Geschichte der menschlichen Gesellschaft seit Entstehung des Privateigenthums ist die Geschichte von Widersprüchen; neue Gesellschaftszustände sind erstanden, alte sind vergangen, aber Widersprüche sind geblieben. Mit wenigen, aber treffenden Worten schildert Engels in seinem „Ursprung der Familie" den allen Epochen gemeinsamen großen Widerspruch: „Da die Grundlage der Zivilisation die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere Klasse ist, so bewegt sich ihre ganze Entwicklung in einem fortdauernden Widerspruch. Jeder Fortschritt der Produktion ist gleichzeitig ein Rückschritt in der Lage der unterdrückten Klasse, d. h. der großen Mehrheit. Jede Wohlthat für die Einen ist nothwendig ein Uebel für die Anderen, jede neue Befreiung der einen Klasse eine neue Unterdrückung für eine andere Klasse."

Nicht darum also kann es sich handeln, zu konstatiren, daß Widersprüche in unserem Gesellschaftskörper vorhanden sind, sondern darum, daß diese Widersprüche sich bereits zu Konflikten entwickelt, daß diese Widersprüche die Gesellschaft bereits zersetzt und zur ideellen

Digitized by Google

und materiellen Ursache für den Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie geworden sind. Denn die Ideen, von denen die Arbeiterbewegung getragen ist, haben bei wissenschaftlicher Analyse nichts mit der Logik oder Moral zu thun. Der materialistische Sozialismus ist der stärkste Protest gegen jene Auffassung, welche die Entwicklung der Menschheit den Zwecken der Logik, der Moral oder gar der allgemeinen Nützlichkeit, dem Utilitarismus, anpaßt. Der Sozialismus konstatirt nur den täglich vor unseren Augen sich vollziehenden Zusammenbruch der wirthschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft und beobachtet die neu entsprießenden Ansätze, untersucht sie nach ihrer Lebensfähigkeit hin und stellt ihre Bedeutung für die Zukunft fest.

Sehen wir nun zu, wie der vorhin konstatirte Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion uud individueller, kapitalistischer Aneignung sich zu Konflikten zwischen Proletariat und Bourgeoisie entwickelt.

Je weiter die kapitalistische Aneignung der Produkte fortschreitet, um so größere Kapitalien sammeln sich in den Händen der im Besitze der Produktionsmittel Befindlichen an. Diese Kapitalien liegen aber nicht ruhig in den Truhen der Kapitalisten. Die immer weiter schreitende Ausweitung der Werkzeuge, die Eröffnung neuer Märkte, die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Bedürfnisse u. s. w. gestatten es, daß die kapitalistische Klasse die gesteigerten Mehrwerthe, die sie aus dem Arbeiter zieht, von neuem werbend anlegt, indem sie ihre Etablissements vergrößert. Jedes Kapital bedeutet so ein Kommando über eine größere oder kleinere Arbeiterarmee. Die Geschichte der Kapitalsanhäufung ist zugleich die Geschichte der sich ausbreitenden Abhängigkeit immer weiterer Volkskreise von der kapitalistischen Klasse. Andererseits verringert sich auch mit der Erweiterung der Produktionsstätten die Möglichkeit für den Arbeiter, in die Reihe der Kapitalisten aufzusteigen. Das Abhängigkeitsverhältniß des Arbeiters vom Kapital wird zu einem lebenslänglichen.

So erhält das Antlitz der Gesellschaft eine andere Physiognomie. Der alte Gegensatz von Feudalherren und Leibeigenen, von Adel und Bürgerthum beginnt all-

Digitized by Google

mählich zu verschwinden, und an seine Stelle tritt der durch den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung erzeugte Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie. Dieser Gegensatz „bedingt eine der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichthum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Bestialisirung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produzirt." (Marx, Kapital, S. 671). Die Ursachen aber dafür, daß immer weitere Volkskreise ihre soziale Unabhängigkeit verlieren und genöthigt sind, in die immer größerer Arbeitermassen bedürftigen Produktionsstätten der Kapitalisten als Lohnsklaven einzuziehen, enthüllt uns der zweite gesellschaftliche Widerspruch, der Gegensatz zwischen der Organisation in der Fabrik und der Produktionsanarchie in der Gesellschaft.

III.

Als die Arbeitsinstrumente im Mittelalter noch Träger individueller Arbeit waren, als die Maschinen noch in bescheidener Unbedeutendheit und Spärlichkeit im wirthschaftlichen Leben mitwirkten, da waren der Produktion als solcher enge Grenzen gesetzt. Die menschliche Arbeitskraft kann nicht auf Wunsch oder nach Bedürfniß ins Millionenfache erhöht werden, wie die Arbeitskraft, welche der unerschöpflichen Natur entrissen uud in den Dienst der menschlichen Produktion gezwängt wird. Schon in Folge dieses beschränkten Entwicklungsstadiums der Produktion war die Menge der Produkte beschränkt und mit nur geringem Ausdehnungsbedürfniß versehen. In der Produktenmenge repräsentirte sich im Ganzen und Großen noch die Menge der daran betheiligten menschlichen Arbeitskraft, und so kam es, daß von einem Zwiespalt zwischen Produktion und Konsumtion damals nicht die Rede sein konnte. Diese einfache Art des Produzirens brachte es naturgemäß mit sich, daß der größte Theil der menschlichen Arbeit im Mittelalter zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse verwandt wurde. Aber anderer-

Digitized by Google

seits wirkte die Naturalwirthschaft, einmal zu einer festen Organisation krystallisirt, auf die Produktion zurück. Sie machte eine ausgedehnte Waarensammlung, große Märkte, eine Alles umfassende Austausch-, eine revolutionäre Produktionsweise unmöglich. Wir gewahren daher Stabilität, Harmonie, Festigkeit, aber zugleich Beschränktheit, Abschluß, Unterordnung. Entsprechend dem stabilen und beschränkten Charakter der Produktion finden wir überall Schranken, welche sich ursprünglich aus der Produktion herausgebildet und sich endlich gesellschaftlich krystallisirt hatten. Auf dem Lande die Markverfassung, im Handwerkerstand die Zunft- und Innungsordnung, in der gesellschaftlichen Zusammensetzung Ständeordnung und allgemeine persönliche Abhängigkeit. Nicht ein einziges Element der Produktion, nicht ein Atom des gesellschaftlichen Körpers konnte, ohne in Konflikte zu gerathen, die Lage verlassen, in welche es vermöge des die ganze Gesellschaft beherrschenden Gesetzes der Unterordnung gebannt war. Alle diese dem Elementarzustand der Produktion und den gesellschaftlichen Zusammenhängen entspringenden Umstände gestalteten den Produktionsprozeß zu einem von Gesellschafts- und Staatsgesetzen geordneten, symmetrisch und harmonisch aufgebauten Ganzen. Seitdem jedoch diese elementaren Arbeitsbedingungen vom Produktionsfelde verschwunden sind, seitdem an Stelle der Einzelarbeit die gesellschaftlich organisirte Arbeit, an Stelle ausschließlich menschlicher Arbeitskraft die Verbindung der Maschinen- mit Menschenkraft, an Stelle der Werkstatt die Fabrik getreten ist, entwickelten die der Waarenproduktion immanenten Gesetze eine ungeheure Macht, sprengten sie alle Fesseln, in welche in früherer Zeit die Produktion geschmiedet war, und warfen alle Traditionen, alles Alt-Ehrwürdige über den Haufen.

Die Waarenproduktion, insofern sie sich frei entfaltet, zeigt ihren Hauptcharakterzug darin, daß jeder Produzent nach Willkür und Gutdünken produzirt, ohne genaue Kenntniß der Verbauungskraft des Marktes, aber auch ohne Kenntniß derjenigen Produktenmenge, welche von den anderen Produzenten erzeugt wird. Es ist ein Produziren ins Blaue hinein, ein tolles Wagen und Spekuliren; es ist nicht zu leugnen, daß der Prod-

Digitized by Google

welcher jedes Zusammenhanges mit der Gesammtproduktion entbehrt, ein für sich sehr gefährliches Spiel spielt und oft mit der Waare zugleich seinen wirthschaftlichen Untergang produzirt. Das einzige Gesetz, welchem der Produzent seine Aufmerksamkeit zu widmen hat, ist das Gesetz der Konkurrenz, d. h. das Gesetz der Gesetzlosigkeit, der Anarchie. Je weiter die Waarenproduktion sich ausdehnte, je erfolgreicher sie gegen die Naturalwirthschaft kämpfte, je mehr sie, in Folge der Entwicklung von der Einzelwerkstatt zur Manufaktur, ihrer Kräfte sich bewußt wurde, um so kühner reagirte sie gegen das ganze mittelalterliche Staatsgebäude, bis sie so weit gediehen war, daß sie auf den Trümmern der Vergangenheit einen Staat erbauen konnte, welcher ihren Bedürfnissen Rechnung trug. Der Staat der Bourgeoisie ist daher nur die Hülle der kapitalistischen Produktionsweise, nicht Ursache, sondern Wirkung. Das Bestreben der Innungsschwärmer, den modernen Staat einer Produktionsweise anzupassen, welche nur noch in einigen vorsintfluthlichen Ausläufern existirt, gehört mehr in das Gebiet der Pathologie der Unwissenheit, als in das der Politik.

Nachdem in der Manufaktur die Theilung der Arbeit sich entwickelt, und die mechanischen Arbeitsinstrumente in Dampfmotore umgewandelt waren, wurde die immer vorwärts schreitende Umwälzung der Produktionsinstrumente ein Zwangsgebot für die gesellschaftlich organisirte Fabrik. Verbesserung der Maschinerie, Verbilligung der Produktionskosten ist die Devise jedes Kapitalisten im Kampfe mit seinen Konkurrenten. Das Toben dieses Kampfes wird von Friedrich Engels sehr treffend geschildert. „Das Hauptwerkzeug, womit die kapitalistische Produktionsweise diese Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion steigerte, war das gerade Gegentheil der Anarchie: die steigende Organisation der Produktion als gesellschaftlicher in jedem einzelnen Produktionsetablissement. Mit diesem Hebel machte sie der alten friedlichen Stabilität ein Ende. Wo sie in einem Industriezweige eingeführt wurde, litt sie keine ältere Methode des Betriebes neben sich. Wo sie sich des Handwerks bemächtigte, vernichtete sie das alte Handwerk. Das Arbeitsfeld wurde ein Kampfplatz. Die großen geographischen Entdeckungen und die ihnen folgen-

Digitized by Google

den Kolonisirungen vervielfältigten das Absatzgebiet und beschleunigten die Verwandlung des Handwerks in die Manufaktur. Nicht nur brach der Kampf aus zwischen den einzelnen Lokalproduzenten; die lokalen Kämpfe wuchsen ihrerseits an zu nationalen, den Handelskriegen des 17. und 18. Jahrhunderts. Die große Industrie endlich und die Herstellung des Weltmarktes haben den Kampf universell gemacht und gleichzeitig ihm unerhörte Heftigkeit gegeben. Zwischen einzelnen Kapitalisten wie zwischen ganzen Industrien und ganzen Ländern entscheidet die Gunst der natürlichen und geschaffenen Produktionsbedingungen über die Existenz. Der Unterliegende wird schonungslos beseitigt. Es ist der Darwinsche Kampf ums Einzeldasein, aus der Natur mit potenzirter Wuth übertragen in die Gesellschaft. Der Naturstandpunkt des Thieres erscheint als Gipfelpunkt der menschlichen Entwickelung." Dieser Kampf des Einen gegen den Anderen greift zu immer gewaltigeren Mitteln, je weiter der Umwälzungsprozeß der Maschinen vorschreitet, je intensiver die gesellschaftliche Organisation in der Fabrik sich durchbildet.

Mit der Waffe der organisirten Produktion in der Fabrik trat der Kapitalist zuvörderst dem waffenlosen Handwerker entgegen. Beide warfen ihre Produkte auf den Markt, aber den Sieg trug der Kapitalist davon; die durch die Anwendung der Maschinerie verbilligten Produktionskosten und die Ausbeutung Tausender von Arbeitern gestatteten dem Kapitalisten, den Preis seiner Waaren auf dem Markte zu einem so niedrigen zu gestalten, daß der nicht im Besitze großer und theurer Maschinen befindliche Handwerker trotz seiner, über das Menschenwürdige weit ausgedehnten Arbeitszeit, trotz der Unterstützung von Frau und Kindern in seiner Arbeitsthätigkeit, mit seinem Konkurrenten nicht gleichen Schritt halten konnte. Er unterlag und vertauschte seine ärmliche, aber selbstständige Thätigkeit mit der Abhängigkeit des Lohnsklaven vom Kapitalisten. So ist allmählich der größte Theil des selbstständigen Handwerkerthums von der Klasse der Kapitalisten zerrieben worden; theils schwellte er das in die Fabrikskasernen gesperrte Proletariat an, theils starb er, in seinen engen, dumpfen und un-

Digitized by Google

gesunden Arbeitsräumen als Hausindustrieller im Auftrage und unter der Fuchtel des Kapitals arbeitend, eines langsamen Verhungerungstodes. Diese schreckliche, die Greuel des schlimmsten Krieges übertreffende Dezimirung des Volkes ist in der Gegenwart noch nicht ganz abgeschlossen, aber in absehbarer Zeit werden auch die letzten Reste des selbstständigen Handwerkerthums von dem Moloch Kapital verschlungen sein. Wie weit dieser Entwicklungsprozeß bereits gediehen ist, beweist eine Thatsache aus den letzten Jahren aufs Drastischste. Im Jahre 1881 wurde in Deutschland ein neues Innungsgesetz gegeben, mit der Bestimmung, daß alle Innungen, welche innerhalb der nächsten sechs Jahre ihr Statut den Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht angepaßt haben, der Auflösung verfallen. Diese Frist wurde am Ende noch um ein Jahr erweitert. Und doch mußten am 1. September 1887 nahezu 6000 Innungen, welche der Revision sich nicht unterzogen hatten, aufgelöst werden. Es kann dies kein Beweis für die Gleichgiltigkeit des Handwerkerstandes gegen das Innungs- und Zunftwesen der Vergangenheit sein. Man muß darin vielmehr ein sicheres Zeichen dafür sehen, daß jene Handwerkerkreise, deren Innungen der Auflösung verfielen, durch das Großkapital bereits derartig zersetzt sind, daß es nicht mehr möglich ist, in denselben Erfolg versprechende Verwaltungskörper zu schaffen. Sie schwellen, einem unbeugsamen Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft folgend, die Masse des an den Felsen des Elends geschmiedeten Proletariats an.

Aber damit nicht genug! Auch gegen andere Klassen unserer Gesellschaft lenkt diese Entwicklung ihren ehernen Schritt. In der Stadt muß der kleine Kaufmann, auf dem Lande der kleine Bauer die schreckliche Wahrheit des römischen Siegesgeschreies am eigenen Leibe erfahren: Vae victis! (Wehe den Besiegten). Derselben Waffe, welcher die Handwerkerklasse unterlegen ist, unterliegt auch der mittlere und kleine Kaufmann und der kleine Bauer: der Organisation und den technischen Hilfsmitteln des Großkapitals. Das ungeheure Anschwellen des kaufmännischen Proletariats ist eine gegenwärtig nirgends geleugnete Thatsache; und auch dem im Dienste des Großkapitals besser bezahlten Angestellten rückt die Möglichkeit

Digitized by Google

einer selbständigen Existenz in immer weitere Ferne. Wie ungünstig der kleinere und mittlere Bauer gegenüber dem Großgrundbesitzer in Rücksicht auf maschinellen und insofern billigeren Wirthschaftsbetrieb gestellt ist, beweisen einige statistische Angaben (in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik) vom 3. Juni 1882.

	Anzahl der Betriebe	Von diesen benutzten Maschinen	In Prozenten
0—2 ha	1 865 158	6 504	0,34
2—10 ha	1 154 599	106 174	9,1
über 100 ha	20 439	16 377	80,1

Während also von 1000 kleinen Gütern nur ungefähr 3, von 1000 mittleren Gütern nur 91 sich der maschinellen, billigeren Produktionsweise bedienen können, fallen auf 1000 große Güter 801 Betriebe mit Maschinenbenutzung, eine Differenz, welche uns die Ursachen des Verfalles des kleinen und mittleren Bauernthums gegenüber dem Großgrundbesitz am besten erklärt. Ueberall, in der Stadt und auf dem Dorfe, in der Industrie und in der Landwirthschaft gewahren wir denselben Entwicklungsgang der modernen Gesellschaft: Proletarisirung immer größerer Volkstheile und Abhängigkeit derselben vom Großkapital.

Aber pietätslos und raubluftig, wie das Kapital einmal ist, bleibt es nicht einmal vor den Thoren seiner eigenen Vertreter scheu und ehrerbietig stehen. In der Klasse der Großkapitalisten selbst wüthet der bestialische Kampf ums Dasein in derselben schonungslosen Weise, vollzieht sich die Kapitalkonzentration nach denselben wirthschaftlichen Gesetzen, findet ein stetiges Abfließen der enteigneten Klassengenossen in das Heer des Proletariats nach denselben Methoden statt, wie in dem Kampf von Klasse gegen Klasse. Die Konkurrenz erzeugt einen Zustand, den Marx treffend mit den Worten bezeichnet: „Ein Kapitalist schlägt viele todt". Dieser Konkurrenzkampf ist aber ein ungleich schwierigerer, weil die Feinde mit denselben Waffen kämpfen, Maschine gegen Maschine, Organisation gegen Organisation. Wenn es in diesem Kampfe weder Sieger noch Besiegte giebt, dann kommt das letzte und gewaltsamste Mittel der Kapitalkonzentration zu Hilfe, die wirthschaftliche Rebellion, die **Krisis**.

Digitized by Google

Es liegt in dem Wesen der Maschinerie, daß sie, einer je größeren Vervollkommnung sie unterliegt, eine um so größere Produktenmenge zu Tage fördert. Die Waarenvorräthe schnellen mit jeder verbesserten Maschine in die Höhe. Der einzelne Kapitalist muß die Maschine, durch die freie Konkurrenz gezwungen, möglichst ausnutzen, um den Preis seiner Waare auf ein niedrigeres Niveau zu bringen, als sein Nachbar; dieser thut dasselbe, und so sammeln sich ungeheure Waarenvorräthe an, welche den Konsum weit übersteigen, den nationalen und Weltmarkt überschwemmen und mit weiterer Verbesserung der Maschine immer mehr anwachsen, bis die Kollision zwischen Produktion und Konsumtion sich in drastischer Weise vollzieht. Die Krisis, welche von 1825 bis 1878 sich sechs Mal vollzogen und seit fast 1878 chronisch geworden ist, zeigt in trauriger Handgreiflichkeit den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung; sie ist der Zeiger, welcher an der Produktionsuhr die Zeit anzeigt, in der, wie Engels sagt, die Produktionsweise gegen die Austauschweise, die Produktionskräfte gegen die Produktionsweise rebelliren.

Von mancher Seite ist darauf hingewiesen worden, daß diese Ueberfülle an Produkten und die sich daraus ergebende Stockung ihren Grund habe in der Unterkonsumtion der Massen. Letztere kann keineswegs geleugnet werden; aber sie steht in keinem Zusammenhang mit der Ursache, welcher die Krisis ihre Existenz verdankt. Denn angenommen, die Konsumfähigkeit der Massen steige auf das Zehnfache, die Produktion würde in Folge der freien Konkurrenz und der Vervollkommnung der Maschinen bald auf den Standpunkt kommen, auf welchem sie wiederum die Konsumfähigkeit der Massen überflügelt. Die Krisis hängt einzig und allein mit den der ganzen kapitalistischen Gesellschaft zu Grunde liegenden Widersprüchen zusammen und sie wird endgültig nur mit der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft beseitigt werden.

Die Krisis bedeutet für die Kapitalisten ein Sinken des Waarenpreises unter den Werth und Stockung des Waarenabsatzes, bis der nationale und Weltmarkt die aufgehäuften Waaren verdaut hat. Diesen krankhaften Zustand des wirthschaftlichen Lebens haben nur diejenigen Kapi-

Digitized by Google

talisten Aussicht zu überleben, denen noch ein größeres freies Kapital zur Verfügung steht, aus dem sie für die mageren Jahre schöpfen können. Die anderen sind genöthigt, ihre Etablissements zu schließen und sie ihrem mit größeren wirthschaftlichen Kräften ausgestatteten Konkurrenten zu verkaufen, wenn sie nicht durch den ersten Ansturm der Krisis bereits über Bord geworfen sind. So geht das Nationalvermögen aus jeder Krisis in immer konzentrirterer Gestaltung hervor, während den Kampfplatz die Leichen vieler wirthschaftlich erschlagenen Kapitalisten decken. Auf der Seite der überlebenden Kapitalisten wird der Reichthum, auf der Seite des abhängigen Proletariats die Zahl größer. So wandelt die kapitalistische Wirthschaftsorganisation einen Weg, an dessen Ende die Scheidung der Kulturmenschheit in zwei große Klassen sich vollzogen hat, in eine im Besitze des gesammten bürgerlichen Kapitals befindliche verschwindende Minorität und eine von jedem Besitze getrennte, ihre Arbeitskraft nur im Dienste jener Minorität verwerthende millionenköpfige Arbeiterklasse.

Die Klarstellung dieses ökonomischen Prozesses von Marx im letzten Kapitel seines „Kapital" ist stilistisch und inhaltlich so trefflich, daß jedes weitere Wort über diese Entwicklung überflüssig ist. Marx sagt: „Die Expropriation des unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosestem Vandalismus, und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigsten Leidenschaften vollbracht. Das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des isolirten, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigenthum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigenthum, welches auf Exploitation (Ausbeutung) fremder, aber formell freier Arbeit beruht. Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privat-

Digitized by Google

eigenthümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriiren, ist nicht der selbstwirthschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitirende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele todt. . . . . Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse."

IV.

Die Theilung der Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat würde als solche noch nicht die Mittel zur Umwälzung der Gesellschaft im Sinne und Interesse des Proletariats erzeugen. Erst der Entwicklungszustand der Produktionskräfte und jener Gegensatz zwischen Produktionsorganisation in der Fabrik und Produktionsanarchie in der Gesellschaft verleiht dem Proletariat eine immer mehr hervortretende aktuelle Bedeutung und stellt ihm seine welthistorische Aufgabe. Die Folgen dieser Gegensätze ergießen über den einzelnen Proletarier eine Fülle von Elend und Armuth, die Proletarierklasse jedoch saugt aus diesem Gegensatz ihre Kraft, ihr Wachsthum, ihre Organisation.

Die bereits geschilderte Produktionsanarchie der Gesellschaft zwingt jeden Kapitalisten, die Maschinerie zu verbessern und zu vervollkommnen, um in Folge des billigeren Produktionsprozesses in der Lage zu sein, billigere Waare zu liefern und so seinen Gegner aus dem Felde zu schlagen. Tödten oder getödtet werden, ist die Parole der kapitalistischen Produktion. Die immer weiter sich entwickelnde Umwälzung auf dem Gebiete der Technik hat eine Verminderung der beschäftigten Arbeiter zur Folge, und so erzeugt der naturgemäße Fortschritt der kapitalistischen Klasse den wirthschaftlichen Rückschritt der

Digitized by Google

arbeitenden Klasse. Es entsteht eine sogenannte Reservearmee, welche, aus dem Produktionsprozeß durch die vervollkommnete Maschine ausgestoßen, nun auch auf die Löhne der noch im Dienste des Kapitals ihre Arbeitskraft verwerthenden Proletarier drückt. Fortschritt der Vergesellschaftung der Arbeit, Anschwellen der Beschäftigungslosen, Sinken des Lohnes der beschäftigten Arbeiter, das ist das Bild, welches durch den Fortschritt der Bourgeoisie erzeugt wird.

Je mehr der einzelne Arbeiter zu wirthschaftlicher Schwäche herabsinkt, um so enger werden die Fesseln, mit welchen er an den Felsen des Kapitals geschmiedet ist; alle Schranken, welche das jugendliche Kapital seiner Ausbeutungssucht noch gesetzt, werden von der auf der Höhe der Situation stehenden Bourgeoisie durchbrochen; die Ueberfülle des Arbeitsangebotes und die Nothwendigkeit, das in der Maschine steckende Kapital möglichst schnell in Produkte umzusetzen, veranlassen den Kapitalisten, die Arbeitszeit zu verlängern. Da auf der einen Seite durch den Druck der immer mehr anschwellenden Reservearmee der Lohn des Arbeiters nicht mehr für die Ernährung einer Familie hinreicht, auf der anderen Seite die Entwicklung des maschinellen Betriebes die Thätigkeit des Arbeiters erleichtert und vereinfacht, ist es dem Kapitalisten möglich, neuen und billigeren Arbeitskräften seine Fabrikkaserne zu eröffnen, den Frauen und Kindern des Arbeiters. Es ist der Höhepunkt der sozialen Tragödie der Gegenwart, daß die nächsten Angehörigen des Arbeiters seine Konkurrenten und Lohndrücker werden müssen. Aber damit nicht genug! Nicht nur durch die Entwickelung der im Besitze der Bourgeoisie befindlichen Produktionsinstrumente wird, zugleich mit dem Reichthum, eine erschreckliche Fülle von Degenerirung und Elend in der Proletariermasse produzirt; die Produktionsanarchie in der Gesellschaft wirkt auch auf die Waarenproduktion als solche und macht sie zu einem zweiten wirksamen Hebel für die Erzeugung von Unglück, Arbeitslosigkeit und Hunger.

Wir haben gesehen, wie die Waarenproduktion der kapitalistischen Epoche nothwendiger Weise zur Krisis führt. So viel unangenehme Folgen die Krisis für die

Digitized by Google

Kapitalistenklasse auch hat, ihre rauheste Seite zeigt sie doch dem Arbeiter. In Folge der Stockung von Handel und Wandel müssen viele Fabriken schließen, Tausende von Arbeitern werden auf's Pflaster geworfen, die Kapitalien konzentriren sich immer mehr, die großen Etablissements vergrößern sich und saugen die kleinen auf, durch die Erweiterung der Fabriken werden die Produktionsinstrumente auf eine früher nie geahnte Weise vervollkommnet, an Arbeitskräften wird gespart, und so wird die industrielle Reservearmee immer mehr nach jeder Krisis verstärkt und der Lohn der beschäftigten Arbeiter durch ihre eigenen Klassengenossen heruntergedrückt.

Aber die Medaille hat auch ihre Kehrseite! Je weiter der Zersetzungsprozeß der modernen Gesellschaft vorschreitet, um so mehr werden die Kräfte freigemacht, denen die welthistorische Aufgabe zufällt, die Gesellschaft umzuformen. Je größer und umfangreicher die Produktionsmittel werden, um so mehr wird die Arbeitermenge konzentrirt. Konzentration verleiht Selbstbewußtsein und Macht. Je weiter die Organisation in der Fabrik vorschreitet, um so mehr wächst das Eigenthum des Einen über seinen Kopf und seine Macht hinaus und drängt nach Anerkennung seiner gesellschaftlichen Eigenschaften.

Diese Entwicklung und vor Allem ihre schädlichen Seiten fühlt die Arbeiterklasse am eigenen Leibe viel zu schmerzlich, als daß sie nicht häufig sich dagegen auflehnt. Der Kapitalismus selbst giebt dem Proletariat die Formen, unter denen und vermöge deren es gegen die Brutalität des wirthschaftlich Stärkeren reagirt — das Massenbewußtsein, den engen Zusammenschluß der vielen wirthschaftlich Schwachen gegen die wenigen durch die Waffe des Kapitals Ueberlegenen.

Dieser Kampf hat sich, einem psychologischen Gesetze gehorchend, erst nach vielen Jahren des Lernens und Verbesserns zu einem wahren und bewußten Klassenkampf gestaltet. Zuerst will das Proletariat nichts weiter als die wirthschaftliche Willkür des einzelnen Kapitalisten abwehren und steht abseits von jeder Kritik des gesellschaftlichen Baues und von dem politischen Getriebe der bürgerlichen Parteien. Aber je gewaltiger die Produktionsweise sich umgestaltete, je schroffer sich die wirthschaftlichen

Digitized by Google

Gegensätze zuspitzten, um so mehr erweiterte sich der Gesichtskreis des Proletariats und seiner Wortführer. Sie begriffen, daß der Einzelwille des Kapitalisten nicht Ursache, sondern Folge der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist und daß die ganze wirthschaftliche Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die politische Herrschaft der Bourgeoisie verstärkt wird. Jeder Tag zeigte der Arbeiterklasse, daß die Bourgeoisie den Hebel ihrer politischen Gewalt und ihres büreaukratischen Apparates bewußt oder unbewußt im Interesse ihrer Klasse und zum Nachtheil des Proletariats gebraucht, daß alle folgenschweren Erscheinungen im gesellschaftlichen und politischen Leben weder rein sozialen noch rein politischen Charakters sind, sondern von sozialen und politischen Elementen getragen werden. Mit dieser Erkenntniß mußte die Arbeiterbewegung aus einer sozialen in eine sozial-politische Bewegung umschlagen.

V.

Aus den beiden Widersprüchen, welche die ganze bürgerliche Gesellschaft durchziehen, herausgewachsen, kann die mit klarem Bewußtsein erfüllte Arbeiterbewegung nichts anderes wollen, als die Beseitigung dieser Widersprüche. Letztere sind aber die Seele des Kapitalismus; die Beseitigung dieser Widersprüche bedeutet also die Umformung der bürgerlichen Gesellschaft. Das ist die weltgeschichtliche Aufgabe, welche dem Proletariat der Gegenwart zugefallen ist.

In welchem Sinne kann sich diese Umgestaltung vollziehen? Wenn es je in der Weltgeschichte eine sozialpolitische Bewegung gegeben hat, die sich ihre letzten Ziele nur im Einklang mit dem Werdeprozeß des ökonomischen Baues gesetzt und dabei alle Abschweifungen in das Gebiet der Moral, Phantasie und Abstraktion prinzipiell verworfen hat, so ist es die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Sie strebt einer Gesellschaftsorganisation zu, in welcher der von der Epoche des Kapitalismus entwickelte Produktionsprozeß und Eigenthumscharakter zum Ausgangspunkt der Vertheilung der Produkte wird. Auf der einen Seite die gesellschaftliche Arbeit, wie sie die

Digitized by Google

Bourgeoisie in ihren Manufakturen und Fabriken ausgebildet hat, auf der anderen Seite die Ausdehnung der Produktionsstätten über die wirthschaftliche Macht des Einzelnen und die Uebernahme derselben von einem Theile der Gesellschaft oder von dem die Machtfaktoren der Gesellschaftsklassen repräsentirenden Staate, wie es bei den Aktiengesellschaften, ihren Ringen, den Eisenbahnen, der Post, der Telegraphie u. s. w. der Fall ist, das ist die Tendenz, welche dem Kapitalismus innewohnt. Daran knüpft der materialistische Sozialismus an. Die sozialistische Gesellschaftsorganisation kann nur die Aufgabe haben, die Hindernisse, welche der Kapitalismus vermöge seines Klassencharakters dem freien Sichausleben und der vollkommenen Ausgestaltung der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Eigenthums in den Weg stellt, zu beseitigen. Die vom Kapitalismus geförderte gesellschaftliche Arbeit wird von den Schranken des formellen Privateigenthums und der uneingeschränkten Konkurrenz, das von ihm entwickelte thatsächliche Gesellschaftseigenthum von den Schranken des Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat eingeengt. So wird der Kapitalismus zur Fessel seines eigenen Produktes. Die sozialistische Gesellschaft will dieser Entwicklung freie Bahn schaffen in dem Sinne, daß der gesellschaftlichen Arbeit auch die gesellschaftliche Vertheilung der Produkte entspricht, und daß das Gesellschaftseigenthum einer eng begrenzten Klasse entzogen und zum wahren Eigenthum der ganzen Gesellschaft, des ganzen Volkes wird. Vergesellschaftung der Produktionsinstrumente und des Grund und Bodens und Vertheilung der Produkte im Sinne der jeweiligen Produktionsentwicklung, das ist das naturnothwendige Resultat der kapitalistischen Epoche und zugleich die Grundform einer neuen gesellschaftlichen Organisation, welcher die Menschheit, ob sie will, oder nicht, entgegeneilt.

Der Weg zu diesem Ziele kann nur unter Kampf und mit Aufbietung der äußersten Kräfte zurückgelegt werden. Denn die kapitalistische Klasse im weitesten Sinne des Wortes, in deren Interesse das Fortbestehen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung liegt, benutzt natürlich alle Waffen, welche ihr Staat und Gesellschaft

Digitized by Google

bieten, um das Alte gegen das Neue bis aufs Aeußerste zu vertheidigen. Auch die Staatsgewalt selbst, welche, wie wohlwollende Menschen aber schlechte Musikanten wähnen, über den Parteien und Klasseninteressen stehen soll — worauf wir weiter unten noch zurückkommen werden — ist gezwungen, die Interessen des Kapitalismus, dessen Ausdruck sie ist, in erster Linie zu berücksichtigen, wenn sie nicht den festen Boden unter sich verlieren will. Sie kann erst dann anfangen, neuen Ideen und Wünschen ein williges Ohr zu leihen, wenn neue gesellschaftliche Mächte in einer die Anerkennung erzwingenden Allgewaltigkeit sich entwickelt haben.

Alle diese Thatsachen weisen der Arbeiterbewegung in nicht mißzuverstehender Weise den Weg, den sie zu wandeln hat. Sie ist gezwungen, soweit ihr irgend eine Bewegungsmöglichkeit im Staate gelassen ist, sowohl nach der sozialen, als auch nach der politischen Seite hin immer neue Positionen zu gewinnen, so die Machtfülle ihres kapitalistischen Gegners zu schwächen und es dem Staate zu ermöglichen, neue Bahnen zu beschreiten. Allerdings giebt es in der Elastizitätsfreiheit des Staates eine Grenze, die er nicht überschreiten kann, ohne sich selbst als Klassenstaat zu negiren. Ich möchte diese Grenze analog den Anschauungen der Physik die sozialpolitische Elastizitätsgrenze nennen. In seinen letzten Zielen nur bedeutet der Staat der Sozialdemokratie die Negation des gegenwärtigen Staates, wie die sozialistische Gesellschaft die Negation der kapitalistischen bedeutet. Aber es ist, wissenschaftlich betrachtet, ebenso unmöglich, eine strenge Grenze zwischen zwei Gesellschaftsformen zu ziehen, wie es in den Naturwissenschaften unmöglich ist zu sagen, wo das Thierreich aufhört und das Pflanzenreich beginnt, wo dieses aufhört und das Steinreich anfängt. Die eine Gesellschaftsform wächst allmählich in die andere hinein, und da, wo wir einen gewaltsamen Uebergang gewahren, wie in der französischen Revolution, bedeuten diese Konvulsionen nicht den Anfang des Ueberganges, sondern sein Ende; das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft hatte während einiger Jahrhunderte vor der französischen Revolution im Inneren der feudalen Gesellschaft seine erweiterte Gestaltung und intensiveren Macht-

Digitized by Google

fülle in hartem Klassenkampf bereits erringen müssen, bevor es in der Lage war, der Staatsgewalt die Alternative zu stellen, entweder die Konsequenzen seiner hart erkämpften Positionen anzuerkennen und gutwillig den letzten prinzipiellen Schritt zur Negation ihrer feudalen Grundlagen zu machen oder es auf ein gewaltiges Ringen ankommen zu lassen.

Die Aufgabe, welche die Gegenwart an die Arbeiterbewegung stellt, besteht also darin, daß letztere die gegebenen sozial-politische Verhältnisse nicht etwa als für sie nicht vorhanden betrachtet, sondern diese vielmehr in unentwegtem Kampfe mit den Waffen der Organisation, der Streiks, des Stimmzettels, der parlamentarischen Mitarbeit Schritt für Schritt zu erobern und ihrem Klasseninteresse entsprechend umzugestalten sucht. Auf sozialem Gebiete stetige Weiterbildung einer Arbeiterschutzgesetzgebung im Anschluß an die fortschreitende Produktionsentwicklung, auf dem politischen Gebiete weitere Ausgestaltung des Staates im demokratischen Sinne, das ist vorerst der Rahmen, innerhalb dessen die praktische Thätigkeit der eine Macht repräsentirenden Sozialdemokratie sich vorläufig abzuspielen hat. Schon aus dieser Thätigkeit heraus resultirt ein ungeheurer Fortschritt für die sozialdemokratische Propaganda; denn jeder Sieg verbreitet an sich schon den Glauben an die wachsende Bedeutung der Sozialdemokratie in immer weitere Kreise, zugleich ermöglicht er dadurch, daß er die Fesseln des Proletariats lockert, größere Bewegungs- und Agitationsfreiheit.

Es ist aber eine Täuschung, der man in sozialdemokratischen Kreisen nicht weniger als in den herrschenden Klassen begegnet, wenn man glaubt, die Entwicklung der Arbeiterbewegung werde nur durch die Agitation herbeigeführt; je freier und fesselloser diese sich entfalte, um so leichter dringe der Morgenruf der neuen Zeit in die Ohren der Millionen Schläfer und und schwelle die Masse der Unzufriedenen an. Es ist dies jener Irrthum, welcher seit den Zeiten der großen sozialistischen Utopisten als Gespenst einer verstorbenen Weltanschauung noch immer umgeht, daß große Volksbewegungen beliebig durch das mächtig rollende Wort

Digitized by Google

der Volks-Tribunen erzeugt werden können. Die Wellen selbst der hochgehendsten Agitation brechen sich an der festen Mauer der sozial-politischen Entwicklung. Ueber diese hinweg können sie nie und nimmer steigen.

Die materialistische Geschichtsauffassung, welche lehrt, daß das Denken und Fühlen des Menschen von den Gesellschafts- und Klassenverhältnissen abhängig ist, in denen sie leben, giebt für die Beantwortung der Frage, in wie weit die praktische Agitation und wie weit die Entwicklung der Produktionskräfte zur Verstärkung der Armee der Unzufriedenen und zur Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze beitragen, einen deutlichen Fingerzeig. Die sozialistische Agitation kann nur in der Richtung vorwärtsschreiten, in welcher ihr der Boden durch die gesellschaftliche Bewegung geebnet ist. Die Köpfe der Menschen sind nicht jeder logischen und wahren Idee zugänglich. Wie jeder Boden, jedes Land durch das Zusammenwirken von Luft, Temperatur und Bodenbeschaffenheit nur ganz bestimmten Produkten ein üppiges Gedeihen ermöglicht, anderen jedoch nur ein ganz ärmliches Dasein gewährt, so geht es auch mit den Köpfen der Menschen. Das Zusammenwirken von geistigen Klassentraditionen und wirklichen Klasseninteressen macht die Köpfe jeder Klasse unempfänglich oder empfänglich für die Ideen eines kräftigen Fortschrittes im Sinne und zum Nutzen der Unterdrückten. Alle Klasseninteressen und Klassenbeschäftigungen vergeistigen sich in den Köpfen der Klassen. Die Klasse der Großgrundbesitzer, deren Lebensinteressen in der vergangenen Geschichtsperiode des Mittelalters am kräftigsten vertreten waren, bietet das geeignetste Feld für die wüstesten reaktionären Träumereien. Die Klasse der Besitzer des mobilen Kapitals findet ihr Interesse am besten befriedigt in den Schwankungen der Produktion und Konsumtion, des nationalen und des Weltmarktes. Sie wird naturgemäß allen Bestrebungen krampfhaft Widerstand leisten, welche an Stelle der Anarchie die Ordnung, an Stelle des Privateigenthums an Produktionsinstrumenten und Grund und Boden das Gesellschaftseigenthum, an Stelle der freien Konkurrenz die planmäßig betriebene Produktion setzen will, mögen diese Bestrebungen von oben als „Staatssozialismus"

Digitized by Google

oder von unten als Sozialdemokratie kommen. Die Klasse der Industriekapitalisten findet ihr Interesse am thatkräftigsten vertreten in möglichst freier Ausbeutung der Arbeiterklasse, in der Verlängerung des Arbeitstages, in der Widerstandsschwäche der Arbeiterklasse. Es ist also nicht wunderbar, daß diese Klasse alle Bemühungen, die Solidarität, das Klassenbewußtsein, die Aufklärung der Arbeitermassen zu ersticken, mit jubelnder „Staatsmännigkeit" begrüßt. Die Klasse des selbstständigen Kleinhandwerkerthums, welche Tag für Tag einen aussichtslosen Kampf mit der Maschine kämpft, denkt naturgemäß mit stiller Sehnsucht an jene Zeiten zurück, da ihr übermächtiger Konkurrent noch ungekannt, und der Staat durch Gesetze in die Produktion eingriff, an die Zeit, da das Handwerk noch „einen goldenen Boden" hatte. Das „Kleinbürgerthum" fühlt instinktiv, daß die Maschine der Todtschläger seiner Klassenwohlfahrt ist, und darum wendet es sich mit seiner zähesten Kraft gegen die Wortführer der Industrieepoche, gegen den Liberalismus, welcher die Maschinen im speziellen Interesse der kapitalistischen Klasse, und gegen die Sozialdemokratie, welche die Maschinen im Interesse des gesammten Volkes angewandt wissen will.

Wir sehen, alle Klassen und Stände sind durch ihr eigenes Interesse, bei Gefahr des Klassenselbstmordes, gezwungen, reaktionär oder konservativ zu sein, nur die Arbeiterklasse steht der Vergangenheit mit abgewandtem Blick, der Gegenwart mit kritischem Ernst, der Zukunft mit freudigem Siegesbewußtsein gegenüber. Kann also die Sozialdemokratie mit voller Kenntniß der sozialpolitischen Situation sich dem Wahne hingeben, als bedürfte es nur des Sirenengesanges der Freiheitsideen und der mächtig wirkenden Persönlichkeit eines Tribunen, um die gegnerischen Klassen zu dezimiren? Nie und nimmermehr! Die Sozialdemokratie darf nicht vergessen, daß noch niemals eine Klasse als solche auch nur für eine einzige Idee mit Ernst und Begeisterung eingetreten ist, welche ihrem Lebensprinzip feindlich war. Einzelnen Männern dürfte es wohl gelingen, eine Geisteshöhe zu erklimmen, welche über das Niveau des Klassengedankens und Klassengefühls hinwegschaut. Aber nur wenigen!

Digitized by Google

Und dieses mit gutem Grund! Denn die Interessen der Klassen spiegeln sich in den Köpfen der unter ihrem Banne stehenden Menschen nicht als das wieder, was sie eigentlich sind, als zeitlich entstandene, nur einem verhältnißmäßig kleinen Volkstheile dienende Interessen. Wie kleine Bilder, deren Strahlen durch starke Convexgläser hindurchgehen, dem menschlichen Auge eine fast unbegrenzte Größe darbieten, so erlangen die Duodezinteressen einer Klasse in den Köpfen der meisten Interessenten eine Bedeutung, welche scheinbar über den engen Kreis hinwegschreitet und das Gedeihen des ganzen Volkes umfaßt. Eine ganze Klasse von ihrem eigenen geistigen Lebensinhalt ausreißen zu können, ist die Hoffnung gefühlsduseliger Schwärmer, und nicht realistisch denkender Politiker.

Hier wäre der sozialdemokratischen Agitation also die Grenze gezogen. Ueber dieselbe werden die Wogen der Agitation niemals mit nennenswerthem Erfolge hinüberschlagen.

Aber die Grenzen der Klassen sind nicht konstant, wie es die Grenzen der Stände gewesen sind. Wir nehmen ein fortwährendes Abfließen von Kapitalisten und Handwerkern aus ihrer Klasse in die große Armee des Proletariats wahr. Der Kreis derjenigen Elemente, deren Klasseninteressen den Interessen der Arbeiter entgegengesetzt sind, verengt sich, wie wir früher gezeigt haben, von Jahr zu Jahr; das Proletariat erhält immer neuen und reichlichen Zuzug ans allen Klassen, und so befinden wir uns mitten in einer Entwickelung, deren Tendenz dahin geht, die verschiedenen Klassen, welche aus ihrer feudalen Vergangenheit sich eine gewisse Abschließung noch bewahrt haben, durcheinander zu wirbeln und das gesammte Volk in zwei Lager zu theilen, hier wenige Kapitalisten, dort die ungeheure Menge Besitzloser, deren Interessen denen der anderen Klasse diametral entgegengesetzt sind.

Diesem immer weiter sich entwickelnden Gesellschaftsprozeß zu folgen, ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung. Jede Agitation, welche ihren Hebel in andere Klassen einsetzt als in die Arbeierklasse, ist eine illusionäre; die aufgewandte Arbeit ist von Anfang an verschwendet.

Digitized by Google

Wir verstehen jedoch unter Arbeiterklasse nicht die im gewöhnlichen Sinne eng umgrenzte Masse, sondern den großen Volkstheil, welcher seine körperliche oder geistige Arbeitskraft nur im Dienste des Kapitals verwenden kann und für dieses Quelle des Mehrwerths ist.

Nie aber darf die Arbeiterbewegung im agitatorischen und parlamentarischen Kampf um neue sozialpolitische Positionen ihre letzten Ziele vergessen, wenn sie nicht zu einer plan- und zielloſen Politik herabsinken will. Denn die stete Diskussion und die immer weitere Verbreitung der hohen Ideale, um welche das kämpfende Volk sich geschaart, sind allein im Stande, die Kampfeslust und die Flamme der Begeisterung in dem täglichen Ringen um anscheinend kleine Vortheile wachzuhalten, und andererseits sind sie der beste Wegweiser für die im Kampfe vorwärtsstrebende Sozialdemokratie. Wie dem Wanderer der in der Ferne hoch in die Lüfte ragende Kirchthurm der ersehnten Stadt die Richtung des Weges zeigt, so giebt auch der stete Blick auf die „letzten Ziele" dem Proletariat die Gewißheit, ob es auf dem rechten Wege ist oder nicht. Alle Positionen, auch die kleinsten, welche das Proletariat diesem Ziele näher bringen, sind des Kampfes werth, alle anderen, mögen sie auch noch so verlockend wirken, sind von der Hand zu weisen.

Gerade der Kampf des arbeitenden Volkes um die Gestaltung eines Arbeiterschutzgesetzes ist die beste Illustration für diese Auffassungsweise. Diese Magna Charta des arbeitenden Volkes ist ein gut Stück Sozialismus, mag sie auch die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft als Voraussetzung nehmen. Jede staatliche Beschränkung der Arbeitszeit z. B., mag sie von einer Lohnerhöhung gefolgt sein oder nicht, bedeutet auf der einen Seite eine erweiterte Bildungsgelegenheit des Volkes, auf der anderen Seite eine, wenn auch geringe Schwächung der kapitalistischen Macht. Je gebildeter und selbstbewußter das Proletariat, je schwächer der Kapitalismus, um so näher der Sozialismus.

Und wie auf dem sozialen Gebiete, so auch auf dem politischen. Die vermeintlich schlauen Politiker, welche wähnen, der Arbeiter werde die politische Freiheit um das Linsengericht der sozialen Staatshilfe verkaufen,

Digitized by Google

kennen die demokratische Ideen- und Gefühlswelt, wie sie sich historisch und psychologisch als unentreißbare Klassen-eigenthümlichkeit des Proletariats entwickelt hat, sehr schlecht. Abgesehen davon, daß schon der gesunde Menschenverstand den nach Sozialismus dürstenden Arbeitermassen die Demokratie als selbstverständliche Voraussetzung des Sozialismus erweist, hat auch die ganze Vergangenheit und Gegenwart dem Proletariat nur den einen Weg zur Demokratie offen gelassen. In den Städten oder in deren Umgebung konzentrirt sich das industrielle Getriebe der Gegenwart. In den Städten aber herrschte schon vom Mittelalter her der Geist der Demokratie, wenn er auch gegenwärtig von dem herrschenden Bürgerthum verleugnet wird. In diesen Städten ist im Verlaufe unseres Jahrhunderts der Freiheits- und Gleichheitsgedanke von den gebildeten Schichten der Gesellschaft in immer tiefere hindurchgesickert, bis sich unten die von allen Seiten eindringenden Gewässer zu einem großen, majestätischen See angesammelt haben. Die Ideen der Freiheit und Gleichheit sind gerade in den sozial tieferen Schichten der Gesellschaft zu einem Volksvorurtheil verhärtet, sie sind dort zum Einmaleins menschlicher Logik geworden — kein Gesetz, keine Gefahr kann diese demokratische Denkweise aus dem Proletariat ausreißen. Geblieben sind in diesen Kreisen manchmal nur die äußeren Formen der Unterwürfigkeit, eine Gewohnheit, welche durch die soziale Abhängigkeit leichter erhalten werden konnte. Aber im Inneren des proletarischen Denkens und Fühlens herrscht die demokratische Geistesrichtung, gleichgiltig ob das Proletariat zum Klassenbewußtsein erwacht ist oder nicht.

Je weiter die gesellschaftliche Produktion fortschreitet, je umfangreicher die Konzentration der Arbeitermassen sich gestaltet, um so weiter verbreitet sich auch der städtische demokratische Geist. Die gemeinsame Arbeit, das in bestimmte Stadtviertel zusammengedrängte Leben des Proletariats regt sein Denken an; das Bewußtsein, daß Tausende hinter ihm stehen, die ebenso denken wie er, verleiht dem modernen Proletarier eine besondere Kühnheit des Denkens und eine hervorragende Neigung, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Mit dieser geistigen

Digitized by Google

Eigenthümlichkeit ausgestattet, ist die arbeitende Klasse die einzige, welche die Befähigung zeigt, die Trägerin einer neuen Weltanschauung zu sein, um so mehr, als die neuen Gedanken auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kunst und des bürgerlichen Lebens in einen bewußten oder unbewußten Gegensatz zu der heutigen auf dem Klassengegensatz beruhenden Gesellschaftsordnung treten müssen. Alle modernen Errungenschaften auf dem Gebiete der Naturwissenschaften durchlöchern das mit dem Kapitalismus untrennbar verbundene Religionsgebäude; alle neuen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Sittlichkeitswissenschaft widersprechen dem durch den Kapitalismus entwickelten gesellschaftlichen Moralkodex; die Kunst, welche ein feines Gefühl für das Absterben alter Mächte und das Heranschreiten neuer, zukunftssicherer Gesellschaftselemente besitzt, entzieht sich immer mehr dem Dienst der herrschenden Klassen, der „vierte Stand" hält seinen Einzug in die Literatur und die malende Kunst. Aus der veränderten wirthschaftlichen Stellung der Frau wächst eine neue Gedankenwelt heraus, welche die sozialpolitische Gleichstellung der Frau mit dem Manne und eine freiere Ausgestaltung der Ehe als ein nothwendiges Postulat echter Menschlichkeit hinstellt — kurz, wohin wir blicken, überall gewahren wir das Entstehen einer neuen geistigen Atmosphäre, welche mit den aus dem Werdeprozeß neuer Gesellschaftsmächte emporgewirbelten Ideen gesättigt ist.

Auf dem sozialen Gebiete neue Klassen, auf dem politischen neue Forderungen, auf dem geistigen neue Ideale, das ist die Signatur unseres Zeitalters. Die alte bürgerliche Gesellschaft kann dem Fortschritte neuer Thatsachen, dem Fluge neuer Gedanken nicht mehr nachkommen, die jugendkräftige Arbeiterklasse ist ihr um Haupteslänge voraus. Sie ist die Erbin des Bürgerthums im sozialen und politischen Leben, ihr allein gehört die Zukunft.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie. — 14. Heft.

Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital.

Von

Walther May-Leipzig.

Preis 20 Pfennige.

Verlag der „Berliner Arbeiter-Bibliothek".
Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.
1891.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

I. Die zunftmäßige Organisation der deutschen Buchdrucker 8
II. Die Buchdruckerbewegung in den Jahren 1848—1850 12
III. Der „Deutsche Buchdruckerverband“ und der „Deutsche Buchdruckerverein“ 20
IV. Die Zeit der Tarifgemeinschaft und die gegenwärtige Neunstundenbewegung 29

Vorwort.

In dem von Professor Brentano herausgegebenen 45. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik („Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags“) ist eine treffliche Studie von Friedrich Zahn über „die Organisation der Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe“ enthalten. Wie jedoch schon aus dem allgemeinen Titel des Bandes hervorgeht und wie es dem Wesen des „Vereins für Sozialpolitik“ entsprechend nicht anders sein kann, geht diese Abhandlung hauptsächlich darauf aus, zu zeigen, auf welche Weise im deutschen Buchdruckgewerbe ein gemeinsames Zusammenwirken der Unternehmer und Arbeiter angebahnt wird. Das Hauptgewicht wird demgemäß auf die Darstellung der innern und äußern Organisation der Gehilfen- und Prinzipalvereine sowie der Wirksamkeit der Schieds- und Einigungsämter gelegt. Dagegen tritt das Stück Klassenkampf, welches sich in der Geschichte der Buchdruckerverbände abspielt, sehr in den Hintergrund.

Ich hielt es deshalb für eine nicht unnütze Arbeit, dasselbe in das richtige Licht zu stellen und vom sozialistischen Gesichtspunkte aus zu beleuchten. Ich mußte zu diesem Zwecke in erster Linie die großen Lohnkämpfe bis zum Jahre 1873 und die gegenwärtige Bewegung der Buchdruckergehilfen darstellen, konnte dagegen auf eine ausführliche Schilderung der Zeit von 1873 bis 1890, in welcher eine verderbliche Harmoniedusselei unter den Gehilfen eingerissen war, verzichten. Neben der Darstellung des Klassenkampfes kam es mir hauptsächlich darauf an, die inneren bewegenden Ursachen desselben festzustellen und seine wechselnden Erscheinungen aus dem allgemeinen politischen und wirthschaftlichen Charakter der einzelnen Zeitperioden zu erklären.

Walther May.

Digitized by Google

I.

Die zunftmäßige Organisation im Buchdruckgewerbe.

Die Zeit vom 12. bis zum 18. Jahrhundert ist charakterisirt durch den Kampf der absterbenden feudalistischen mit der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Die Entstehung der letzteren wurde bedingt durch die sich entwickelnde Waarenproduktion, welche an die Stelle der feudalen Produktionsweise trat. Sie ermöglichte zunächst das Aufkommen eines freien unabhängigen Handwerkerstandes in den Städten. Unter der Herrschaft des Feudalismus hatte der Handwerker in einem Hörigkeitsverhältniß zu der Markgenossenschaft oder zu dem Feudalherren gestanden, indem er für die Befriedigung der Bedürfnisse derselben an Wohnung, Kleidung, Waffen und Werkzeugen zu sorgen hatte. Als jedoch die erstehende Waarenproduktion, der Ersatz der Naturalwirthschaft durch die Geldwirthschaft, einen Markt eröffnete und den Handwerker befähigte, als unabhängiger Waarenproduzent aufzutreten, da suchten die Handwerker sich von dem Hörigkeitsverhältniß zu befreien. Sie strömten in großer Zahl von dem Lande in die Städte, wo sie jedoch von den alten ansässigen Geschlechtern der Markgenossenschaft, den Patriziern, nicht als vollberechtigt anerkannt und vom Stadtregiment ausgeschlossen wurden.

Um ihre volle Selbstständigkeit zu erringen, organisirten sie sich in den sog. Zünften. Zwar hatten schon im 8. Jahrhundert Vereinigungen der Handwerker bestanden, doch war deren Zweck lediglich die gegenseitige Hilfeleistung in Unglücksfällen, die Unterstützung der Armen und die Erhaltung der Kirche durch milde Gaben gewesen. Trotzdem wurden dieselben, weil man fürchtete,

Digitized by Google

daß sie politischen Bestrebungen sich zuwenden würden, verboten und hatten keinen Bestand. Erst als die sich entwickelnde Waarenproduktion der Hörigkeit des Handwerkers ein Ende machte, konnten dauernde Handwerkerorganisationen entstehen. Dieselben nahmen sofort den Kampf mit den alten ansässigen Geschlechtern auf. Köln, Frankfurt a. M., Speier, Straßburg, Basel, Augsburg, Magdeburg, Halle, Nürnberg und Lübeck waren die Schauplätze dieses Klassenkampfes. Die Zünfte wurden bald ein Theil der städtischen Kriegsmacht und lieferten bei allen Städtevertheidigungen die muthigsten Streiter. Das ihnen verliehene Waffenrecht benutzten sie dann im Kampfe mit den Patriziern. Allmählich erlangten sie die Befugniß, das Stadtregiment zu führen, und den Mitgenuß des Gemeindevermögens.

Was ihre innere Entwickelung anbetrifft, so waren anfänglich sämmtliche Mitglieder einer Zunft vollständig gleichberechtigt und keinerlei verschiedene Grade oder Stufen existirten. Aber die fortschreitende Vervollkommnung der Technik machte bald eine größere Arbeitstheilung erforderlich und damit eine Sonderung der Zunftangehörigen in Lehrlinge, Gesellen und Meister. Die Lehrlinge und Gesellen mußten sich den Anordnungen und der Gerichtsbarkeit der Zunft fügen, waren jedoch keine gleichberechtigten Genossen. Das Verhältniß des Meisters zu seinen Lehrlingen und Gesellen war ein durchaus patriarchalisches. Die Lehrlinge und Gesellen gehörten zur Familie des Meisters. Sie waren nicht bloße Arbeitsinstrumente des letzteren, sondern seine Genossen und Mitarbeiter, die mit ihm aus einer Schüssel aßen, aus einem Kruge tranken und in einem Hause wohnten. Der Meister hatte für ihre gewerbliche und sittliche Erziehung zu sorgen, sowie arme und kranke Gesellen aus der Zunftkasse zu unterstützen. Dafür mußte der Geselle sich der Disziplin des Meisters unbedingt fügen. Doch war dies für den Gesellen keine schwere Aufgabe, denn der Zustand der Abhängigkeit bezeichnete ja nur ein Durchgangs- oder Uebergangsstadium, der Geselle hatte begründete Aussicht, in kurzer Zeit und ohne viele Schwierigkeiten selbst Meister zu werden. So war einerseits dem Handwerker eine gute gewerbliche und sittliche Erziehung, andererseits

Digitized by Google

seine Selbstständigkeit gesichert. Aus diesem gesunden Zustand erklärt sich der blühende Zustand der Gewerbe im 13. Jahrhundert.

Aber schon im folgenden Jahrhundert sollte ein Umschwung eintreten. Das immer größer werdende Zuströmen von Handwerkern vom Lande nach der Stadt mußte das Arbeitsangebot sehr vermehren, was eine Vergrößerung der Betriebe und die Einstellung einer größeren Zahl von Lehrlingen und Gesellen zur Folge hatte. Jetzt wurde, um die Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen, die Erlangung der Meisterwürde mancherlei Beschränkungen unterworfen, und es war nun keineswegs mehr jedem Gesellen möglich, Meister zu werden. Die Beschränkungen bestanden darin, daß auf einen guten, sittlichen Ruf ein übergroßes Gewicht gelegt, daß uneheliche Kinder und solche von Personen verachteter Gewerbe ausgeschlossen wurden und daß man hohe Eintrittsgelder, manchmal den Besitz eines gewissen Vermögens verlangte. Die Söhne des Meisters waren gegenüber den Fremden sehr begünstigt und fanden weit leichter Zutritt zur Zunft, indem sie entweder gar kein oder nur ein sehr geringes Eintrittsgeld zu bezahlen hatten. Auch die, welche die Tochter oder Wittwe eines Zunftangehörigen heiratheten, waren begünstigt. Wo diese Ungerechtigkeiten nicht bestanden, wurde das sog. Meisterstück verlangt und damit die Aufnahme ebenfalls vom Meister abhängig gemacht. Schließlich erreichten die Beschränkungen mit der Schließung der Zunft ihren Höhepunkt.

Auf diese Weise wurde das selbstständige Handwerk an eine bestimmte Klasse gefesselt und fand eine scharfe Sonderung zwischen Meistern und Gesellen statt. Schon jetzt begann der Interessengegensatz zwischen dem Zunftmeister, dem späteren Bourgeois und dem Gesellen, dem späteren Lohnarbeiter. Der Zunftmeister bemühte sich, das alte patriarchalische Verhältniß aufrecht zu erhalten, obgleich jetzt jede Berechtigung zu einem solchen fehlte, da es nicht mehr ein bloßes Uebergangsstadium war, da der Geselle jetzt nicht mehr sichere Aussicht auf die Erlangung der Meisterwürde hatte. Und es sollte dem Meister nur zu wohl gelingen, die Gesellen zu knechten, da letzteren jeder gesetzliche Schutz fehlte, indem die Ge-

Digitized by Google

richtsbarkeit meist in den Händen der Meister ruhte. So konnten diese den Lohn drücken, das Truckſyſtem einführen und eine übergroße Zahl von Lehrlingen einstellen. Um jede Opposition der Gesellen zu nichte zu machen, schlossen die verschiedenen Städte, die sich einzeln zu ohnmächtig fühlten, Bündnisse mit einander ab, zentralisirten sich gewissermaßen, und gaben damit ein Vorspiel der Trusts und Ringe der heutigen Großkapitalisten. Trotzdem oder gerade deshalb regte sich bald der Oppositionsgeist der Gesellen. Sie organisirten sich außerhalb der Zunft selbstständig in sog. „Brüderschaften“ und „Gesellenschaften“, um auf diese Weise der geschlossenen Macht des ausbeutenden Kapitals die geschlossene Macht der Arbeit gegenüber stellen zu können. Die Brüderschaften hatten einen mehr kirchlichen Charakter. Sie hatten die Fürsorge für die Repräsentation der Genossenschaft in der Kirche, sowie die Fürsorge für die armen und kranken Gesellen zu übernehmen. Mit der Reformation hörten jedoch diese Brüderschaften zum größten Theil auf zu existiren oder wandelten sich in Gesellen schaften um. Diese vertraten die weltlichen Forderungen der Gesellen. Sie gingen darauf aus, den Gesellen die Mitwirkung beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu sichern und der einseitigen Festsetzung desselben durch die Meister ein Ende zu bereiten. So suchten sie vor allen Dingen auf die Lohnhöhe Einfluß auszuüben. Sie traten nicht nur energisch gegen Lohnkürzungen auf, sondern bekundeten auch vielfach das Streben, den Lohn zu erhöhen. In zweiter Linie suchten sie auf die Festsetzung der Arbeitszeit Einfluß zu gewinnen. Sie verlangten zwar keine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, um so energischer aber eine Verringerung der Anzahl der Arbeitstage, namentlich die Arbeitsbefreiung am sog. „blauen Montag“ und zwar nicht ohne Erfolg. Eine solche Verringerung der Zahl der wöchentlichen Arbeitstage war nothwendig, weil die tägliche Arbeitszeit eine sehr ausgedehnte war. Endlich suchten die Gesellenschaften eine Milderung der Strafe des Kontraktbruches zu erlangen. Die Folge ihrer Kämpfe war, daß die Strafe in eine Geldbuße verwandelt wurde, während vorher der kontraktbrüchige Geselle überhaupt keine Arbeit erhalten konnte.

Digitized by Google

Der Gesellenstand verlangte aber nicht nur einen Einfluß auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses auszuüben, sondern auch einen Antheil an der Regelung des ganzen Gewerbewesens. Namentlich wollte er im gewerblichen Gericht und in der Zunftverwaltung eine Vertretung seiner Korporation besitzen. Die Erfolge waren oft sehr bedeutender Natur. So wurde 1363 den Weberknechten zu Straßburg in einem Streit wegen der Lehrknechte fast ebenso großer Einfluß gewährt, wie den Meistern. In Magdeburg war der Gesellenverband der Schmiede so erstarkt, daß die Schmiedegesellen die Gerichtsbarkeit über Meister und Gesellen ganz allein handhabten.

Die Sorge für die strenge Festhaltung der Ehre und Gewohnheit innerhalb des Gewerbes, die Erziehung der Lehrlinge und die Fürsorge für die Regelung des Arbeitsangebotes waren weitere wichtige Faktoren, welche den Gesellen Antheil an der Regelung des gesammten Gewerbewesens verschafften.

Auf diese Weise entwickelten sich die Gesellenschaften zu machtvollen Organisationen und erreichten ihre Blüthezeit gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Aber diese Blüthezeit sollte bei der großen Mehrzahl der Gewerbe nicht lange dauern. Die Gesellen konnten zwar durch die Organisation ihre Lebenslage etwas verbessern, sie vermochten aber durch sie nicht zur Selbstständigkeit zu gelangen, sie blieben Zeit ihres Lebens Gesellen, ebenso wie der heutige Lohnarbeiter Zeit seines Lebens Lohnarbeiter bleibt. Die Kraft der Gesellenschaft mußte so erlahmen, wenn besondere Umstände zusammentrafen, welche ihr ungünstig waren. Diese sollten im 16. Jahrhundert eintreten. Die Reformation bewirkte die Auflösung der religiösen Brüderschaften. Die Verschiebung des Handels nach Westen, infolge der Entdeckung Amerikas, führte eine wirthschaftliche Krise in Deutschland herbei, die den Zerfall der Gesellenschaften sehr beschleunigen mußte.

Nur den Gesellenschaften einzelner, besonders günstig gestellter Arbeiterkategorien sollte es gelingen, sich länger in ihrer Blüthe zu behaupten. Zu diesen gehörten in erster Linie die Gesellenschaften der Buchdrucker.

Die verschiedenen Momente, welche zerstörend auf die Gesellenschaften der anderen Gewerbe

Digitized by Google

mußten, wirkten auf die Entwickelung des Buchdruckgewerbes zum Theil förderlich. So namentlich die Reformation und die Wiederbelebung des klassischen Alterthums, welche die Nachfrage nach religiösen und anderen Schriften in enormer Weise steigerten. Bereits zu Ende des 15. Jahrhunderts waren 1000 Druckereien in mehr als 200 Städten thätig, die sich meist mit dem Abdruck der nun in deutscher Sprache erscheinenden Bibel beschäftigten. Zu Anfang des 16. Jahrhunderts gab es schon 60 deutsche Städte, welche sich mit der Herstellung wahrer Prachtwerke beschäftigten. Dazu kam noch, daß die Buchdrucker, infolge der hervorragenden Stellung der Buchdruckerkunst, eine Art Aristokratie unter den Handwerkern bildeten. Der Buchdruck wurde von Anfang an dem Bereiche der gewöhnlichen Handwerke entzogen und in die Reihe der Künste gestellt. Nach der Reichspolizeiordnung vom Jahre 1577 durften Buchdruckereien nur in Residenzen, auf Universitäten und in ansehnlichen Reichsstädten mit obrigkeitlicher Erlaubniß angelegt werden.

Die Druckherren waren meist Gelehrte, Professoren an der Universität oder Kaufleute, die Setzer nicht selten Männer von hoher Bildung. Die Senate der Akademien und Universitäten bildeten die oberste Gerichtsinstanz der Buchdrucker. Demgemäß stellte die Buchdruckerorganisation ein Mittelglied dar zwischen den eigentlichen Handwerkerzünften und den Gilden der schönen Künste und Wissenschaften, welche sich in den Akademien und Universitäten gebildet hatten.

Die Gliederung in diesen Organisationen der Buchdrucker war eine sehr ausgebildete. Die unterste Stufe nahmen die sog. Buben oder Possilirer ein, welche eine mehrwöchentliche Probezeit abzulegen hatten. Nach Ablauf derselben und nachdem sie sich über ihre eheliche und ehrliche Herkunft ausgewiesen hatten, wurden sie zu Lehrlingen, was sie fünf Jahre lang blieben. Ihnen folgten die Kornuten, welche zwar bereits den Lohn des Gesellen erhielten, jedoch der Gesellenschaft noch nicht angehören konnten. Die Aufnahme in dieselbe erfolgte erst, wenn der Kornut eine bestimmte Summe als Eintrittsgeld entrichtet hatte. Sie war mit einer Zeremonie verbunden, welche man als das Postulat bezeichnete.

Digitized by Google

Es wurde nämlich dem Kornuten eine mit Hörnern versehene Kappe vom Kopfe geschlagen, zum Zeichen, daß er nun seine Hörner abgelaufen habe. Den höchsten Grad bildeten endlich die Meister oder Prinzipale. Die Würde derselben konnte nur durch die Zahlung einer angemessenen Entschädigung erlangt werden. Ehe er eine Offizin eröffnete, mußte der Prinzipal den Buchdruckereid ablegen, der stets darauf hinauslief, nichts ohne Zensur und keine Schmähschrift zu drucken und den Buchdruckereiordnungen gemäß sich zu betragen.

Diese Buchdruckerordnung diente dazu, das Verhältniß zwischen den Meistern und Gesellen zu regeln. Sie führte denselben Namen wie die Zeremonie des Gesellenmachens: das Postulat. Dasselbe enthielt namentlich Bestimmungen über die Höhe des Lohnes, die Länge der Arbeitszeit und die Maximalzahl der gleichzeitig zu beschäftigenden Lehrlinge. Ohne die Einwilligung der Gesellenschaft durfte an diesen Bestimmungen nichts geändert werden, und das Postulat bildete somit ein Bollwerk gegen die Ausbeutung der Gesellen durch die Meister und wirkte im Großen und Ganzen äußerst wohlthätig.

Die Gesellenschaften bildeten sich zudem im Laufe der Zeit aus bloßen Unterstützungsvereinen mehr und mehr zu Kampforganisationen aus, welche immer bessere Arbeitsbedingungen zu ertrotzen strebten. Der Gegensatz zwischen Prinzipalen und Gesellen wurde beständig größer und trat endlich in seiner ganzen Schärfe hervor, als das Postulat fiel. Dies geschah zuerst in Sachsen, wo es im Jahre 1810 durch ein Mandat aufgehoben wurde. Die anderen Staaten folgten in nicht allzulanger Zeit.

Die Aufhebung des Postulates bedeutete den Beginn der unumschränktesten Willkürherrschaft der Prinzipale über die Gehülfen. Ermöglicht wurde dieselbe zunächst durch die traurige Lage Deutschlands unter der Napoleonschen Fremdherrschaft. Der Friede von Campo Formio vom 19. Oktober 1797 überließ das linke Rheinufer mit den Reichsstädten Köln, Aachen, Worms und Speier der französischen Republik. Durch den Frieden zu Lüneville am 9. Februar 1801 kamen die im westfälischen Frieden noch nicht säkularisirten geistlichen Territorien und 41 Reichsstädte erblich an die deutschen Fürsten als Ent-

Digitized by Google

schädigung für ihre Verluste auf dem linken Rheinufer. Die zünftigen Reichsbürger waren ihrer Selbstständigkeit müde und ordneten sich gern dem fürstlichen Regiment unter. Am 12. Juli 1806 erklärten 16 deutsche Fürsten förmlich ihre Trennung vom Reich. Am 14. Oktober 1806 bewies der Junkerstaat Preußen seine gänzliche Ohnmacht. Bei einer solchen allgemeinen Zerrüttung des Reiches konnte natürlich von einem blühenden Zustand der Gewerbe keine Rede sein, und alle etwaigen Bemühungen der Arbeiter um die Besserung ihrer Lage wären aussichtslos gewesen.

Aber auch die Abschüttelung der Fremdherrschaft sollte für die Arbeiter keine besseren Zustände herbeiführen. Im Gegentheil, der deutsche Bund bedeutete einen noch höheren Grad der Knechtschaft, indem er jede freie Regung des Volkes durch barbarische Gesetze zu ersticken wußte. Seine Grundlage, die Bundesakte vom 8. Juni 1815, ließ die berechtigten Wünsche und freiheitlichen Forderungen des Volkes vollständig unberücksichtigt und entsprach in keiner Weise den großen Opfern an Blut und Geld, welche die Freiheitskriege gekostet hatten. Der Bundestag zu Frankfurt a. M. leistete das Uebermenschliche, um Deutschland zu einem politischen Grabe zu machen. Am 20. September 1819 nahm er die sog. Karlsbader Beschlüsse an, welche auf dem vom 6. bis 31. August 1819 zu Karlsbad abgehaltenen deutschen Ministerkongreß verabredet worden waren. Dieselben waren gegen die Freiheit der Universitäten und der Presse gerichtet und mußten deshalb das Buchdruckgewerbe ganz besonders berühren. Zur Untersuchung „des Ursprungs und der mannigfachen Verzweigungen der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe sowohl des ganzen Bundes als einzelner Bundesstaaten gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen“ setzten sie eine Zentraluntersuchungskommission ein. Die infolge der Pariser Julirevolution sich regende liberale Bewegung, namentlich zwei unkluge Ausschreitungen, das Hambacher Fest (27. Mai 1832) und das Frankfurter Attentat einiger Studenten gegen den Bundestag (3. April 1833) gaben den Vorwand, mit noch schärferen Polizeimaßregeln vorzugehen. Der Bundestag faßte am 28. Juni und 5. Juli 1832 mehrere von Metternich diktirte Be-

Digitized by Google

schlüsse, wonach die Regierungen verpflichtet wurden, nichts zu dulden, was den Beschlüssen des Bundestages zuwiderlaufe, und der Bund sich selbst das Recht vorbehielt, gegen revolutionäre Bewegungen unaufgefordert mit bewaffneter Hand einzuschreiten. Alle Vereinigungen politischen Charakters und alle Volksversammlungen wurden verboten.

Daß unter einem solchen Polizeiregime keine Arbeiterbewegung gedeihen konnte, ist wohl selbstverständlich, besonders wenn man bedenkt, daß das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter zu jener Zeit noch sehr unausgebildet war. Einige Versuche der Buchdruckergehülfen, ihre traurige Lage zu verbessern, wurden im Keime erstickt. So wurde der von den Leipziger Gehülfen im Jahre 1846 gegründete Verein „Gutenberg", der lediglich die geistige Ausbildung seiner Mitglieder bezweckte, vom Stadtrath nicht genehmigt, da es an Garantie fehle, daß sich der Verein stets innerhalb der Statutenbestimmungen bewegen werde, allerdings ein Argument, auf Grund dessen man überhaupt jeden Verein auflösen könnte.

Zu der politischen Misere kamen nun in jener Zeit noch verschiedene wirthschaftliche Momente, welche der Unterdrückung und Ausbeutung der Buchdruckergehülfen durch ihre Prinzipale Vorschub leisten sollten. Im Jahre 1805 hatte Friedrich König die Schnellpresse erfunden, die nun immer allgemeiner angewendet wurde und eine große Anzahl Druckergehülfen außer Kondition setzte. Außerdem ermöglichte sie die Anstellung junger Kräfte, und die Lehrlingszüchterei feierte ihre ersten Orgien. Wie überall, so trat also auch hier die Maschine zunächst als Feindin, als Konkurrentin des Arbeiters auf und erwies sich als eins der besten Machtmittel in der Hand des Kapitalisten zur Unterdrückung des Arbeiters.

Volle vierzig Jahre lang währte die unumschränkte Herrschaft der Prinzipale über ihre Gehülfen, ohne daß es zu einer nennenswerthen Opposition auf seiten der letzteren gekommen wäre. Die Unzufriedenheit war zwar groß und wurde täglich größer, sie konnte sich jedoch infolge der geschilderten Verhältnisse nicht äußern. Erst das Freiheitsjahr 1848 sollte den Bann lösen, welcher auf der Buchdruckergehülfenschaft lastete.

Digitized by Google

II.

Die Buchdruckerbewegung in den Jahren 1848—1850.

Die Umstände, welche die Unzufriedenheit der deutschen Buchdruckergehilfen zum Ausbruch kommen ließen und die lebhafte Gehilfenbewegung des Jahres 1848 ermöglichten, waren der Einfluß der sozialistischen Strömungen Frankreichs und die Herstellung der Vereinsfreiheit in Deutschland. Zum Verständniß derselben müssen wir etwas weiter zurückgreifen.

Unter den ersten Vertretern des französischen Kommunismus ragt als der Bedeutendste der Feldmesser François Noël Babeuf hervor, welcher seine Lehre im Jahre 1796 in dem sog. „Manifest der Gleichen" niederlegte. In demselben bezeichnete er die Vertheidigung der menschlichen Gleichheit als den Zweck der Gesellschaft, den sie jedoch nur erfüllen könne, wenn sie im Besitz des Grund und Bodens sei. Durch eine politische Verschwörung suchte Babeuf seine Lehre in die Wirklichkeit zu übersetzen, mußte jedoch mit seinem Leben dafür büßen. Nach seinem Tode lebten die von ihm gepredigten Gedanken in Frankreich fort und sie, sowie die Einführung der Maschinen in den ersten Jahrzehnten nach der französischen Revolution bereiteten den Boden für neue sozialistische Systeme. Die beiden bedeutendsten Vertreter des utopischen Sozialismus Frankreichs, Saint-Simon und Charles Fourier, traten auf. Jener verlangte die gleiche Arbeitspflicht Aller und bezeichnete die Politik als die Wissenschaft von der Produktion, dieser übte eine tief eindringende Kritik der bestehenden Gesellschaftszustände und bewies eine großartige Auffassung der Geschichte der Gesellschaft. Doch übten beide Denker keinen direkten und tiefgehenden Einfluß auf die arbeitende Klasse Frankreichs aus. Erst dem Schüler Fouriers, Victor Considérant, gelang es, die Ideen seines Meisters tiefer in das Volk eindringen zu lassen. Es bildeten sich nun zahlreiche Gesellschaften, welche sich bemühten, die sozialdemokratischen Ideen in die Wirklichkeit zu übersetzen. So stellte sich die von Auguste Blanqui, Martin Bernard und Barbès gestiftete „Gesellschaft der Jahreszeiten" die Durchführung der Gedanken Babeufs von der Gleichheit aller Menschen

Digitized by Google

zur Aufgabe. Das Komitee dieser Gesellschaft unternahm am 12. Mai 1839 einen Putsch, der zwar in wenigen Stunden niedergeschlagen wurde, aber dazu beitrug, die Bourgeoisie mehr und mehr vom Proletariat zu trennen. Dieselbe Wirkung hatte die im Jahre 1840 auftauchende kommunistische Agitation Cabets sowie die steigende Arbeitskrisis und die in demselben Maße zunehmende Konzentration des Kapitals. Die kommunistischen Ideen verbreiteten sich immer mehr unter der Masse der Proletarier, und in Folge dessen trat an die Stelle der Putsche und Verschwörungen einzelner geheimer Verbindungen der zielbewußte Klassenkampf der französischen Arbeiter.

Seinen ersten bedeutungsvollen Ausdruck fand derselbe in der Februarrevolution des Jahres 1848. Der Bürgerkönig Louis Philipp, das Ideal der Bourgeoisie, und sein Minister Guizot hatten keine Gelegenheit versäumt, das französische Volk in der schimpflichsten Weise zu knechten und auszuplündern. Alle politischen Rechte, insonderheit das Assoziationsrecht, hatten sie ihm geraubt. Die Kammer war nur die ergebene Dienerin des Ministeriums, die Finanzen waren zerrüttet. Der Name Guizot war gleichbedeutend mit Verachtung der Völkerrechte, Unterdrückung des Landes und Erschöpfung seiner Hilfsquellen.

Das arbeitende Volk von Paris mußte sich endlich gegen seine Bedrücker und Ausplünderer empören. Nach dreitägigem, mit Muth und Heroismus geführtem Straßenkampf (22.—24. Febr.) vertrieb es Louis Philipp, verbrannte dessen Thron auf dem Bastillenplatz und setzte eine provisorische Regierung ein, welche am 27. Februar die Republik proklamirte und außerdem das „Recht auf Arbeit“ anerkennen mußte, indem sie sich verbindlich machte, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ward autorisirt zur Errichtung von Nationalwerkstätten, zu denen sich in kurzer Zeit 80- bis 100 000 Menschen, welche durch die Katastrophe brot- und arbeitslos geworden waren, drängten. Allerdings vermochte diese Einrichtung, in Folge der ungeschickten Weise, in welcher sie geleitet und gehandhabt wurde, ihren Zweck nicht zu erreichen; der Umstand aber, daß die provisorische Regierung sich genöthigt sah, sie

Digitized by Google

wenigstens zum Schein zu errichten, zeigt, daß das französische Proletariat durch die Februarrevolution zu einem politischen Faktor geworden war, mit dem man rechnen mußte.

Auch auf die unter der Herrschaft des Kapitals seufzenden Arbeiter Deutschlands mußte sich der Einfluß der Februarrevolution erstrecken. Die kommunistischen Lehren drangen aus Frankreich herüber nach Deutschland und fanden bei dem Proletariat der Großstädte günstige Aufnahme. Auch die Buchdrucker sollten von ihnen berührt werden. Der Präsident des Berliner Buchdruckervereins, Stephan Born, war ein glühender Kommunist und ein thätiges Mitglied des kommunistischen Bundes. Er gründete in Berlin eine „Arbeiterverbrüderung", die eine ziemliche Verbreitung erhielt, und betheiligte sich 1849 am Dresdener Maiaufstand.

Noch unmittelbarer als die französischen mußten aber naturgemäß die revolutionären Bewegungen in Deutschland auf den Kampf der deutschen Buchdruckergehilfen einwirken. Die Februarrevolution fand in Deutschland den lautesten und lebhaftesten Wiederhall und weckte das erschlaffte deutsche Volk aus seinem langen politischen Schlafe auf. Neues Leben pulsirte in seinen Adern, und die liberale Opposition suchte diese Gelegenheit zu benutzen, die Regierung zu Zugeständnissen im Sinne des Liberalismus zu bewegen. Einheit des Vaterlandes, Volksvertretung, Preßfreiheit, Geschworenengerichte, Volksbewaffnung waren die Hauptforderungen, welche das deutsche Bürgerthum stellte. Proletarische Forderungen kamen nicht in Betracht, ja die Bourgeoisie hoffte sogar mit Hilfe der genannten Bewilligungen etwaigen sozialistischen Umsturzversuchen, die möglicherweise als Folgen der Februarrevolution hätten auftreten können, vorzubeugen.

In den letzten Tagen des Februar fanden Bürgerversammlungen in Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und zahlreichen anderen Orten statt, welche alle die gleichen, allerdings im höchsten Grade zahmen Forderungen erhoben. Die Wirkungen sollten nicht ausbleiben. Die Fürsten ergriff ein panischer Schrecken und die Bundesversammlung suchte durch Konzessionen der drohenden

Digitized by Google

Revolution zuvorzukommen. Am 3. März stellte ihr Präsidium es jedem deutschen Bundesstaat frei, die Zensur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen. Die Fürsten des südlichen und westlichen Deutschlands erließen in Folge dessen auch äußerst schnell unter Gegenzeichnung rasch eingesetzter liberaler Minister die sog. Märzdekrete, welche die Wünsche des Volkes erfüllten. In Oesterreich wurde am 15. März in Wien ein kaiserliches Dekret verkündigt, das Preßfreiheit und die sofortige Berufung der Abgeordneten sämmtlicher Provinzialstände versprach. In Preußen erkämpften die Berliner Arbeiter in dem blutigen Barrikadenkampf des 18. März der Bourgeoisie die Einführung des konstitutionellen Prinzips.

Die errungene Vereinsfreiheit erlaubte es den Arbeitern, sich gewerkschaftlich zu organisiren. Die Avantgarde im gewerkschaftlichen Kampfe bildeten die Buchdrucker.

Doch gingen dieselben, in Folge des noch unentwickelten Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie und des noch schlummernden Klassenbewußtseins nicht darauf aus, eine selbständige Gehilfenorganisation zu bilden, sondern eine Organisation, welche Prinzipale und Gehilfen umfaßte. Eine solche konnte naturgemäß keinen Bestand haben und mußte an ihrem eigenen inneren Widerspruch zu Grunde gehen. Auch die bald sich geltend machende politische Reaktion sollte die hoffnungsvollen Keime einer gewerkschaftlichen Organisation der Buchdrucker wieder vernichten.

Schon im Sommer 1849 wurde allüberall in Deutschland die revolutionäre Bewegung mit Hilfe preußischer Bajonette niedergeschlagen. Sodann fiel eins der Märzministerien nach dem andern, die liberalen Verfassungen wurden so schnell als möglich beseitigt und die alte Bundesverfassung trat wieder in ihre Rechte. Die Reaktion herrschte auf der ganzen Linie. Die wieder aufgekommenen gesetzlichen Bevormundungsschranken zerstörten die letzten Reste der Errungenschaften des Jahres 1848.

* * *

Gehen wir nun zur Darstellung der Buchdruckerbewegung der genannten Jahre im Einzelnen über, so haben wir unsern Blick zunächst nach Berlin zu richten.

Digitized by Google

Hier waren 600 Gehilfen beschäftigt, die bei einer 12—14stündigen Arbeitszeit einen Lohn von 3—3½ Thaler erhielten. Sie verlangten jetzt 5 Thaler und 10stündige Arbeitszeit. Zur Erwägung ihrer Forderungen wurde eine Kommission von 5 Prinzipalen und 5 Gehilfen eingesetzt. Da dieselbe die Angelegenheit jedoch verschleppte, stellten die Berliner Gehilfen die Arbeit ein. Jetzt legte sich der Berliner Magistrat ins Mittel und es gelang ihm, die Gehilfen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, nachdem die Prinzipale das Versprechen abgelegt hatten, die Sache in aller Kürze zur Entscheidung zu bringen. Der Frieden sollte jedoch nicht lange dauern, denn die Prinzipale verlangten, daß die Gehilfen eine schriftliche Erklärung unterzeichnen sollten, in welcher sie ihren Schritt bereuten und das Versprechen ablegten, ihn nie wieder zu thun. Mit Entrüstung wiesen die Gehilfen diese Zumuthung zurück und stellten die Arbeit abermals ein. Wiederum suchte der Magistrat zu vermitteln und die Prinzipale mußten nachgeben. Das Resultat dieses Kampfes war der sog. Junitarif, der den Lohn der Gehilfen auf 4½ Thaler festsetzte.

Einen bedeutungsvollen Moment in der Bewegung des Jahres 1848 bildete die im April stattfindende Heidelberger Konferenz, zu welcher die Heidelberger Buchdrucker ihre Kollegen aus den benachbarten Städten eingeladen hatten. Dieselbe faßte Beschlüsse über das Lehrlingswesen, die Arbeitszeit und Arbeitspreise, sowie über das Unterstützungskassenwesen. Ferner wurde beschlossen, zunächst in den vertretenen Städten, dann auch anderswo Vereine ins Leben zu rufen und dieselben endlich zu einem deutschen Buchdruckerverband zu vereinigen. Um diesen Gedanken seiner Ausführung näher zu bringen, sollte im Juni desselben Jahres eine allgemeine deutsche Buchdruckerversammlung zu Mainz abgehalten werden. Das zur Erledigung der vorbereitenden Arbeiten gewählte Komitee nahm seinen Sitz in Frankfurt a. M.

Die Mainzer Versammlung kam zu Stande und verlief in großartiger Weise. Sie bestätigte die Beschlüsse der Heidelberger Konferenz. Als das Hauptgebrechen im Buchdruckergewerbe wurde das Lehrlings-

Digitized by Google

wesen bezeichnet und deshalb in Bezug auf die Zahl der Lehrlinge folgender Beschluß gefaßt:

„Auf 3 Setzer ein Setzerlehrling, auf 9 Setzer 2 Lehrlinge und so auf jede weiteren 9 Setzer ein Lehrling weiter. Auf jede 3 Pressen soll 1 Druckerlehrling kommen. Kleinere Druckereien, vielleicht von 1 Presse, dürfen 1 Lehrling, gleichviel ob Setzer oder Drucker, haben."

Die Arbeitszeit sollte 10 Stunden, das gewisse Geld 8 fl. Minimum betragen. In jeder Stadt sollten Schiedsgerichte, Viatikums-, Kranken- und Invalidenkassen errichtet werden. Außerdem wurde die Gründung des „Deutschen Nationalbuchdruckervereins", der Prinzipale und Gehilfen umfassen sollte, beschlossen. Das in Berlin erscheinende Fachblatt „Gutenberg" wnrde Organ desselben.

Aber die Mainzer Versammlung erkannte auch bereits, daß die rein gewerkschaftliche Bewegung nicht genügt, um die Lage der Arbeiter zu verbessern, und stellte deshalb in einer Petition an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. folgende Forderungen:

1. Gründung eines deutschen Arbeiterministeriums, gewählt durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

2. Abschaffung der Ausnahmegesetze, die den Arbeiter allein treffen, namentlich in Bezug auf das Wandern und die Niederlassung.

3. Ueberwachung des Lehrlingswesens,
   a) hinsichtlich der Zahl, besonders in solchen Geschäften, die mit Maschinen arbeiten; als Hauptzweck aber: die überflüssigen Arbeitskräfte anderen zuzuführen, die deren bedürfen;
   b) Schutz derselben gegen die Willkür und moralisches Verderben, namentlich durch Gründung von Vereinen nach Muster der Gesellenvereine.

4. Regulirung des Maschinenwesens in Deutschland und Beschränkung desselben in soweit, als dasselbe ohne allgemeinen Nutzen zur Bereicherung des Einzelnen dient und als es die Konkurrenz des Auslandes erlaubt.

5. Erlaß eines Gesetzes, welches bestimmt, daß ein Geschäft nur von denen betrieben wird, die dasselbe erlernt haben.

6. Aufforderung an die verschiedenen geschäftsverwandten Arbeiter Deutschlands zur Vereinigung behufs der Feststellung ihrer Arbeitspreise und zur Gründung von Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Wittwenkassen nach Muster der Buchdrucker und Gewährung von Staatsmitteln zur Gründung derselben.

7. Anerkennung der Kompetenz des Arbeiters, seine Verhältnisse zu reguliren.

Digitized by Google

8. Protest der Nationalversammlung an die betreffenden Regierungen gegen Ausweisung und Verfolgung solcher Arbeiter, die sich die Lösung der Arbeiterfrage zur Aufgabe gemacht.

Um die Beschlüsse des Mainzer Kongresses zur Durchführung zu bringen, erließen ein Liegnitzer und ein Düsseldorfer Prinzipal einen Aufruf, der die Buchdruckereibesitzer zu einer Generalversammlung nach Leipzig einlud. Diese Versammlung hatte jedoch einen entgegengesetzten Erfolg. Sie verwarf die Mainzer Beschlüsse.

Infolge dessen stellten zunächst die Dresdener Gehülfen die Arbeit ein. Andere Städte, wie Hamburg, Bremen, Berlin und Breslau folgten ihrem Beispiel. Die Streikenden erhielten reichliche Unterstützung und ein günstiger Ausgang war vorauszusehen. Da verdarb das Frankfurter Komitee alles, indem es zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte. Unter den Streikenden entstand die größte Verwirrung. Sie unterlagen zuerst in Berlin, dann in Hamburg und schließlich überall.

Das Frankfurter Komitee hatte ferner im Namen der Buchdruckereibesitzer zu einer neuen Versammlung in Frankfurt aufgefordert, da die Mainzer Beschlüsse nicht durchgeführt werden könnten. Die Versammlung kam zu Stande. Sie bestand meist aus Prinzipalen und beschäftigte sich mit denselben Fragen wie die Mainzer Versammlung. Die Beschlüsse fielen jedoch natürlich ungünstiger für die Gehülfen aus. Die Arbeitszeit wurde auf 11 Stunden, das gewisse Geld auf 7 fl. festgesetzt. Außerdem wurde beschlossen, Kranken-, Invaliden- und Viatikumskassen, sowie eine Buchdruckerassoziation zu begründen.

Die Gehülfen versuchten nun, wenigstens diese Frankfurter Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Doch konnte fast nirgends eine Einigung mit den Prinzipalen erzielt werden; zudem zeigte sich das Frankfurter Komitee immer lässiger und die geplante Assoziation wollte nicht zu Stande kommen.

Da erließ im Dezember 1848 eine Anzahl von Gehülfen im „Gutenberg“ einen Aufruf zur Bildung eines „Gutenbergbundes“. Die Hauptleiter der nun beginnenden neuen Bewegung waren die Redakteure

Digitized by Google

des „Gutenberg“. Der Sitz des Bundes sollte Berlin sein. Der Aufruf fand den lebhaftesten Beifall, und es erfolgten Beitrittserklärungen von nah und fern. Ueberall wurden Lokalvereine gegründet. Der provisorische Bundesvorstand berief sodann eine Versammlung nach Berlin, nachdem eine vom Frankfurter Komitee nach Kassel berufene Versammlung nicht zu Stande gekommen war, da die namhaftesten Druckorte nichts mehr mit dem Frankfurter Komitee zu thun haben wollten. Die Berliner Versammlung schien nun endlich eine Einigung herbeiführen zu wollen, sie wurde jedoch am dritten Tage bei Berathung des Bundesstatuts polizeilich aufgelöst. Der Klassenstaat handelte hier im Dienste der Prinzipale.

Eine neue energische Propaganda für den Bund begann nun unter den Gehülfen. Es wurde beschlossen, zunächst vornehmlich Hauptvereins-Invalidenkassen zu bilden. Die Prinzipale, namentlich die Berliner, suchten die Bestrebungen der Gehülfen zu hemmen. Sie forderten bei Strafe der Konditionsentziehung den Austritt aus dem Bund und die Steuer in eine von ihnen gegründete lokale Kasse. Trotzdem machte der Bund bedeutende Fortschritte. Neue Kranken-, Sterbe-, Wittwen- und Invalidenkassen, sowie Konditionsnachweisebureaus wurden gegründet.

Da traten plötzlich unerwartete Verfolgungen ein. Am 1. Juni 1850 wurde der Redakteur des „Gutenberg“ aus Berlin ausgewiesen. Er ging nach Breslau, während der Sitz des Bundes in Berlin blieb. Am 5. Juni erfolgte die polizeiliche Auflösung des Bundes. Das Verbot wurde zwar nach einem Jahre wieder aufgehoben, aber der Bund konnte nicht wieder zur Blüthe gelangen, besonders deshalb, weil Streitigkeiten zwischen dem Zentralvorstand und der Redaktion des „Gutenberg“ ausbrachen. Alle Einigungsversuche scheiterten. Der gänzliche Verfall des Bundes war die Folge. So hatte der Klassenegoismus der Prinzipale, verbunden mit dem nichtswürdigen Polizeiregime der Reaktionszeit, alle Hoffnungen der Gehülfen zu Schanden werden lassen.

Digitized by Google

III.

Die Begründung des „Deutschen Buchdruckerverbandes" und des „Deutschen Buchdruckervereins".

Es trat nun unter den in die vormärzlichen Verhältnisse zurückversetzten deutschen Buchdruckergehülfen ein Zustand gänzlicher Erschlaffung und stumpfer Theilnahmlosigkeit ein.

Trotzdem konnte der Geist der Solidarität, welchen die achtundvierziger Bewegung geweckt hatte, nicht gänzlich verwischt werden. Es bedurfte nur einer leisen Anregung, um ihn wieder zu entzünden.

Diese Anregung sollte Leipzig bieten. Dasselbe war neben der Zentrale des Buchgewerbes eingangs der sechziger Jahre ein Mittelpunkt der mächtig anschwellenden Arbeiterbewegung: wurde doch in dieser Stadt am 23. Mai 1863 der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" begründet. Die beginnende Emanzipation der Arbeiter fand auch unter den Leipziger Buchdruckergehülfen den freudigsten Widerhall und bestärkte dieselben in ihren Hoffnungen. Dazu kam, daß durch die Einführung des neuen Gewerbegesetzes in Sachsen im Jahre 1862; womit eine neue Epoche im gewerblichen Leben eingeleitet wurde, die Möglichkeit einer Realisirung dieser Hoffnungen gegeben wurde.

Vor diesem Gewerbegesetz waren die kleinen Gewerbe Sachsens in dem einen Landestheile zünftig, in dem anderen frei. Es fehlte gänzlich an allgemeinen Normen zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse. Nur das zünftige Gewerbe war durch verschiedene Polizeiordnungen und Mandate geregelt. Der erste Versuch zu einer einheitlichen Regelung wurde im Jahre 1848 gemacht, hatte jedoch keinerlei Resultate aufzuweisen. Infolge der immer größer werdenden Verwirrung schritt das Ministerium 1856 zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, der jedoch nach keiner Seite hin befriedigte. Erst das unter dem 15. Oktober 1861 publizirte Gewerbegesetz machte dem Zunftzwang in Sachsen ein Ende und statuirte Gewerbefreiheit, Freiheit des Arbeitsvertrags und Koalitionsfreiheit. Es enthielt folgende, für unsere Betrachtung wesentlichen Bestimmungen:

Digitized by Google

„Innungen sind Vereinigungen selbständiger Gewerbetreibenden eines und desselben oder mehrerer verwandter Gewerbe eines Ortes oder Bezirkes zur Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere

a) Regelung des Verhältnisses zwischen den Gewerbetreibenden und ihren Lehrlingen und Gehülfen,
b) Beilegung der Streitigkeiten in Gewerbsangelegenheiten zwischen den Genossen untereinander und zwischen ihnen und den Lehrlingen oder Gehülfen;
c) Gründung, Förderung und Verwaltung von Fachschulen und ähnlichen gemeinnützigen Anstalten;
d) Gründung von Anstalten (Kassen) zur Unterstützung der Mitglieder und ihrer Angehörigen und Gewerbsgehülfen.

Ein Zwang zum Beitritt einer Innung findet nicht statt. Keinem Gewerbsgenossen, der die statutarischen Bedingungen zu erfüllen bereit ist, darf die Aufnahme verweigert werden. Die alten Innungen bestehen als gewerbliche Genossenschaften fort.

Gewerbegehülfen und Fabrikarbeiter können verpflichtet werden, Beiträge zu Kassen zu zahlen, deren Zweck die Unterstützung in Krankheitsfällen und die Bestreitung von Begräbnißkosten ist.“

Aus diesen Bestimmungen läßt sich ersehen, daß das neue Gewerbegesetz, wenn es auch manche Vortheile für den Arbeiter bot, indem es ihm eine größere Bewegungsfreiheit verschaffte, doch bemüht war, die Herrschaft des Unternehmers über seine Hülfspersonen zu erhalten und zu sanktioniren, namentlich dadurch, daß es die letzteren verpflichtete, Beiträge zu den von den Unternehmern geleiteten Kassen zu leisten. Um die Herrschaft über das Kassenwesen entbrannte denn nun auch der Kampf zwischen den Prinzipalen und Gehülfen des Leipziger Buchdruckgewerbes.

Die Innung bestand als Genossenschaft der Prinzipale zur Wahrung der Interessen derselben fort. Ihr gegenüber bildeten die Leipziger Gehülfen, um die ihnen gesetzlich garantirte Gleichberechtigung praktisch zu bethätigen, am 28. Februar 1862 den „Fortbildungsverein der Buchdrucker zu Leipzig“, welcher 1863 das Fachblatt „Correspondent“ begründete, das ein geistiges Band unter den Gehülfen ganz Deutschlands herstellte. Der Kampf zwischen dem Fortbildungsverein und der Genossenschaft begann sofort.

Das Unterstützungskassenwesen hatte seit Alters her unter der Vormundschaft der Leipziger Buchdruckerinnung

Digitized by Google

gestanden. Der Fortbildungsverein verlangte nun den Zeitverhältnissen gemäß:

1. das Mitbestimmungsrecht der Gehülfen über ihre gesteuerten Kassengelder;
2. daß das Viatikumswesen von den Innungskassen abgezweigt und den Gehülfen zur alleinigen Verfügung gestellt werde;
3. die Wahrung des Prinzips der Freizügigkeit und Gegenseitigkeit in den Kassen.

Da die Innung von diesen Vorschlägen absolut nichts wissen wollte und dieselben gar nicht in Erwägung zog, gingen die Gehülfen weiter und verlangten, daß die Kassen vollständig von der Innung losgetrennt würden. Am 4. November 1864 beschlossen sie, in Masse aus den Innungskassen auszutreten und eine freie Kassengemeinschaft ins Leben zu rufen. Letztere begann am 11. November ihre Wirksamkeit. Die Prinzipalgenossenschaft wies nun auf das Gewerbegesetz hin, welches den Beitrittszwang zu den Genossenschaftskassen statuire. Die Gehülfen verfolgten jedoch die Angelegenheit durch alle Instanzen und errangen schließlich einen theilweisen Sieg, indem dahin erkannt wurde, daß ein Beitrittszwang nur zu den Kranken-, Begräbniß- und Viatikumskassen, nicht aber zu den Wittwen- und Invalidenkassen existire.

Der Kampf um die Herrschaft über die Kassen hatte eine große Erbitterung zwischen Prinzipalen und Gehülfen hervorgerufen, welche sich bei dem großen Lohnkampfe des Jahres 1865 noch steigerte, indem die Prinzipale alle Macht- und Gewaltmittel anwendeten, welche dem Unternehmerthum zur Verfügung stehen.

Der erwähnte Lohnkampf war die Folge des Beispiels, welches die Berliner Buchdruckergehülfen gaben. Dieselben hatten nach dem Muster des Leipziger Fortbildungsvereins einen „Berliner Buchdruckergehilfenverein“ in das Leben gerufen, welcher 3 statt 2½ Sgr. für 1000 n verlangte, eine Forderung, die von den Prinzipalen bewilligt wurde.

Ermuthigt durch diesen Erfolg ihrer Berliner Kollegen verlangten die Leipziger Gehülfen am 21. März 1865 ebenfalls 3 statt 2½ Sgr. für 1000 n und stellten, da die Prinzipale jede Aufbesserung verweigerten, 500 an Zahl, die Arbeit ein. Reichliche Unterstützung ward

Digitized by Google

ihnen von allen Seiten, namentlich von Berlin aus, zu Theil. Aber die Prinzipale scheuten ebenfalls keine Opfer und schreckten nicht vor den größten Nichtswürdigkeiten zurück. Sie riefen die ihnen ergebene Obrigkeit zu Hülfe und veranlaßten, daß die Tarifkommission zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt und mehrere Führer der Bewegung aus Leipzig ausgewiesen wurden. Außerdem suchten sie Mädchen als Setzerinnen auszubilden. Zehn Wochen währte der Kampf in dieser erbitterten Weise. Endlich nöthigte zu starker Zuzug von außen, welchen die Prinzipale ihrer Herrschaft über die Viatikumskassen verdankten, die Gehülfen zu einem Kompromiß, nach welchem der Tausend-n-Preis auf 28 Pfennige festgesetzt wurde. Trotzdem wurden die gehässigen Maßregeln gegen die Gehülfen fortgesetzt, indem man die Vertrauensmänner, die Tarifkommission und den Vorstand des Fortbildungsvereins auszusperren versuchte, was in einzelnen Fällen auch wirklich gelang.

* * *

Der geschilderte Streik mußte die Gehülfen naturnothwendig davon überzeugen, wie ohnmächtig sie in ihrer Zersplitterung der Macht des Kapitals gegenüber waren. Die großen Kosten, die der Ausstand verursacht hatte, zeigten ihnen außerdem die zweischneidige Natur dieses Kampfmittels. Sie gingen deshalb jetzt mit aller Energie an die Begründung einer alle deutschen Gehülfen umfassenden Organisation.

Den Gedanken, Prinzipale und Gehülfen in einem Verbande zu vereinigen, um gemeinsam die Interessen des Buchdruckgewerbes zu regeln, hatten sie aufgegeben. Die Erfahrungen der letzten Jahre hatten ihnen zu deutlich dargethan, daß an eine Harmonie zwischen „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern" nicht zu denken ist, daß die Interessen beider sich auf das Schroffste gegenüberstehen und daß nur durch die Macht einer strammen Organisation der Arbeiter den Unternehmern günstigere Arbeitsbedingungen abzutrotzen im Stande ist.

Das Komitee des Leipziger Fortbildungsvereins berief auf den 20. bis 22. Mai 1866 den ersten deutschen Buchdruckertag nach Leipzig. Auf demselben

Digitized by Google

waren 34 Delegirte anwesend, die 85 Städte mit 3187 Mitgliedern vertraten.

Das wichtigste Resultat dieses Kongresses war die Gründung des „Deutschen Buchdruckerverbandes", der, wenn auch unter anderem Namen, noch heute besteht.

Sein Zweck ist die Vertretung der Interessen der Angehörigen des deutschen Buchdruckergewerbes. Die Verhältnisse, die er, um diesen Zweck zu erreichen, zu regeln hat, sind namentlich Arbeitspreise, Arbeitszeit, Lehrlings- und Kassenwesen. Die von ihm neugegründeten Kassen sind: eine Zentral-Invalidenkasse, eine Zentral-Krankenkasse und eine Zentralkasse für Arbeitslose auf der Reise und am Orte. Die letztere ist die wichtigste.

Was die äußere Organisation des Verbandes anbetrifft, so zerfällt er in Gaue, die Gaue in Ortsvereine und Mitgliedschaften. Jeder Gau hält jährlich eine Generalversammlung ab; alle drei Jahre findet eine allgemeine Generalversammlung statt.

In dem ersten Jahre seines Bestehens konnte der Verband wegen des deutschen Bruderkrieges nicht zur Geltung gelangen. Jedoch schon 1867 begann er eine rege Thätigkeit. Er ging zunächst darauf aus, Vorkehrungen gegen die Gefahren zu treffen, die ihm bei einem etwa neu ausbrechenden Streik begegnen könnten. In dem Ausstand des Jahres 1865 war es den Prinzipalen gelungen, mit Hilfe ihrer Viatikumskassen Zuzug von außen zu erhalten. Der Verband stellte deshalb die Forderung, daß das Viatikum nur an Verbandsmitglieder zu zahlen sei. Die energische Agitation, welche die Gehilfen bei dieser Gelegenheit eröffneten, veranlaßte die Prinzipale in Leipzig und München, eine Gegenströmung hervorzurufen, indem sie eine Anzahl Gehilfen dazu bewogen, Vereine zur Bekämpfung des Verbandes zu bilden. Dauernde Bedeutung konnten diese Vereine nicht erringen, doch trugen sie dazu bei, den Gegensatz zwischen Prinzipalen und Gehilfen immer mehr zuzuspitzen. Der Streit um die Zahlung des Viatikums dauerte bis 1870. Wie vorauszusehen war, endete er ungünstig für die Gehilfen, doch befreite die Gewerbeordnung des norddeutschen Bundes

Digitized by Google

vom Jahre 1869 die Gehilfen von der Verpflichtung, zu den Kassen der Prinzipale zu steuern.

Den ersten bedeutungsvollen Erfolg errang der Buchdruckerverband im Jahre 1868 mit der Abschaffung der Sonntagsarbeit, welche in einem großen Theile Deutschlands ohne große Schwierigkeit durchgeführt wurde. Dagegen war die Agitation gegen die im Buchdruckgewerbe stark eingerissene Lehrlingszüchterei von geringem Erfolg.

* * *

Das zunehmende Erstarken des Gehilfenverbandes veranlaßte nun auch die Prinzipale, sich zu einer Organisation zu vereinigen, allerdings nicht zu dem Zwecke, mit der Gehilfenorganisation auf friedlichem Wege zu verhandeln, sondern um den Kampf mit derselben aufzunehmen und sie womöglich zu zerschmettern. Die Konstituirung der Prinzipalsorganisation, des „Deutschen Buchdruckervereins“ fand am 15. August 1869 zu Mainz statt.

Der neue Verein suchte sofort seine Kraft zu erproben. Doch zog er in verschiedenen kleineren Plänkeleien mit dem Gehilfenverband meist den Kürzeren und sollte in dem großen Lohnkampf der Jahre 1870—73 eine gänzliche Niederlage erleiden.

Die Ursachen des günstigen Ausganges dieses Lohnkampfes für die Gehilfen sind in dem flotten Geschäftsgang eingangs der siebziger Jahre zu suchen. Die Jahre 1871 und 1872 sind ja unter dem Namen der Gründerperiode bekannt und berüchtigt. Vor dem deutsch-französischen Kriege war der Geschäftsgang in Deutschland ein äußerst ruhiger gewesen. Es war eine Zeit politischer Spannung, die eine lebhafte industrielle und gewerbliche Thätigkeit nicht aufkommen ließ. Als jedoch Deutschland siegreich aus dem Kriege hervorgegangen war und damit der Friede auf lange Zeit gesichert schien, ergriff plötzlich ein fieberhafter Unternehmungsgeist das deutsche Volk. Kein Gewerbszweig blieb davon unberührt, auch das Buchdruckgewerbe nicht. Die Nachfrage nach Gehilfen nahm so zu, daß die unbeschäftigte Reservearmee vollständig verschwand. Zumal in den Zeitungsdruckereien, welche die Gründerannoncen herzustellen hatten, überstieg die Nachfrage bei weitem das Angebot. Ein unter solchen

Digitized by Google

Umständen ausbrechender Lohnkampf mußte unbedingt zu Gunsten der Gehilfen ausfallen.

Der Verlauf des Kampfes war folgender:

Gegen Ende des Jahres 1869 verlangte der Prinzipalverein die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, weil er bei der Preissteigerung aller Lebensmittel voraussah, daß die Leipziger Gehilfen den Tausendpreis von 30 Pf., welchen sie 1865 nicht erlangt hatten, in kurzer Zeit gewinnen würden. Das Schiedsgericht kam zu Stande und arbeitete zu Leipzig den 30-Pfennig-Tarif aus. Die Prinzipale betrachteten denselben als maximalen Mustertarif und suchten ihn in ganz Deutschland einzuführen. Die Gehilfen waren aber mit diesem Tarif keineswegs zufrieden gestellt. In Leipzig und anderen Städten verlangten sie die Ersetzung des „n"-Tarifs durch den gerechteren Alphabettarif, indem sie nachwiesen, daß der Setzer nach dem „n"-Tarif um 16⅔ pCt. weniger erhalte, als er nach der Zahl der Griffe beanspruchen könne. Den Prinzipalen war diese Forderung eine höchst unangenehme, und sie versprachen deshalb den Gehilfen eine Erhöhung des „n"-Tarifs um 16⅔ pCt., in der Hoffnung, dieselbe bei entgegengesetzter Konjunktur wieder rückgängig machen zu können. Die Gehilfen nahmen dieselbe auch an, ohne jedoch auf ihre Grundforderung zu verzichten. Anders erging es den Gehilfen in Stuttgart. Hier unterlagen sie nach dreizehnwöchentlichem Streik. Die Stuttgarter Prinzipale waren durch diesen Sieg so ermuthigt, daß sie weitere Schritte unternahmen. Sie fanden sich veranlaßt, eine Vereinigung der Prinzipale anzustreben, „die ihren Mitgliedern dem Verband gegenüber einen kräftigen Schutz verleiht, damit fernerhin und für alle Zukunft dem Uebelstande ein Ende gemacht werde, daß heute diese und morgen jene Stadt isolirt zu einem Kampfe gezwungen werden kann, der aber wegen der ungleichen Organisation der beiden kämpfenden Theile ein sehr ungleicher ist", und beriefen auf den 10. März 1872 eine Versammlung der Prinzipale nach Eisenach. Die Theilnehmer derselben beschlossen, dem Prinzipalverein beizutreten, wenn derselbe in seine Statuten die Bestimmung aufnehmen wolle, daß bei zukünftigen Streiks keiner der Streikenden während der ganzen Dauer des Ausstandes

Digitized by Google

in irgend einer Offizin Stellung erhalte. Außerdem befürwortete die Versammlung die Ausarbeitung eines neuen Tarifs. Der Prinzipalverein nahm in seiner nächsten Generalversammlung die gewünschte Klausel auf und machte sich sodann an die Feststellung des Tarifs. Er wünschte zwar die Mitwirkung der Gehilfen; statt sich jedoch an den Gehilfenverband zu wenden, verlangte er, daß die Gehilfenvertreter aus der gesammten Gehilfenschaft gewählt würden. In Folge dessen verweigerten die Gehilfen ihre Mitwirkung und gaben die Prinzipale ihre Arbeit überhaupt auf.

Sie verdoppelten nun ihre Bemühungen, dem Verband das Lebenslicht auszublasen. Am 3. Dezember 1872 faßten sie mit Rücksicht auf die zahlreichen Lohnbewegungen dieses Jahres folgenden Beschluß: „Wenn in irgend einer Stadt von Seiten unter sich geeinigter Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt und fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesammtverein zum Schutze der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem an einem und demselben Tage im ganzen Gebiete des deutschen Buchdruckervereins die Vereinsoffizinen allen Gehilfen kündigen, die einer Verbindung angehören, welche den betreffenden Streik veranlaßt hat oder unterstützt." Damit war das bisher nur in England gebräuchliche Kampfmittel der Aussperrung oder des lock-out auf deutschen Boden verpflanzt worden. Die Gelegenheit, dasselbe zur Anwendung zu bringen, sollte nicht lange auf sich warten lassen. Im Jahre 1873 traten in Leipzig mehrere Gehilfen zu einer Kommission zusammen und arbeiteten auf Grundlage der Alphabetberechnung einen Tarif aus, welcher von der gesammten Gehilfenschaft Deutschlands anerkannt wurde. Die Leipziger Gehilfen verlangten von den Prinzipalen die Annahme dieses Tarifs, und als diese verweigert wurde, stellten etwa 350 Gehilfen die Arbeit ein. Eine gleiche Anzahl Verbandsmitglieder, welche aus taktischen Gründen am gleichen Tage die Kündigung unterließ, wurde von den Prinzipalen entlassen. Einige Hundert hatten schon vorher Leipzig verlassen, um die Prinzipale durch den Mangel an Arbeitskräften in die Enge

Digitized by Google

zu treiben. Die Prinzipale setzten alle Hebel in Bewegung, um sich aus der Verlegenheit zu helfen, aber bei dem überall flotten Geschäftsgang konnte ein nennenswerther Zuzug von Nichtverbandsmitgliedern nicht eintreten; man half sich mit Mädchen, die man anlernte, mit Soldaten, vor Allem aber mit Lehrlingen, welche Nachts und Sonntags arbeiten mußten. Auch die Behörden kamen den Prinzipalen zu Hülfe; so wurde der Vorsitzende des Verbandes, Richard Härtel, vom Leipziger Stadtrath zu sechs Wochen Haft verurtheilt, weil er im „Correspondent" der Erwartung Ausdruck gegeben hatte, daß kein ehrenhafter Kollege in Leipzig Kondition nehmen werde. Als letztes Mittel, um die Streikenden zur Arbeit zurückzubringen, wurde die Aussperrung in Anwendung gebracht. Dieselbe brachte jedoch den Prinzipalen so große Verluste, daß sie sich schließlich zu Verhandlungen mit dem Gehilfenverband genöthigt sahen. Dieselben dauerten sechs Wochen und hatten als Resultat das Zustandekommen des allgemeinen deutschen Buchdruckertarifs, der im wesentlichen heute noch gültig ist.

Derselbe besteht aus 30 umfangreichen Paragraphen. Das Minimum des gewissen Geldes wurde auf 19½ Mk., das Berechnen auf 30 Pfg. Alphabet und die Arbeitszeit auf 10 Stunden incl. ¼ Stunde Frühstück und Vesper festgestellt. Die Gültigkeit des Tarifs sollte sich auf 2 Jahre erstrecken. Zur Entscheidung von Differenzen über Handhabung und Auslegung des Tarifs wurden Schiedsämter und ein Einigungsamt eingesetzt. Behufs der Wahl von Delegirten zu denselben wurden die Druckorte Deutschlands in 12 Kreise eingetheilt. Aus jedem Kreise sollte für 3 Jahre je ein Prinzipal und ein Gehülfe gewählt werden und diese 24 Delegirten sollten das Einigungsamt bilden. Die Mitglieder des Schiedsgerichtes sollten in einem Hauptdruckorte eines jeden Kreises von den Prinzipalen und Gehilfen aus ihrer Mitte gewählt werden, und zwar je 3 Prinzipale und 3 Gehilfen auf ein Jahr. Das Schiedsamt bildete die erste, das Einigungsamt die zweite Instanz.

Mit diesen Errungenschaften hatte der gewaltige Lohnkampf des Jahres 1873 sein Ende erreicht.

Digitized by Google

IV.

Die Zeit der Tarifgemeinschaft und die gegenwärtige Neunstundenbewegung der Buchdruckergehilfen.

Es giebt gewisse Nationalökonomen, welche in solchen Vereinbarungen, wie sie der Buchdruckertarif darstellt, die Lösung der sozialen Frage erblicken und welche glauben, daß durch dieselben eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit hergestellt werden könne. In Wahrheit vermögen sie aber nur den Kampf in friedlichere Bahnen zu lenken.

Doch selbst dies ist nicht immer der Fall und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Unternehmer ihre Macht stets dazu benutzen, die Vereinbarungen zu übertreten. Dazu kommt noch, daß durch dergleichen Vereinbarungen nur allzuoft der Kampfesmuth der Arbeiter gebrochen und eine schädliche Harmonie- und Vertrauensduselei erzeugt wird, welche die Arbeiter veranlaßt, sich ohne zu großen Widerstand den Vorschlägen der Prinzipale zu unterwerfen. Damit soll keineswegs das Gute geleugnet werden, welches diese Einrichtungen besitzen, nur soll vor ihrer Ueberschätzung gewarnt werden.

Auch die deutschen Buchdruckergehilfen sollten bald erfahren, daß mit der Einführung des allgemeinen Tarifs noch keineswegs ein befriedigender Zustand in ihrem Gewerbe hergestellt war. Die große Krise, welche an demselben Tage begann, an welchem der Tarif in Kraft treten sollte, berührte auch den Geschäftsgang des Buchdruckgewerbes in hervorragender Weise und überlieferte die Gehilfen wieder der Willkür der Prinzipale. Letztere beklagten es bitter, die Tarifgemeinschaft eingegangen zu sein, wußten sich jedoch dadurch zu helfen, daß sie den Tarif fortwährend verletzten. Die Gehilfen sahen sich deshalb wiederholt genöthigt, als Kläger beim Schiedsgericht aufzutreten, aber die Prinzipale weigerten sich auch, sich einem gegen sie ausgefallenen Schiedsspruche zu unterwerfen. Die Gehilfen mußten deshalb zu Streiks ihre Zuflucht nehmen und nun klagten die Prinzipale wieder über Gewaltakte des Gehilfenverbandes. Das Erstaunlichste leisteten die Prinzipale in Berlin. Hier bildete sich ein Verein von Prinzipalen und Nicht-

Digitized by Google

verbandsgehilfen, um die Tarifgemeinschaft zu Fall zu bringen. Der Prinzipalverein hatte nichts dagegen einzuwenden, daß ihm dieselben auch ferner als Mitglieder angehörten.

* * *

Als im Jahre 1876 der Tarif abgelaufen war, beantragten sowohl die Prinzipale als die Gehilfen eine Tarifrevision. Es kam zu gegenseitigen Konzessionen. Der neue Tarif war in verschiedenen Positionen ungünstiger für die Gehilfen. Seine Giltigkeit wurde auf ein Jahr festgesetzt. Damit beginnt die Zeit der Harmonie- und Vertrauensduselei der Gehilfen, welche bis zum vorigen Jahre angehalten hat. Irgend welche Lohnkämpfe von Bedeutung hat diese Periode nicht aufzuweisen und wir können dieselbe deshalb in wenigen Worten behandeln. Die inneren Kassenstreitigkeiten, welche sich zu gleicher Zeit abspielten, und welche eine zeitweise Lostrennung des Leipziger Vereins vom Gesammtverein zur Folge hatten, sind für unsere Darstellung ohne Interesse.

Der Tarif von 1876 wurde von den Prinzipalen ebensowenig durchgeführt, wie der von 1873. Daher verlangten die tariftreuen Prinzipale 1878 abermals eine Revision. Dieselbe kam zu Stande und enthielt wiederum einige Reduktionen. Außerdem wurde der gesammte Schiedsapparat beseitigt. An seine Stelle trat eine Tarifrevisionskommission von 24 Mitgliedern. Endlich wurden einige Bestimmungen aufgenommen, welche die Beachtung des Tarifs seitens der Prinzipale sichern sollten; doch hatten dieselben nicht den geringsten Erfolg aufzuweisen.

In demselben Jahre gerieth der Verband in Folge des Sozialistengesetzes in eine schwierige Lage, indem er von seinen Gegnern als sozialdemokratisch denunzirt wurde, obgleich er sich niemals mit Politik befaßt hatte. Er hielt es für das Beste, sich aufzulösen und dann unter einem anderen Namen neu zu konstituiren. Der neue Verein trat am 21. November zu Leipzig als „Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker“ in das Leben. Seine Leitung wurde nach Stuttgart verlegt, da er als Verein, der sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigt, betrachtet wurde, und des-

Digitized by Google

halb in Sachsen nicht mit anderen Vereinen in Verbindung treten durfte. Die von der sächsischen Regierung angestellten Erhebungen führten jedoch zu einem für den Leipziger Verein günstigen Resultat, und er erhielt Korporationsrechte.

Im Jahre 1885 wurde der Sitz des Vereins auf Verlangen der preußischen Regierung nach Berlin verlegt.

Ein Jahr später wurde eine dritte Revision des Tarifs vorgenommen. Der neue Tarif bezeichnete eine geringe Erhöhung. Außerdem wurde eine Skala über die Zahl der Lehrlinge aufgenommen, die Tarifkommission in eine dauernde Körperschaft verwandelt und der lokale Schiedsapparat wieder errichtet. Die Annahme dieses Tarifs war jedoch keine einstimmige. Von den Gehülfen stimmten die Leipziger dagegen, von den Prinzipalen die aus Rheinland-Westfalen. In Leipzig kam es zu Konflikten zwischen Prinzipalen und Gehülfen, die jedoch durch das energische Eingreifen des Verbandes beigelegt wurden.

Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen. Hier beschlossen die Prinzipale einstimmig, den neuen Tarif nicht anzuerkennen. Die Folge war ein Streik, der mit der Niederlage der Gehülfen endete. Der Prinzipalverein griff nicht ein und that nichts zur Aufrechterhaltung des Tarifs.

1888 stellte er abermals Anträge auf Tarifrevision. Dieselbe kam auch zu Stande, doch blieben die Forderungen der Prinzipale so gut als unberücksichtigt. Der neue Tarif trat mit dem 1. Januar 1889 in Kraft.

Aber schon in demselben Jahre wurde er von den Gehülfen gekündigt. Der Geschäftsgang war wieder flotter geworden und die Gehülfen hatten deshalb Aussicht auf eine Erhöhung des Tarifs. Gleichzeitig wurden sie beeinflußt durch die, eine Verkürzung der Arbeitszeit erstrebende allgemeine Arbeiterbewegung. Die Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris sollten auch in den Herzen der deutschen Buchdruckergehülfen ein lebhaftes Echo finden. Sie stellten infolgedessen den Antrag auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und auf Abschaffung des „Berechnens“ (der Akkordarbeit). Aber die unter ihnen immer noch grassirende

Digitized by Google

Harmonieduselei und Angst vor einem frischen fröhlichen Kampfe ließ sie ihr Ziel nicht erreichen. Sie ließen sich mit der sog. „Stettiner Resolution" abspeisen, nach welcher die Tarifdruckereien nur solche Gehülfen beschäftigen sollten, welche in tariftreuen Druckereien gelernt, resp. gearbeitet hätten. Diese Resolution sollte mit dem 1. Oktober 1890 in Kraft treten. Außerdem wurde angeregt, daß bei künftigen Lohnfestsetzungen nicht mehr die Allgemeinheiten der Prinzipale und Gehülfen, sondern die Organisationen beider als die paktirenden Theile betrachtet werden sollten. Um diesen Vorschlag durchzuführen, war es nöthig, daß die beiden Organisationen gleichartig waren. Der Prinzipalverein formulirte demgemäß Anträge für die nächste Generalversammlung, welche eine Aenderung der Statuten bezweckten. Demgegenüber brachten die Prinzipale von Rheinland und Westfalen, welchen die Stettiner Resolution ein Dorn im Auge war, Anträge ein, welche einer Reduktion des Tarifs gleichkamen.

Auf der zu Straßburg stattfindenden Generalversammlung kam ein Kompromiß zwischen den beiderseitigen Anträgen zu Stande und die Anträge der Prinzipale aus Rheinland und Westfalen wurden in etwas milderer Form als annehmbar bezeichnet und zur weiteren Berathung einer Kommission überwiesen, um auf einer spätestens im Mai 1891 stattfindenden Versammlung endgültig darüber zu entscheiden. Die Stettiner Resolution wurde ebenfalls vertagt.

* * *

Diese Straßburger Beschlüsse riefen einen Sturm der Entrüstung unter den Buchdruckergehülfen Deutschlands hervor und erweckten wieder den alten kampfesmuthigen Geist der vierziger Jahre. Die Erbitterung stieg noch, als die Prinzipale aus Rheinland und Westfalen zu Düsseldorf eine Versammlung abhielten, in welcher sie beschlossen, einen Sektionstarifausschuß zu wählen, um einen neuen Tarif auszuarbeiten. In allen Druckorten Deutschlands fanden Gehülfenversammlungen statt, in welchen man sich energisch gegen jede Tarifreduktion und für die **Verkürzung der Arbeitszeit** aussprach.

Digitized by Google

Am 24. August des verflossenen Jahres tagten die sächsischen Buchdrucker in Chemnitz und nahmen folgende Resolution an:

„Die heute, Sonntag, den 24. August 1890, in der Mosella zu Chemnitz stattfindende allgemeine Versammlung sächsischer Buchdrucker beschließt:

in Erwägung, daß durch die fortschreitende Technik auch in unserem Gewerbe immer mehr Arbeitshände frei werden und hierdurch sowohl, als auch durch die Gestaltung der gesammten öffentlichen Verhältnisse die Existenzbedingungen für die Gehilfenschaft immer ungünstiger werden, zur Hebung sowohl ihrer Lebenslage, als auch auch um den vielen konditionslosen Gehilfen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen,

mit allen Kräften für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, damit im nächsten Jahre ein diesbezüglicher Antrag bei der deutschen Tarifkommission gestellt, event. der kürzere Arbeitstag durch eigene Kraft der Gehilfenschaft zur Einführung gelangt."

Der letzte Passus dieser Resolution bedeutet den endlichen Bruch der sächsischen Buchdruckergehilfen mit der verderblichen Harmonieduselei.

Von noch größerer Bedeutung als die Chemnitzer Zusammenkunft war die am 23. September im Pantheon zu Leipzig abgehaltene Versammlung der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich hier mit den Buchdruckern solidarisch erklärten, indem sie folgende Resolution annahmen:

„Die am 23. September im Pantheon zu Leipzig tagende öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hält die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse für unbedingt nothwendig und fordert als durchgreifende Mittel dazu die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden und eine den Bedürfnissen aller Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechende Festsetzung der Lohnsätze.

Zur Durchführung dieser Forderungen hält es die Versammlung für nothwendig,

1. da ein erfolgreiches Vorgehen nur innerhalb geschlossener Organisationen möglich ist, daß alle noch nicht organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen sich organisiren, bezw. einer bereits bestehenden Organisation anschließen;

2. daß die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen unter ihren Berufsgenossen die Vorbereitungen für die Durchführung obiger Forderungen treffen, damit zu gegebener Zeit sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen für dieselbe eintreten."

Aus dieser Resolution geht hervor, daß die Leipziger graphischen Arbeiter den Achtstundentag, also

Digitized by Google

die Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden, erstrebten.

Dasselbe Ziel verfolgten die Gehilfen zahlreicher anderer Druckorte.

Die am 9. und 10. November in Halle versammelten Gehilfenmitglieder der „Deutschen Tarifkommission und Vertreter des Vorstandes des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker“ erklärten sich jedoch für die Aufstellung einer Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und die Leipziger und anderen Gehilfen, denen vorher der Achtstundentag als Ziel vorgeschwebt hatte, fügten sich um der Einheitlichkeit der Bewegung willen diesem Beschluß, ohne jedoch darum die Erstrebung des Achtstundentages im Prinzip aufzugeben. „Betrachten wir,“ so schrieb die Leipziger „Reform“, „den Neunstundentag als ein Durchgangsstadium, als eine Abschlagszahlung. Die Hauptsumme wird später von Neuem und dann mit mehr Aussicht auf Erfolg gefordert werden, wenn erst der Anfang mit der Verkürzung überhaupt gemacht ist. Und daß dieser Anfang bei der nächsten Tarifrevision gemacht wird, das bedarf umsoweniger einer Frage mehr, als die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden das Allermindeste dessen ist, was den Großdruckstädten als annehmbare Konzession erscheinen kann.“

* * *

Wenden wir uns nun zu den Verhältnissen, welche eine Verkürzung der Arbeitszeit im deutschen Buchdruckgewerbe zur Nothwendigkeit machen, so kommt in erster Linie die enorme Arbeitslosigkeit in Betracht. In Deutschland giebt es gegenwärtig gegen 3000 konditionslose Buchdrucker.

Die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit sind verschiedenartige. Zum Theil ist sie herbeigeführt worden durch die technischen Verbesserungen und die vermehrte Einführung von Maschinen. In der Zeit von 1886 bis 1889 vermehrte sich die Zahl der Rotationsmaschinen um 78 Prozent, die der doppelten Schnellpressen um 28 Proz., die der einfachen Schnellpressen um 20,7 Proz., die der Cylindertretpressen um 57,59 Proz., die der Tiegeldrucktretpressen um 56,2 Proz., die der Bostonpressen

Digitized by Google

um 93 Proz., während die Zahl der Handpressen abgenommen hat.

Eine zweite Ursache der Arbeitslosigkeit ist die große Zahl der Ueberstunden. In 2705 Druckereien mit 8000 Gehilfen wird mehr als 10 Stunden gearbeitet; dies macht eine Ueberarbeit von etwa 49 000 Stunden wöchentlich. Durch Wegfall derselben könnten mehr als 800 Konditionslose beschäftigt werden.

Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe aber ist die schamlose Lehrlingszüchterei. Die Zahl der zu haltenden Lehrlinge ist zwar durch § 37 des Tarifs festgesetzt. Die Bestimmungen desselben gelten jedoch selbstverständlich nur für die tariftreuen Geschäfte, und die Lehrlingszüchterei grassirt heute in derselben Weise wie früher. Durch das Vertagen der Stettiner Resolution ist ein erneutes Anwachsen der Lehrlingszahl zu erwarten und demgemäß eine Vermehrung der Zahl der Konditionslosen.

Nur eine Verkürzung der Arbeitszeit wird im Stande sein, der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe zu steuern. Damit wird auch zugleich dem „Unterstützungsverein der Buchdrucker" eine große Erleichterung zu Theil werden, da derselbe bisher jährlich mehr als 200 000 Mark für Konditionslosenunterstützung verausgabte. (1890: I. Quartal 31 000 Mk., II. Quartal 63 000 Mk., III. Quartal 88 000 Mk. Man beachte die enorme Steigerung!)

* * *

Die anderen Momente, welche eine Verkürzung der Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe nothwendig machen, sind hygienischer Natur. Der Buchdruck gehört zu den **gesundheitsschädlichsten Gewerben.** Die Luft in den Arbeitsräumen ist meist eine sehr schlechte. In keinem Gewerbe sind die Arbeitsräume so überfüllt als bei den Buchdruckern. Die große Zahl und das frühzeitige Anzünden der Lichter in den Buchdruckereien trägt sehr zur Verschlechterung der Atmosphäre bei. Kein Gewerbe hat ferner so unter dem Staube zu leiden als die Typographie. Der hölzerne Setzkasten steckt voller Staub. Durch die große Zahl der Lichter wird eine im höchsten Grade schädliche Ueberhitzung der Arbeitslokale herbeigeführt.

Digitized by Google

Ein weiterer Mißstand der Buchdruckerarbeit ist der damit verbundene Mangel an Körperbewegung und Lungengymnastik. So muß der Setzer den ganzen Tag unbeweglich still vor seinem Kasten stehen, während allein sein rechter Arm und speziell die Finger der rechten Hand in Bewegung sind. Von großer Gesundheitsschädlichkeit ist endlich die mit der Setzerarbeit verbundene Beschäftigung mit Blei. Tausende von Bleistäbchen müssen von jedem Setzer aneinander gerieben, durcheinander gerührt und gestoßen werden.

Alle diese Umstände erklären die große Sterblichkeit unter den Buchdruckern. Eine von Dr. Richardson in England für die Jahre 1861, 1862 und 1871 gemachte Sterbestatistik für 70 Berufsarten ergab (die Sterblichkeit aller Berufsarten gleich 100 gesetzt) für die Buchdrucker eine solche von 117, die nur von den Wirthen und Droschkenführern übertroffen wurde.

Die Hauptkrankheit der Buchdrucker ist die Lungenschwindsucht. Nach einer Statistik der Kranken- und Sterbekasse der deutsch-schweizerischen Buchdrucker starben über drei Fünftel, fast zwei Drittel aller Buchdrucker an der Auszehrung, und zwar im Durchschnittsalter von 35 Jahren.

Nebst den Lungen sind die Augen die bei den Buchdruckern am meisten mitgenommenen Organe. „Von den 10 000—12 000 Buchstaben, die ein Setzer täglich setzt, muß jedes einzelne Stück vor dem Ergreifen erspäht und seine Lage im Kasten genau betrachtet werden, damit es dann der greifende Finger in richtiger Weise faßt; dazwischen muß das Auge — gleichsam in abgestohlenen Sekunden, um keine Zeit zu verlieren — schnell über das Manuskript hinfliegen, um die paar nächsten Worte dem Gedächtniß zu übermitteln. Dazu die dumpfe Atmosphäre und der Staub der Offizinen, die Hitze der gerade vor dem Auge befindlichen Lichtflammen und in vielen Geschäften überdies leider noch die Hitze des über dem Kopfe dahinziehenden Dampfrohrs — das sind Faktoren, die wahrlich das Auge des Setzers zu einem bejammernswerthen Organe machen.“ (Hirt, „Arbeiterschutz“.)

Von den übrigen besonders den Setzern anhaftenden

Digitized by Google

Krankheiten ist die große Häufigkeit der Krampfadern und der Unterschenkelgeschwüre zu erwähnen.

Allen diesen gesundheitlichen Nachtheilen des Buchdruckgewerbes kann, außer durch technische Verbesserungen, nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie durch die Abschaffung des Berechnens oder der Akkordarbeit abgeholfen und vorgebeugt werden.

* * *

Die zu Halle versammelten Gehülfenmitglieder der Tarifkommission stellten nicht nur die Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch die Abschaffung des Berechnens als zu erstrebendes Ziel hin. Beide Forderungen sind überhaupt untrennbar mit einander verknüpft. Im Falle der Beibehaltung des Berechnens würden die Vortheile der Verkürzung der Arbeitszeit illusorisch werden. Der Gehülfe würde seine Kräfte noch in weit höherem Maße überanstrengen müssen als bisher. Das Berechnen muß, wie die Akkordarbeit in jedem Gewerbe, für die Gesundheit der Arbeiter die nachtheiligsten Folgen haben, indem es ihn zwingt, seine Arbeitskraft auf das Aeußerste anzuspannen. Namentlich ist dies im Zeitungsdruck der Fall, wo jede Minute kostbar ist. Hier ist das furchtbarste Hasten an der Tagesordnung, der eine sieht dem anderen in den Winkelhaken, ob ihm derselbe nicht schon voraus ist. Am Abend, wo die Kräfte bereits ermattet sind, nimmt die Anstrengung zu, statt abzunehmen, indem die zahlreichen Gasflammen das Lokal überhitzen und die Luft jeder Feuchtigkeit berauben. Es hat sich nicht selten der Fall ereignet, daß Gehülfen vor Ueberanstrengung am Kasten umgesunken sind. Der Mehrverdienst, welchen die Akkordarbeiter sich zu erringen glauben, hält wahrlich dieser furchtbaren Aufreibung der körperlichen und geistigen Kräfte nicht das Gleichgewicht.

Das durch das Berechnen bedingte Hasten und Drängen hat natürlich auch zur Folge, daß nicht genügende Sorgfalt auf den Satz verwendet werden kann, woraus sich die Mangelhaftigkeit des Satzes, namentlich des Zeitungssatzes, erklärt. Die allgemeine Einführung des gewissen Geldes würde diesen Uebelstand in hohem Grade zu mildern im Stande sein.

Digitized by Google

Da die Lohnsetzer ihre Kräfte nicht in dem Maße opfern würden, wie die berechnenden Setzer, so könnten bei allgemeiner Einführung des Gewißgeldes zahlreiche arbeitslose Gehülfen eingestellt werden. Auch die Ausbildung der Lehrlinge erführe eine Besserung, indem die Prinzipale für tüchtiges und brauchbares Personal sorgen würden.

Der größte Uebelstand des Berechnens aber besteht darin, daß es eine Ungleichheit des Verdienstes geschaffen hat, die nicht auf der Ungleichheit der Leistungsfähigkeit beruht, sondern abhängig ist von Glücks- und Gunstumständen. So liegt z. B. in der Beibehaltung einer Arbeit, die sich auf Wochen und Monate erstreckt, ein Vortheil gegen den, der im Laufe der Woche mit vier, fünf oder mehr Arbeiten bedacht wird. Da die Zeitungen verschieden groß sind, so hat die eine mehr vortheilhaften Satz als die andere.

Das Berechnen hat endlich noch die Kalamität der freiwilligen Ueberarbeit hervorgerufen und befördert. Die Ueberstundenarbeit ist im Buchdruckgewerbe beinahe zur Epidemie geworden. Oft stehen die Gehilfen noch zwei bis drei, ja sogar vier bis fünf Stunden nach Feierabend mit knurrendem Magen an der Arbeit. Und zuweilen ist dies nicht ein eisernes „Muß", sondern eine freiwillige Handlung der Gehilfen, die dabei nicht bedenken, wie sehr sie dadurch die Arbeitslosigkeit vermehren.

„Die Akkordarbeit", so heißt es in einem Artikel des „Korrespondent", ist eine Erfindung des Kapitalismus, in dessen Wesen es liegt, die Arbeitskraft aufs Intensivste auszunutzen. Dieselbe ist im Grunde genommen für den Lohnarbeiter das, was die Peitsche für den Sklaven war, sie ist das Mittel, mit welchem der Lohnarbeiter zur äußersten Anspannung seiner Arbeitskraft angetrieben wird. Für das Linsengericht eines momentanen Mehrverdienstes opfert er das Erstgeburtsrecht einer längeren Lebensdauer. Das haben die Arbeiter begriffen und deshalb tritt heutzutage die Forderung aufs Tapet, die Akkordarbeit oder das Berechnen abzuschaffen. Gerade die Buchdrucker sollten alle darin einig sein, daß nur durch die vollständige Beseitigung des Berechnens wieder geordnete Zustände in das Gewerbe hineingebracht werden können."

* * *

Digitized by Google

Trotzdem man nun glauben sollte, daß die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit im deutschen Buchdruckgewerbe jedem einleuchtend sei, so sind doch, namentlich von Gehilfen aus der Provinz, mancherlei Bedenken gegen die Möglichkeit der Durchführung derselben erhoben worden. So hat man behauptet, daß das vorhandene Konditionsloſenheer die Durchführung der Verkürzung erschwere. Darauf ist zu erwidern, daß das Heer der Arbeitslosen in stetem Wachsen begriffen ist, daß also die Gefahr bei längerem Warten immer größer wird und allein eine möglichst rasche Inangriffnahme aussichtsvoll ist. Ferner ist eingewendet worden, daß ehe an eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu denken sei, die zehnstündige Arbeitszeit erst überall strikte durchgeführt werden müsse. Dies hieße jedoch die Sache auf unabsehbare Zeit verschieben und dem Vorwärtsstreben der Gesammtheit einen lästigen Zügel anlegen. Ein dritter Einwand ist der, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit der Zufluß zum Buchdruckgewerbe noch größer werde als bisher. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Arbeitslosigkeit heute in allen Berufen vorhanden ist und alle Gewerbe eine Verkürzung der Arbeitszeit erstreben. Weshalb sollten also die Buchdrucker eine Ausnahme machen?

Alle diese kleinen Bedenken fallen also schon bei ganz oberflächlicher Betrachtung in nichts zusammen. Nicht stichhaltiger sind auch die Gründe, welche die Prinzipale anführen, um ihre Opposition zu rechtfertigen. Es ist ausschließlich das kleinlichste Unternehmerinteresse, welches ihre Opposition veranlaßt. Immer und immer wieder weisen sie hin auf die „Konkurrenz", welche ihnen die Gewährung der Forderungen der Arbeiter zur Unmöglichkeit mache. Sie sollten dabei doch bedenken, daß mit Rücksicht auf die Konkurrenz das Buchdruckergewerbe günstiger gestellt ist, als andere Gewerbe, indem es die Konkurrenz des Auslandes nicht zu fürchten hat, da es sprachlich isolirt dasteht. Was ferner die inländische Konkurrenz anbetrifft, so besteht dieselbe in weiter nichts als in der Schmutzkonkurrenz der kleinen und mittleren Offizinen, die gerade durch die Verkürzung der Arbeitszeit beseitigt werden soll und beseitigt werden

Digitized by Google

muß. Die Klagen der Prinzipale über rückgängigen Geschäftsgang in Folge mangelnder Aufträge sind durchaus ungerechtfertigt, indem seit 20 Jahren die Zahl der gedruckten Werke enorm gestiegen ist; ebenso weist die große Zahl der jährlich neugegründeten Druckereien auf die günstige Lage der Unternehmer hin. Die Konkursverhältnisse im Buchdruckgewerbe sind im Vergleich zu anderen Gewerbszweigen winziger Natur. Nur falschkalkulirte Neugründungen sind es, die wieder verschwinden. Einzelne Geschäfte sind in der Zeit der Tarifgemeinschaft zwei- und dreifach vergrößert worden.

Alle diese Verhältnisse zeigen wohl zur Genüge, daß das deutsche Buchdruckgewerbe keineswegs im Rückgang begriffen ist. Aus diesen Gründen ist der Sieg der Buchdrucker in hohem Grade wahrscheinlich. Durch Heranziehung aller mit ihrem Gewerbe verwandten Arbeiter und Hilfsarbeiter beiderlei Geschlechts, durch Beeinflussung der kleinen Städte durch die großen, durch Gründung von Widerstandskassen, durch Konzentration ihrer Anstrengungen auf einen Punkt und durch energisches Festhalten an ihrer Forderung, auch wenn die Tarifgemeinschaft darüber zu Grunde gehen sollte, wird es den Buchdruckern gelingen, die Worte ihres großen Meisters Gutenberg zur Erfüllung zu bringen: „Durch Einheit zur Kraft, durch Kraft zum Sieg!“

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Stanford University Libraries
3 6105 019 685 523

Digitized by Google

Digitized by Google